

ISSN 0939-3013 | € 9,90
ISBN 978-3-7410-0231-1

PER SPEK TIVEN

Dperspektivends
Zeitschrift für
SGesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
Gerät alles ins Rut-
schen?
Neuvermessungen zwi-
schen links und rechts

35. Jahrgang

2

18

SCHÜREN

perspektiven des demokratischen
sozialismus
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
35. Jahrgang 2018 Heft 2
ISBN 978-3-7410-0231-1
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus (HDS) e.V.
von Hermann Adam, Nils Diederich, Helga
Grebing (†), Leo Kiffler, Richard Saage und
Karl Theodor Schuon

Redaktionsbeirat: Bernhard Claußen, Klaus Faber,
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,
Klaus Kost, Jens Kreibaum, Hendrik Küpper,
Kira Ludwig, Ralf Ludwig, Thomas Meyer,
Andreas M. Müggenburg, Simon Obenhuber,
Roland Popp, Lisa Price, Sibylle Reinhardt,
Lars Rensmann, Moritz Rudolph, Hans-Joa-
chim Schabedoth, Klaus-Jürgen Scherer, Wolf-
gang Schroeder, Joachim Spangenberg, Heinrich
Tiemann
Redaktion dieser Ausgabe: Klaus-Jürgen
Scherer (verantwortl.), Kira Ludwig, Klaus Faber,
Hendrik Küpper
Gestaltung: Erik Schüßler

Geschäftsstelle der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Kontakt: kjs@hochschulinitiative-ds.de

Weitere Informationen unter:
www.hochschulinitiative-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu perspektiven ds und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden
Sie im Internet: www.schuere-verlag.de
Die perspektiven ds erscheinen zweimal im Jahr.
Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 € incl. Versand.
Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: Booksfactory, Stettin

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die
Vision einer freien, gerechten und solidarischen
Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine
dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres
Handelns ist die soziale Demokratie.*

– Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Gerät alles ins Rutschen? Neuvermessungen zwischen links und rechts

perspektivends 2/18

INHALT

Editorial	5	Horst Heimann Linke Sammlungsbewegung #Aufstehen – Chance für die plurale Linke oder die Rechtspopulisten?	54
AKTUELL			
Sibylle Reinhardt Jagd auf Lehrer statt Beutelsbacher Konsens? Kommentar zum Portal «Neutrale Schulen» der AfD in Hamburg	7	Johannes Steizinger Die Identitäre Ideologie Wiederkehr des völkischen Denkens	77
SCHWERPUNKT: GERÄT ALLES INS RUTSCHEN? NEUVERMESSUNGEN ZWISCHEN LINKS UND RECHTS			
Lars Rensmann Abschied vom Schröderismus. Thesen zum Wandel und zur Zukunft der deutschen Sozialdemokratie im Kontext der Krise der europäischen Parteiensysteme	14	Richard Saage Nation als sozialdemokratisches Projekt Otto Bauer und die Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie	89
Klaus Faber Weimarer Verhältnisse Interessante Alternativgestaltungen oder Gefahren für die Demokratie?	29	Hagen Weiler Renaissance des Demokratischen Sozialismus Die radikal-konsequente Alternative zum Globalen Finanzkapitalismus	103
Wolfgang Schroeder / Jennifer Ten Elsen Gesellschaftliche Polarisierungsmuster – Wandel des Parteiensystems Sozioökonomische Verteilungs- versus kulturorientierte Identitätskonflikte	32	SOZIALDEMOKRATISCHE GESCHICHTSPERSPEKTIVEN	
Klaus-Jürgen Scherer Wohin gehen? #Aufstehen reicht nicht	44	Kira Ludwig Gerade jetzt eine falsche Entscheidung – ein Weckruf!	124
		Daniela Rütter / Karsten Rudolph Sozialdemokratie und Geschichte Reflexionen aus gegebenem Anlass	127
		Bernd Faulenbach Zum drohenden Verlust der historischen Dimension sozialdemokratischer Politik	131

Max Reinhardt
Zur Historischen Kommission der SPD
 Aus der Geschichte lernen oder weiter
 in der Sackgasse der Geschichte? 136

Bernd Rother
**Auf dem Weg zu einer neuen
 Historischen Kommission?**
 Ein Blick auf Anträge aus der SPD 144

BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN

Wolfgang Wiemer
**Aktuelle Migrationspolitik:
 intellektuelle Arbeitsverweigerung** 147

Armin Pfahl-Traughber
Die AfD ist eine rechtsextremistische Partei!
 Eine Klarstellung zur demokratie-
 theoretischen Verortung 151

Burkhard Jellonnek
**Grundgesetz als Maßstab: Auch im
 Umgang mit Rechtspopulisten** 160

HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Robert von Olberg
**Promotionsrecht für Fachhochschulen:
 Es ist etwas in Bewegung**
 Eine Erwiderung auf Ralf Ludwig 165

Ralf Ludwig
**Der perfekte Professor für Forschung
 und Lehre: «Elfenbeinturm» oder
 «Kooperation»** 168

Alexander Reutlinger
Gegen die neue Wissenschaftsfeindlichkeit
 Wissenschaftspolitische Themen für die
 Sozialdemokratie 174

JUNGE PERSPEKTIVEN

Hendrik Küpper
**«Es kommt darauf an, die Welt zu
 verändern»**
 oder: Was linke Theorie und kritische
 Wissenschaft heute leisten können 178

Moritz Rudolph
**Die elfte Feuerbachthese und ihre
 Blockade** 180

Marvin Gamisch
**Marx' Verständnis von gesellschaftlicher
 Arbeit**
 oder: der Schlüssel zu den Heraus-
 forderungen unserer Zeit 184

Jan Dieren
**Der Sozialismus als politisches
 Programm für unsere Gegenwart** 188

Leon Billerbeck
**Läuft bei dir, Karl. Auch nach 200
 Jahren noch.**
 Ein kurzes Plädoyer für mehr Marx
 anlässlich seines 200. Geburtstages 193

Philine Bickhardt
**Die soziale Frage als Ursache von
 Revolutionen**
 Ein Beitrag zu den Herausforderungen der
 soziologischen Theorie der Revolution 196

Merle Stöver
**Das andere Geschlecht und die
 andere Gesellschaft**
 Gedanken zu Feminismus, Marxismus
 und Sehnsucht 201

Silvia Feindt
**Die Vielzügigkeit des Feminismus, Linke
 Praxis und Unangepasste Cyborgs** 204

Mark Fischer		Dorian Baganz	
Pluralismus statt Postfaktizität	208	Christian Neuhäuser: <i>Reichtum als moralisches Problem</i>	225
Mia Thiel		Nils Diederich	
Kein Fass ohne Boden		Uli Schöler, Thilo Scholle (Hg.): <i>Weltkrieg – Spaltung – Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922</i>	227
Politik in Zeiten des Bauchgefühls	211	Ulrich Horb	
Jöran Klatt		Tobias Kühne: <i>Das Netzwerk «Neu Beginnen» und die Berliner SPD nach 1945</i>	230
Auf dem Weg nach Frankreich?		Armin Pfahl-Traugber	
Sozialer Wandel als Herausforderung für linke Parteien in Europa	215	Loren Balhorn, Bhaskar Sunkara (Hrsg.): <i>Jacobin. Die Anthologie</i>	234
REZENSIONEN		Nicolas Dörr	
Charlotte Sonneborn / Leon Billerbeck		Lutz Unterseher: <i>Sicherheitspolitische und andere Perspektiven</i>	236
Philipp Breder, Marieke Reiffs,		Autorinnen und Autoren	240
Kerstin Rothe und Mareike Strauß (Hg.): <i>Studium, StuPa, Streik! – Die Juso-Hochschulgruppen und ihre Geschichte</i>	219		
Laura Clarissa Loew			
Margarete Stokowski: <i>Die letzten Tage des Patriarchats</i>	221		

EDITORIAL

Es hat sich grundsätzlich etwas verschoben, vieles geriet ins Rutschen, die politische Kultur nach rechts und die SPD ziemlich weit nach unten. Manch überkommene Orientierung droht ihren Halt zu verlieren, während neue Erklärungsmodelle nach vorne rutschen. Auf inhaltliche Neuvermessungen kommt es auch in der Erneuerung der SPD an, will sie überleben. Dieses Heft enthält nicht nur im Schwerpunkt Beiträge zur Krisen- und Orientierungsdebatte «links der Mitte» und Analysen zur Grauzone zwischen links und rechts bzw. zu neuen Herausforderungen von rechts, besonders der im letzten Jahr weiter hoch- und nach rechts gerutschten AfD.

Unsicherheiten, Zukunftsängste und Gestaltungspessimismus gebären gefährliche Kräfte, in den Worten des Soziologen Wilhelm Heitmeyer: «Millionen Menschen fühlen sich bedroht. Da dieses Gefühl der Bedrohung und das ihm entsprechende Sicherheitsbedürfnis sie aber empfänglich macht für autoritäre Versuchungen, führt die erste Bedrohung letztlich zu einer zweiten: Besagte autoritäre Versuchungen können zu einer Gefahr für die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie werden.» Nationalistische, völkische, rechtsradikale, antidemokratische, fremdenfeindliche, antisemitische und populistische Grenzüberschreitungen wurden alltäglich, reichen bis in die Mitte der Gesellschaft und werden durch die AfD in die Parlamente getragen.

Auch die Ära Merkel rutscht weg, wie weit die mittlerweile ungeliebte Groko darüber hinaus Bestand haben wird, ist mehr als ungewiss. Mit dem Gang der SPD in die Opposition, den auch viele Sozialdemokraten für überfällig und zum eigenen Überleben für

notwendig halten, droht ein weiterer Rechtsruck. Denn die soziale Agenda der Regierungspolitik wird ja bisher, wie unvollkommen auch immer – von der wiederhergestellten Parität zwischen Arbeitgebern und -nehmern bei der Krankenversicherung über Verbesserungen in der Pflege und das Gute-Kita-Gesetz bis zur Rentensicherung – durch die SPD vorgebracht. Die Sammlungsbewegung #Aufstehen dürfte die demokratische Linke kaum stabilisieren, auch dazu skeptische Analysen.

Kurz vor der bayrischen Landtagswahl schrieb Kurt Kister: «Die Erosion der Volksparteien ist in manchen Ländern Europas schon abgeschlossen, in Deutschland hat sie begonnen. Dies ist deutlich am Schicksal der SPD zu beobachten, einer in Nordwestdeutschland noch relativ starken Milieupartei. Die im Süden und im Osten der Republik mittlerweile zu den Kleinen gehört. Im Bund liegt sie stabil unter 20 Prozent, gegenwärtig hinter AfD und Grünen. (...) Über die Rathäuser hinaus gilt die SPD nicht mehr als Teil der Lösung.»

Dagegen gilt es intellektuell und mit Überzeugungsarbeit gegenzuhalten. Und zu diskutieren, wie eine Erneuerung der SPD, die sich der Verzweigung entgegenstemmt, aussehen könnte und welche neuen Inhalte und Impulse dabei von außen hilfreich sein könnten. Auch die ehrliche und offensive Auseinandersetzung mit der AfD gehört hierzu. Einfach werden die Antworten jedenfalls nicht, denn der «freie Fall der SPD» (Christian Ude) geht in beide Richtungen, gleichviele Wählerinnen und Wähler wanderten 2018 zu den GRÜNEN wie nach rechts.

Überfällig sind Neuvermessungen. Wie ist mit den angeblich neuen politischen Kon-

fliktlinien umzugehen? Was heißt eigentlich soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe, die Verbindung von Ökonomie und Ökologie, demokratische Gestaltung statt bloßer Marktfreiheit unter den neuen Bedingungen der Vorherrschaft von Globalisierung, Finanzmärkten, Individualisierung und Digitalisierung? Einzelne berechnete soziale Forderungen und politische Erfolge ergeben noch kein Gesamtbild. Soziale Demokratie und Demokratischer Sozialismus im Sinne einer grundsätzlichen Pazifizierung, Einhegung und Dominanzüberwindung des Kapitalismus wird kaum mehr mit der real existierenden SPD verbunden.

Zu klaren Werthaltungen, sozialdemokratischen Brückenschlägen, die neue Milieus und Klassen verbinden, neuen Spaltungen entgegenwirken, die Solidarität und Sicherheit neu durchbuchstabieren, enthält dieses Heft ebenso Beiträge wie zur Kritik am Neautoritarismus, an der Identitätspolitik und am rechten Fake-Narrativ, alle Schuld den Flüchtlingen, dem Islam, den liberalen Eliten oder der EU in die Schuhe zu schieben. Das darf nicht sein, dass es in Deutschland wieder funktioniert, Minderheiten zu verteufeln, jedes Problem auf die falsche Behauptung zu reduzieren, die Ausländer bekämen es vorne und hinten reingeschoben.

Der zweite Schwerpunkt dieses Heftes wurde ausgelöst durch die Abschaffung der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, was im Sommer 2018 viel Kritik freisetzte. Dem Eindruck, die SPD werde bei ihrer Erneuerung Geschichte nicht mehr wichtig nehmen, musste widersprochen werden. Eigentlich ist die Erfahrung, dass den meisten und wichtigsten deutschen Historikerinnen und Historikern die SPD alles andere als egal ist, eine große Ermutigung! Mittlerweile deuten sich, auch dank des besonderen Engagements des SPD-Schatzmeisters Dietmar Nie-

tan, im Dialog mit der engagierten Historikerkunft neue Strukturen der Geschichtsarbeit an.

Dazu passen Worte des Trump-kritischen US-Historikers Timothy Snyder: «Unser Verständnis von Zeit, von der Geschichte, beeinflusst, wie wir Politik verstehen. Unser Geschichtsverständnis geht der Politik voraus. Wir leben damit und darin, ohne es zu bemerken. Das ist bei wirkmächtigen Ideen immer so: Wir halten sie für selbstverständlich, aber sie verändern trotzdem die Art und Weise, wie wir die Welt sehen. (...) Warum im Moment alles so seltsam, so unheimlich wirkt: Wir wechseln gerade von einem Verständnis von Zeit zu einem anderen.» Womit wir wieder bei unserer Ausgangsfrage *Gerät alles ins Rutschen?* wären.

Die *jungen Perspektiven*, diesmal zu linker Theorie und kritischer Wissenschaft, wurden wieder von Hendrik Küpper betreut. Sie sind mittlerweile zu einer festen Einrichtung unserer Tagungen und Hefte geworden und haben die Verbindungen zu den Juso-Hochschulgruppen gestärkt. Theoriearbeit war stets, nicht nur einst im legendären SDS der 1960er-Jahre, eine zentrale Säule linker Studentenverbands politik.

Ein kritischer Umgang mit Marx und Frankfurter Schule jenseits von Verteufelung oder Dogmatisierung, Reformorientierung jenseits von Revolution oder Beharrung, handlungsbezogene Theorie, nicht bloße Kritik oder Affirmation, Feminismus ohne andere Widersprüche zu vernachlässigen, Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates, der um soziale Bürgerrechte und das Internationale zu erweitern ist – solch sozialdemokratische Leitlinien muss sich jede Generation, das zeigen unsere Beiträge, neu erarbeiten.

Für die Redaktion
Kira Ludwig, Klaus-Jürgen Scherer

AKTUELL

Sibylle Reinhardt

Jagd auf Lehrer statt Beutelsbacher Konsens? Kommentar zum Portal «Neutrale Schulen» der AfD in Hamburg¹

Die Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) in der Hamburger Bürgerschaft hat im September 2018 ein Portal eingerichtet, das zum anonymen Handeln gegen Lehrer und Lehrerinnen aufruft. Ein Bezug für die dort geforderte «Neutralität» ist (ohne dass dies genannt wird) das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Februar 2018: «Verletzung des Rechts einer Partei auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb durch Pressemitteilung einer Bundesministerin». Die antragstellende Partei war in dem Fall von 2015 die AfD, die Antragsgegnerin war die damalige Ministerin für Bildung und Forschung. Der Kontext ist also der Artikel 21 des Grundgesetzes und das Recht der politischen Parteien auf Chancengleichheit im Wettbewerb. Aus diesem Kontext entfernt sich das Portal und wendet das Neutralitätsgebot abstrakt nicht nur auf die Schule als Institution, sondern zudem auf politisch bildenden Unterricht an. Dieser verkürzte verfassungsrechtliche Bezug thematisiert den staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag aus Artikel 7 GG nicht und lässt Krite-

rien zur Beurteilung von Interaktionen im Unterricht offen.

In dem Portal werden Bürger und Bürgerinnen nicht ausreichend über rechtsstaatliche Wege informiert und hier wird eine Tendenz zum Denunzieren gefördert.²

I Skizze und Bewertung des Portals

In dem Internetportal werden unter «Aktion» Sorgen geschildert. «Kein Schüler in Hamburg soll Angst haben, im Unterricht seine Meinung zu sagen.» «Demokratie braucht gegensätzliche Meinungen und eine Streitkultur.» Dem ist zuzustimmen. Unter «Rechtsvorschriften» finden sich Hinweise auf das Neutralitätsgebot, den Beutelsbacher Konsens, das Hamburger Schulgesetz, Äußerungen der Schulbehörde und anderes mehr. In «Tipps zum Vorgehen bei Verstößen» wird empfohlen, das Gespräch mit dem Fachlehrer oder auch der Schullei-

1 Stand 12. November 2018.

2 Zum Nachlesen: <https://afd-fraktion-hamburg.de/tipps-zum-vorgehen-bei-verstoessen/>.

tung zu suchen. «In der Regel lässt sich mit einem persönlichen Gespräch die Sache klären (...)» So weit korrekt.

Korrekt wäre es an dieser Stelle gewesen, dann auf die verwaltungsrechtlichen Verfahren in Behörden konkret hinzuweisen, also auf den Weg der Beschwerde, den jedermann gehen kann, wenn er/sie die vorgenannten Wege nicht gehen will oder schon gegangen ist. Stattdessen schlägt die AfD vor, «sich an Dritte zu wenden» – als brauche es Dritte für den Zugang zur Aufsichtsbehörde! Und dieser Dritte will dann konkret die AfD sein: «Mutmaßliche Verstöße gegen das Neutralitätsgebot können uns anonym (...) gemeldet werden.» Die AfD werde dann den Vorgang an die Schulbehörde zur Überprüfung weiterleiten. (Hier fehlen die Adresse, die Telefonnummer und das Kontaktformular der Behörde als pragmatische Information.)

Die Tipps der AfD zum Vorgehen enthalten zwei gravierende Probleme:

- a) Es wird die Vorstellung erweckt, als bräuchten Bürger und Bürgerinnen die AfD, wenn sie allgemeine rechtsstaatliche Verfahren nutzen wollen. Die zuständige Behörde wird an dieser Stelle nicht genannt. Provoziert wird der Eindruck, es gehe nicht ohne die AfD.
- b) Der anonyme Weg über die AfD ist eine Einladung zur Denunziation von Lehrerinnen und Lehrern. Die Vokabeln «Anfangsverdacht» und «Verstoß gegen (...) Rechtsvorschrift» sind geeignet, Ängste und Befürchtungen bei Lehrenden zu wecken, wenn im Unterricht politisch-kontroverse Themen behandelt und dafür Positionen kontrovers betrachtet und beurteilt werden – das aber ist die Aufgabe von professionellem Unterricht

für demokratische politische Bildung. Das Bekenntnis, «Demokratie braucht gegensätzliche Meinungen und eine Streitkultur» (vgl. oben), wird hier von der AfD selbst dementiert, weil die Praxis von Unterricht nach dem Kontroversprinzip durch die Aktion der AfD unter den Verdacht des Verstoßes gegen das sog. Neutralitätsgebot geraten kann und wird.

II Verwirrung von Leitideen: Neutralität versus Mündigkeit

Ein zentraler Baustein in der Argumentation und Aktion der AfD ist das Neutralitätsgebot als Gebot an staatliches Handeln, aus dem für das Handeln von Lehrenden im Unterricht – so die AfD – die Pflicht zur Neutralität gegenüber unterschiedlichen Positionen folge. Hier gehen Begriffe durcheinander: Das Neutralitätsgebot des Urteils vom 27. Februar 2018 betrifft staatliches Handeln für die Bedingungen und den Rahmen des politischen Wettbewerbssystems, worin sich das Handeln der Bürger und Bürgerinnen abspielt. Im Urteil erläutert das Bundesverfassungsgericht die Bedeutung der «Offenheit des Prozesses der Meinungsbildung» und den «Wettbewerb der politischen Parteien» für die freiheitliche Demokratie des Grundgesetzes. «Die chancengleiche Beteiligung an der politischen Willensbildung des Volkes macht es erforderlich, dass Staatsorgane im politischen Wettbewerb der Parteien Neutralität wahren.» Der Sinn dieser Neutralität ist, dass die Bürgerinnen und Bürger als einzelne Staatsbürger sich entscheiden können, also als «Wählerinnen und Wähler ihr Urteil in einem freien und offenen Prozess der Meinungsbildung fällen können».

Wahrlich kein Aufruf zur Neutralität der Wähler und Wählerinnen! Denn wären sie politische Neutra, würden sie entweder nicht zur Wahl gehen oder bei allen Parteien ihr Kreuz setzen und damit ihre Stimme ungültig machen. Demokratie würde nicht gelebt, sondern verfehlt. Wir müssen unterscheiden: die Ebene des politischen Systems, was hier das demokratische System des GG mit der tragenden Funktion politischer Parteien und deren Wettbewerb untereinander bedeutet, und die Ebene persönlicher Entscheidung und Wahl, die sich in dem institutionellen Rahmen abspielen. Makro- und Mikro-Ebene fallen nicht in eins, auch wenn sie sich gegenseitig bedingen mögen.

Politische Bildung hat die Aufgabe, den (künftigen) Staatsbürgern zu helfen, ihre eigene Stimme zu finden, zu begründen und auszudrücken (vgl. die Schulgesetze der Länder). «Mündigkeit» wird von allen Autoren, die für Demokratie-Lernen eintreten, als Ziel geteilt. Der Prozess des Lernens muss den Zugang zum politischen Wettbewerb der Parteien öffnen – und das geht natürlich nur über die Kontroverse als Prinzip der Betrachtung und auch der Auseinandersetzung im schulischen Unterricht, der Meso-Ebene.

Seit Jahrzehnten ist der Beutelsbacher Konsens das Markenzeichen politischer Bildung (so auch das AfD-Portal, aber nur in Teil II). Drei Prinzipien machen ihn aus: das Verbot der Überwältigung oder Indoktrination, das Gebot der Kontroverse und die Orientierung am Interesse des Schülers (Reinhardt 2017a). Diese Prinzipien sind die Leitlinien für die Prozesse der unterrichtlichen Interaktionen in der Schule (Meso-Ebene). In allen fachdidaktischen Prinzipien und den zugehörigen Methoden im Unterricht sind sie zu finden. Das Verbot der Überwältigung

achtet die Mündigkeit politischer Subjekte, das Gebot der Kontroverse operationalisiert dieses Verbot und materialisiert das System der Konkurrenz um Stimmen in einer pluralistischen Gesellschaft und die Orientierung am Schülerinteresse wendet sich gegen blinde Unterordnung und Einordnung.

Auch wenn für öffentliche Schulen das Neutralitätsgebot gilt, so muss seine Auslegung in diesem Zusammenhang den spezifischen Bedingungen des Politik-Unterrichts angemessen sein. In einer Demokratie kann die Neutralität von Lehrern nicht bedeuten, dass sie im Konzert der Stimmen im Unterricht schweigen müssten, zumal auch Lehrer Inhaber von Grundrechten sind. Und natürlich haben Lehrende häufig persönliche Auffassungen in politischen Streitfragen. Richtig ist es, von Lehrern zu verlangen, dass sie ihre eigene Position in den Reihen widersprechender Positionen einreihen müssen und dass sie ihre eigene Position nicht als die maßgebende und richtige ausgeben dürfen. Das genau verlangt der Beutelsbacher Konsens.

Die Alternative für Deutschland setzt den wichtigen Grundsatz staatlicher Neutralität (vgl. dazu auch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 27. Januar 2015 zum Kopftuchverbot in Schulen) im falschen Kontext ein und will damit möglicherweise verhindern, dass Positionen der AfD im Unterricht behandelt werden. Der Beutelsbacher Konsens wird zwar dargestellt (in Teil II des Portals), aber durch die Gleichsetzung mit dem staatlichen Neutralitätsgebot (im Teil III zum Portal) falsch interpretiert und letzten Endes instrumentalisiert. Auch falls die AfD alles das nicht beabsichtigt, sind die Konsequenzen ihres Vorstoßes mit Händen zu greifen: sie macht Angst.

III Konsequenzen für Unterricht und Schule: Zerstörung der Arbeitsbeziehung

Es ist eine Binsenweisheit, dass vertrauensvolle, freundliche und verlässliche pädagogische Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden zum Gelingen des Lernens wesentlich beitragen. Diese pädagogische Solidarität ist nicht die einer Familie, denn Schule ist in andere gesellschaftliche Funktionen eingebunden als die Primärgruppe. Aber inter-generacionales Lehren und Lernen findet in der Regel als Interaktion zwischen Personen statt, und zwar zwischen einem Lehrer / einer Lehrerin und einer Gruppe von Schülern und Schülerinnen.

Die Einbindung von Schule in staatliche Aufsicht verbürgt Regeln und gibt Distanz. Diese Einbindung garantiert im Konfliktfall den Zugang zu hierarchisch übergeordneten Instanzen (vom Schulleiter bis zur Aufsichtsbehörde und zum Rechtsweg). Das Beschreiten des Rechtswegs (über die Beschwerde bis hin zum Verwaltungsgericht) findet relativ selten statt, diese Möglichkeit für Schüler und Eltern gibt aber Rechtssicherheit und überschreitet die personale Beziehung durch ihre formale Qualität. Zur personalen Qualität der pädagogischen Beziehung steht sie im Widerspruch, weshalb sie nicht für den Alltag, sondern für den relativ dramatischen Konfliktfall, der sich nicht in Gesprächen bearbeiten und lösen lässt, konstruiert worden ist.

Der öffentliche Appell der AfD wirbt um anonymes Vorgehen gegen Lehrer durch die Meldung behaupteten Fehlverhaltens über ein Internet-Portal. Die AfD gibt diese Meldung eventuell an die Aufsichtsbehörde weiter. Die Behörde müsste dann die konkrete Untersuchung des angeblichen Vorfalls veranlassen. Der Appell hat destruktives Potenzial, denn:

Die AfD verbreitet mit ihrem öffentlichen Appell bei Lehrkräften unter Umständen Angst vor ständig drohenden «Anzeigen». Bei Schülern und Eltern mag sie Illusionen über ihre Machtstellung gegenüber Lehrkräften auslösen. Was bezweckt die AfD eigentlich? Falls sie sich zum Anwalt von angeblich Überwältigten stilisieren will – den brauchen die nicht, denn der Rechtsstaat gibt ihnen angemessene Verfahren. Jedenfalls lädt die AfD ein zu Drohungen gegenüber Lehrern, was das Handeln in komplexen Situationen extrem belastet. Verstummen, Vermeiden, Blockieren, Ausdem-Felde-Gehen sind Standard-Reaktionen in als bedrohlich empfundenen Situationen. Nicht die Mündigkeit der Schüler(innen) wird das Resultat des Portals sein, sondern eher das Erstarren der Interaktionen.

Denkbar ist sogar, dass auf anti-demokratische, menschen-verachtende Äußerungen überhaupt nicht reagiert wird, weil Verunsicherung an die Stelle professioneller Souveränität getreten ist. Die Basis der pädagogischen Arbeitsbeziehung wird durch die Drohung mit Denunziation zerstört. So kann Schule nicht arbeiten, so können Lehrende und Lernende nicht mit einander leben.

IV Die wirklichen Probleme und ihre Bearbeitung

Das Handeln von Lehrkräften in der und für die Demokratie ist normativ entschiedenes Handeln. Das Grundgesetz verfasst die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen, sozialen, föderalen Rechtsstaat (Artikel 1 und 20 GG). Diese freiheitlich-demokratische Grundordnung ist vor Jahrzehnten in den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes zu Parteiverboten erläutert worden (1952, 1956). Diese grundsätzli-

che Werte-Entscheidung steht außer Frage. Grundsätzliche Maßstäbe müssen auf konkrete Situationen angewendet werden, wobei häufig politische Konflikte etwa um die Auslegung und auch um die Konkurrenz von Grundrechten entstehen. Nur ein Beispiel: Wie weit reicht die Freiheit der Meinung eines einzelnen und wo beginnt der schutzwürdige Bereich der Rechte anderer und der der verfassungsmäßigen Ordnung?

Die Behandlung politischer Konflikte mit dem Ziel der Förderung der Mündigkeit der Lernenden wird grundiert durch den Beutelsbacher Konsens. Probleme für das lehrende Handeln entstehen daraus, dass der Beutelsbacher Konsens keine – quasi technische oder bürokratische – Anleitung geben kann und darf. Die unfassbar große Zahl von möglichen Situationen der unterrichtlichen Interaktionen lässt sich nicht vorab aufzählen und als richtig oder falsch klassifizieren. «Unterricht» bezeichnet extrem vielfältige und deshalb komplexe Interaktionen, weshalb die Planung von Unterricht auch nicht wirklich voraussagen kann, was passieren wird. Dies gilt umso mehr, je konfliktreicher und aktueller die verhandelten Themen sind. Die professionelle Kompetenz der Lehrenden gibt im jeweiligen Augenblick eine konkrete Antwort. Wir können dabei zwei Problem-Komplexe unterscheiden – den Umgang mit Situationen und den Umgang mit bestimmten Lernenden.

Der Umgang mit Situationen bedeutet hier zu fragen: Sind die unterrichtlichen Interaktionen in ihrem Verlauf kontrovers – und zwar für wen und wie? Haben die Lehrkraft oder die Schülergruppe einzelne oder viele überwältigt – und zwar politisch und/ oder moralisch (und sei es ungewollt)? Für die Behandlung solcher Fragen muss die Szene präsent sein. Es reicht also

nicht aus, einzelne Äußerungen aufzuspießen und an einen Pranger zu stellen und dann zu beschimpfen. Interaktionen nehmen sich Zeit und Raum und erhalten ihre Bedeutung vielleicht auch erst über eine lange Dauer. Die Experten für die Situation sind die Beteiligten selbst. Der Königsweg für die Bearbeitung ist deshalb die Reflexion im Unterricht. Ich habe als Lehrer meine Klassen, wenn unser Unterricht ein wenig eingespielt war, auf die Gefahren von Indoktrination und Einseitigkeit hingewiesen und habe eingeladen zur Kritik.

Gemeinsame Kritik des gemeinsamen Tuns ist notwendig, denn Fehler passieren mit Sicherheit. Die Situationen sind zu komplex für jederzeit eindeutiges und jederzeit fehlerfreies Handeln – und die Beteiligten sind zu unterschiedlich für identische Wahrnehmungen. Ein kleines Beispiel: Mein Leistungskurs und ich lasen eine soziologische Originalschrift, Kapitel für Kapitel (nach meiner Erinnerung) auch mit Überlegungen, die die Schrift gegen ihren Strich bürsteten. Eines Tages riefen mehrere Schüler(innen): Was wir da machten, das seien doch «linke» Sozialwissenschaften! Einige Momente Ruhe folgten. Dann platzten andere heraus: Was wir da machten, das seien doch ganz klar «bürgerliche» Sozialwissenschaften! (Wer zurückblicken kann wird sofort ahnen, dass die Szene in den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts spielte.) Schließlich amüsierte sich eine dritte Gruppe und meinte, wir hätten wohl vieles richtig, nämlich kontrovers, gemacht. Wir haben sicherlich alle gelernt, jedenfalls dies: Identischer Unterricht wird nicht identisch wahrgenommen, jedenfalls nicht in einer heterogenen Schülergruppe.

Solche fruchtbaren Konflikte würden gar nicht stattfinden können, wenn Schü-

ler oder auch Eltern nach Gesprächen beim Abendbrot auf die schnelle Idee kämen, an die Stelle von Gesprächen unvermittelt die formale Beschwerde – und dann noch über ein Internet-Portal einer politischen Partei – zu setzen. In der didaktischen Literatur zur politischen Bildung finden sich viele Beschreibungen und Auswertungen von Szenen, die ich für die Lektüre empfehlen kann (Autorengruppe Fachdidaktik 2016, 23–33; Reinhardt 2017a).

Anders sind die Probleme beim Umgang mit (einzelnen) Lernenden, die extreme Orientierungen ausdrücken. Wenn jemand die Bundesrepublik Deutschland zum Teufel wünscht oder jemand ungebremsten Hass auf Ausländer artikuliert, dann ist nicht die Frage, dass Lehrende tätig werden müssen. Das Problem ist: wie denn? Unklar ist – abstrakt gesprochen – schon der Status solcher Schüleräußerungen: Will der oder die mich nur provozieren? Soll hier die Klasse unterhalten werden? Will da jemand die Aufmerksamkeit erlangen, die er/sie aus irgendeinem Grunde benötigt? Ist nur totale Unkenntnis der Verfassung und ihrer Bedeutung für unser aller Existenz der Hintergrund? Besteht aus irgendeinem Grund (der mag so seltsam sein wie er will) diffuse Angst vor dem Leben und vor Anderen? Gibt es einen Erfahrungshintergrund oder eine Gruppenzugehörigkeit, die eventuell Druck ausübt? Kurzum: Rausgeworfen wird die Person nicht (das käme nur bei Gefahr für andere oder den Unterricht in die Frage). So wenig Lernende, die das System der Mathematik durch Ahnungslosigkeit demontieren, aus dem Mathematik-Unterricht fliegen, werden Lernende, die die verfassungsmäßige Ordnung im Geiste demontieren, des Unterrichts verwiesen.

Der Umgang mit extremen Äußerungen von Schülern wird – je nach Diagnose der Situation – ganz unterschiedlich sein. Es mag sogar sinnvoll sein, als Lehrerin erst einmal gar nichts zu tun (was natürlich auch Handeln ist) und in der Routine des Unterrichts fortzufahren und später in Ruhe nachzudenken. Vielleicht ist dann das Mittel der Wahl, in einer Pause auf dem Schulhof mit dem(r) Schüler(in) zu reden. Unbedingt ist die Beratung mit Kollegen und Kolleginnen zu empfehlen! Wie sind ihre Erfahrungen? Wie sehen und empfinden sie jene von mir geschilderte Szene? Gibt es vielleicht gleichlaufende oder unterschiedliche Erlebnisse? Auch hier bietet die fachdidaktische Literatur Schilderungen und Analysen (Reinhardt 2017b mit weiteren Literatur-Hinweisen; May 2018 zu «Hate Speech»).

Fazit

Zurzeit ist die Atmosphäre – für den Bereich der politischen Bildung in Schulen auch verursacht durch das AfD-Portal – ähnlich aufgeheizt wie in den 70er-Jahren. Politik-Unterricht ist wieder brisant geworden. Heute haben wir aber den Schatz der Erfahrungen von damals, den wir nutzen können. Lehrende der politischen Bildung brauchen die Solidarität und den Schutz der Öffentlichkeit (auch durch Kritik), der Kollegen und der Schulen, der Lernenden und der Eltern, der Verbände, der Aufsichtsbehörden und der Ministerien. Zu hoffen und zu beobachten ist, dass sich eine Welle streitiger Diskussionen und empathischer Unterstützungen entfaltet – und auch Satire und Ironie, die das Portal mit Gelächter umgeben.

Literatur

Autorengruppe Fachdidaktik (2016): *Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Bundesverfassungsgericht: Chancengleichheit von Parteien, Urteil vom 27. Februar 2018, 2 BvE 1/16.

Bundesverfassungsgericht: Kopftuchverbot für Lehrkräfte, Beschluss vom 27. Januar 2015, 1 BvR 471/10, 1 BvR 1181/10.

May, Michael (2018): Hate Speech analog – Eine situ-

ative Herausforderung in Schule und Unterricht. In: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* (GWP), Heft 3, S. 399–408.

Reinhardt, Sibylle (2017a): Wie politisch darf eine Politiklehrkraft sein? In: Achour, Sabine / Gill, Thomas (Hg.): *Was politische Bildung alles sein kann*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 105–114.

Reinhardt, Sibylle (2017b): Unterricht mit rechts orientierten Schülern und mit Empörten – Probleme und Ideen. In: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* (GWP), Heft 2, S. 281–291.

SCHWERPUNKT: GERÄT ALLES INS RUTSCHEN? NEUVERMESSUNGEN ZWISCHEN LINKS UND RECHTS

Lars Rensmann

Abschied vom Schröderismus

Thesen zum Wandel und zur Zukunft der deutschen Sozialdemokratie im Kontext der Krise der europäischen Parteiensysteme¹

1 Sozialdemokratische Parteien unter Druck: Neue Konstellationen, neue Krisen in Europa

Die gesellschaftliche Mitte schrumpft – in (fast) ganz Europa. Damit ist nicht nur der ökonomische Mittelstand gemeint, sondern auch die *politische Mitte*, die in vorangegangenen Jahrzehnten in Europa und insbesondere in Deutschland bei Parteien, Medien und Wählern im Fokus des politischen Wettstreites stand. Und auch die «politisch-kulturelle Mitte» – also Wähler und Akteure, welche auf eine Kultur des Interessensausgleiches und einer normativen Balance im Umgang mit politisch-kulturellen und gesellschaftlichen Konflikten in einer pluralistischen Gesellschaft zielen – verkleinert sich in teils bängstigem Tempo.

Dieser Prozess affiziert nicht nur die Parteiensysteme. Er hat auch Bedeutung für die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenlebens und mithin die Grundlagen der liberalen Demokratie.

Denn die zentrifugalen Tendenzen einer zunehmenden Polarisierung, die in den letzten Jahren Politik, Öffentlichkeit und Wahlen in ganz Europa beherrschen, haben die etablierten Koordinaten der politischen Auseinandersetzung und die normative Basis der Nachkriegsdemokratien aufgewirbelt. Die erfolgreichen Wahlmobilisierungen populistischer Parteien haben dabei die vormals schleichende Erosion des deutschen und der europäischen Parteiensystem(e) – insbesondere den partiellen Niedergang respektive elektoralen Schrumpfungsprozess der «catch-all parties» oder Volksparteien – rapide beschleunigt. Gerade für die deutsche politische Landschaft, in der seit dem Krieg wesentlich auf die «Mitte» und Konsens zielende Ori-

1 Der Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, den ich ursprünglich am 12. November 2017 auf der Tagung «Sozialdemokratie in der Gesellschaft im Wandel», veranstaltet von der HDS e.V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung Brandenburg, gehalten habe.

entierungen in der repräsentativen Demokratie vorherrschend waren, erscheint dieser Wandel besonders drastisch – obschon er sich faktisch noch deutlich gemäßigter vollzieht als etwa in Italien oder Frankreich, wo die etablierten Parteien mittlerweile an den Rand gedrängt worden sind: Der *zentripetale* ist nunmehr europaweit vollends durch einen *zentrifugalen* Zyklus in den Parteiensystemen abgelöst worden. Es ist ein Prozess, der unterfüttert wird von sozialen und soziokulturellen Spaltungen sowie einer Demokratieskepsis oder Demokratieunzufriedenheit, welche keineswegs nur, aber insbesondere in Osteuropa (und dem Osten Deutschlands) und unter jüngeren Generationskohorten ausgeprägt ist.² Insofern sind die neue Konstellation einer erodierten bzw. desintegrierten «demokratischen Mitte» und die damit einhergehende Krise der europäischen Parteiensysteme auch *nicht nur* ein mitte-links respektive ein sozialdemokratisches Problem. Gleichwohl manifestiert sich diese Krise *im Besonderen* als eine sozialdemokratische Krise, denn keine Parteienfamilie in Europa hat im letzten Jahrzehnt signifikanter Wählerstimmen verloren.³

Etliche sozialdemokratische Parteien haben gerade in vormalig stabilen sozialdemokratischen Wählermilieus erhebliches Vertrauen eingebüßt und teils langfristig ihre Glaubwürdigkeit verloren. Trotz einer jüngsten Renaissance sozialistischer Ideen und des Themas sozialer Gerechtigkeit bei jungen Intellektuellen und jungen Wäh-

lern insgesamt, verhindert diese Krise die Rückkehr zu Wahlerfolgen, oder aber «grün schlägt rot» an der Wahlurne.⁴ In Deutschland reiht sich nunmehr auf Bundes- und Länderebene Niederlage an Niederlage für die SPD. Was also sind die langfristigen Gründe für diese Krise der SPD, jenseits kurzfristiger Personaldebatten, im Kontext des beschleunigten Parteiensystemwandels in Europa? Und was impliziert die Suche nach den Ursachen im deutschen Fall und europäischen Kontext für Antworten der Partei, diesen Niedergang aufzuhalten oder umzudrehen? Hierzu sollen im Folgenden zehn Thesen einen Rahmen zur politikwissenschaftlichen und politischen Reflexion umreißen.

2 Farewell to Schröder: Die SPD und die Rückkehr der sozialen Frage

Die Gründe für die Krise der Sozialdemokratie mögen vielfältig sein. Auch manifestiert sich diese Krise transnational mithin in unterschiedlichem Ausmaß. In Deutschland ist die SPD erstmals 2009 massiv eingebrochen, also in der ersten Wahl der Nach-Schröder-Ära (-11,2% unter dem Kanzlerkandidaten und Schröder-Vertrauten Frank-Walter Steinmeier), und sie ist zuletzt wieder um 5,2% auf das historische Tief von 20,5% bei den Bundestagswahlen 2017 geschrumpft (immerhin bei Nettozuwachs von 360 000 vormaligen Nichtwählern). Die Partei hat dabei 2017 allerdings sowohl Wähler netto nach links verloren (430 000 an die Linkspartei, 380 000 an

2 Roberto Foa Roberto Stefan Foa & Yascha Mounk (2017), «The Signs of Deconsolidation,» *Journal of Democracy* 28 (1), 5–16.

3 Marcel Pauly, «European Social Democracy Extinct?,» *Social Europe* <https://www.socialeurope.eu/pauly>, 26. Januar 2018.

4 Die derzeitige Entwicklung bereits vor 20 Jahren antizipierend Andrei S. Markovits & Philip S. Gorski, *Grün schlägt rot: Die deutsche Linke nach 1945* (Berlin: Rotbuch Verlag, 1997).

die Grünen) als auch nach rechts (20 000 an die Union, 450 000 FDP und ganze 470 000 Stimmen an die AfD).⁵

Die einzige sozialdemokratische Partei, die seit 2008 bei nationalen Wahlen im europäischen Vergleich stabil ist, ist die österreichische SPÖ, die zwar bei den nationalen Parlamentswahlen im Oktober 2017 ihre Regierungsverantwortung, nicht aber Wählerstimmen verloren hat (sondern einen Zuwachs von über 100 000 Stimmen gegenüber 2013 verzeichnete).⁶ Die SPÖ ist indes auch eine der wenigen sozialdemokratischen Parteien in Europa, die sich nicht an der neo-liberalen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft im Ringen um eine «Neue Mitte» beteiligt haben – einer nahezu europaweiten Unterstützung des Sozialstaatsabbaus und einer Politik der Steuererleichterungen für das Kapital, der massiven Privatisierungen und Deregulierungen ökonomischer Kontrollfunktionen (nicht nur, aber auch der Banken) sowie weitreichender Liberalisierungen des Arbeitsmarktes im Sinne post-keynesianischer «supply side» Ökonomie, die ohne empirischen Beleg im Glauben an die «Selbsteilungskräfte des Marktes» auf wirtschaftliche «trickle down»-Effekte für die abhängig beschäftigte Bevölkerung hofft, wenn man das Kapital von Steuern und staatlichen Regelungen «befreit». Bis heute ist der Sozialstaat

in Österreich unter steter Regierungsbeteiligung der SPÖ intakt geblieben (einschließlich eines hohen Rentenniveaus), die wirtschaftsinteressenkonforme Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse hingegen ausgeblieben, was zu einer ökonomischen Erfolgsstory mit hoher Beschäftigungsquote, geregelten Arbeitsverhältnissen und –zeiten, relativ guten Löhnen und Renten, relativ hoher sozialer Mobilität sowie insgesamt der Konsolidierung einer relativen sozialen Balance beigetragen hat, durch die große Teile der Bevölkerung weiterhin am Wohlstand der Gesellschaft teilhaben können.

Im besonders frappierenden Kontrast dazu steht z. B. die niederländische *Partij van de Arbeid (PvdA)*, die mit der Unterstützung einer radikalen «Flexibilisierung» des Arbeitsmarktes und des Sozialabbaus nach den Wünschen der Industrieverbände bei den Parlamentswahlen 2017 einen dramatischen Absturz (-19,1 %) auf eine Kleinpartei von 5,7 % erlebt hat.⁷ Einen ähnlichen politischen Weg hat die SPD genommen (wenn auch noch nicht zur Kleinpartei regrediert), die spätestens 1998 zur Schröder-Partei mutierte und in 7 Jahren Regierungszeit mit den «Hartz»-Reformen und der «Agenda 2010» einschneidende Arbeitsmarktreformen und Maßnahmen zum Abbau des Sozialstaates («*welfare state regress*») – de facto das größte staatliche Umverteilungsprogramm von «unten» nach «oben» in der deutschen Geschichte – durchsetzte. Die SPD wurde dabei getragen und unterstützt vom erstmalig regierenden – und auf andere Fragen einer ökologischen Einwanderungsgesellschaft fokussierten – grünen

5 Infratest Dimap 2017, zitiert nach <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/analyse-wanderung.shtml>.

6 Die 2008 vorausgegangenen Verluste der SPÖ können weitgehend als Ausdruck der unspezifischen Verluste von *catch-all parties* im Prozess des allgemeinen Parteiensystemwandels gedeutet werden, d. h. einer Ausdifferenzierung der Parteiensysteme in allen parlamentarisch-demokratischen liberalen Demokratien mit PR-Wahlsystem.

7 Seit diesem Wahlfiasco orientiert sich die PvdA zurück auf eine sozialere Politik.

Koalitionspartner und CDU/CSU-Opposition, was auch die seiner Zeit ubiquitäre Rede von den «alternativlosen» Reformen zur «Retten des Sozialstaates» in Deutschland, dem vermeintlichen «kranken Mann Europas», ermöglichte.

Das von Tony Blair bis Gerhard Schröder verfolgte Programm der «Neuen Mitte», kurzfristig so erfolgreich wie Steuerentlastungsprogramme der *supply side economics*, hat sich dabei langfristig für Gesellschaft und Sozialdemokratie als Mißerfolg erwiesen. Nun stellen die Auflösung traditioneller Arbeitermilieus, die stete Verkleinerung des Anteils des Industrieproletariats in der Bevölkerung und der Mitgliedschwund der Gewerkschaften ohne Frage eine große strukturelle Herausforderung für jede sozialdemokratische Partei im post-fordistischen, post-industriellen, globalisierten und digitalen Zeitalter dar. Doch sind weder der von großen Teilen der europäischen Sozialdemokratie getragene Rekurs auf neo-liberale Umverteilungsprogramme gesellschaftlichen Reichtums an die Kapitaleseite, noch der Niedergang der Sozialdemokratie bei Wahlen unausweichlich (gewesen). Dies zeigt nicht nur das Gegenbeispiel SPÖ, sondern auch die Rückkehr der sozialen Frage und die signifikant gestiegene Unzufriedenheit mit den z. B. von der Regierung Schröder trotz der von den maßgeblichen Parteien artikulierten Ideologie der Alternativlosigkeit schon damals nur gegen massiven Widerstand durchgesetzten Sozialstaats- und Arbeitsmarktreformen sowie steuerlichen Kapitalförderprogrammen. Denn die Effekte des Umbaus des Sozialstaates und der sozialen Marktwirtschaft unter jener Regierung, seit 2005 fortgeführt unter der Regierung Merkel und meist weiterhin unter sozialdemokratischer Beteili-

gung, zeigen sich erst heute in ihrer ganzen sozialen Härte und den mittlerweile teils schwer reversiblen gesellschaftlichen Verwerfungen, welche sie hinterlassen haben.

Während selbst einige SPD-Politiker immer noch auf ein stabiles oder gestiegenes Bruttosozialprodukt verweisen, verschleiert die Fokussierung auf diese alleinige Zahl eher gesellschaftliche Entwicklungen, als dass sie eine Aussage über den gesellschaftlichen Zustand macht. Führende Ökonomen haben darauf seit langem hingewiesen.⁸ In wenigen anderen Ländern hat dabei die sozioökonomische Spaltung, die Kluft zwischen den vermögenden Schichten und den nicht-vermögenden respektive insgesamt die Ungleichheit der Einkommen, derart zugenommen wie in der vormaligen Modell-Wohlfahrtsstaatsökonomie Deutschland.⁹ Und die soziale Spaltung der Gesellschaft, der reale soziale Abstieg oder die Angst davor auf Seiten erheblicher Teile der Mittelschicht sowie die Verschärfung der Armut bei den sozial Exkludierten hat, indirekt und direkt, mit der politischen und politisch-kulturellen Spaltung der Gesellschaft zu tun oder befördert diese.

In der sozialen Wirklichkeit ist das Erbe der seiner Zeit als «unausweichlich» und «verantwortungsethisch» deklarierten neo-liberalen Schröder-Reformen nämlich verheerend. Die dramatischen Folgen zeigen

- 8 David Leonhardt, «We're Measuring the Economy All Wrong,» *New York Times*, 14. September 2018, <https://www.nytimes.com/2018/09/14/opinion/columnists/great-recession-economy-gdp.html>.
- 9 Joseph Stiglitz, «Inequality is a Choice,» *New York Times*, 13. Oktober 2013, <https://opinionator.blogs.nytimes.com/2013/10/13/inequality-is-a-choice/>, Joseph Stiglitz, *The Great Divide: Unequal Societies and What We Can Do About Them* (New York: W. W. Norton, 2015).

sich in sämtlichen sozioökonomischen Feldern und Indikatoren. So nimmt die soziale Ungleichheit seither immer weiter zu: Während laut Statistischem Bundesamt die durchschnittlichen Reallöhne seit Jahrzehnten praktisch für große Bevölkerungsteile stagnierten, klappt die Einkommensverteilung immer weiter auseinander und ist der Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Gesamteinkommen der Bevölkerung signifikant gesunken. Die von Schröder forcierte «Flexibilisierung des Arbeitsmarktes» und die Lockerung des Kündigungsschutzes, denen man sich in Österreich bisher verweigert hat, haben in Deutschland dazu geführt, dass nunmehr nahezu 40% der Bevölkerung in «atypischen», prekären, schlecht abgesicherten Arbeitsverhältnissen arbeiten und oftmals auf mehrere Jobs angewiesen sind (wobei auch der neue Typus des beschäftigten, voll arbeitenden Obdachlosen entstanden ist).¹⁰ Die ebenfalls forcierte Expansion der dauerhaften Zeitarbeit in die Legalität sowie die durch die Hartz-Reformen geschaffene Konstruktion von Ein-Euro-Jobs, «Ich-AGs», Minijobs und anderer staatlich subventionierter Arbeitsverhältnisse haben eine neue verdeckte Arbeitslosigkeit und prekäre Unterbeschäftigung teils ohne Sozialabgaben geschaffen, die zwangsläufig in Altersarmut mündet.¹¹ Und das gesamtökonomisch immer noch wohlhabendste Land Europas weist nunmehr den größten Niedriglohnssektor Westeuropas auf, wobei jeder vierte mittlerweile im Mindestlohnbereich tätig ist, der zur Armut führt und spätere Altersarmut garantiert. Profitiert haben von dieser Poli-

tik die oberen 1% der Bevölkerung, welche seit 15 Jahren einen starken Einkommenszuwachs verzeichnen können, während die Hälfte der Bevölkerung unter 17 000 Euro netto jährlich zu Verfügung hat, teils von Vollzeitarbeit nicht leben kann oder im Fall von Hartz-IV-Empfängern bei Sanktionen von existenzbedrohenden Kürzungen unter das Existenzminimum betroffen ist (und zudem gerade in Metropolen seit zehn Jahren unter politisch ermöglichten rapiden Mietsteigerungen und anderen Teuerungen leidet, denn die Mietwohnquote liegt in Deutschland bei hohen 57% – ohne realistische Aussicht auf Eigentumserwerb).¹²

Zum «Ausgleich» für jene arbeitsmarktliche Deregulierung zugunsten der Arbeitgeberseite und die Prekarisierung der Arbeit, die zudem mit erheblichen Steuersenkungen für das Kapital, Senkungen des Spitzensteuersatzes und Privatisierungen einherging,¹³ hat man die sozialen Sicherungssysteme umstrukturiert, die angeblich nicht mehr zu finanzieren waren – und um die Steuersenkungen gegenzufinanzieren. Hartz IV bedeutete nicht nur eine Kürzung des Arbeitslosengeldes und seiner Dauer von zwei Jahren auf ein Jahr, sondern auch gestiegenen Druck auf die – und vermehrte Kontrolle der – gesellschaftlich Prekarisierten und Armen unter dem Banner «Fordern und Fördern», teils mit hohem bürokratischem Kostenaufwand.

10 Vgl. https://www.boeckler.de/107127_107135.htm#.

11 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/arbeitslosenstatistik-so-hoch-ist-die-verdeckte-arbeitslosigkeit-a-1133354.html>.

12 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/237719/umfrage/verteilung-der-haushalte-in-deutschland-nach-miete-und-eigentum/>.

13 Dazu zählt die Kapitalertrags- respektive Abgeltungssteuer (vom SPD-Finanzminister Peer Steinbrück vom persönlichen Einkommenssteuersatz entkoppelt), vor allem aber die Aussetzung der Vermögenssteuer, die indes 1997 noch durch die Kohl-Regierung erfolgte, was allerdings weder von den folgenden Schröder- noch von den Merkel-Regierungen revoziert wurde.

Zugleich wurde unter Schröder die Privatisierung der Renten und die Senkung des Rentenniveaus weiter vorangetrieben, wobei auch nach Einschätzung der CDU-Rentenexperten künftig 50% aller Beitragszahler unter dem Mindestsatz liegen werden – und damit de facto auch nach beispielsweise 38 Jahren Arbeit und steten Beitragszahlungen bei einem Bruttoeinkommen von 2000 Euro monatlich im Alter zu Hartz IV-Rentnern werden (in Österreich sind die Renten ohne Reform, zum Vergleich, fast doppelt so hoch wie in Deutschland). Niedrigverdiener werden das Armutsniveau nie überschreiten – sie zahlen heute vergeblich in die Versicherung. Proftiert haben von der Privatisierung des Bismarckschen und später sozialdemokratischen Rentenversicherungssystems vor allem die seither staatlich subventionierten Versicherungsunternehmen, nicht der Staat und noch weniger die Bürgerinnen und Bürger. Die gebetsmühlenartig empfohlene private Vorsorge, die sich große Bevölkerungsteile nicht leisten können, erwies sich zudem durch die Koppelung an die Aktienmärkte (und unreal projizierte Gewinnmargen von nie erreichten 4% p.a.) als sozioökonomischer Rohrkrepierer.

Schließlich wurde auch unter der Regierung Schröder, analog zu vielen anderen europäischen Ländern, das Wohnen de facto zu einer der sozialen Kernfragen unserer Zeit gemacht – die Wohnungskrise ist eine weitgehend politisch geschaffene Krise. Nichts an der heutigen Wohnungskrise ist hierbei indes naturnotwendig oder unvermeidbar gewesen. Wiederum lohnt der Blick auf das nicht allzu ferne Österreich: das Beispiel der Stadt Wien, die jährlich 500 Millionen in den Wohnungsbau investiert, Genossenschaftsmodelle fördert, den Bau auf öffentlichem Grund stark sozial regelt und bei

der Verwertung öffentlichen Grunds nicht auf Höchstennahmen zielt, zeigt die seit je her existierenden Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten der Politik auch in der Wohnungsfrage – wodurch in Wien, einer der attraktivsten Metropolen der Welt, der Wohnungsmarkt bis heute vergleichsweise entspannt geblieben ist. In Deutschland findet sich der gegenläufige Prozess. Die Wohnungskrise ist massiv und trifft in Deutschland heute nahezu alle sozialen Schichten, evoziert durch die staatliche Erlaubnis, Sanierungskosten weitgehend auf Mieter umzulegen, Erosionen des alten Mieterschutzes vor allem unter CSU-geführten Ministerien, die Deregulierung und Privatisierung des Wohnungsmarktes und die Veräußerung ganzer Wohnungsbaugesellschaften an private Investoren – teils durch Kommunen, die in Zeiten der Finanzknappheit ihr Wohnungseigentum für wenig Geld veräußerten – sowie den vollständigen Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau seit einem Beschluss der Regierung Kohl von 1985. Heute kann sich selbst der Mittelstand kaum mehr leisten, in den Städten zu wohnen. Viele Menschen werden aus ihren Wohnquartieren verdrängt oder genötigt. Die Mittelschicht schrumpft auch deshalb, weil sie sich durch erarbeiteten Wohlstand kaum mehr leisten kann, in der Nähe von Städten und Metropolen eine Wohnung zu erwerben oder zu mieten. Ungefähr eine Million Obdachlose in Deutschland sind darüber mittlerweile ohne Hoffnung, angesichts des angespannten Wohnungsmarktes in naher Zukunft wieder eine Bleibe zu finden.¹⁴

¹⁴ <http://www.bpb.de/apuz/270882/wohnunglosigkeit-in-deutschland-aus-europaeischer-perspektive?p=all>.

Einige der neoliberalen Reformen – wie der später von der SPD aufrecht erhaltene Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau – gehen in der Tat bereits auf die 1980er-Jahre zurück, flankiert von der «Leistung muss sich wieder lohnen»-Ideologie der Kohl-Regierung und des Thatcherismus; einer Ideologie, die Politiken rechtfertigte, welche das Gegenteil von gerechter Entlohnung förderten: eine Gesellschaft, in der ererbter Reichtum der zentrale Vermögensfaktor ist und über den ökonomischen Status und die Chancen der Menschen entscheidet, entkoppelt von der (Arbeits-)leistung,¹⁵ und in der eine erodierende Mittelschicht jenen sozialen Abstieg zu fürchten hat, der für große Teile auch der beschäftigten Bevölkerung bereits Realität ist. Die SPD, die unter dem – oft mit Augenzwinkern einvernehmlich so genannten – «Kanzler der Bosse» Gerhard Schröder diese neoliberale Politik verschärfte und umsetzte, und damit die Globalisierung aktiv schlecht gestaltete, verbrachte seit Schröders Wahlerfolg 1998 16 von 20 Jahren in der Regierungsverantwortung (Ausnahme nur 2009–2013). Sie wird deshalb nicht zu Unrecht bis heute von erheblichen Teilen des Elektorats für sämtliche sozialen Spaltungen der Gesellschaft mitverantwortlich gemacht – auch diejenigen, die nicht durch Politiken der SPD verschärft wurden.

15 In seiner viel beachteten und diskutierten Langzeitstudie hat Thomas Piketty darauf aufmerksam gemacht und nachgewiesen, dass Erbschaft im heutigen liberalen Kapitalismus den zentralen Vermögensfaktor darstellt, nicht etwa individuelle Leistungen oder Arbeit. Es herrscht eine radikale Chancenungleichheit vor, die wesentlich vom ererbten Reichtum abhängt, und sich im Zuge der Deregulierungspolitiken der letzten Jahrzehnte immer weiter verschärft hat. Vgl. Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (München: C. H. Beck, 2014).

In kaum einem europäischen Land ist der Reichtum mittlerweile so ungleich verteilt – bei nunmehr bis zu 10% Kinderarmut respektive 2 Millionen Kindern, die in Armut leben – und hängen die Lebenschancen derart von der sozialen Herkunft ab.¹⁶ Dies widerspricht sozialdemokratischen Grundideen und Wählerbindungen, trug zum längerfristigen Absturz der SPD bei, und hat die gesellschaftliche sowie auch die kulturelle und politische Polarisierung der Gegenwart genährt. Extreme soziale Ungleichheit und *welfare state regress* – freilich großenteils europaweit vorangetrieben, und keineswegs allein von der Sozialdemokratie – zerfransen und zerklüften die europäischen Gesellschaften heute.

Spätestens 2013 hätte die SPD-Führung im Angesicht der Befunde der empirischen Sozialforschung erkennen müssen, dass sie mit der Verteidigung der Schröder-Erbschaft und seiner weithin als unsozial erkannten Politik kaum mehr Wähler überzeugen und mobilisieren kann. Bereits 2013 meinten in einer Erhebung des IfD Allensbach 69% der Bevölkerung auf die Frage, ob die «wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland – was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht [sind] oder nicht», diese seien ungerecht, und nur 15% empfanden die gesellschaftliche Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen in Deutschland als «gerecht».¹⁷ Doch selbst Kanzler-

16 Siehe z. B. die ausgezeichnete mehrteilige WDR-Dokumentation *Ungleichland: Wie aus Reichtum Macht wird*, 2018.

17 IfD Allensbach, *Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und -wahrnehmung der Bürger* (Allensbach: Institut für Demoskopie, 2013), S.2. Basis ist eine repräsentative Umfrage der Bevölkerung ab 16 Jahre.

kandidat Martin Schulz hat sich noch 2017 dagegen entschieden, sich deutlich von der Schröder-Erbschaft – und dem sozialpolitischen Erbe von Schröder, Blair und Merkel – zu distanzieren; und auch dagegen, dem fortgeschrittenen Abbau der sozialen Sicherungssysteme, der grassierenden materiellen Unsicherheit einer prekarierten Gesellschaft und der sozialen Spaltung, die insbesondere aber keineswegs ausschließlich Arbeitslose und Schichten aus unteren Bildungsniveaus betrifft, eine konturierte sozial- und gesellschaftspolitische Alternative entgegenzusetzen. Stattdessen wurde ausgerechnet Gerhard Schröder, der Repräsentant des Niederganges der deutschen Sozialdemokratie, der weder mit sozialer noch mit demokratischer Politik identifiziert wird, zum nationalen Wahlkampfauftakt eingeladen.

An diese Beobachtungen schließt sich meine *erste These* an: Es gibt zuletzt verlorenes Mobilisierungspotenzial für eine glaubhafte demokratische Partei der sozialen Gerechtigkeit – die SPD unter und seit Schröder war das, wie dargelegt, jedoch nicht. Dies hat im November 2018 auch die neue SPD-Führung unter Andrea Nahles erkannt. Nach 20 Jahren eines sozioökonomischen Schröderismus wendet sich die neue SPD-Führung nun von Schröders Sozialstaatsreformen ab. Vorschläge der erstarkten Grünen für ein Bürgergeld folgend, fordert sie eine grundlegende Neuordnung der sozialen Sicherungssysteme auf Grundlage eines allgemein sicheren – und gegenüber Hartz IV erhöhten – Bürgergeldes. Es soll eine staatliche Garantiesicherung ohne Bedingungen und ohne «Gängelei» und Sanktionen darstellen, welche Menschen derzeit oftmals noch unter den Hartz IV-Satz und damit unter das Exis-

tenzminimum treiben. Zudem fordert Nahles eine deutlich Erhöhung der – immerhin auf Druck der SPD am 1.1.2017 eingeführten – Mindestlöhne. Mit der Rückkehr zur sozialen Frage und dem deutlich artikulierten Willen, das Hartz-IV-«Regime» jahrzehntelanger, von Schröder initiiertes Sozialkürzungen «hinter sich zu lassen», läutet Nahles' überfällige Zäsur potenziell ein neues Zeitalter ein, in dem die SPD wieder glaubhaft zu einer sozial orientierten Partei werden kann.

Mit dieser nun von der SPD adoptierten Idee eines grundsätzlichen sozial- und wirtschaftspolitischen Wandels, in Abgrenzung von der lange gelobten wirtschaftsliberalen «Reformfähigkeit» seit Schröders und Blairs «Drittem Weg» der Austeritätspolitik, ist meine *zweite These* verknüpft: Moderne (sozial)demokratische Linksparteien, die noch die Hoffnung hegen, wieder «*catch-all parties*» respektive Volksparteien zu werden, können nicht als Arbeiterparteien reüssieren – denn die nationalen, europäischen und globalisierten sozialen Klüfte, welche sozialdemokratische Parteien in den letzten zwei Jahrzehnten politisch mit befördert haben, sind längst kein Problem allein traditioneller Arbeiterschichten. Neue soziale Ungleichheit betrifft große Teile einer fragmentierten post-industriellen Gesellschaft, einschließlich einer erodierenden Mittelschicht, sowie heterogene sozial exkludierte Gruppen einer prekarierten Arbeitswelt. Hinzu kommen Teile der materiell gefestigten gebildeten, post-materiell orientierten Schichten, die ein Interesse an einer sozialen, inklusiven Gesellschaft und an sozialem Ausgleich und Chancengleichheit haben – Wählergruppen, die sich jüngst insbesondere den Grünen zugewendet haben, während signifikante Teile der frustrierten pre-

karisierten Arbeitnehmerschaft zur Linken oder zur AfD abgewandert sind. Ergreift indes die SPD konsequent die Chance eines sozialen Kurswechsels, der auch für andere sozialdemokratische Parteien Modell sein kann und einen neuen europäischen demokratischen und sozialen Gesellschaftsvertrag mitbegründen könnte, hat die Sozialdemokratie wieder hohe Wählerpotenziale.¹⁸ Ander als die Ideologie der Alternativlosigkeit der Ära Schröder und Merkel sind die politischen Gestaltungsmöglichkeiten selbst im globalen Kapitalismus dabei erheblich.

Für das Funktionieren und Überleben der freiheitlich konstituierten Demokratie jedenfalls sind sowohl die soziale Integration von Armutsschichten und Minderheiten als auch eine breite und gefestigte Mittelschicht existenziell. Für die SPD bietet sich mit der klaren Abkehr vom sozialpolitischen Schröderismus – also einer verspäteten Rückkehr zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit, die einst das Markenzeichen der SPD war – damit sowohl die Chance, sich gegenüber einer immer noch Hartz-begeisterten CDU/CSU deutlich politisch zu profilieren und wieder eine durch Inhalte identifizierte Volkspartei zu werden; als auch die Möglichkeit, einen entscheidenden Beitrag zu Re-Konsolidierung der Demokratie zu leisten. Allerdings erscheint solche eine Rückkehr zu Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit (und mithin eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem Erbe Schröders) zugleich als eine Grundvoraussetzung, in der Tat eine *conditio sine qua non*, um die Chance zu ergreifen, als Volkspartei zu überleben.

18 Vgl. u.a. Anja Weiß, *Soziologie Globaler Ungleichheiten* (Berlin: Suhrkamp, 2017); Brooke Harrington, *Capital without Borders: Wealth Managers and the One Percent* (Cambridge, MA: Harvard University Press, 2016).

3 Post-Schröderismus, «culture wars» und die liberale Demokratie in Europa: Acht weitere Thesen zur Zukunft der SPD als Volkspartei

Der Abschied vom Schröderismus hat dabei allerdings nicht nur eine soziale, sondern auch eine bisher wenig diskutierte demokratische und politisch-kulturelle Dimension. Auch auf demokratiepolitischen Feldern ist die SPD gefordert, sich vom langen Schatten als «Schröder-Partei» vollends zu befreien. Denn neben der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die Schröder vorantrieb, war dessen Regierung gekennzeichnet durch einen autoritären Führungsstil sowie das Pronocieren eines polarisierenden und teils offen antiamerikanischen «horizontalen Populismus».¹⁹ Die Politik des Sozialstaatsabbaus wurde gekoppelt mit der partiellen Erosion kultureller Normen der liberalen Demokratie—einem «soften» Nationalismus und einer Annäherung an autoritäre Regime.²⁰ Putin, dem sich Schröder unmittelbar nach seiner Kanzlerschaft lukrativ andiente, wurde als «lupenreiner Demokrat» hofiert. Auch heute behauptet Schröder – trotz der Nähe seines Chefs Putin zum autoritarismussaffinen US-Präsidenten Trump – Deutschland werde von den USA immer noch wie ein «besetztes Land» behandelt und solle

19 Siehe Lars Rensmann, «Populismus und Ideologie,» in Frank Decker (Hg.), *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006), S.59–80. Lars Rensmann, «The Noisy Counter-Revolution: Understanding the Cultural Conditions and Dynamics of Populist Politics in Europe in the Digital Age,» *Politics and Governance* 5, 4 (2017): 123–135.

20 Wobei zu konzedieren ist, dass Schröder zugleich als erster Kanzler anerkannte, dass die Geschichte der Judenverfolgung und des Holocaust zur deutschen «nationalen Identität» gehöre.

sich besser an die autoritären Regime in Russland und China annähern.²¹ Die Einladung Schröders durch den Kanzlerkandidaten Schulz zum offiziellen Auftakt noch des Bundestagswahlkampfes 2017 kann auch in diesem Kontext als strategisch fatal, wenn nicht selbsterstörerisch gedeutet werden. Als Vertreter des russischen Staates konnte er kaum mehr als ratgebender «Altkanzler» der SPD, wie einst Helmut Schmidt, behandelt werden.

Zwar setzte die rot-grüne Regierung unter Schröder der bleiernen Zeit der Kohl-Jahre mit ihrem ethnisch-exklusiven «Deutschland ist kein Einwanderungsland»-Mantra ein inklusiveres, modernisiertes Staatsbürgerschaftsverständnis entgegen (von der CDU wurde dieser Politikwechsel in der Zeit vor Merkel 1999 und 2000 mit aggressiven Wahlkampagnen wie Jürgen Rüttgers' «Kinder statt Inder»-Parolen oder Roland Kochs Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft mit gemischtem politischen Ertrag noch ethno-national beantwortet).²² Doch zugleich öffnete Schröder auch eine populistische Flanke nach rechts mit der Ideologie des «deutschen Wegs», die sich – formuliert während des Irak-Krieges – insbesondere gegen Amerika, letztlich aber auch implizit gegen den europäischen Gedanken richtete.²³

21 Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article183991044/Altkanzler-Gerhard-Schroeder-stellt-sich-wegen-Handelskonflikt-gegen-die-USA.html>.

22 Vgl. Lars Rensmann, «The Reluctant Cosmopolitanization of European Party Politics: The Case of Germany,» *German Politics and Society* 32, 2 (2014): 59-85.

23 Was keineswegs heißen soll, dass eine Kritik am US-amerikanischen Irak-Abenteuer nicht berechtigt gewesen wäre—aber der Ton machte hier die Musik.

Statt die politisch-kulturell demokratische Mehrheit und ihre Positionen zu stärken, sendete Schröder auch Signale an den rechten Antiamerikanismus und demonstrierte Affinitäten zu Nationalismus und Autoritarismus, die etwa Sigmar Gabriel mit seiner Nähe zu Putin und Erdogan einerseits sowie seinen harschen Angriffen auf die Demokratien der USA und Israels (als «Apartheidsstaat») später international fortschrieb. Die SPD-Führung trug somit seit langem zu einer demokratiepolitisch problematischen kulturellen Polarisierung und Emotionalisierung bei Mobilisierung populistischer Affekte bei – in Antizipation der heutigen «culture wars» – und zeigte sich im schwelenden, heute offenen Grundkonflikt zwischen autoritärem Nationalismus und liberaler europäischer Demokratie mithin ambivalent, womit die Partei demokratisches Profil einbüßte.

Diese Analyse soll nicht die von Schröder und anderen erkannte Bedeutung emotionaler Dimensionen der Politik herunterspielen, wozu auch Fragen der sozialen und kulturellen Identität zählen, die heute wieder an Bedeutung gewonnen haben. Aber die Erosion des sozialen und demokratischen Profils hat der SPD eventuell kurzfristig Stimmen eingebracht, langfristig aber ihre identifizierbaren Grundlagen unterminiert und damit dazu beigetragen, dass vielen Bürgern nicht mehr klar ist, wofür die Partei steht. Deshalb lautet meine *dritte These* zur Zukunft der SPD im europäischen Kontext: Die SPD hat nur eine Zukunft als anti-populistische, demokratische politische Kraft, die sich sowohl vom Schröderismus als vom scheinbar erfolgreichen Corbynisismus abgrenzen sollte und deutlich – auch international – gegen neuen Autoritarismus, Nationalismus und Populismus Flagge

zeigen müsste, um langfristig ihre politische Glaubwürdigkeit bei verlorenen demokratischen Wählergruppen zurückzugewinnen. Denn während der derzeitige Vorsitzende der britischen Labour-Partei, Jeremy Corbyn, durch die Betonung der sozialen Frage für viele verständlicher Weise als attraktives Gegen-Modell zur Sozialdemokratie unter Schröder und Blair erscheint, teilt der Linkspopulist Corbyn, trotz starker sozial- und wirtschaftspolitischer Differenzen zu Blair und Schröder, Schröders problematischen Affekt gegen die demokratische «Westbindung» – die Skepsis gegenüber westlichen Demokratien und die Ablehnung der USA – sowie die relativistische Nähe zu autoritären Regimen: Corbyn arbeitete für den Sender der iranischen Diktatur «Press TV», hegt Vertrauen in Putins Russland und bezeichnete Vertreter der Terrororganisationen Hamas und Hisbollah als «Freunde». Mit solchen antidemokratischen Tabubrüchen würde die Sozialdemokratie dauerhaft ihre Existenzgrundlage als demokratische Partei in Frage stellen. Politisch-kulturelle Polarisierungen, Grenzüberschreitungen und Tabubrüche gegenüber demokratischen Normen und Prinzipien und die Öffnung der Grenzen des Sagbaren gegenüber demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Positionen sowie gegenüber autoritären Akteuren haben das politische Klima bereits erheblich vergiftet, und die Zukunft der Demokratie in Deutschland und Europa hat daran Schaden genommen.

Diese Einschätzung führt zu meiner *vierten These*: Der langfristige Erfolg der Sozialdemokratie hängt auch von einer glaubwürdigen Politik demokratischer Inklusion ab. Dazu zählt in der heutigen Zeit eine Erneuerung der Politik des Universalismus, der Verteidigung demokratischer Rechte

und Freiheiten, und der Menschenrechte (statt einer Annäherung an Diktaturen, ethnische Nationalismen oder Populismen). Denn obgleich die liberale Demokratie unter Druck geraten ist, wird der demokratische Rechtsstaat in Deutschland (und auch in Europa) nach wie vor von einer großen Mehrheit unterstützt. Insofern müsste die SPD wieder «mehr Demokratie wagen» und ihr Profil als *die* Partei des demokratischen Rechtsstaates in einem vereinigten Europa wiederherstellen. Der transnationale Anstieg von Demokratieunzufriedenheit und die Schwächung etablierter demokratischer Parteien in den letzten Jahren müsste deshalb mit selbstbewusstem europäischen und demokratischen Denken statt mit Nationalismus und der Anschmiegung an autoritäre Regime beantwortet werden. Die Antwort wäre nicht weniger, sondern mehr Demokratie, Partizipation und Freiheit, die Verteidigung demokratischer Standards, Normen, und individueller Rechte. Dabei spielen soziale Medien als Herausforderung und Chance in der politischen Kommunikation eine erhebliche Rolle.

Eine der Kernauseinandersetzungen der heutigen Zeit dreht sich um die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft. Dabei kann nicht das ob, sondern nur das *wie* Gegenstand der politischen Verhandlung sein. Deutschland ist, den einstigen Kohlschen Verleugnungen zum Trotz, schon lange ein Einwanderungsland, und der rot-grünen Regierung unter Schröder 1998–2005 ist es zu verdanken, dass diese Realität erstmals politisch und rechtlich anerkannt wurde – entgegen den angesprochenen damaligen Anfeindungen aus der CDU/CSU. Noch im Jahr 2002 hieß der Konkurrent um die Kanzlerschaft Edmund Stoiber, der einst vor einer «durchrassten Gesellschaft» gewarnt hatte.

Doch ist die Einwanderungs- und Integrationspolitik seither nur in Babyschritten vorangekommen. Rechtspopulistische Parteien profitieren von einer fehlenden umfassenden Immigrations- und Integrationspolitik sowie der Radikalisierung soziokultureller Wertekonflikte in der Gesellschaft. Die von der CDU initiierte «Deutsche Islamkonferenz» (DIK) reduzierte und reifizierte Fragen und Probleme der Einwanderungsgesellschaft zu einem inter-religiösen Diskurs zwischen Regierung und den durch sie enorm aufgewerteten, teils autoritär-islamistischen Verbandsvertretern. Die DIK kann eher als ein Schritt in die falsche Richtung gesehen werden. An der Lebensrealität einer zunehmenden Ausgrenzung und Bedrohung liberaler und säkularer Einwanderinnen und Einwanderer *als Individuen* (nicht als kollektiv muslimisch markierter Menschen), die oftmals sowohl von Rassisten als auch von Islamisten bedroht und unter Druck gesetzt werden (vor denen sie teils geflohen sind), ist solche staatliche Politik weitgehend vorbei gegangen.

Meine *fünfte These* lautet deshalb: Die SPD braucht ein modernes post-ethnisches, kosmopolitisches Profil und eine neue Integrationspolitik sowie ein umfassendes positives Einwanderungsmodell; wobei zugleich gesellschaftliche Konflikte und Integrationsprobleme nicht geleugnet oder ignoriert bzw. ihre Thematisierung pauschal als «Islamophobie» abgewehrt, sondern proaktiv und im gesellschaftlichen Dialog angegangen werden sollten. Dazu gehört die Erkenntnis, dass die Tolerierung und Finanzierung von islamistischen Gruppen und die Kooperation mit autoritären Verbänden langfristig einer funktionierenden Einwanderungsgesellschaft schadet (wie z. B. die teils fortwährende Kooperation mit dem vom Erdogan-Regime gesteuerten DITIB oder dem islamis-

tischen «Islamischen Zentrum Hamburg (IZH)», einem Ableger des iranischen Regimes, doch derzeit immer noch im Staatsvertrag mit der Stadt Hamburg).²⁴ Solche Toleranz und Förderung intoleranter Islamisten öffnet migrationsfeindlicher und anti-muslimischer Agitation politischen Spielraum.

An diesen Punkt knüpfen auch Fragen der inneren Sicherheit an. Dies betrifft sowohl die wehrhafte Demokratie in Bezug auf die Abwehr der Beeinflussung von Wahlen und Öffentlichkeit durch russische Cyberwar-Aktivitäten, als auch gegenüber der Bedrohung durch – insbesondere «home-grown» – rechtsextremen und islamistischen Terrorismus. Dazu zählt für die SPD, Stellung zu beziehen gegen das Versagen der Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden – wie unter Hans-Georg Maaßen, der sich zuletzt als Opfer einer linksradikalen «SPD-Verschwörung» sah. Weder geht es hierbei darum, Angstszenerien zu schüren oder Freiheiten pauschal der Sicherheit zu opfern. Allerdings gibt es reale neue Bedrohungen, wie u.a. sowohl der NSU-Komplex als auch das islamistische Attentat auf dem Berliner Weihnachtsmarkt gezeigt haben.²⁵ Der Anstieg von Antisemitismus und anderen Ressentiments sowie Autoritarismen sollte nicht «externalisiert» und schlicht Immigranten oder Flüchtlingen zugeschoben werden (solche eine Externalisierung betreibt u.a. die AfD – eine Partei, die selbst offenen Antisemitismus bedient).²⁶ Jener

24 Siehe auch https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article172337334/Seltsames-Verstaendnis-von-Toleranz-in-der-Berliner-SPD.html.

25 Vgl. Hajo Funke, *Staatsaffäre NSU: Eine offene Untersuchung* (Berlin: Kontur Verlag, 2015).

26 Siehe Samuel Salzborn, «Antisemitism in the «Alternative for Germany» Party,» *German Politics and Society* 36, 3 (2018).

Anstieg ist aber *auch* ein Problem der Einwanderungsgesellschaft und sollte entsprechend benannt werden.²⁷ Sachlich und differenziert auf diese Herausforderungen der inneren Sicherheit (und die teils diffusen oder übertriebenen Kriminalitäts-Sorgen in der Bevölkerung²⁸) zu antworten ist, so meine *sechste These*, auch eine ernstzunehmende Herausforderung für eine SPD, die im Blick auf die komplexen Probleme der heutigen Gesellschaft Vertrauen in ihre Kompetenz zurückgewinnen will.

Ebenfalls mit dem Thema einer praktischen Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft verknüpft ist die Frage gesellschaftlicher und politischer Repräsentation. Als Partei einer modernen Einwanderungsgesellschaft müsste, so meine *siebte These*, die SPD erheblich ihre Anstrengungen vertiefen, gesellschaftliche Heterogenität parteipolitisch zu repräsentieren. Die künftige gesellschaftliche und politische Mobilisierungsfähigkeit sozialdemokratischer Parteien hängt u.a. auch von ihrem Repräsentationsgrad gesellschaftlicher Vielfalt ab, ohne im Angesicht dieser Repräsentationsprobleme—wie in der Vergangenheit in Einzelfällen geschehen—Kompromisse bei demokratiepolitischen Grundsätzen zu machen.

27 Vgl. u.a. die hervorragende Studie von Günter Jikeli, *Muslim Antisemitism in Europe: Why Young Urban Males Say They Don't Like Jews* (Bloomington: Indiana University Press, 2015).

28 So glauben laut einer repräsentativen Umfrage 36%, die Kriminalität steige durch Flüchtlinge deutlich an, und weitere 43% meinen, sie steige durch Flüchtlinge etwas an. Solche Mehrheiten sind Alarmzeichen, die nicht automatisch mit Rassismus zu erklären sind, obschon sich auch Rassismus darin artikulieren kann. Zitiert nach <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbachumfrage-zeigt-angst-um-innere-sicherheit-steigt-14073805.html>.

Ein sozialdemokratisches Kernthema, das in der Ära seit Schröder keinen zentralen Stellenwert eingenommen hat, ist ferner das Thema Chancengleichheit und Bildung. Die Bildungsreformen unter der SPD in den späten 1960er und 1970er hatten die bildungsbegründete soziale Mobilität und die Zugangschancen von Arbeiterkindern auch zu höherer Bildung signifikant erhöht. Dieser Prozess wurde in den letzten 20 Jahren komplett ins Gegenteil verkehrt. Nie zuvor ist der Bildungsaufstieg aus unteren Schichten schwieriger als heute. Diese geringe Durchlässigkeit hat auch negative Konsequenzen für die Gesamtentwicklung der Bildung, die auf solche Bildungsmobilität und Diversität angewiesen ist.²⁹ Deutschland ist seit langem kein führender Bildungsstandort mehr – dabei liegt in der Bildung nach wie vor die nachhaltige Zukunft der Gesellschaft. Dies liegt teils an Problemen der Länderhoheit in der Bildungspolitik, aber auch an der immer noch – trotz voller Steuereinkassen – auf Bundesebene strukturell und chronisch unterfinanzierten Schul- und Hochschulbildung. Die Niederlande, ein unmittelbarer Nachbar, geben z.B. viermal soviel pro Studierende aus wie Deutschland. Schulen und Hochschulen befinden sich in teils marodem Zustand, und Klassen sind fast überall überfüllt. Der seit Jahren wachsende Mangel an Lehrerinnen und Lehrern wurde verschlafen, anstatt proaktiv den zunehmend herausfordernden Beruf in einer komplexen Einwanderungsgesellschaft attraktiver zu machen.

Auch für eine Reform demokratischer Bildung an den Schulen und die Weiter-Qua-

29 Vgl. Scott E. Page, *The Difference: How the Power of Diversity Creates Better Groups, Firms, Schools, and Societies* (Princeton: Princeton University Press, 2008).

lifizierung des Lehrpersonals im Umgang mit Konflikten und Vorurteilen besteht noch erheblicher Spielraum – ganz zu schweigen vom einstigen Ideal der Chancengleichheit in der Bildung. Dazu bedürfte es eines neuen Anlaufs einer nationalen Bildungs- und Hochschulreform (Finanzen und Struktur) vor europäischem Hintergrund, der auch dazu führen müsste, die strukturellen Probleme von «Bologna» zu überwinden. Insofern erschließt sich meine *achte These*: Die SPD könnte sich mit dem Thema Bildung neu profilieren und würde als Partei der Bildungskompetenz eine Lücke in der Parteienkonkurrenz schließen. Statt dessen wird sie in diesem Gebiet bis heute mit der Bildungsministerin unter sieben Jahren Schröder, Edelgard Bulmahn, identifiziert, unter deren bürokratisch-neoliberaler Hochschulreform die Hochschulen bis heute leiden (und deren Fürsprecher an den Universitäten heute an einer Hand abzuzählen sind).

Eine erfolgreiche und dauerhaft mehrheitsfähige sozialdemokratische Politik – auch in Regierungsverantwortung – kann im 21. Jahrhundert nur dann realisiert werden, so meine *neunte These*, wenn die SPD nicht als «VW-Partei» wie einst unter Schröder sondern neben den Grünen als glaubwürdige *Umweltpartei* gilt. Dazu muss die Partei bereit sein, sich dem Klimawandel zu stellen – auch gegen die mächtige Lobby der Autoindustrie – und weitreichende ökologische Reformen jenseits bloßen Wachstumsdenkens einzuleiten, die zunehmend von der Bevölkerung gefordert werden. Bei allem Verständnis für realpolitische Zwänge: Auch in dem Feld von Ökologie, Klimawandel, Umwelt-, Natur- und Tierschutz muss die SPD aufpassen, durch wirklich faule Kompromisse in der Regierung ihre Glaubwürdigkeit zu verspielen.

Dies zeigt nicht nur die bisher schwache Haltung – aus ökologischer und sozialpolitischer Sicht – der SPD bei der Diesel-Affäre. Auch die Zustimmung der SPD zum Vorschlag der CDU/CSU etwa, zugunsten der Landwirtschaftslobby – kostensparend für die Landwirtschaftsindustrie, die fünf Jahre Zeit hatte, gesetzeskonforme Reformen vorzunehmen – weitere zwei Jahre das betäubungsfreie Kastrieren von Ferkeln zu erlauben, hat zu Recht für gesellschaftliche Empörung gesorgt und Unverständnis bei der Basis und potenziellen Wählern hervorgerufen. Solch betäubungslose Kastration kommt der Tierfolter gleich, bedeutet sinnloses Leiden für die Ferkel und eine Respektlosigkeit vor dem Empfinden der lebenden Kreatur – und ist in anderen europäischen Ländern längst verboten.

Schließlich ist zu bedenken, dass die große Mehrheit der europäischen Bevölkerungen und Deutschlands weiterhin pro-europäisch ist. Sie unterstützen das Modell der Europäischen Union und die Idee der europäischen Integration – trotz aller policy-Probleme und Demokratiedefizite. So ist meine *zehnte und letzte These*, dass eine progressive, robuste, konturiert pro-europäische Orientierung Wahlen gewinnen kann, auf die ausgerechnet der langjährige Europapolitiker Schulz verzichtet hat – seine eigene Erkenntnis dieses Fehlers kam erst nach den Bundestagswahlen 2017.

4 Der aufhaltsame Niedergang der SPD und der europäischen Sozialdemokratie

Die derzeitige Krise ist nicht nur eine Krise der sozialdemokratischen Parteien, sondern erfasst fast alle «etablierten» Parteien der Mitte. Es ist auch eine Krise der Input-Legitimität und Repräsentativität demokra-

tischer Parteien insgesamt sowie mithin eine Legitimitätskrise der liberalen Demokratie, die vom digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit, einem lang schwelenden Prozess der Polarisierung und dem Aufstieg autoritär-populistischer Akteure verschärft wird.³⁰ Zugleich existieren in vielen europäischen Demokratien und insbesondere in Deutschland aber auch robuste Mehrheiten für Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Europa, die sich auch politisch mobilisieren lassen.

Die Regeneration sozialdemokratischer Politik kann hierbei durch die Parteienkrise begünstigt werden, wenn die SPD die richtigen Schlussfolgerungen zieht. Der derzeit viel beschworene Niedergang der Volksparteien und der Sozialdemokratie im Besonde-

ren ist – trotz der Erosion traditioneller Wählermilieus und anderer struktureller Herausforderungen – keineswegs unausweichlich. Er ist vielmehr aufhaltsam und heute noch reversibel. Dazu bedarf es indes einer klaren Trennung von dem, was ich als «Schröderismus» bezeichnet habe: eine Mischung aus neo-liberalem Wirtschaftsprogramm und Sozialstaatsabbau, gekoppelt mit populistischen, teil autoritären und soft-nationalistischen Haltungen im nationalen und internationalen Kontext, welche die SPD teils ihres identifizierbaren Kerns als konturiert demokratische und soziale Partei beraubt hat.

Es bedürfte dagegen einer Stärkung demokratisch-inklusiver Positionen in der Einwanderungsgesellschaft und der Neu-besetzung der sozialen Frage, d.h. einer Abkehr von Jahrzehnten neo-liberaler Austeritätspolitik und staatlich geförderter Umverteilung von unten nach oben. Bewegungen in diese Richtungen sind in mehreren Fällen der europäischen Sozialdemokratie erkennbar und auch in der SPD angekommen. Ob der Wandel gelingt und politisch erfolgreich sein wird, hängt nicht zuletzt auch vom Personal ab – in jedem Fall aber vom politischen Willen, sich vom langen Schatten des Schröderismus zu distanzieren.

30 Zum Teil signalisiert der Aufstieg autoritär-populistischer, nationalistischer Parteien wie der AfD das Ende eines strukturellen Disequilibriums: denn das lange existierende Potenzial rechtsextremer und anderer anti-demokratischer Wählergruppen – einer «soziokulturellen Konterrevolution» – war über viele Jahre nicht politisch im Parteiensystem repräsentiert. Der Aufstieg des nationalen, autoritären Rechtspopulismus in Deutschland ist insofern auch eine Reflexion einer Europäisierung der Politik. Eine große Gefahr liegt derweil in einer neuen «winning formula», wenn die rechtspopulistischen Parteien ihre nationalistische Ideologie mit einer wohlfahrtschauvinistischen Stärkung nationaler Sozialpolitik flankieren, was bisher nur begrenzt geschehen ist.

Klaus Faber

Weimarer Verhältnisse

Interessante Alternativgestaltungen oder Gefahren für die Demokratie?

Berlin ist nicht Weimar

Berlin ist nicht Weimar. Dieser zutreffende Satz war in der letzten Zeit, vor allem nach dem Rückzug von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom CDU-Vorsitz, häufiger zu hören. Es gibt heute in Berlin keinen Hitler. Die Verfassung des Grundgesetzes kennt keinen durchaus mächtigen Reichspräsidenten, mit dessen Zustimmung Hitler innerhalb kurzer Zeit Deutschland in einen totalitär ausgerichteten antisemitischen Einparteiensstaat umwandeln konnte. Die Sicherung der Demokratie sowie von Grund- und Menschenrechten durch das nach dem Grundgesetz mögliche Parteienverbot gab es ebenso in Weimar nicht.

Andererseits ist die Frage zulässig und geboten, ob die inzwischen erfolgte Annäherung an Weimarer Verhältnisse durch eine Vielzahl von unterschiedlich großen Parteien im nationalen Parlament, darunter einer nach neueren Umfragen wachsenden rechtsradikalen AfD, nicht doch ein Anlass für eine Grundsatzprüfung gibt. Die Prüfung bezieht sich darauf, ob als Folge der deutschen Politikentwicklung interessante Öffnungen für Alternativgestaltungen durch neue Parteienformationen bestehen oder sich dabei vielmehr eher Demokratiegefahren abzeichnen.

Für die AfD-Einordnung sind in diesem Zusammenhang ergänzende Bewertungen erforderlich. Nicht nur von einer SPD-Position aus gesehen ist die AfD nicht als akzep-

table Formation für die Politikgestaltung zu erkennen. Die AfD öffnet sich, wie u. a. die frühere Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland Frau Charlotte Knobloch in publizistischen Beiträgen sehr deutlich gemacht hat, für antisemitische, darunter auch israelfeindliche Positionen.¹ Die NS- und Hitler-Phase wurde im AfD-Milieu im Vergleich zur sonstigen deutschen Geschichte als «Vogelschiss»-Zeit bezeichnet, das Berliner Holocaust-Mahnmal als «Denkmal der Schande» abgewertet oder eine Berliner Jüdin mit einer antisemitischen Schmäharikatur angegriffen, die sie mit einer auffällig verformten Nase in sowjetischer Generalsuniform abbildet – eine Schmähattacke, die ein hessischer Bundestagsabgeordneter der AfD über seine Verteilungsnetze verbreitet hat.

Das sich daraus ergebende Antisemitismusbild im AfD-Bereich und in anderen vergleichbaren Sektoren muss im Einzelnen differenziert angelegt sein.² Nicht jede kritische Position gegenüber einer israelischen Regierung ist danach antisemitisch, auch wenn die Kritik sachlich nicht überzeugt. Demgegenüber dürfen einige Grundsätze in der Antisemitismus- und Antizio-

1 Vgl. zu ihrer Auffassung das Interview im *Spiegel* Nr. 41, 6.10.2018, S. 34 bis 37.

2 Vgl. zu den damit zusammenhängenden Antisemitismus- und Integrationsfragen Klaus Faber, Nach der Bildung der Koalition von SPD und Union: Perspektiven und Probleme für die SPD-Entwicklung, in: *perspektivends*, 1/2018, S. 27 bis 32, S. 28 bis 30.

nismus-Bewertung nicht verschwiegen werden. Die Hauptursache für die Abwesenheit von eindeutig friedlichen Verhältnissen zwischen Israel und arabischen sowie anderen mehrheitlich muslimischen Ländern liegt nicht in Fehlern Israels. Sie besteht darin, dass wesentliche Teile der arabischen und muslimischen Welt, historisch auch von Hitlerdeutschland beeinflusst, noch immer nicht dazu bereit sind, Israel anzuerkennen. Sie beabsichtigen partiell vielmehr weiterhin, Israel zu vernichten, was zum Beispiel auf die Führung der Islamischen Republik Iran und die von ihr unterstützte Hisbollah-Terrorformation im Libanon zutrifft.³

Auch die Bundeskanzlerin hat sich am 9. November dieses Jahres, im Gedenken an die antisemitische Pogrombewegung vor achtzig Jahren im damaligen Deutschen Reich, gegen das starke Anwachsen von Antisemitismus-Erscheinungen im heutigen Deutschland gewandt. Sie hat dabei auch muslimischen Antisemitismus kritisiert, sich aber zugleich gegen eine in keinem Fall zutreffende Vorwurfsformulierung an alle Musliminnen und Muslime ausgesprochen.⁴

Demokratie, Volksparteien und andere Parteien

Es ist in diesem Kontext wichtig, den Zusammenhang zwischen Demokratieanforderungen in Deutschland und der Funktion von

Volksparteien zu erkennen, dem vor allem auf der Bundesebene größere Bedeutung zukommt. Die aktuelle Stärkung der Bundesebene wird unter anderem in der geltenden Koalitionsvereinbarung zwischen der Union und der SPD sichtbar. In keiner früheren Koalitionsvereinbarung sind ähnlich hohe Bund-Länder-Fördermittel für Bildung, Wissenschaft und Digitalisierung vorgesehen. In der inhaltlichen Ausrichtung zeigt die neue Koalitionsvereinbarung ebenso deutliche Ansätze zu einem kooperativen Föderalismus und einer allgemein verbesserten Bund-Länder-Zusammenarbeit. Damit wird die Fehlentwicklung in der Bundesverfassungsänderung von 2006, die zu einem Trennungsföderalismus tendierte, teilweise korrigiert und insgesamt der Bundeseinfluss gestärkt.

Vor diesem Hintergrund ist die Funktion von Volksparteien zumindest auf der Bundesebene deutlicher zu erkennen. Volksparteien zeichnen sich u. a. dadurch aus, dass sie über eine größere politische Bandbreite verfügen, die einen inneren Einigungsprozess zur politischen Orientierung verlangt. In der deutschen Tradition gehört zum Charakter der Volkspartei zudem, dass in einem breiteren Bereich bei allen für den politischen Wettbewerb in Wahlkämpfen ausgebildeten Unterschieden gemeinsam getragene Positionen bestehen. Dazu zählen etwa Bekenntnisse zur sozialen Gerechtigkeit, zur sozial ausgerichteten Marktwirtschaft, zur europäischen Kooperation vor allem in der EU und der Euro-Zone, aber auch in der Nato und innerhalb globaler Vereinbarungen, etwa im Klimabereich, sowie allgemein das Bekenntnis zur Verteidigung einer offenen und pluralen Gesellschaft. Im deutschen Milieu wurde und wird von einer Volkspartei auch erwartet, dass

3 Vgl. dazu Klaus Faber, Wandel des anthropologischen Menschenbildes, kollektive Identitäten und Politik, S. 93 bis 132, S. 129, in: Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber (Hg.), *Sozialdemokratie und Menschenbild: Historische Dimension und aktuelle Bedeutung*, Marburg 2012.

4 Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article183539410/9-November-Merkel-warnt-vor-wachsendem-Judenhass-in-Deutschland.html>.

sie in der Lage ist, die Kanzlerposition im Bündnis mit kleineren Parteien auszuüben.

Ein im Rahmen großzügiger Maßstäbe einigermaßen regelmäßiger Machtwechsel ohne Bürgerkrieg soll, so die an angelsächsischen Realmodellen entwickelte theoretische Annahme, die Demokratie sichern. Der Machtwechsel ohne Bürgerkrieg auf der Grundlage demokratischer Wahlen ist danach der Hauptsinn von Wahlen überhaupt.

Die deutschen Sonderverhältnisse werden in bestimmten Bedingungen und Problemen deutlich, die aktuelle Bedeutung haben. Anders als in den dualen angelsächsischen Verhältnissen mit zwei Parteien war und ist für den Machtwechsel auf deutscher Bundesebene für beide Seiten eine Koalition mit kleineren Einheiten erforderlich. Das war zunächst über längere Zeit die FDP. Sie hat sich in verschiedenen Konstellationen mit der Union oder mit der SPD verbunden. Die Grünen sind vom SPD-Kanzler Gerhard Schröder 1998 bis 2005 als Partner in eine Bundesregierung einbezogen worden. Danach gab es unter Bundeskanzlerin Angela Merkel erneut eine große Koalition. Anschließend folgte unter ihrer Kanzlerschaft eine Koalition zwischen Union und FDP, in der Folge bis heute weitere Koalitionen zwischen Union und SPD.

Für den Rückgang der Stimmen der Regierungsparteien Union und SPD bei den Bundestagswahlen 2017 werden unterschiedliche Erklärungen angeboten. Einen Verständnisschwerpunkt bildet das zu geringe Gewicht, das die Wahldebatten von Union und SPD dem Thema von Migration und Integration zugeordnet haben. Die Begleitumstände der weitgehend unabhängig von einer wirksamen staatlichen Kontrolle erfolgten Immigration von 2015 mit einem große-

ren Anteil von Migranten aus Syrien waren dabei negative Beurteilungsfaktoren. In den schlechten Unions- und SPD-Ergebnissen der Landtagswahlen von Bayern und Hessen sind zumindest teilweise auch die Auswirkungen der Personalstreitigkeiten in der Bundeskoalition über die Besetzung des Bundesamts für Verfassungsschutz zu erkennen.

Die zurzeit (Redaktionsschluss 20. November) stattfindenden Abstimmungsprozesse in der CDU über den CDU-Vorsitz mit den HauptbewerberInnen Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn bestimmen bis zum CDU-Bundesparteitag Anfang Dezember den Tenor der Berichterstattung. Die SPD-Bundesführung setzt dabei wahrscheinlich auf einen Erfolg von Frau Annegret Kramp-Karrenbauer. Die nächsten Proben für die Erfolgsaussichten der Bundeskoalitionsparteien bestehen im Frühjahr 2019 bei den Europawahlen. Es droht die Gefahr, dass EU-unfreundliche Formationen, zu denen etwa die populistischen Regierungsformationen aus Italien gehören, dort beachtliche Gewinne machen.

Die dann folgenden Entscheidungsphasen liegen im Herbst 2019 bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Die Grünen werden in den ostdeutschen Flächenstaaten nach den bislang vorliegenden Umfragen schwächer, die AfD-Wähler demgegenüber stärker als in Bayern und Hessen sein. Am Ende des Jahres 2019 steht nach der Bundeskoalitionsvereinbarung die Prüfung der Koalitionsweiterführung auf der Tagesordnung. Diejenigen in der SPD, die von Anfang an gegen die Kooperation von Union und SPD waren, votieren für eine Beendigung dieser Kooperation, manche von ihnen bereits zu einem früheren Zeitpunkt im Jahr 2019.

Neuwahlen vor 2021?

Eine Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Sinn von vorgezogenen Neuwahlen.

Als Begründung für die Teilnahme an der 2018 geschlossenen Unions- und SPD-Koalition galt auch das Argument, dass durch die Realisierung des Programms der Koalitionsvereinbarung die politische Position der Koalitionsparteien gestärkt werden könnte. Dass dafür nicht nur auf der SPD-Seite eine bestimmte Mindestzeit erforderlich sein würde, belegen aktuelle Umfragen. Vorgezogene Neuwahlen sind nur dann sinnvoll, wenn die Umfragen vor 2021 einen Wahlerfolg möglich erscheinen lassen. Sehr wahrscheinlich sind derartige Annahmen nicht.

Die politische Konsequenz aus dieser Erwägung erscheint für die SPD-Seite klar: Arbeit mit einer profilbildenden Selbstdarstellung im Rahmen der Koalition von Union und SPD bis 2021, anschließend Neuwahl 2021.

Die Neuwahl findet unter Bedingungen statt, die heute, Mitte November 2018, nicht im Einzelnen vorhergesehen werden können. Es ist nicht auszuschließen, dass die rechtsradikale AfD die 5%-Hürde erneut überspringt, was die Mehrheitsbildung auch für eine in ihrer Volksparteifunktion wieder gestärkten SPD erschweren muss. Dass sich die SPD in den Wahlaussagen zugunsten einer Zusammenarbeit mit den Grünen offen zeigen sollte, liegt auf der Hand. Eine derartige Orientierung ist z. B. bereits für die brandenburgische Landtagswahl 2019 naheliegend.

Ob anstelle der SPD andere Parteien, z. B. die Grünen, die Rolle neben der Union als zweite Volkspartei wahrnehmen könnten, ist zweifelhaft. Den Grünen fehlen bislang die dafür notwendigen Orientierungsmomente. Die SPD sollte daher ihren Anspruch auf Wiederbegründung ihres Volksparteicharakters nicht aufgeben. Er wird spätestens mit der Wahl einer sozialdemokratischen Kanzlerin / eines sozialdemokratischen Kanzlers als wiederhergestellt gelten können.

Wolfgang Schroeder / Jennifer Ten Elsen

Gesellschaftliche Polarisierungsmuster – Wandel des Parteiensystems

Sozioökonomische Verteilungs- versus kulturorientierte Identitätskonflikte

1 Neue versus alte Konfliktmuster

In den Debatten über den Zustand des politischen Systems und der Parteien hat sich in den letzten Jahren die Rede vom Ende der Volksparteien, vom Zeitalter des Popu-

lismus und der Existenz von neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien breitgemacht. Treibende Kraft für den gerade stattfindenden Umbauprozess des Parteiensystems sei die neue politische Spaltungslinie zwischen den sogenannten Kosmopoliten und

den sogenannten Kommunitaristen, die mit Ausnahme der Grünen und der AfD, durch die Parteien hindurchgehen. Während die Kosmopoliten für das Prinzip des Universalismus und der Offenheit stünden, präferierten die Kommunitaristen eher Partikularismus und Abschottung. Empirisch gestützt werde diese Sichtweise, durch die in Wählerumfragen erhobene Priorisierung von Fragen der Zuwanderung, der Sicherheit und der Identität. Es seien damit weniger die klassischen Konflikte zwischen links und rechts, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Staat und Markt gemeint; vielmehr sei die Zentralität der sozioökonomischen Konfliktlinie von einer kulturell-identitären Konfliktlinie abgelöst worden. Was ist dran an dieser Analyse, die auch Antworten auf den Niedergang der europäischen Sozialdemokratie geben will? Wie belastbar ist sie und was sind die Auswirkungen für die politisch-strategische Aufstellung linker Volksparteien?

Aus den Ergebnissen der Bundes- und Landtagswahlen der letzten Jahre lassen sich für die Debatte um neue gesellschaftliche Orientierungs- und Polarisierungsmuster drei Schlüsse ziehen: Erstens sind die beiden Volksparteien einem fortlaufenden Schrumpfungsprozess ausgesetzt. Zweitens zeichnet sich mit dem jüngsten Höhenflug der Grünen eine neue Rolle der Partei ab. Drittens stellt sich die Frage, ob die AfD mit dem absehbaren Ende der Ära Merkel am Zenit ihres parteipolitischen Erfolgs angekommen ist, oder sie sich auf dem Weg befindet, eine feste, dauerhafte Größe im Parteiensystem zu werden. Diese veränderten Lagen von Volksparteien, Grünen und AfD befördern wichtige Einsichten in der Debatte um die Begrifflichkeiten «Kosmopolitismus» und «Kommunitarismus». Auf

der einen Seite generieren mit der AfD diejenigen Wahlerfolge, die Abschottungs- und Schließungsprozesse fordern und damit dem Folgen, was in einer spezifischen Lesart als Kernelement einer kommunitaristischen Logik identifiziert wird. Zugleich erleben mit den Grünen aktuell jene einen Höhenflug, die sich als «Antipopulisten» (Pop zitiert nach Beikler 2018) verstehen und das Idealbild kosmopolitischen Typs verkörpern. Zwischen diesen Polen stehen die Volksparteien. Allerdings bildet sich die ihnen zugesprochene Vermittlungsfähigkeit als Brückenbildner zwischen «oben» und «unten», «drinnen» und «draußen» bei den letzten Wahlen nur noch auf einem geringen Niveau ab. Die schlechten Ergebnisse von CDU/CSU und SPD revitalisieren vielmehr die zirkulierende Debatte um den Herbst (Walter 2009) beziehungsweise um das Ende der Volksparteien (Kronenberg/Mayer 2009).

Offensichtlich ist, dass mit dem Erstarken des Rechtspopulismus nunmehr eine derartige Infragestellung politischer Gewissheiten eingeleitet ist, die Schlüsselfragen gesellschaftlichen Miteinanders betreffen. Ähnlich wie seinerzeit mit der Etablierung der Grünen und in abgeschwächter Form mit der Etablierung der Linkspartei (2005), wirkt also nicht nur ein enormer Veränderungsdruck aus der Gesellschaft, sondern direkt aus dem Parteiensystem, der Auswirkungen auf die Gestaltungsfähigkeit des politischen Systems in einer zunehmend globalisierten, multikulturellen, digitalisierten und individualisierten Gesellschaft haben wird. Zur Disposition steht, ob es sich wirklich um die vordergründige Kulturalisierung gesellschaftlicher und ökonomischer Konfliktlagen handelt oder ob sich an und hinter den kulturellen Konfliktmustern

nicht doch mehr soziale und ökonomische Konfliktlagen verbergen als es auf den ersten Blick den Anschein erweckt.

2 Debattenpanorama

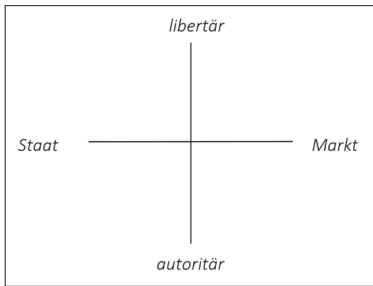
In dem Maße, wie Populismus und populistische Bewegungen als ein Weltphänomen charakterisiert werden können, stellt sich die Frage nach den universellen und spezifischen Ursachen sowie nach der definitivischen Vermessung des Populismus-Begriffs: Populismusdebatten konzentrieren sich erstens auf eine Anti-Establishment- sowie eine Drinnen- und Draußenperspektive. Zweitens sei der Populismus als eine Reaktion der Modernisierungsverlierer gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung zu verstehen, die sowohl auf ökonomische (Arbeitslosigkeit) wie auch auf kulturelle (Zuwanderung, Beschleunigung) Ursachen zurückgehen können. Drittens lasse sich der Populismus als ein Moment der Kulturalisierung von Konfliktlagen erfassen. Und viertens gibt es Ansätze, die den Populismus auf unterschiedliche Konstellationen der jeweiligen länderspezifischen politischen Ökonomien zurückführen; bei dieser Perspektive werden die spezifischen Ausprägungen des Populismus mit den Variationen ökonomischer Problemkonstellationen in Verbindung gebracht. Für die deutsche Debatte am bedeutendsten ist gegenwärtig die Orientierung an einer neuen kulturellen Konfliktlinie.

Die Kontroversen zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus wurzeln in den achtziger Jahren. Ihr Ausgangspunkt ist die Frage der Realisierung von Gerechtigkeit in einer Gesellschaft, «die zugleich universalistisch (liberal) wie partikularistisch (kommunitär) zu funktionieren scheint» (Opielka

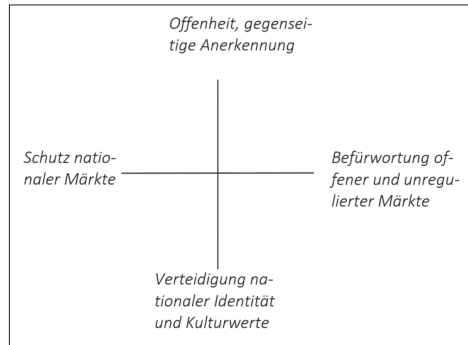
1995: 54). Die deutsche Debatte kann als Ausläufer US-amerikanischer Fragestellungen gewertet werden, die die wohlfahrtsstaatliche Kultur in den USA betreffen. Dort entzündete sie sich sozialtheoretisch an den Schriften von John Rawls und gewann in einem zunehmend (neo-)konservativer gewordenen Umfeld in den Reagan-Jahren an Aufwind (Vorländer 1995: 39). Im Diskurs zwischen individuellen Bürgerrechten und sozialstaatlichen Interventionen formulierten kommunitaristische Autoren und Akteure, wie Amitai Etzioni, einen «Dritten Weg» zwischen der «Markt-Ideologie des Kapitalismus und der sozialstaatlichen Utopie eines bürokratisierten Sozialismus» (Opielka 1995: 54).

Der US-amerikanische Diskurs traf im deutschen Kontext auf eine Diskussion über Subsidiarität und soziale Gerechtigkeit. Insgesamt sensibilisiert die Debatte für sozio-moralische Voraussetzungen moderner Gesellschaften und reflektiert die Folgen von Individualisierungsschüben und Wertewandel. So wird Gemeinschaft als Steuerungsmedium und als Alternative zu staatlichen Interventionen diskutiert. Insofern kann dem Kommunitarismus als Bezugspunkt unterschiedlicher politischer Lager bei der Konzeption zukünftiger gesellschaftspolitischer Entscheidungen eine große Bedeutung beigemessen werden. Zugleich lassen sich Verbindungslinien zur Debatte um Veränderungen im Parteiensystem und eine damit verbundene Neustrukturierung politischer Hauptkonfliktlinien (cleavages) ziehen.

Nach Lipset und Rokkan (1967) haben sich die Parteiensysteme Ende des 19. Jahrhunderts anhand von vier grundlegenden und dauerhaften Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft herausgebildet (Kapital und Arbeit; Kirche und Staat; Stadt und



1 nach: Kitschelt 1988



2 nach: Grande 2018

Land; Zentrum und Peripherie). Diese Konfliktlinien repräsentieren verschiedene Interessen- und Wertekonflikte innerhalb sozialer Gruppen, aus denen schließlich die Parteien entstanden sind. In der Bundesrepublik Deutschland der Nachkriegszeit waren insbesondere die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen Kirche und Staat prägend. Im Kern ist der deutsche Wohlfahrtsstaat auf diese beiden Konfliktlinien zurückzuführen; weshalb auch beide Volksparteien an dessen ständiger Veränderung beteiligt sind. Seit den 1960er-Jahren vollzog sich innerhalb der westlichen Demokratien ein Wertewandel, ausgehend vom traditionellen Materialismus hin zu postmaterialistischen Wertvorstellungen der 1968er und der Ökologie-Bewegung. Im Zuge dessen, so Inglehart (1989: 19), wurden Fragen von wirtschaftlicher und physischer Sicherheit relativiert und modifiziert, «während das Streben nach Zugehörigkeit, Selbstentwicklung und Lebensqualität immer wichtiger» wurde. Ausdruck dieses neuen «value cleavage[s]» (Inglehart 1990: 263), das durch die Konflikte «Marktfreiheit versus Soziale Gerechtigkeit» und «Autoritarismus versus Libertarismus» (Kitschelt 1988, Abb. 1) gekennzeichnet sei, war das Auf-

kommen links-libertärer Parteien in Gestalt der Grünen (Kitschelt 1988). Insofern wurde der gesellschaftliche Grundkonflikt der sozioökonomischen Verteilungsbedingungen (Staat–Markt) um eine sozio-kulturelle Achse erweitert, auf der die Konfliktlinie zwischen libertären und konservativ-autoritären Werten abgebildet wird. Diese in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre entwickelte, zweidimensionale Perspektive des politischen Raums bestimmte seither unsere Debatten über den Wandel des politischen Systems durch gesellschaftliche Präferenzverschiebungen.

Die Frage nach der Strukturierung des politischen Raums sowie der Zukunft der politischen Richtungsbegriffe von «links» und «rechts» stellt sich folglich nicht erst vor dem Hintergrund des Erstarkens rechts- und linkspopulistischer Parteien, sondern wurde bereits in den 1980er-Jahren formuliert (Murphy et al. 1981). Zugleich bleibt bisher ungeklärt, ob es einer Weiterentwicklung des von Kitschelt (1988) entwickelten Modells bedarf, das die zunehmende Auflösung alter Polaritäten zugunsten neuer identitätspolitischer Fragestellung im Sinne einer Abgrenzungs-Integrations-Logik erweitert (vgl. Abb. 2).

Konfliktdimension	Kommunitarismus	Kosmopolitismus
Ökonomisch	tendenzielle Globalisierungsverlierer	Globalisierungsgewinner
	niedrige Bildung	überdurchschnittlich ausgebildet
	geringes Einkommen/ tendenziell negative Einkommensentwicklung	überdurchschnittliches Einkommen/ tendenziell positive Einkommensentwicklung
Kulturell	lokal-stationäres Human-, Sozial- wie Kulturkapital	mobiles Human-, Sozial- und Kulturkapital
	Nationalstaat	Supranationalität
	Assimilation	Multikulturalismus

Tabelle 1 Quelle: Merkel 2017; Adam 2018, Eigene Darstellung

Grande (2018: 23) erklärt die zunehmende Zersplitterung des Parteiensystems sowie die beobachtbare Polarisierung mit der Entstehung einer «neue[n] Konfliktlinie», die «in Deutschland seit den 1990er-Jahren Gestalt angenommen» habe. Anders als in anderen Ländern verhinderten, so Grande (2018: 23 f.), das Scheitern neuer rechtspopulistischer Parteien (Schill-Partei, Republikaner), die Absorption linkspopulistischer Kräfte sowie die Abschirmung der Unionsparteien nach rechts den Erfolg rechtspopulistischer Formationen über lange Zeit. Im Zentrum steht die Frage, ob mit dem «Abgrenzungs-Integrations-Konflikt eine neue Spannungslinie entstanden» ist, die «die Wettbewerbsbedingungen aller Parteien verändert» (Grande 2018: 40 f.) und somit Verschiebungen grundsätzlicher Art ausgelöst wurden. Im Kern geht es um eine suggerierte Konfrontation zwischen sogenannten Kommunitaristen und Kosmopoliten, also zwischen «Menschen, die das Leben in der überschaubaren Gemeinschaft von Gleichen gegen Globalisierung und Massenzuwanderung verteidigen wollen, und jenen, denen die umfassende Öffnung der Gesellschaft – gerade auch für

Migranten – willkommen ist» (Meyer 2017: 38). In dieser Logik treffen sogenannte Modernisierungsgewinner, die sich durch ein überdurchschnittliches Einkommen und eine tendenziell positive Einkommensentwicklung sowie durch die Zuwendung zum Konzept des Multikulturalismus auszeichnen auf potenzielle Modernisierungsverlierer. Diese würden sich durch eine niedrige Bildung sowie eine tendenziell negative Einkommensentwicklung, verbunden mit einem starken Bezug auf den Nationalstaat kennzeichnen (vgl. Tab 1).

Meyer (2017: 38) kritisiert die «Entgegensetzung der beiden extremen Pole» sowie «die Vorstellung, es handele sich dabei um homogene Kollektive». Vielmehr seien die Begrifflichkeiten ungenau und mehrdeutig. Unter Kommunitaristen werden wahlweise BürgerInnen subsumiert, die Formen einer völkischen Identitätspolitik zuneigen, Personen, die durch existenzielle Unsicherheit, Abstiegsdrohungen und/oder unkontrollierte Zuwanderung irritiert sind sowie Menschen, die ein Interesse an Zusammengehörigkeit in überschaubaren Lebenswelten haben (Meyer 2017: 39). Kommunitaristen vereinen in dieser Logik sowohl Nied-

riglöhner wie prekär Beschäftigte als auch Teile der verunsicherten Mittelklasse.

Diese im Diskurs verbreitete Polarität zwischen Kommunitaristen und Kosmopoliten spiegelt die Wirklichkeit der Einstellungen der allermeisten Menschen somit nicht wider. Im Gegenteil ist häufig eine «Verbindung von Offenheit für die Welt und für Migranten mit dem Wunsch nach einer vertrauten lokalen Lebenswelt» (Meyer 2017: 39) zu beobachten. Insofern konstatiert Meyer (2017: 38) eine «höchst flexible [...] und wandelbare [...] Konstellation soziokultureller Interessen und Mentalitäten». Diese Beobachtungen legen die These nahe, dass die Positionierung der WählerInnen auf einer sogenannten «Kommunitarismus-Kosmopolitismus-Skala» «flüchtiger und abhängiger von anderen Faktoren [ist] als bei den traditionellen sozialen Grundkonflikten.» (Meyer 2017: 39) Einstellungen und Interessen sind folglich in vielfältiger Weise von der erlebten sozialen Situation und dem entsprechenden Handeln der etablierten Parteien abhängig. Eine Umfrage von Infratest dimap im Nachgang der Bundestagswahl 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass 61 Prozent der AfD-WählerInnen die Wahlentscheidung aus «Enttäuschung über andere Parteien» getroffen haben. Dieser Befund steht jedoch in einem Spannungsverhältnis zur stabilen Wiederholungswählerschaft, die seit 2013 auch gemessen werden kann und eine gewisse Stabilität der AfD im Elektorat nahelegt (<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml>).

3 Grundsätzliche Verschiebungen oder neuer Wein in alten Schläuchen?

Das Abstrafen der Volksparteien sowie der Höhenflug der rechtspopulistischen AfD

zeugen von einer massiven Kritik an der Parteienlandschaft und legen eine große Systemunzufriedenheit offen. Das gesellschaftliche Klima und der Absturz der großen Volksparteien stehen im scharfen Kontrast zu den allgemeinen wirtschaftlichen Eckdaten (Arbeitslosenzahlen, Konjunktur etc.) des Landes. Auf den ersten Blick scheinen verteilungspolitische Fragen in den Hintergrund zu rücken und der Wahlkampflogan von Bill Clinton «It´s the economy, stupid» ausgedient zu haben; eine florierende Wirtschaft entscheidet heute keine Wahlen mehr und trägt auch nicht in ausreichendem Maße zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Welche Schlüsse müssen aus diesen Beobachtungen gezogen und welche Weichen gestellt werden, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu garantieren und die Integrationsfähigkeit der etablierten Parteien zu fördern? Mit seinen Thesen hob Thilo Sarrazin einen alten Diskurs um das gesellschaftliche Zusammenleben in multikulturalistischen und globalisierten Zeiten auf ein neues, dynamisches Resonanzniveau. Im Kampf um einen neuen Kulturbegriff und eine abschottende und ausgrenzende Zuwanderungspolitik beförderte er eine Enttabuisierung rechtspopulistischer Meinungsäußerungen (Ahlheim 2011). Auch die AfD profitierte von einem neuen rechtspopulistischen Klima, dass im Umfeld von Sarrazin und Pegida entstand. Muss es daher heute, in Anlehnung an Horst Seehofer heißen: «It´s the migration, stupid»?

Tatsächlich ist das Einwanderungsthema das sichtbarste und das mit Abstand am stärksten polarisierende Thema im Bundestagswahlkampf 2017 (Grande 2018: 27). Ebenso waren die Themen «kultureller Liberalismus» und «Europa» vergleichsweise

dominant, die Grande (2017: 25) ebenfalls als «konstitutiv für die neue Konfliktlinie» betrachtet. Während die wohlfahrtsstaatlichen Themen insbesondere zwischen den Volksparteien nur wenig polarisieren, unterscheidet sich die AfD primär durch ihre kritische Distanz zur Einwanderung und weniger durch ihre Position zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen.

Dadurch, dass das Wählermilieu der AfD sehr ausdifferenziert und heterogen ist, ist der Charakter einer Volkspartei durchaus angelegt. Allerdings fällt insbesondere die Anfälligkeit großer Unterschichtmilieus ins Gewicht. Diese resultieren, so Piero Ignazi (zitiert nach Meyer 2017: 39), «aus dem Gefühl des Verlassenseins, wenn nicht des Verrats durch ihre traditionellen politischen Vertreter». Darin offenbart sich – der populistischen Logik von «Wir» gegen «Die da Oben» folgend – eine «klare Teilung in kosmopolitische Eliten und kommunitaristische «Massen»» (Merkel 2017: 13). Während insbesondere die europäischen Linksparteien und zumal die Sozialdemokratie große Teile des Arbeiter- und Angestelltenmilieus integrieren konnten, fühlen sich wachsende Teile der unteren Mittelschichten und Teile der Unterschichten heute verstärkt von Rechtspopulisten angesprochen. So gelingt es den etablierten Parteien immer weniger, die Lebens- und Gefühlslagen von Menschen in den unteren Mittelschichten und Unterschichten so zu erreichen, dass glaubwürdige Erklärungen für Gerechtigkeitsdefizite gegeben werden und Exklusionserfahrungen abgebaut werden können. Rechtspopulisten vollziehen eine «Umdeutung sozialer Fragen in kulturell-ethnische Widersprüche» (Meyer 2017: 40). Die Abwertung der Anderen trägt zu einer Aufwertung eigener Lebensumstände

bei, die vor dem Hintergrund subjektiver Abstiegsängste und Zukunftssorgen befriedet. Vor allem ist daran problematisch, dass es der Sozialdemokratie nicht zu gelingen vermag, eigene konsistente Perspektiven anzubieten, um auf die hinter der populistischen Verheißung liegende Ursachen angemessen reagieren zu können.

Die verteilungspolitischen Fragen «Wer bekommt was unter welchen Bedingungen?» sind heute auch in den scheinbar nur kulturalistisch anmutenden Debatten über die Asyl-, Willkommens-, Homoehe- und Dieseldebatten enthalten. Gleichwohl dominieren in diesen Diskursen häufig weniger die situativen verteilungspolitischen Dimensionen, sondern mehr die grundlegenden Kultur- und Lebensstilaspekte. Sie sind es, die diese Debatten so aufheizen und polarisieren, weil sie in einer sehr emotionalen und reduzierten Weise persönliche und gesellschaftliche Zukunftsperspektiven verbinden. Insofern liegen hinter den gegenwertigen kulturellen Konflikten und ihren Polarisierungsmustern zwar nach wie vor starke klassenspezifischen Spaltungslinien; diese werden allerdings in den Debatten unterspült sowie zugunsten breiter kultureller Feindbilder unsichtbar gemacht, die ganz andere Emotionen und Interessen freisetzen.

4 Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten

Während manche politischen Beobachter im Frühsommer 2017 noch eine Zentrierung des Parteienwettbewerbs auf die politische Mitte erwarteten, kam es am 23. September zu einem «schwarzen Tag für die Volksparteien» (Niedermayer 2017). Können sich die Volksparteien in Zukunft behaupten? Oder visualisieren die zurückgehenden Ergeb-

nisse der letzten Wahlen einen unaufhaltbaren Erosionsprozess? Zur Klärung ist ein Blick alleine auf die Wahlsoziologie unzureichend. Deshalb weiten wir diesen hier auf hegemoniale sozialwissenschaftliche Deutungen der bundesdeutschen Gesellschaft aus. Bis in die 1970er-Jahre dominierte die Idee einer «nivellierte Mittelstandsgesellschaft» (Schelsky 1965), die von der Anpassung zwischen den Schichten und Gruppen ausging. Treibende Kraft dieser Klassenkonvergenz waren das effiziente Zusammenspiel zwischen einem funktionierenden, männlich dominierenden Arbeitsmarkt sowie einem dazu passenden konservativen Wohlfahrtsstaat. In dieser Konstellation dominierte das sogenannte Zweieinhalb-Parteiensystem, das eine «Logik des Allgemeinen» (Reckwitz 2017) sowie tendenziell eine Normalisierung der Lebensformen beförderte. In dem Maße, indem die Grundlagen dieser Gesellschaftsform zerbröselten, die vielfach auch als fordistische Formation verstanden wurde, setzten Suchbewegungen ein, die neue Konfliktlagen generierten. Im Zuge der Expansion des Wohlfahrtsstaates und der ökologischen Frage kam es zur Etablierung der Grünen, womit das Zweieinhalb-Parteiensystem überwunden wurde. In dem Maße, in dem zentrale Gewissheiten der Wachstumsgesellschaft erodierten und neue Unsicherheiten die Zukunftsperspektiven prägten, schuf Ulrich Beck mit seiner Konzeption der «Risikogesellschaft» (1986) ein neues Paradigma. Dieses reflektiert die Ablösung der alten sozialen und politischen Großgruppen der Gesellschaft getrieben von Individualisierungsprozessen und einer Pluralisierung gesellschaftlicher Lebensstile. Vielleicht ist Andreas Reckwitz (2017) mit seiner Studie über die «Gesellschaft der Singularitäten»

eine ähnlich wegweisende Studie für den gesellschaftlichen Entwicklungsmodus gelungen. Im Hinblick auf unsere Frage nach den miteinander ringenden sozioökonomischen und -kulturellen Spannungslinien fokussiert er auf die gewissermaßen systemsprengende Dimension des Singulären, worunter er neue Formen kulturell inszenierter Lebensstilkonstellationen versteht, die eng mit den veränderten Möglichkeiten der Digitalisierung (Social Media etc.) einhergehen: «Die Gesellschaft der Singularitäten betreibt eine tiefgreifende Kulturalisierung des Sozialen. Sie spielt ein großes Spiel von Valorisierung und Singularisierung einerseits, von Entwertung und Entsingularisierung andererseits und läßt Objekte und Praktiken mit einem Wert jenseits von Funktionalität auf» (Reckwitz 2017: 17). Reckwitz knüpft mit seiner Gesellschaftsanalyse an die diskutierte Spaltungslinie zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen an, indem er sie in einer kulturessenzialistischen Weise fortentwickelt: Danach ist der Rechtspopulismus eine Art Befreiungsbewegung gegen den liberalen Kosmopolitismus: «Die zentrale Trägergruppe der postindustriellen Gesellschaft der Singularitäten, die neue Mittelklasse der Wissens- und Kulturökonomie mit ihrem Selbstbewusstsein eines avancierten, zeitgenössischen Lebensstils, verwandelt sich in der rechtspopulistischen Perspektive damit in einen Gegner des «wahren Volkes», in ein parasitäres Außen» (Reckwitz 2017: 416). Vor dem Hintergrund dieser kulturell überlagerten Singularisierungsprozesse wird die integrative Rolle der beiden Volksparteien skeptisch bewertet.

Die gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozesse prägen und verändern also die Parteienlandschaft fundamental. Das

bis Anfang der 1980er-Jahre funktionierende Zweieinhalb-Parteiensystem wurde von einem lagerartigen Vierparteiensystem abgelöst, dass für gut drei Jahrzehnte die Koordinaten der Koalitionslogik des politischen Systems in Deutschland setzte. Die Integrationskraft der beiden Volksparteien erodiert, wobei der Aufstieg der AfD eine Zäsur zu bilden scheint, die das deutsche Parteiensystem nicht nur verändert, sondern in seiner neuen Fragmentierung auch an westliche Normalitäten anpasst. Dabei sollte man aber nicht vergessen, dass das System aus zwei großen Volksparteien sowie einer kleinen mehrheitsbeschaffenden Partei auch für Deutschland eine zeitlich befristete Ausnahme bildete. Diese reichte von 1953 bis etwa 1983 und war eng an die einflussreiche Funktion der bipolaren Blockkonfrontation der deutschen Teilung gebunden. Zu Zeiten des deutschen Kaiserreiches, in der Weimarer Republik aber auch in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten der Bonner Republik standen Parteien für begrenzte Milieus und eine hohe ideologische Konformität. Erst in der Bonner Republik wurde die historische Vielfalt zugunsten eines parteipolitischen Duopols aufgelöst.

Die beiden großen Volksparteien lieferten in den Nachkriegsjahrzehnten eine gedachte soziale Homogenität. Im Zeitalter pluralistischer Lebensformen, singularisierter Lebensstile sowie zuweilen komplexer Konfliktlagen im Spannungsfeld zwischen sozioökonomischen und kulturellen Konfliktlagen scheint die Integrationskraft der ehemals großen Parteien überfordert zu sein.

Allerdings ist der Zustand der Volksparteien kein zwingendes Resultat gesellschaftlicher Entwicklungen. Das Erodieren der Volksparteien «alten Typs» kann auch

als eine Folge des nur rudimentär unternehmenen Versuchs verstanden werden, ihre Verankerung in der Gesellschaft trotz der Auslösung traditioneller soziomoralischer Milieus weiterzuentwickeln. Insofern ist der Zustand der Volksparteien mitunter einer Lockerung der «personellen Verflechtung zwischen Parteien und ihren Vorfeldorganisationen» (Biehl 2005: 110) geschuldet. Insbesondere die SPD war, wie Willy Brandt und Sigmar Gabriel konstatierten, immer die Partei des «donnernden sowohl-als-auch». Insofern verband sie eine kommunitaristische wie auch eine kosmopolitische Tradition. Indem die Sozialdemokratie allerdings ihren «kulturell(...) und gesellschaftlich inklusiven Charakter» (Meyer 2016: 44) vernachlässigt hat, verlor sie ihre einstmaligen tiefen gesellschaftlichen Wurzeln und die entsprechenden Mitglieder. Insbesondere das Mantra der Rechtspopulisten, dass sich «die-da-oben» nicht mehr für die Interessen der «kleinen» BürgerInnen interessieren, trifft die Sozialdemokratie und «führt auf Dauer zu gesellschaftlichen Verhältnissen, die mit sozialdemokratischen Werten nicht mehr viel zu tun haben.» (Meyer 2016: 44) Aber auch hinsichtlich kosmopolitischer Herausforderungen ergibt sich für die SPD weitreichender Handlungsbedarf. Denn ein grundlegend problematisches Fehlverhalten in der kosmopolitischen Perspektive bezieht sich auf den Umgang mit der Globalisierung, die als alternativlose Herausforderung vermittelt wurde («Wir müssen reformieren oder wir werden reformiert» Gerhard Schröder). Indem die Sozialdemokratie die Herausforderungen der Globalisierung gegen alternative Perspektiven abgeschottete und die Interessen der Modernisierungsverlierer unzureichend berücksichtigte, verlor sie durch eigenes

Zutun den Kontakt zur unteren Mittel- und Unterschicht.

Für die Volksparteien und insbesondere für die Sozialdemokratie ergeben sich aus diesen Beobachtungen Erfordernisse, ihre strategischen Handlungsoptionen im parteipolitischen Wettbewerbsraum neu auszuloten. Bisher ist es ihnen nicht gelungen, die neuen Konfliktthemen als Chance zur programmatischen Reform und zur Erneuerung ihrer Wählerbasis zu begreifen (Grande 2018: 41). Dies ist besonders für die SPD eine Herausforderung. Sowohl die sozialökonomischen wie kulturelle Konflikte erzeugen einen Mehrfronten-Wettbewerb für die SPD, der dilemmatische Züge trägt. Rückt die SPD in sozioökonomischen Fragen zu weit nach rechts, verliert sie Stimmen an die LINKE. Rückt sie in den linken Raum, verliert sie Stimmen in der bürgerlichen Mitte an die Merkel-CDU. Folgt sie den kosmopolitischen Orientierungen ihrer besserverdienenden Mittelschicht, verliert sie in den unteren Mittelschichten und den Unterschichten noch weiter an Boden.

Indem sich kulturelle und sozioökonomische Fragestellungen zunehmend überlappen, muss im Ergebnis ein sozialdemokratischer Weg zwischen «der kosmopolitischen Großzügigkeit bei der Aufgabe nationalstaatlicher Souveränitätsrechte und dem Rückzug in die kommunitaristische Fluchtburg des Nationalstaats» (Merkel 2017: 22) gefunden werden. Kommunitaristische und kosmopolitische Traditionen müssen sich nicht zwingend widersprechen. Es bestehe, so Meyer (2016: 45) «kein Widerspruch darin, starke gesellschaftliche Bindungen lokal zu fördern und gleichzeitig auf globale Probleme einzuwirken.» Vielmehr könne man sich «beiden Ebenen gar nicht entziehen.» Die Volksparteien könn-

ten somit eine Schlüsselfunktion einnehmen, wenn es gelingt, politische Konfliktlinien zwischen einem «geerdeten Kosmopolitismus, der (...) an sozial und kulturell integrierten Lebensweisen (...) interessiert ist» und einem «liberal-pluralistischen Kommunitarismus, der Offenheit und Zuwanderung nicht scheut, wenn sie in demokratisch kontrollierten Bahnen verläuft» (Meyer 2017: 41) zu harmonisieren. Kosmopolitische und kommunitaristische Logiken sind in diesem Sinne keine Widersprüche, sondern die Essenz des «donnernden sowohl-als-auch» (Meyer 2017: 45).

5 Offene Fragen

Über viele Jahrzehnte waren die parteibildenden und gesellschaftlichen Konfliktphänomene übersichtlich. Die Cleavages zwischen Kapitel und Arbeit, Stadt und Land, Kirche und Staat sowie Zentrum und Peripherie bildeten die vorherrschenden Interessensgegensätze, die Kontroversen im modernen Industriekapitalismus, die Folgen der Säkularisierung und die Konflikte der Nationalstaatsbildung ab. Indem Kitschelt (1989) die Bipolarität des politischen Raums und gesellschaftlicher Konfliktlinien auflöste und ökonomische Fragen um wertorientierte Einstellungen ergänzte, berührt er Themen, die auch in der aktuellen Diskussion um eine neue Konfliktlinie anschlussfähig sind.

Die Diskussion um Kosmopoliten und Kommunitaristen, beziehungsweise um eine neue «Abschottungs-Integrations-Konfliktlinie» wirft verschiedene Fragen auf: Wie sind die Konflikte zwischen Offenheit und Geschlossenheit mit der sozialen Dimension verteilungspolitischer Fragestellungen verbunden? Gibt es eine in die-

ser Art eigenständige Würdigung des kulturellen Moments, die eine Erweiterung des Kischelt'schen Modells erfordert? Oder kann man die Debatte auflösen, indem man nach wechselseitigen Verbindungen zwischen alten Kontinuitäten und neuen Herausforderungen sucht? Ist die Beschreibung einer neuen Konfliktlinie, die eine Polarität zwischen den homogen gedachten Kollektiven von Kosmopoliten und Kommunitaristen aufbaut in einer heterogenen Welt nicht ohnehin zu einfach gedacht? Bietet die von Philip Manow in die Debatte gebrachte Überlegung, dass «verschiedene Erscheinungsformen des populistischen Protests auf unterschiedliche Politische Ökonomien zurückgeführt» (2018: 15) werden können nicht eher die Möglichkeit, die Überlegungen zu den Modernisierungsverlusten und den kulturellen Konfliktlagen wieder im Kontext ökonomischer und sozialer Konfliktlagen zurückzuholen, ohne sowohl grundlegenden wie auch konkreten Antworten zu den kulturellen Konfliktlagen auszuweichen? Warum tut sich die SPD so schwer damit, das Verhältnis zwischen kulturellen und sozialen Fragen situationsadäquat zu kommunizieren? Haben wir es mit einer Partei zu tun, die sich ihrer traditionellen Rolle als verbindender Kraft zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Akteuren nicht länger bewusst ist? Oder hat es gar damit zu tun, dass sie kaum noch über die notwendige Verwurzelung in die unteren Mittelschichten und Unterschichten verfügt, um sie für ihr Projekt der Vermittlung zwischen den Welten zu gewinnen. Die Glaubwürdigkeitskrise der SPD wurzelt vermutlich sowohl in ihrer fehlenden Erkennbarkeit hinsichtlich der nächstliegenden Ziele als auch darin, dass sie kaum vermittlungsfähig ist im Sinne

ihres eigenen Anspruchs, weil sie nicht dort ist, wo die Probleme alltagsweltlich erlebt, ertragen und diskutiert werden. Denn dort wo um Orientierung gerungen wird, müssen die Probleme und Orientierungen sowohl ökonomisch wie auch kulturell angesprochen und bearbeitet werden.

Literatur

- Adam, Hermann (2018): Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung, in: *perspektivends* 35(1), S. 85-108.
- Ahlheim, Klaus (2011): *Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen*. Hannover: Offizin-Verl. (Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft, 5).
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beikler, Sabine (2018): Berlins Wirtschaftssenatorin Pop. «Wir Grüne sind die Antipopulisten», in: *Tagesspiegel*, 08.11.2018, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-wirtschaftssenatorin-pop-wir-gruene-sind-die-antipopulisten/23590586.html> (abgerufen am 22.11.2018).
- Biehl, Heiko (2005): *Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Decker, Frank (2004): *Der neue Rechtspopulismus*. 2. überarb. Aufl. Opladen.
- Grande, Edgar (2018): Der Wandel politischer Konfliktlinien – Strategische Herausforderungen und Handlungsoptionen für Volksparteien, in: Mach, Winfried (Hrsg.): *Zwischen Offenheit und Abschottung. Wie die Politik zurück in die Mitte findet*, Freiburg/Basel/Wien, S. 17-43.
- Hartleb, Florian (2004): *Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Inglehart, Ronald (1989): *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt a. M.

- Inglehart, Ronald (1990): *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton.
- Kitschelt, Herbert (1988): *Left-Libertarian Parties: Explaining Innovation in Competitive Party Systems*. *World Politics*, S. 194–234.
- Kronenberg, Volker / Mayer, Tilman (Hrsg.) (2009): *Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen*, Freiburg i. Br.
- Rokkan, Stein; Lipset, Seymour M. (Hg.) (1967): *Party Systems and Voter Alignments*. New York: The Free Press.
- Manow, Philip (2018): *Die politische Ökonomie des Populismus*, Frankfurt a.M.
- Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp / Kubbe, Ina / Poguntke, Thomas (Hrsg.): *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden, S. 9–23.
- Meyer, Henning (2016): Wege aus der «Kosmopolitismusfalle». Warum die Sozialdemokratie kommunitaristisch und kosmopolitisch sein muss, in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, No. 4 S. 43–46.
- Meyer, Thomas (2017): Kommunitaristen, Kosmopoliten und die «verlorene Arbeiterklasse», in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, No. 3, S. 37–41.
- Murphy, Detlef / Nullmeier, Frank / Raschke, Joachim / Rubart, Frauke / Saretzki, Thomas (1981): Haben «links» und «rechts» noch Zukunft? Zur aktuellen Diskussion über die politischen Richtungsbegriffe, in: *Politische Vierteljahresschrift* 22(4), S. 398–414.
- Niedermayer, Oskar (2017): Die Bundestagswahl 2017: ein schwarzer Tag für die Volksparteien, in: *Gesellschaft-Wirtschaft-Politik*, 4/2017, S. 465–470.
- Opielka, Michael (1995): Gemeinschaft als Ressource der Sozialpolitik. Zur Relevanz der Kontroverse zwischen Liberalismus und Kommunitarismus für die Wohlfahrtsstaatsdebatte, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Kommunitarismus und praktische Politik*, 8(3), S. 54–62.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schelsky, Helmut (1965): Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft, in: ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*, Düsseldorf u.a., S. 331–336.
- Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Frank Decker (Hg.): *Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 547), S. 33–58.
- Vorländer, Hans (1995): Ein vorläufiges Nachwort zur deutschen Kommunitarismusdebatte, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Kommunitarismus und praktische Politik*, 8(3), S. 39–43.
- Walter, Franz (2009): *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, Bielefeld.

Wohin gehen?

#Aufstehen reicht nicht

Lang ist es her. Im Godesberger Programm hieß es 1959 klar und deutlich: «Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die jeden in ihren Reihen willkommen heißt, der sich zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt.»

Das war ein Signal des Aufstehens, raus aus dem 30-Prozent-Turm! Doch im Laufe der letzten Jahrzehnte ist vieles so richtig weggerutscht. Das Parteiensystem hat sich ausdifferenziert: GRÜNE, LINKE und AfD als neue Konkurrenten beschleunigten die Zerfaserung der SPD, sie liegt nur noch zwischen 10-20%. Das sind wahrlich gewandelte Zeiten, da ist es kein Trost, dass es woanders in Europa noch schlimmer ist. Zwar ist die Gesellschaft trotz mancher – erneut gefährdeter – Strukturen sozialer Demokratie vorwiegend kapitalistisch geblieben. Doch sie hat sich auch grundlegend gewandelt, Industriekapitalismus und sozialdemokratisch erkämpfte nivellierte Mittelstandsgesellschaft sind von gestern, immer mehr basiert auf neuen Digitaltechnologien, die globalisierte Entgrenzung der Märkte hat neue Ungleichheiten hervorgebracht. Die Gesellschaft hat sich individualisiert, hat neue Klassen ohne Klassenbewusstsein, unten vor allem den prekären Dienstleistungssektor, hervorgebracht.

Wer sich heute noch als demokratischer Sozialist im Sinne des Godesberger Programmes versteht, ist der nicht nur noch «altmo-

disch» oder gar «Ballast» für die notwendige SPD-Erneuerung? Reicht die modisch-unreflektierte Rede von Zukunft, Optimismus, Fortschritt und digitalem Aufbruch aus? Sind Grundwerte, Gesellschaftsanalyse, Systemkritik und Interessenfragen (für oder gegen was, für oder gegen wen) wirklich von gestern? Verweisen nicht die Widersprüche der kapitalistischen Metamorphosen auf ein historisch «objektives» Momentum von sozialer Demokratie? Jedenfalls dürften ohne jeglichen Spurwechsel immer mehr empirische Trends in Richtung zunehmender globaler Barbarei führen.

Helmut Schmidt hatte als personifizierter Gegenpart zum «Ökopax»¹ die aus der Neuen Linken und den neuen sozialen Bewegungen hervorgegangene Gründung der GRÜNEN befördert. Gerhard Schröder provozierte die Etablierung der gesamtdeutschen Partei Die LINKE mit den als ungerechte Zumutungen und Entsolidarisierung empfundenen Sozialstaatsreformen. Aus der SPD als Sammlungsbewegung wurde eine diffuse Dreiteilung links der Mitte, wobei die Zeiten vorbei sind, dass die SPD als Volkspartei automatisch vor GRÜNEN und LINKEN liegt. In dem 2017 gewählten Bundestag hat nach Einzug der rechten AfD selbst Rotrotgrün keine Mehrheit mehr. Jetzt behauptet die «Sammlungsbewegung #Aufstehen» über zusätzliche

1 Vgl. Petra K. Kelly, Joe Leinen (Hg.): *Prinzip Leben. Ökopax – die neue Kraft*, Berlin 1982.

Mobilisierung, über Bewegungskonkurrenz zur AfD und parteiübergreifende Kommunikation sozialere Positionen wieder attraktiv, gar mehrheitsfähig zu machen. Dazu und zu aktuellen Fragen linker Politik ein paar skeptische Überlegungen.

1 Weder Sammlung noch Bewegung

Natürlich ist der Begriff «Sammlungsbewegung» ein Etikettenschwindel: Das Sammeln, ohne die strategische Absicht, vor allem die eigene Machtbasis zu stärken und den eigenen Positionen, in der Vergangenheit eher rechthaberisch und autoritär vertreten, zum Durchbruch zu verhelfen – kann man dies wirklich den beiden Initiatoren Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht abnehmen? Bisher bekämpften sie jedenfalls alle rotrotgrünen Annäherungsversuche. Nun also vom Saulus zum Paulus? Oder geht es Ihnen nicht eher darum, der schwächelnden SPD den Todesstoß zu versetzen, den linken Flügel aus SPD und GRÜNEN herauszuberechnen und nebenbei ihren Machtkampf innerhalb der LINKSPARTEI zu gewinnen? Und schließlich darum, falls sie erfolgreich wären, wonach es derzeit allerdings nicht aussieht, als vierte progressive Kraft bei der Bundestagswahl anzutreten?² Dies wäre dann aber nicht Sammlung, sondern eine weitere Spaltung links der Mitte.

Eine soziale Bewegung ist, jedenfalls nach politikwissenschaftlichem Verständnis, etwas anderes als eine von einer selbsternannten Führungsgruppe eingerichtete Internetadresse, die Unterstützer trick-

reich einsammelt (wurde man, wenn man als Interessent den Newsletter abonnierte, gleich als Unterstützer geführt?³) und die eine virtuelle Kommunikationsplattform anbietet. In der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung wurde definiert:

«Eine soziale Bewegung: das sind umfangreiche, möglichst zunehmende Menschengruppen, die sich gemeinsam für eine weitreichende Änderung der politisch-sozialen Verhältnisse einsetzen, die ein gemeinsames Selbstverständnis davon gewonnen haben, als kollektiver Akteur eine einflussreiche Kraft des politischen und sozialen Wandels zu sein, die schließlich über keine vollständig formalisierte Organisationsstruktur verfügen und sich für ihre Ziele vorwiegend mit außerinstitutionellen Mitteln einsetzen.»⁴

Zwar gibt es mittlerweile kleinere Diskussionszirkel der Sammlungsbewegung in größeren Städten («mehr als hundert lokale Gruppen» ist wohl übertrieben⁵), doch diese kriseln bereits⁶. Reale soziale Bewegungen sind eben nicht virtuelle Kopfgeburten, sondern entwickeln sich in praktischen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und organisieren Protest und Widerstand von unten, der im Übrigen nicht immer emanzi-

2 Die Bundestagswahl ist regulär eigentlich für 2021 geplant, mittlerweile hat der Rückzug von Angela Merkel vom CDU-Parteivorsitz eine Dynamik ausgelöst, die vorgezogene Neuwahlen wahrscheinlich macht.

3 «165 000 Menschen haben sich angemeldet», so geschickt formulierte es Bernd Stegemann, Vordenker der Sammlungsbewegung, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 25. November 2018, S.41.

4 Klaus-Jürgen Scherer: *Jugend und soziale Bewegung. Zur politischen Soziologie der bewegten Jugend in Deutschland*, Opladen 1988, S. 46.

5 Bernd Stegemann, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* a.a.O.

6 Vgl. Matthias Meisner: «Aufstehen» ohne Bewegung. In der von Sahra Wagenknecht gerade erst initiierten Oppositionsgruppe kriselt es bereits. In: *Der Tagesspiegel* 20. Oktober 2018, S.4.

patorisch-links sein muss, sondern sich auch nur auf Partialinteressen beziehen oder gar rechts-autoritär konnotiert sein kann.

2 Parteien brauchen Bewegung

Eigentlich gibt es durchaus gute Gründe für eine Sammlungsbewegung links der Mitte, weshalb es verständlich ist, dass einige wichtige Mitglieder der HDS und Sozialdemokraten (wie Peter Brandt und Christoph Zöpel) dem Projekt «#Aufstehen» öffentlich Sympathien entgegenbrachten. Auch angesichts der diagnostizierten grundsätzlichen Abwendung von Parteipolitik in der jüngeren Generation, wie in der letzten Shell-Jugendstudie belegt⁷, spricht einiges dafür, politische Mobilisierung jenseits von Parteistrukturen zu suchen.

Alle drei fortschrittlichen Parteien sind in einem Zustand, in dem Impulse von außen hilfreich wären:

Die SPD tat sich 2018 zunächst schwer mit ihrem Erneuerungsprozess, was nicht nur an der großen Koalition lag.

Im Herbst 2018 changierte die SPD immer noch unentschieden zwischen Würdigung und Kritik ihrer Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen, zu denen auch Finanzmarktliberalisierung, die Rente mit 67, die «schwarze Null» gehören. Exkanzler Ger-

hard Schröder konnte der SPD immer noch unwidersprochen vorwerfen, dass sie zu wenig Wert auf wirtschaftliche Kompetenz lege und «hätte sie die Reform als ihre vertreten, müsste sie sich heute keine Sorgen machen».⁸ Fast gleichzeitig hatte die Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles gänzlich andere Töne angeschlagen: «Wir haben (...) ein Problem mit der Logik, die damals den Reformen zugrunde gelegt wurde. Im Blickpunkt standen jene, die die Sozialleistungen missbrauchten. Wir müssen weg vom Ansatz des Misstrauens, der Sanktionitis, sondern umgekehrt den Sozialstaat aus dem Blickwinkel derjenigen gestalten, die Hilfen brauchen und die Rechtsansprüche darauf haben. Ich habe mir Reden aus der damaligen Zeit angeguckt, Reden von unserem damaligen Minister Wolfgang Clement und von anderen. Da schäme mich heute noch dafür. Sie haben damals die Sozialstaatsidee der SPD ruiniert.»⁹

Möglicherweise wurde das «Debatten-camp» am 10./11. November in Berlin, eine Art junger Innovationskongress (mit über 60 Diskussionsforen und über 2–3000 Teilnehmern) zu einem Wendepunkt und Aufbruch. Jedenfalls erweist sich die anschließende SPD-Debatte über die Notwendigkeit einer großen und zusammenhängenden Sozialstaatsreform¹⁰ als relativ kompatibel zu entsprechen-

7 «Immer mehr Jugendliche zeigen politisches Interesse. Im Vergleich zu 30 Prozent im Jahr 2002 bezeichnet sich 2015 41 Prozent als «politisch interessiert». Mit dem politischen Interesse ist auch die Bereitschaft zur eigenen Beteiligung an politischen Aktivitäten verbunden. Die etablierten Parteien profitieren davon jedoch nicht, die Politikverdrossenheit bleibt hoch. Jugendliche bringen den Parteien wenig Vertrauen entgegen, genauso wie großen Unternehmen, Kirchen und Banken.» (17. Shell-Jugendstudie Jugend 2015).

8 Nico Fried: Wir waren Helden. In Berlin feiert sich bei einer rot-grünen Gedenkveranstaltung die Politprominenz von einst. Im Glanz vergangener Zeiten spiegelt sich das Elend der SPD im Hier und Jetzt besonders deutlich, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 7. November 2018, S.3.

9 «Keine Lust mehr auf Kompromisse». Interview mit Andrea Nahles, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 3./4. November 2018, S. 2.

10 Vgl. Andrea Nahles: Für eine große Sozialstaatsreform. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. November 2018, S. 10.

den Vorstellungen von GRÜNEN und LINKEN. Eine bessere Existenzsicherung, eigenständige Kindergrundsicherung, ein Bürgergeld als Grundsicherungsleistung, ein Recht auf Arbeit und Weiterbildung für Hartz IV-Bezieher, die erneute Besserstellung langfristig beschäftigter Arbeitnehmer, die Abschaffung vieler Sanktionen – dies und anderes könnte geradezu zu einem neuen Rotrotgrünen-Projekt eines «zugewandten Sozialstaates» gerinnen, wozu es aber die Sammlungsbewegung nun gerade nicht braucht.

Die GRÜNEN surfen auf einer Welle von Attraktivität und Wohlfühloptimismus, verstehen sich jedoch nicht mehr als linke Partei, sondern positionieren sich vage bürgerlich-kulturprogressiv.

Die GRÜNEN profilierten sich als liberaler Gegenpol zum rechtsautoritären Nationalismus und zur AfD, konzentrieren sich auf das Wählerpotenzial der neuen akademischen Mittelklasse (ohne wie die SPD auch untere Schichten ansprechen zu müssen), haben mit ihrer prinzipiellen Haltung zu Klimaschutz, Demokratie und Europa Erfolg. Wie das in praktische Politik umgesetzt wird, da schauen die Wähler offenbar nicht immer so genau hin. Und in den Medien dominiert sowieso schon seit Jahren eine Priorität für die schwarz-grüne Option. Die GRÜNEN sprachen sogar davon, «nach der Zeit der Volksparteien» (Robert Habeck) an die Stelle der SPD treten zu wollen, die Momentaufnahme der bundesweiten Sonntagsfrage stützt dieses große Selbstbewusstsein: GRÜNE 22 %, SPD 14 %, so die Forschungsgruppe Wahlen am 10. November 2018.

Die Spaltung der LINKEN in Fundamentaloppositionelle und Realpolitiker hat sich verfestigt.

Während die SPD auf Parteitag ja längst beschlossen hat, Bündnisse mit den LIN-

KEN nicht mehr auszuschließen, hielten die LINKEN auf Bundesebene all die Jahre an ihren Formeln und Vorurteilen der SPD-Ablehnung fest, selbst ihre im Grunde sozialdemokratische Landespolitik in Berlin, Brandenburg oder Thüringen konnte nicht ausstrahlen. Bisherige Plattformen des programmatischen Aufeinanderzugehens – vom Institut Solidarische Moderne bis zum Progressiven Zentrum – erreichten nur wenig Anziehung und Aufmerksamkeit. Rotrotgrün verblasste als Alternative zur Merkel-Groko in dem Maße, in dem die AfD im Osten die Proteststimmen der LINKEN aufzog und zur neuen Systemopposition, nun allerdings von rechts, heranwuchs.

Darüber hinaus sei an die alte Einheitsfront-Utopie erinnert, könnte die Sammlungsbewegung vielleicht die Spaltung der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts – gewissermaßen postum – überwinden? Also die Sammlung aller progressiven Kräfte durch Kommunikation und Kooperation mit dem Ziel gemeinsamer Politik- und Mehrheitsfähigkeit? Die Verringerung von Spaltung müsste dann aber – auch um der historischen Gerechtigkeit Genüge zu tun – eigentlich in eine wiedervereinigte starke Sozialdemokratie münden, in der konsequent soziale und Gerechtigkeits-Fragen (der LINKEN) ebenso wie die notwendige Radikalität der ökologischen Frage (der GRÜNEN) aufgehoben würden. Das könnte auch das Anwachsen realer sozialer Bewegungen fördern, ohne die eine Linkswende der politischen Kultur und eine antikapitalistische Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft sowieso nicht gehen dürfte. Denn es braucht gerade außerparlamentarisches Engagement und «kulturelle Hegemonie» im Sinne der alten «Doppelstrategie», um Institutionen und Parteien hin zu

einer konsequenten Reformpolitik oder gar zur Gesellschaftstransformation zu drängen

Oder ist so etwas mittlerweile nicht vollständig utopisch und von gestern, weil Politik heute im digitalen Zeitalter gänzlich anders funktioniert? Ob so überhaupt noch ein Funken zündender Zukunftsvision entstehen kann, auch darüber mag debattiert werden.

3 Welche Bewegung gegen rechts?

Tatsächlich gibt es ein diffuses Bedürfnis nach Protest, Revolte und Opposition, das nicht kampfflos dem rechten Spektrum überlassen werden sollte. Grundeinstellungen der Bevölkerung wie Parteienkritik und Elitendistanz, wie Sicherheitsbedürfnisse, Angst um die Heimat, Kapitalismuskritik, Gerechtigkeitsgefühle und Zukunftsängste dockten auch deshalb bei den Rechten an, weil die gespaltene Linke zu wenig in der Lage war, diese Einstellungen aufzugreifen und in eine überzeugende emanzipatorische Erzählung der gesellschaftlichen Gestaltung zu übersetzen.

Es ist ein Versuch wert, dem Trend von SPD- und LINKEN-Wählern hin zur AfD etwas entgegenzusetzen. Dazu müssen aber inhaltliche Fragen geklärt werden, etwa wie geht die sympathische idealistische Europaorientierung¹¹ eigentlich zusammen mit der Analyse, die EU wäre bisher, nach einem nicht ganz falschen Wort von Wolfgang Streeck¹², zu sehr eine «Liberali-

sierungsverfestigungsmaschine» gewesen? Das JA zu Europa wird nur mit der grundlegenden Reform hin zu einem demokratischen, kulturell offenen und solidarischen Europa, einem neuen Europa des Gleichgewichts zwischen innerer Einheit und Vielfalt gelingen.

Aber müssen Linke nicht auch denjenigen etwas anbieten, die einem Laissez-faire in der Flüchtlingspolitik und offenen Grenzen skeptisch gegenüberstehen? Warum sollten für das offene Benennen von Integrationskonflikten, für Konkurrenzprobleme auf Niedriglohnmärkten und beim knapper werdenden billigen Wohnraum, für klare Regeln bei Asylverfahren und Einwanderung eigentlich nur Fremdenfeinde, Rassisten, Islamhasser und Rechtsradikale zuständig sein?

Muss nicht doch die Aufnahmefähigkeit des Landes und Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung mitberücksichtigt werden? Ist die kulturlinke Gleichsetzung von «no border» und Humanität wirklich ethisch eindeutig? Julian Nida-Rümelin jedenfalls bezweifelt dies: «Offene Grenzen würden das weltweite Elend nicht wesentlich mildern, die Herkunftsländer weiter schwächen und die sozialen Konflikte in den aufnehmenden Ländern verschärfen.»¹³

Doch auch das entgegengesetzte Extrem, das Grenzziehungen überhaupt kritisiert, das fordert, die Zugbrücken der «Festung Europa» herunterzulassen und der Auffassung ist, durch Legalisierung aller Zuwanderung steige deren Akzeptanz, findet sich im sozialdemokratischen Kontext: «Als Reaktion auf die gestiegenen Zuzüge im Jahr 2015 und aufgrund der fehlenden innereu-

11 Beispielsweise Ulrike Guerot: *Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie*, Bonn 2016.

12 Wolfgang Streeck: Der Wunsch nach einer linken Sammlungsbewegung ist nicht «fremdenfeindlich». Eine Antwort auf Colin Crouch. In: *Die Zeit* vom 30. August 2018, S. 40.

13 Julian Nida-Rümelin: *Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration*. Hamburg 2017. Klappentext.

ropäischen Solidarität bei der Aufnahme der Geflüchteten wurden die Abschottungsmaßnahmen noch einmal deutlich intensiviert. Dabei wurden auch rote Linien überschritten wie etwa bei der Kooperation mit Libyen oder der Kriminalisierung privater Seenotrettungsorganisationen. Seit Jahren fordern ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis den Ausbau sicherer und legaler Wege nach Europa. (...) Die Umleitung von Migration in legale Wege kann nur dann gelingen, wenn migrationswillige Personen diese Wege als realistische Chance wahrnehmen. Dazu sind ein substanzieller Umfang und das langfristige Offenhalten von Migrationswegen erforderlich. Hierfür braucht es internationale Zusammenarbeit.¹⁴

Die Schlüsselfrage ist jedoch eine andere: Wie kann eine problemmindernde und notwendigerweise europäische Asyl- und Einwanderungspolitik aussehen, die auf den unveräußerlichen Menschenrechten basiert und zudem nicht zum weiteren Erstarken der Rechten beiträgt, deren Potenzial in Studien in Deutschland mit beunruhigenden 20–30 % beziffert wurde?¹⁵ Wie können Brücken gebaut werden, die sogenannte

«kommunitaristische» (heimatorientierte Gemeinschafts-) Haltungen aufnehmen, ohne den globalen Blick, den Internationalismus und die Würde aller Menschen zu verraten? Wolfgang Thierse nennt dies «sozialdemokratische Beheimatungspolitik», wir müssen den Fremden helfen, hier heimisch zu werden, aber auch die Einheimischen dürfen nicht fremd werden im eigenen Land: «Die grundgesetzliche Werteordnung ist das Fundament unserer Heimat und darf niemals zur Disposition stehen. Mit dem Blick auf das Grundgesetz und auf unsere rechts- und sozialstaatliche Ordnung lässt sich durchaus pathetisch sagen: Unser Land ist und soll sein: Heimat der Menschenrechte, der Grundfreiheiten, des Rechts und der Toleranz, der Erinnerungskultur, der Weltoffenheit. Heimat ist also auch ein hoher Anspruch. Diesen Anspruch haben wir zu verteidigen gegen jede völkische, ethnische, soziale Verengung und Verfälschung. Diesem Anspruch zu genügen, auch das ist Ziel und Verantwortung von Beheimatungspolitik.»¹⁶

Aber, so hält man erschrocken inne, ist solch ein Anspruch und rationaler Diskurs überhaupt noch möglich? Man kann zweifeln, liest man beispielsweise, wie AfD-Chef Gauland, wie Rechtspopulisten auch anderswo, den UN-Migrationspakt (eine sich der Realität stellende Absichtserklärung zur besseren Steuerung von Wanderungsbewegungen) diffamiert: «Linke Träumer und globalistische Eliten wollen das Land klammheimlich von einem Nationalstaat in ein Siedlungsgebiet umwandeln». – Haben Argumente überhaupt noch irgend-

14 Marcus Engler: Zugbrücken runter. Die «Festung» Europa muss sich öffnen. In: *FES-Info* 03/1018, S. 24.

15 Vgl. Andreas Zick, Beate Küpper, Daniela Krause: *Gespaltene Mitte – feindselige Zustände. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Bonn 2016: «Verschwörungsmythen in Bezug auf eine vermeintliche Unterwanderung durch den Islam, die Behauptung eines Meinungsdictats, eine Beschimpfung des «Establishments» als illegitim, verlogen und betrügerisch, die Forderung nationaler Rückbesinnung gegen die EU und der Aufruf zum Widerstand gegen die aktuelle Politik bilden ein zusammenhängendes neurechtes Einstellungsmuster, das von fast 28 % der Bevölkerung vertreten wird.» (Pressemitteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Buchvorstellung).

16 Wolfgang Thierse: Heimat ist mehr als funktionierende Infrastruktur. In: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte* 9/2018, S. 10.

eine Chance angesichts solch ungeheuerlicher Parallelwelten, schamloser Lügen und irrer Fake News, multipliziert im Internet, bewusst geschürt durch die Rechten?

Dies sind, trotz erster Schritte, wie dem Zuwanderungsgesetz, wirklich offene Fragen. Das argumentative Überlaufen zur autoritär-nationalen Rechten, die pauschale Denunziation von emanzipatorischen und Demokratiefragen im Namen angeblich sozialer Politik¹⁷, würde #Aufstehen (und erst recht die SPD) in die Irre führen. Gerade linke und demokratische Politik muss um offensive Antworten auf den demokratiefeindlichen rechtsnationalen Autoritarismus ringen (das Gleiche gilt für demokratiefeindlich politisierte Religion, ob Islamisten oder christliche Evangelikale). Nicht Dethematisierung, sondern die demokratische, pluralistische Kommunikation ist dem autoritären Kult um Tat und Entscheidung entgegenzusetzen. Kann in diesem Sinne mit der Sammlungsbewegung nicht doch ein Ort entstehen, in dem über solche Fragen ergebnisoffen debattiert wird? – Bisher, Redaktionsschluss Ende November 2018, kamen dazu kaum bemerkenswerte Impulse.

4 Kritik am #Aufstehen

Im Folgenden seien drei, meines Erachtens relativ fundamentale, Einwände zum Pro-

17 Z. B. das Zerrbild von Bernd Stegemann, einem Vordenker von #Aufstehen: Er kritisierte völlig übertrieben einen «bestimmten Teil des linken Spektrums, das sich nur noch auf Fragen der Symbol- und Anerkennungspolitik fokussiert, auf Rassismus, Sexismus. Für dieses Lager ist jede Frage nach sozialer Politik Hochverrat an seinem Auftrag» (*Der Tagespiegel* vom 17. Oktober 2018, S. 23). Fehlt das Soziale, so ist das doch libertär und neoliberal und eben gerade nicht links!

jekt der Sammlungsbewegung «#Aufstehen» formuliert:

Erstens: Hier droht, bei allen nationalen Unterschieden, nach französischem und italienischem Vorbild, nach La République en Marche und MoVimento 5 Stelle, eine solche neue Form einer populistischen Antiparteienpartei auch für Deutschland. Wenig eindeutig (von linker Sammlungsbewegung ist bewusst nicht die Rede), doch natürlich auch linksmodische Gefühlslagen und Denkmuster – wie bedingungsloses Grundeinkommen, Pazifismus, holzschnittartige Sozialrhetorik – bedienend. Dieser neue, sich als Bewegung etikettierende Parteientypus hat in Frankreich und Italien wesentlich zur Abwahl und Schrumpfung der einstigen linksdemokratischen Volksparteien beigetragen. Die neuen Bewegungsparteien haben dort die Regierung übernommen, sei es als erfolgreicher sozialliberaler Gegenspieler zu den Rechtsextremen (Emmanuel Macrons Wahlsieg gegen Marine Le Pen) oder als deren postmoderner Koalitionspartner (Luigi Di Maio mit Matteo Salvini).

Dies beschleunigte den Niedergang einer parlamentarischen Demokratie, die durch die an Grundwerten orientierte Gemeinwohlfalternative zweier potenziell mehrheitsfähiger Volksparteien charakterisiert war. An deren Stelle tritt eine aufbruchseuphorische und medial vermittelte Stimmungsdemokratie, eine Verbindung aus autoritärer Führung und Pseudo-Basisdemokratie des Internets. An die Stelle des weggewischten Rechts-links-Gegensatzes tritt das populistische Muster Volk gegen (abgewirtschaftete, korrupte) Elite. Typisch sind weitgehende und radikale Wahlversprechen eines Systembruchs, wie sie kaum umsetzbar sind. Dabei wird das politische Handeln selbst erratisch, es wird durch organisierte Parti-

alinteressen, wie dilettantische Neueinsteiger aus der Zivilgesellschaft, geschwächt. Letztlich erhalten damit Strukturen symbolischer Politik, des Rückbaus tatsächlicher politischer Partizipation zugunsten einer lediglich demonstrierten Demokratie, einen weiteren Schub.

Der Blick über die Alpen lehrt: «Die Lage, in die die parlamentarische Demokratie in Italien geraten ist, stellt damit die Krönung postdemokratischer Politik dar. Es wird nicht mehr um Interessen, Meinungen, Inhalte oder gar Ideologien gerungen. Stattdessen geht es lediglich um internetgesteuerte Manipulationstechniken, die die passenden Mehrheiten für die jeweils aktuelle politische Entscheidung produzieren und organisieren sollen.»¹⁸ Ob sich Charisma und diffuse Hoffnungen so errungener Wahlsiege als dauerhaft erweisen, mag offenbleiben; doch wo diese digital bewegten Antisystemparteien an sich selbst scheitern – wie in Deutschland die Piratenpartei bereits im Ansatz –, scheinen eher fließende Übergänge zum Rechtspopulismus wahrscheinlicher als die automatische Rückkehr zur Sozialdemokratie, die jahrelang als Partei der Inkludierten gebrandmarkt wurde und der das Etikett «von gestern» anheftet.

Zweitens: Natürlich leidet man am «kleineren Übel» der GroKo und an einer SPD, die eben derzeit ein anderes Niveau bietet, als mit 40% und über einer Million Mitglieder. Natürlich wäre es notwendiger denn je mit einer linken Politik mehrheitsfähig zu werden, um die neoliberalen Entgrenzungen des globalen Kapitalismus wieder

einzuhalten. Sonst bleiben die Krisen- und Untergangsfahren des Finanzmarktkapitalismus, eine kapitalistische Digitalisierung, die alte Fragen marxistischer Kritik im neuen Gewand wieder auf die Tagesordnung setzt, die zunehmend nicht mehr rückholbare Zerstörung der Lebensgrundlagen des Planeten (wohl nicht das Ende jeden menschlichen Lebens, wohl aber von entwickelter und demokratischer Zivilisation), die steigende Wahrscheinlichkeit großer Kriege einschließlich der atomaren Gefahr, die zunehmende Ungleichheit und regionale Verelendung mit dramatischen Folgen für die Demokratie in den reichen Ländern auch durch Immigration.

Doch die Sammlungsbewegung hat einen falschen strategischen Ansatz: Der Hauptwiderspruch in der politischen Kultur Europas verläuft heute eben nicht zwischen dem von Lafontaine/Wagenknecht repräsentierten linksnationalen Flügel der LINKEN und allen anderen! Die derzeit entscheidende Bruchlinie geht eigentlich mitten durch die Union (und durch traditionelle SPD-Milieus): Das Feindbild des wie auch immer schuldigen Fremden, Emotionen (Angst und Hass) statt rationalem Diskurs, das alte deutsche Muster, Vorurteile und Ausgrenzung zu radikalisieren – all dies bedroht den humanen Kern dessen, was im positiven Sinne einmal «den Westen» ausmachte. Eigentlich eint soziale und andere Demokraten doch: Menschenwürde, Gleichheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Weltoffenheit, Pluralismus, Minderheitenschutz, Toleranz, demokratische Sensibilität, Europa als Handlungsraum, Meinungsfreiheit, Freiheit von Religion, Wissenschaft und Künste – das alles ist unsere Wertebasis, auf der wir darum streiten, wie Demokratisierung, soziale Bürgerrechte und öko-

18 Gregor Fitz: Sie existieren nicht mehr. Die politische Linke in Italien nach der Wahl und Regierungsbildung. In: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte* 7/8-2018, S. 6.

logischer Wandel auszugestalten sind, wie viele und welche Eingriffe notwendig sind, um kapitalistische und andere vermachtete Strukturen zu zivilisieren.

Drittens: Eine solche Sammlungsbewegung wird kaum Erfolg haben: Nicht nur wegen der – siehe oben – falschen Initiatoren. Auch weil Deutschland – «vielleicht geht es den Deutschen noch zu gut»¹⁹ – anders als Italien und Frankreich bei allen sozialen Verschlechterungen immer noch Gewinnerin der europäischen Krise ist (Exportnation, Wachstum, ausgeglichener Staatshaushalt, niedrige Arbeitslosenquote). Es scheint illusionär, dass AfD-Wähler jetzt, bloß wegen ein paar ausländerfeindlichen und sozialpopulistischen Tönen, in Scharen zur Sammlungsbewegung wechseln, auch wenn Sahra Wagenknecht bereits ganz im Sinne der Völkischen formulierte: «Weltoffenheit, Antirassismus und Minderheitenschutz sind das Wohlfühl-Label, um rüde Umverteilung von unten nach oben zu kaschieren.»²⁰ Dieser Fehlkalkulation, die Leute kämen zurück, wenn man kulturellen Autoritarismus nachhört, saß bereits die CSU auf. Die sommerliche Konfrontation von Seehofer mit Merkel wirkte letztlich themenverstärkend und nützte vor allem dem AfD-Original.

5 Defensive des linken Projekts

In der schwersten Krise des Nachkriegsliberalismus triumphieren überall die Rechten und schrumpfen die Linken. Auch in

19 So in diesem Zusammenhang Cornelia Koppetsch, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 5. September 2018, S. 2.

20 Zitiert nach Thomas Assheuer, in: *Die Zeit* vom 4. September 2018, S. 36.

Deutschland hat weniger die gemeinsame Regierungsarbeit, die manches sozialdemokratische Projekt vorweisen kann, sondern eher die als erratisch und konzeptionslos empfundene Migrationspolitik den Niedergang der GroKo beschleunigt. Die Krise der europäischen Linken verschärfte sich in Folge programmatischer Ratlosigkeit angesichts von Globalisierung und Migration. «Wo bleiben die politischen Visionen einer neuen, kooperativen Weltpolitik, speziell zwischen EU und dem subsaharischen Afrika, einer fairen Welthandelspolitik jenseits von TTIP einerseits und Trump andererseits, einer demokratisch kontrollierten Weltklima- und Weltsozialpolitik, eines fairen Ausgleichs zwischen den Metropolen ökonomischer Dynamik und der abgehängten Peripherie, in der über die Hälfte der Weltbevölkerung mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als fünf US Dollar Kaufkraft am Tag lebt, mit 820 Millionen chronisch Unterernährten, die meisten ohne Zugang zu Trinkwasser?»²¹

Eine defensive Linke, die sich zu Recht gegen Sozialabbau stellt und sich von Hartz IV verabschiedet, ist verdienstvoll, aber sicher nicht ausreichend. Ohne einen nationalen und internationalen politischen Gestaltungsanspruch, ohne große Konzepte, die integrierend wirken, werden linke und sozialdemokratische Parteien wenig Chancen wiedergewinnen.

Die Krise der SPD ist eben nicht auf die Daily Soap des täglichen Niedergangs reduzierbar, sie ist leider tiefgreifender, umfassender, europäischer und historischer, sie hängt mit dem beschleunigten gesell-

21 Julian Nida-Rümelin, 17.3.2018, zit. n.: <https://www.theuropean.de/julian-nida-ruemelin/13700-eine-defensive-linke-ist-unattraktiv>.

schaftlichen Wandel zusammen. Die Dynamik des neuen globalen und digital basierten Finanz-Kapitalismus, mit einer Marktgesellschaft der «Singularitäten»²², hat sich verselbstständigt, wie damals der Gründerzeitboom des nationalen Industriekapitalismus, auf den vor rund 150 Jahren der Aufstieg der Arbeiterbewegung antworten konnte.

Der Kern des Problems war damals und ist heute, dass der technologisch beschleunigte und Finanzmarkt-entgrenzte Kapitalismus das Primat der Politik verdrängt. Und dies in einer Situation, in der sich unsoziale, ökologische und existenziell krisenhafte Widersprüche verschärfen. Nicht nur von rechts ist vom «Kontrollverlust des Staates» die Rede, eine durchsetzungsstarke funktionierende EU, gar eine Weltdemokratie²³ sind in weiter Ferne. Die Krise von Mittellinks liegt auch daran, dass im Modernisierungsdiskurs von New Labour und Neuer Mitte der klassische SPD-Ansatz demokratischer Gegenmacht (Regulierung, Begrenzung, Umverteilung, soziale Bürgerrechte, umfassende Sicherheit und öffentliche Güter)

wegrutschte. Heute ist weitgehend Konsens, dass der beispiellose Niedergang der europäischen Sozialdemokratien wesentlich an neoliberalen Grenzüberschreitungen lag, die mit dem Ziel, im globalen Finanzkapitalismus erfolgreich mitspielen zu können, begründet wurden: vordringende Herrschaft der Märkte in allen Lebensbereichen, Ausverkauf öffentlicher Güter, Durchsetzung des Austeritätsregimes, Abbau und Privatisierung sozialer Sicherungssysteme, Ausweitung des Niedriglohnsektors zugunsten globaler Wettbewerbsfähigkeit.²⁴

Der politische Raum wurde so freigegeben, dass Populisten und Rechte vorgeben konnten, den wirklichen oder vermeintlichen Verlierern eine Stimme zu geben, mit der Behauptung, die Kontrollfunktion des Staates sei durch Renationalisierung, Autoritarismus, Homogenisierung, Abschottung und Ausländerfeindlichkeit wiederzugewinnen. Dagegen ist es überfällig soziale, ja sozialistische, Gegenkonzepte zu entwickeln. Die SPD hat sich – zaghaft und hoffentlich nicht zu spät – jetzt auf den Weg gemacht. Mal sehen, ob auch die Sammlungsbewegung dazu einen konstruktiven Beitrag leisten wird. Meine Zweifel überwiegen.

22 Vgl. Andreas Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin 2017.

23 Vgl. Joe Leinen, Andreas Bummel: *Das demokratische Weltparlament. Eine kosmopolitische Vision*, Bonn 2017.

24 Siehe auch: Oliver Marchart: Liberaler Antipopulismus. Ein Ausdruck von Postpolitik. In: *APuZ* 44/45-2017.

Linke Sammlungsbewegung

#Aufstehen – Chance für die plurale Linke oder die Rechtspopulisten?

Im Gegensatz zu vielen kritischen Bewertungen der Initiative Wagenknechts sahen viele «Qualitätsmedien» und einige etablierte Politiker nach der Vorstellung von #Aufstehen am 4.9.2018 in der Bundespressekonferenz und der Veröffentlichung des Gründungsaufrufs darin eine Chance, den Vormarsch der Rechtspopulisten zu stoppen, die Politikverdrossenheit zu drosseln und sogar durch eine rot-rot-grüne Mehrheit und Koalition einen Politikwechsel nach links zu ermöglichen: *Die Zeit* vom 6.9.: «Linker Großversuch». Im Interview des Freitag vom 6.9. erklärte Simone Lange, prominente Unterstützerin aus der SPD: «In der Sammlungsbewegung steckt eine Chance». Und deshalb sollte die SPD «schon aus Eigeninteresse mit ‚Aufstehen‘ zusammenarbeiten.» In seinem Leitartikel «Die linke Chance» in der Frankfurter Rundschau vom 5.9. begründete Stephan Hebel seine Erwartung, dass #Aufstehen tatsächlich zu einer rot-rot-grünen Mehrheit und Koalition führen könne, auch mit seiner Interpretation des Gründungsaufrufs: Er sei ein Fortschritt, weil er problematische Aussagen von Wagenknecht und Lafontaine nicht mehr enthalte. Er sei nicht nur «eine Chance für mehrheitsfähige linke Politik», sondern: «man könnte sagen: Es ist der rot-rot-grüne Koalitionsvertrag der Bewegten.»

Doch im Gründungsaufruf ist nirgendwo auch nur angedeutet, dass man überhaupt eine rot-rot-grüne Koalition anstrebe. Von den «Bewegten» selbst gibt es öfter die

Interpretation, dass man eine Bewegung gründen müsse, weil Rot-Rot-Grün tot sei. Mittlerweile Ex-SPD-MdB Marco Bülow argumentierte bei der Vorstellung seiner «Erklärung von Sozialdemokrat*innen zu #aufstehen» am 3.9., man müsse bei #Aufstehen mitarbeiten, weil Rot-Rot-Grün tot sei.

Alternativen für Deutschland? – Im globalen Trend des erfolgreichen Rechtspopulismus!

Wer die politischen Entwicklungsmöglichkeiten und Weichenstellungen in Deutschland realistisch abschätzen möchte, darf den seit Ende des 20. Jahrhunderts global dominierenden Trend nach rechts nicht ignorieren: Der siegreiche Neoliberalismus begnügte sich mit dem bescheidenen Ziel, die Errungenschaften sozialer Kämpfe, vor allem der demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung in Westeuropa, weitgehend rückgängig zu machen. Doch seit fast einem Jahrzehnt kämpft sein legitimer Erbe Rechtspopulismus für ein anspruchsvolleres Ziel: Auch die Fortschritte der liberal-demokratischen Bewegungen in der Tradition der Aufklärung durch eine globale Regression Schritt für Schritt zurückzudrängen, und zwar auf demokratischem Weg mit Zustimmung des «Volkes», das die Rechtspopulisten gegen die «Eliten» mobilisiert haben. Und gegen Toleranz in einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft, gegen internationale Zusammenarbeit und Integration, gegen Multikulti, für kleinere homogene

Gemeinschaften und Nationen. Die Renationalisierung, verbunden mit nationaler Abschottung und Wiederbelebung nationalistischer Konkurrenzkämpfe zum Schaden aller Nationen, hat weltweit und auch in Europa große Fortschritte gemacht.

Welche Chancen gibt es in Deutschland, diesen globalen rechtspopulistischen Trend zu stoppen? Welche Weichenstellungen sind möglich und welche sind für Linke wünschenswert? Die meisten im linken Spektrum, bis weit in die politische Mitte, sehen – wie Stephan Hebel in der FR vom 5.9.2018 – nur die Alternative: Politikwechsel nach links durch eine rot-rot-grüne Mehrheit und Koalition oder weiter so mit dem «Zweikampf zwischen Merkels Stillstandspolitik und dem rechten Rand». Hebel übersieht, dass dieser Zweikampf sehr wohl entschieden werden kann, und zwar zugunsten des «rechten Randes», der immer mehr Unterstützung aus der mäßigen Mitte erhält und sogar von desorientierten Linken. Wenn Pegida- und AfD-Politiker fordern: «Merkel muss weg!» – argumentieren sie im Sinne ihrer Ziele «vernünftig». Denn wenn es gelänge, Merkel mit Hilfe rechter CSU- und CDU-Politiker zu stürzen, dann könnte «Merkels Stillstandspolitik» zügig beendet werden durch einen radikalen Politikwechsel nach rechts. Wenn aber linke Politiker und Publizisten von einem Sturz Merkels eine Linkswende erwarten, sind sie – milde ausgedrückt – politisch kurzsichtig. Denn es gibt in der CDU keine Gruppierung, die Merkel stürzen möchte, um eine politische Linkswende durchzusetzen.

Welche Rolle kann #Aufstehen bei der Abwehr des Rechtspopulismus spielen? Die meisten wohlwollenden Kommentare zu #Aufstehen enthalten keine Kritik an fragwürdigen politischen Inhalten, sondern nur

den personellen Vorbehalt: Sahra Wagenknecht. In der *Süddeutschen Zeitung* (SZ.de am 4.9.), begrüßte Heribert Prantl die Idee einer solchen Bewegung, doch um die Chance zu nutzen, müsse sie «sich von Wagenknecht emanzipieren.» In der *Zeit* vom 6.9. glaubt Peter Dausend, «die Sammlungsbewegung (...) könnte ein Ausweg aus der politischen Sackgasse sein», wenn sie nicht «ein Problem (hätte): Sahra Wagenknecht.»

Alle diese Kommentatoren ignorieren aber das Hauptproblem: Ohne diese viel gescholtene Dame gäbe es zwar weiterhin, wie schon immer für Insider, viele linke Initiativen und Versuche, aber keinen «linken Großversuch». Denn «groß» ist gar nicht diese weitere linke Initiative. Was im Gründungsaufruf zu brennenden Problemen gesagt wird, wurde in vielen Beschlüssen der drei linken Parteien und vor allem auch in wissenschaftlichen Publikationen und Reportagen und Analysen der Medien schon viel früher und prägnanter formuliert, war also inhaltlich eindeutig «größer» als dieser «linke Großversuch». Megagroß war nur die spektakuläre Medienresonanz auf Sahra: In jenen Tagen war sie in allen Medien präsenter als Merkel, Seehofer, Nahles oder Putin und Trump. Ursache dafür war aber keineswegs der grandiose Inhalt des Gründungsaufrufs, sondern allein die unglaubliche personelle Kombination: Sahra Wagenknecht («Lockruf einer Spalterin», in: SZ.de) und ihre Absicht, die gespaltene Linke zu vereinen und zu stärken. Ein ähnlich supergeiles Interesse aller Medien gäbe es sonst wohl nur, wenn eine Metzgerinnung, die eine aufwändige Werbekampagne für mehr Fleischverzehr plante, mit der Durchführung den populärsten Veganer-Superstar beauftragt hätte.

Doch unabhängig vom «Problem Sahara Wagenknecht» gibt es noch viel wichtigere sachpolitische Gründe, #Aufstehen nicht für einen «Ausweg aus der Sackgasse» zu halten, sondern eher für eine «Einbahnstraße in eine Sackgasse». Zu diesen Gründen gehören die fragwürdigen politischen Inhalte einer sog. «linkspopulären Position», verbunden mit einem neumodischen Wissenschaftskonzept, das die These propagiert: Die traditionelle Konfliktlinie «links versus rechts» werde durch eine neue Konfliktlinie «Kommunitarismus versus Kosmopolitismus» überlagert. Dabei wird ein ganz neues, irritierend verwirrendes Verhältnis zwischen linken und rechten Ideen und Werten konstruiert, denn, zugespitzt formuliert: Traditionell linke Werte und Ideen werden umdefiniert zu rechten Positionen, und umgekehrt werden diese zu den neuen linken Ideen und Werten verwandelt. Für die linke Sammlungsbewegung und für diese neue linke Wissenschaft ist Urmotivation und Urerkenntnis:

Die Flüchtlingsfrage ist Mutter aller politischen Probleme in unserem Land!

Diese «Erkenntnis» wurde zwar von Seehofer propagiert und zur Begründung für sein politisches Handeln, das nachweislich zur Stärkung der AfD geführt hat. In den folgenden Analysen der Texte der Sammlungsbewegung und der neuen «K. u. K.-Wissenschaft» ist nachzuweisen, dass die linke Sammlungsbewegung ebenfalls diese rechtspopulistische Ideologie propagiert und ergänzt hat durch die «Erkenntnis», dass das Thema Emigration, Flüchtlinge und Grenzen auch «Mutter aller wissenschaftlichen Probleme» sei. Obwohl erst später ausführlich darzustellen, sei hier als

Beleg nur ein Zitat von Wolfgang Merkel, prominenter Vertreter dieses wissenschaftlichen Konzeptes, vorweggenommen: Im Zentrum dieses wissenschaftlichen Ansatzes sieht er «eine einzige normative Frage (...): Wie weit sollen die Grenzen der Nationalstaaten geöffnet und inwieweit sollen sie geschlossen werden?» Erst später wird detaillierter zu begründen sein, dass es sich bei dem Gegensatz zwischen «Kommunitarismus und Kosmopolitismus» um den traditionellen Konflikt «Nationalismus versus Internationalismus» handelt, wobei in der linken Sammlungsbewegung aber «national» als links gilt, «international» aber, umgetauft auf «kosmopolitisch», zum rechten Gegner der echten Linken erklärt wird.

Eingebracht in den politischen Theorie-diskurs wurde diese «K. u. K.-Wissenschaft» durch zwei Anfang 2018 erschienene Bücher: 1. Andreas Nölke, «Linkspopulär – Vorwärts handeln, statt rückwärts denken». Nölke, Mitverfasser des «Gründungsaufrufs» vom 4.9.2018, fordert vor allem die SPD zu einer «linkspopulären Wende» auf. 2. Nils Heisterhagen, «Die liberale Illusion – warum wir einen linken Realismus brauchen». (Anfang 2018 noch Grundsatzreferent der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz.). Diese wissenschaftlich-politischen Angebote können für unzufriedene Linke in allen drei linken Parteien attraktiv sein, weil das gesellschaftspolitische Programm, also Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, eindeutig links vom heutigen Mainstream der drei Parteien angesiedelt ist. Problematisch ist aber die zweite Dimension der «linkspopulären Position», die im Bereich der internationalen Politik, vor allem der Flüchtlingspolitik, weit rechts von den drei linken Parteien und auch weit rechts von Merkels CDU angesiedelt ist.

Der Inhalt des Buches «Linkspopulär» von Andreas Nölke, das am 18. Januar 2018 erschien, wurde am 30.1. im Onlinejournal IPG der Friedrich-Ebert-Stiftung für den Hauptadressaten SPD in einem Interview mit dem Autor popularisiert: Die SPD könne ihren Abstieg nur stoppen durch einen «Kurswechsel zu einer linkspopulären Position». Um Wähler zurückzugewinnen müsse sie «nicht nur sozioökonomisch eine konsequente Politik für die unteren 50–60 Prozent der Bevölkerung machen, sondern auch jenen Menschen entgegenkommen, die (...) sich ja um die langfristige Schwächung des Sozialstaats durch Migration und eine supranational-liberalisierende EU (sorgen)». (S. 3) Nölke befürchtet nur, dass «der kosmopolitisch ausgerichteten SPD» der «linkspopuläre Kurswechsel» schwerfallen würde, denn «er würde eine weniger liberale Zuwanderungspolitik erfordern» und auch den Verzicht auf «kühne Pläne für die Vereinigten Staaten von Europa». (S. 6)

Mit dieser «linkspopulären» Absage an die «Vereinigten Staaten von Europa» im Januar 2018 strafte Nölke Beatrix von Storch von der AfD Lügen, die im Presseportal von PHOENIX am 7.9.2018 verkündete: «Wir sind die Einzigen, die nicht die Vereinigten Staaten von Europa wollen». Und die «Rechtspopulisten» sind auch nicht, wie von Storch erklärte, «die Einzigen», die «ein Europa souveräner Demokratien (wollen)». (S. 1) Denn im Gründungsaufwurf vom 4.9.2018 hätte von Storch schon nachlesen können, dass ihre «linkspopulären» Antipoden wortwörtlich dasselbe wollen, nämlich: «Ein europäisches Deutschland in einem geeinten Europa souveräner Demokratien». (S.6) (Dass diese Formulierungen wortwörtlich übereinstimmen, «ist rein zufällig und nicht beabsichtigt».)

Ähnlich wie die rechte Agitation der CSU gegen Merkels Flüchtlingspolitik klingt Nölkes Plädoyer für eine «linkspopuläre Wende»: «Kommunitaristisch orientierte Menschen legen Wert auf den Schutz von Demokratie und sozialer Sicherheit auf nationaler Ebene, sie stehen offenen Grenzen (...) und supranationalen Elementen der EU skeptisch gegenüber.» Und da die linken Parteien für sie (noch) kein entsprechendes Angebot haben, «(müssen) alle Wähler, denen eine eher kommunitaristische Ausrichtung wichtig ist, bisher die AfD wählen». (S.4) Obwohl in Bayern die CSU den AfD-Wählern ein «kommunitaristisches» Angebot gemacht hatte, hat sie gerade deshalb am 14. Oktober 2018 160 000 Wähler an die AfD verloren (FR 16.10.2018). Und auch die SPD könnte mit einem «kommunitaristischen» Angebot auch deshalb keine Wähler gewinnen, weil fast 100 Prozent von ihnen das Modewort «Kommunitarismus» noch nie gehört haben, sie also gar nicht wissen, dass sie «Kommunitaristen» sind. Aber viele ehemalige SPD-Wähler wissen noch, dass sie «Sozialdemokraten» sind. Und diese könnte die SPD mit einem sozialdemokratischen Angebot zurückgewinnen.

Das Buch von Nils Heisterhagen «Die liberale Illusion – Plädoyer für einen linken Realismus» enthält weitgehend auch das Konzept eines linken Kommunitarismus. Ausdrücklich lobt er «Sahra Wagenknecht, die unentwegt für einen realistischen Kurs in der Integrationspolitik warb.» (S. 22) Und daher kritisiert er den Gegenspieler des «linken Realismus», den «liberalen Moralismus, (...) wie er sich in der Flüchtlingspolitik offenbarte.» (S. 25) Und dieser «liberale Moralismus», auch «Chor der Postmodernen» genannt, «übertönte die Realisten Oppermann, Gabriel und Wagenknecht.» (Ebd.)

Verbunden mit dieser neuen gesellschaftstheoretischen Konstruktion «Kommunitarismus versus Kosmopolitismus» ist eine uralte praktisch-politische Haltung von Linksintellektuellen, nämlich Fundamentalopposition gegen das ganze System. Diese fundamentaloppositionelle Mentalität ist auch virulent im Gesellschaftsbild des Cheftheoretikers und -praktikers von #Aufstehen, des sehr belesenen und aktiven Bernd Stegemann. Seine Bücher – «Lob des Realismus» und «Das Gespenst des Populismus» (bescheidene Anspielung auf «Das Gespenst des Kommunismus») – dokumentieren diese Fundamentalopposition.

Linke Sammlungsbewegung = «Eine Allianz gegen die kosmopolitische Linke»

Für die am 4.9.2018 offiziell vorgestellte linke Sammlungsbewegung gibt es vor allem ein breites ansprechbares Spektrum von politisch interessierten und frustrierten Intellektuellen im akademisch-kulturellen Milieu. Sie stehen in Fundamentalopposition zum ganzen System, zu allen etablierten Parteien, Organisationen, Medien, auch zur öffentlich wahrnehmbaren etablierten Linken, die sie für nicht wirklich links halten. In zahlreichen Büchern, Zeitschriften, Internet-Initiativen, Kleingruppen etc. predigen sie einen militanten, aber politisch ohnmächtigen Antikapitalismus. Obwohl Wagenknecht aus diesem Spektrum viele einsammeln könnte, gibt es selbst von dort Widerspruch gegen #Aufstehen, und zwar nicht wegen einer Person, sondern wegen politischer Inhalte, die für Linke unzumutbar sind.

Als ein Beispiel sei hier nur ein Text der «interventionistischen Linken» (iL.) ausführlich analysiert, der im Internet unter dem –

nicht ironisch gemeinten – Titel erschien: «#aufstehen – in der Spaltung liegt eine Chance!» Einleitend stellt die Redaktion die Frage, ob «die radikale Linke» die Sammlungsbewegung «überhaupt beachten» solle: «Unser Autor Sam meint, dass es höchste Zeit sei, «um über die richtige Strategie im Umgang mit #aufstehen zu diskutieren!» Der «Autor Sam» kennt sehr gut die theoretischen und politischen Inhalte der Sammlungsbewegung, die viele Unterstützer leider nicht zur Kenntnis genommen haben, nämlich das oben erwähnte Konzept eines «Links-Kommunitarismus», das er auch, sogar zutreffender, «nationalstaatlich-kommunitaristisch» nennt. Er hat klar erkannt, dass dieses «nationalstaatlich-kommunitaristische Konzept» weit rechts von der demokratischen Linken steht und daher zu noch mehr Spaltung führt. Denn es geht nicht um die Sammlung aller Linken gegen die Rechte, sondern um die Sammlung der «links-kommunitaristischen Linken» für «eine Allianz gegen die kosmopolitische Linke», also um eine zusätzliche Spaltung der Linken.

Dieser «größere Konflikt in der gesellschaftlichen Linken ... führt zu einer Zersplitterung progressiver Kräfte». (S. 2) #Aufstehen «greift rechte Forderungen auf, (...) wird nicht zu einem internationalistischen, emanzipativen linken Programm zurückkehren» und «treibt einen Keil ins progressive Lager bzw. spaltet das linksliberale Lager nach rechts ab.» (S. 3) Und all das habe «fatale Auswirkungen auf eine emanzipative, antikapitalistische Perspektive.» (S. 4) Er hat scharfsinnig diagnostiziert, dass die «linke Sammlungsbewegung» einen Teil der Linken sammeln will für einen innerlinken Bürgerkrieg der «kommunitaristischen» gegen die «kosmopolitische Linke».

Da viele Protagonisten von #Aufstehen wissen, dass sie mit ihren linkspopulistischen Lockrufen kaum das einfache Volk erreichen, weil die Rechtspopulisten mehr vom Volk verstehen, wenden sie sich eher an frustrierte Linksintellektuelle in der SPD, die nach Theorie suchen, und auch an linke Publizisten, die einen praktischen Aufbruch wünschen und daher über schwarze oder gar braune Flecken in der Theorie hinwegsehen und sich für den Kampf gegen die «kosmopolitische Linke» aufsammeln lassen. Einen Erfolg bei diesen Adressaten aus dem Spektrum der bekämpften «linksliberalen Eliten» dokumentiert exemplarisch ein Leitartikel von Steven Geyer in der linksliberalen FR vom 11.9.2018: Aus den Wahlergebnissen in Schweden und den «Vorfällen in Chemnitz» (Merkel nannte es «Hetzjagden») zieht er die Schlussfolgerung, dass unsere bisherigen Strategien die Rechtspopulisten nicht stoppen können: «Nicht durch Rockkonzerte, wo Zehntausende gegen Fremdenangst und Rassismus aufstehen. Nicht durch den – absolut lobenswerten – Appell, tolerant zu bleiben.» Auch «der Impuls, die Rechtswähler pädagogisch zurück auf die richtige Seite zu ziehen, (ist) zwar verständlich, aber falsch.» Und zwar aus einem einzigen Grund: «Es ist sinnlos, den Zusammenhang zwischen wachsendem Ausländeranteil und wachsenden Erfolgen von Populisten zu leugnen.» Die zugewanderten Ausländer sind also schuld daran, dass die Rechtspopulisten in Deutschland immer stärker geworden sind, in Polen, Ungarn, Italien und den USA, inzwischen auch in Brasilien, schon regieren.

Gegen diese «linkspopuläre Erkenntnis» eines «Linksliberalen» müssen alle, von links bis ganz weit in die demokratische Rechte klarstellen: Nicht Juden, sondern Antisemi-

ten sind Verursacher des Antisemitismus, nicht Ausländer und Angehörige nicht-arischer Rassen sind Ursache von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, sondern fanatische Ausländerfeinde und Rassisten! (Auch wenn es plausibel klingt: Die Juden sind doch schuld, denn wenn es keine Juden gäbe, könnte es gar keine Antisemiten geben!)

Als einen Erfolg der «Allianz gegen die kosmopolitische Linke» kann man auch Geyers Anklage gegen die «weltoffenen Globalisierungsgewinner» verbuchen: «Vielmehr müssen die weltoffenen Globalisierungsgewinner, die die Moderne samt Zuwanderung und Multikulti eher aufregend finden, einsehen, dass» (...) – des langen folgenden Bla-Blas kurzer Sinn – Seehofer und seine rechtspopulistische Volksfront bis Pegida mit ihrem Kampf gegen Merkels «Willkommenskultur» doch recht haben! Mit dieser Formulierung hatte Geyer, ohne Quellenangabe, sinngemäß einen Satz von Wagenknecht übernommen, also eine interne Sprachregelung befolgt: «Weltoffenheit, Antirassismus und Minderheitenschutz sind das Wohlfühl-Label, um rüde Umverteilung von unten nach oben zu kaschieren, und ihren Nutznießern ein gutes Gewissen zu bereiten.» (Der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert hatte diesen Satz Anfang Juli 2018 zitiert, um darauf hinzuweisen, dass Wagenknecht mit dieser Haltung «noch mehr Spaltung in der Gesellschaft provoziere» (FR 5.7.2018). Bei solchen und ähnlichen Formulierungen, mit denen Flüchtlingshelfer diffamiert und verhöhnt werden, handelt es sich keineswegs um einmalige leichtfertige Ausrutscher einer Person, sondern um die angeblich wissenschaftlichen Erkenntnisse der neuen linken «K. u. K.-Wissenschaft» und sogar den politisch-moralischen Mar-

kenkern der Hauptdarsteller von #Aufstehen; und auch um eine erfolgreiche interne Sprachregelung, wie noch mit weiteren Zitaten zu belegen sein wird.

Denn viele «Unterstützer» wissen nicht, was die «Unterstützten» denken, sagen, schreiben und wollen

Vieles von dem, was im Umfeld von #Aufstehen gesagt, geschrieben und getan wird, kann kein Heilmittel gegen die beklagte «tiefe Krise unserer Demokratie» (Wagenknecht) werden, sondern ist sogar ein Symptom für den Qualitätsverlust unserer politischen Kultur. Dazu gehört eine «postfaktische» Mentalität vieler Unterstützer, sich nicht über die wirklichen Ideen, Werte und politischen Meinungen der Unterstützten zu informieren, um mit ihnen sachlich und auch kontrovers diskutieren zu können. Viele Unterstützer glauben, dass die politischen Inhalte noch gar nicht feststünden, weil die Bewegung ja darüber diskutieren und entscheiden sollte.

Aus dem Interview mit Simone Lange in *Der Freitag* vom 6.9. geht hervor, dass sie die «Wahl zur Unterstützerin» wohl kaum angenommen hätte (Sahra Wagenknecht hatte ihr persönlich die frohe Botschaft überbracht, das sie zu den «80 Auserwählten» gehöre), wenn sie das politische Weltbild der «Unterstützten», in dem «weltoffene Kosmopoliten» zum Hauptfeind erklärt werden, auch nur annähernd gekannt hätte. Dann hätte sie bemerkt, dass Wagenknecht und sie selbst nicht nur «in der Migrationspolitik deutlich unterschiedliche Positionen vertreten», sondern dass es sich dabei um «unterschiedliche Positionen» handelt, die miteinander absolut unvereinbar

sind. Im Interview vom 6.9. erwähnte sie, dass sie «am Samstag auf einer Demonstration zum Thema «Seebrücke» war». Auf die Frage, ob sie «anders als Wagenknecht [...] zu den Vorgängen in Chemnitz Stellung beziehen (würde)», antwortet sie eindeutig: «Klar. Jeder der mich und meine Flüchtlingsarbeit kennt, weiß das.» Wenn sie aber gewusst hätte, welche Rolle der Kampf gegen Merkels Flüchtlingspolitik, und damit auch gegen Simone Langes «Flüchtlingsarbeit», in der Vorgeschichte von #Aufstehen gespielt hatte, und noch immer spielt, dann hätte sie gemerkt: Am 4.9.2018 bin ich gegen mich selbst «aufgestanden» und auch gegen alle, die mit mir «am Samstag zum Thema «Seebrücke» demonstriert hatten.

Über diese Vor- und Gründungsgeschichte von #Aufstehen informiert umfassend der Artikel «Das rote Sommermärchen» von Adam Sobocynski in der *Zeit* vom 9. August 2018: Der Widerstand und Kampf gegen Merkels Flüchtlingspolitik hat die Hauptakteure von #Aufstehen, Wagenknecht, Bernd Stegemann und Wolfgang Streeck, zusammengeführt. Stegemann, Dramaturg am Berliner Ensemble, ist überzeugt, «die Sammlungsbewegung sei mit einem Artikel von ihm im Feuilleton der *Zeit* geboren worden». Durch diesen Artikel im Frühjahr 2016, einer der wenigen, «die die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin von linker Seite aus angegriffen», wurde die gleichgesinnte Wagenknecht auf ihn aufmerksam, sodass er zur «grauen Eminenz» und zum «Ratgeber» werden konnte. Und er brachte Wagenknecht mit Streeck zusammen, der in einem «Beitrag in der *FAZ* ebenfalls mit Merkels Flüchtlingspolitik abrechnet (hat).» Stegemann verurteilte in seinem Artikel nicht nur Merkels humane

Flüchtlingspolitik mit «linken» Argumenten, sondern er verhöhnte auch alle, die «Willkommenskultur» praktizieren und über ausländerfeindliche Demonstranten «die Nase rümpfen»: «Wenn man als Akademiker in einer Eigentumswohnung lebt, ist es sehr gratismutig, eine Willkommenskultur zu fordern und die Nase über diejenigen zu rümpfen, die gegen ein Flüchtlingsheim protestieren, das in ihrem Wohnghetto gebaut wird.» (Vielleicht ist Stegemann sein abfälliges Urteil über Menschen mit «Eigentumswohnung» auf der Terrasse seines Sommerhauses bei Meseberg eingefallen.)

In den Augen von Stegemann hat sich seine Unterstützerin Simone Lange noch viel schlimmer diskreditiert und schuldig gemacht, weil sie nicht nur über Pegida-Demonstranten «die Nase rümpfte», sondern sogar praktisch gegen #Aufstehen aufgestanden ist: Sie wurde zur «weltoffenen Kosmopolitin», als sie persönlich mit «Seebücke» gegen jene kommunitaristischen «urbanisierten» Politiker demonstrierte, die das christliche Europa retten wollen, indem sie die Rettung ertrinkender Flüchtlinge im Mittelmeer als Verbrechen bestrafen und verhindern wollen. Zu diesem Thema hatte auch Streck klargestellt: «Die Seenotrettung ist ganz bestimmt nicht die entscheidende Zukunftsfrage». Sie entscheidet ja nur in der Gegenwart darüber, ob ein Kind ertrinkt oder durch einen «Kosmopoliten» gerettet wird. Um die für die Menschheit «entscheidende Zukunftsfrage ging es ganz bestimmt», als Streck mit Wagenknecht und Stegemann im Edelrestaurant «Paris-Moskau, unweit vom Bundeskanzleramt» speiste. (*Die Zeit*, 9.8.2018)

Die neue Konfliktlinie «Kommunitarismus versus Kosmopolitismus» = «alternative Fakten»!

Schon ein oberflächlicher Blick auf die real vorhandenen sozialen Schichten, Gruppierungen oder Klassen einerseits und die dort verbreiteten politisch-kulturellen Einstellungen, Meinungen, Ideen und Werte bestätigt eindeutig: Es ist «kontrafaktisch» oder «postfaktisch», die antagonistischen politisch-kulturellen Einstellungen pauschal und schematisch bestimmten sozialen Schichten und Einkommensklassen zuzuordnen: «Kommunitaristisch», also orientiert an überschaubaren homogenen Gemeinschaften, vor allem der eigenen Nation, skeptisch gegen supranationale Integration, «grenzenlose Willkommenskultur» und «Multikulti», denken und fühlen die unterprivilegierten Schichten des «guten» Volkes. Also die große Mehrheit des Volkes von über 50 Millionen, und zusätzlich noch die schon etwa 150 000 Unterstützer von #Aufstehen. «Kosmopolitisch» dagegen denkt, fühlt und handelt die kleine Minderheit der superreichen ökonomisch und politisch herrschenden Klasse und der mit ihnen verbündeten gut ausgebildeten intellektuellen Eliten mit überdurchschnittlichem Einkommen. Nur diese Minderheit von Globalisierungsgewinnern könne sich «grenzenlose Willkommenskultur» für Flüchtlinge leisten und unterstütze daher Merckels Flüchtlingspolitik, die zu Lasten des Volkes gehe.

Auch von außen kommende «Unterstützer» tragen kaum dazu bei, die dogmatische Ideologie der Protagonisten von #Aufstehen etwas zu differenzieren. In seinem «Plädoyer für eine Sammlungsbewegung links der Mitte» (Onlinejournal *IPG* vom 8.8.2018) hat Peter Brandt nicht gegen

diese Ideologie argumentiert, sondern linientreu die fatale «Sprachregelung» nachgesprochen, vor allem die Modethese von den «neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien» übernommen, zwischen den «gut ausgebildeten und mobilen «Kosmopoliten» mit überdurchschnittlichem Einkommen», und auf der anderen Seite dem Volk, den «Verlierern der Globalisierung», die «Multikulturalismus ablehnen, den «Kommunitaristen»». (S. 7) Auch kluge Intellektuelle merken nicht, dass es real gar keine «Kommunitaristen» gibt, sondern nur Menschen, die tatsächlich «Multikulturalismus» ablehnen und dafür von Intellektuellen lobend als «Kommunitaristen» geadelt werden.

Diese zentrale These des Kommunitarismus beruht einzig und allein auf «alternativen Fakten» im Geiste des Rechtspopulisten Trump. Denn normale Fakten belegen: Unter den «weltoffenen Kosmopoliten», die in einer «grenzenlosen Willkommenskultur» hilfsbedürftigen Menschen solidarisch geholfen haben, waren die gescholtenen «Kosmopoliten mit überdurchschnittlichem Einkommen» nur eine relativ kleine Minderheit, während «Kosmopoliten» mit mittlerem und auch mit unterdurchschnittlichem Einkommen die überwältigende Mehrheit der Flüchtlingshelfer stellten. Gegen eine schäbige Diffamierung dieser solidarisch handelnden Menschen aus allen Schichten des Volkes als «Globalisierungsgewinner» müssen alle Demokraten von ganz links bis ganz nach rechts «aufstehen» und bekennen: Wenn es in jüngster Vergangenheit etwas gab, worauf Deutsche stolz sein können, dann sind das die Hunderttausenden von Menschen aus allen sozialen Schichten, Vereinen, Kirchen und Parteien, die in diesen Jahren Hunderttausenden von Flüchtlingen ehrenamtlich geholfen haben und

noch immer helfen. Und sie müssen sich als Deutsche dafür schämen, dass diese solidarisch handelnden Menschen von linken Grenzschildern aus der Oberschicht als «Globalisierungsgewinner mit überdurchschnittlichem Einkommen» verunglimpft werden.

Als völlig kontrafaktisch wird aber diese zentrale These von den neuen Konfliktlinien durch die Liste der «80 auserwählten Unterstützer» von #Aufstehen widerlegt: Sie gehören sozialstrukturell fast ausnahmslos zu den «gut ausgebildeten Globalisierungsgewinnern mit überdurchschnittlichem Einkommen». (Zumindest zu den Gewinnern der Agendapolitik, da sie dank der «Reformen» viel weniger Steuern zahlen als unter Kohl; und Streeck konnte als Berater und Propagandist für die Arbeitsmarktreformen – nicht «ehrenamtlich» – ein bescheidenes Zubrot erwirtschaften, sogar etwas mehr als Hartz-IV-Bezieher dazu verdienen dürfen.) Wenn die Erkenntnisse der kommunitaristischen Wissenschaft wahr wären, müssten sie also fast alle «weltoffene Kosmopoliten» sein, die «grenzenlose Willkommenskultur», «Zuwanderung und Multikulti eher aufregend finden». Doch sie sind trotz ihres «überdurchschnittlichen Einkommens» zu «kommunitaristischen» Grenzschildern geworden.

Fazit dieser Analyse: Für die Hoffnung, dass die linke Sammlungsbewegung die plurale Linke erneuern und stärken könnte, gibt es keine Fakten und Argumente, aber für die Befürchtung, dass sie die plurale Linke, vor allem die SPD, weiter schwächen und die Rechtspopulisten stärken wird. Denn es ist keine Sammlungsbewegung, die die plurale Linke zum Kampf gegen die populistische Rechte sammeln will, sondern eine Bewegung, die eine entstehende «kom-

munitaristische Linke» für einen innerlinken Bürgerkrieg gegen die vergehende «kosmopolitische Linke» mobilisieren will. Und sie erklärt zu ihrem rechten Hauptfeind die «kosmopolitische Linke», die in der Tradition der demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung noch am solidarischen Internationalismus festhält.

Die SPD: Hauptadressat und –opfer der «linkskommunitaristischen» Sammlungsbewegung.

Auf einer Veranstaltung zur Geschichte der Arbeiterbewegung erklärte mir ein Kenner der SPD: Sahras Sammlungsbewegung kann ein breites Spektrum innerhalb der SPD ansprechen, weil sie ein breites Bündnis von ganz links bis nach ganz rechts anbietet, bis zu AfD und Pegida. Erst allmählich erkannte ich, dass in dieser absurd klingenden Behauptung leider mehr steckt als nur ein Körnchen Wahrheit, und warum die SPD tatsächlich Hauptadressat von #Aufstehen ist und auch den größten Schaden zu befürchten hat: 1. Der Sammlungsbewegung haben sich viel mehr SPD-Politiker angeschlossen als LINKE oder GRÜNE. Mit SPD-MdB Marco Bülow rief seine «Progressive Soziale Plattform», mit 5000 Unterstützern, davon die Hälfte SPD-Mitglieder, zur Mitarbeit bei #Aufstehen auf. Und Wagenknecht weiß, wenn eine neue Partei gegründet wird, kann die SPD, die einmal die «stärkste der linken Parteien» war, zum wertvollsten Blutspender werden. 2. Die modische «linkskommunitaristische» Ideologie von #Aufstehen wird vor allem von SPD- oder SPD-nahen Wissenschaftlern produziert und rezipiert, aber nicht kontrovers diskutiert. Die einflussreichsten Vordenker, Nils Heisterhagen, Andreas Nölke, Wolf-

gang Streeck, wenden sich vor allem an die gesamte SPD, die sie durch eine «linkspopuläre Wende» zum «Aufstehen» bewegen möchten.

Schon jetzt ist zu beobachten, wie die linkskommunitaristische Argumentation zur weiteren Verwirrung beiträgt und das, wofür die SPD steht und was ihre Leitidee ist, noch unkenntlicher macht. Diese Leitidee, die einst eine pluralistische Partei als solidarische «Ideen- und Wertegemeinschaft» zusammenhielt, zerfasert immer mehr in nicht mehr zusammengehörende Bruchstücke. Das Onlinejournal der FES, *IPG*, popularisierte Anfang 2018 die Bücher von Nölke und Heisterhagen und warb in vielen Beiträgen für den Kommunitarismus, der außerhalb seiner globalen scientific community bisher kaum bekannt war. Ernst Hillebrand, Büroleiter der FES in Warschau, also in einem Land, in dem die antikosmopolitischen Kommunitaristen schon regieren, forderte die SPD zu einem Kurswechsel auf, in seinem Beitrag vom 22.10.2018: «Raus aus dem linksliberalen La La Land – warum sich die SPD für die Kommunitaristen entscheiden muss.»

Einige andere Beiträge wenden sich zwar ausdrücklich gegen eine starre Gegenüberstellung von «kommunitaristisch und kosmopolitisch» (z. B. von Jan Eichorn, Christian Krell und Sönke Hollenberg, «Balance halten! Warum die Polarisierung zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen in die Irre führt.»), aber sie kritisieren nur die Polarisierung, aber nicht den postfaktischen Inhalt des Kommunitarismus. Sie glauben, jetzt könne zusammenwachsen, was nicht zusammengehört.

Kommunitarismus = Absage an Demokratischen Sozialismus und liberal-pluralistische Gesellschaft

Aus den zahlreichen Publikationen kommunitaristischer Autoren geht hervor, dass alle für die SPD eine völlig neue Leitidee oder Narrativ konstruieren wollen, das die SPD wieder zu Wahlsiegen führt. Besonders prägnant demonstriert das Nils Heisterhagen in seinem Buch «Die liberale Illusion». Als das Spezifische seines Theorie-Ansatzes nennt er ausdrücklich «das Neue». Und mit dem Buch «Die liberale Illusion» mache er «nun einen weiteren Schritt zu etwas Neuem, und zwar zu einem «republikanischen Universalismus». Vielleicht kann man auch von einem «kommunitaristischen Universalismus» sprechen.» (S. 273)

Das spezifisch «Neue» dieses linken Theorie-Ansatzes ist es also, dass Heisterhagen «etwas Neues» sucht und «anstrebt», wonach bisher noch niemand gesucht hat. Mit dieser Suche ist er nicht der einzige, sondern nur einer von vielen linken Denkern, die sich nach der Implosion des Sowjetkommunismus «auf die Suche nach der verlorenen linken Theorie» begeben haben. Obwohl sich jeder für sich allein, oder in einer geschützten Echokammer, auf diese mühsame Suche macht, wird dieses heterogene intellektuelle Milieu durch eine Gemeinsamkeit zusammen gehalten: Diese Suche nach der neuen linken Theorie bewegt sich fast nur außerhalb der Diskurse in den drei linken Parteien, und vor allem strikt außerhalb der reformsozialistischen Arbeiterbewegung und ihrer traditionellen Ideen, Werte und Begriffe.

Nils Heisterhagen zitiert in seinen 461 Anmerkungen meist zustimmend Autoren aus jenem Milieu außerhalb der SPD-Tra-

dition, aber auch ein Bekenntnis von Willy Brandt zum Demokratischen Sozialismus. (S. 176) Zutreffend konstatiert er zwar, dass die «Neuen Sozialen Bewegungen» sich nach 1990 «erst so richtig durchsetzten, weil der demokratische Sozialismus final vom Mainstream verabschiedet wurde.» (S. 275) Doch offensichtlich hat er selbst sich auch vom «demokratischen Sozialismus final verabschiedet» und als Alternative den bei fast allen unbekanntenen neuen Namen «kommunitaristischer Universalismus» erfunden. Dabei handelt es sich auch inhaltlich um eine neue Leitidee, ein neues Narrativ, das nicht nur die Ideen und Werte des Demokratischen Sozialismus über Bord wirft, sondern sogar auch die Werte der westlichen liberal-pluralistischen Gesellschaft, wenn er zustimmend eine Kritik zitiert an einer «nicht zu hinterfragenden Sakrosanktsprechung einer pluralistischen, multikulturellen, liberalen Zuwanderungsgesellschaft und des Projekts der Diversity.» (S. 273; Anm. 422: Sebastian Müller: Plötzlich «Rechtspopulistin» und «sahra-wagenknecht-ploetzlich-rechtspopulistin»; online verfügbar.)

Die aktuell entscheidende Konfliktlinie: «Offene Gesellschaft versus ihre Feinde»

Die «Sakrosanktsprechung» oder Ablehnung dieser Gesellschaft markiert in der Tat eine alte und inzwischen wieder aktuell gewordene Konfliktlinie, und zwar zwischen einer «offenen Gesellschaft» und «ihren Feinden» (Karl R. Popper), also einer liberal-demokratischen und pluralistischen und einer autoritär-homogenen Gesellschaft. In Europa war das die normative Konfliktlinie zwischen den liberal-pluralistischen Gesellschaften des Westens und dem autori-

tär-nationalistischen «deutschen Sonderweg», der im Dritten Reich seine totalitäre Vollendung erreichte. In der politischen Kultur der Bundesrepublik endete dieser «deutsche Sonderweg» noch nicht 1945, sondern erst im Zuge einer «Linkswende», ausgelöst durch die «60er-Reformer». Erst als dank dieser «Linkswende» auch die traditionell konservativen Kräfte in CDU und teilweise sogar CSU nach links rückten und erkannten, dass die kulturelle Vielfalt, die sie als «Multikulti» verspottet und bekämpft hatten, die deutsche Kultur nicht bedrohte, sondern bereicherte, fanden wir Anschluss an die liberal-pluralistischen Werte in der Tradition der Aufklärung.

Gegen diese offene Gesellschaft sind seit Ende des 20. Jahrhunderts auch in den Geburtsländern der Aufklärung ihre rechtsradikalen Feinde aufgestanden, die die rund ein halbes Jahrhundert «sakrosankt gesprochene» pluralistische Gesellschaft verteuflern. Mit dem rasanten Aufstieg der AfD seit etwa einem halben Jahrzehnt ist auch in Deutschland, etwas verzögert, diese alte Konfliktlinie zwischen einer offenen Gesellschaft und ihren Feinden wieder zum entscheidenden moralisch-politischen Gegensatz geworden ist. Was bedeutet das für die Entwicklung und Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen links und rechts in der Bundesrepublik, vor allem nach den «Schicksalswahlen» in Bayern (14.10.) und Hessen (28.10.2018)?

Wie in den meisten demokratischen Ländern in Europa besteht auch in Deutschland nicht die Gefahr, dass Rechtspopulisten, wie z. B. in Polen, Ungarn, Italien, USA und Brasilien, bei Wahlen allein die absolute Mehrheit gewinnen. Bedrohlicher sind Rechtstendenzen in der bisher demokratischen Rechten, die den Abstand zu den Rechtspopulisten

verringern und Koalitionen mit ihnen möglich machen, wie schon in Österreich. Die dramatischen Verluste der CSU (von 47,7% 2013 auf 37,2%) verleiteten viele zum Trugschluss, dass die für rechtspopulistische Lockrufe offene CSU stark geschwächt und daher die demokratische Linke gestärkt worden wäre, vor allem wegen der Gewinne für die GRÜNEN (von 8,6% auf 17,5%). Doch Politiker der geschrumpften CSU korrigierten diesen Selbstbetrug der Linken triumphierend mit der Rechnung: Unser «bürgerliches» (rechtes) Lager aus CSU, Freien Wählern, FDP und AfD ist im neuen Landtag stärker, das linke aus SPD und GRÜNEN aber schwächer als vorher.

Die Landtagswahl in Hessen am 28.10. hat das Ergebnis in Bayern bestätigt. Der von Merkel am 29.10. angekündigte Teilerückzug von der Macht wurde nicht nur von der AfD als Etappensieg bejubelt, sondern auch von allen begrüßt, die die CDU auf der rechten Seite der entscheidenden Konfliktlinie in Stellung bringen möchten, zum Kampf gegen die multikulturelle Zuwanderungsgesellschaft. Die Chancen für die von Dobrindt angekündigte «konservative Revolution» sind gestiegen und sie werden zusätzlich verbessert durch die linke «kommunitaristisch-nationalstaatliche» Sammlungsbewegung, die auch zum Kampf gegen die «kosmopolitische Linke» angetreten ist. Mit #Aufstehen gehören nach dem Versiegen des Stalinismus in Deutschland erstmals wieder «Linke» zu den Feinden der «pluralistischen, multikulturellen, liberalen Zuwanderungsgesellschaft und des Projekts der Diversity». (Heisterhagen, S. 273) Die Befürworter dieser Gesellschaft müssen also wieder einen Zwei-Fronten-Krieg führen, sowohl gegen Rechtspopulisten als auch gegen «Linkskommunitaristen».

Wer auf welcher Seite dieser wieder vorangig gewordenen Konfliktlinie steht, wurde am Tag der Bayernwahl am 14.10.2018 in Berlin besonders anschaulich deutlich: Auf der linken Seite dieser Linie demonstrierten in Berlin rund 240 000 Menschen aus allen sozialen Schichten für ihre Forderung: «#unteilbar – Solidarität statt Ausgrenzung! Für eine offene und freie Gesellschaft». Auf der anderen Seite blieb Wagenknecht mit ihren Kommunitaristen sitzen, weil sie «offene Gesellschaft» mit dem Teufelszeug «offener Grenzen» verwechselt hatten. Auch in vielen anderen Städten beteiligten sich viel mehr Menschen «mit Herz» an den Demonstrationen für die offene und tolerante Gesellschaft als an den Aufmärschen, zu denen die Hetzer von Pegida und AfD aufgerufen hatten. (In Dresden unter dem Motto: «Herz statt Hetze!») Diese 240 000 Demonstranten in Berlin, und auch die Mehrheit der Bevölkerung aus den Unter- und Mittelschichten, bis in Teile der Oberschicht, die auf der Seite dieser «weltoffenen Kosmopoliten» stehen, haben in der «K. -K.-Wissenschaft» keinen Namen. Sie passen auf keine Seite der «neuen Konfliktlinie» und interessieren daher diese linke Wissenschaft und #Aufstehen nicht.

Gerade weil in der SPD ein Einfluss von #Aufstehen nicht wahrgenommen wird, kann er viel gefährlicher werden und die programmatische Zerfaserung verstärken. Wie breit das Spektrum in der SPD ist, das Wagenknecht erfolgreich ansprechen kann, dokumentiert auch die Theoriezeitschrift der SPD – «Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte», 10/2018 – zum Schwerpunktthema «Zukunft Sozialdemokratie». Nils Heisterhagen resümiert die Quintessenz seines Buches in dem Beitrag «Linker Realismus – Eine neue Politik für eine neue Zeit». Und

der SPD-Intellektuelle, Prof. Julian Nida-Rümelin, zeigt in seinem Beitrag «Aufstehen?» wie offen er für das Anliegen der linken «Grenzschrützer» ist. Schon in den ersten Sätzen mit seiner Kritik an einer angeblichen «Ideologie der offenen Grenzen» von Colin Crouch, die auch «der größte Teil der organisierten Linken» vertrete, wird seine «kommunitaristische» und damit «antikosmopolitische» Position deutlich: Diese «Ideologie der offenen Grenzen» sei die Ursache für die Schwäche der Linken (S. 15) und sie sei «zu einer Art Erkennungszeichen des linksliberalen Kosmopolitismus geworden, der von den GRÜNEN über weite Teile der Sozialdemokratie bis zur liberalen CDU und dem linken Flügel der Linkspartei reicht.» (Ebd., S. 16) Damit hat er die Kampfansage von #Aufstehen an den «linksliberalen Kosmopolitismus» auch terminologisch korrekt übernommen und zugleich die Gruppierungen in den politischen Parteien beim Namen genannt, die eine «falsche» Ideologie vertreten, die er gemeinsam mit der linken Sammlungsbewegung bekämpft: GRÜNE, weite Teile der SPD, liberale CDU.

Beim Hinweis auf sein 2017 erschienenes Buch «Über Grenzen denken» vermerkt er stolz, dass seine «wichtigsten Argumente (...) durch Stellungnahmen und Reden von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht, auch durch vereinzelte Stimmen aus der SPD und der CSU Unterstützung erfahren haben». Die linke Sammlungsbewegung «verfolgt zwei, durchaus vernünftige Ziele: zum einen den aufgrund der Migrationsthematik Verunsicherten und Besorgten eine politische Alternative zur AfD anzubieten». Das ist genau das Argument, mit dem Nölke und viele andere die SPD zu einer «linkspopulären Wende» auffordern, und mit dem Seehofer seinen Kampf gegen Mer-

kels Flüchtlingspolitik begründet hat und seine CSU am 14.10.2018 erfolgreich von 47,7 auf 37,2 Prozent reduziert hat. Amüsant, aber auch realistisch sind seine Spekulationen über die Chancen «einer von Sahara Wagenknecht angeführten Wahlliste», nämlich «von um die 20%», ermöglicht dank einer «Dezimierung der Wählerschaft der AfD um (...) die Hälfte, und die Gewinnung» von SPD-Wählern (...) in der Größenordnung von 10% der Gesamtwählerschaft». (S. 17) Von unseren 13-15 Prozent Anfang November 2018 blieben uns dann noch 3-5 Prozent, in Bayern -1 Prozent. Und auch die LINKE müsste durch einen «Aderlass» zum Erfolg von Sahara beitragen.

Nida-Rümelin empfiehlt als Sozialdemokrat seiner Partei: die «mit dem Rücken zur Wand stehende SPD wird sich inhaltlich öffnen müssen, in der Sozialpolitik nach links, in der Migrationspolitik nach rechts.» (S. 18) Die SPD soll also ihr Fachgeschäft zu einem Gemischtwarenladen ausbauen, um noch mehr Käufer anzulocken, wenn sie alles anbieten kann, was auf dem Wählermarkt von ganz links bis nach ganz rechts nachgefragt wird. Sicher ist Nida-Rümelin noch einer der einflussreichen SPD-Intellektuellen. Und sicher ist auch, welcher Seite, links oder rechts von der aktuell entscheidenden Konfliktlinie, sein Einfluss nutzen könnte.

Nach der kritischen Analyse der Mode-Wörter Kommunitarismus und Kosmopolitismus als politische Kampfbegriffe sei hier noch kurz die Rolle dieser Begriffe in der rein wissenschaftlichen Arbeit erwähnt und gefragt, ob diese vielleicht Defizite der politischen Kampfbegriffe ausgleichen könnten.

Kosmopolitismus und Kommunitarismus als «philosophische Begriffe» in der Wissenschaft

Die im Volk noch unbekanntem modischen Fremdwörter Kommunitarismus und Kosmopolitismus werden in den Debatten im Umkreis von #Aufstehen als politische Kampfbegriffe benutzt. Aber sie wurden nicht in dieser linken Gemeinde erfunden, sondern aus internen sozialwissenschaftlichen Diskursen übernommen.

Professor Wolfgang Merkel, Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin, Professor an der Humboldt-Universität und Mitglied der Grundwertekommission der SPD, gehört zu den einflussreichsten Wissenschaftlern in den Diskursen um diese neue «K. und K.-Konfliktlinie», die die traditionelle Konfliktlinie links versus rechts überlagere. Aus der Vielzahl seiner Publikationen sei hier nur auf seinen das Thema zusammenfassenden Artikel «Die populistische Revolte» eingegangen (in: Kulturpolitische Mitteilungen, II/2017, Nr. 157, S. 53 ff). Einleitend fragt er, ob es «eine neue Konfliktlinie (gibt), die man unter den philosophischen Begriffen Kosmopolitismus und Kommunitarismus fassen kann». Aus seiner informativen Darstellung ergibt sich, dass die Wissenschaftler nicht gesellschaftlich-politische Gruppen untersucht haben, die sich Kommunitaristen nennen, die gegen andere kämpfen, die sich Kosmopoliten nennen. Sie haben politische Denkweisen und Meinungen in der Gesellschaft untersucht und sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass es dort «eine neue Konfliktlinie (gibt), die man unter den philosophischen Begriffen Kosmopolitismus und Kommunitarismus fassen kann.»

Erst nach dieser Begriffsschöpfung durch Wissenschaftler kamen im Vorfeld von #Aufstehen politische Intellektuelle auf

die Idee: Wir berufen uns auf diese im Volk noch unbekannt Fremdwörter und nennen uns selbst, und auch unsere Zielgruppe: DAS VOLK, «Kommunitaristen», und unsere Gegner: «Die Eliten», nennen wir, abwertend, die Kosmopoliten. Daher gibt es jetzt im politischen Kampf Kommunitaristen, die sich selbst so nennen, und auf der anderen Seite der Hauptkampflinie die Kosmopoliten, die nur so genannt werden. Merkel kann also keinen einzigen kosmopolitischen Autor zitieren, der den Begriff Kosmopolitismus aus seiner Sicht erklärt und verteidigt, weil es solche Autoren gar nicht gibt.

Im Zentrum des Gegensatzes zwischen den von den Wissenschaftlern definierten alternativen Positionen sieht Merkel die «normative Frage», die auch im politischen Kampfbegriff im Mittelpunkt steht: «Wie weit sollen die Grenzen der Nationalstaaten geöffnet und inwieweit sollen sie geschlossen werden?» (Damit wird die Flüchtlingsfrage auch im wissenschaftlichen Diskurs zur «Mutter der neuen Konfliktlinie»!) Die Unterschiede beschreibt er ähnlich wie die politischen Kommunitaristen um Wagenknecht, wie hier bereits dargestellt. Auch er ordnet die unterschiedlichen ideologischen Positionen pauschal – und kontrafaktisch – den unterschiedlichen sozialen Schichten zu: «Kosmopolitische Einstellungen sind vor allem in den Ober- und gebildeten Mittelschichten zu finden. Viele von ihnen sind Globalisierungsgewinner.» Das sind Formulierungen, die man wortwörtlich auch bei Wagenknecht und anderen findet. So auch die Formulierungen zur Beschreibung der guten Kommunitaristen: «Die untere Hälfte der Gesellschaft hingegen ist weniger mobil und kritischer gegenüber offenen Grenzen, Zuwanderung, Mobilitätszumutung, Multikulturalismus und Kon-

kurrenz auf dem Wohnungsmarkt». (Vergl. dazu H. Heimann, «Flüchtlingspolitik» in Europa: Bankrotterklärung der politischen Klasse! – auch der Intellektuellen!?, in *perspektivends* 1/16.) Mit vielen Zitaten ist dort belegt, dass dieser Satz empirisch kontrafaktisch ist. Nicht Menschen aus der «unteren Hälfte der Gesellschaft», sondern aus der Elite der publizistischen Oberschicht und preisgekrönte Intellektuelle aus der Oberschicht bekennen in diesen Texten wortgewaltig – allerdings nicht «ehrenamtlich», sondern für hohe Honorare –, dass sie aus den Oberschichten «kritischer gegenüber offenen Grenzen, Zuwanderung, Multikulturalismus» sind als die hunderttausenden von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern aus allen Schichten der Gesellschaft. Der von allen Schichten praktizierten «grenzenlosen Willkommenskultur» setzen die Eliten aus den Oberschichten gegen Bezahlung ihr theoretisches «Lob der Grenzen» entgegen.

Trotz vieler Übereinstimmungen werden auch gravierende Unterschiede zwischen Merkels «philosophischem Begriff Kommunitarismus» und dem politischen Kampfbegriff von #Aufstehen sichtbar: Bei den Kampfbegriffen handelt es sich um den Gegensatz zwischen Gut und Böse. Merkel dagegen sieht sowohl im Kommunitarismus als auch im Kosmopolitismus Vorzüge und auch Nachteile. Der AfD betätigt er «kommunitaristisch-chauvinistische Positionen», kombiniert also seinen positiven mit einem negativen Begriff. Im Gegensatz zu den politischen Kommunitaristen, die sich für AfD-Wähler «nach rechts öffnen» wollen (Nida-Rümelin), fordert Merkel von den «etablierten Parteien, die von den Populisten eroberten politischen Räume im pluralistischen Wettbewerb mit guten Argumenten und einer sensibel-responsiven und verant-

wortungsvollen Politik zurückzuerobern.» Obwohl er für «öffentliche Diskurse» und «pluralistischen Wettstreit» plädiert, in der «liberalen Demokratie, die den Pluralismus ernst nimmt», kritisiert er nicht, dass seine Mitstreiter gar keinen «pluralistischen Wettstreit» wollen und die «liberale Demokratie und den Pluralismus» ablehnen.

Wenn Merkel und andere befreundete Wissenschaftler die antiliberal-antipluralistischen Positionen ihrer Mitstreiter nicht kritisieren, und auch künftig von ihnen keine Kritik zu erwarten ist, dann hängt das mit dem desolaten Zustand fast der gesamten linken Diskurskultur und -mentalität zusammen. (Vergl. ausführlich H. Heimann, Das Elend linker Theorie und Diskurskultur – Ursache für den politischen Absturz der Sozialdemokratie, in *perspektivends* 2/17) Das in der Politik dominierende «Einheitsdenken» («pensée unique»), das keine Alternativen und daher keine kontroversen Diskussionen kennt, ist auch bei linken Wissenschaftlern und im gesamten Wissenschaftsbetrieb ziemlich ausgeprägt. Etablierte Wissenschaftler sind oft gut vernetzte, miteinander befreundete Menschen, die in überschaubaren idealen «kommunitaristischen» Gemeinschaften leben, in denen man intellektuellen Streit lieber meidet. Grundsätzliche Kritik an wissenschaftlichen Aussagen eines befreundeten Wissenschaftlers wäre dann so etwas wie die unfreundliche Distanzierung von einem Freund, dem man die Freundschaft aufkündigt. Man kann sich kaum vorstellen, einen befreundeten Wissenschaftler zu respektieren und zu schätzen, aber dennoch seine theoretischen Aussagen scharf zu kritisieren. Menschen, die in einer überschaubaren kommunitaristischen Gemeinschaft leben, können sich erst recht nicht vorstellen, dass alle

Beteiligten an einer heftigen Kontroverse sogar mehr Freude haben könnten als an der friedlichen Idylle, die kaum Erkenntnisfortschritte fördert. Die intellektuelle Substanz des «Kommunitarismus» förderte die Abneigung gegen kritische Diskussionen in der eigenen scientific community. Und das hatte und hat eine verständliche Folge: Auch den «philosophischen Begriffen» Kommunitarismus und Kosmopolitismus fehlt die notwendige «Liebe zur Weisheit»!

«#Aufstehen und Kommunitarismus als Totengräber am Krankenbett der SPD!» oder «Die Auferstandene reformsozialistische Theorie und Praxis am leeren Grab der SPD!»

Noch ist nicht entschieden, welche der beiden Metaphern für die SPD wahr wird. Nach einer ersten Fertigstellung des Manuskripts haben noch drei weitere Produkte aus dem «Denk-Panzer» *IPG* die Gefahr bestätigt: Die «K. u. K.-Ideologie» könnte sich – weiß verkleidet – als «Arzt ans Krankenbett der SPD» schleichen und nach Verabreichung ihrer Medizin sich bald als «Totengräber» nützlich machen.

1 *IPG* 14.11.2018 – Henning Meyer, «Gerechtigkeit braucht Sicherheit – um Volkspartei zu bleiben, muss die SPD auf beide Themen setzen». (Dr. Henning Meyer, Gründer und Chefredakteur der Online-Zeitung *Social Europe*, London School of Economics and Political Science, Leiter des Beratungsunternehmens *Global Strategy*.)

Ausgangspunkt ist für ihn das Thema «Erneuerung der SPD» und «die bisher unbeantwortete Frage: Wie genau soll diese inhaltliche Erneuerung aussehen?» Damit Wähler «wieder wissen, wofür die Partei eigentlich steht?» ... müsse die SPD «klare Positionen beschließen, statt Kernkonflikte weiter zu umschiffen.»

Absolut neu ist seine Meinung über die Ursachen für die Probleme der SPD: «Schon seit längerem wird die Sozialdemokratie durch eine Auseinandersetzung zwischen Kommunitaristen auf der einen und Kosmopoliten auf der anderen Seite aufgerieben.» (S. 2) Dabei handle es sich – ganz im Sinne der «K. u. K.-Erkenntnisse» – einerseits um diejenigen, die sich durch «Globalisierung und Digitalisierung [...] bedroht fühlen» und denen, die darin «neue Chancen sehen». Die «Wählerwanderungen bei den letzten Landtagswahlen zeigen deutlich, dass sich die politische Landschaft genau entlang dieser Konfliktlinie in Richtung AfD und Grüne polarisiert.» (S. 2) Die «Volksparteien werden zerrieben», indem sie an beide Richtungen Wähler verlieren. Aber die SPD könne diesen Trend umkehren und «Volkspartei bleiben», wenn sie nicht fragt, «an welchem Lager man sich künftig orientieren soll.» (S. 2) Sie darf sich also nicht einseitig zwischen «Kosmopoliten», also Grünen, und «Kommunitaristen», also AfD, entscheiden. Denn als «Partei des sozialen Aufstiegs [...] hat sie traditionell eine integrative Funktion zwischen kommunitaristischen und kosmopolitischen Positionen innegehabt.» (S. 3) Sie dürfe nicht zwischen den zwei Lagern wählen, weil eine Volkspartei «ein Politikangebot für die gesamte Gesellschaft» machen muss, im Sinne einer «catch-all party». Die SPD müsse also fragen, warum die «Klammer zwischen kommunitaristischen und kosmopolitischen Positionen dermaßen überdehnt» wurde und was getan werden muss, «um diese notwendige Verbindung wiederherzustellen.» (S. 3) Daraus folgt: «Eine Ausschlussentscheidung zwischen dem kommunitaristischen und kosmopolitischen Lager wäre strategisch falsch.» Diese falsche Politik

versuche aber gerade «die Wagenknecht/Lafontaine-Linke».

Die von Meyer vorgeschlagene Strategie hat zwar den Vorteil, dass dadurch alle Wähler besser sehen können, wo und wofür die SPD eigentlich steht: Sie steht überall und für alles, kann also von allen gesehen und gewählt werden. Diese Strategie des «sowohl kommunitaristisch als auch kosmopolitisch» enthält aber das Restrisiko, dass viele Wähler das «Sowohl-als auch!» als ein «Weder-noch!» verstehen. Aber noch irritierender ist es, dass fast niemand weiß, wer eigentlich diese «Kommunitaristen auf der einen und Kosmopoliten auf der anderen Seite» sind, durch die «die Sozialdemokratie (seit längerem) ... aufgerieben» wird. Und auch gute Kenner der SPD-Geschichte kennen nicht einen jener Sozialdemokraten, die «traditionell eine integrative Funktion zwischen kommunitaristischen und kosmopolitischen Positionen innegehabt» hatten. (S. 3) Und das liegt daran, dass alle Historiker diese wahre Geschichte der SPD bewusst verschwiegen haben und die «K. u. K.-Historiker», die das alles erforscht haben, ihre umwälzenden Erkenntnisse noch nicht publiziert haben. Außerhalb der «K. u. K.-Gemeinde» kennt man daher nur Lassalleaner, Eisenacher, Marxisten, Revolutionäre, Reformisten, Revisionisten, Linkssozialisten etc., obwohl diese nur frei erfunden waren, um den Blick auf die wirklichen Akteure unserer Geschichte, auf Kommunitaristen und Kosmopoliten, zu verdecken.

2 Ein Interview mit Timo Lochocki vom 19.10.2018 unter dem Titel: «Die Grünen sind nicht das Vorbild». (Dr. Lochocki, German Marshall Fund und Humboldt-Universität in Berlin.)

Er widerspricht der Strategie des «Sowohl-als-auch» von Meyer und fordert von der SPD eine Entscheidung gegen das Lager

der Grünen und für das Lager rechts von Merkel. Der Interviewer verweist auf die zentrale Aussage seines Buches «Die Vertrauensformel», nämlich «dass sich die sogenannte populistische Revolte durch mehr Sozialpolitik nicht aufhalten lässt.» Lochocki begründet seine These mit dem Hinweis auf «Die Mutter aller politischen Probleme»: Da «sich die Bevölkerungsmeinung vor allem um Migrationspolitik dreht, kann Sozialpolitik beim Wähler gar nicht durchdringen.» Zuerst sei daher das «Migrations-thema abzuräumen», und erst dann könne «man in einem zweiten Schritt Sozialpolitik hochziehen». (S. 1; um 50 % verkleinert.)

Die neue «Migrationspolitik [...], die gerade bei den konservativen Flügeln von CDU/CSU und SPD gut verankert ist», muss «vor allem Horst Seehofer oder Alexander Dobrindt in der CSU und Jens Spahn in der CDU» einbinden. Das «Migrationsthema abräumen» bedeute, dass auch CDU/CSU und SPD ihre «politische Kommunikation» ändern müssen, die «den Sorgen und Nöten einer immer größeren konservativen Bevölkerungsschicht aggressiv gegenübertritt und nicht empathisch.» (S. 2) Hier wäre zu fragen, ob die «konservative Bevölkerungsschicht», also der potenziellen AfD-Wähler, nicht gerade deshalb «immer größer» wird, weil AfD und Pegida den demokratischen Parteien aggressiv und ohne Empathie gegenübertraten, während die demokratischen Parteien weniger aggressiv und eher mit Empathie eingeschüchtert und halbherzig reagieren. Um mit Empathie AfD-Wähler zurückzugewinnen, müsse man ihnen auch «konservative Symbolprojekte» anbieten: «Integrationsgesetze mit starken konservativen Akzenten, eine Familiengesetzgebung, in der auch ganz klassische Rollenbilder von Mann und Frau ihren Platz haben könnten.» (S. 2)

Aus dieser Analyse von Lochocki folgt logisch: Der rechte Flügel der SPD muss sich mit dem rechten Flügel der CDU und der CSU verbünden, gegen die Grünen, den linken Flügel der SPD und gegen die Merkel CDU. Er glaubt, dass die so erneuerten Volksparteien mehrheitsfähig sind, da «eine konservative Akzentuierung von Volksparteien immer funktioniert.» Das Argument, «es lohnt sich nicht, den Rechten hinterherzulaufen», sei dagegen «kompletter Quatsch.» (S. 2) Die CSU habe in Bayern nur verloren, «weil die progressive Kanzlerin» Seehofer daran gehindert habe, seine konservativen (also rechtspopulistischen) Ankündigungen auch praktisch einzulösen. (Da er leider keine KI in Anspruch nehmen konnte, dachte er tatsächlich, die CSU habe deshalb 170 000 Wähler an die Grünen verloren, weil sie auf Druck Merkels eine zu stark linkslastige Politik machen musste.)

Lochocki bleibt aber optimistisch, selbst wenn Grüne und SPD im progressiven Lager blieben. Denn sein Lager, «das bürgerlich-konservative Lager (kommt) in eine strukturelle Mehrheit von 60 – 70 Prozent.» (S. 3) Die «strukturelle Minderheit» von 30 – 40 Prozent wäre dann, wie schon in Polen, Ungarn, Italien, auch in Deutschland eine mutige, aber besiegte oppositionelle Minderheit.

3 Prof. Dr. Anke Hassel in IPG vom 9.11.2018: «Die Linke muss verhindern, dass die Arbeiterklasse unter Zuwanderung leidet.» (Anke Hassel, Wissenschaftliche Direktorin des WSI der Hans-Böckler-Stiftung, lehrt Public Policy an der Hertie School of Governance, etc.)

Unter Berufung auf wissenschaftliche Erkenntnisse schildert sie empathisch, wie «die Arbeiterklasse» schon längst «unter der Zuwanderung» schwer leidet: «dass Einwanderer die Löhne von Arbeitnehmern mit ähn-

licher Qualifikation negativ beeinflussen. [...], dass sich die Zuwanderung von Arbeitskräften auf das Lohnwachstum insgesamt negativ auswirkt. [...] Die Gewerkschaften haben in Sektoren mit hohem Migrantenanteil Probleme, den gewerkschaftlichen Zusammenhalt und die gemeinsame Verhandlungsmacht aufrechtzuerhalten. [...] Insgesamt besteht die Gefahr, dass hohe Zuwanderungszahlen die Institutionen zur Regulierung der Arbeitsmärkte schwächen können, auf denen das europäische Sozialmodell beruht.» (S. 3)

Endlich wissen wir, mit Hilfe der Hans-Böckler-Stiftung und wissenschaftlich erkannt, dass linke Intellektuelle nicht aus Fremdenfeindlichkeit, sondern aus humanitär-sozialer Verantwortung der Arbeiterklasse zuzurufen: «Die Zuwanderer sind Euer Unglück!» (Frei nach v. Treitschke.) Denn nicht neoliberale Politik hat das Lohnniveau gesenkt, die Macht der Gewerkschaften eingeschränkt, die Arbeitsmärkte dereguliert und «das europäische Sozialmodell» gefährdet, sondern die «Zuwanderer». Aber dieses Thema werde «in der Linken beinahe als Tabu behandelt». Und «diejenigen, die sich darauf einlassen – wie die neue deutsche Linksbewegung Aufstehen [...], werden dafür oft angegriffen.» (S. 2)

Der Vorwurf, die Linke behandle das Thema Zuwanderung als Tabu, schweige dazu, ignoriere die Probleme, beruht auf einer völligen Verdrehung der Tatsachen, ist eine «alternative Wahrheit». Denn die Wahrheit ist: Die 240 000 Demonstranten in Berlin am 14. Oktober in Berlin, viele in anderen Städten, vor allem die hunderttausenden von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern, behandeln das Thema nicht als Tabu, sie beziehen dazu eindeutig Position, sehen, dass es sich dabei um ernsthafte Probleme

handelt, die auf der einen Seite zu praktischem Handeln aus Solidarität und Nächstenliebe führen. Auf der anderen Seite der Konfliktlinie aber zu Hetzjagden auf Flüchtlinge und zur Forderung nach Abschottung der Festung Europa, motiviert durch rechtspopulistische Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Im Weltbild von Prof. Hassel nimmt aber nur der zum Thema Zuwanderung (das Wort Flüchtlinge gibt es bei ihr nicht) Stellung, der Zuwanderung verhindern und bekämpfen will. Wer aber Flüchtlinge vor dem Ertrinken rettet, wer ihnen solidarisch und helfend begegnet, ignoriert nach Meinung der Professorin das Thema «Migration».

Die umfangreiche Serie in *IPG* zum Thema «Migration als Mutter aller politischen Probleme in unserem Land» hat die Aussage von Lochocki bestätigt: «Es muss eine Migrationspolitik gefunden werden, die gerade bei den konservativen Flügeln von CDU/CSU und SPD gut verankert ist.» (*IPG* 19.10.2018, S- 1) Diese übertrieben wirkende Feststellung sollte man nicht verharmlosen mit dem Hinweis: Da nicht einmal 0, 0001 Prozent unserer Wähler diese Artikel lesen, kann die «K. u. K.-Ideologie» die Umfragewerte und Wahlergebnisse der SPD nicht weiter reduzieren. Aber sie kann es erschweren oder gar verhindern, dass die SPD ihren verlorenen Markenkern wiederfindet, damit wieder sichtbar wird, wofür sie eigentlich steht. Um wieder Volkspartei zu werden, ist das aber notwendig. Denn das Wählerpotenzial der SPD orientiert sich noch an diesem Markenkern mit der entscheidenden Konfliktlinie links versus rechts. (Nach jüngsten Umfragen erwarten etwa zwei Drittel der SPD-Anhänger, dass sich die Partei wieder stärker nach links orientiert. Die Frage, ob sie sich mehr Richtung

Kommunitarismus oder mehr Richtung Kosmopolitismus orientieren sollte, wurde nicht gestellt, da die Befragten nur verstanden hätten «mehr bla-bla» oder «mehr da-da».)

Die «K. u. K.-Wissenschaft» könnte die Wiedergeburt der SPD als linke Volkspartei erschweren, weil sie den traditionellen Markenkern der SPD, der sie 1972 mit 45,8 Prozent zur stärksten Partei gemacht hatte, endgültig für obsolet erklären und durch einen neuen, kommunitaristischen, ersetzen möchte. Obwohl die IPG-Angebote in der innerparteilichen Diskussion noch keine Rolle spielen, sollte eine mögliche langfristige Wirkung nicht unterschätzt werden. Denn sie sind attraktiv für Linke aus dem intellektuell-kulturellen Milieu, für die die «K. u. K.-Ideologie» die einzige offensiv propagierte «Weltanschauung» ist. Dieses ideologische Prunkschloß wird konzipiert und konzertiert propagiert von «Linken» in einflussreichen, finanziell gut ausgestatteten administrativen Machtpositionen im Wissenschafts- und Bildungsbetrieb. Und es sind diese einflussreichen Machtpositionen, die den kommunitaristischen Anschauungen sogar auch intellektuelles Gewicht verleihen bei der Beeinflussung von Multiplikatoren, die dann auch die Meinungsbildung «im Volk» beeinflussen.

Diese fatale Wirkung der «K. u. K.-Ideologie» ist nur zu verhindern, wenn die SPD wieder fähig wird, jenen Multiplikatoren im intellektuell-kulturellen Milieu theoretisch-politische Orientierung anzubieten, die die Meinungs- und Willensbildung «im Volk» beeinflussen. Um ein Übergreifen der populistischen «K. u. K.-Ideologie» auf das Volk zu verhindern, muss sie das in den letzten Jahrzehnten entstandene Theorie-Vakuum auffüllen, und zwar mit einem authentisch-linken Konzept der SPD-Tradi-

tion, das ihre Wähler noch in Erinnerung haben. Viele von ihnen hoffen noch, dass sich die SPD auch wieder daran erinnert. Der politische Wiederaufstieg der SPD zur Volkspartei kann also nur beginnen mit der Erinnerung an die vergessene reformsozialistische Theoretietradition und Wiederbelebung des von Bernstein und vielen anderen konzipierten revisionistisch-reformistischen Theorie-Ansatzes des Demokratischen Sozialismus.

Diese «Wiederbelebung» könnte sogar auch zu einer praxisrelevanten Renaissance der marxistischen Kapitalismuskritik führen. Denn im Denken von Marx war ja der Revisionismus als Embryo schon enthalten, der aber zur Rettung des Kapitalismus von den orthodox-dogmatischen Marxisten abgetrieben wurde. (Vergl. dazu: Christian Krell, Thomas Meyer, Klaus-Jürgen Scherer: 200 JAHRE KARL MARX, Hrsg. SPD Parteivorstand: Um die heitere Geburtstagsstimmung nicht zu trüben, ist in dieser Würdigung von Marx keine Kritik an den Marxisten enthalten!) Daher spielte im Karl-Marx-Jubeljahr 2018 nur jener Marxismus eine Rolle, der den Kapitalismus nur interpretierte, aber nichts zur Frage sagte, was die Menschen im Überbau tun können, um die Alternative Sozialismus durch Reformpolitik zu verwirklichen. Bei diesem Marxismus bedankten sich daher auch engagierte Verteidiger des Kapitalismus. Die reformsozialistische Erneuerung könnte innerparteilich auch ein Anstoß zur Erneuerung der marxistischen Tradition werden, die in der SPD als personelle Gemeinschaft um die Zeitschrift *spw* (*Sozialistische Politik und Wirtschaft*) noch real existiert. (Zur Analyse und Kritik dieser Tradition vergl. H. Heimann, Das Elend linker Theorie und Diskurskultur – Ursache für den politischen

Absturz der Sozialdemokratie. In: *perspektivends* 2/17.)

Mit der Wiederbelebung der reformsozialistischen Tradition ist auch die Erinnerung an die Traditionslinie links versus rechts verbunden, die es der SPD ermöglichen würde, den Wählern wieder glaubwürdig zu vermitteln, dass sie auf der linken Seite dieser Konfliktlinie handelt und kämpft. Mit einer glaubwürdigen Selbstdarstellung als linke Volkspartei könnte sie nicht nur Wähler aus dem linken Spektrum überzeugen, sondern auch aus der Mitte.

Das Nachdenken über einen künftigen Wiederaufstieg zu Volkspartei muss beginnen mit einem Rückblick auf die Ursachen des praktisch-politischen Abstiegs, der immer begleitet und gefördert wurde durch weitere Abkehr vom reformsozialistischen Konzept mit dem Markenkern soziale Gerechtigkeit. Die Hauptursachen für den sich in Etappen vollziehenden Abstieg liegen nicht in «naturwüchsigen» Veränderungen an der sozioökonomischen Basis, sondern in Veränderungen im Denken und Handeln der linken Akteure und Eliten im Überbau.

In der ersten Etappe dieses Abstiegs wurde die traditionelle Konfliktlinie links versus rechts «verwässert»: Nach der Implosion des Sowjetkommunismus haben die meisten sozialistischen Intellektuellen die Ideen und Ziele des Demokratischen Sozialismus in der Diskussion über den «Abschied vom Sozialismus» als historischen Irrweg bewusst verworfen; in der SPD wurde dieses Erbe ohne Diskussion nur vergessen. Doch dieser Qualitätsverlust war zunächst sogar von großen Wahlerfolgen begleitet. Denn unter Lafontaine schärfte die SPD ihr linkes Profil als «Anwalt des kleinen Mannes», sodass sie 1998, und auch noch 2002, zusammen mit

den «grünen Kellnern» (Schröder) eine linke Mehrheit gewinnen konnte.

Aber zur gleichen Zeit distanzieren sich die meisten aus den linken intellektuellen und politischen Machteliten auch noch von den bescheideneren, teilweise schon erreichten, linken Zielen: Einhegung des Kapitalismus durch einen Wohlfahrtsstaat. Sie konvertierten zur neuen neoliberalen Weltreligion und beteiligten sich, gegen einige «linke Betonköpfe», am Abbau des Wohlfahrtsstaates. Damals entstand die heute von Allen beklagte Kluft zwischen den Eliten und der großen Mehrheit des Volkes, die die neoliberale Ideologie als pompöses Lügengebäude erkannte. (Sogar die Mehrheit der FDP-Wähler lehnte immer die Privatisierung öffentlichen Eigentums ab, die von den Eliten aller Parteien zum Schaden des Volkes mutig vorangetrieben wurde.)

Aber auch nach der Bekehrung der Eliten zum Neoliberalismus hielten fast alle verbal an den Werten einer liberal-pluralistischen offenen Gesellschaft fest. Doch da das neoliberale «Einheitsdenken» (*pensée unique*) so dominierend geworden war, versickerte im Überbau «der pluralistische Wettstreit mit guten Argumenten», sodass nur noch der Wettstreit mit harten Bandagen um gute Machtpositionen übrig blieb. Da die Eliten fast aller Parteien vorrangig die Interessen einer reichen Minderheit an noch schnellerem Anstieg ihres Reichtums vertraten, waren kaum noch Alternativen zwischen linken und rechten Parteien zu erkennen. (Das ist keine polemische Bemerkung, sondern empirisch belegte wissenschaftliche Erkenntnis zahlreicher Studien.)

Daher agierte eine entstehende rechts-populistische Bewegung «semantisch» sehr geschickt, als sie sich den Namen «Alternative für Deutschland» gab. Erst durch den

rasanten Aufstieg der AfD ist die seit der Linkswende Ende der 1960er-Jahre obsolet gewordene Konfliktlinie «Offene Gesellschaft und ihre Feinde» wieder aktuell und sogar vorrangig geworden, und zwar aus folgendem Grund: Erstmals nach der Linkswende in den 1960er-Jahren des 20. Jahrhunderts besteht die Gefahr, dass «die Feinde der offenen Gesellschaft» auch in Deutschland mehrheitsfähig werden. Nicht nur die AfD hat ihr den Krieg erklärt. Auch die Linkskommunitaristen – wie dargestellt am Beispiel Heisterhagen – distanzieren sich nicht nur von der Verengung des Begriffs Liberalismus auf reinen Wirtschaftsliberalismus, sondern auch von der progressiv-linken Substanz des geistig-politischen Liberalismus in der Tradition der Aufklärung und einer offenen Gesellschaft. Für Sozialdemokraten aber ist diese Substanz spätestens in der von Bernstein ausgelösten Revisionismusdebatte in der Theorie des Demokratischen Sozialismus im Sinne Hegels «aufgehoben».

Und diese liberale Substanz ist unverhandelbar, weil sie zu den Grundwerten der SPD gehört. Nur auf der Grundlage dieser liberalen Werte kann die SPD ihren halbherzigen Kampf gegen die hegemoniale neoliberale Rechte verstärken und glaubwürdig machen. Also den Kampf an der traditionellen Konfliktlinie links versus rechts, um wieder zur Interessenvertretung der großen Mehrheit zu werden, die von ihrer Arbeit lebt. Diese Neupositionierung auf der linken Seite ist für die SPD verbunden mit Internationalismus versus Nationalismus, also internationalistisch und sozial versus national und sozial: #Aufstehen agiert also nicht auf derselben Seite wie die SPD. Nur eine klare Positionierung auf der linken Seite kann die SPD wieder als Alternative

zur Union kenntlich machen, aber keinesfalls der erwartete Rechtsruck in der CDU. Denn die Unterschiede zwischen SPD und Union wurden nicht durch das Märchen vom Linksruck der Merkel-CDU verwischt, sondern durch die neoliberale Rechtswende der Schröder Partei Deutschlands.

Die aktuelle Betonung der «Konfliktlinie offene Gesellschaft und ihre Feinde» ist für die plurale Linke auch notwendig, um ihr Selbstbewusstsein gegenüber den erfolgreichen Rechtspopulisten zu stärken. Nicht nur CSU, rechte CDU und Linkskommunitaristen neigen zur defaitistischen Mentalität, den AfD-Wählern nach rechts entgegenzugehen, um sie zurückzugewinnen, obwohl gerade das der AfD noch mehr Wähler zugeführt hat. Die Rechtspopulisten haben auch deshalb viele neue Wähler gewonnen, weil sie viel selbstbewusster werben: Wir wissen zwar, dass die große Mehrheit der Wähler noch weiter links orientiert ist als wir. Aber um sie als Wähler zu gewinnen, werden wir ihnen nicht «entgegenkommen» und werden wir uns nicht «in der Flüchtlingspolitik nach links öffnen». Denn wir sind selbstbewusst genug, um in den öffentlichen Diskursen auch «linksliberale Kosmopoliten» von unserem alternativen Angebot zu überzeugen. Damit Sozialdemokraten auch wieder so selbstsicher werden, müssen sie vorwärts denken und sich an die Aufstiegsphase der sozialistischen Bewegung erinnern: Ferdinand Lassalle hatte nicht von einem Meinungsforschungsinstitut erfahren, dass viele Menschen gern ein Wahlrecht hätten und daher diese «populäre» Forderung in sein Programm aufgenommen. Sozialisten fragten nicht nur, welche Meinungen gibt es im Volk, sondern antworteten auch dem Volk, welche Ideen, Werte und politischen Forderungen sie selbst für gut und sinnvoll

halten und von denen sie möglichst viele Menschen überzeugen wollen.

Mit der Erinnerung an ihre Geschichte und der Wiederbelebung theoretisch und praktisch bewährter Positionen, vor allem des revisionistisch-reformistischen Theorie-Ansatzes von Bernstein, kann es auch möglich werden, die vergessene systemverändernde Zielsetzung des Demokratischen Sozialismus zu reaktivieren. Dieses Ziel spielt zwar in der theoretisch unter Hartz-IV-Niveau lebenden SPD kaum eine Rolle, könnte aber aktive Gruppen im intellektuell-kulturellen Milieu links von den linken Parteien ansprechen, und sogar eine große Mehrheit der Bevölkerung. Eine Emnid-Umfrage im Jahr 2010 ergab: «88 Prozent der Befragten (...) wünschen sich eine «neue Wirtschaftsordnung» also das Ende des Kapitalismus. 88 Prozent waren der Meinung, dass unser Wirtschaftssystem nicht fähig ist, die sozialen und ökologischen Probleme zu lösen. (*Die Zeit*, 19.8.2010) Und viele linke Gruppen wollen zwar den Kapitalismus überwinden, aber sie haben nicht einmal einen Namen für eine Alternative zum Kapitalismus, und erst recht keinen Theorie-Ansatz, der wirksam zu einer Reformpraxis für dieses emanzipatorische Ziel anleiten könnte.

Ziel einer reformsozialistischen Erneuerung linker Theorie könnte die Einsicht sein, «dass die sich vollziehenden (...) Umbrüche so auf den Begriff gebracht werden müssen, dass eingreifende, gestaltende Praxis befördert wird.» So formulierten Michael Brie, Rolf Reißig, Michael Thomas das Ziel der ersten Transformationskonferenz im September 2015 in der Einleitung zu: Transformation – Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs, Münster 2016. (Vergl. dazu auch: H. Heimann, Über die Bundestags-

wahl 2017 hinaus: Den Kapitalismus überwinden!?, in: *perspektivends* 1/17)

Mit einem reformsozialistischen Angebot könnte die SPD, wie in den 1960er-Jahren des 20. Jahrhunderts, wieder zum Partner und sogar Hoffnungsträger auch für parteipolitisch heimatlose Linke werden. Und sie könnte viele aus ihren sektiererischen Echokammern herauslocken und für eine praxisorientierte, solidarische und mehrheitsfähige Linke gewinnen, die zwar noch vielfältig denkt, aber gemeinsam und effizient handelt. (Statt einfältig zu denken und daher vielfältig zu handeln!)

Ein singulärer demokratischer Sozialist, der solches denkt und sogar schreibt, muss natürlich wissen: Dieser Text ändert nichts am desolaten Zustand der pluralen Linken und kann den globalen Vormarsch der Rechtspopulisten auch in Deutschland nicht stoppen. Es würde auch nicht helfen, wenn er noch schrieb: Da müssten vor allem junge Wissenschaftler dieses Theorie-Vakuum sehen und auf der «Suche nach der verlorenen Theorie» mit einem neuen historischen Bewusstsein die vergessene Geschichte und den höchst aktuellen revisionistisch-reformistischen Theorie-Ansatz in die aktuellen linken Diskurse einbringen. Doch wer die Ausgaben 1/17 bis 1/18 der *perspektivends* aufmerksam gelesen hat, kann aufatmen und feststellen: Die Wiederbelebung des revisionistisch-reformistischen Theorie-Ansatzes ist kein «zu weites Feld», sondern bereits eine eindrucksvolle Baustelle, auf der die «jungen perspektiven» am Rahmen der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus und der Zeitschrift *perspektivends* effizienter arbeitet als Architekten und Bauarbeiter auf dem Flughafen Berlin-Brandenburg.

Und Hendrik Küpper, Mitinitiator der «jungen perspektiven», hat im Sommer-

semester 2018 am Otto-Suhr-Institut der FU (vor 50 Jahren «revolutionäre Kaderschmiede») eine Bachelorarbeit eingereicht zum Thema «Bernsteins revisionistisch-reformistisches Sozialismuskonzept. Ein radikaler Reformismus für die heutige Sozialdemokratie?» Hendrik Küpper zeigt darin, dass er nicht nur ein zweiter singulärer Revisionist ist, sondern dass bereits eine breite wissen-

schaftlich-politische Diskussion begonnen hat, durch die mit großer Verspätung aus dem verfeimten und dann vergessenen großen Sozialdemokraten Eduard Bernstein doch noch der Anreger für eine geistig einflussreiche Theorie-Tradition im Dienste reformsozialistischer Politik werden wird.

Johannes Steizinger

Die Identitäre Ideologie Wiederkehr des völkischen Denkens

Einleitung

Nationalistische Ideen haben in der gegenwärtigen Politik Konjunktur. Dabei ist auch die Wiederkehr einer völkisch-traditionalistischen Ideologie zu beobachten. Der völkische Nationalismus behauptet, dass ethnisch homogene Gemeinschaften existieren und die Grundlage eines politischen Gemeinwesens darstellen. Zudem wird ein traditionalistisches Verständnis von sozialen Beziehungen (z. B. Geschlechterrollen) propagiert. Dieser konservative Diskurs geht von einer kulturkritischen Zeitdiagnose aus: Ökonomische, gesellschaftliche und politische Entwicklungen wie Globalisierung, Migration oder Feminismus werden als Bedrohung der völkisch-traditionalistischen Identität interpretiert.

Der völkische Nationalismus ist in rechtsextremen Gruppen weit verbreitet. Mittlerweile wirken völkische Ideen jedoch weit in die bür-

gerliche Mitte hinein, nicht zuletzt aufgrund der erfolgreichen Strategien der sogenannten «Neuen Rechten». Die Identitäre Bewegung (IB) spielt in dieser Szene eine wesentliche Rolle und wird zumeist als eine «neurechte Jugendbewegung» (Bruns et al 2017) definiert. Diese Einschätzung möchte ich im Folgenden näher betrachten. Meine Auseinandersetzung mit der Ideologie der IB umfasst drei Schritte: Im ersten Schritt wird mit dem Konzept des Ethnopluralismus, das Grundmotiv der identitären Ideologie, analysiert. Im zweiten Schritt entfalte ich eine genealogische Perspektive. Deshalb wird hier eine bestimmte Variante völkischen Denkens der 1920er- und 1930er-Jahre thematisiert. Ausgehend von einer kulturkritischen Zeitdiagnose entwickelten Philosophen¹ wie

1 Da sich diese Bezeichnung hier nur auf männliche Philosophen bezieht, verzichte ich auf das Gendern.

Alfred Baeumler (1887–1968), Ernst Kriek (1882–1947) oder Erich Rothacker (1888–1965) eine identitätspolitische Antwort auf die Moderne und sahen diese im Nationalsozialismus (NS) verwirklicht. Der völkische Partikularismus war das Grundmotiv dieser politischen Anthropologie. Meine genealogische Analyse wird zeigen, dass die IB keine «neurechte Jugendbewegung» (Bruns et al 2017; Hervorhebung J.S.) in einem inhaltlichen Sinne ist. Denn die identitäre Ideologie ist keine Erneuerung, sondern eine simple Wiederkehr völkischen Denkens, das bereits vor 1945 weit verbreitet war. Im dritten Schritt präsentiere ich eine Kritik der völkischen Ideologie, die sich auf das Modell der «ethnokulturellen Identität» konzentriert.

1 Ethnopluralismus.

Der ideologische Kern der IB

Die Identitären sind eine meta-politische Bewegung mit unterschiedlichen Ablegern in Frankreich, Österreich, Deutschland und Italien, die eine rechte Gegenkultur etablieren will. Aktionen im öffentlichen Raum und soziale Medien werden geschickt dafür benutzt, um rechtsextreme Botschaften niederschwellig zu vermitteln. Dabei treten die Identitären mit einer distinkten Corporate Identity auf, die sich in Ideologie und Ästhetik ausdrückt (vgl. Bruns et al 2017). Dennoch überschneidet sich die Inszenierung der IB mit der strategischen Ausrichtung anderer rechtsextremer Gruppen, die das negative Bild des ewig gestrigen Nazischlägers hinter sich lassen wollen. Im Folgenden werde ich den ideologischen Kern der IB herausarbeiten. In den Kampagnen der Identitären spielt der sogenannte Ethnopluralismus eine wesentliche Rolle und kann daher als ihr politisches Grundmotiv betrachtet werden.

Die Besinnung auf eine «ethnokulturelle Identität» ist das zentrale Anliegen der IB. Die Identitären behaupten, dass die menschliche Welt aus einer Pluralität distinkter kollektiver Entitäten bestehe. Dabei wird zwischen der «zivilisatorischen», der «nationalen» und der «regionalen» Ebene unterschieden (IBD 2018f). Trotz der Berücksichtigung einer übergeordneten «Zivilisation» (z.B. Europa) und einer untergeordneten «Region» (z.B. Salzkammergut), ist die «nationale» Ebene eines «Volkes» der wesentliche Referenzpunkt der identitären Ideologie. Diese ist deshalb ein völkischer Partikularismus. Die behauptete Eigenart von Völkern beruhe auf biologischen, kulturellen und sozialen Komponenten. «Ethnokulturelle Identität» wird folglich als eine «ganzheitliche Beziehung» definiert (IBD 2018f). Die Identitären bestimmen Völker explizit als «Abstammungsgemeinschaften», denen man durch Geburt angehört. Zudem werden Völker als «Kulturgemeinschaften» betrachtet, die sich durch eine gemeinsame Lebensweise, gewachsene Traditionen und geteilte Werte auszeichnen. Dieser Aspekt wird in der Außendarstellung der IB ebenso nachdrücklich betont wie der soziale: Die Identitären sehen im «Volk» eine «Solidargemeinschaft», die für ihre Mitglieder – und nur für diese – entsteht. Mehr noch, eine «grundsätzliche soziale Homogenität» gilt sogar als Grundvoraussetzung für «gesellschaftliche Solidarität» (IBD 2018a). Schließlich sei die Etablierung einer «ethnokulturellen Identität» nur auf Basis einer «ethnokulturellen Kontinuität» möglich, die auf allen Ebenen gegeben sein müsse: biologisch, kulturell und sozial. Die Bewahrung dieser «ganzheitlichen» Kontinuität ist das erklärte Ziel der IB (vgl. IBD 2018d).

Das Konzept des Ethnopluralismus beruht folglich auf der Vorstellung, der

Mensch lebe ganzheitlich in kontinuierlichen und homogenen Partikulargemeinschaften. Diese innere Homogenität der menschlichen Gemeinschaften habe eine psychologische Seite. Für Identitäre ist die persönliche Identität des Einzelnen vor allem durch seine «ethnokulturelle» Zugehörigkeit bestimmt. Beispielsweise begreift der identitäre Aktivist Felix Menzel die Besinnung auf die «ethnokulturelle Identität» explizit als eine Selbstbesinnung, die autonomes Handeln erst ermögliche: «Nur wer weiß, wer er selbst ist und woher er herkommt, kann eigenverantwortlich handeln» (Menzel zit. nach Bruns et al 2017, 188 f.) Dieser Logik zufolge sind «waterlandslose Gesellen» fremdbestimmt. Als Konsequenz wird die Ablehnung von Nationalismus als ein «Ethnomasochismus» pathologisiert.

Der im Schlüsselkonzept der Identitären angesprochene Pluralismus bezieht sich weder auf die Zusammensetzung der Gemeinschaften noch auf deren Mitglieder: Die IB fordert kulturellen und sozialen Konformismus. Eine Vielfalt wird nur nach außen zugelassen. Die Identitären treten für die Bewahrung der Verschiedenheit der Völker ein, die gleichbedeutend ist mit der Bewahrung des homogenen Eigenen. Der Imperativ «Vielfalt bewahren, nicht zerstören; Unterschiede wertschätzen, nicht nivellieren» (IBD 2018b) bezieht sich vor allem auf die nationale und regionale Ebene der «ethnokulturellen Identität». Völker und Regionen, die beispielsweise der «europäischen Zivilisation» angehören, sind verwandt und deshalb zum wechselseitigen Verständnis fähig. Völker unterschiedlicher «Zivilisationen» sind hingegen fremd und inkompatibel. Mehr noch, die Begegnung mit «fremden Kulturen» wird als eine Bedrohung der eigenen Identität betrach-

tet. Deshalb plädiert die IB für die «Festung Europa» und verwendet das martialische Bild der sogenannten «Reconquista», um ihre politische Mission zu charakterisieren (IBD 2018c). Dieser Begriff evoziert ein historisches Ereignis: Beginnend mit einer Rebellion von christlichen Nachkommen der Westgoten gegen die muslimische Herrschaft im 8. Jahrhundert, wurde die iberische Halbinsel bis ins 15. Jahrhundert «zurückerobert». In der späten Phase ging die politische Rückeroberung nahtlos in religiöse Verfolgungen über (vgl. Bruns et al 2017, 207 f.). Der Bezug auf die Re-Christianisierung der iberischen Halbinsel zeigt, dass eine Pluralität ethnisch und kulturell «reiner» Völker das politische Ideal der Identitären darstellt.

Das Bild der Reconquista verweist auch darauf, dass die IB unentwegt Bedrohungsszenarien beschwört und sich selbst in einer defensiven Position sieht. Die «ethnokulturelle» Identität wird als eine «gefährdete» präsentiert, die in einer Welt von Feinden stehe und dementsprechend verteidigt werden müsse. Ihr holistischer Charakter mache es nötig, die «ethnokulturelle Identität» gegen Anderslebende und Andersdenkende zu verteidigen. Der proklamierte Abwehrkampf der Identitären richtet sich deshalb nicht nur nach außen, sondern ebenso sehr nach innen. Migration und «Ethnomasochismus», «Islamisierung» und Multikulturalismus, Globalisierung und «One-World-Propaganda» sind wesentliche Feindbilder, die es zu bekämpfen gilt. Dabei spielen verschwörungstheoretische Denkmuster eine zentrale Rolle: Das komplexe Phänomen der Migration wird beispielsweise als «großer Austausch» präsentiert, d.h. als «der schrittweise Prozess, durch den die heimisch angestammte Bevölke-

rung durch außereuropäische Einwanderer verdrängt und ausgetauscht wird» (IBD 2018d). Die Charakterisierung dieses vermeintlichen «Prozesses» als «Selbstabschaffung» verweist darauf, dass westliche Eliten als dessen wesentliche Akteure angesehen werden. Diese würden den «Multikulturalismus als Ideologie» verbreiten und damit «eine politisch gewollte und bewusst herbei geführte Heterogenisierung von Gesellschaften durch fremdkulturelle Einwanderung» (IBD 2018a) betreiben. Hier zeigt sich noch einmal die Bedeutung der inneren Homogenität von Gemeinschaften im identitären Weltbild: die «Heterogenisierung» von «Ethnokulturen» erscheint als größte Gefahr, die zum Niedergang durch «Überfremdung» führe.

Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen stehen die Feindbilder Migration und Islam im Zentrum der Aktivitäten der IB. Darüber sollte jedoch die Bedeutung der Ablehnung von Globalisierung und «One-World-Propaganda» nicht vergessen werden. Beide Feindbilder sind eng miteinander verbunden. Ein Text der IB Wien beginnt mit der Behauptung: «Peter Sutherland, Goldman-Sachs und BP-Bonze [...] ist das perfekte Beispiel für die Verflechtung von Multikulti-Ideologie und internationalem Kapitalismus. [...] Er ist das aufgedunsene Gesicht des internationalen Liberalismus und Kapitalismus, der die Völker und Kulturen vernichtet!» (IBÖ 2013) Hier zeigt sich nicht nur, dass die Globalisierung als ein kultureller Imperialismus US-amerikanischer Provenienz betrachtet wird, der völkische und kulturelle Differenzen nivelliert. Vielmehr wird auch deutlich, dass die Inszenierung der Identitären von einem romantischen Antikapitalismus getragen wird. Mit Slogans wie «Heimat kann man aber

nicht kaufen» (IBD 2018e) schließt man an einen kapitalismuskritischen Zeitgeist an. Anstatt einer kritischen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, setzen die Identitären jedoch auf die affektive Mobilisierung eines diffusen Unbehagens in der Moderne. Aus identitärer Perspektive liegt den gesellschaftlichen Konflikten der Gegenwart ein einfacher Gegensatz zugrunde: Die partikuläre Identität der «Ethnokulturen», die die natürliche Lebensform des Menschen darstellten, werde von den «gleichmacherischen Kräften» des Kapitals und den damit verbundenen universalisierenden Ideologien bedroht. Auch der Islam wird als eine «universalistische Ideologie» mit «Weltherrschaftsanspruch» verunglimpft, der die partikulären Identitäten der Europäer bedrohe (vgl. IBD Redaktion 2013).

2 Genealogie: Grundmotive völkischen Denkens

Die Abhebung vom traditionellen Rechtsextremismus hat für die IB eine wichtige strategische Funktion. Insbesondere mit der Distanzierung vom NS verbleibt man im Rahmen des politischen Diskurses, der durch das Verbotsgesetz begrenzt ist. Weder die Ideologie noch die Inszenierung der IB ist im juristischen Sinne neonazistisch (für Österreich vgl. omark 2017). Sogar Kritiker gestehen den Identitären zu sich mit ihrem «originär neue[n] Konzept» des Ethnopluralismus vom biologischen Rassismus des NS abzusetzen (z. B. Bruns et al 2017, 200). In der Tat verwehren sich die Identitären gegen die Reduktion des Menschen auf den biologischen Aspekt und kritisieren einen simplen Sozialbiologismus (vgl. IBD Redaktion 2014b). Zudem behaupten sie, dass der NS den völkischen Partikula-

rismus verraten habe: Mit der «Hierarchisierung der Völker» gehe ein «universalistischer Geltungsanspruch» einher, der den NS zu einem «stark kulturimperialistischen Ansatz» mache (ebd.).² Trotz dieser Distanzierung urteilte der österreichische Verfassungsschutzbericht des Jahres 2016, dass die identitäre Kampagne «der große Austausch» «wohl nicht zufällig sowohl in Diktion als auch im Geist Anklänge an die nationalsozialistische «Rassenhygiene» [impliziert]» (Verfassungsschutzbericht 2016 zit. nach vgl. Schattleitner 2017). Mir geht es im Folgenden nicht darum der juristischen Beurteilung des IB zu widersprechen. Nach den Maßstäben der Verbotsgesetze in Österreich und Deutschland ist die IB keine neonazistische Organisation.

Neuere Forschungen bestätigen die zeitgenössische Wahrnehmung des NS als einer ideologischen Bewegung, deren Erfolg auf der Verbindung von Politik und Weltanschauung beruhte. Historiker wie beispielsweise Lutz Raphael entwickeln dabei ein neues Verständnis der Ideologie des NS. Raphael legt überzeugend dar, dass die NS-Ideologie aus einer Reihe von Basisüberzeugungen bestand, die einen gewissen Interpretationsspielraum ließen (vgl. Raphael 2014; 2001 vgl. auch Wolters 1999; Steizinger 2018). Die Interpretation

des NS als eines ideologischen Leitfadens, der eine bestimmte politische Richtung vorgab, lässt sich am besten an der Funktion des Begriffs der «Rasse» verdeutlichen. Im Kontext des NS war es obligatorisch sich auf den Begriff der «Rasse» zu beziehen. Erst wenn man die Bedeutung von «Rasse» für jede nur erdenkliche Fragestellung akzeptiert hatte, konnte man sich an der hitzigen Debatte um die Definition dieses Schlüsselbegriffs beteiligen. Sogar im inneren Machtzirkel der NSDAP herrschte Uneinigkeit über die eigentliche Bedeutung des Begriffs der «Rasse»: Während Richard W. Darré die biologistische Position einnahm, die man üblicherweise mit dem NS verbindet, vertrat Alfred Rosenberg einen metaphysischen Begriff der «Rasse» (vgl. Steizinger 2018; vgl. auch Kroll 1998). Kurz gesagt, führende Ideologen des NS entwickelten sehr unterschiedliche Begründungen ihres Rassismus, die von biologistischen bis zu kulturalistischen Modellen reichten. Neuere Forschungen zeigen, dass die Bedeutung von geisteswissenschaftlichen und damit nicht-biologistischen Begründungen des Begriffs der «Rasse» im NS-Kontext nicht unterschätzt werden darf (vgl. z.B. Morris-Reich und Rupnow 2017; Smith 2011, 159–162; Koonz 2003, 190–220). Da die Spannungen zwischen ihren unterschiedlichen Versionen nie ausgeräumt wurden, charakterisiert Raphael die NS-Ideologie als ein «politisch kontrolliertes, aber intellektuell offenes Meinungsfeld» (Raphael 2001, 28 f.).³ Die Fluidität und Flexibilität dieses

2 Auch mit dieser Argumentation schließen die Identitären an ein typisches Motiv rechtsextremer Denker an. Baeumler verfasste während seiner Internierung von 1945–1947 Aufzeichnungen, in denen er sich vom Nationalsozialismus abhob. Er warf dem NS aufgrund seiner Eroberungs- und Weltherrschaftspläne einen Verrat am völkischen Partikularismus vor. Da die NS-Verwirklichung der Reichsidee abstrakt und universalistisch gewesen sei, «klage [ich] auf Untreue gegen das deutsche Volk», so Baeumler (Baeumler 1991, 165; vgl. auch 160 f., 163 f.).

3 Es war also *nicht* das Anliegen von *Mein Kampf*, «den Kern der Ideologie so präzise wie möglich zu vermitteln», wie manche Identitäre behaupten (vgl. Redaktion 2014c). Vielmehr sollte der «weltanschauliche Diskurs des «Führers» breite Anschlussmöglichkeiten bieten (vgl. Wolters 1999; Sluga

sich «rasch etablierenden offene[n]Weltanschauungsfeld[es]» (ebd.) hatte einen wichtigen Mobilisierungseffekt, der dem NS eine hohe Plausibilität im historischen Kontext verlieh: Anstatt sich einer machiavellistischen Manipulation von oben unterwerfen zu müssen, sahen sich vor allem Intellektuelle, zu einer aktiven Teilnahme an der Bestimmung des Wesens des NS aufgefordert. Insbesondere Philosophen folgten dieser Aufforderung, indem sie versuchten den geistigen Gehalt des NS auf unterschiedliche Weise zu bestimmen (vgl. Wolters 1999).

Ich setze mich im Folgenden mit einer solchen philosophischen Interpretation des NS auseinander. Philosophen wie Baeumler, Krieck oder Rothacker beurteilten den Nationalsozialismus vor allem als eine politische Revolution, die ein neues Bild des Menschen verwirkliche. Ihre eigene Aufgabe als Philosophen sahen sie darin, diese «Revolution» im Medium des Geistes darzustellen und durchzusetzen. Deshalb entwickelte Baeumler eine «neue Philosophie des Menschen» (Baeumler 1942b, 42), Krieck eine völkisch-politische Anthropologie und Rothacker eine Kulturanthropologie. Das Motiv des völkischen Partikularismus spielte für diese politische Anthropologien eine wesentliche Rolle.

Völkisch orientierte Philosophen wie Rothacker gehen zumeist davon aus, dass

«das Leben der Menschheit ausschließlich als partikulares Leben [existiert]» (Rothacker 1934, 37 f.). Die Geschichte zerfällt, Rothacker zufolge, «in die Lebensläufe einer Mehrzahl geschichtlicher Gruppen» (ebd.). Diese «Völker» werden als «Träger, Schöpfer und Verwirklicher allen politischen, sittlichen, kulturellen und geistigen Lebens» definiert (ebd.). Ein «Volk» konstituierte sich, wenn eine biologische und eine kulturelle Kontinuität gegeben sind. Zum einen begründete die «biologische Quelle» einer Gruppe einen Generationszusammenhang, der faktische Zugehörigkeit schaffe (ebd.). Deshalb seien «Familie, Sippe und Stamm» die natürlichen Grundlagen eines Volkes (ebd.). Zum anderen zeichnen sich Völker durch eine gemeinsame Lebensform aus, die den «gemeinsamen Besitz von geistigen Gütern», d. h. eine kulturelle Identität, miteinbeziehe (ebd.). Für Rothacker entstehen damit aus der Verbindung von Natur und Kultur die kollektiven Entitäten des menschlichen Lebens, die dieses ganzheitlich bestimmen.

Baeumler entwickelt ausgehend von dieser anthropologischen Grundlage einen besonders konsequenten politischen Partikularismus. Baeumlers politischer Volksbegriff beruht auf der Überzeugung, dass Völker als natürlich verfasste Entitäten ihre «rassisch-seelische [...] Substanz» (Baeumler 1937b, 24) zu verwirklichen hätten. Deshalb habe sich ein Volk «in allen geschichtlichen Lagen politisch zu behaupten» und dieses Ringen wird als ein «Kampf relativ berechtigter Mächte gegeneinander» bestimmt (Baeumler 1937c, 48). Baeumler zieht aus diesem politischen Volksbegriff innen- und außenpolitische Konsequenzen: Nach innen unterstützt er eine «biologische Gesetzgebung», die für die «Reinerhaltung»

1993). In ihrer Distanzierung vom NS heben die Identitären oft einen ideologischen Strang aus *Mein Kampf* hervor. Damit wird eine Version der NS-Ideologie als «das wahre Gesicht des NS», die möglichst weit von ihrem *Ethnopluralismus* entfernt ist (Redaktion 2014c). Andere Versionen und Elemente des NS werden als bloße Propaganda abgetan, die nicht den «tatsächlichen Ziele Hitlers» entsprachen (ebd.).

des «Volkskörpers» Sorge tragen soll (ebd., 47). Nach außen fordert er eine «föderative Politik», die das Recht «jedes Volk[es]» auf Selbstbehauptung anerkenne (ebd., 49). Baeumler behauptet, dass mit dem NS eine neue Völkerordnung verbunden sei. Deren Prinzipien erläutert er wie folgt: «Die Politik des Nationalsozialismus, die Reichspolitik des 20. Jahrhunderts, ist nicht expansiv, sondern föderativ. Unsere föderative Politik folgt mit innerer Notwendigkeit aus dem Grundsatz der Einheit von Volks- und Staatspolitik. Denn dieser Grundsatz hat nicht nur für uns Geltung, sondern gilt für jedes Volk und jeden Staat. Es ist ein Grundsatz, der aus unserer Weltanschauung fließt. [...] Der politische Volksbegriff begründet in der Außenpolitik ein neues Völkerrecht.» (ebd.).

Auf den ersten Blick scheint die Verwandtschaft der Völker, auf der Baeumlers Bild einer neuen Ordnung beruht, ihre politische Gleichberechtigung nahezulegen. Gegen diese Auslegung spricht jedoch, dass Baeumler von einer «natürliche Rangordnung» (Baeumler 1937e, 292) der Völker überzeugt ist und diese durch ein historisch-politisches Kriterium ergänzt: Die Geschichte eines Volkes kann aus der Perspektive des völkischen Partikularismus auf dessen Fähigkeit und Willen zur Selbstbehauptung befragt werden. Für Baeumler konstituiert das Prinzip der «Konzentration» eine politische Überlegenheit gegenüber allen Formen des Universalismus (Baeumler 1937b, 24). Deshalb kann Baeumler auch den Vorwurf des kulturellen Relativismus von sich weisen.⁴ Diesem wird eine Tendenz zur «Expansion» unterstellt, die wiederum nicht nur als Ausdruck «luftige[r] Ideo-

logien» oder «grenzenlosen Machtstrebens» kritisiert, sondern als Zerstörung von «natürlichen und geschichtlichen Zusammenhängen» verurteilt wird, die einen Niedergang der Menschheit bewirke (ebd., 24, 23, 27). Damit wird der Universalismus zur realen Gefährdung der partikularen Lebensform der Völker erklärt. Durch diese existenzielle Entgegensetzung von Partikularismus und Universalismus stilisiert Baeumler den Kampf unterschiedlicher Kulturen zu einem Kampf auf Leben und Tod.

Dieses fiktive Bedrohungsszenario ist der Ausgangspunkt einer radikalen Kulturkritik, die unter den völkischen Philosophen der 1920er- und 1930er-Jahre weit verbreitet war: Baeumler sieht seine Gegenwart durch die «humanistische Tradition» geprägt (Baeumler 1937d). Deren universales Menschenbild abstrahiere von der partikularen Wirklichkeit menschlichen Lebens und sei deshalb eine Fiktion. Diese muss Baeumler zufolge nicht nur als falsch erkannt, sondern auch als Fälschung, ja als Betrug entlarvt werden. Baeumler behauptet, dass im «Humanismus» eine bestimmte Art des Menschseins zur einzigen Art des Menschseins verabsolutiert werde. Kriek bringt diesen Vorwurf des Betrugs auf den Punkt: Er bezeichnet die «Humanitätsidee» als einen «Kulturimperialismus», der nichts weiter sei als die ideologische «Begleitmelodie des politischen und wirtschaftlichen Imperialismus» (Kriek 1938, 26 f.). Hier wird die weltweite Expansion des Kapitalismus zur Bedrohung der partikularen Identität der Völker erklärt. Dieses Motiv der «gefährdeten Identität» steht im Zentrum des völkischen Denkens, das die Vielfalt der Völker durch gesellschaftliche Homogenisierung bedroht sieht. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Baeumlers 1934 publi-

4 Zum Problem des Relativismus im Kontext des NS vgl. Steizinger in Vorbereitung

zierter Sammelband *Männerbund und Wissenschaft* mit zwei 1929 gehaltenen Vorträgen eröffnet wird, in deren Zentrum die immer wiederkehrende Formel steht: «[B]esinne dich, wer du bist!» (Baeumler 1934a, 6) Baeumler macht in einem späteren Aufsatz sehr deutlich, worin das Medium der notwendigen Selbstbesinnung bestehen soll: «Die Rasse verweist uns stets darauf, was wir sind.» (Baeumler 1942, 93)

Die völkische Kulturkritik richtet sich nicht nur gegen moderne Denkformen, sondern auch gegen die damit verbundenen Lebensformen. Ein tiefes Unbehagen gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft prägt auch Baeumlers politische Anthropologie. Aus dieser affektiven Perspektive heraus wird der philosophischen Kritik an Abstraktion, Universalität und Absolutheit ein soziales Fundament verliehen. Baeumler beklagt die Entfremdung von lokalen Traditionen, die Nivellierung von Differenzen und den Verlust an Identität. Ein diffuses Konglomerat von ökonomischen und sozialen Veränderungen fungiert als «Begründung» für das «Chaos» der bürgerlichen Gesellschaft, in der laut Baeumler vor allem die «Frau», das «Alter», das «Geld» und die «Stadt» herrschen (vgl. z. B. Baeumler 1934a, 6 ff; 1934b, 34 ff) Die «Ideologie der Humanität» und damit ein universalisierendes Menschenbild sollen der gemeinsame Bezugspunkt dieser disparaten Phänomene sein, die Baeumler in seiner alarmistischen Bestandsaufnahme zu einer «Welt von Feinden» amalgamiert (Baeumler 1934b, 38, 33).

Das Ergebnis meiner genealogischen Analyse ist eindeutig: Blickt man in die Geschichte des völkischen Denkens, findet man an zentralen Stellen klar und deutlich jene Motive, die heute von der IB propagiert werden. Die IB aktualisiert ein Modell von

«ethnokultureller Identität», das zum traditionellen Repertoire rechtsextremer Ideologie gehört. Deshalb sollte die IB nicht ver-harmlosend als eine «neurechte Jugendbe-wegung» (Bruns et al 2017) charakterisiert werden.

3 Kritik der völkischen Ideologie

Die Attraktivität des kulturalistischen Modells völkischer Identität besteht nicht zuletzt darin, dass dieses nicht dem Vorwurf des Biologismus ausgesetzt ist. Die IB betonen ihre Ablehnung von soziobiologischen Modellen und begründet damit ihre Abgrenzung von traditionellen rechts-extremen Positionen, die in den verschiedenen Gruppen des sogenannten Nationalen Widerstands weit verbreitet sind (vgl. IBD Redaktion 2014a; 2014b; 2014c). Zudem behaupten die Identitären für das Recht aller «Ethnokulturen» auf Selbstverwirklichung einzutreten und distanzieren sich damit explizit vom Rassismus. Flüchtende und MigrantInnen werden als vermeintliche Opfer derselben universalistischen Kräfte und Ideologien dargestellt, gegen die die IB kämpft. Die Identitären geben vor, mit der Zurückweisung von Flüchtenden und MigrantInnen auch in deren Sinne zu handeln (vgl. IBD 2018e).

Die Distanzierung von Biologismus und Rassismus hat vor allem eine strategische Funktion, sowohl im Machtkampf innerhalb der rechten Szene⁵ als auch im Kampf um den Einfluss auf die kulturelle Elite. Bruns et

5 Die Kritik am biologischen Rassismus als *die* Ideologie des NS dient beispielsweise explizit zur Abwertung von Mitgliedern des sogenannten Nationalen Widerstand. Die Artikelreihe «Die Abkehr von ausgetretenen Wegen» präsentiert den «Kameraden» Argumente, um den eigenen Gesinnungswan-

al (2017, 69 f., 105 f.) zeigen zudem, dass die Abgrenzung von Rassismus eine öffentliche Fassade ist, die bei geschlossenen Veranstaltungen rasch fallen gelassen wird. Nichtsdestoweniger ist die teilweise perfide Strategie der IB erfolgreich. Mit dem politischen Rechtsruck in vielen europäischen Ländern werden Motive wie der Ethnopluralismus zu einer plausiblen Option im öffentlichen Diskurs. Deshalb ist eine spezifische Kritik des Modells «ethnokulturelle Identität» dringend erforderlich. Im Folgenden werde ich eine kritische Analyse des identitären Begriffs der «Ethnokultur» präsentieren. Mir geht es vor allem darum zu zeigen, dass der identitäre Kulturbegriff nicht der sozialen Wirklichkeit entspricht. Das ist deshalb wichtig, weil die Identitären einen Wirklichkeitsanspruch stellen und die intuitive Richtigkeit ihrer Ideologie suggerieren. Die von ihnen behauptete «wahre Identität» der Menschen erweist sich bei genauerer Analyse jedoch als eine durchweg imaginäre.

Das Modell des Ethnopluralismus unterstellt einen kulturellen Essentialismus. Die Menschheit wird dabei in distinkte kollektive Entitäten mit partikularen Eigenschaften unterteilt. Diese partikularen Eigenschaften sind die wesentlichen Merkmale einer kollektiven Entität und machen sie zu einer spezifischen «Ethnokultur». Die Identitären stellen sich diese «Ethnokulturen» als homogene Einheiten vor, die klar voneinander unterschieden werden können. Die Differenz zwischen «Ethnokulturen» könne dabei so groß sein, dass ein gegenseitiges Verständnis unmöglich ist. Hier nähern sich die Identitären dem kulturellen Relativismus an und nehmen teilweise dessen Argumente in

Anspruch, um ihre politischen Forderungen zu begründen. «Ethnokulturen» sollen sich darüber hinaus durch zeitliche Konstanz auszeichnen. Es seien fixe Entitäten und der Schlüssel zum Verständnis der menschlichen Geschichte. Zugespielt formuliert ist die Behauptung: Das Schicksal der «Ethnokulturen» bestimme die Geschichte und werde nicht von dieser bestimmt. Deshalb seien die «Ethnokulturen» nicht zuletzt durch ihre Tradition bestimmt. Hier zeigt sich auch das wesentliche Kriterium zur Beurteilung des Zustands von «Ethnokulturen»: ihre Authentizität. Daraus wird abgeleitet, dass «Ethnokulturen» vor «Überfremdung» von außen und Korruption von innen bewahrt werden müssten. Aufgrund der inneren Homogenität, der Abgrenzung nach außen und der zeitlichen Konstanz kann man die Vorstellung von «Ethnokulturen» mit einfarbigen Billardkugeln vergleichen, die das Spiel des menschlichen Lebens ausmachen.

Als bestimmende Entitäten der menschlichen Welt werden die «Ethnokulturen» als der zentrale Faktor personaler Identität gesetzt. Mitglied einer «Ethnokultur» werde man durch Geburt. Jeder Mensch gehöre nur einer «Ethnokultur» an und seine Persönlichkeit werde von dieser ganzheitlich bestimmt: Im Begriff der «Ethnokultur» werden biologische, kulturelle und soziale Aspekte miteinander verbunden. Die Zugehörigkeit zu einer partikularen «Ethnokultur» bestimmt dabei auch die Eigenart eines Individuums. Der Ethnopluralismus ist damit ein holistischer Determinismus.

Die identitäre Unterteilung der menschlichen Welt in «Ethnokulturen» ist empirisch unhaltbar.⁶ Das Problem beginnt schon bei

del erklären zu können (vgl. IBD Redaktion 2014a; 2014b; 2014c).

6 Meine Kritik stützt sich auf die Ergebnisse aktueller anthropologischer Forschungen, ihrer Verarbeitung

den Grundbegriffen, die ihren kulturellen Essentialismus tragen: Es gibt keinen allgemeinen Konsens darüber, welche sozialen Gruppen als «Ethnien» oder «Kulturen» charakterisiert werden können. Blickt man in die Geschichte der modernen Anthropologie, zeigt sich wie wandelbar und willkürlich diese Zuschreibungen sind. Dies liegt nicht zuletzt an dem Objekt selbst: Wenn soziale Gruppen aus der Perspektive ihrer Kulturen betrachtet werden, findet man keine partikularen Entitäten, die klar voneinander abgegrenzt sind. Vielmehr haben Kulturen fließende Grenzen und gehen ineinander über. Jede klare Grenzziehung zwischen Kulturen ist eine willkürliche Konstruktion. Darüber hinaus gibt es viele Gemeinsamkeiten auch zwischen sehr unterschiedlichen Kulturen. Dieser gemeinsame Kern kultureller Praktiken ist abstrakt und lässt daher viel Raum für kulturelle Unterschiede. Nichtsdestoweniger ermöglicht dieser Kern ein wechselseitiges Verständnis von allen Menschen und schließt damit einen extremen Partikularismus aus, der eine Inkommensurabilität mancher Kulturen postuliert.

Die Vorstellung der Partikularität von Kulturen ist auch deshalb problematisch, weil Begegnung, Austausch und Aneignung wesentliche Merkmale des kulturellen Lebens sind. Die Eigenheit einer Kultur ist immer eine Konstruktion. Es gibt im Grunde nur Mischkulturen, die zudem einem beständigen Wandel unterworfen sind. Als ein einfaches Beispiel ließe sich die Wiener Kaffeehauskultur anführen, die seit 2011 zum immateriellen Kulturerbes Österreichs

in der politischen Theorie und auf der Geschichte anthropologischen Denkens (vgl. z. B. Mason 2007; Moody-Adams 1997; Jahoda 1999; Clifford und Marcus 1986).

gehört. Kaffeehäuser haben ihren kulturellen Ursprung in der Türkei und das erste Wiener Kaffeehaus wurde von einem Armenier eröffnet. Überhaupt war die rasche Einbürgerung des Kaffees in Wien überwiegend armenischen Handelsleuten zu verdanken (vgl. Těplý 1980). Daraus folgt nicht zuletzt, dass Traditionen immer Konstruktionen und historische Kontinuitäten immer Fiktionen sind. Dies gilt insbesondere für die identitäre Vorstellung von «Ethnokulturen»: Mit letzterem werden Gruppen bezeichnet, die erst in der Moderne entstehen und deren kulturelles Selbstverständnis instabil sind. Es ist absurd, diese Bezugspunkte kollektiver Identität in die Geschichte zurückprojizieren und sich als Kampfgenosse von Prinz Eugen zu imaginieren. Um historische Richtigkeit geht es der IB jedoch nicht. Der Bezug der IBÖ auf Prinz Eugen zeigt, dass die Identitären bewusst Geschichtsklitterung betreiben. Die internationale Herkunft ihres Kriegshelden wird ebenso wenig erwähnt wie seine Flucht aus der französischen Heimat und der Erfolg in der neuen Heimat des Habsburgerreiches.

Die Identitären charakterisieren soziale Gruppen als «Ethnokulturen», die nicht homogen sind. Die von ihnen propagierte kulturelle Gemeinschaft verdeckt die sozialen Unterschiede innerhalb dieser Gruppen. Überhaupt bilden Kulturen kein homogenes Ganzes. Die Unterschiede innerhalb einer Kultur sind oft größer als die zwischen Kulturen, nicht zuletzt aufgrund der sozialen Unterschiede ihrer Mitglieder. Die von den Identitären postulierte Homogenität kann deshalb nur als ein praktischer Imperativ verstanden werden, der einen sozialen Ausschluss von Anderslebenden und eine Unterdrückung von Andersdenkenden rechtfertigt. Das identitäre Ideal

einer homogenen Kultur macht die ‚Säuberung‘ von als fremd konstruierten Elementen erforderlich.

Die soziale Heterogenität der Gruppen, die als «Ethnokulturen» verstanden werden, macht auch die Vorstellung kultureller Authentizität problematisch. Innerhalb einer Kultur kann die Bedeutung ein und derselben kulturellen Praxis unterschiedlich bewertet werden. Was für den einen Teil der sozialen Gruppe wesentlicher Bestandteil des kulturellen Selbstverständnisses ist, kann für einen anderen gleichgültig oder negativ behaftet sein. Die Festschreibung einer Kultur auf eine authentische Form ihrer Realisierung ist deshalb willkürlich und repressiv.

Der holistische Determinismus der Identitären ist ebenso problematisch wie deren kultureller Essentialismus. Die Festlegung auf eine kollektive Bindung als entscheidenden Faktor für personale Identität ist willkürlich. Individuen sind Schnittpunkte unterschiedlicher sozialer Kreise und gehören unterschiedlichen Kulturen an. Die personale Identität setzt sich zudem aus unterschiedlichen kollektiven und individuellen Faktoren zusammen. Deren Bedeutung und Funktion hängt vom jeweiligen Handlungskontext ab. Daraus folgt auch, dass uns kein Faktor personaler Identität ganzheitlich bestimmt. Zudem wandelt sich unsere aus multiplen Faktoren zusammengesetzte Identität im Laufe der Zeit zwangsläufig, und teilweise sehr radikal. Personale Identität ist deshalb nicht einfach gegeben, sondern immer auch eine Konstruktion. Schließlich gehören Individuen auch nur wenigen sozialen Gruppen durch Geburt an. Diese haben auch keinen speziellen identitätsbildenden Status. Ein frei gewählter Beruf wird beispielsweise als nicht weniger iden-

titätsbildend angesehen als ein ererbter Beruf. In liberalen Gesellschaften würde man sogar eher dazu tendieren, die freie Wahl des Berufs als Voraussetzung dafür anzusehen, sich in diesem als Person wiederzufinden.

Zusammenfassend kann man sagen: Der Ethnopluralismus der IB propagiert ein falsches Bild der sozialen Wirklichkeit. Die konzeptuellen Grundannahmen der Identitären sind willkürlich, schematisch und teilweise fiktiv. Das «ethnokulturelle» Modell vermittelt deshalb eine imaginäre Identität ohne objektive Aussagekraft. Die autoritären und repressiven Tendenzen dieser politischen Ideologie liegen auf der Hand.⁷

Literatur

- Baeumler, A. (1934a), «Der Sinn des großen Krieges», in *Männerbund und Wissenschaft* Berlin, 1–29.
- (1934b), «Das akademische Männerhaus», in: *Männerbund und Wissenschaft*, 30–44.
 - (1937a), «Das Reich als Tab», in: *Politik und Erziehung*, Berlin 1937, 7–15.
 - (1937b), «Rosenberg der Ghibelline», in: *Politik und Erziehung*, 16–28.
 - (1937c), «Der politische Volksbegriff», in: *Politik und Erziehung*, 43–49.
 - (1937d), «Der Kampf um den Humanismus», in: *Politik und Erziehung*, 57–66.
 - (1937e), «Nietzsche und der Nationalsozialismus», in: *Studien zur deutschen Geistesgeschichte*, Berlin 1937, 281–294.
 - (1942), «Nationalsozialismus und ‚Idealismus‘», in: *Bildung und Gemeinschaft*, 2. Aufl., 86–97.
 - (1991), «Hitler und der Nationalsozialismus. Auf-

7 Die diesem Artikel zu Grunde liegenden Forschungsarbeiten wurden vom European Research Council finanziert (Grant 339382 «The Emergence of Relativism»).

- zeichnungen von 1945–1947», in: *Der Pfahl. Jahrbuch aus dem Niemandsland zwischen Kunst und Wissenschaft* 5, 159–204.
- Bruns, J., Glösel, K. u. N. Strobl (2017), *Die Identitäten. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, 3. Aufl., Münster.
- Clifford, J. und Marcus, G. (1986), *Writing Culture: The Poetics and Politics of Ethnography*, Berkely.
- IB (Identitäre Bewegung) (2012), «Identitäre Generation–DieKampfansage», URL: <https://identitaerebewegung.wordpress.com/wer-wir-sind/> (10.09.2018).
- IBD (Identitäre Bewegung Deutschland) (2018a), «Was versteht ihr unter Multikulti und warum seid ihr dagegen?» URL: <https://www.identitaerebewegung.de/category/faq/> (Call: 10.09.2018).
- (2018b), «Was ist unter dem Begriff 'Ethnopluralismus' zu verstehen?» URL: <https://www.identitaerebewegung.de/category/faq/> (Call: 10.09.2018).
- (2018c), «Was bedeutet der Begriff 'Reconquista'?» <https://www.identitaerebewegung.de/category/faq/> (Call: 10.09.2018).
- (2018d), «Was meint der Begriff 'Großer Austausch' und wer ist schuld daran?» <https://www.identitaerebewegung.de/category/faq/> (Call: 10.09.2018).
- (2018e), «Seid ihr gegen Ausländer?» <https://www.identitaerebewegung.de/category/faq/> (Call: 10.09.2018).
- (2018f), «Was heißt für euch eigentlich Identität?» <https://www.identitaerebewegung.de/category/faq/> (Call: 10.09.2018).
- (2016), «Zukunft für Europa–Identitäre Bewegung», <https://www.youtube.com/watch?v=rPXl6tA31yl>.
- IBÖ (Identitäre Bewegung Österreich) (2013): «Multikultis und Kapitalisten», URL: <https://kreidfeuer.wordpress.com/2013/06/23/peter-sutherland-eu-soll-homogenitaet-der-voelker-europas-untermunieren/> (Call: 10.09.2018).
- Jahoda, G. (1999), *Images of Savages: Ancient Roots of Modern Prejudice in Western Culture*, London/ New York.
- Koonz, C. (2003), *The Nazi Conscience*, Cambridge/ MA.
- Kroll, F.L. (1998), *Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich*, Paderborn.
- Mason, A. (2007), «Multiculturalism and the Critique of Essentialism», in *Multiculturalism and Political Theory*, hg. von A. Laden u. D. Owen, Cambridge, 221–243.
- Moody-Adams, M. (1997), *Fieldwork in Familiar Places. Morality, Culture, and Philosophy*, New Haven.
- omark(2017), «ORF darf Identitäre Rechtsextreme, nicht aber Neonazis nennen», *Der Standard* 08.03.2017, URL: <https://derstandard.at/2000053737933/ORF-darf-Identitaere-Rechtsextreme-nicht-aber-Neonazis-nennen> (Call: 10.09.2018).
- Raphael, L. (2014), «Pluralities of National Socialist Ideology. New Perspectives on the Production and Diffusion of National Socialist Weltanschauung», in *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, hg. von M. Steber u. B. Gotto, Oxford, 73–86.
- (2001), «Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft», *Geschichte und Gesellschaft* 27: 5–40.
- IBD Redaktion (2014a), «Die Abkehr von ausgetretenen Wegen I», URL: <https://www.identitaerebewegung.de/blog/die-abkehr-von-ausgetretenen-wegen-i/> (Call: 10.09.2018).
- (2014b), «Die Abkehr von ausgetretenen Wegen II», URL: <https://www.identitaerebewegung.de/blog/die-abkehr-von-ausgetretenen-wegen-ii/> (Call: 10.09.2018).
- (2014c), «Die Abkehr von ausgetretenen Wegen III», URL: <https://www.identitaerebewegung.de/blog/die-abkehr-von-ausgetretenen-wegen-iii/> (Call: 10.09.2018).
- (2013), «Kritik der Islamkritik», URL: <https://www.identitaerebewegung.de/blog/kritik-der-islamkritik/> (Call: 10.09.2018).
- Rothacker, E. (1934), *Geschichtsphilosophie*, München.

- Schattleitner, C. (2017), «Die ‹Identitären› sind laut Innenministerium eine Gefährdung für das friedliche Zusammenleben», *VICE*, 14.06.2017, URL: https://www.vice.com/de_at/article/bj854m/die-identitaren-sind-laut-innenministerium-eine-gefaehrung-fur-das-friedliche-zusammenleben (Call: 10.09.2018).
- Sluga, H. (2013), *Heidegger's Crisis: Philosophy and Politics in Nazi Germany*, Cambridge/MA.
- Smith, D.L. (2011), *Less Than Human: Why We Demean Enslave, and Exterminate Others*, New York.
- Steizinger, J. (in Vorbereitung), «National Socialism and the Problem of Relativism», in *The Emergence of Modern Relativism: The German Debates from the Enlightenment to National Socialism*, London/New York (Routledge), hg. von M. Kusch, K. Kinzel, J. Steizinger und N. Wildschut.
- (2018), «The Significance of Dehumanization: Nazi Ideology and its Psychological Consequences», in *Politics, Religion & Ideology* 19: 139–157.
- (2016), «Politik versus Moral. Alfred Baeumlers Versuch einer philosophischen Interpretation des Nationalsozialismus», in *Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust* 20: 29–48.
- Teply, Karl: *Die Einführung des Kaffees in Wien. Georg Franz Kolschitzky, Johannes Diodato, Isaak de Luca*, Wien 1980.
- Wolters, G. (1999), «Der ‹Führen› und seine Denker. Zur Philosophie des ‹Dritten Reichs›», *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 47: 223–251.

Richard Saage

Nation als sozialdemokratisches Projekt

Otto Bauer und die Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie

Einleitung

1906 schloss Otto Bauer im Alter von 25 Jahren seine Studie über *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie* ab. Ein Jahr später erschien sie als zweiter Band in der von Rudolf Hilferding und Max Adler herausgegebenen Reihe «Marx-Studien. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus» in Wien. Wer diese im ersten Band der Bauer-Werkausgabe erneut abgedruckte Studie mit einem Umfang von 573 Druckseiten¹ unter aktualisie-

renden Gesichtspunkten zu rezipieren sucht, ist gut beraten, sich darüber Rechenschaft abzugeben, warum ein solcher Schritt sinnvoll ist. Bauer wies 1907 und 1924 in den Vorwörtern zur ersten und zweiten Auflage darauf hin, in Österreich-Ungarn und Russland, also in den damals klassischen Vielvölkerstaaten, aber auch in den west- und mitteleuropäischen Nationalstaaten habe die Nationalitätenfrage eine solche Hegemonie erlangt, dass sich die Poli-

Wien 1975, S. 49–622. Die Fundstellen aus dieser Edition sind im Text in runden Klammern kenntlich gemacht. Die lateinische Ziffer bezeichnet den Band, die arabische die Seitenzahl.

1 Vgl. Otto Bauer, *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*, in: ders., *Werkausgabe*, Band 1,

tik im Allgemeinen und die der Arbeiterklasse im Besonderen ihr nicht entziehen könne. Auch heute ist zu Recht von einer «Renaissance des Nationalen» die Rede, wenn auch die sozio-kulturellen und ökonomischen Kontexte der Habsburgermonarchie von den heutigen sehr unterschiedlich sein mögen. Doch immerhin fanden Meinungsforscher heraus, dass sich aktuell «86 Prozent der Befragten von Algier bis Zaire (...) sehn oder «ziemlich stolz» auf ihre Nation (zeigen). (...) Das Bekenntnis zu Nation und Nationalstaat ist nach wie vor weit verbreitet und scheint einem tieferen Bedürfnis nach einer besonderen Art von kollektivem «Wir» zu entsprechen» (Michael Bröning).

Aber auch auf der Ebene der Nationalitätenforschung ist Bauers Rolle als Pionier weitgehend anerkannt.² Er war einer der ersten Theoretiker, der den substantiellen Begriff der Nation in ihrer biologistischen und spirituellen Spielart als unwissenschaft-

lich zurückwies und durch eine historisch generische Variante als kulturelle Autonomie ersetzt. Die praktischen Folgerungen, die Bauer aus seiner Version der Nation zog, sind bis auf den heutigen Tag für die kritische Nationalismusforschung richtungsweisend: So ist seine Option für das Personalitätsprinzip, das es dem mündigen Bürger in der k. und k. Monarchie selber überlässt, zu welcher Nation er gehören will, als Lösungsmodell für nationale Konflikte nach wie vor relevant.³ Die Ablehnung einer Identität von Territorium und kultureller Orientierung als Signum der Nation ist so die Voraussetzung dafür, dass – wäre sie zum Verfassungsprinzip geworden – «die Kontinuität der nationalen Identitäten und einer dauerhaften (und hoffentlich friedvollen) Kooperation zwischen ihnen innerhalb eines multiethnischen österreichisch-ungarischen Staatsgebildes mit seinem unauflösbaren Völkergemisch»⁴ hätte gesichert werden können. Zwar ist der Begriff der Nation bei Otto Bauer in der Auseinandersetzung mit dem Vielvölkerstaat Österreich-Ungarns

2 Vgl. u.a. Andreas Fisahn, Zur Aktualität der Nationalitätenfrage, in: Andreas Fisahn / Thilo Scholle / Ridvan Ciftci (Hrsg.), *Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus*, Baden-Baden 2018, S.195-209; Zygmunt Bauman, *Retropia*, Berlin 2017, S. 96f, 211, FN 49; Ewa Czerwińska-Schupp, Otto Bauer. *Studien zur sozial-politischen Philosophie*, Frankfurt a.M. u.a. 2005, S. 217–254; Eric Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt a.M. 1996, S. 12, 18, 58, 183; Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation*, Berlin 1998, S. 97f; Helmut Konrad, Otto Bauer und die Nationalitätenfrage, in: Erich Fröschl / Helge Zoitl (Hrsg.), *Otto Bauer (1881–1938). Theorie und Praxis*, Wien 1985, S. 103–112; Ephraim J. Nimni, The Nationalities Theory of Otto Bauer and the Relevance to the Analysis of Contemporary National Formations, in: Fröschl/Zoitl (Anm. 2), S.113–126; Karl W. Deutsch, *Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality*, Cambridge/Mass.u. London 1969, S. 19–20, 22, 99, 271f, 285f, 295, 308; Hans Mommsen, *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat*, Wien 1963.

3 Dieser Ansatz setzt sich zwar der Kritik aus, eine Variante des Voluntarismus zu sein, «der behauptet, alles, wessen es zu einer Nation bedürfe, sei der Wille, eine zu sein» (Hobsbawm, Anm. 2, S. 18). Doch differenzierte Beobachter wie Otto Bauer wussten sehr wohl, «daß Nationen auch objektive Elemente gemeinsam hatten. Wie auch immer, das Herausstellen des Bewußtseins oder der persönlichen Entscheidung als Kriterium für die Nation bedeutet unausgesprochen, die komplizierten und vielfältigen Weisen, wie Menschen sich als Mitglieder von Gruppen definieren und ständig neu definieren, einer einzigen Option unterordnen: der Entscheidung für die Zugehörigkeit zu einer «Nation» oder «Nationalität» (ebd., S. 19).

4 Bauman (Anm. 2), S. 211, FN 49. Umso erstaunlicher ist, dass Bauers Ansatz in einem neueren Forschungsbericht nicht erwähnt wird. Vgl. Christian Jansen / Henning Borggräfe, *Nation, Nationalität, Nationalismus*, Frankfurt a.M. / New York 2007.

entstanden. Aber seine Aktualität besteht darin, dass er von seinem Ursprung gelöst und auf heutige nationale Minderheiten in den Einwanderungsländern übertragen werden kann.⁵

Auch im marxistischen Kontext kann Bauer für sich in Anspruch nehmen, als erster neue Wege in der Nationalitätenfrage beschritten zu haben.⁶ Er brachte nämlich gegen Marx die These in Stellung, der im Gefolge der kapitalistischen Entwicklung erstarkende Sozialismus werde die Kultur nicht weltweit homogenisieren, sondern sie im Gegenteil vertiefen und differenzieren. Umgekehrt nimmt aber auch der Sozialismus nationale Züge an – je nach der Eigenart der jeweiligen Nation, deren nationales Kulturerbe er weiterentwickelt.⁷ Und im Unterschied zu dem ökonomistischen Reduktionismus bzw. den Klassenreduktionismus in der Nationalitätenfrage bei Kautsky und Lenin beginnt seine Analyse jenseits des mechanistischen Basis-Überbau-Syndroms der Zweiten Internationale nicht mit der Rolle der Bourgeoisie und

den Produktionsverhältnissen, sondern mit dem Nationalcharakter.⁸ In dem Maße, wie Bauer ein direktes Kausalverhältnis zwischen der Nation und der ökonomischen Basis und den Klassenverhältnissen vermeidet, öffnet er seinen Ansatz für kulturelle, historische, politische, soziale etc. Einflüsse, die auf die Nation einwirken und sie konstituieren.

Trotz dieser Revisionen der marxistischen Orthodoxie blieb Bauer in seiner Studie den Prämissen der Geschichtsauffassung des Historischen Materialismus verhaftet. So stellt Andreas Fisahn zu Recht fest: «Die marxistische Geschichtsschreibung beginnt Bauer bei den alten Germanen und lässt sie zu seinen Lebzeiten enden. Marxistisch ist diese Geschichtsschreibung vielleicht deshalb, weil Bauer gleichsam versucht, einen dialektischen Verlauf zu konstruieren: die geeinte, aber sich ihrer nicht selbst bewusste germanisch-deutsche Nation entäußert sich im Feudalismus und zerfällt in unterschiedliche Teile, die mit dem Nationalstaat zu einer erneuten, nun sich selbst bewussten Einigung kommen».⁹ Es liegt nahe, Fisahns einschränkendes «vielleicht» bei seiner marxistischen Zuordnung des Bauerschen Ansatzes zu streichen, wenn man bedenkt, dass in dieser Studie zum ersten Mal das Phänomen der Nation aus der ökonomischen Entwicklung, aber unter Berücksichtigung nichtökonomischer, d. h. historischer, kultureller, politischer und sozialer Vermittlungsebenen heraus rekonstruiert wird.

Doch Bauers marxistisch grundierter Begriff der Nation steht in einem Konkurrenzverhältnis zu den beiden in sei-

5 Vgl. Hobsbawm (Anm. 2), S. 185.

6 Vgl. hierzu grundlegend Nimni (Anm.2) , S.113-125.

7 Bauer übernimmt zwar das von Marx geprägte analytische Rüstzeug, aber er geht in seinem Begriff der Nation deutlich über dessen Ansatz hinaus. «Marx hatte angenommen, wie er auch im *Kommunistischen Manifest* schrieb, daß «die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker mehr und mehr verschwinden, schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse». Bauer hingegen zeigte, daß in dem Maße, in dem die Arbeiterklasse Anteil an den Kulturgütern erringt und schließlich in der sozialistischen Gesellschaft ein volles Mitglied der nationalen Kulturgemeinschaft wird, sich die Nationen immer stärker in ihrem Nationalcharakter differenzieren müssen» (Julius Braunthal, Einleitung, in: I 11).

8 Vgl. Nimni (Anm.2), S. 119.

9 Fisahn (Anm.2), S. 196.

ner Gegenwart hegemonialen Ansätzen: dem spiritualistischen und dem naturalistischen Paradigma. Daher wird im Folgenden zunächst diskutiert, wie Bauer die Defizite beider Konzeptionen bestimmte, die sein eigener Ansatz angeblich vermeidet. Sodann haben wir uns den Sackgassen zuzuwenden, in denen sich nach Bauer der naive Nationalismus und der naive Kosmopolitismus verheddern. Anschließend ist auf die praktische Anwendung des Bauerschen Begriffs der Nation auf die Konflikte des Habsburgischen Vielvölkerstaates einzugehen. Im letzten Teil schließlich wird erneut das Problem der Aktualisierung thematisiert.

Bauers «dritter Weg» jenseits des nationalen Spiritualismus und des nationalen Materialismus

Bauer ist diesen Fragen nicht ausgewichen. Für den Stand der Diskussion zum Zeitpunkt der Publikation seiner Schrift sah er es als charakteristisch an, dass er auf die Bestimmung des Nationalcharakters der einzelnen Völker als einer absolut gesetzten Entität fokussiert war. Bauer bestritt nicht, dass es übereinstimmende Merkmale der Individuen der einzelnen Nationen gebe. Aber diese seien im Gegensatz zu der herrschenden Auffassung nur relativ. Abgesehen von aus der Klassenlage und den Berufen folgenden Differenzen des individuellen Verhaltens, sei nämlich der Nationalcharakter bei aller Konstanz offen für einen Wandel im historischen Prozess. Es reiche also nicht aus, den Nationalcharakter in einer Art Momentaufnahme als Entität¹⁰ statisch

abzubilden, weil er dann durch Ausblendung seiner historischen Variabilität deformiert werde. In Wirklichkeit sei das bloße Konstatieren eines Nationalcharakters keine Erklärung, «sondern er ist zu erklären. Mit der Feststellung der Verschiedenheit der Nationalcharaktere hat die Wissenschaft das Problem der Nation nicht *gelöst*, sondern erst *gestellt*. Wie jene relative Charaktergemeinschaft entsteht, woher es kommt, daß alle Nationsgenossen bei aller individuellen Verschiedenheit und bei aller körperlichen und geistigen Gleichartigkeit mit anderen Menschen sich doch von den Zugehörigen der anderen Nationen unterscheiden, das eben wird die Wissenschaft zu begreifen haben» (I 74).

Genau in dieser Gleichsetzung des Problems mit seiner Lösung gipfelt Bauers Kritik am *nationalen Spiritualismus*. Diese Denkschule, die bekanntlich in Georg Wil-

torischen Prozess entstandenes Artefakt verflüssigt zu haben, das von Menschen gemacht und von ihnen zu verantworten ist. So gesehen, ruhen renommierte Nationalismusforscher wie Eric Hobsbawm und Ernest Gellner auf den Schultern von Otto Bauer. «Hobsbawm ist weit davon entfernt, die rapide Zunahme der Nationalismen durch das Hinzutreten neuer politisch autonomer Entitäten zu jenen, in die die Menschheit ohnehin schon aufgeteilt war, als ein naturgegebenes (alternativloses) Produkt der (objektiven) Gesetze der Geschichte oder eine endemische Eigenschaft der Seinsweise der menschlichen Spezies zu bezeichnen. Im Gegenteil: Er versichert wiederholt, dass diese Zunahme durch von Menschen getroffene Entscheidungen verursacht wurde – die, wie es bei Entscheidungen nun einmal der Fall ist, auch anders hätten ausfallen können» (Bauman, Anm. 2, S. 94). Ähnliches trifft auf Gellners Ansatz zu. Er falsifiziert die Vorstellung, dass «dass ein Mensch (...) eine Nationalität (braucht), so wie er eine Nase und zwei Ohren haben muß; das Fehlen eines dieser Attribute ist zwar nicht unvorstellbar und mag von Zeit zu Zeit vorkommen, aber nur als Ergebnis eines Unglücks: Es ist selbst eine Art Unglück» (Zit. n. ebd., S. 80).

10 Es ist das Verdienst Bauers, die Nation als «natürliche» Substanz oder Entität, die dem Einzelnen als ehernes Schicksal vorgegeben ist, in ein im his-

helm Friedrich Hegels Geschichtsphilosophie ihren systematisierten Ausdruck fand, führt die Handlungen der Mitglieder einer Nation auf den sogenannten «Volksgeist»¹¹ bzw. auf eine geheimnisvolle «Volksseele» zurück. Diese Konstruktion, wie sie von der historischen Rechtsschule vertreten wurde, erzeuge in den Individuen einer Nation nicht nur eine Rechtsgemeinschaft, sondern darüber hinaus alle Handlungen, alle Schicksale der Nation als Manifestationen des Volksgeistes. Dieser avanciere so zum Substrat, zur Substanz der Nation, die das beherrschende Moment im historischen Wandel ausmacht. Die Individuen innerhalb der Nation fungieren nach diesem Paradigma in ihrer Verschiedenheit als «bloße *modi*, bloße Erscheinungsweisen dieser geistigen Substanz» (I 74). Es ist klar, dass im Licht des Bauerschen Begriffs der Nation diese metaphysische Konstruktion zu einer kausalen Erklärung des empirischen Charak-

ters der Mitglieder einer Nation nicht taugt: Sie erklärt ihn nicht, sondern umgeht die Lösung durch den Rekurs auf das Göttliche, dessen Emanation der Volksgeist und die von ihm zu einer Nation verbundenen Individuen sind. Im Kern endet, so Bauer, der nationale Spiritualismus in einer Tautologie: «Wir wollen etwas erklären, indem das, was erklärt werden soll, doch schon im angeblich Erklärenden selbst enthalten, die angebliche Ursache nichts anderes als eine Abstraktion aus den zu erklärenden Wirkungen ist» (I 76).

Aber dem nationalen Spiritualismus stand im Entstehungskontext der Bauerschen Schrift der *nationale Naturalismus* bzw. *Materialismus* gegenüber. Im Gegensatz zum nationalen Spiritualismus sieht der nationale Materialismus das Substrat der Nation nicht in einem metaphysischen Volksgeist, sondern in dem von Geschlecht zu Geschlecht durch Vererbung weitergereichten Keimplasma¹², das wir heute wohl als einen kollektiven Genpool bezeichnen könnten. Die Geschichte der Nation ist in dessen Licht nicht die Entwicklung des Volksgeistes, sondern die Genese der Veränderung des Keimplasmas. «Die Gebär- und Zeugungskraft der Rasse entscheidet über

11 In Hegels teleologischer Identitätsphilosophie ist die Weltgeschichte die Entwicklung vom «an sich Sein», d. h. von der Potenzialität der freilich dynamisierten Substanz des Weltgeistes zu dessen «für sich Sein», d. h. zu seiner Aktualisierung in der Geschichte. Der Volksgeist bezeichnet eine fortgeschrittene Entwicklungsstufe in diesem Prozess. Dass eine solche metaphysische Konstruktion bei einem Marxisten wie Bauer, der zudem einem naturwissenschaftlichen Weltbild anhing, auf Skepsis stieß, kann nicht verwundern. Für ihn ist der Volksgeist «nichts anderes mehr als ein romantisches Gespenst» (I 76). Das Gleiche gilt für die in Analogie zum Volksgeist konstruierte Substanz der «Volksseele», an deren Stelle nach Kants «zersetzer» Kritik an der rationalen, mit dem Substanzbegriff operierender rationaler Psychologie eine empirische Variante getreten sei, «die uns das durch unmittelbare Erfahrung gegebene Vorstellen, Fühlen und Wollen und das durch mittelbare Erfahrung gegebene Vorstellen, Fühlen und Wollen der anderen empirisch gegebenen Individuen in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit von einander zu verstehen» (I 76) lehrt.

12 Die Keimplasma-Theorie geht auf den deutschen Zoologen August Weismann (1834–1914) zurück. Sie besagt, «dass multizelluläre Organismen aus Keimzellen, die die Erbinformationen enthalten, sowie aus somatischen Zellen bestehen, die die Körperfunktionen ausführen. Die Keimzellen werden weder beeinflusst durch das, was der Körper lernt, noch durch irgendwelche Fähigkeiten, die dieser während seines Lebens erwirbt. Sie können somit diese Informationen auch nicht auf die nächste Generation weiterreichen (Weismann-Barriere)» (Richard Saage, *Zwischen Darwin und Marx. Zur Rezeption der Evolutionstheorie in der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie vor 1933/34*, Wien 2012, S. 242).

die Geschichte des Volkes; die Erhaltung der Reinheit des Blutes, die Vermischung der Keime verschiedener Abstammungsgemeinschaften – das sind die wahren großen Ereignisse der Weltgeschichte, die in den Lebensschicksalen der einzelnen Menschen und ganzer Nationen in Erscheinung treten» (I 79). Bauer attestierte dem nationalen Naturalismus eine höhere Stufe der Erkenntnis der Nation als der des nationalen Spiritualismus, weil er seinen Ausgang nimmt von der empirischen Tatsache der Vererbung von Eigenschaften der Eltern auf die Kinder und weil er dadurch metaphysische Umdeutungen vermeidet. Außerdem fuße «der nationale Materialismus auf dem auch unserer Naturwissenschaft unentbehrlichen Begriff der Materie, der nationale Spiritualismus auf dem von der Psychologie aufgegebenen Begriff der Seelensubstanz» (I 80).

Dennoch lehnte es Bauer ab, die naturalistische Antwort des nationalen Materialismus auf das Problem der Nation zu akzeptieren. Er baue nicht nur auf dem Mythos einer «reinen» Abstammungsgemeinschaft auf, die es längst nicht mehr gebe, aber als Ideologie zur Exklusion von Minoritäten instrumentalisiert werden könne.¹³ Darüber hinaus, gründe er auf einen überholten Kausalitätsbegriff, wonach das Ich die Ursache und die daraus folgende Handlung die Wirkung ist. Von diesem substantiellen Kausalitätsbegriff ausgehend, gebe sich der nationale Materialismus damit zufrieden, über eine monokausale *Ur-Sache* für die Nation zu verfügen, nämlich in dem

von einer Generation zur anderen vererbten Keimplasma. Doch dieser substantielle Kausalitätsbegriff sei naturwissenschaftlich obsolet. Dessen angeblich beharrende Substanz werde nämlich als bewirkte Erscheinung sofort wieder selbst zur Ursache, die neue Wirkungen hervorbringe und so den endlosen Kausalnexus fortsetze. In dem Augenblick aber, in dem man den *substantiellen* durch den *aktuellen Kausalitätsbegriff* ersetze, erscheine der nationale Materialismus in einem neuen Licht. Sein substantieller Charakter löse sich auf, weil er in die Kausalität des historischen Kontextes eingebunden werde, in dem er Gestalt annehme. Mit anderen Worten: Zwar prägt nach Bauer die biologische Abstammungs- und Naturgemeinschaft den Nationalcharakter mit. Aber diese sehe sich ihrerseits von den Kausalitäten des sozio-kulturellen und historischen Prozesses beeinflusst, denen sie sich nicht zu entziehen vermag.

Das Keimplasma determiniert also nicht einseitig und nach außen hermetisch abgeschlossen den Charakter einer Nation, sondern wird seinerseits in seiner Ausformung durch die soziokulturelle Umwelt geprägt. Als Beweis für seine These führt Bauer Charles Robert Darwins evolutionäre Selektionstheorie an. Sie widerspreche keineswegs der sogenannten Materialistischen Geschichtsauffassung von Karl Marx, sondern verleihe ihr eine neue Bedeutung. Doch worin besteht die gemeinsame Schnittmenge? Die Antwort lautet: «Die Bedingungen, unter denen ein Volk seinen Lebensunterhalt produziert, regeln seine Auslese. Die diesen Bedingungen Bestangepassten überleben und pflanzen ihre Art fort, vererben also ihre Eigenschaften auf die späteren Geschlechter, die Minderangepassten werden bei längerer Dauer glei-

13 Auf diesen Sachverhalt weist neuerdings auch hin Wolfgang Streeck, Nicht ohne meine Identität? Die Zukunft der Nationalstaaten, in: *Universitas*, 73. Jg. (2018), Nr. 861, S. 7f.

cher Produktionsbedingungen allmählich ausgeschieden; in den erreichten Charaktermerkmalen späterer Generationen spiegeln sich daher die Produktionsbedingungen früherer Geschlechter wider» (I 85). Der Schluss aus diesem Kausalzusammenhang ist unausweichlich. Wenn es zutrifft, dass die biologisch vermittelten, durch Selektion geprägten Charaktereigenschaften einer Nation nichts weiter sind als ihre «*erstarrte Geschichte*» (I 87), dann ist der nationale Materialismus nicht zu halten: Er rekurriert nicht nur auf einen überholten, weil substantiellen Kausalitätsbegriff, sondern reduziert die Geschichte der Nation auf eine einzige Ursache: die «mit geheimnisvoller Kraft begabten Materie, des Keimplasmas» (I 85).

Die entwicklungsgeschichtliche Dimension der Nation bildet sich nach Otto Bauer also in der Konvergenz zweier analytisch zu unterscheidenden Paradigmen ab: Einerseits haben wir es mit einer genetisch vermittelten Abstammungsgemeinschaft, andererseits mit einer sozio-kulturellen, auch aus ökonomischen Artefakten bestehenden Überwölbung des naturalistischen Substrats der Nation zu tun, die den biologischen Selektionsprozess steuert. Die eine Linie ist mit der Evolutionstheorie von Darwin verbunden, die andere verweist auf den methodischen Ansatz des Historischen Materialismus von Marx.¹⁴ Bauer gibt sich aber nicht mit dem Aufweis dieser Konvergenz zufrieden. Er zeigt in seiner Studie, dass es im Verlauf der Geschichte zu einer umfassenden Vermischung der zahlreichen Abstammungsgemeinschaften kam: Sie drängte

die naturalistische Komponente bei der Herausbildung eines nationalen Selbstbewusstseins immer mehr in den Hintergrund, bis am Ende, vorangetrieben durch die kapitalistische Entwicklung, die sozio-kulturelle Dimension hegemonial wurde.

Doch wie bewährte sich Bauers historisch-generischer Begriff der Nation auf der praktischen Ebene in der Konfrontation mit dem *extremen Nationalismus* einerseits und dem *extremen Kosmopolitismus* andererseits? Den extremen Nationalismus erlebte Bauer als Ursache einer Dauerkrise des Vielvölkerstaats der Habsburgermonarchie. Der extreme Kosmopolitismus hatte einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg. Was setzte Bauer beiden Strömungen aus der Sicht seines Ansatzes entgegen? Was meint er und wogegen wendet er sich, wenn er beiden Ansätzen Naivität bescheinigt? Und vor allem: Welche Konsequenzen zog er aus seinem Begriff der Nation für eine Verfassungsreform der Monarchie einerseits und für die Strategie und Taktik der Sozialdemokratie andererseits?

Gegen den naiven Nationalismus und den naiven Kosmopolitismus sowie deren Alternative

Der naive Nationalismus ist nach Otto Bauer Ausfluss des nationalen Materialismus und muss mit denselben Argumenten kritisiert werden, die gegen ihn vorzubringen sind. Die Naivität dieser Nationalismusvariante rührt daher, dass sie die Nation zu einer «eigenartigen materiellen Substanz» reduziert, der sie die Kraft attestiert, aus sich heraus die nationale Charaktergemeinschaft zu generieren. «Darum wird ihm die Geschichte der Menschheit zu

¹⁴ Bauer folgte insofern einer Denkströmung in der Auseinandersetzung marxistisch orientierter Sozialdemokraten, die charakteristisch für deren Rezeption der Evolutionstheorie Darwins war. Vgl. hierzu Saage (Anm.12).

einer Geschichte der Kämpfe und der Vermischungen der beharrenden, unveränderlichen Rassensubstanzen, Vererbungssubstanzen untereinander» (I 181). Was diese monokausale naturalistische Geschichtskonstruktion zu einer unwissenschaftlichen Betrachtungsweise macht, ist der Umstand, dass sie sich mit der Feststellung der Verschiedenheit der Ethnien begnügt, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, diese Differenzen multikausal in ihrem historischen Kontext zu erklären. Ließe sie sich aber auf diese Fragestellung ein, «so wird die Rasse nichts anderes mehr als eines jener Mittel, durch die die Bedingungen des Kampfes ums Dasein ihre Wirksamkeit entfalten, durch die die Produktivkräfte, deren sich die Menschen im Kampfe mit der Natur bedienen, die nationale Charaktergemeinschaft bilden» (I 181).

Wie ist nun aber zu erklären, dass der naive Nationalismus trotz aller berechtigten wissenschaftlichen Kritik vor allem unter dem Einfluss Gobineaus eine Aufwertung erfuhr, deren Attraktivität sich selbst die Arbeiterbewegungen jener «geschichtslosen» Nationen¹⁵ nicht zu entziehen ver-

mochten, die – wie die tschechischen Arbeiter – unter der sozio-kulturellen Hegemonie einer fremden, nämlich der deutschen Herrenklasse, leben mussten? Bauer sieht diesen Tatbestand in den sozialen Bedingungen begründet, unter denen sich der «revolutionäre Instinkt» der Arbeiterklasse auslebte. Von der herrschenden Kultur ausgeschlossen, unzufrieden mit der geltenden Verfassung und den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen mussten sie erleben, wie die eigenen nationalen Zeitungen konfiziert und die kleinbürgerlichen Vorkämpfer des tschechischen Nationalismus gegen die deutsche Bourgeoisie und Bürokratie eingekerkert wurden. Bauer betont, dass die Nationalisierung der Massen nicht primär deren eigenes Werk war. Vielmehr spielten die Lehrer und die niedere Geistlichkeit die Rolle der «Erwecker der Nation» (I 285), die engen Kontakt zu den Arbeitern pflegten. So gerieten diese unter den Einfluss eines Nationenbegriffs, der «nicht reflektiert, sondern aus Zuneigung und Haß geboren, unreflektiert, naiv» (I 353) war. Das Signum dieses naiven Nationalismus fasste Bauer in der Formel zusammen: «Nationaler Haß ist transformierter *Klassenhaß*» (I 315).

Doch ebenso große Bedeutung wie dem naiven Nationalismus maß Bauer dem naiven Kosmopolitismus bei. Dieser setze den Nationalcharakter nicht nur nicht absolut, sondern negiere ihn, indem er als einzige Differenz die Verschiedenheit der Sprache akzeptiere. Was zählt, sei der Mensch an sich, losgelöst von allen nationalen Prägen und Konnotationen. Als Vertreter dieser kosmopolitischen Richtung machte

dann erst wieder im 19. Jahrhundert in der Habsburgermonarchie allmählich ihre kulturelle und damit nationale Identität wiederzugewinnen.

15 Der Terminus «geschichtslose Nationen» und der Gegenbegriff «historische Nationen» ist bei Bauer mit keinem Werturteil verbunden, sondern neutral gemeint. Nationen sind dann «geschichtslos», wenn es die nationale Unterdrückung ihnen nicht erlaubt, eine eigene Kultur als Voraussetzung politischer Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Sie sind aber auf diesen Status nicht festgelegt, sondern können, bestimmte Bedingungen vorausgesetzt, zu historischen Nationen «erwachen». Umgekehrt verfügen die historischen Nationen über eine eigene Kultur, die sie zu einer politisch handlungsfähigen Größe reifen lässt. Doch andererseits können sie aber auch wie das tschechische Volk von einer ehemals historischen Nation in der Frühen Neuzeit infolge politischer Ereignisse auf den Status einer geschichtslosen Nation absinken, um

Bauer Strömungen in der katholischen Glaubenslehre, in der Humanitätsphilosophie der Aufklärung, aber auch in der proletarischen Arbeiterbewegung aus. Am reinsten bildete sich ihm zufolge freilich dieser Kosmopolitismus in der Gesellschaftstheorie des modernen Naturrechts ab, in welcher die Gesellschaft als bloße Summe äußerlich durch Sprache und Vertrag verbundener Individuen erscheint (I 187). Naiv ist nach Bauer dieser Kosmopolitismus deswegen, weil er das ausblendet, was er «nationale Apperzeption» nennt¹⁶.

Gewiss, die Nation ist nach Bauer weder eine naturalistische Substanz noch eine metaphysische Entität. Doch das bedeutet nicht, dass sie beliebig dekonstruiert werden kann.¹⁷ Vielmehr zeigt Bauer in seinem kulturgeschichtlichen Entwicklungsszenario der Nation, wie es in diesem während eines

langen historischen Prozesses zu einem je spezifischen Mantra kommt, das wie ein Filter für Einflüsse von außen wirkt. Diese wirkten niemals mit der gleichen Kraft «auf die Individuen ein, wie die ursprüngliche nationale Kultur. Sie werden nie unverändert aufgenommen, sondern unterliegen in dem Prozess der Aufnahme selbst einer Veränderung, einer Anpassung an die schon bestehende nationale Kultur. Das ist die (...) Erscheinung der nationalen Apperzeption» (I 178).¹⁸

Warum konnte dieser naive Kosmopolitismus zu einer prägenden Strömung innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung werden? Im Gegensatz zur tschechischen Sozialdemokratie stand die österreichische Variante nicht einer fremden Nation in Gestalt der herrschenden Klasse gegenüber. In dem Maße, wie sie in einem weitgehend identischen, über Sprache und Institutionen vermittelten Kontext mit der Oberschicht verbunden war, trat der nati-

16 Der analytische Begriff der «nationalen Apperzeption» geht auf die Transzendentalphilosophie Immanuel Kants zurück. Er ist ein Synonym für das, was Kant die Transzendente Subjektivität nennt: Sie stiftet dem menschlichen Bewusstsein die apriorischen Kategorien wie Kausalität etc. und Anschauungsformen wie Raum und Zeit, in deren Spektrum wir zwar nicht die Totalität, aber doch Aspekte der uns umgebenden Wirklichkeit erkennen können. In Analogie zu dieser erkenntnistheoretischen Vorrichtung konstruierte Bauer den Begriff der nationalen Apperzeption: Wir können nur Einflüsse anderer Nationen aufnehmen, indem wir sie mit der Kultur unserer Herkunftsgesellschaft kompatibel machen. Diese kulturelle Horizontverschmelzung bringt Bauer auf folgende Formel: «Durch diese große Tatsache der nationalen Apperzeption wird jeder Gedanke, den eine Nation von der anderen übernimmt, dem ganzen Sein einer Nation immer erst angepasst, von ihr erst verändert werden müssen, ehe sie aufgenommen wird. (...) Anpassung an die bestehende geistige Kultur der Nation bedeutet aber Verknüpfung, Ineinsetzung mit der ganzen Geschichte der Nation» (I 168).

17 Vgl. zu diesem Sachverhalt auch Streeck (Anm. 13), S. 8.

18 Wenn man den Begriff über seine Anwendung auf die Nation hinaus weiter fasst, könnte man auch heute von einer «westlichen Apperzeption» reden. Sie gerät zunehmend unter den Druck eines kunsthistorischen Kosmopolitismus, wie er sich heute in dem Konstrukt einer virtuellen «Weltkunst» Bahn zu brechen scheint. Doch deren Realisierung z. B. in Berliner Ausstellungen und Museen lassen die Kohärenz eines nachvollziehbaren Narrativs vermissen. Stattdessen reduzieren sich die Ausstellungsobjekte auf «den kleinsten gemeinsamen Nenner, dass nämlich Künstler irgenwann, irgendwo, irgendetwas in eine irgendetwas Form gebracht und sich dabei gelegentlich fremder Idiome bedient haben. Die angestrebte Morphologie einer vermeintlich weltumspannenden Kunst gerät da leicht zur Kakophonie» (Andreas Beyer, Die Unmöglichkeit einer Weltkunst. Kunstgeschichte im Konjunktiv: Wie die Berliner Museen aus dem westlichen Kanon ausbrechen wollen und sich dabei verrennen, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 6. Mai 2018, Nr. 18, S 47).

onale Streit gegenüber dem sozialen Klassenkampf in den Hintergrund. Nicht nationale Forderungen, sondern soziale Optionen nach einem materiell und kulturell besseren Leben beherrschte das Denken des österreichischen Arbeiters, das seiner Ansicht nach nicht ein Privileg des Besitz- und Bildungsbürgertums bleiben darf. «So lebt in den Arbeitern wieder der Gedanke der Humanität auf, die Forderung nach Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. Nun wird die Nation (...) zu einem *bürgerlichen Vorurteil*. Die nationalen Unterschiede verblassen vor seinem Auge, und wie er gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, so will er die Ausbeutung und Unterdrückung überhaupt beseitigen. (...) Er fühlt sich als Kämpfer für die Befreiung der ganzen Menschheit» (I 354). Bauers These läuft also auf die Formel hinaus, dass die Unterschichten der national unterdrückten Völker zu einem naiven Nationalismus, die unterdrückte Klasse in den national gesättigten Ländern aber zu einem naiven Kosmopolitismus neigen.

Bauer siedelte den naiven Nationalismus und Kosmopolitismus auf der untersten Entwicklungsstufe des sozialen Emanzipationskampfes an. Er gewinnt erst dann an sozialistischer Reife, wenn er die obersten Sprossen der Emanzipationsskala erklommen hat. Dieses Stadium ist nach Bauer dann erreicht, wenn sich die Einstellung der Arbeiter zur nationalen Frage ändert und ihre internationale Politik die Sonderart des Proletariats aller Nationen klar erkennt und akzeptiert. Bei voller Anerkennung der Verschiedenheit der Nationen, propagiert Bauer als Orientierungsnorm den proletarischen Internationalismus, der im Namen der Solidarität mit den Arbeitern anderer Völker im Kampf gegen den unmittelbaren Klassegegner und den ihn begünstigen-

den bürgerlichen Staat den naiven Nationalismus und Kosmopolitismus hinter sich lässt. Aber was folgt aus einem so strukturierten Nationenbegriff, der die nationale Eigenart mit der Offenheit für eine völkerverbindende Solidarität synthetisiert? Welcher Verfassungstyp blockiert eine solche Synthese und welcher konstitutionelle Entwurf ist geeignet, ihr Geltung zu verschaffen? Und vor allem: Welche konkrete Taktik und Strategie der SDAP in der Habsburgermonarchie ist aus ihr abzuleiten?

Politische Konsequenzen aus Bauers historisch-prozessuellem Nationenbegriff

Die nationale Frage der Habsburgermonarchie, so müssen wir Otto Bauer interpretieren, ist untrennbar mit der Verfassungsfrage verbunden. Denn ihm zufolge sind die nationalen Konflikte der Monarchie unmittelbarer Ausfluss des zentralistischen Staates auf kontraktualistisch-atomistischer Grundlage. Der liberale Staat, der die zentralistische Souveränitätskonzeption des Absolutismus übernahm, gründet sich bekanntlich auf der Fiktion ursprünglich Gleicher und Freier, die über einen Vertrag aller mit allen einen Staat konzipieren, der durch seine Gesetze die Regeln bestimmt, unter denen die als Egoisten vorgestellten Einzelnen koexistieren wollen und können. Nach diesem atomistisch-zentralistischen Konzept, an dem sich auch die vom Liberalismus geprägte Verfassung der Monarchie orientierte, reservieren sich zwar die Einzelnen bestimmte Abwehrrechte gegenüber dem Staat. Zugleich treten sie ihm aber als Vertragspartner ohne national geprägte Zwischeninstanzen gegenüber: Ihre Zugehörigkeit zu einer Nation ist in diesem Entwurf vollständig ausgeblendet. Denn die Interessendurchsetzung erfolgt

ausschließlich über die politischen Parteien (I 326), in denen die Gleichen und Freien in der Massendemokratie ihre Interessen bündeln und in den Staat zu integrieren suchen.

Die Politisierung der nationalen Anliegen ist also die notwendige Folge der Tatsache, dass sie nur dann zur Geltung kommen können, wenn die Parteien sie aufgreifen. Diese Transformation der nationalen Interessen in parteipolitische Projekte ist aber verhängnisvoll, weil die aus ihnen folgenden Konflikte im Parlament in der Regel nicht in einen Konsens einmünden, sondern die Obstruktion der parlamentarischen Willensbildung begünstigen. Handlungsunfähig geworden, sieht sich der Reichsrat im Vielvölkerstaat mit einer Dauerkrise konfrontiert, die an den Grundlagen der Monarchie rüttelt, weil die parlamentarische Selbstblockade die Lösung der nationalen Frage verhindert. Für Bauer ist dieses Problem im Licht seines Nationenbegriffs nur dann zu lösen, wenn die nationalen Konflikte parteipolitisch zugunsten der nichtnationalen Interessenlagen politisch entschärft werden. Oder anders formuliert: Die Neutralisierung der kulturell grundierten nationalen Autonomie der Völker der Monarchie muss Grundlage und nicht Gegenstand der parteipolitischen Konflikte im Parlament sein. Bauer konnte sich bei der Bewältigung dieser Herausforderung auf die zahlreichen Veröffentlichungen seines austromarxistischen Mitstreiters Karl Renner berufen.

Renner schlug in seinen Schriften zur Verfassungsreform vor, die *zentralistisch-atomistische* Konstitution der k. und k. Monarchie durch einen *organischen* Ansatz zu ersetzen.¹⁹ Darunter verstand er, dass ein

Verband der Nationen zu gründen sei, der als rechtliche Einheit im Staat zusammengeführt werde. Diese organische Regelung des Zusammenlebens der Staatsbürger verschiedener Nationalität könne in doppelter Weise erfolgen. Einerseits sei sie nach dem *Territorialprinzip* vollziehbar. In diesem Fall grenzten sich die von den Nationen bewohnten Gebiete von einander ab, in denen sie ihre nationalen Angelegenheiten autonom verwalten, während der übernationale Staat der Monarchie die gemeinsamen Angelegenheiten aller Nationen regelt. Aber die Nation als Gebietskörperschaft hatten nach Renner und Bauer den Nachteil, dass in Mischgebieten der Minderheitsschutz nicht absolut gesichert war. Die Möglichkeit, dass die Mehrheitsnation ihre kulturellen Ansprüche homogenisiert und die Minderheitsnationen z. B. durch «Säuberungen» ihren Willen aufzwingt, stellte eine Gefahr dar, die nicht von der Hand zu weisen war.

Bauer setzte sich daher für Renners zweite Option ein, die Nation als Personengemeinschaft aufzufassen, ohne ihr die ausschließliche Herrschaft über ein Territorium zu überlassen. Nach diesem *Personalitätsprinzip* können die Mitglieder einer jeden Nation des Vielvölkerstaats, in welchem Teil des Reiches sie auch wohnen mögen, eine rechtliche Gemeinschaft gründen. Sie verwalten ihre nationale Kulturaufgaben autonom durch einen gewählten Nationalrat, der die Pflicht hat, für die Mitglieder der jeweiligen nationalen Rechtsgemeinschaft z. B. Universitäten, Schulen, Bibliotheken und Theater einzurichten und für

die möglichen Prinzipien einer Lösung und die juristischen Voraussetzungen eines Nationalitätengesetzes. Mit einer Literaturübersicht, Wien 1899.

19 Vgl. exemplarisch Karl Renner (Synopticus), Staat und Nation. Staatsrechtliche Untersuchung über

diese kulturellen Zwecke Steuern zu erheben (I 326). Bauer hatte gute Gründe, im Sinne seines Nationenbegriffs für das Renner'sche Personalitätsprinzip zu optieren. Der Gefahr eines homogenisierenden Übergangs einer nationalen Mehrheit auf eine nationale Minderheit wurde der Boden entzogen. Die kulturelle Autonomie der einzelnen Nationen konnte als gesichert gelten. Dem von Bauer bekämpften naiven Kosmopolitismus und dem naiven Nationalismus waren die Entfaltungsmöglichkeiten gekappt. Vor allem aber hatte nun das Nationalitätenprinzip Verfassungsrang und war dadurch dem parteipolitischen Konflikt entzogen, was das Ende der Parlamentskrise bedeutete. Und als Marxist hatte für ihn diese Regelung den Vorteil, den Klassenkampf zu entnationalisieren und dadurch den Basiskonflikt von Kapital und Arbeit jenseits der nationalistischen Vernebelung allen, vor allem aber dem Proletariat selber, transparent zu machen.

Welche Aufgaben erwachsen nun aber der Sozialdemokratie aus dem Personalitätsprinzip, wie Renner es vorgesehen hatte: Wie zu erwarten ist, folgten sie dem Muster der kulturellen Autonomie der Nationen bei gleichzeitiger Integration in das übernationale Gefüge der Habsburgermonarchie. An erster Stelle steht für die SDAP der Einsatz für die «Konstituierung der nationalen Minderheiten als öffentlich-rechtliche Körperschaften» (I 619) auf der politischen Tagesordnung. Sodann seien «zweitens unsere parlamentarischen Vertreter und unsere Parteipresse auf die prinzipielle internationale Taktik» (ebd.) bei voller Anerkennung der Besonderheit der einzelnen nationalen Sozialdemokratien zu verpflichten. Zugleich habe die Partei «für eine organische Föderation der sozialdemokratischen Organisationen ver-

schiedener Nationalität in den einzelnen Orten, Wahlkreisen und Ländern» zu sorgen. Zugleich müsse überall dort, wo Organisationen verschiedener Nationalitäten existieren, Gesamtorganisationen gegründet werden, deren Beschlüsse die Aktion der Partei bei öffentlichen Wahlen, Demonstrationen etc. jedes Parteimitglied «ohne Unterschied der Nation» binden, und zwar so, dass dadurch die Autonomie der nationalen Organisationen unangetastet bleiben. Außerdem sei die Partei mit der Aufgabe konfrontiert, sich für die einheitliche zentralistische Entwicklung der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften unter Berücksichtigung ihrer nationalen Eigenart einzusetzen.

Scheiterte dieser Ansatz und setze sich der naive Nationalismus auf den Trümmern der internationalen Gesamtpartei mit ihren fünf nationalen Sektionen der SDAP innerhalb des Territoriums der Habsburgermonarchie durch, so war Bauer zuversichtlich genug, eine solche Fragmentierung der internationalen Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung als vorübergehend einzustufen. Er setzte in dem Maße, wie der Kapitalismus selbst die Bedingungen seiner Überwindung bei gleichzeitiger (unfreiwilliger) Förderung des Aufstiegs der internationalen Arbeiterbewegung schuf, auf eine Umkehrung des nationalistischen Trends. Da diese Erwartung enttäuscht wurde, konnte Bauers Ansatz trotz einer realistischen Krisenstrategie die Spaltung der multinationalen Sozialdemokratie in der Habsburgermonarchie nicht verhindern.

Abschließende Bemerkungen

Auf eine scharf gemeißelte Formel gebracht, geht Bauer von einem integrativen Begriff der Nation aus, der zwar kulturell aufgela-

den ist, aber seine Antriebsenergie aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen bezieht. Die Nation und der Nationalstaat sind für Bauer nichts anderes als kulturelle Erscheinungsformen der sozio-ökonomischen Struktur ihrer jeweiligen Herkunftsgesellschaft. Sie nehmen in der bürgerlichen Gesellschaft eine negative und eine positive Gestalt an. Der nationale Hass, der sich z. B. in Formen eines zerstörerischen Kulturkampfes in der k. u. k. Monarchie äußerte, erscheint dann negativ als der ins Kulturelle übersetzte pervertierte Klassenkampf. Und die kulturelle Partizipation avanciert positiv für die Arbeiterbewegung als das Ziel des Sozialismus, der vollendet, was der Kapitalismus mit seinen neuen Kommunikationsstrukturen eingeleitet hat.

In historischer Perspektive ist gegen Bauer eingewandt worden, seine Genese der Nation kranke daran, dass er den Begriff der Nation, erst im 19. Jahrhundert unter kapitalistischen Bedingungen entstanden, auf die tribalistische Gesellschaft der Germanen anwendete. «Staatstheoretisch ausgedrückt: die Verbindung von Nation und modernem Staat, die Konstituierung des bürgerlichen Staates als Nationalstaat, entgeht Bauer, weil er analog zum Marx'schen ›Urkommunismus‹, der zu sich selbst auf höherer Stufenleiter zurückfindet, eine ›Ur-Nation‹ konstruiert, deren geschichtliche Aufgabe die nämliche ist». ²⁰ Aber Bauer ging es weder um eine Begriffsgeschichte der Nation noch um die Konstituierung des bürgerlichen Staates als Nationalstaat, sondern um die Analyse jenes Integrationsprozesses ökonomischer, sozialer und kultureller Phänomene, deren Resultat die moderne Nation ist. Dabei war für ihn zweitrangig,

ob das Kunstprodukt Nation das Kunstprodukt Staat hervorbrachte oder ob das Umgekehrte der Fall war: In der Realität kamen ohnehin beide Varianten vor.

Im Übrigen darf nicht verschwiegen werden, dass im zeitgenössischen Kontext die Einführung des Personalitätsprinzips als Lösung der Nationalitätenfrage durch Renner und Bauer im eigenen Lager, aber auch von Vertretern der einzelnen Nationen im Vielvölkerstaat kritisiert worden ist. Die Argumente sind bekannt und sollen hier nicht wiederholt werden. Ewa Czerwińska-Schupp hat sie in ihrer Studie prägnant zusammengefasst²¹: Sie reichen von der Fehleinschätzung, die nationalen Interessen der Völker der Monarchie ließen sich durch die Gewährung der kulturellen Autonomie befriedigen, bis hin zu der These, Bauers Reformvorschläge seien von Elementen einer deutschnationalen Kulturhegemonie unterfüttert.

Aber selbst eine Kritikerin wie Ewa Czerwińska-Schupp kommt um das Zugeständnis nicht herum, dass Bauers Konzept der national-kulturellen Autonomie «der bei weitem fortschrittlichste Vorschlag der Lösung der Nationalitätenfrage (war), der zu dieser Zeit in Österreich entstanden ist». ²² Auch sollte bedacht werden, dass Bauers Konzeption, rechtzeitig umgesetzt, nicht an der nationalen Frage gescheitert ist. Die Ursache war vielmehr die Tatsache, dass äußere Umstände ihre Anwendung und damit auch die Chance ihrer Bewährung verhinderten. Als sich die traditionellen Eliten der k. und k. Monarchie dem Personalitätsprinzip am Ende des Ersten Weltkrieges zuwandten, hatte sich der Nati-

20 Fisahn (Anm. 2), S. 196.

21 Ewa Czerwińska-Schupp (Anm.2), S. 275-284

22 Ebd., S. 280.

onalismus der einzelnen Nationen so verfestigt, dass der Zerfall des Vielvölkerstaats vollzogene Tatsache war.

Allerdings hinterlassen Bauers und Renners Versuche, die Nationalitätenprobleme der k.u.k. Monarchie zu lösen, ein Problem. Zwar ist es ihre Intention, nationale Identität als Kulturgemeinschaft mit den universalen Normen der Aufklärung eine belastbare Synthese eingehen zu lassen. Doch der Weg zu diesem Ziel verläuft widersprüchlich. So konfrontieren sie den atomistisch-kontraktualistischen Ansatz mit dem organisch-nationalen Konzept, den sie jenseits eines naiven Nationalismus und eines naiven Kosmopolitismus präferieren. Aber dadurch trennen sie, was zusammengehört. Sie nutzen die Chance der Zusammenführung beider Paradigmen bestenfalls nur teilweise. Geschähe dies, konsequent zu Ende gedacht, so hätten wir es mit einem Nationalstaat zu tun, der seine Autonomie als kulturelle und historische Schicksalsgemeinschaft mit den universalistischen liberalen Errungenschaften des modernen Konstitutionalismus verbindet und so den Nationalstaat strukturell vor dem Absturz in den völkischen Homogenitätswahn schützt.

Doch kann Bauers generischer Nationenbegriff in seiner Abgrenzung zum naiven Kosmopolitismus und naiven Nationalismus heute noch Aktualität beanspruchen? Vieles spricht dafür, dass Bauer zwischen den Ursachen der Krise der EU heute angesichts der Renaissance eines aggressiven Nationalismus und dem kritischen Umgang mit ihr unterscheiden würde. Was die Gründe für den rechtslastig aufgeladenen nationalistischen Populismus betrifft, so liefe seine Empfehlung vermulich darauf hinaus, «die jeweiligen ökonomischen Entwicklungen und Brüche infolge der Austeritätspolitik,

die wohlfahrtsstaatlichen Pfade, die spezifischen Krisenwahrnehmungen und -Bearbeitungen der sozialen Milieus, die Kämpfe sozialer Bewegungen und Gewerkschaften sowie die Repräsentationskrise insbesondere der Sozialdemokratie»²³ zu untersuchen. Aber er würde davor warnen, auf den naiven Nationalismus von rechts mit einem abstrakten Kosmopolitismus zu antworten. Beide Strömungen enden in einer Sackgasse, vor der Bauer gewarnt hatte.

Die Kosmopolitisten verschließen die Augen vor der Tatsache, dass die neuen sozio-kulturellen Einflüsse, die im Gefolge der wirtschaftlichen Globalisierung von den weltweit vernetzten neuen Kommunikationstechnologien transportiert werden, durch das Filter der nationalen Kulturen hindurch müssen, bevor sie nachhaltig in den jeweiligen Herkunftsgesellschaften assimiliert werden können. Und die naiven Nationalisten des Rechtspopulismus in der EU haben die Lehren aus der Katastrophe des extremen Nationalismus ignoriert, dass die Nation, zur Substanz erklärt, auf ein selbstdestruktives nationales Homogenitätsstreben hinausläuft, das niemand wollen kann, wer an einem guten Leben in einer friedlichen Welt interessiert ist.

Dies vorausgesetzt, haben die Ansätze von Bauer und Renner Konstitutionsprinzipien in ihrem Angebot, die durchaus für die Zukunft der EU relevant sein könnten. Wenn die nationale Apperzeption ebenso unhintergebar ist wie das Aufbrechen nationaler Egoismen in Richtung auf eine über-nationale Gemeinschaft, dann kann das zukünftige Europa nur dann eine Zukunft haben, wenn seine Entwicklung einem drit-

23 So Stefan Stache in seinem Brief an den Verfasser vom 5. Juli 2018.

ten Weg folgt. Die nach außen hin offenen nationalen Kulturen dürfen ebensowenig einem abstrakten Kosmopolitismus geopfert werden wie dem naiven Nationalismus die Integration der Herkunftsgesellschaften in ein europäisches Ganzes, und zwar in den Bereichen globaler Herausforderungen, in denen nationale Regelungen nicht mehr ausreichen.

Alle diese Problemlagen sind in Otto Bauers Nationenkonzept präsent: Grund genug, sich mit ihm nicht nur in historischer, sondern auch in aktueller Perspektive auseinander zu setzen: Das Ziel und die Motivation kann nicht sein, seinen Ansatz Eins-zu-Eins zu übernehmen. Vielmehr kommt es darauf an, ein altes Orientierungswissen für die Bewältigung neuer Herausforderungen fruchtbar zu machen.

Hagen Weiler

Renaissance des Demokratischen Sozialismus

Die radikal-konsequente Alternative zum Globalen Finanzkapitalismus¹

1 Hypothesen und Leitfragen

Zu befürchten sind die interdependenten, einander verstärkenden Überlebensrisiken des Globalen Finanzkapitalismus, der «koste es, was es wolle», Waffen herstellt, lagert, verteilt und in Bürger- und Stellvertreterkriegen anwenden lässt, ganze Regionen zerstört, Millionen von Menschen vertreibt, staatliche Haushalte und öffentliche (Sozial-)Versicherungen überschuldet, die ökologischen Systeme überlastet und

ruiniert, Hunderte von Millionen Menschen ihrer beruflichen Existenzsicherung beraubt, die Zahlen von Millionären und Milliardären multipliziert.

Ob dagegen mein radikal-konsequentes Alternativ-Modell egalitärer Verteilungs- und Haftungsgerechtigkeiten sich in seiner zukünftigen Praxis hinreichend bewähren wird, kann ich natürlich nicht solide prognostizieren. (Leider gibt es für mein Modell bisher keine hinreichend erprobten Vergleichserfahrungen.) Historische Vergleichserfahrungen negativer Art gibt es allerdings: Sowohl die antiken Sklavengesellschaften als auch die mittelalterlichen Feudalgesellschaften und auch der Staats-Kapitalismus des Ostens sowie der Privat-Kapitalismus des Westens waren geprägt von strukturellen Ungleichbehandlungen ihrer Menschen. Das war ihr gemeinsamer Nenner.

¹ Aus Gründen des Platzes konnte ich hier keine quellenbelegte Diskussion zentraler Einwände vorlegen. Stattdessen ließ sich nur eine monologische Thesenskizze zur Diskussion stellen. Quellenhintergrund bilden meine Untersuchung *Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten*, Berlin Lit. Verlag 2008 sowie mein Essay zum *Logischen Sozialismus* (Hrsg. Bernhard Claußen, Hamburg 2018).

Alle diese Systeme versagten darin, allen ihren Mitgliedern hinreichende Bedingungen, Mittel und Hilfen für ihr gemeinsames Leben zur Verfügung zu stellen, selbst wenn sie dazu die entsprechenden Produktiv-Kräfte hätten entwickeln können. Stattdessen verteilten und legitimierten sie (Luxus-)Privilegien für ihre Minderheiten und tolerierten Nachteile für ihre Mehrheiten.

Nicht zuletzt kann ich auch nicht wissen, ob mein Alternativ-Modell gegen bzw. nach dem Globalen Finanzkapitalismus (d.h. nach dessen Implosion?) nicht zu spät kommen wird, ob noch genug Zeit bleiben wird, wenigstens für die Reformen/Revolutionen durch die sog. Wissenschaftlich-technischen Intelligenzen, soweit diese überleben wollen und können in einem *Demokratischen Sozialismus*.

1. Während die marxistisch/leninistisch/stalinistische «Diktatur des Proletariats» – ohne die historischen Fortschritte allgemeiner, gleicher *Staats*-Bürger-Rechte scheitern mussten, bleibt der (bisherige) «Demokratische Sozialismus» so lange erfolglos, wie ihr Hauptträger, die SPD, ihr ursprüngliches, notwendiges Programm der «Sozialisierung der Produktionsmittel» aufgibt.
2. Welche Argumente («Verdienste, Leistungen und Verantwortungen») werden zu Ausreden, welche Einwände zu Vorwänden, um die Privilegien für Minoritäten, zu Lasten der Allgemeinheit, effektiven Kontrollen und Korrekturen zu entziehen?
3. Mit welchen Gegnern muss man rechnen? Auf welche Bündnispartner darf man setzen?

2 Kategorien und Kriterien

Meine folgenden Definitionen bezeichnen die Überschriften über ihre zugrundeliegenden Theorien. Gleichzeitig umschreiben ihre Zuordnungen deren Beziehungen. Deren Reihenfolge ist nicht zufällig, sondern folgen ihrer Gleichordnung: *Freiheit – Gleichheit – Solidarität; Gerechtigkeit – Friede; Kapitalismus – Demokratischer Sozialismus*.

- *Freiheit* = (Emanzipation) aus: Autoritären, orthodoxen Bevormundungen, a-sozialen (Herrschafts- und Ausbeutungs-) Zwängen, «sittengesetzlich, kategorisch» verabsolutierten Pflichten als Selbstzwecke.
- *Gleichheit*: Korrespondierende Bedingung und Kehrseite allgemeiner (notwendig nur gleicher) Freiheiten; verallgemeinerte Gegenseitigkeiten im Sinne allgemeiner, gleicher Rechte und Pflichten; Dreh- und Angelpunkt egalitärer Gerechtigkeit.
- *Solidarität*: (Inhaltlicher) Zweck gleicher Freiheiten, Rechte und Pflichten; Verantwortungen für das Wohl (=Bedingungen, Mittel und Hilfen für das gute Leben) aller Menschen – wie für das eigene.
- *Frieden*: Gegenteil aller Kriege; Konfliktregelungen ohne (militärische) Gewalt; Grundlage und Notwendigkeit menschlicher Zivilisationen und Kulturen; allgemeine Zufriedenheit mit der Produktion und Distribution sozialer Güter und Dienstleistungen.
- (*Industrie*-) *Kapitalismus*: ursprünglich produktives Wirtschaftssystem; (potenzielle) Massenfabrikationen notwendiger Gebrauchsgüter für die Mehrheiten der Menschen; Privateigentum an Produktionsmitteln; Konkurrenzen auf den Märkten um die größten und schnellsten

Gewinne; Wachstum ohne quantitative und qualitative Grenzen; Sozialisierung ökologischer und sozialpolitischer Kosten; Privatisierung der Gewinne; Luxus, Verschleiß- und Vergeudungsproduktionen für Minoritäten; Mängel an allgemein notwendigen, energie- und rohstoffsparenden Gebrauchsgütern.

- *Globaler Finanzkapitalismus*: Politisch nicht mehr kontrollierbare Flexibilisierungen, Deregulierungen, Privatisierungen öffentlicher Aufgaben; grenzloser Kapital-, Güter- und Personen-(Arbeitskräfte-)Verkehr; Steuerbefreiungen internationaler Kapitalanleger; sich verselbstständigende und unbegrenzte Spekulations-Kreisläufe.
- *Demokratischer Sozialismus*: radikal konsequentes Gegenmodell zum Kapitalismus; allgemeine, gleiche staats- und wirtschaftsbürgerliche Rechte und Pflichten/Haftungen; politische und ökonomische Wahlämter – und Gewaltenteilung – ohne ideelle und materielle (ungleiche) Vorteile (Korruptionen); institutionelle und prozedurale Grundlagen allgemeiner, gleicher, ideeller und materieller Interessen am gemeinsamen Wohl – wie für das eigene.

3 Kapitalismus

3.1 Anfang und Ende?

Adam Smith: «Reichtum der Nationen» (1776)

Historisch eröffneten die Emanzipationen der Wirtschaftsbürger aus den Bedingungen und Grenzen der antiken Sklaven sowie der mittelalterlichen Feudalordnungen und staatsmerkantilistischen Wirtschaften bisher unvergleichliche Produktivitätssprünge.

Ihre Grundlagen waren die Entdeckungen Amerikas, die Erfindung der Maschi-

nen, Geldhandel in und zwischen den Städten, die Entwicklungen der Verkehrswege und -mittel. Kaufleute und Unternehmer sorgten nicht nur für ihre eigenen Vorteile. In ihren Fabriken entstanden Massenproduktionen von Massengütern, die einen zunehmenden Massenkonsum auch für ihre Arbeiter ermöglichten. Diese dynamischen Fortschritte spiegelten die bürgerlichen Wirtschaftstheorien des 18. und 19. Jahrhunderts wider.

Besonders legitimiert wurde dieser Industrie-Kapitalismus durch den primären Volkswirtschafts-«Klassiker» (und schottischen Moralphilosophen) *Adam Smith: «Reichtum der Nationen (1776)»*. Gegenüber den stagnierenden, unproduktiven, antiken Sklaven – bzw. mittelalterlichen (faulen) Feudal – Wirtschaften, als auch gegenüber dem absolutistisch-zentralistischen Merkantilismus (Frankreich) fingierte Smith (pseudo-theologisch) «eine *unsichtbare Hand*»: Solange jeder «nur seinen eigenen Vorteil ... im Auge hat, ... sein Kapital so zu leiten, dass *sein Produkt den größten Wert erhält*, lediglich *seinen eigenen Gewinn beabsichtigt*, muss er einen Zweck befördern, den er sich in keiner Weise vorausgesetzt hatte, zieht er diejenige Kapitalnutzung vor, welche zugleich *für die Nation die vorteilhafteste ist*». (Hervorhebung nicht im Original).

Zu erinnern sind jedoch unsere (heutigen) Volkswirtschafts-Lehrer an die beiden anderen Bedingungen, die in Smith' Lehre (vgl. bes. 4. Buch, 9. Kap.), in den immer noch vorherrschenden «neoliberalen» Programmen bezeichnenderweise unterschlagen (?) werden.

Smith nimmt den Staat in die Pflicht, «jeden Bürger gegen Unrecht und Unterdrückung durch genaue Rechtspflege zu schützen, ... *vollkommene Gerechtigkeit, vollkom-*

mene Freiheit und vollkommene Gleichheit herzustellen» als «das so einfache Geheimnis, welches *allen drei Klassen* (= «Kaufleute / Gewerbetreibende», «Grundeigentümer/Landwirte», «Handwerker/Fabrikarbeiter») die höchste Stufe des Wohlstandes aufs Beste sichert.» (Hervorhebung nicht im Original).

Für Smith ist also die freie unternehmerische Produktivität im allgemeinen Interesse gebunden an einen effektiven Rechts- und Sozialstaat, der die Freiheit und Gleichheit aller Klassen sichert. Leider finden sich bei Smith keine Antworten auf die (Kontroll-) Frage, wie in Konflikten dieser Rechts- und Sozialstaat gegenüber Usurpationen von Unternehmern bewahrt werden soll und kann. 1776 konnte sich Smith noch gar nicht vorstellen, dass die (zu seiner Zeit) geringen Reich- und Tragweiten der damaligen Produktiv-Kräfte, erst recht ihrer Kapital-Ausstattungen, nur ein Jahrhundert später ausreichen würden, die ursprüngliche Produktivität – gegen Smith – in ihr doppeltes Gegenteil verkehren zu lassen:

Erstens waren die Unternehmer zum einen tatsächlich imstande, anders als zuvor, die meisten Waren zu niedrigsten Preisen auf den Märkten anzubieten; zum anderen jedoch waren sie jetzt auch in der Lage, ihre Konkurrenten so zu überflügeln, dass diese von den Märkten verschwinden mussten. An die Stelle der zuvor produktiven Konkurrenzen traten Monopole und Oligopole, Konzerne und Kartelle, welche die Konkurrenzen durch ihre Macht-Konzentrationen aufzuheben suchten.

Zweitens stellte sich nicht mehr – wie noch unter Smith gegenüber dem Merkantilismus – die Frage nach der Emanzipation der Unternehmer aus der Vormundschaft des Staates, sondern umgekehrt die Frage

nach der Unabhängigkeit des Staates von den Interessen der Unternehmer. Mit ihrer neuen Kapital-Macht konnten sich die Unternehmer jetzt ihren Einfluss auf staatliche Gesetzgebung und Verwaltung so lange kaufen, wie ihnen nicht dabei andere Unternehmer-Interessen in die Quere kamen.

3.2 Vom Industrie- zum Globalen Finanz-Kapitalismus

Auf diesem Hintergrund lassen sich die Übergänge vom Industrie- zum Finanz-Kapitalismus (schematisch) in zwei Stufen skizzieren:

Erstens: Die Unternehmer waren nicht mehr wie ihre Gründer-«Väter» darauf angewiesen, ihre Investitionen in neue Maschinen und Vertriebs-Wege aus früheren Gewinnen zu finanzieren. Sie konnten sich das notwendige Kapital quasi als Vorschuss von den Banken leihen.

Zweitens: Die Unternehmen entwickelten sich zu Aktiengesellschaften. Deren Vorstände und Aufsichtsräte lösten die früheren Unternehmer-Verantwortungen ab: Hatten diese noch mit ihrem persönlichen Vermögen gegenüber ihren Geschäftspartnern gehaftet bzw. sich gegenüber ihren Angestellten und Arbeitern (zumindest verbal) gerechtfertigt, so beschränkten sich die Rechenschaftspflichten der Vorstände und Aufsichtsräte gegenüber ihren (fremden) Aktionärs-Mehrheiten allein auf deren Dividenden und Aktienkurse. Damit gaben sie die «produktive» Funktion auf, welche die traditionellen Unternehmer für sich in Anspruch nahmen, nämlich durch Erfindungen, Mut zum Risiko, Organisations-Kompetenzen und Führungsstärken wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg ihrer Betriebe beizutragen. Dagegen beschränkten sich

die «Leistungen» der Aktionäre darauf, andere für ihr Geld arbeiten zu lassen. Hier zeigt sich der parasitäre Gehalt des Slogans: «Leistung soll sich wieder lohnen» – am deutlichsten bei denen, die selbst nichts mehr dazu beitragen – wie auch bei den Erben großer Vermögen.

Diese Entwicklung des Finanzkapitalismus entpersönlicht, verdinglicht und entfremdet nicht nur die Produzenten von ihren Profiteuren, sondern steigert deren Reich- und Tragweite über ihre Produktion und deren Absatz hinaus. Sie können ihren Einfluss in die veröffentlichten Meinungen durch Aktien-Anteile in den Verlagen sowie über ihre Annoncen einkaufen. Nicht zuletzt können sie – vor allem über ihre Verbände – Einfluss nehmen auf Abgeordnete und Ministerien.

Dazu das letzte repräsentative Beispiel für die politische Macht der großen Finanz-Institute: Im Oktober 2008 ließen die amerikanischen Groß-Banken sowie die Regierung der USA die Firma der «Lehman-Brüder» fallen. Gegen ihre Insolvenz leistete auch kein anderes Finanz-Institut Widerstand. Schließlich hatten die «Lehman-Brüder» die meisten ihrer sog. «Derivate» (wie «Hütchen-Spieler») in West-Europa verkauft. Ihre Käufer waren erfolgreich von ihren Anlage-Beratern und «Analysten» über die (endgültigen) Risiken getäuscht worden. Als letzte Gläubiger blieben sie ohne Entschädigungen. Entschädigungen erhielten nur die Banken, die nicht alle ihre sorgfältig «verpackten» Kredit-Briefe ohne Sicherheiten vor diesem «Crash» an andere Gläubiger losgeworden waren. Die Regierungen in den USA und in West-Europa erwiesen sich wieder einmal überzeugend als Reparatur-Instanzen des Kapitalismus. Sie retteten die sog. («System»)-Banken vor ihren

Insolvenzen. Damit setzten sie die traditionell «liberale» Regel jeder Marktwirtschaft außer Kraft: Wenn ein Unternehmen seinen Konkurrenten nicht mehr standhalten kann, dann ist seine Liquidation unvermeidlich. Der Markt *«reinigt sich selbst»* von seinen Versagern.

Doch auch in anderer Hinsicht galt diese Markt-Regel für die (Groß)-Banken nicht mehr: Hatte bis zu diesem Zeitpunkt die Rechts-Praxis vorgeherrscht, dass Banken nicht als «Produktionsmittel» i. S. des Art. 15 GG gelten sollten und damit auch nicht «sozialisiert» werden konnten, galt dieser Verfassungsgrundsatz auf einmal nicht mehr für (selbstverschuldet) zahlungsunfähige Banken. Wieder einmal dominierte die Regel finanzkapitalistischer Staaten: *Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste*. So machten die Banken aus ihren Verlusten Gewinne. Ihre Banken erhielten weiter ihre «Boni», – ihre (Groß)-Gläubiger und Aktionäre hafteten nicht für ihre Schulden. Die leistungslosen Ertragssteuern unterboten Lohn- und Einkommenssteuern (aus Arbeit) nach wie vor um die Hälfte. Internationale Regelungen zur Kontrolle der Banken wurden ebenso auf die lange Bank geschoben wie effektive Kontrollen der Beihilfen zu Steuerhinterziehungen. (Diese entsprechen inzwischen den Überschuldungen der Europäischen Union). Es lag in der Logik dieses Systems der anhaltenden bzw. anwachsenden Umverteilungen von unten nach oben, dass die Regierungen sich das Kapital «für oben von unten» wiederholten. Versicherte und Sparer wurden schleichend enteignet. Sie erhielten weniger Zinsen, als die Inflationsraten ausmachten.

Auf dieser Grundlage wuchsen die Einkommen, erst recht Geld- und Sach-Vermögen der (Groß)-Aktionäre, Vorstände und

Aufsichtsräte, und nicht zuletzt deren Erben von Jahr zu Jahr disproportional. Die sog. Drittel-Gesellschaft bildete sich weiter fort: Das untere Drittel muss sich mit weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Netto-Einkommen einrichten. Die oberen und unteren Mittelschichten laborieren zwischen Aufstiegshoffnung und Abstiegsängsten. Die Oberschichten (zunehmend freigestellt von «leistungshemmenden» Steuern und «Neid»-Abgaben können nicht einmal mehr die Zinsen ihrer Einkünfte (ohne Vermögen) verbrauchen.

Der letzte Durchbruch der internationalen Kapital-Anleger-Interessen drohte mit dem sog. Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschafts- (TTIP) Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA. In bisher überwiegend geheimen Verhandlungen sollten nicht nur Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z.B. Wasserversorgung) und Kulturgüter (z.B. Buchpreisbindungen) dereguliert, flexibilisiert und privatisiert werden, sondern auch nicht öffentliche Investorschutz-Entscheidungen staatliche Gesetze und Gerichte unterlaufen.

Diese inzwischen globalen Überlebens-Kämpfe sind keine bloßen Auswüchse vor allem des Finanz-Kapitalismus, dessen Wachstumszwänge sind geradezu regelhaft angelegt in den Konkurrenzen um die höchsten und schnellsten Profite. Wer da nicht mithalten kann, wird auf den Märkten liquidiert.

Die Kosten zahlen nicht nur die Verlierer, sondern die Allgemeinheit. Hatte der Kapitalismus – ohne effektive Kontrollen durch staatliche Gesetze, verwaltungsmäßige Erlasse, gerichtliche Urteile – seine Arbeiter

und Angestellten ausgebeutet, seine Kunden übervorteilt, seine schwächeren Konkurrenten verdrängt, die Politik korrumpiert, produziert er nun immer weniger allgemein notwendige, langlebige, umweltschonende *Gebrauchswerte*. Seine neuen «Wertschöpfungen» bezieht er als sog. virtuelle Tauschwerte aus Daten- und Geldhandel. In diesem (End?) Kampf der Reichen gegen die Armen, die nicht mehr als «marktkonforme» Produzenten und Konsumenten interessieren können, wird als nächster auch der sog. Mittelstand gespalten. Der integrative Zusammenhalt der Gesellschaften erodiert (endgültig?).

4 Demokratie, Rechts- und Sozialstaat

4.1 Allgemeine, gleiche, staatsbürgerliche Rechte und Pflichten

Der (Verfassungs-)Grundsatz «allgemeiner, gleicher staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten» bestimmt moderne parlamentarische Rechtsstaaten. Unter diesem Anspruch normiert auch unser Grundgesetz: «*Jeder* hat das Recht auf die *freie* Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.» (Art. 2, I); «*Alle* Menschen sind vor dem Gesetz gleich.» (Art. 3, I); «*Jeder* Deutsche hat in jedem Lande die *gleichen* staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.» (Art. 33, I); «*Jeder* Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung *gleichen* Zugang zu *jedem* öffentlichen Amte.» (Art. 33, II); «Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, *freier*, *gleicher* und geheimer Wahl gewählt.» (Art. 38, I); «In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muss das Volk eine Vertretung

haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, *freien, gleichen* und geheimen Wahlen hervorgegangen ist.» (Art. 28, I, 2) (Hervorhebungen nicht im Original).

Danach gelten diese *egalitären* Schutz-, Leistungs- und Teilnahmerechte aller Bürger gegenüber Regierungen und Parlamenten, Verwaltungen und Gerichten. Grundrechtslogisch und verfassungssystematisch ist damit das Rechtsverhältnis zwischen allgemeinen Freiheits- und Gleichheitsrechten gelöst. Beide stehen in keinem (angeleglichen) «Spannungs-Verhältnis» zueinander; erst recht kann die «Freiheit» nicht der «Gleichheit» übergeordnet werden, als wäre sie ein privilegiertes «*Vorrecht*», sondern Freiheit und Gleichheit entsprechen einander, setzen sich gegenseitig voraus: Widerspruchsfreiheit kann es nur bei *gleichen* Freiheiten geben! Diese *Gleichheit* staatsbürgerlicher Rechte (und Pflichten) entspricht der notwendigen *Allgemeinheit* aller Gesetze bzw. der (rechtlich) vergleichbaren Verallgemeinerungsfähigkeit aller Verwaltungsakte und Gerichtsentscheidungen. Diese in sich widerspruchsfreie Struktur entspricht den (nach Art. 79, III) jeder Änderung entzogenen «Verfassungsgrundsätzen» des *gleich* – rangigen *demokratischen* und *sozialen* Bundesstaates» (Art. 20, I; 28, I) sowie der «unverletzlichen und unveräußerlichen *Menschenrechte* als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft und des *Friedens* und der *Gerechtigkeit* in der Welt» (Art. 1, II) sowie der «*natürlichen Lebensgrundlagen*.» (Art. 20a). (Hervorhebungen nicht im Original.)

Diesen *allgemeinen* Aufgaben bzw. *gleichen* Rechten und Pflichten aller Bürger dienen die *staatlichen* Politik- und Rechtsordnungen. Sie unterscheiden sich von den *privaten* Angelegenheiten einzelner (Wirt-

schafts-) Bürger. Solange deren Vereinbarungen und Verträge nicht zu Lasten Dritter gehen bzw. die *allgemeinen* Rechts- und Verkehrrichtungen nicht verletzen sowie keine höherrangigen Interessen des Gemeinwohls berühren, bedürfen sie keiner politischen Entscheidungen und rechtlichen Kontrollen.

4.2 Allgemeine, gleiche wirtschafts-bürgerliche Rechte?

Die bisherigen verfassungsrechtlichen Bestimmungen zum «*Sozialstaat*» (Art. 20, I GG) sowie zum «*Eigentum*» (Art. 14 GG): (1) «Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch Gesetze bestimmt. (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. ... Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen ...» erst recht zur «*Sozialisierung*» (Art. 15 GG): «Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Art. 14, III, 3 und 4 entsprechend.»

sind bisher verfassungsrechtlich nur den sog. einfachen Gesetzgebern zur Ausführung überlassen worden. Dazu bedarf es lediglich entsprechender parlamentarischer Gesetzgebungsmehrheiten. Bisher verpflichtet das Grundgesetz den einfachen Gesetzgeber (wie die Verwaltungen und Gerichte) *sozialstaatlich* allein darauf, die sog. Grundbedingungen und Mittel (sozialhilfe-rechtlich) zur Verfügung zu stellen, die sie unbedingt brauchen, um ihre Grundrechte

(wenigstens minimal) ausüben zu können. Der Gleichheits-Grundsatz ist wirtschaftsrechtlich noch zu vollenden bzw. materiell zu begründen. Auch der «Demokratische Sozialismus» hat erst die gleichen *Staatsbürger-Rechte* und -Pflichten erreicht. Die *wirtschaftsbürgerlichen Rechte* und Pflichten stehen noch aus.

Die Gründe liegen nicht nur in den bisherigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den bisher überwiegen- den politisch-ökonomischen Interessen in bzw. hinter den vorherrschenden Rechtslehren bzw. «tragenden» Gründen der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. In diesen erscheint im Ergebnis der Primat des Privateigentums an Produktionsmitteln vorrangig gegenüber der verfassungssystematisch-grundrechtslogischen Verbindung von Art. 3, I; 14, II; 15 und 20, I GG. Weder erklärten diese veröffentlichten Meinungen hinreichende Gründe, nach denen die allgemeinen, gleichen *Staats-Bürgerrechte* als *Wirtschafts-Bürgerrechte* (zumindest konsequent paritätisch) von den Fabriken und Büros der Wirtschaft stehen bleiben sollten, noch stellten sie sich den (inzwischen mehr als nur drohenden) Risiken, dass bereits die staatsbürgerlichen Rechte – mangels ökonomischer Potenziale – (nicht zuletzt ausländischen) Kapital-Anlegern weichen (sollen).

5 Historische Sozialismen

5.1 «Diktatur des Proletariats»

Der «Demokratische Sozialismus» ist nach zwei Seiten hin zu unterscheiden. Zuerst gegenüber der sog. «Diktatur des Proletariats». Diesen Terminus hat Marx 1) (MEW 18 : 529) in seiner « Kritik des Gothaer Programms » der SPD von 1875 eingeführt:

«Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die *revolutionäre Diktatur des Proletariats*». Diese «*revolutionäre Diktatur des Proletariats*» ist zu verstehen auf dem Hintergrund einer früheren «Instruktion für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats (1867 in MEW 16; 194) der «Ersten Internationale» zu der Frage, wie Kinder und Jugendliche vor Ausbeutung geschützt werden könnten: «Das kann nur erreicht werden durch die Verwandlung *gesellschaftlicher Einsicht in gesellschaftliche Gewalt*, und unter gegebenen Umständen kann das nur durch *allgemeine Gesetze* geschehen, durchgesetzt durch die Staatsgewalt. Bei der Durchsetzung solcher Gesetze stärkt die Arbeiterklasse keineswegs die Macht der Regierung. Im Gegenteil, sie verwandelt jene Macht, die jetzt gegen sie gebraucht wird, in ihre eigene Diktatur. Sie erreicht durch einen allgemeinen Gesetzesakt, was sie durch eine Vielzahl isolierter individueller Anstrengungen vergeblich erstreben würde.»

Leider hat Marx keine systematische Staats-Theorie² entwickelt, die erklärt hätte, wie die «Arbeiterklasse» die parlamentarischen

2 Für Marx (MEW: 4, 482) «tritt an die Stelle der Regierung die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht abgeschafft, er *stirbt* ab». Nach meiner Kritik hat Marx die damals bereits absehbaren notwendigen Quantitäten und Qualitäten wachsender staatlicher Aufgaben in (internationalen) Massengesellschaften verkannt (selbst wenn man zuvor von den größeren Aufwand an bürokratischen Regelungen absehen könnte, um die Ungleichverteilungen vor allem ökonomischer Macht-Potenziale aufrecht zu erhalten).

sche Regierungs- bzw. Gesetzgebungs-Mehrheit gegen den Widerstand der «Kapitalisten-Klasse» hätte erreichen können. Insbesondere stellt sich die Frage nach den jeweiligen Verhältnissen von Reformen und Revolutionen sowie nach den Verhältnismäßigkeiten der Ziele und Mittel: Hätte die «Kapitalisten-Klasse» sich gegen die «revolutionäre Diktatur des Proletariats» mit illegaler Gewalt gewehrt? Hätte die «Diktatur des Proletariats» ihrerseits diesen Widerstand mit (illegaler?) Gewalt brechen sollen und dürfen? Hätte «dieser Zweck die Mittel geheiligt»? Unter welchen Umständen wäre dazu «die Zeit reif gewesen und wäre die «Stunde der Revolution» erst gekommen, wenn die Gegensätze zwischen den technischen Fortschritten der Produktivkräfte einerseits und den (anachronistisch stagnierenden) Produktionsverhältnissen andererseits allgemein unerträglich geworden wären, sodass «die Herrschenden nicht mehr könnten und die Beherrschten nicht mehr wollten» (Marx)?

In diesem Sinne hat Marx (MEW 18:529) mit einer Kritik an Blanqui die Diktatur einer revolutionären Avantgarde – im Namen des Proletariats – abgelehnt, (wie Lenin sie 1917 in St. Petersburg organisiert hat): «Daraus, dass Blanqui jede Revolution als den Handstreich einer kleinen revolutionären Minderzahl auffasst, folgt selbst die Notwendigkeit der Diktatur nach dem Gelingen der Diktatur, wohlverstanden, nicht der ganzen revolutionären Klasse des Proletariats, sondern der kleinen Zahl derer, die den Handstreich gemacht haben und die selbst schon im voraus unter der Diktatur eines oder einiger wenigen organisiert sind.»

Ist es danach ein (historischer?) Zufall, dass nach Lenins Staats-Putsch (?) Stalins «Diktatur» der zentralbürokratischen

«Nomenklatura» über das Proletariat folgte? Danach konnte es kein Zufall sein, wenn nicht nur die Industrie- und Land-Arbeiter, sondern auch die anderen Schichten der Angestellten und Funktionäre – ohne eigene Grundrechte gegen und im Staate, ohne effektive politische wie ökonomische Mitbestimmungs-Befugnisse ihre ideellen und materiellen Interessen am Gesamtwohl verloren – und die sog. Nomenklatura – soweit wie möglich – korrupt «in ihre eigenen Taschen» wirtschaftete.

5.2 «Demokratischer Sozialismus»

Der «Demokratische Sozialismus» wäre nicht zu rechtfertigen gegenüber dem (heutigen) Privat- bzw. Finanz-Kapitalismus, ohne dessen (oben skizzierte) historische Entwicklungen und Strukturen, destruktive Mechanismen und Aussichten. Weder war der Kapitalismus darauf angelegt, seine ursprünglichen Leitbegriffe «Freiheit, Gleichheit» über seine «Klasse» der sog. Besitz- und Bildungsträger hinaus «*solidarisch*» zu öffnen für die «Klasse» der lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten, noch konnte er seine historischen Fortschritte zu gleichen Staats-Bürgerrechten- und Pflichten *wirtschaftsbürgerlich* für alle arbeitsfähigen Menschen vollenden und begründen.

Zu rechtfertigen ist der «Demokratische Sozialismus» gegenüber dem Ein- bzw. Vorwand, er sei bereits gescheitert im Marxismus/Leninismus/Stalinismus. Zwar hat Marx (leider als abgebrochener Jura-Student) die ersten Anfänge seiner Zeit zu parlamentarisch-rechtsstaatlichen Demokratien als bloß bürgerlichen «Überbau» (unhistorisch-undialektisch?) verkannt. Er hielt die «Diktatur des Proletariats» (wie in der Pariser Commune 1871) für den notwendigen Übergang zum Sozialismus/Kommunismus.

Sicher jedoch hätte er die tatsächlichen Opfer, Unfreiheiten und Ungleichheiten der Massen unter Stalin abgelehnt, unter dem es nie eine «Diktatur des Proletariats» gegeben hat, sondern nur eine parteibürokratisch zentralistische Planwirtschaft. Diese funktionierte – ohne rechtsstaatlich demokratische Kontrollen – allein im Kriegs-Kommunismus und danach in der Rüstungs- und Schwerindustrie. Im Vergleich dazu stagnierte die allgemeine Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und sozialen Diensten. Die Verwaltung richtete sich nach den ideellen und materiellen Privilegien der sog. Nomenklatura, die sich am Ende von den USA zu Tode rüsten ließ. Gorbatschows Reformversuche kamen zu spät.

Braucht sich der «Demokratische Sozialismus» zu rechtfertigen vor den Reform-Versprechen der SPD-Koalitionsregierungen, welche die grundgesetzlichen Möglichkeiten (in Art. 15 GG), durch *Sozialisierung der Produktionsmittel*, den «Sozialstaat» (in Art. 20) für eine genossenschaftliche Wirtschafts-Demokratie zu öffnen (in ihrem Godesberger Programm, 1959) von vornherein aufgegeben hatte?

Programmatisch hat die SPD zunächst über neun Jahrzehnte an ihren Leitbegriffen: *Freiheit, Gleichheit und Solidarität* als Prinzipien des «Demokratischen Sozialismus» festgehalten:

Bereits im Programm der «*Sozialdemokratischen Arbeiterpartei*» (Eisenach 1869) fordert sie ... *gleiche Rechte und Pflichten*» ... Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch *genossenschaftliche Arbeit* (und) den *vollen Arbeitsvertrag für jeden Arbeiter*» «Die politische *Freiheit* ist die unentbehrliche Vorbedingung zur *ökonomischen Befreiung* der arbeitenden Klassen ... Aufhebung aller Vorrechte des Stan-

des, des Besitzes, der Geburt und Konfession.»

Im Programm der «*Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands*» (Gotha 1875) heißt es: «Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in *Gemeingut* der Gesellschaft und *genossenschaftliche* Regelung der Gesamtarbeit mit *gemeinnütziger* Verwendung und *gerechter* Verteilung des Arbeitsertrages, die *Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung ... die Beseitigung aller und sozialen und politischen Ungleichheit*».

Ähnlich heißt es im Programm «der» *Sozialistischen Partei Deutschlands*» (Erfurt 1891):

«Nur die Verwandlung des *kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln ... in gesellschaftliches Eigentum* und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, dass ... die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen ... zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt ... werde». Die SPD kämpft ... «für die *Abschaffung der Klassengesellschaft und der Klassen selbst* und für *gleiche Rechte und Pflichten aller* ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung».

In diesem Sinne fordert die SPD (Programm Heidelberg 1925): «Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des *kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum ...* Sie kann die *Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht* gekommen zu sein.» (Hervorhebung nicht im Original).

Dieser, ihrer demokratisch-sozialistischen Programmatik war die SPD verpflichtet bis zum «*Godesberger Programm*» (1959). Noch

ein Jahrzehnt zuvor setzte die Partei – allerdings ohne ausreichende Mehrheit im Parlamentarischen Rat – auf ihr Modell des «Sozialstaates» im Sinne einer *genossenschaftlichen Wirtschafts-Demokratie* nach folgenden Prinzipien: Die sog. «Gemeinwohl-Verpflichtung des Eigentums» (Art. 14, II GG) sollte gesetzlich eingelöst werden. «Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel sollten in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinschaft» (Art. 15 GG) «durch Gesetze überführt werden». Durch Gesetze sollte die paritätische Mitbestimmung der Arbeiter in ihren Betrieben eingeführt werden. Der Primat der Politik sollte durch staatliche Investitionslenkungen erfüllt werden.

Im Gegensatz dazu brach diese Programatische Tradition des «Demokratischen Sozialismus» nach 90 Jahren im Godesberger Programm von 1959 ab. Dieser Bruch erfolgte in drei Stufen: (1) Der «Demokratische Sozialismus» verlor seinen *ausschlaggebenden* Leitbegriff der «*Gleichheit*». Dieser wurde ersetzt durch den (programmatisch nicht definierten) Begriff der «*Gerechtigkeit*». (2) Der «Demokratische Sozialismus» wurde nicht mehr politisch-ökonomisch hergeleitet, sondern nur noch «in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt». Zwar erstrebt der Demokratische Sozialismus «eine neue und bessere Ordnung», (nachdem) «in der von Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft, Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet sind». Doch der «*Sozialstaat*» hat (lediglich) «für seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen, um jedem die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu ermöglichen und die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft

zu fördern». (3) Dementsprechend wird der «Demokratische Sozialismus» programmatisch überführt in «*freien Wettbewerb und freie Unternehmer-Initiative*... (als) wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. ... Deshalb bejaht die SPD den *freien Markt*, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. ... *Wettbewerb soweit wie möglich* – Planung soweit nötig!» (Hervorhebungen nicht im Original).

Was unterscheidet diese und die nächsten Programmsätze noch von der sog. Sozialen Marktwirtschaft der CDU: «Wirksame öffentliche Kontrolle muss Machtmissbrauch der Wirtschaft verhindern. Ihre wichtigsten Mittel sind Investitionskontrolle und Kontrolle marktbeherrschender Kräfte», wenn dieser Machtmissbrauch der Wirtschaft *von vornherein* hätte verhindert werden können, wenn die SPD den Kampf um die gesetzgeberischen Mehrheiten zur Sozialisierung der Produktionsmittel nicht von sich aus aufgegeben hätte?

Doch sie gibt sich mit «Gesundbeterei» zufrieden: «Wo mit anderen Mittel eine *gesunde* Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig». (Hervorhebungen nicht im Original).

Und so ist es bis heute geblieben: Die SPD als (Assistenz-)Arzt am Krankenbett des Kapitalismus, als wenn dieser noch zu heilen wäre? War es danach nicht wenigstens ehrlicher, als unmittelbar vor dem letzten Partei-Programm der SPD, aus der zweiten Reihe der Geschäftsführung der (allerdings gleich gescheiterte) Versuch unternommen wurde, – ersatzlos – den Leitsatz des «Demokratischen Sozialismus» zu entfernen?

Wenn die «Vision» wie die des «Demokratischen Sozialismus» (vorerst) geschei-

tert sein sollte, könnte dieses drei (mutmaßliche, interdependente) Gründe haben: (1) Das Konzept enthielt (strukturelle) Fehler; (2) die historische Konstellation erlaubte (noch) keine adäquaten Gelegenheiten; (3) es fehlten die möglichen und notwendigen Akteure.

Nach meinem vorangegangenen Vergleich der früheren Parteiprogramme der SPD – bis in die Beratungen des Parlamentarischen Rates – erscheint das Konzept – in seinem ersten Ansatz – historisch systematisch überzeugend. Gegen die m.E. selbst unhistorisch bzw. undialektisch überzogene Polemik von Karl Marx gegen das Gothaer Programm von 1875 resümiere ich drei Feststellungen: (1) Recht hatten die Programme die (gerade nicht nach Marx ideologischen) historischen Errungenschaften der (damaligen) rechtsstaatlichen Demokratien zugrunde gelegt. Damit war der erste Grundsatz der allgemeinen, gleichen *Staatsbürger*-Rechte anerkannt. (2) Ebenfalls zu Recht verlangten die Programme allgemeine, gleiche *Wirtschaftsbürger*-Rechte. (3) Grund-, mittel- und folgerichtig erkannten die Programme, dass diese Rechte nur mit einer *«genossenschaftlichen Wirtschafts-Demokratie»* verwirklicht werden konnten.

Damit erscheint das Konzept des «Demokratischen Sozialismus» in sich konsistent – und nicht nur auf der (theoretischen) Höhe seiner Zeit; es überzeugte auch seine (bewussten) Anhänger: Nicht umsonst wurde die SPD zur stärksten Partei Deutschlands. Dieses hätte sie auch bleiben können, hätte sie nicht 1914 den Kriegs-Krediten zugestimmt bzw. 1918/19 sich eindeutig auf die Seite der Arbeiter- und Soldatenräte gestellt und somit die Abspaltung der USPD/KPD verhindert.

6 Die Anachronismen ungleicher Verdienste, Leistungen und Verantwortungen

Die historischen Fortschritte zu gleichen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten vor den (nur so) allgemeinen Gesetzen, bei öffentlichen Wahlen und Abstimmungen werden zumindest als Programmsätze nicht mehr in Frage gestellt. Dahinter zurückgeblieben sind jedoch ihre materiell fundierenden und abschließenden wirtschafts-bürgerlichen Rechte und Pflichten. Deren Ungleichheiten werden traditionell nach «Verdiensten», «Leistungen» und «Verantwortungen» in Anspruch genommen.

Dieser Anspruch abstrahiert inzwischen von seinen ursprünglichen materiellen Grundlagen, Verhältnissen und Folgen.

Im sog. Klassischen Altertum in Athen und Rom gehörte es zu den Verdiensten der freien und gleichen (Besitz- und Bildungs-) Bürger, sich (zuerst) ehrenamtlich um das Wohl ihrer Stadt politisch «verdient» zu machen. An die Stelle dieser «Verdienste» bildete sich in der Neuzeit Aufstiege und Gratifikationen nach «Leistungen» heraus. Das sich vom Adel emanzipierte Bürgertum besetzte die neuen Leitungsfunktionen in Handel und Gewerbe, Kultur, Verwaltung und Justiz. In den modernen Industrie- und Wissensgesellschaften lassen sich jedoch individuelle (Teil-)Leistungen (wenn überhaupt) nur noch als «Störquellen» und «menschliches Versagen» isolieren und gewichten.

Im Zuge der Automatisierungen, Computerisierungen sowie Vernetzungen industrieller Fertigungsprozesse und Team-Kooperationen kann kein Individuum mehr derart mehrdimensionale Abläufe so überschauen, erst recht deren Zusammenwirken allein koordinieren und steuern, dass

es (allein schon gar nicht) für deren Erfolge oder Miss-Erfolge eigenverantwortlich, d. h. persönlich haften könnte.

Tatsächlich «verdienen» am wenigsten durchschnittliche «Handarbeiter», mehr Kaufleute, die nicht nur ihre Waren bewegen (lassen), sondern vor allem (spekulative) «Finanzprodukte», am meisten jedoch Erben großer Vermögen und Aktien-Pakete. Worin sollten deren «Leistungen», gar «Wertschöpfungen» bestehen?

Woran, wie sollten «Leistungen» überhaupt intersubjektiv kontrolliert werden? Welche «Daten» und Relationen sollten gelten: die Arbeits-Zeiten, der Energie-Aufwand, die Material-Kosten, die Seltenheit des Materials, der Bedarf, die Qualifikationen, die Vertriebs-Kosten oder die – wachsenden – Kombinationen all' dieser Faktoren?

Erst recht unüberschaubar werden diese Gewichtungen. Wenn es – zusätzlich – um sog. (sozialpsychologische) Zufriedenheit der Produzenten sowie der Konsumenten gehen soll.

Was folgt aus den sog. Gesetzen des Marktes, welche (angeblichen) die Bewertungen ausrichten nach ihren Verhältnissen von Angebot und Nachfrage, die ihrerseits abhängen von dem jeweiligen Aufwand an Marketing und Reklame? Orientieren sich die Erträge der Aktionäre nicht wie die «Vergütungen» ihrer Manager an ihren sog. Marktwerten, d. h. an ihren (schwankenden) Börsen-Kursen? Stellt sich danach die Frage nur noch rhetorisch: *«Wer verdient schon, was er verdient?»*

7 Vorbehalte gegen gleiche Rechte und Pflichten aller arbeitsfähigen Menschen in der Ökonomie

7.1 Die – egalitäre – Wirtschafts-Demokratie sei nicht effizient genug.

Gegenwärtig ist die Hypothese von der Ineffizienz egalitärer Wirtschafts-Demokratien noch ohne hinreichende empirische Grundlagen. Die Legende, im Sozialismus sei die ökonomische Gleichbehandlung gescheitert, ist längst durch die historischen Tatsachen widerlegt.

Bereits Marx hat die primäre Notwendigkeit radikal-konsequenter, ökonomischer Gleichbehandlung aller arbeitsfähigen Menschen von Anfang an erkannt und diese verschoben auf seine Utopie: «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen». Lenin hat von vornherein für seine Parteifunktionäre das Sechsfache des regulären Lohns von Industrie- und Landarbeitern vorgesehen. Stalin hat für seine «demokratisch-zentralistische» Parteidiktatur die Privilegien der sog. Nomenklatura institutionalisiert. Danach war das Ende – wenn auch erst nach dem relativ erfolgreichen Kriegskommunismus – programmiert: Das sowjetische System – ohne die historischen Fortschritte rechts- und sozialstaatlicher Demokratien, ohne effektiv gleiche Rechte und Pflichten aller Staats- und Wirtschaftsbürger – ließ sich von den USA so zu Tode rüsten, dass es am Ende nicht nur ökonomisch pleite war.

Ähnlich zuverlässig lassen sich die Resultate, d. h. Ineffizienzen antiker Sklavenhaltergesellschaften sowie mittelalterlicher Feudalordnungen beurteilen. Ihr gemeinsamer Nenner, nämlich die Ausbeutung und Unterdrückung der großen Mehrheiten durch privilegierte Minderheiten, konnte

(wenn überhaupt) gleiche ideelle Interessen am gemeinsamen Wohl nur durch religiöse Jenseitsversprechungen manipulieren.

Wie dagegen sich Menschen unter ganz anderen Verhältnissen verhalten werden, wenn sie nur noch für das eigene wie das gleiche Wohl aller anderen verantwortlich zu sorgen haben, können wir nur ex negativo vermuten:

Beginnen wir dazu mit der Vorstellung, all die Kosten und Aufwendungen abzuziehen, die heute notwendig sind, vor allem um die ökonomischen Vorrechte von Minderheiten gegenüber Mehrheiten durchzusetzen und zu konservieren, nämlich vor allem Rüstung, Reklame und Finanz-Spekulationen sowie erhebliche Anteile der Bürokratie, Polizei und Justiz. Wie ließen sich danach die freiwerdenden Mittel einsetzen, um die für alle Menschen notwendigen Lebensmittel und sozialen Dienste so zu verbessern, dass deren gleiche Verteilung freie und gleiche Zustimmungen erwarten darf?

7.2 Die «Natur des Menschen» sei nur auf ihren eigenen Vorteil angelegt.

Das Vorurteil über die sog. Natur des Menschen, die nur auf ihren eigenen Vorteil hin angelegt sei, ist bisher (natur-)wissenschaftlich nicht zu belegen: Die Gene, erst recht ihre Struktur bzw. ihre verbindenden Botenstoffe, erscheinen im Verhältnis zu unseren heute verfügbaren Messinstrumenten in der Neurobiologie so komplex, dass zumindest unmittelbare Konsequenzen für soziale Teilungsprozesse nicht analysiert werden können.

(Historisch-sozial-)wissenschaftlich dagegen lassen sich – im Rahmen ihrer Verhältnisse – keine eindeutigen Gegensätze zwischen sog. egoistischen und altruistischen Verhaltensweisen erkennen.

Tatsächlich hing das Sozialverhalten ab von den Verhältnissen (=Wasser, Vegetation, Klima, Rohstoffe, Energie-Vorräte, Nahrungsmittel usw.), in denen sie ihr Verhalten zum Zwecke ihres Überlebens einzurichten hatten.

Dieses Verhalten orientierte sich darüber hinaus an Traditionen und Interpretationen des sozialen Verhaltens: In allen Kulturen haben Menschen ihre Lebensmittel und Dienstleistungen nicht nur mit ihren Kindern, Eltern, Geschwistern geteilt und ausgetauscht, sondern auch mit ihren Nachbarn, Freunden, Gästen. – Wie hätten sie sonst als Gattung überleben können? Wie bzw. wozu hätten sie ihrem Verhalten einen Sinn geben können ohne gegenseitige Empathie, Fürsorge, Solidarität und Kooperation? Wie und wozu hätten sie überhaupt eindeutige Gegensätze zwischen sog. egoistischen und altruistischen Verhaltensweisen entwickeln können? Wo könnte und sollte das «egoistische» Interesse des einen beginnen und enden – gegenüber den anderen, auf deren Hilfen man selbst von Anfang bis Ende seines Lebens angewiesen bleibt? Gehört es nicht selbst zu den relativ späteren Sichtweisen – in entwickelten Kulturen den Einzelnen von den anderen, von seiner Gruppe/Stamm zu unterscheiden? Auf welchem (anderen?) Hintergrund lässt sich die sog. «Goldene Regel der Gegenseitigkeit» erklären? Doch aus welchen Gründen appellierte diese «Goldene Regel» später quasi nur oberhalb, lediglich moralisch-kompensatorisch gegen die ökonomisch wachsenden, hierarchischen Arbeitsteilungen, Ausbeutungen, Unterdrückungen, Benachteiligungen? Wie früh wurden diese Arbeitsstrukturen von den Eltern zu ihren Kindern weitergegeben und von Anfang an verinnerlicht? Wie sehr waren diese Eltern gezwungen zu sparen an

Zeit, Energie, Lust und Kraft? Wie konnten sie danach sich ihren Kindern so zuwenden, wie sie es gebraucht hätten, um sich ohne größere soziale Ängste entwickeln zu können? Wie tief haben diese Primär-Erfahrungen und Sinnes-Eindrücke Gefühle konserviert, denen das *Bewusstsein nachhinkte*? Wie gravierend blieben die frühkindlichen Ängste, welche dem bewussten Sein im Wege standen, das die Realität prüft? Welche Aufklärungs-Hilfen ließen sich gegen diese Hypotheken mobilisieren? Wie ließen sich die (vor allem emotionalen) Anstrengungen unterstützen, um die notwendigen Frustrations-Toleranzen zu stärken – und nicht in den Trägheiten der Wiederholungszwänge zu stagnieren? Welche Lern-Hilfen brauchte es, um die Lust am Denken zu wecken – und zu erhalten gegen die Neigungen des Gehirns – ökonomisch Energie zu sparen? (Schließlich verbraucht das menschliche Gehirn ca. ein Fünftel des Energie-Aufwandes des Gesamtkörpers, selbst in dessen sonstigem Ruhezustand. Von daher war es zweckmäßig für die menschliche Evolution, auch hier Energie zu sparen.)

Dass immer noch zu viele Menschen, die nicht lernen konnten, Lust am Denken zu entwickeln, mit Un-Lust auf die Anstrengungen des (vor allem abweichenden!) Denkens reagieren – und dieses versuchen abzuwehren, lässt sich weiter psychoanalytisch im Anschluss an Sigmund Freuds (vgl. S.F.: «Jenseits des Lustprinzips», 1920, in: Studienausgabe, Bd. 111, 1975, S. 217 ff) «Annahme ... der *Trägheit des Wiederholungszwangs*» (erklären): «dass es ein Bestreben des seelischen Apparates sei, die in ihm vorhandene Quantität von Erregung möglichst niedrig oder wenigstens konstant zu halten ... der Wiederholungszwang ist dem unbewussten Verdrängten zuzuschreiben».

Mit dieser Annahme zur Genese und Funktion der «Trägheit des Wiederholungszwangs als *Energie-Ersparnis* bzw. *Unlust-Vermeidung*» können wir weiter den Hintergründen bei den Gegnern unseres erkenntnisleitenden Interesses auf die Spur kommen.

Welche Einstellungen sind bereits in ihren Kindheiten von ihren Eltern vorgegeben worden? Welche Möglichkeiten hatten ihre Eltern – auf dem Hintergrund ihrer eigenen Biografien, abhängig von ihren Verhältnissen – ihren Kindern die Empathie und Fürsorge zuwenden zu können, welche die Kinder brauchten, um tragfähige Bindungen, Vertrauen zu anderen und zu sich selbst aufzubauen? In welchen Verhältnissen lebten ihnen welche Vorbilder soziales oder a-soziales Verhalten vor? Welche Er-Kenntnisse wurden ihnen zuteil, um diese Vorbilder und ihr Verhalten (nicht zuletzt in deren Ambivalenzen) kritisch vergleichend beurteilen zu lernen? Wie weit haben sie die – negativen – Menschen-Bilder und Gesellschafts-Modelle verinnerlicht, sodass sie gegen deren Strich – nur unter Unlust und Abwehr-Ängsten – andenken? Welche Gelegenheiten hatten sie, gegenteilige Erfahrungen zu machen, sich durch wissenschaftliche Modell-Vergleiche bessere Alternativen vorzustellen? Wie weit haben sie sich in ihren Berufen – unter den Zwängen des Geld-verdienen-müssens abgefunden mit feindseligen Konkurrenzen und Intrigen, gegenüber denen sie keine Auswege mehr erkannten? Wie abgestumpft mussten sie werden, um sich mit (Sinn)-Surrogaten wie Geld- und Status-Symbolen abfinden zu lassen? Wie hätten sie über die Ränder ihrer «Jobs» hinausblicken können und deren «Kurzichtigkeiten» in «Kurz-Schlüsse» zu verwandeln, die bequem – von der «egoistischen Natur des Menschen» auf die

«schlechten Verhältnisse» herunterkamen und nicht umgekehrt? Wie viele Ängste hatten sie zu überwinden, um die Risiken einzugehen, gegen den «Mainstream» der herrschenden Ideologien ihrer Umgebung zu opponieren? Wie viele Feigheiten vor ihren Freunden – auch außerhalb ihrer Berufe – ließen sie verstummen, um – wenigstens – ihre kleinen, gemeinsamen Privilegien nicht in Gefahr zu bringen? Welche Rationalisierungen brauchten sie, um diese Vorteile als «leistungsgerecht» gegen die zu verteidigen, die sich nicht so viel «leisten» können? Wieweit lassen sich danach Rivalitäten und Konkurrenzen um zu knappe Lebensmittel als Mangel-Kompensationen erklären, solange diese Defizite nicht als allgemein und gleich überwindbar erkannt werden?

Beruhn nicht die meisten Vorbehalte, hinter den oben vorgestellten Vorurteilen, gegen die allgemeine Vorteilhaftigkeit gleicher Rechte und Pflichten aller arbeitsfähigen Menschen in der Ökonomie auf vier (aufeinander aufbauenden) tiefen- bzw. sozialpsychologischen Widerständen bzw. Rationalisierungen? (1) Trägheit der Wiederholungszwänge (2) Verdrängungen unangenehmer Konsequenzen (3) Orientierungen an Mehrheiten (4) (Fehl-)Schlüsse von eigenen Privilegien auf allgemeine Vorteile.

1. Trägheit der Wiederholungszwänge lassen sich – gleichermaßen genetisch wie funktional – entschlüsseln als Abwehrmechanismen, gegen den Strich bisheriger Einstellungen umzulernen. Diese Einstellungen sind doppelt fixiert:

Zum einen ist ihre Struktur häufig von den Eltern auf ihre Kinder so autoritär sanktionierend einsozialisiert und verinnerlicht worden, dass Abweichungen

nur unter Trennungs- und Verlustängsten gewagt werden können.

Zum anderen ist der Zweck der Entlastung durch wiederholte Vorbehalte (und Vorurteile) nicht zu verkennen: Die eingeübte Reduktion von Komplexität erlaubt zumindest subjektive Sicherheiten und rasche Entscheidungen nach dem Muster, so lange am (anscheinend) Bewährten festzuhalten, wie dieses sich ohne größere Risiken bewahren lässt.

2. Verdrängungen unangenehmer Konsequenzen erscheinen wiederum genetisch und funktional erklärbar: Wie viele Kinder werden von ihren Eltern, wenn sie etwas «falsch» gemacht haben, konfrontiert mit der vorwurfsvollen (Pseudo-)Frage, was sie sich dabei gedacht hätten, ohne Rücksicht darauf, wie wenig ihnen absehbare Konsequenzen tatsächlich erklärt und erst recht vorgelebt worden sind. Unangenehm fixiert werden danach Einstellungen, sachliche Kritik als persönlichen Vorwurf misszuverstehen. Die Chancen, ohne Angst vor peinlichen Vorbehalten Alternativen modellhaft zu probieren, werden vertan. Nur unter großen Widerständen und wiederholten Rückfällen lassen sich nachträglich Korrekturen erlernen.

3. Orientierungen an Mehrheiten setzen die bisherigen Wiederholungszwänge und Verdrängungen fort, indem sie diese sozialpsychisch erweitern. Ihr gemeinsamer Vorteil ist genauso wenig zu verkennen wie ihr gemeinsamer Nachteil. Vorteilhaft ist die soziale Reduktion von Komplexität: Ist man nicht «auf der sicheren Seite» bei den Mehrheiten? Erspart man sich nicht Unsicherheiten, Ängste und Risiken, die bei gravierenden Konflikten mit diesen Mehrheiten drohen (können)?

Nachteilig dagegen stellen sich in der bisherigen Wissenschaftsgeschichte die Orientierungen an dem sog. Mainstream der herrschenden Meinungen heraus: Wie viele Erkenntnisfortschritte sind von sog. Außenseitern und Querdenkern vorgetragen worden, die erst viel später allgemein anerkannt worden sind? Wie oft hätte der Widerspruch der Minderheiten blinden Mehrheiten die Augen rechtzeitig öffnen können?

4. (Fehl-)Schlüsse von eigenen Vorrechten auf allgemeine Vorteile vollenden die bisher vorgestellten tiefen- und sozialpsychischen Vorbehalte. Deren Kurzsichtigkeit entspricht ihrer Kurzschlüssigkeit, seine eigenen (ungleichen) Vorteile zu «rationalisieren»: Wie könnte ein Wirtschaftssystem als solches insgesamt schlecht sein, das immerhin noch gut erscheint für seine eigenen (Vorteils-)Interessen?

8 Träger von Reformen/Revolutionen?

Wie bzw. durch welche Gruppen könnte der «Demokratische Sozialismus» politisch-ökonomisch-technisch verwirklicht werden? Nach meiner Vermutung kommen nur drei Gruppen in Betracht: (Eine *vierte* Gruppe, die dauerhaft auf staatliche (Sozial-) Arbeitslosenhilfen angewiesen bleibt, hat in der Regel sich damit abgefunden, nicht mehr an den «Leistungen» des Mittelstandes aktiv und passiv teilzuhaben. Diese Gruppe beteiligt sich kaum noch an politischen Wahlen und wird von den «Volksparteien» effektiv aufgegeben).

1. Die *Privilegierten*, die (noch) vom kapitalistischen Finanz- und Wirtschafts-System so profitieren, dass sie glauben, deren allgemein destruktive Konsequenzen ignorieren zu können.

2. Die *lohnabhängigen* Arbeiter, und (Pseudo-) Selbstständigen, die zwar noch keine Not leiden, wohl aber darüber hinaus sich keinen «Luxus leisten» können.

3. Die sog. *wissenschaftlich-technische Intelligenz*, die – in der Regel – hochqualifiziert als «Leitende» Angestellte und Beamte sowie freiberufliche «Berater» (Juristen, Ökonomen, Ingenieure und Medien-Experten) systematisch-relevante Entscheidungen vorbereiten und organisieren.

1. Vermutlich sind die meisten *Privilegierten* bereits von ihrer Herkunft so sozialisiert worden, dass sie die «Leistungen» ihrer Eltern und Großeltern gar nicht mehr bezweifeln (können). Auf diesem Hintergrund erscheinen die Wege und Umstände ihrer Ausbildungen/Studien und Karrieren, in denen man weitgehend «unter sich» bleibt, «Netzwerke» bilden konnte, sich als «Eliten» fühlte. In diesen Beziehungen reproduziert man die Gewohnheiten, «oben zu sein». Warum sollte man diese «Kultur» aufgeben, deren «Leistungen» man sich «verdient» hatte durch Herkunft, Bildung und «Verantwortung»?

Wie könnte diese «In-group»-Orientierung ohne gravierende Störungen von außen aus ihrem Gleichgewicht gebracht werden? Da sie «es nicht nötig haben», selbst erwerbstätig zu werden, nachdem sie sich bereits von den Zinsen ihres Vermögens jedes Luxus-Leben «leisten» können, werden sie kaum – direkt – von den «Krisen» der Weltwirtschaft betroffen. Nicht zuletzt fehlen den meisten die theoretischen Voraussetzungen, die «Krisen» in ihren regelhaften Verläufen als systematisch-notwendig zu erkennen, die gerade nicht vorübergehen.

2. *Die lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten*: Die Angehörigen der sog. unteren Mittelschicht sind wie keine andere Gruppe im Kapitalismus von ihrer Arbeit entfremdet. Im Anschluss an Karl Marx' *Theorie der Entfremdung* (vgl. die sog. Pariser Manuskripte 1844 in MEW, Erg. Bd. 1) erscheinen sie tendenziell überwiegend in ihren bewussten Interessen – entfernt sowohl von ihren Arbeiten und deren Produkten sowie deren Abnehmern als auch von ihren (wechselnden) Mitarbeitern und nicht zuletzt von sich selbst: «In der Arbeit ist der Arbeiter außer sich und erst außer der Arbeit bei sich» (Karl Marx).

So müssen ihnen ihre Arbeiten gleichgültig werden; diese werden nicht (wie bei Künstlern oder Wissenschaftlern) selbst- und mitbestimmt um ihrer selbst willen erledigt, sondern gegen Entlohnung, worauf sie – ohne Alternativen – angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Dabei stehen sie – auch gegen ihre Kollegen – unter der Peitsche der Konkurrenz um die Höhe der Lohnkosten. Ihre «Mitbestimmung» im Sinne (unfreiwilliger) sog. «Zielvereinbarungen» dient dazu, ihre Tätigkeiten zu «evaluieren» bis zu ihrer «Freisetzung»: Sie selbst sollen ihre Arbeitskraft überflüssig machen.

Doch damit nicht genug. Auch in ihrer sog. «Freizeit» sollen sie nicht über diese (Selbst)Ausbeutung und Liquidation ihrer Arbeitskraft nachdenken: Fungierten sie in der Arbeit als «Anhängsel der Maschinen» (Marx), «hängen» sie außerhalb am Fernseher, Internet, an Video-Spielen ab, gehen zu Massen-Veranstaltungen (z. B. Fußball), in denen auch keine Diskussio-

nen über ihre Tätigkeiten oder gar politische Organisationen stattfinden können.

3. *Die sog. wissenschaftlich-technischen Intelligenzen*: Zwischen die alten Klassen des Industrie-Proletariats und den sog. Kapitalisten, d. h. den Inhabern bzw. Verfügungsberechtigten über die Produktions- und Distributions-Mittel, ist eine neue Schicht (leitender) Angestellten, Beamten und Freiberufler getreten. Diese sind in der Regel wissenschaftlich qualifiziert: Sie verfügen sowohl über die theoretischen Kompetenzen als auch über die beruflichen Erfahrungen, um die tragenden und weitreichenden Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Kultur zu analysieren, zu antizipieren, vorzubereiten, zu organisieren, deren Resultate zu evaluieren und zu korrigieren. Dementsprechend könnten sie auch die «Leistungen» erbringen, Risiken abzusehen bzw. deren Verdrängungen zu durchschauen und (öffentlich) zu kritisieren. Damit könnten sie sich unterscheiden von den (Groß-)Privilegierten und ihren habitualisierten Einstellungen und gesellschaftlichen Rücksichten auf ihre Gruppen-(Zwänge). Nicht zuletzt unterscheiden sich die Angehörigen dieser sog. technisch-wissenschaftlichen Intelligenz weiter in doppelter Weise von den Inhabern großer Vermögen und Einkommen (die nur noch andere für sich arbeiten lassen):

Meist haben die Mitglieder technisch-wissenschaftlicher Intelligenz wesentlich größere Anstrengungen erbracht, um durch «Bildung» «aufsteigen» zu können. Während die reichen Kinder auf das «Sponsoring» ihrer Eltern vertrauen konnten, auf Privat-Schulen bzw. Privat-Universitäten «durchkamen», waren die anderen auf Stipendien angewie-

sen oder mussten «nebenbei» Geld verdienen. Sie standen bereits im Studium in Konkurrenzen gegen ihre Kommilitonen. Diese Konkurrenzen setzten sich fort in ihren Berufen. Sie mussten fortdauernd «auf der Höhe» wissenschaftlicher Erkenntnisse und beruflicher Fertigkeiten bleiben. Ihre leitenden Tätigkeiten erlaubten und erzwangen ständig vergleichende Überblicke. Diese konnten gar nicht enden an den Rändern ihrer Tätigkeits-Bereiche. Damit kamen auch die System-Strukturen und -Krisen in ihren Blick. Wie lange können und wollen sie die daraus resultierenden Widersprüche verarbeiten: Auf der einen Seite die von ihnen erwarteten «Leistungen», um nicht von ihren Konkurrenten überholt und erledigt zu werden; auf der anderen Seite die – *destruktiven* – Konsequenzen dieser «Leistungen», die sie nicht länger ignorieren und verdrängen (können?).

Damit muss ich enden mit den Schluss-Fragen, die diesen Konflikt entscheiden werden: Wie lange werden sich diese Mitglieder der sog. wissenschaftlich-technischen Intelligenz ideell und materiell (weiter) korpumpieren, d. h. ihre Zustimmungen zu den «Leistungen» des Kapitalismus abkaufen lassen? Wie lange werden sie deren Legenden und Lügen noch vertreten? Was sind ihre (Rest)-Privilegien wert, wenn ihre «Leistungen» ihren Kindern und Kindes-Kindern nicht mehr zu gute kommen werden? Welche «Gerechtigkeiten» können sie rechtfertigen, wenn deren «Güte» in ihre Gegenteile verkehrt? Wer wollte noch an öffentliche Schulden, Kriegen und Umwelt-Zerstörungen «verdienen», wenn dagegen in einer friedlichen, gerechten und guten Weltordnung alle arbeits- und lernfähigen Menschen – nach gleichen Rechten und Pflichten – nur die Güter herstellten und egalitär

miteinander teilten, die sie wirklich gemeinsam brauchen?

9 (Vorläufiges) Resümee – Thesen

Mein Vorschlag zum «Demokratischen Sozialismus» konzentriert sich auf dessen «Verfahrens-Rationalität» auf drei Ebenen, die aufeinander aufbauen:

1. Die Argumentationen erfolgen diskursiv-prozessual – nach gleichen Rechten und Pflichten der Diskutierenden.
2. Diese Prinzipien und Regeln gelten in gleicher Weise für die tragenden Institutionen und Verfahren des Demokratischen Sozialismus.
3. Die politisch-ökonomischen bzw. sozialen Wege dahin haben den Prinzipien und Regeln des Demokratischen Sozialismus zu entsprechen.

Zentraler Maßstab ist in doppelter, d. h. formaler wie inhaltlicher Weise das allgemeine Wohl möglichst aller Menschen (auch in ihrer absehbaren Zukunft). Dieses Wohl lässt sich nur prozessual bestimmen: Alle Menschen sollen die sozial möglichen Bedingungen, Mittel und Hilfen erhalten, die sie durchschnittlich brauchen – jenseits von (überflüssigem) Luxus einerseits und (vermeidbaren) Mängeln andererseits. Diese Universalisierung ist nur möglich durch das Prinzip der (sozialen) Gleichbehandlung aller Menschen. (Für die Ausnahmen der Kinder, Kranken, Behinderten, Alten gelten – positiv – die Regeln der Gegenseitigkeit: Diejenigen, die mehr als nur für sich selbst sorgen können, erbringen für die anderen, die dazu nicht imstande sind, die Leistungen, die sie für sich selbst an Stelle der anderen – beanspruchen könnten).

Unter dem Anspruch des allgemeinen, gleichen Wohls werden alle (lern- und arbeitsfähigen) Menschen in gleicher Weise berechtigt und verpflichtet, die durchschnittlich möglichen und notwendigen (Gebrauchs-)Güter und sozialen Dienstleistungen egalitär, kooperativ und solidarisch herzustellen bzw. adäquat zu verteilen.

Die *Institutionen und Verfahren* des Demokratischen Sozialismus beruhen zuerst auf den historisch bewährten Grund- und Menschenrechten sowie auf den Verfassungsgrundsätzen der demokratischen Rechts- und Sozial-Staaten, d. h. im einzelnen der Volkssouveränität i.S. allgemeiner, gleicher, direkter, geheimer, gesetzlich periodischer Wahlen, sowie der parlamentarischen Mehrheitsbildungen und Gesetzgebungen:

1. Minderheitenschutz der parlamentarischen Opposition,
2. Recht- und Gesetzmäßigkeiten der Verwaltungen,
3. Gewaltenteiligen, unabhängigen Rechtsprechungen,
4. Freien und gleichen Rechte in und für politische Parteien und Verbände,
5. Freiheiten der – staatsunabhängigen – öffentlichen Medien,
6. Freiheiten der – unabhängigen – Wissenschaften und Künste.

In der Hauptsache geht es darum, die allgemeinen, gleichen *Staats*-Bürgerrechte und –pflichten

7. vor den (nur so) allgemeinen Gesetzen,
8. bei allen Wahlen und Abstimmungen,
9. beim Zugang zu allen öffentlichen Ämtern

durch entsprechend allgemeine, gleiche *Wirtschafts*-Bürger-Rechte und –pflichten

ökonomisch zu begründen und zu vollenden, d. h. die Produktionsmittel (= Grund und Boden, Naturschätze, Versicherungen und Banken) in Gemeineigentum zu überführen.

Dieses genossenschaftliche Gemeineigentum wäre durch paritätische Aufsichts- und Vorstands-Gremien zu verwalten.

Zu gleichen Teilen wären diese – nach einmaligen – Wahlperioden zu besetzen mit Vertretern (je nach Bedarf) aus den Bundes- und Länderparlamenten, den Städten und Landkreisen sowie Repräsentanten aus den Belegschaften.

Um das – durchgängig egalitäre – *Prinzip gleicher Rechte und Pflichten* aller Amtsträger und Leiter von Anfang bis Ende durchzuhalten, sollten drei Regeln verbindlich gelten: Niemand sollte mehr als *ein* öffentliches Amt oder eine andere Leitungsfunktion innehaben. Die Amtszeit bzw. Leitungsfunktion wäre – endgültig – nur für *eine* Wahlperiode festzulegen

(Deren Inhaber sollten jedoch für die gleiche Zeit ihren Nachfolgern als reguläre Berater zur Verfügung stehen, um Leitungserfahrungen und –Kompetenzen kontinuierlich weiterzugeben). Die Vergütungen hätten den allgemeinen, gleichen Durchschnittslöhnen zu entsprechen. (Lediglich die regulär notwendigen Aufwandsentschädigungen wären zu entgelten. Sonstige Zuwendungen an die Amtsträger und Leiter sowie an ihre Verwandten und Freunde müssen sofort zum Ausschluss von allen Ämtern und Leitungen führen).

Könnten diese drei Regeln nicht die egalitären Verfassungsgrundsätze der Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsdemokratien vollenden:

10. Parlamentarisch-politische Gesamtverantwortung für *alle öffentlichen Angelegenheiten*,

11. rechtsstaatlich rotierende Gewaltenteilungen,
12. gleiche *staats-* und *wirtschafts-*bürgerliche und Pflichten – ohne Privilegien und Korruptionen,
13. politisch-rechtlich-administrative Qualifizierungen der Wähler und ihrer Engage-

ments für das Allgemeinwohl – wie für ihr Eigenes?

Könnte diese Renaissance ihrer demokratisch-sozialistischen Tradition die SPD davor bewahren, sich als Koalitions-(«Schwester») der CDU überflüssig zu machen?

SOZIALDEMOKRATISCHE GESCHICHTSPERSPEKTIVEN

Kira Ludwig

Gerade jetzt eine falsche Entscheidung — ein Weckruf!

Jetzt zum Beispiel könnte man doch eine Historische Kommission des Parteivorstandes gut brauchen. Man könnte sie beauftragen, den umfänglichen und vielschichtigen Gerechtigkeitsdiskurs der SPD zu analysieren, um herauszufinden, wer wann mit welchen Argumenten ernsthaftere Alternativen zu den Hartz-Gesetzen diskutiert hat. Interessant wäre zu erfahren, ob es Brücken in die Zivilgesellschaft gibt, welche das sind, wie die Debatte verankert ist. Der Auftrag müsste beinhalten, die Modelle und Argumente zusammenzutragen und sie jeweils mit der historischen Umgebung, den wirtschaftlichen Daten und der gesellschaftlichen Meinung in Beziehung zu setzen.

Wäre das eine Aufgabe für die Friedrich-Ebert-Stiftung? Für die Grundwertekommission? Auch, aber den zeithistorischen Überblick über die verschiedenen Strömungen und Publikationen hätte viel eher eine breit gefächerte Historische Kommission.

Auch sehr hilfreich wäre ein Auftrag an die Historische Kommission, aus der Geschichte Formen des Protestes und des Umgangs mit Rechtsextremen miteinander zu vergleichen. Seit Monaten ringen wir in der Öffentlichkeit um den rich-

tigen Umgang, um Symbole und Parolen und Wege des gemeinsamen gesellschaftlichen Protests. Die SPD wirbt mit «Herz statt Hetze», Leute protestieren unter den Labeln: #wirsindmehr, Jetzt reicht's, Aufstehen gegen rechte Hetze, Bunt statt braun und vielen mehr. Es gibt gesitteten Protest mit Kerzen und Schweigen, gewitzten Protest mit «Spendenlauf für antirassistische Projekte», an dem Pegida und AfD unfreiwillig teilnahmen, Verunglimpfung und Lächerlichmachen zum Beispiel durch Kampagnen wie «Storch Heinar», Prügeln mit dem Schwarzen Block – welche dieser Protestformen ist wie einzuschätzen? Hinzu kommt der parlamentarische Umgang mit der AfD: Wie sind die Parlamente in der jüngsten Vergangenheit mit dieser umgegangen, wie sind sie ehemals mit DVU und Republikanern umgegangen, was bringt das jeweils ein? Wenn wir schon aus der Geschichte lernen wollen, dann brauchen hier vergleichende Studien, die aus historischer Perspektive Argumente und Einschätzungen liefern. Vertiefende Studien sollten uns zeigen, wie stark solche wehrhaften Demokratieüberlegungen jeweils in der Gesellschaft verankert und mitgetragen wurden.

Vielleicht sollte diese Aufgabe besser sozialwissenschaftlich und politologisch untersucht werden? Ja, vielleicht, allerdings könnte eine historische Kommission hier die geschichtlichen Perspektiven ergänzend eintragen und ehrliche Antworten darauf geben, wie unterschiedlich sich zum Beispiel Parteivorstände gegenüber parteieigenen und zivilgesellschaftlich nahen Initiativen verhalten haben.

Eine Historische Kommission in der SPD würde ich weiterhin dazu befragen, wie die SPD mit größeren Umwälzungen und historischen Aufgaben jeweils umgegangen ist. Es wäre interessant, zu erfahren, ob es Beispiele für das gibt, was sich in der SPD seit einigen Jahren abspielt und das im sogenannten Debattencamp gerade seinen Höhepunkt fand: die innerparteiliche Entdemokratisierung zugunsten einer vorwiegend symbolischen Beteiligung vieler, die angeblich sonst keine Stimme haben: vulgo Internetplattformen, Regionalkonferenzen, Debattenportale, Debattencamps und «moderierte» Veranstaltungen, auf denen große Stichwortsammlungen entstehen, über deren ordentliche Weiterverwendung jedoch berechtigte Zweifel bestehen.

Um das Debattencamp anständig zu inszenieren, wurde das scheinbar wichtigste Ergebnis gleich vorweggenommen, allerdings in Form einer Absage an etwas, was man sich bis dahin weder politisch noch historisch so richtig zu eigen gemacht hatte und das in dem Schlagwort zu einer Art Antichrist der Linken gerann: Hartz IV. Große Teile der SPD haderten mit den Sozialgesetzen von 2002 und 2003. Anstatt offensiv damit umzugehen, verfiel die Parteispitze nun auf die Formel «Hartz IV werden wir hinter uns lassen», damit es die neue Kommunikationsform Debattencamp nicht sprengt.

Dieser ganze Vorgang ist vermutlich beispiellos in der Geschichte der SPD. Er igno-

riert alles, innerparteiliche Demokratie, Beschlusslagen, Kenntnisstände, Wissenspools und Expertenmeinungen in der SPD. Darum wirkt die Parteiführung geschichtslos und selbstvergessen; und das an einem Kernpunkt der Sozialdemokratie: der Sozialpolitik. Für die Protagonisten beinahe revolutionär, aber im Ergebnis viel zu kurz gegriffen, wird das «Bürgergeld» in die Runde gebellt. Das hilft uns nicht weiter, denn der Kern dessen, was für eine echte Reform wirklich nötig ist, wäre eine Neudefinition des Arbeitsbegriffs.

Aber vielleicht kommen wir da noch hin. Das wäre immerhin wirklich eine Neuerung. Eine kühne Idee wäre, dass alles dies zusammen hinweggespült wird von der kommenden jungen Generation, die die Debatte vor 2002 gar nicht mitgemacht hat. Denn wer derart unverfroren am offenen Herzen der Sozialdemokratie herumpuhlt, wie es die jetzige Parteispitze tut, hat es eigentlich nicht besser verdient, als in den Orkus der Parteigeschichte verbannt zu werden und zwar möglichst rasch. Kevin Kühnert, Delara Burkhardt, bitte übernehmt den Laden!

Das soll nicht heißen, dass die Geschichte der SPD selbiger im Wege sei. Aber es könnte heißen, dass die Verwerfungen, die die Hartz-Gesetze erzeugt haben, ganz unabhängig davon, was an den Gesetzen sinnvoll oder unsinnig ist, auch unabhängig davon, ob und welche Kampagnen dagegen medieninduziert oder linksparteigesteuert wären, dass diese Verwerfungen so arg sind, dass sie uns in der Weiterfahrt ernsthaft behindern.

«Sprungentwicklung» um sich die Geschichte neu anzueignen?

Werfen wir sie also über Bord? Könnte die SPD eine «Sprungentwicklung» benötigen,

die nicht nur große Teile des alten Establishments, also jetzt über 50-Jährige, die eigentlich noch was werden wollen, mitsamt der Alt-68er Riege auskehrt, sondern auch noch einen guten Teil des «Mittelalters» gleich mit in die politische (Früh-) Rente schicken wird? Natürlich wäre das schmerzhaft, weil diese mittlere Generation lange Jahre harter Arbeit hinter sich hat und sich derzeit abwartend in Stellung hält, um mit dem Scheitern der Großen Koalition ansprechbar zu sein für höhere Weihen?

Umso wichtiger wäre jetzt eine Historische Kommission bzw. eine umfassende historische Aufarbeitung, wie es zu diesem Desaster kommen konnte. Manche der Geschassten und beiseite Tretenden könnten kräftig mitarbeiten. Die junge Generation käme einfach so ans Ruder und würde sich relativ unbelastet die Geschichte der innerparteilichen Entscheidungswege angehen, ohne selbst verstrickt zu sein.

So eine «Sprungentwicklung» in der SPD würde möglicherweise den Verlust vieler Mitglieder bedeuten, vielleicht auch die Spaltung, weil mancherorts doch wieder «alte Sozis» gewählt werden würden und andernorts nur junge neue Leute. An wenigen Stellen mit verständigem Personal würde vielleicht der familiäre, gemeinschaftliche Übergang gelingen, der alle mitnimmt, aber das wäre die Ausnahme. Aber schon bald pendelte sich das aus und die junge Generation formte dann eine neue Partei.

Dass die SPD das nicht von allein machen würde, sehen wir deutlich an den Nominierungen für das Europa-Parlament. In keinem der 14 Verbände, in denen junge Männer und vor allem junge Frauen durchaus zur Wahl standen, haben sie sich durchsetzen können. Am Ende hat der Juso-Bundesvorsitzende interveniert und der PV hat durchge-

griffen, um die Nominierungen in eine Vorschlags-Liste zu übersetzen, auf der die junge Generation angemessen berücksichtigt ist. Die betroffenen Landesverbände regen sich zu Recht auf, müssen sich aber dennoch fragen lassen, wieso sie nicht von allein den Mut zu Neuem aufgebracht haben.

Freisprechen von der Geschichte können wir die junge Generation nicht. Ein Grundproblem der SPD liegt nämlich zur Zeit darin, dass sie wie erwähnt ihren Weg und ihre Entscheidungen, die Hartz-Gesetze einzuführen weder richtig aufgearbeitet hat, noch in irgendeiner Form als ihre Geschichte angenommen hat. Keine Zukunft ohne Geschichte, das bedeutet auch, zumindest die Sache als Fehler anzunehmen. Dabei wird man rasch herausfinden, dass nicht alles falsch war und das wäre tatsächlich ein Schritt in die richtige Richtung.

Zwischen den Polen «Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen» und einem absolut bedingungslosen Grundeinkommen für alle liegen viele Möglichkeiten der Gestaltung einer neuen Sozialpolitik. Historisch hat der Aufbau und Ausbau des Sozialstaats mindestens zwei wichtige Antriebskräfte gehabt: Einerseits die Verelendung großer Massen in unmenschlichen Arbeits- und Lebensverhältnissen mit der industriellen Revolution am Ende des 19. Jahrhunderts, weiterhin die Integration von 6 Millionen Kriegsbeteiligten nach dem Ersten Weltkrieg. Beides hat zu umfassenden Bemühungen und großen Schüben, den Sozialstaat zu gestalten, geführt. Danach kam die Wohlstandsbeteiligung mit der Bildungsoffensive nach dem Zweiten Weltkrieg. Erwerbsarbeit gab es bis dahin massenhaft. Das hat sich geändert. Heute heißt die Herausforderung: Das Ende der Arbeitsgesellschaft. Ausgehend von den Thesen

Jeremy Rifkins werden die Ideen dazu seit den 1980ern intensiv diskutiert.

Die SPD hat sich des Themas immer mal wieder mit mäßigem Erfolg angenommen. Im Diskurs über soziale Gerechtigkeit, den die Partei ständig führte, tauchen in den 1980er-Jahren zum Beispiel in den *perspektivends* die Schriften des 2013 emeritierten Prof. Georg Vobruba auf. Er skizziert dort, was er «grundgesicherte Vollbeschäftigung» nennt. Richtig drangeblieben an dem Thema sind die *perspektivends* nicht. Die Debatte von damals wurde von der Deutschen Einheit weggespült. Danach machten New Economy und der Rückgang an Beschäftigung ihr den Garaus.

Das Grundeinkommen in all seinen Schattierungen und Varianten wird sich heute

nicht einfach so beseitigen lassen. Arte zeigt eine sechsteilige Doku zum bedingungslosen Grundeinkommen, die Gazetten debattieren, die Parteispitze fordert uns dazu auf, im Debattenportal dazu Stellung zu nehmen. Ob das das richtige Format ist, sei mal dahingestellt, es geht hier um eine ziemlich radikal andere Sichtweise auf den Sozialstaat.

Da wäre es gut, eine kluge Historische Kommission zu haben, wie wir sie hatten, die die Bemühungen der SPD in den letzten Jahrzehnten, den Sozialstaat anders zu gestalten, nachzeichnet und Argumentationslinien sammelt. Denn wir brauchen jetzt gute Erklärungen, wenn wir die Sozialpolitik auf neue Füße stellen.

Daniela Rüther / Karsten Rudolph

Sozialdemokratie und Geschichte

Reflexionen aus gegebenem Anlass

Im August dieses Jahres ging ein Rauschen durch den Blätterwald. Es war bekannt geworden, dass die Parteiführung der SPD beschlossen hatte, die Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD, kurz HiKo, aufzulösen. Die Erinnerung an das eigene historische Erbe sei der SPD zum Ballast geworden, sie werfe ihre Vergangenheit in den Brunnen, schimpfte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, und ähnlich hieß es in der Welt, Nahles schaffe die SPD-Vergangenheit ab. Auch die Historikerzunft entdeckte die SPD wieder, ging auf die Barri-

kaden und verfasste unter der Überschrift «Ohne Geschichte keine Zukunft» in der Form eines offenen Briefes einen von über tausend Historikerinnen und Historikern unterzeichneten mahnenden Appell an die Parteiführung der SPD, den «geschichts- und gegenwartsvergessenen Beschluss», die Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD abzuschaffen, zu revidieren.

Das renommierte Gremium war im Oktober 1981 auf Vorschlag des damaligen SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz, unter dem Parteivorsitz Willy Brandts,

gegründet worden. Auf der (noch bestehenden) Internetseite der HiKo ist zu lesen: «Als wesentliches Motiv für ihre Gründung stand das Ziel der sozialdemokratischen Identitätsvergewisserung durch die Aneignung und Vermittlung ihrer Geschichte. Die Diskussion über den NATO-Doppelbeschluss, Leistungskürzungen im Sozialbereich und Schwierigkeiten mit dem damaligen Koalitionspartner FDP hatte die Bundes-SPD Anfang der 1980er-Jahre in eine schwierige Phase gebracht und Flügelkämpfe ausgelöst.»¹

Als das in der deutschen Parteienlandschaft bis dahin einzigartige Gremium gegründet wurde², sollte es der SPD helfen, aus einer innerparteilichen Krise heraus zu kommen. 37 Jahre später steckt die Sozialdemokratie wieder in einer schweren Krise. Diesmal bildet sie den Hintergrund für die Abschaffung des Gremiums. Ein Schritt, der auch innerhalb der Partei auf Unverständnis stieß. Zunächst wurden finanzielle Gründe für die Auflösung der Kommission genannt, danach wurde der Beschluss, sie zu liquidieren in den Kontext des Erneuerungsprozesses der Partei gestellt, der zur Reduktion der großen Zahl an Kommissionen und Foren geführt habe, wie auf der Website der HiKo ausgeführt wird.³ Inhaltliche Gründe für die Beendigung der Arbeit der HiKo in ihrer ursprünglichen Form werden nicht genannt. Eine Evaluation der Arbeit der HiKo erfolgte nicht.

Fremdelt die Sozialdemokratie also doch mit ihrer Vergangenheit? SPD und Geschichte, das Thema ist facettenreich und voller Widersprüche und keineswegs allein auf die Historische Kommission zu verengen, die im Laufe ihres Bestehens viele Publikationen über die Geschichte der SPD herausgegeben hat. Die Berufung der HiKo markierte nicht den Anfang der Beschäftigung der Partei mit ihrer Vergangenheit.

Die SPD lebt mehr als jede andere Partei aus ihrer historischen Erfahrung, ihre Geschichte dient als moralische Ressource für ihre Mitglieder, als Jungbrunnen und Motivation für die Basis.⁴ Dies hat eine lange Tradition. Die Sozialdemokratie hat sich frühzeitig, schon im 19. Jahrhundert mit ihrer Geschichte befasst, eher als jede andere Partei nach ihr. Beispielfhaft ist die 1895 im Dietz Verlag erschienene *Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen*. Darin ist das bis heute beliebte Plakat «Stammbaum des modernen Sozialismus» abgebildet, das einen wuchtigen Baum mit Wurzeln, Stämmen und Ästen zeigt, durch den die Ursprünge des Sozialismus illustriert werden sollten.⁵ Er demonstriert ein die nationalen Grenzen überschreitendes Geschichtsverständnis und den Versuch, eine eigene Identität in Abgrenzung zu bürgerlichen Werten und Vorstellungen aufzubauen.⁶ Auf dem Hintergrund der Ghetto- und Pariasituation, in der sich die Sozialdemokratie seit den Anfängen

1 <https://hiko.spd.de/>.

2 Ähnliches wird jetzt bei der CDU versucht, bei der Partei Die Linke existiert eine Historische Kommission beim Parteivorstand. Sie wurde erstmals 2007 berufen. www.die.linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/historische-kommission.

3 <https://hiko.spd.de/>.

4 Dietmar Süß: «Krise» als Lebenselixier. Eine kleine Geschichte sozialdemokratischer Sinnsuche. In: *perspektivends* 1/18, S. 14.

5 Beatrix Bouvier: Die Französische Revolution und die Grundwerte der Sozialdemokratie, in: Anja Kruke / Meik Woyke, (Hrsg.), *Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung 1848 - 1863 - 2013*, Bonn 2012, S. 28 f.

6 Ebd.

der Partei befand, und die auch in den zwölf Jahren der Weimarer Republik, deren demokratisch-parlamentarische Verfassung die SPD maßgeblich trug, nicht überwunden werden konnte⁷, ist es verständlich, dass die eigene und sei es auch noch so junge Geschichte zur Selbstvergewisserung beschworen wurde. Auch an der Parteibasis spielte die Tradition früh eine wichtige Rolle. Ein besonderes Artefakt des Traditionsbewusstseins ist das so genannte «Sozialistenbanner». Zum zehnjährigen Bestehen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurde eine Fahne hergestellt, die die Zeiten größter Bedrängnis unter Sozialistengesetz und NS-Diktatur überlebte, weil Sozialdemokraten sie unter Gefahr für Leib und Leben schützten.⁸

Die SPD ist die älteste demokratische Partei Deutschlands. Sie hat maßgeblich zum Aufbau unserer heutigen sozialen und politischen Ordnung beigetragen. Das 1891 in Erfurt entworfene Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands enthielt konkrete sozialpolitische Forderungen, die heute eine Selbstverständlichkeit sind, wie den Achtsturentag, Schaffung eines gerechten sozialen Sicherungssystems, das Verbot der Kinderarbeit sowie des Wahlrechts für Frauen. Während die deutsche Geschichte allgemein über lange Strecken eher zur Verdrängung eingeladen hat, benötigte die SPD keine «Stunde Null». Andrea Nahles hob in ihrer Rede auf der Festveranstaltung «200 Jahre Karl Marx» Bezug nehmend auf Sascha Lobo hervor, dass die

SPD die «Technologiebewältigungspartei» gewesen sei, die dazu beigetragen habe, dass aus technologischem Fortschritt auch gesellschaftlicher Fortschritt geworden sei. «Heute – und das ist mein Appell», sagte sie, «ist das aktueller denn je. Heute erleben wir etwas Ähnliches. Wir sind Zeugen der Digitalisierung und damit auch der Entstehung einer neuen Produktionsweise, oder eine neuen, nämlich des digitalen Kapitalismus.» Sie betrachtet darin eine neue Gestaltungsaufgabe für die Sozialdemokratie.⁹

Von dritter Seite wird die heutige Krise der Sozialdemokratie historisch verortet. In den Medien ist von einem «historischen Tief» die Rede. Es ist, wie Dietmar Süß in dieser Zeitschrift festgestellt hat, «ein eigener Markt für sozialdemokratische Apokalyptiker entstanden, die den nahen Untergang prognostizieren und sich an der demoskopischen Endzeitstimmung ergötzen».¹⁰ Während die Geschichte der SPD im öffentlichen Umgang bisweilen politisch instrumentalisiert wird, hat die Geschichtswissenschaft sie schon lange historisiert, wenn auch die Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung innerhalb der Fachwissenschaft erst später einsetzte, als die frühe Nabelschau der SPD. Bis in die unmittelbare Nachkriegszeit blieb die Geschichte der Arbeiterbewegung ein «Stiefkind der historischen Disziplinen» und etablierte sich erst im Zuge des Booms der Sozialgeschichte zu Beginn der 1970er-Jahre als Spezialdisziplin des historischen Fachs.¹¹

7 Hans Mommsen: Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei*, Frankfurt a. M. 1974, S. 15.

8 Manuel Gogos: Wir sind viele – Der Aufstieg zur Massenpartei, in: Kruke/Woyke, S. 62.

9 Andrea Nahles: Denken und Handeln für den Menschen. Rede zum 200. Geburtstag von Karl Marx. In: *perspektivends* 1/18, S. 10.

10 Süß, S. 14.

11 Mommsen, s. 7. S.a. Lutz Raphael: *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme*, München 2010, S. 186 ff.

Was kann die Geschichte für die Sozialdemokratie leisten, kann sie überhaupt etwas für sie leisten? Im Begleitband zur Wanderausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung 150 Jahre deutsche Sozialdemokratie heißt es, die lange Geschichte der Sozialdemokratie mache deutlich, wie sehr das Spannungsfeld zwischen sich bewegen und beharren die Entwicklung der Partei geprägt habe. Erwähnung finden auch Stimmen, die die Tradition kritisch sehen und in der Fixierung auf Vergangenes den Schnittpunkt des Problems erblicken, weil etwas wiederholt werde, ohne zu verändern, anstatt sich fortzubewegen.¹²

Ist die Geschichte der SPD auserzählt? Mit dem Ende des real existierenden Sozialismus, der dem Kapitalismus den Gegenspieler nahm, sei auch der Sozialdemokratie ihr Narrativ verloren gegangen, stellte Thomas Beschorner im Spiegel fest.¹³ Wenn die Sozialdemokraten überhaupt noch zu retten seien, scheine dies nur über eine radikale Neuorientierung der SPD möglich, die an der Idee sozialer Gerechtigkeit in sozialdemokratischer Tradition anknüpfe, diese aber zukunftsorientiert auf neue «Sujets» beziehe.

Auch für die SPD gilt, dass das historische Denken eine unverzichtbare kulturelle Orientierungsfunktion besitzt. «Die Vergangenheit ist nicht vergangen, sondern zukünftig».¹⁴

12 Anja Kruke/Meik Woyke: Lange Entwicklungslinien: Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung, in: dies., S. 10.

13 Thomas Beschorner: Sozialdemokratie in der Krise. Linke Heldengeschichte dringend gesucht, in: *Der Spiegel*, 15.1.2017.

14 Jörn Rüsen: *Kann gestern besser werden. Zum Bedenken der Geschichte*, Berlin 2003, S. 25 f.

Der SPD-Parteivorstand scheint die Bedeutung der Geschichte und die Notwendigkeit eines historischen Expertenremiums inzwischen wieder entdeckt zu haben. «Nahles gibt im Historikerstreit nach» titelte der Spiegel Ende Oktober. Es solle eine Neuauflage der HiKo geben. Der SPD-Parteivorstand bekenne sich ausdrücklich zu seiner Verantwortung für eine zeitgemäße geschichtspolitische Arbeit, ist nun auf der Internetseite der HiKo zu lesen. Er werde diese neu konzipieren. Erstmals sei mit dem Schatzmeister der SPD, Dietmar Nietan, ein direkt gewähltes Mitglied der SPD-Parteiführung als Verantwortlicher für Geschichtspolitik benannt worden. Nur wirft dies ein grundlegendes Problem auf, das die SPD mit der HiKo 1981 klug umschiffte hatte: Es gab und es gibt selbst in der SPD kein einheitliches Bild auf die eigene Geschichte; sie war, ist und bleibt umstritten. Man muss dafür nicht um mehr als hundert Jahre, zum Beispiel auf den Streit um die Kriegskredite, zurückkehren. Es reicht schon der Rückblick auf die Agenda-Jahre. Die HiKo stand für eine plurale Erinnerung an Geschehenes, und sie fand im jeweiligen Parteivorsitzenden ihren ersten Ansprechpartner. Ein «Geschichtsbefragter» des Parteivorstandes ist – auch wenn man ihm einen Beirat an die Seite stellt – eine bedenkliche Form intellektueller Regression und dementiert in einer Hinsicht die ansonsten erfolgreiche Arbeit der HiKo, nämlich zu einer angemessenen politisch-historischen Bewusstseinsbildung in der Führung der Partei beigetragen zu haben.

Bernd Faulenbach

Zum drohenden Verlust der historischen Dimension sozialdemokratischer Politik

Die deutsche Sozialdemokratie kann – trotz schwerer Niederlagen und auch bei ihr unübersehbaren Irrungen und Wirrungen – auf eine große Geschichte zurückblicken, die sie von den anderen Parteien unterscheidet. Diese reicht bis ins mittlere Drittel des 19. Jahrhunderts zurück und zeichnet sich dadurch aus, dass die Sozialdemokratie nie von der Linie der Demokratie, der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und des friedlichen Ausgleichs in ihrem Politikverständnis abgewichen ist und dafür große Opfer gebracht hat.

Zu Recht war die Partei bisher auf ihre Geschichte stolz. Wenn die Parteivorsitzende und der Parteivorstand in der gegenwärtigen Krise der Partei im Juni 2018 auf die Weiterführung der Historischen Kommission glauben verzichten zu können, so ist dies ein bedenklicher Vorgang voll hintergründiger Symbolik.

Hier soll skizziert werden, was von Willy Brandt und Peter Glotz 1981 mit der Kommission intendiert war und welche Arbeitsgebiete und inhaltlichen Schwerpunkte sich herausbildeten.¹ Abschließend ist zu fragen, inwieweit tiefere Ursachen hinter der Entscheidung stehen und was der Verzicht auf die Historische Kommission für die SPD und ihre politische Kultur bedeutet.

¹ Einzelnachweise würden den Rahmen sprengen. Der Verfasser erwägt, eine Geschichte der Historischen Kommission beim Parteivorstand 1981–2018 zu schreiben, die entsprechende Belege enthalten müsste.

I.

Als 1981 auf Vorschlag von Peter Glotz Willy Brandt und der Parteivorstand die Historische Kommission gründeten, war die SPD – auf dem Hintergrund der Spätphase der sozial-liberalen Koalition – in heftige Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluss und über die Finanz- und Sozialpolitik geraten, die die Handlungsfähigkeit der Partei zu beeinträchtigen drohten. In dieser Situation sollte die Rückbesinnung auf die Geschichte und ihre kritische Reflexion zur Orientierung in der damaligen Gegenwart beitragen.

Bemerkenswerterweise wurde die neue Einrichtung als eine unabhängige Kommission von Historikern und Politikern gegründet, die den Titel erhielt «Historische Kommission beim Parteivorstand», wobei der Begriff «Historische Kommission» des Wissenschaftsbetriebs bewusst mitschwang, hier jedoch mit dem Parteivorstand verknüpft wurde. Die Kommission, in die meynungsführende Historiker berufen wurden, war also keine normale Kommission «des» Parteivorstandes. Sie sollte zweifellos nicht nur mit der Partei, sondern auch mit dem Wissenschaftsbetrieb verbunden sein.

So strebte die SPD-Führung gewiss keine Restauration des traditionellen sozialdemokratischen Geschichtsglaubens an, der durch die Weltkriege erschüttert worden war und in der kulturpolitischen Konferenz in Ziegenhain definitiv aufgegeben wor-

den war. Keineswegs lief die Geschichte – wie man inzwischen wusste – naturnotwendig auf den Sozialismus zu, katastrophale Regressionen waren möglich und sozialdemokratisches politisches Handeln für die Realisierung einer neuen Gesellschaft vollzog sich vor einem offenen Horizont.

Dementsprechend wurde keine «parteiamtliche» neue Geschichtsauffassung angezielt, vielmehr galt es die Instrumentarien kritischer Wissenschaft auch hier anzuwenden. Wie Willy Brandt 1987 feststellte, schrieb die SPD als Partei nicht ihre Geschichte. Sie schuf den Raum, in dem die Geschichte der SPD rekonstruiert werden konnte. Und doch erhoffte man sich durch die Arbeit der Kommission nicht nur eine Intensivierung der Beschäftigung mit der Geschichte der Sozialdemokratie (im weiteren Sinne der Arbeiterbewegung) und ihrer Kontexte, sondern auch eine Stärkung des sozialdemokratischen Identitätsbewusstseins und auch der Beachtung der Geschichte der Sozialdemokratie in der deutschen Öffentlichkeit, ein Ziel, das in Krisensituationen verständlich erscheint. Es ging dabei keineswegs nur um die Geschichte der Programme, der Organisation, der Parteiführung, der Sozialdemokraten in Regierungen und Parlamenten, sondern auch um die Sozialdemokratie in ihrer ganzen Breite, d. h. auch der «Geschichte von unten», wie sie von der neuen Geschichtsbewegung der 1980er-Jahre gefordert wurde. Im Kontext der Arbeit bildete sich ein Netzwerk von Historikern und anderen historisch-politisch arbeitenden Wissenschaftlern und Publizisten heraus, gleichzeitig aber auch ein neues Interesse an Geschichte in der Partei und ihren Umfeldern.

Im Laufe der 1980er-Jahre entstanden vielfältig erweiterte Formen der Arbeit der

Historischen Kommission, die anfangs zweimal, später nur noch einmal jährlich (ergänzt freilich durch regelmäßige Vorstandssitzungen) zweitägig tagte. Die Formen reichten von der Beratung des Parteivorstandes bzw. des Präsidiums bei der Abfassung von historisch-politischen Resolutionen bei entsprechenden Anlässen über Stellungnahmen zu geschichtspolitischen Projekten und große Tagungen, auf denen sich die Auseinandersetzungen mit Geschichte und politischen Fragen begegneten, bis hin zu Workshops zu historisch-politischen Themen und Gesprächen mit Zeitzeugen und der Abfassung von Wegweisern zur Geschichtsarbeit und Materialien zur historisch-politischen Bildungsarbeit und zu größeren Publikationen, die meistens aus Tagungen hervorgingen.

II.

Die Kommission empfing über die Jahre stets wesentliche Impulse für ihre Arbeit aus den Spannungsfeldern von Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit. Verstärkt stellten seit den 1980er-Jahren historische Daten bzw. ihre Wiederkehr Themen der öffentlichen Diskussion dar. Dass die großen Parteijubiläen von 1988 (125 Jahre) und 2013 (150 Jahre) umfassende Diskussionen über die Geschichte bzw. die Geschichten der Partei, ihre Gründung, ihre sich verändernde Identität und gegenwärtige Herausforderungen auslösten, zu diversen Veranstaltungen und Publikationen der Historischen Kommission führten, ist verständlich. Natürlich nahm man auch zu Thesen über die Sozialdemokratie Stellung, wie zu der von Dahrendorf, dass man am Ende des sozialdemokratischen Zeitalters stehe. Hinzu kamen Würdigungen von Ereignissen und Zäsu-

ren deutscher und europäischer Geschichte, die für die Sozialdemokratie wichtig waren, z. B. 1998 die Revolution von 1848 und die von ihr ausgehende Tradition, in den Jahren seit 2014 der Ausbruch des Ersten Weltkriegs und seine Folgen, die Russische Revolution 1917 und die Deutsche Revolution, in der die Weimarer Republik entstand. Erörtert wurden wiederholt auch die Bedeutung des sozialdemokratischen Widerstandes gegen Hitler sowie grundlegende Entscheidungen in der Nachkriegsepoche. Zuletzt erwog die Kommission ein historisches Gutachten zum Agenda-Prozess, das jedoch auf kein besonderes Interesse im Vorstand stieß. Charakteristisch war bei vielen Veranstaltungen die Verbindung von kritischer Aneignung von Geschichte und der Bestimmung von Einsichten für die Gegenwart – bei dem zweiten Schritt waren politische Dispute geradezu zwangsläufig, an denen in der Regel neben Wissenschaftlern auch Politiker beteiligt waren. Keine Frage, dass Narrative zur Geschichte der Sozialdemokratie auf diese Weise über die Sozialdemokratie hinaus in der Öffentlichkeit Verbreitung fanden, auch Erfahrungen und Wertorientierungen der Partei mit beachtlicher Relevanz für die Gegenwart.

Darüber hinaus hat die Historische Kommission im Kontext der Programmdiskussionen sozialdemokratische Erfahrungs- und Traditionslinien umrissen und auf das Anregungspotenzial der Geschichte hingewiesen, wie es sowohl in der – von Helga Grebing auch in der Kommission thematisierten – Geschichte der sozialen Ideen und Theorien als auch in der politischen Praxis beispielsweise der Weimarer Zeit enthalten ist.

Die Historische Kommission fragte freilich nicht nur nach der Bedeutung der Geschichte für die Gegenwart, sondern

betrachtete ganz bewusst auch Gegenwartsprobleme in einer historischen Dimension. So wurden aktuelle deutsche und europäische Sozialstaatsdiskussionen nach der Jahrtausendwende in eine – teilweise komparative – historische Dimension gerückt und nach der Bedeutung von Pfadabhängigkeiten gefragt. Erörtert wurden auch in den letzten Jahren, insbesondere auf einer Tagung 2015, angesichts der Auflösungserscheinungen der bisherigen internationalen Ordnung sozialdemokratische Prinzipien zur Außenpolitik in verschiedenen Epochen und in der Gegenwart. Aufgegriffen wurde während der 1990er-Jahre und danach auch das deutsch-russische Verhältnis im 20. Jahrhundert.

Manche Gegenwartsprobleme wurden thematisiert, so das Wiedererstehen des Nationalismus in Europa, auch das Verhältnis von Nationalstaaten und europäischer Gemeinschaft. Auch die neueren illiberalen und autokratischen Tendenzen, nicht zuletzt der Populismus wurden in den letzten Jahren aus historischer Perspektive untersucht und die Frage sozialdemokratischer Gegenstrategien diskutiert. Der politischen Orientierung in der Gegenwart diente etwa die Auseinandersetzung mit den Thesen des französischen Ökonomen Piketty über die langfristige Entwicklung von Kapitalakkumulation und sozialer Ungleichheit in Europa und daraus zu ziehender politischer Konsequenzen.

Einen nicht unwesentlichen Teil der Arbeit der Kommission wird man als historisch-politische Zeitdiagnostik bezeichnen können, was schon ein flüchtiger Blick in die Tagungsdokumentationen, die meist publiziert wurden, zeigt. Historisches Wissen und historische Erfahrungen wurden für die Gegenwart nutzbar gemacht.

III.

Seit den 1980er-Jahren bildete sich in Deutschland (doch auch in anderen europäischen Ländern) verstärkt die Geschichtspolitik als eigenständiges Politikfeld heraus. Geschichtspolitik gestaltet den öffentlichen Umgang mit Geschichte, durch die Archivgesetzgebung, den Aufbau Historischer Museen und Ausstellungen sowie die Errichtung von Denkmälern, in Deutschland in besonderer Weise durch die Erinnerungskultur, die den Opfern der NS-Gewaltherrschaft und der Kriege, doch auch denen der kommunistischen Herrschaft gewidmet ist. Die Historische Kommission hat sich an der geschichtspolitischen Willensbildung kontinuierlich auf vielfältige Weise beteiligt.

Erwähnt seien nur die Auseinandersetzung mit der Geschichtspolitik Helmut Kohls, die mit den Museumsgründungen der 1980er-Jahre (DHM und HDG) ein traditionelles nationales Geschichtsbild als Kristallisationskern der Restauration des deutschen Nationalbewusstseins «von oben» stiften wollte. Die Historische Kommission wandte sich gegen diese Politik, kritisierte Versuche, die Ungeheuerlichkeit des Holocaust und der anderen Verbrechen der NS-Zeit einhegen zu wollen und nahm Partei im Historikerstreit, auch in den Debatten um eine breit getragene kritische Erinnerungskultur, die noch in den 1980er-Jahren in einer Spannung zu konservativen Geschichtsauffassungen stand. Die in der Historischen Kommission arbeitenden Historiker haben den Diskussionsprozess über zentrale zeithistorische und politische Fragen durchaus beeinflussen können.

Die Friedliche Revolution, die deutsche Vereinigung und das Ende des kommunistischen Lagers sowjetischer Prägung nach

1989/91 schufen eine neue geschichtspolitische Konstellation, die von der Historischen Kommission als Herausforderung begriffen wurde. So hat sich die Historische Kommission nicht nur mit der Deutschlandpolitik der gesamten Nachkriegsepoche beschäftigt, sondern auch mit der Geschichte des SED-Staates, dem Schicksal der Sozialdemokraten in der SED, in Ost-Berlin und in der DDR. Sie hat während der 1990er-Jahre wichtige Fragen der beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ebenso erörtert wie die Gründung und Entwicklung der SAPMO, der Stasiunterlagenbehörde und der Stiftung Aufarbeitung. Wichtig war der Historischen Kommission, dass trotz der zweifellos notwendigen Aufarbeitung der SED-Diktatur die Auseinandersetzung mit dem NS und seinen ungeheuerlichen Verbrechen weitergehen müsse (die sog. Faulenbach-Formel wandte sich gegen jede Relativierung der NS-Verbrechen durch Hinweis auf das kommunistische Unrecht, gleichzeitig aber auch gegen eine Bagatellisierung des kommunistischen Unrechts). Auch wurden die Unterschiede zwischen dem NS-System auf der einen Seite und dem von außen auf die SBZ übertragenen kommunistischen Regime auf der anderen Seite betont. Die Historische Kommission und ihre Mitglieder hatten nicht unerheblichen Anteil an Weichenstellungen zur heutigen deutschen Erinnerungskultur, die eine wichtige Komponente des deutschen Selbstverständnisses abstützt. Sowohl die Gedenkstättenkonzeption wurde hier beraten als auch das Projekt eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas.

In der neuesten Zeit hat die Historische Kommission – wie der Verein «Gegen Vergessen – Für Demokratie» – versucht, die Demokratiegeschichte zu einem Thema der

Erinnerungskultur zu machen, ohne das Gewicht des negativen Gedächtnisses zu beeinträchtigen.

Seit den ausgehenden 1990er-Jahren hat sich die geschichtspolitische Konfrontation zwischen den verschiedenen politischen Lagern abgeschwächt. Dies muss freilich nicht bedeuten, dass dies so bleiben wird. Insbesondere am rechten Rand des politischen Spektrums werden die älteren nationalkonservativen und völkischen Interpretationsmuster deutscher Geschichte wiederhergestellt, die Erinnerungskultur in Frage gestellt und teilweise ein rechtsextremes Geschichtsbild gepflegt. Manches spricht dafür, dass wir neuen harten geschichtspolitischen Auseinandersetzungen entgegengehen, in denen die Historischen Kommission hilfreich sein könnte.

Selbstverständlich hat sich geschichtspolitische Diskussion der Kommission in enger Kommunikation mit dem parlamentarischen Raum, den Verwaltungen und den kulturellen Institutionen vollzogen, etwa bei der Frage des Umgangs mit der NS-Raubkunst.

IV.

Vergegenwärtigt man sich die Vielfalt der Tätigkeiten der Historischen Kommission über mehr als dreieinhalb Jahrzehnte, so ist die Entscheidung von Parteivorsitzender und Parteivorstand im Juni 2018 schlicht unverständlich. Die Frage ist unbeantwortet, warum es dazu kommen konnte und warum sie – trotz heftiger Kritik in Partei, Öffentlichkeit, Wissenschaft – bislang nicht korrigiert worden ist. Die Kommission, die mit Wissenschaft, Öffentlichkeit und politischem Betrieb recht gut vernetzt war, hat wiederholt signalisiert, dass sie über die bis-

herigen Formen der Arbeit selbstverständlich zu reden bereit wäre.

Beunruhigend ist der wachsende Verlust historischen Denkens in den politischen Führungsgruppen, auch denen der SPD – der Parteivorstand fand überwiegend offenbar nichts dabei, dem Vorschlag der Parteivorsitzenden zu folgen und das Mandat der Historischen Kommission zu beenden. Die Bereitschaft und die Fähigkeit, Politik in Prozessen zu denken, hat deutlich nachgelassen, überhaupt die Bereitschaft zur Reflexion über grundsätzliche Fragen. Man sieht sich selbst nicht als Akteur in einem politischen Projekt, das vor dem eigenen Wirken begonnen hat und nach dem eigenen Wirken fortgesetzt wird. Nicht nur für Willy Brandt, sondern für seine Generation und die folgende war das noch selbstverständlich. Nicht wenige heute an verantwortlicher Stelle Stehende scheinen nur noch im Heute zu leben, dementsprechend keine Vergangenheit und keine Zukunft zu kennen. Ihre politische Praxis ist dementsprechend kurzatmig.

Nur auf dem Hintergrund einer derartigen Entwicklung ist erklärbar, dass die gravierende Bedeutung der Auflösung der Historischen Kommission nicht erkannt wurde und nur als Geringschätzung der großen Geschichte der Sozialdemokratie verstanden werden konnte. Die Krise der Sozialdemokratie, die auch die innerparteiliche politische Kultur umfasst, hätte nicht eindrucksvoller zum Ausdruck gebracht werden können.

Ob der Parteivorstand – nachdem beträchtlicher Schaden entstanden ist – aus Einsicht oder anderen Gründen bereit sein wird, seine Entscheidung zu korrigieren, ist im November 2018 noch unklar. Dass man nicht ganz ohne historische Orientierung auskommt, scheint inzwischen manchem zu dämmern.

Zur Historischen Kommission der SPD

Aus der Geschichte lernen oder weiter in der Sackgasse der Geschichte?

Die Geschichtsschreibung der Historischen Kommission der SPD (HiKo SPD) soll hier exemplarisch dargestellt werden. Es besteht also angesichts zahlreicher Publikationen kein Anspruch auf Vollständigkeit. Jedoch wurden gezielt einige Veröffentlichungen von Mitgliedern der Historischen Kommission der SPD ausgewählt. Während am Beispiel der Publikation zur Feier «125 Jahre SPD» die Pluralität von Strömungen und Themen, einschließlich ihrer Aktualität und ihrer integrierenden Wirkung aufgezeigt werden kann, zeigen spätere Publikationen einen zum Teil sehr bedenklichen Schwenk in Richtung einer reinen Legitimation der SPD-Regierungsarbeit.

Angesichts des Beschlusses der SPD-Führung, die HiKo SPD aufzulösen und in die Hände des SPD-Schatzmeisters Dieter Nietan zu legen (HiKo SPD online), soll es hier auch nicht darum gehen, die Arbeit der HiKo der SPD zu mystifizieren. Gleichzeitig aber zeigt der Entschluss, wie wenig der SPD-Führung an intellektueller Arbeit und historischer Aufarbeitung liegt. Ursprünglich war die HiKo der SPD «auf Vorschlag des damaligen SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz [...] im Oktober 1981» (HiKo SPD online Geschichte) mit dem «Ziel der sozialdemokratischen Identitätsvergewisserung durch die Aneignung und Vermittlung ihrer Geschichte» (ebd.) gegründet worden:

«Die Diskussion über den NATO-Doppelbeschluss, Leistungskürzungen im Sozialbereich und Schwierigkeiten mit dem dama-

ligen Koalitionspartner FDP hatte die Bundes-SPD Anfang der 1980er-Jahre in eine schwierige Phase gebracht und Flügelkämpfe ausgelöst.» (HiKo SPD online Geschichte)

SPD-Vorsitzender war in dieser Zeit noch Willy Brandt; sein Geschäftsführer Glotz zeichnete sich durch umsichtige Intellektualität und Vernetzungen bis weit hinein auch in sozialistische Kreise aus, die auch später trotz seiner politischen Wendungen hin zu wirtschaftsliberalen Positionen anhielten (vgl. z. B. Bischoff/Wendl 2005).

1 Historische Kommission der SPD: Pluralität der Strömungen und Themen

Exemplarisch für die oben genannte Identitätsvergewisserung ist die Publikation «Gesellschaftlicher Wandel. Sozialdemokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte» (Miller/Ristau 1988), einem am 3. und 4.3.1988 durchgeführten Forum der HiKo der SPD (ebd., S. 7), in zweierlei Hinsicht:

- in der Vielfalt der Zusammensetzung der ReferentInnen als Sinnbild der politischen Repräsentation unterschiedlicher Strömungen einer Volkspartei; es waren nicht nur Mitglieder und der BeraterInnenkreis der HiKo der SPD geladen.
- in der Aktualität und Pluralität der Themen wie die Volkspartei, der Sozialstaat und seine Reform, die Arbeit, die sozialen

Milieus, die Wachstumsgesellschaft, das Ende der Arbeiterkultur und der Demokratische Sozialismus.

Der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel sah damals die SPD in der Rolle einer Partei, die maßgeblich verantwortlich ist

- für eine Politik der Friedenssicherung und Entspannungspolitik,
- für Europas Einigung,
- für eine Kritik der Skandale von Massenarbeitslosigkeit und Armut (vgl. Vogel 1988, S. 21),
- für eine Abwehr der «Demontage des Sozialstaates und gegen die Beschneidung der Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen» (Vogel 1988, S. 21)
- und für eine Politik für einen «Übergang zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft» (Vogel 1988, S. 21).

Und Vogel zitiert abschließend den französischen Sozialisten Jean Jaurès: «Traditionen pflegen heißt nicht, kalte Asche weitergeben. Traditionen pflegen heißt, die Flamme am Brennen halten und von Generation zu Generation weiterreichen. Die Flamme der Freiheit, die Flamme des Friedens, der Gerechtigkeit und der Solidarität.» (zit. nach Vogel 1988, S. 25) Vogel verwahrte sich, hier sicherlich auch in Abgrenzung zur SED, auch dagegen, dass die SPD «nur einer Kadergruppe die Möglichkeit zum solidarischen Zusammenschluss bietet» (Vogel 1988, S. 25). Vielmehr müsse sie diese Möglichkeit «möglichst vielen Menschen» (ebd.) bieten.

Die stellvertretende Vorsitzende der HiKo der SPD stellte auf diesem Forum die kritische Frage nach dem «lange(n) Abschied von der Arbeiterbewegung» (Grebing 1988, S. 29). Und fragt weiter: «Die Gewerkschaf-

ten, ein recht traurig gewordener Versicherungsverein der Arbeitsplatzbesitzer gegen Lohnabzug und Kilometergeld-Absenkung? Die SPD, eine Partei wie die anderen, vielleicht noch oder auch noch Arbeiterpartei? Aber was sind dann die Kraftquellen und die personifizierten Antriebskräfte der postsozialistischen Emanzipationsbewegung im nachindustriellen Zeitalter?» (Grebing 1988, S. 29)

Diese Fragen wollte Helga Grebing auch historisch beantworten und stellt die Frage: «Wenn es, wie manchmal gesagt wird, nach 1918 den «unbewussten Sozialismus» der Arbeitermassen gegeben hat, so vielleicht nach 1945 den «unbewussten» Kapitalismus dieser Massen, zu dem im Vergleich die Funktionäre weit links standen? Und wenn das so ist, wo sind seither die emanzipatorischen Wertgehalte aufgehoben?» (Grebing 1988, S. 31)

Und weiter greift sie die These von Ulrich Beck von einem «Kapitalismus jenseits von Klasse und Stand» (Grebing 1988, S. 31) auf, bei der sich die Frage danach stellt, wie «heute ein Klassenkampf zu führen» (ebd.) sei und welche Aufgabe die SPD dann habe, die «auch keine Volkspartei im ursprünglichen Sinne mehr» (ebd.) sei, «sondern eine Lehrer- und Intellektuellenpartei, eine Partei des Öffentlichen Dienstes und der traditionellen Arbeiteraristokratie» (ebd.). Die SPD müsse sich entscheiden, ob sie «eine Allerwelts- und Jedermannspartei» (ebd.) werden wolle, «von der anderen großen Partei nur noch unterschieden durch ein höheres politisch-moralisches Anspruchsniveau? Oder schlägt sie den Weg des organisierenden Zentrums breiter sozialer Bündnisse für eine mehrheitsfähige Linke ein, wie von Peter Glotz und Peter von Oertzen gefordert?» (ebd., S. 31 f.)

Auch eingeladen war der englische Marxist Eric Hobsbawm, der etwas resigniert, aber auch optimistisch festhielt: «Denn heute ist es nicht das Klassenbewusstsein, das unsere Parteien zusammenhält, sondern umgekehrt ist es die nationale Existenz solcher Parteien, welche Gruppen und Schichten vereint, die ohne sie wohl riskierten zu zerbröckeln.» (Hobsbawm 1988, S. 41)

Schlussendlich fordert Hobsbawm «die Koalition aller Demokraten um die, Gott sei Dank, noch bestehenden lebensfähigen großen Parteien der Linken in Europa. Soviel ist, Gott sei Dank, doch noch von der klassischen Arbeiterbewegung übriggeblieben.» (Hobsbawm 1988, S. 42)

Der Sozialhistoriker Jürgen Kocka weist in seinem Referat auf «die großen Unterschiede zwischen damaligen Handwerksgehilfen, Heimarbeitern und Fabrikarbeitern» (Kocka 1988, S. 48) hin. Gleichzeitig sei «trotz aller Tendenzen zur Umstrukturierung und vielleicht Individualisierung sozialer Ungleichheitsmuster [...] doch der Interessen- und Erfahrungsgegensatz zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein zentraler, Bewusstsein und Handlungspotenziale formender Gegensatz unserer Gesellschaft» (ebd.) erhalten geblieben, «wenn auch seine Erscheinungsformen sich glücklicherweise geändert haben, wenn auch sein relatives Gewicht abgenommen hat.» (ebd.)

Die Soziologin Gisela Losseff-Tillmanns, aus dem BeraterInnenkreis der Hiko der SPD, stellte schon damals Fragen, die auch heute angesichts einer digitalen Revolution wieder gestellt werden, nämlich

- ob «wir also – angesichts der ›dritten industriellen Revolution‹ – weniger arbeiten oder weniger Arbeit gerechter vertei-

len» (Losseff-Tillmanns 1988, S. 50) müssen, oder ob «wir mehr arbeiten» (ebd.) müssen, «um durch mehr Wachstum mehr Arbeit verteilen zu können, um wieder mehr Arbeit zu erarbeiten?» (ebd.)

Zudem stellte sie die «im 19. Jahrhundert» (Losseff-Tillmanns 1988, S. 55) zum «Strukturelement für die Familie» (ebd.) gewordene «Trennung von Produktion und Haushalt» (ebd.) grundsätzlich in Frage, zumal sich parallel zu den Forderungen nach «Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen» (ebd.) durch «die Frauen in der Arbeiterbewegung [...] die Institution Ehe und Familie» (ebd.) verfestigt habe, «anstatt sich aufzulösen.» (ebd.) Genau deshalb kritisiert Losseff-Tillmanns auch Forderungen von Renate Schmidt nach einer Aufwertung des «Dienstleistungsbereichs (pflegen, heilen und erziehen)» (ebd., S. 56), weil «man doch schlechterdings nicht ein anderes Lohnsystem verlangen kann, ohne zu sagen, wie denn das ohne Veränderung der Grundstrukturen zu bewerkstelligen sei.» (ebd.) In diesem Sinne forderte die Soziologin und Frauenforscherin Ute Gerhard eine «Neuverteilung der Arbeiten, der Berufs- und Hausarbeiten» (Gerhard 1988, S. 124).

Auch eingeladen war Michael Vester, zunächst Assistent von dem SPD-Linken Professor Peter von Oertzen und später selbst Professor für Politische Soziologie an der Universität Hannover. Er trat der These von dem «Untergang der klassischen Arbeiterbewegung» (Vester 1988, S. 58) insofern entgegen, als sich die sozialen Milieus, auch die der Arbeiter, nicht im Sinne von Ulrich Beck aufgelöst, sondern neuformiert haben (vgl. ebd., S. 58 f.). Die SPD hatte schon damals, wie Vester auf der Basis von SINUS-Daten herausarbeitet, mit dem Schrumpfen des

«traditionellen Arbeitermilieus» zu kämpfen, das bereits Ende der 1980er-Jahre nur noch 8 Prozent der Erwachsenenbevölkerung betrug, während in dem «traditionslosen Arbeitermilieu» (etwa 10%) «wenig [...] von Solidarität und Zusammenhalt» (ebd.) übriggeblieben sei. Und das größte Arbeitermilieu sei das «aufstiegsorientierte Milieu, das sich vor allem aus Facharbeitern und Angestellten rekrutiert.» (ebd.) Alle sozialen Milieus werden nicht nur von einer Partei politisch repräsentiert, sondern sind politisch umkämpft, so auch die genannten:

- 52 % SPD-WählerInnen im «traditionellen Milieu»
- 49 % SPD-WählerInnen im «traditionslosen Milieu»
- 40 % SPD- und ebenso viele Unions-WählerInnen im «aufstiegsorientierten Milieu», dessen weitere Ausdifferenzierung in weitere Teilfraktionen der ArbeitnehmerInnen erst in späteren Publikationen erfolgte (vgl. z. B. Vester u.a. 2001).

Schon damals hatte die Forschungsgruppe um Vester und Peter von Oertzen erkannt, dass die WählerInnen der Grünen nicht nur aus bürgerlichen Milieus kamen und sich ihr Wählerpotenzial auch nicht nur auf das «hedonistische» und das «alternative Milieu» beschränkten. Vielmehr, so schon die damalige These, würden die Grünen künftig zunehmend auch die modernen ArbeitnehmerInnen mobilisieren und so in noch stärkere Konkurrenz mit SPD und Union treten (vgl. Vester 1988, S. 65–68).

Entscheidend ist, dass die modernen ArbeitnehmerInnen nicht sich einfach individualisiert haben. Vielmehr haben sie sich wegentwickelt «von der alten, an Körperlichkeit und Solidarität orientierten Arbeiter-

kultur» (Vester 1988, S. 70) hin zu modernen Auffassungen, einschließlich einer «Zunahme sozialen Zusammenhalts» (ebd.).

Peter von Oertzen führte in der darauffolgenden Diskussion aus, dass die Einengung auf das Industrieproletariat immer schon falsch gewesen sei:

«Das Subjekt der gesellschaftlichen Umwälzung sind für Marx nicht die empirischen Arbeiter, sondern es ist der empirische gesellschaftliche Gesamtarbeiter. In diesem Sinne gehört zur arbeitenden, lohnabhängigen Klasse der Manager (man lese das «im Kapital» erster und dritter Band nach) genauso wie der Wissenschaftler und natürlich der Angestellte. [...] Es galt immer, ein Programm zu entwickeln und Menschen davon zu überzeugen, dass die Verfolgung dieser Ziele in ihrem Interesse war, im Interesse ihrer Position als Arbeitnehmer, als Industriearbeiter, als Bankangestellter, als angestellter Wissenschaftler, als was auch immer. Das gilt für alle Menschen, außer denen, die direkt andere ausbeuten, das heißt von der Arbeit anderer leben oder sich auf durch nichts gerechtfertigte gesellschaftliche Privilegien berufen.» (von Oertzen 1988, S. 79)

Zwei weitere Beiträge des Forums der HiKo der SPD 1988 zeigen, wie aktuell ihre Analysen heute noch sind. So beschäftigte sich Klaus Lompe mit der «Neuen Armut in der «Risikogesellschaft»» (Lompe 1988), in der nicht Arbeitsunfähige, sondern auch junge Arbeitsfähige arbeitslos werden (vgl. ebd., S. 111). Bereits damals war die ArbeitnehmerInnenenschaft nicht nur gespalten «in jene Gruppen, die aus gut bis sehr gut Verdienenden besteht und vor allem» (ebd., S. 112) in jenen «Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung, der als Dauerarbeitslose, stille Reserve oder ständig von Arbeitslosig-

keit Bedrohte in immer schwierigere Lebenslagen-situationen gerät.» (ebd.) Die Prekarisierung der ArbeitnehmerInnenschaft war schon damals ein zentrales Problem, denn «über 15 Millionen Arbeitnehmer waren in den zurückliegenden Jahren einmal oder mehrmals arbeitslos.» (ebd.) Lompe sah damals die Gefahr, dass «die anhaltende Beschäftigungskrise und die sie überlagernden technologischen Veränderungen in den Produktionsbedingungen [...] zu einem Strukturwandel des Beschäftigungssystems, durch den wachende Teile der Erwerbsbevölkerung ausgegrenzt oder in unterwertige Beschäftigungsformen abgedrängt werden» (ebd.), führen könnten. Aufgabe sei es, «den Marsch in die Zwei-Drittel-Gesellschaft aufzuhalten, zurückzuschrauben oder die Ausgrenzung und Zerstörung der Lebenschancen und damit den Entzug von Bürgerrechten einer großen Minderheit zu beseitigen» (ebd., S. 113).

2 Historische Verengungen von Mitgliedern der HiKo der SPD

Die HistorikerInnen Heinrich Potthoff, früherer stellvertretender Vorsitzender der HiKo der SPD (1989–2003), und Susanne Miller, frühere Vorsitzende der HiKo der SPD (1981–1989), haben mit «Kleine Geschichte der SPD. 1848–2002» (Potthoff/Miller 2002) ein Standardwerk zur SPD-Geschichte veröffentlicht. Es ist bei allem Respekt für die wissenschaftlichen Lebensleistungen der beiden Genannten ein Nachweis dafür, wie unkritisch die SPD-Geschichte aus der Perspektive der Logiken von SPD-RegierungspolitikerInnen und SPD-Spitzenpartei-politikerInnen geschrieben wurde.

So wird die SPD-Geschichte als Geschichte der politischen Repräsentation der Mitte

geschrieben. So seien die am Beispiel des Parteitags 1973 in Hannover ausgeführten «Bemühungen Willy Brandts, seine Partei zu einen und die aufmüpfigen Jungen zu integrieren, [...] an Grenzen» (Potthoff/Miller 2002, S. 240) gestoßen. Und mit Bezug auf die «Aprilbeschlüsse» 1974 des Parteivorstandes fassen Potthoff und Miller zusammen: «Die Sozialdemokratie musste sich in der Mitte behaupten, wenn sie weiter regieren wollte. Der Kanzlerwechsel von Brandt zu Schmidt stellte dafür wenige Wochen später die Weichen.» (Potthoff/Miller 2002, S. 241)

Und Potthoff und Miller legitimierten ebenso die Regierung Schröder, wenn sie die Einführung der Riester-Rente und weitere Flexibilisierungsmaßnahme verteidigten: «Die Partei der sozialen Demokratie trug damit nicht nur den Anforderungen der gravierend veränderten Alterspyramide, sondern auch den Bedürfnissen nach mehr Eigenverantwortung Rechnung. Wie ihre Schwesterparteien in den west- und nord-europäischen Ländern schlug die deutsche Sozialdemokratie neue Wege im sozialen und staatlichen Sektor ein. Sie versuchte unter Beibehaltung ihrer Grundsätze zeitgemäße Lösungen zu finden, die auch den künftigen Generationen gerecht werden sollten. Mit der Steuerreform wurden die unteren Einkommen entlastet und die Leistungen für die Familien verbessert. Schwere fiel sozialdemokratischen Traditionalisten die Herabsetzung des Spitzensteuersatzes und die steuerliche Besserstellung von Unternehmen, von der große Kapitalgesellschaften besonders profitierten. Es war das Anliegen der Regierung Schröder, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.» (Potthoff/Miller 2002, S. 402 f.)

Hier gerät eine historische Begründung zu einer Regierungserklärung. Regierungs-

handeln der «eigenen» Partei wird nicht kritisiert, sondern vor allem legitimiert. Selbst das Verhältnis zu den Gewerkschaften wird «trotz dieser Belastungen» (Potthoff/Miller 2002, S. 403: gemeint sind die Steuerseinkünfte und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes) euphemistisch «als tragfähig» (ebd.) beschrieben.

Hier verlässt Geschichtsschreibung auch den Pfad der Sozialgeschichte mit ihrem Anspruch, Geschichte auch aus Sicht der Alltagspraxis zu analysieren (zur Sozialgeschichte und ihrer Integrationsfähigkeit vgl. Kocka 2002, 22; vgl. auch Reinhardt 2018a, S. 58). Auch Jürgen Kocka legitimierte den Wandel der SPD durch «einen Verzicht auf mehr Verteilungsgerechtigkeit» (Kocka 2004, S. 62) und einen Ausbau von Niedriglohnarbeitsplätzen.

Kritischer hingegen – und hier zeigte sich zumindest noch ein Mindestmaß an Pluralität in der HiKo der SPD – war die Historikerin Helga Grebing, die in ihrer Publikation zur SPD-Geschichte «einen Strukturfehler» (Grebing 2007, S. 252) des 1999 publizierten Schröder-Blair-Papiers beschrieb, «weil es sich an dem auf Deutschland nicht zutreffenden englischen Sozialmodell orientierte, das noch weitgehend auf den alten Klassenstrukturen beruhte. Schröder brachte in die aufgeregte Diskussion des Papiers rasch das Markenzeichen eines neoliberalen Arbeiterverrätters ein, besonders aus gewerkschaftlicher Sicht, und er galt nun als der «Genosse der Bosse.»» (Grebing 2007, S. 252). Und doch sah auch Grebing richtige Punkte in dem Papier, die rückwirkend sicherlich kritischer bewertet werden müssten:

- «dass zwischen Angebots- und Nachfragepolitik nur ein Schweinwiderspruch besteht;
- dass die erste Priorität Investitionen in menschliches und soziales Kapital haben

und der Staat hierin seine vorrangige Rolle sehen müsse;

- dass der Arbeitsmarkt einen neuen Sektor mit niedrigen Löhnen braucht, da die Arbeitslosen lieber schlechte und schlecht bezahlte Jobs haben wollen als gar keine.» (Grebing 2007, S. 254)

3 Warum die HiKo der SPD nicht hätte aufgelöst werden dürfen: historische Selbstvergewisserung als Grundlage eines Blicks nach vorn

Der bisherige Vorsitzende der HiKo der SPD, der Historiker Bernd Faulenbach, kritisierte die Auflösung der HiKo der SPD in einem Interview im Deutschlandfunk zu Recht: «Die sind immer im Heute. Die haben kein Gestern, und deshalb leider auch kein Morgen. Und das führt zu einer Kurzatmigkeit der Politik, die dann auch bedeutet, dass man Geschichte geringschätzt – aber zum eigenen Schaden, zum Schaden der eigenen Durchsetzungsfähigkeit.» (Faulenbach 2018)

Und er merkte zudem an, dass die SPD-Führung «auf das Angebot der Kommission, ein historisches Gutachten zum Agenda-2010-Prozess zu erstellen, [...] nie eingegangen» (Faulenbach 2018) sei. Faulenbach, der in seiner Geschichtsschreibung auch vergleichsweise loyal zur SPD ist, ist aber gleichzeitig auch Realist und Kritiker genug, um bereits in seiner Publikation aus dem Jahre 2012 festzuhalten, dass die SPD die Bundestagswahl 2009 aufgrund eines «Mangel(s) von polarisierenden Themen gegenüber der CDU» (Faulenbach 2012, S. 134), dem Nachwirken der Agenda 2010 und einer «realistische(n) Machtperspektive» (ebd.) verloren hatte.

Dies ist bezeichnend, da die SPD-Spitze sich bis heute nie an eine Aufarbeitung

ihres Sozialabbauprogramms und ihrer Deregulierungspolitik am Arbeitsmarkt, bei den Steuern und im Finanzsektor gewagt hat – trotz aller Notwendigkeiten (vgl. Reinhardt 2018b).

Die HiKo SPD bedarf sicher auch selbst der Erneuerung hin zu einer stärker pluralen Zusammensetzung und der politischen Repräsentation der SPD-Flügel, die bis heute entscheidend für die SPD-Politik sind (zu den SPD-Flügeln vgl. Reinhardt 2018b). Dass die SPD-Führung nun die Historische Kommission nach den öffentlichen Protesten nicht abschaffen, sondern durch einen Kreis ersetzen will, in den auch SPD-Funktionäre berufen werden sollen, erregt den Verdacht eines Eingriffs in die unabhängige Arbeit eines solchen Kreises (vgl. Wiegrefe 2018). Leider zeigt es auch die Art der Führung von Andrea Nahles, die sehr empfindlich auf Kritik reagiert, statt aus ihr zu lernen. Umso erfreulicher ist es, dass die Mitglieder der jetzigen HiKo der SPD auf ihre Unabhängigkeit zu pochen scheinen (vgl. Wiegrefe 2018). Dabei hätten sie schon in der Vergangenheit viel stärker davon Gebrauch machen sollen, statt so überloyal Geschichte zu schreiben, auch wenn sich einige HistorikerInnen der HiKo der SPD durchaus graduell in ihrer mindestens partiellen Kritik (neben der verstorbenen Grebing und Faulenbach vor allem auch Peter Brandt und Stefan Berger) von anderen sehr SPD-loyalen GeschichtsschreiberInnen unterscheiden.

Alles in allem bedarf die Historische Kommission der SPD nicht der Abschaffung, sondern vielmehr der Reform hin zu einer offenen wirklichen Diskussionswerkstatt mit einer kritischen Aufarbeitung der SPD-Geschichte und einer programmatischen Neukonzeption nach internationalen

Vorbildern, die zum Beispiel in Jeremy Corbyn (Vorsitzender Labour UK) oder Bernie Sanders (Demokratischer Sozialist/Demokrat, Senator Vermont, USA) gefunden werden könnten. Themen könnten auch heute wie damals (vgl. Miller/Ristau 1988) die Frage der Neuformierung der ArbeitnehmerInnenenschaft, die Digitalisierung (die Technisierung erweiternd) und die Arbeitsgesellschaft sowie ein sozialdemokratischer Pfad des Wohlfahrtsstaates und die Wachstums-Postwachstumsgesellschaft sein. Für eine neue Historische Kommission der SPD gäbe es viel zu tun.

Literaturverzeichnis

- Bischoff, Joachim / Wendl, Michael 2005: Vordenker der SPD: Peter Glotz, In: *Sozialismus* 10/2005, online: <https://www.sozialismus.de/detail/artikel/vordenker-der-spd-peter-glotz/> (11.11.2018).
- Faulenbach, Bernd 2012: *Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München.
- Faulenbach, Bernd 2018: Im Gespräch mit Moritz Küpper. SPD löst Historische Kommission auf. «Eine gewisse Geschichtslosigkeit», In: *Deutschlandfunk* 02.08.2018, online: https://www.deutschlandfunk.de/spd-loest-historische-kommission-auf-eine-gewisse.862.de.html?dram-article_id=424525 (12.11.2018).
- Gerhard, Ute 1988: Die Probleme der Frauen mit dem Sozialstaat, In: Susanne Miller / Malte Ristau (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel. Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte*, Köln, S. 117–125.
- Grebing, Helga 1988: Die SPD – eine Allerwelts- und Jedermanns-Partei? In: Susanne Miller / Malte Ristau (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel. Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte*, Köln, S. 29–32.

- Historische Kommission beim SPD-Vorstand (*HiKo SPD online*), online: <https://hiko.spd.de> (04.11.2018).
- Historische Kommission beim SPD-Vorstand (*HiKo SPD online Geschichte*): Geschichte der HiKo, online: <https://hiko.spd.de/ueber-uns/entstehung/> (11.11.2018).
- Hobsbawm, Eric 1988: Koalition aller Demokraten gegen Sozialabbau. In: Susanne Miller / Malte Ristau (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel. Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte*, Köln, S. 33-42.
- Kocka, Jürgen 1988: Klassenstandpunkt und allgemeines Wohl wurden auf einen Nenner gebracht, In: Susanne Miller / Malte Ristau (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel. Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte*, Köln, S. 43-49.
- Kocka, Jürgen 2002: *Sozialgeschichte in Deutschland seit 1945 Aufstieg – Krise – Perspektiven*, Braunschweig.
- Lompe, Klaus 1988: Neue Armut in der «Risikogesellschaft», In: Susanne Miller / Malte Ristau (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel. Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte*, Köln, S. 106-116.
- Losseff-Tillmanns, Gisela 1988: Arbeit als Selbstverwirklichung oder Befreiung von Arbeit?, In: Susanne Miller / Malte Ristau (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel. Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte*, Köln, S. 50-57.
- Pothhoff, Heinrich / Miller, Susanne 2002: *Kleine Geschichte der SPD 1848-2002*, Bonn.
- Miller, Susanne / Ristau, Malte 1988 (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel. Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte*, Köln.
- Reinhardt, Max 2018a: Vergleichende, multidimensionale Sozialgeschichte. Naturgegebener Niedergang der SPD oder politischer Repräsentationsverlust von Arbeitnehmern?, In: *perspektiven ds* 1/2018, S. 55-67.
- Reinhardt, Max 2018b: 100 Jahre Matrosenaufstand – Geschichte und Zukunft der SPD-Linken und der SPD, In: *spw* 5/2018, S. 69-76
- Vester, Michael 1988: Neuformierung von Milieus und Bewegungen, In: Susanne Miller / Malte Ristau (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel. Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte*, Köln, S. 58-71.
- Vester, Michael / Oertzen, Peter von / Geiling, Heiko / Hermann, Thomas / Müller, Dagmar 2001: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt a.M.
- von Oertzen, Peter 1988: Diskussionsbeitrag, In: Susanne Miller / Malte Ristau (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel. Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte*, Köln, S. 76-80.
- Vogel, Hans-Jochen 1988: Ein Strom, der an Kraft nicht verloren hat, In: Susanne Miller / Malte Ristau (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel. Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte*, Köln, S. 11-25.
- Wiegrefe, Klaus 2018: Umstrittene Expertenkommission. Nahles gibt im Historikerstreit nach, In: *SpiegelOnline* 20.10.2018, online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/geschichtspolitik-nahles-gibt-im-historikerstreit-nach-a-1234141.html> (12.11.2018).

Auf dem Weg zu einer neuen Historischen Kommission? Ein Blick auf Anträge aus der SPD

Die öffentliche Reaktion auf die von Andrea Nahles persönlich vorangetriebene Auflösung der Historischen Kommission war desaströs. Keine überregionale Zeitung sparte das Thema auf, selbst Regionalblätter beschäftigten sich damit. Nirgendwo fand sich jemand, der den Beschluss des PV verstand. Einzig der «Vorwärts» tat so, als wäre nichts geschehen. Ihm konnte man zwar entnehmen, dass Dietmar Nietan zum Geschichtsbeauftragten des PV ernannt wurde. Aber in dem Blatt, das doch die Mitglieder über wichtige Entwicklungen in der Partei informieren soll, fand der breite Protest keinen Widerhall.

Auch aus den Ortsvereinen und Unterbezirken kam klarer Widerspruch. Als Akt der Geschichtsvergessenheit und Gedankenlosigkeit geißelten ihn beispielsweise Berliner Parteigliederungen. Einen vollständigen Überblick über alle Beschlüsse zu geben, ist nicht möglich. Mit großer Wahrscheinlichkeit gibt es noch weit mehr Protest als das, was den Vorstand der aufgelösten HiKo erreicht hat. Aus manchen Untergliederungen wissen wir nur, dass Beschlüsse gefasst wurden, kennen aber nicht den Wortlaut.

Nicht alle Anträge begründen, warum die SPD einer Historischen Kommission bedarf. So verfährt z.B. die Antragskommission zum Berliner Landesparteitag. Ist es heute womöglich selbstverständlich, dass man sich mit der Geschichte der Sozialdemokratie befasst? Die Erfahrungen der HiKo-Mitglieder waren in den letzten Jahren sehr

widersprüchlich. Von Desinteresse bis zu großem Engagement gab es in der Mitgliedschaft alle Varianten. Diejenigen Anträge, die Argumente anführen, warum die Sozialdemokratie wieder eine Historische Kommission benötigt, verweisen auf ganz unterschiedliche Begründungen. Prominent vertreten ist der Stolz auf die Geschichte der SPD, der Arbeiterbewegung insgesamt. Ohne Historische Kommission bestünde die Gefahr, dass diese Geschichte in Vergessenheit gerate. Damit gerate aber auch die Identität der Partei in Gefahr, denn sie werde auch durch den Stolz auf vergangene Leistungen und Haltungen definiert. Die HiKo erscheint hier in gewisser Weise als Gedächtnisstütze der Partei, ihr wird ein Bildungsauftrag zugeschrieben. Ohne ihr Zutun traut man weder der Parteiführung noch dem Gros der Mitgliedschaft zu, dass sie die Erinnerung an die Geschichte der Arbeiterbewegung wachhalten.

Als eine Art von Instrument der Partei wird die Historische Kommission auch in anderer Hinsicht betrachtet. Man hält sie für erforderlich, um sachkundig der Um- und Entwertung zurückliegender sozialdemokratischer Erfolge (Demokratisierung, Frauenwahlrecht, Ostpolitik werden genannt) durch die politischen Gegner entgegenzutreten zu können.

Ein weiterer Argumentationsstrang arbeitet mit dem Topos «Wer seine Vergangenheit nicht kennt, kann die Zukunft nicht gestalten». Aktuelle Probleme und langfris-

tige Entwicklungen wie z.B. das Aufkommen des Populismus könnten nur verstanden werden, wenn man deren Vorgeschichte kenne. Auch die Erneuerung der Partei sei ohne Berufung und Besinnung auf die Geschichte unmöglich. Dies wird von vielen Antragstellern axiomatisch gesetzt. Umso empörter sind sie, dass die Parteiführung ihre Grundannahme nicht teilt.

Die Anträge befassen sich auch mit der Zukunft der, oder besser: einer Historischen Kommission. Selbst dort, wo dem Wortlaut nach eine einfache Revision des PV-Beschlusses vom Juni gefordert wird, erkennt man doch, dass nicht einfach eine Wiederbelebung der alten Kommission gemeint ist. Am ausführlichsten geht die Antragskommission zum Berliner Landesparteitag auf die Zukunft sozialdemokratischer Geschichtsarbeit ein:

- Die Historische Kommission «soll sich in ihrer Arbeit an den modernen, partizipativen Wissenschaftskonzepten [...] orientieren.
- Sie soll nicht nur Fachpublikationen produzieren, sondern Handreichungen für die historische, geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Arbeit von Laien.
- Sie soll Kontakte herstellen und pflegen zu Fachleuten, die vor Ort bei der Arbeit helfen können. [...] Dieses Netzwerk kann perspektivisch als historischer Think Tank der SPD fungieren, um weit über den engen Kreis der Kommission hinaus in intellektuelle Debatten eingebunden zu sein und die Expertise und Ideen dieser Wissenschaftler für die Arbeit der SPD nutzbar zu machen.
- Sie soll, in Zusammenarbeit mit den Historischen Kommissionen der SPD-Landesverbände, in der ganzen Bundesrepublik

Workshops anbieten. Webseminare sind eine gute Ergänzung bei dieser Arbeit.

- Sie soll einmal im Jahr ein BarCamp/ (Un-)Konferenz ausrichten, auf dem sich alle Interessierten über ihre Arbeit austauschen können. [...] Auch soll einmal jährlich eine Twitter-Conference organisiert werden.
- Über ihre Arbeit soll sie mit aktiver Öffentlichkeitsarbeit [...] informieren.
- Sie soll aktuelle politische Diskurse auf dem Fundament der Parteihistorie begleiten.
- Die Historische Kommission schlägt bei und mit ihrer Arbeit Brücken in das sozialdemokratische Umfeld [...].»

Das ist ein anspruchsvoller Katalog. Er nimmt Ideen aus Bremen und Schleswig-Holstein auf, wo sich ebenfalls Genossinnen und Genossen Gedanken über eine erneuerte Geschichtsarbeit der Partei gemacht haben. Fraglich ist, ob angesichts enger gewordener finanzieller Spielräume der Parteivorstand in der Lage sein wird, dafür die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen. Zumindest scheint man an der Spitze der Partei eingesehen zu haben, dass es nicht reicht, eine einzelne Person zur Geschichtsbeauftragten zu machen. Die breiten Proteste und das verheerende Presseecho haben sicherlich diesen Prozess des Nachdenkens befördert. Bei Redaktionsschluss Mitte November arbeitete Dietmar Nietan an einem Konzept, das kurz gesagt beinhaltete, wieder eine Historische Kommission ins Leben zu rufen, die nur nicht so heißen darf. Zugleich konstituiert sich gerade ein «Historisches Forum Soziale Demokratie», das aus dem Kreis der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Offenen Briefes an Andrea Nahles

entstand. Ihn hatten über 1 000 Historikerinnen und Historiker unterschrieben; initiiert hatte ihn Christina Morina, die an der Universität Amsterdam lehrt und ein viel beachtetes Buch über die Entstehung des Marxismus geschrieben hat. Das Forum will sich mit der dort versammelten historischen Expertise an der Debatte um die Zukunft der Sozialdemokratie beteiligen.

Wenn die Vorgänge um die Auflösung und eventuell Wiedereinrichtung der Historischen Kommission überhaupt etwas Gutes hatten, dann durch die Selbstvergewisserung der Partei, wie wichtig für sie die eigene Geschichte ist. Sie ist für nicht wenige Mitglieder zur einzig noch verbliebenen Quelle von Stolz geworden, welche die Enttäuschungen der Gegenwart aushaltbar macht.

BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN

Wolfgang Wiemer

Aktuelle Migrationspolitik: intellektuelle Arbeitsverweigerung

Der italienische Staatsbürger und konservative Präsident des Europa Parlaments, von dem man bisher wenig über die Gestaltung der Europäischen Union gehört hat, meldet sich jetzt zu Wort.

6 Milliarden Euro auszugeben empfiehlt er der EU, um die Wege nach Europa über das Mittelmeer abzusperren.

Obwohl das Problem der Anzahl der an unsere Grenzen gelangenden Bittsteller um Hilfe und eine Zukunftsperspektive schon weitaus größer war als heute, dröhnt aus allen politischen Richtungen und aus allen Medien unisono das Verlangen: es dürfen keine Menschen mehr nach Europa kommen! Die Fremdenangst hat der Willkommenskultur eine vollständige, eine totale, wohl sogar eine letale Niederlage beigebracht. Nach Europa flüchtende Menschen werden missbraucht als Katalysatoren zum Zwecke der Machtsicherung. Es gibt bei diesem Thema keinen Unterschied zwischen der rechten italienischen Lega, der Pis-Regierung Polens, Orban-Ungarn, Tschechien, Slowakei, Marine le Pen, der AFD und der CSU.

Abgesehen von ihrem politischen Missbrauch ist die Migration, besser gesagt die weltweit millionenfache Flucht nicht nur ein moralisches Problem, nicht nur ein humanitäres, als welches es die verdienst-

vollen Hilfsorganisationen behandeln (beide Motive entstammen im Übrigen dem vielbeschworenen christlich-jüdischen Wertekanon, auf den sich Alle berufen sowie gleichermaßen den Tugenden des Islam. Die aber sind offenbar nur für das Sabbat-, Sonntags- oder Freitagsgebet vorgesehen und keineswegs für den politischen und sozialen Alltag. Das kennt man schon – und nicht nur in Europa), sondern vor allem ist die xenophobe Abschottungseinigkeits ein intellektuelles Problem. Fünf Beispiele intellektueller Arbeitsverweigerung sollen das im Folgenden zeigen.

Es gibt kein historisches Beispiel dafür, dass Abschottung dauerhaften Nutzen gebracht hätte. Im Gegenteil: die berühmteste Abschottungspolitik ist die japanische. Dank der Insellage gelang sie 200 Jahre lang. Das Ergebnis war eine in Ritualen erstarrte, geistig und materiell verarmte Gesellschaft. Andere Abschottungen, Grenzbefestigungen und Mauern dienten eher der Verteidigung nach außen und der Machtsicherung nach innen als der Verhinderung von Immigration. Trotz Limes, Hadrianswall etc. ist die lange Geschichte des antiken Rom eine Geschichte der Integration und wechselseitigen Bereicherung der Kulturen innerhalb wie außerhalb der

imperialen Grenzen. Erst als den Römern die Kraft dazu ausging, ließ sich die angesichts vergeblicher römischer Abschottungsversuche inzwischen gewalttätige Immigration nicht mehr steuern und die Geschichte des Imperium Romanum nahm ein unrühmliches Ende.

Natürlich gibt es nicht nur einen Grund, nicht nur eine Ursache für historische, politische, soziale Entwicklungen, Ereignisse und Taten, aber über Migration und Nachbarschaft darf man sicher sagen: vielfältige historische Erfahrungen lassen Abschottung als wenig ratsam erscheinen. Dies zu ignorieren ist die erste geistige Arbeitsverweigerung.

Der dümmliche Satz: «Wir können nicht alle aufnehmen» gilt heute als gedankliche Hochleistung. Immerhin wurde damit die Niederlage der Willkommenskultur eingeleitet. Obwohl er also aus Sicht der Fremdenfeindlichen ein voller Erfolg ist, schmirt seine Aussage geradezu ab, misst man sie an der Wirklichkeit. Wieviel Menschen leben auf der Erde? Knapp 8 Milliarden. Wieviele sind auf der Flucht? 68 Millionen Das ist ein schlimmer Rekord. Aber verlangt irgend jemand, «wir» (die AfD, Bayern, Deutschland, Europa ...) müssten diese 68 Millionen alle aufnehmen? Nein. Die allermeisten fliehen vor Krieg und Katastrophen innerhalb ihrer eigenen Lebensräume, Heimatstaaten und deren unmittelbarer Nachbarschaft. Diese Mehrheit hat erkennbar keinerlei Absicht, von «uns» aufgenommen zu werden, sondern hegt offenbar die Hoffnung, möglichst bald in ihr Dorf, ihre Stadt, ihre Wohnung zurückkehren zu können. Wozu europäische Abschottungspolitik Flüchtende durch allerlei Maßnahmen und starke Sprüche erziehen wollen, nämlich bitte nach Hause zu gehen, ist genau

das, was die allermeisten Fliehenden am allerliebsten tun würden. (auch ganz ohne die Söders, Seehofers und Gaulands – um nur vor der deutschen Tür zu kehren)

Der Tiefpunkt gedanklicher Arbeitsverweigerung ist das dritte Beispiel: die Unterscheidung zwischen Asylsuchenden und «Wirtschaftsflüchtlingen». Wirtschaftsflüchtlinge fliehen ja nicht einer Wirtschaft, sondern sie wollen irgendwohin, wo sie überhaupt erst wirtschaften, arbeiten könnten. Die Unterscheidung ist die Folge eines gut gemeinten historischen Missverständnisses, das wir seit der französischen Revolution mit uns herumschleppen. Damals vor bald 300 Jahren stellte sich die Frage, wer zu dem neuartigen Gemeinwesen «Nation» gehört, wer nicht und warum? Angesichts der persönlichen Erfahrung politischer Verfolgung durch autoritäre, monarchische Regime, klärte man aber zunächst, dass anderswo verfolgte Freiheitskämpfer auf jeden Fall Aufnahme in der Nation finden, dass sie sie schützen und ihnen Asyl gewähren müsse. Die andere Frage, wer zu dem neuen Gebilde namens Nation gehört und wer nicht, ist genau genommen bis heute nicht abschließend beantwortet.

Für die gegenwärtige deutsche Demokratie hat das Recht auf Asyl noch das besondere Gewicht, eine eindeutige Konsequenz aus der Hitlerdiktatur zu sein. Der Satz «Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.» ist einer der gelungensten des Grundgesetzes – aber wegen einer rückblickend überschaubaren Einwanderungszahl Anfang der 1990er-Jahre des vorigen Jahrhunderts mittels umständlicher Zusatzformulierungen inzwischen eingemauert.

Durch Umkehrschluss wird die Aussage, dass politisch Verfolgte auf jeden Fall herein dürfen, dahin interpretiert, dass andersart Not Leidende auf keinen Fall herein

dürfen; eventuelle Ausnahmen sollen diese Regel bitteschön bestätigen.

Dieser Simpellogik kommt zwar schon seit 1951 die Genfer Flüchtlingskonvention in die Quere, die das Gebot zur Hilfeleistung allen 147 Unterzeichnerstaaten (von denen Adenauer-Deutschland (sic!) einer der ersten war) auferlegt – nur leider nicht strafbewehrt, wie es der individuelle Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung in unserem Strafrecht ist.

Auf den ersten, fremdenfeindlichen Blick war dieses politische Asyl eigentlich eine bequeme Regel gewesen: Da Heldentum eine relativ seltene Erscheinung unter den Menschen ist, wird die Zahl derjenigen, die wegen politischer Verfolgung aufgenommen werden müssen, stets entsprechend klein bleiben und das politische Asyl kann zur Berufungsgrundlage dafür herhalten, dass alle anderen nicht aufgenommen werden müssten. Die bewusste politische Privilegierung politischer Helden wird zur Rechtfertigung der unterlassenen Hilfeleistung gegenüber allen anderen ohne jeweilige Staatsbürgerschaft. Ein Fluch der guten Tat, gewissermaßen.

Das ist der Hintergrund, vor dem jetzt geschachert wird, welcher EU-Mitgliedsstaat überhaupt Hilfe leisten müsse und wenn ja, dann doch für möglichst wenige. Der kleinste gemeinsame Nenner ist dabei die Abschottung der EU-Außengrenzen. Und das ist die nächste, vierte Arbeitsverweigerung der Ratio. Denn je größer die kollektive «wirtschaftliche» Not außerhalb der EU sein und von den betroffenen empfunden werden wird, je aussichtsloser wird die Abschottung, also umso überwindbarer werden sich alle Mauern, Zäune, Patrouillen und NATO-Draht-Spiralen erweisen. Verzweiflung setzt ungeheure Energien frei. Angst ums zukünftige Überleben führt zu

sehr viel durchschlagskräftiger Verzweiflung als politische Verfolgung, die nicht lebensbedrohlich für die Vielen ist. Dagegen kann Abschottung letztlich nichts bewirken.

Natürlich führt diese Argumentation zur berüchtigten Floskel von der Bekämpfung der Fluchtursachen. Berüchtigt ist die Floskel, weil ihr selten Taten folgen. Verwundern kann das zunächst nicht, solange ein EU-Parlamentspräsident schneller mit 6 Milliarden Euro für die Blockade des Mittelmeers zu hantieren bereit ist, als diese Summe zusätzlich gegen reale Not wo auch immer außerhalb der EU anzubieten. Angesichts der Dimension von Fluchtursachen verwundert aber die fünfte gedankliche Arbeitsverweigerung: Wer geht ernsthaft der Frage nach, wie man Bürgerkriege bekämpft (erst recht, wenn man an ihrer Entstehung etwa in Syrien nicht ganz unbeteiligt ist), wie marodierende Gewalttätigkeit in Nigeria, dem Südsudan, Hungersnot in Somalia und Äthiopien, die voranschreitende Desertifizierung im Norden Afrikas, die Korruption in Simbabwe, die Wasserknappheit in Südafrika, die Bandenkriminalität in Mexiko, durchgeknallte Ex-Sozialisten in Venezuela und Nicaragua, Drogen dealende Taliban in Afghanistan, iranisch-saudiarabische Stellvertreterkriege im Jemen oder dank EU-Billegimporten bankrotte Agrarwirtschaften? Zwar gibt es unzählige löbliche Projekte der wirtschaftliche Zusammenarbeit genannten Entwicklungshilfe, die ganzen Regionen auf eigene Beine helfen können, auf diese Fragen aber kann bisher niemand überzeugend antworten.

Es gibt keine Menschen, die sich morgens beim Frühstück mit Nutellabrot, Frischwurstaufschnitt oder hochpreisigem veganen Brotaufstrich überlegen, «Kinder, wisst ihr was, wir werden jetzt zur Abwechslung

mal flüchten, illegal Grenzen überschreiten, in Lagern leben, in Schlauchbooten über Meere schwimmen, damit wir, wenn wir das überleben, uns in bayrisch-ungarische soziale Hängematten legen können.» Was es gibt, sind Menschen, die aus Angst, Not, Hoffnungslosigkeit Verzweiflung und weil alles besser ist als der Tod (Bremer Stadtmusikanten) Wege einschlagen, die irgendwohin führen sollen, wo die Verhältnisse besser und das Überleben wahrscheinlicher sind als in Krieg und Hungersnot. Diese Menschen haben darüber hinaus keine Gemeinsamkeiten, sie können gläubig, andersgläubig oder ungläubig, hilfsbereit oder egoistisch, anständig oder kriminell sein. Wie alle anderen Menschen auch – und natürlich versuchen sie auch Strategien, an ihren ausgesuchten oder zufälligen Zielorten bleiben zu dürfen – ob sie da nun gesetzlich sind oder nicht.

Die intellektuelle Anstrengung muss dringend neu ausgerichtet werden. Die Migration ist eine Tatsache, der wir uns nicht verschließen können. Vielleicht kann man sie vorübergehend «stauen», sicher kann man Migranten weiträumig verteilt ansiedeln, vielleicht kann man eine Zeit lang

steuern, welche Qualitäten und Fähigkeiten Menschen haben müssen, um problemlos einwandern zu können, gegen die Verzweiflung durch Krieg und die neu aufkommende Unwirtlichkeit der Lebenswelten wird alles das nicht ankommen. Diesem Szenario muss mit anderen, offenbar noch ungedachten Vorkehrungen begegnet werden als mit Abschottungen und Mittelmeer-Blockaden.

1994 hat eine UN Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in ihrer Kairoer Erklärung übrigens einige Schritte hin zu einer international abgestimmten Migrationspolitik definiert.

Das war das Jahr des deutschen «Asylkompromisses», der die Zuzugsmöglichkeiten per Verfassungsänderung verringern sollte.

Was wir heute an Realitätsverweigerung, politischem Ignorantentum und nationalen Egoismen zu erwarten haben, scheint jenes 1994 weit in den Schatten zu stellen, weil alle – wirklich alle – Parteien zu feige sind eine öffentliche Debatte über Migration zu führen. Sie klagen lediglich über angeblich zu viel Einwanderung oder halten gleich ganz die Klappe.

Armin Pfahl-Traughber

Die AfD ist eine rechtsextremistische Partei!

Eine Klarstellung zur demokratietheoretischen Verortung

Die «Alternative für Deutschland» (AfD) hat nicht nur Kontakte in den Rechtsextremismus, sie ist mittlerweile selbst eine rechtsextremistische Partei geworden.¹ Belege dafür finden sich nicht nur an ihrem Rand, sondern in ihrem Zentrum. Damit hat die AfD eine bestimmte Grenze überschritten: Begann sie noch als rechtsdemokratische Alternative zur etablierten Politik, entwickelte sie sich angesichts eines parteiinternen «Rechtsruck» immer weiter in Richtung von rechtsextremistischen Positionen. Diese Einschätzung gilt zumindest für ihr Führungspersonal, was anhand von einschlägigen Kommentaren und Stellungnahmen veranschaulicht werden soll. Dabei offenbart sich eine Distanz zu den Grundprinzipien moderner Demokratie und offener Gesellschaft, die in Abwahlmöglichkeit und Gewaltenteilung, Menschenrechten und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität zu sehen sind. Die damit einhergehenden Auffassungen werden zwar meist nicht offensiv negiert, gleichwohl formulieren hochrangige Funktionsträger der Partei kontinuierlich ein Spannungsverhältnis zu eben diesen Werten.

Aberkennung von Individualrechten

Dazu gehört erstens die Aberkennung von Individualrechten: Alexander Gauland kommentierte 2017 Auffassungen zur deutschen

«Leitkultur» der damaligen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Aydan Özoguz mit den Worten: «Das sagt eine Deutsch-Türkin. Ladet sie mal in Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können».² Die mediale Empörung über dieses Statement bezog sich meist auf die Forderung nach einem «Entsorgen». Es geht bei dieser Äußerung aber auch um einen Eingriff in die Grundrechte einer Bundesbürgerin: Ihr sollte offenkundig das Recht auf Meinungsfreiheit abgesprochen und sie des Landes verwiesen werden. Dass Özoguz in der genannten Frage eine andere Position als die AfD vertrat, reichte Gauland offenbar für diese Forderung aus. Er distanzierte sich nach kritischen Anfragen nur von der «Entsorgen»-Wortwahl. Die zweite Spitzenkandidatin im Wahlkampf Alice Weidel sah dies ebenso.

Als weiteres Beispiel sei darauf hingewiesen, wie ein AfD-Politiker in Ausübung des Richteramtes die Wissenschaftsfreiheit einschränken wollte: Die NPD klagte gegen den Politikwissenschaftler Steffen Kailitz, der ihr die Absicht einer millionenfachen Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund vorgeworfen hatte. Für diese Einschätzung lassen sich einfach Belege

1 Die Arbeit am Manuskript endete am 3. Oktober 2018. Das ist demnach auch der Kenntnisstand zur Partei.

2 Gauland zit. nach: Özoguz war schwer geschockt (7. September 2017), in: www.faz.net (gelesen am 25. September 2018).

benennen: Die NPD plädiert für ein rein ethnisches Staatsbürgerschaftsverständnis, welches das «Deutsch-sein» allen Bürgern mit Migrationshintergrund abspricht. Gleichzeitig plädiert die Partei für ein «Ausländerrückführungsgesetz», es würde letztendlich für all diese Menschen in einer Verreibung münden. Der damalige Richter am Landgericht Dresden und heutige AfD-MdB Jens Maier hatte der NPD 2016 hier Recht gegeben. Später hob das Gericht dieses Urteil wieder auf.³ Maier handelte hierbei zwar nicht für die Partei, sondern als Richter. Gleichwohl negierte die Haltung des Mandatsträgers die Wissenschaftsfreiheit.

Bekundung von rassistischen Positionen

Es lässt sich zweitens auch die Bekundung von rassistischen Positionen belegen: Kurz vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft 2016 äußerte sich Gauland gegenüber Redakteuren einer Zeitung wie folgt über den deutschen Nationalspieler Jerome Boateng: «Die Leute finden ihn als Fußballer gut, aber wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.»⁴ Nachdem diese Aussage öffentlich stark beachtet und kritisiert worden war, erfolgten diverse Erklärungen, wonach diese Aussage so nie gefallen, der Name von der Redaktion ins Spiel gebracht und dann das Gesagte falsch verstanden worden sei. Beachtlich soll hier aber nicht das schrittweise Eingeständnis, sondern der Inhalt des Satzes sein. Was meinte Gauland mit dem Hinweis, was nicht gefiel. Boateng ist in Deutschland gebo-

ren und aufgewachsen, spricht die deutsche Sprache und geht einer geregelten Berufstätigkeit mit hohen Steuerzahlungen nach. Es gibt daher nur einen Grund, der für Gauland als störend empfunden werden könnte: Boateng hat eine schwarze Hautfarbe. Dies macht die rassistische Position deutlich.

Eine Argumentationsweise entsprechend des biologistischen Rassismus findet man auch bei Höcke, der bei einer Konferenz des «Instituts für Staatspolitik» der Neuen Rechten 2015 einen Vortrag hielt. Dort äußerte er sich zu Bevölkerungspolitik und Reproduktionsstrategien wie folgt: «In Afrika herrscht nämlich die sogenannte R-Strategie vor, die auf eine möglichst hohe Wachstumsrate abzielt. Dort dominiert der sogenannte Ausbreitungstyp. Und in Europa verfolgt man überwiegend die K-Strategie, die die Kapazität des Lebensraums optimal ausnutzen möchte. Hier lebt der Platzhalter-Typ. Die Evolution hat Afrika und Europa vereinfacht gesagt zwei unterschiedliche Reproduktionsstrategien beschert [...] Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhalter-Typ.»⁵ Hier werden nicht nur spekulative Auffassungen auf die Menschen- aus der Tierwelt übertragen. Bedeutsam ist bei der zu erörternden Frage die sozialdarwinistische Prägung der vorgetragenen Positionen.

Delegitimierung der gewählten Regierung

Es kommt drittens auch immer wieder zur Delegitimierung der gewählten Regierung: Die Bundeskanzlerin bezeichnete Gauland bereits 2016 als «Kanzler-Diktatorin», die das «Volk völlig umkrepelt und viele Menschen

3 Vgl. Bastian Brandau, Zweifel an der juristischen Unabhängigkeit (2. Februar 2017), in: www.deutschlandfunk.de (gelesen am 25. September 2018).

4 Gauland zit. nach: Markus Wehner / Eckart Lohse, Gauland beleidigt Boateng (29. Mai 2015), in: www.faz.net (gelesen am 25. September 2018).

5 Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme. Höcke beim IFS, in: www.youtube.com (gesehen am 3. Oktober 2018).

uns aufplopft».⁶ Derartige Aussagen wiederholte er immer wieder. Besonders bekannt wurden seine Diktaturgleichsetzungen dann in der Parteitagrede 2018. Die aktuelle Lage setzte er mit der Niedergangsphase der SED-Diktatur gleich: «Ich fühle mich an die letzten Tage der DDR erinnert.» Die «Rolle Honeckers» falle hier Merkel zu. Es genüge aber nicht nur die «Merkel muss weg»-Parole umzusetzen. «Doch hier muss ein ganzer Apparat, ein ganzes System, eine ganze Mentalität weg.»⁷ Wie genau eine solche Ablösung des «Systems» erfolgen sollte, lies Gauland offen. Er machte aber in den Ausführungen deutlich, dass es ihm nicht nur um die behauptete «Kanzler-Diktatorin» gehe, sollte doch das ganze «System» weg. Da aber die Legitimation von Merkel auf diesem fußt, bedeutet dies in der Konsequenz die Negierung von dessen Regeln und Strukturen.

Die Anspielung auf die DDR-Diktatur diente auch Höcke dazu, eine Delegitimierung der gewählten Regierung in seinen politischen Vorträgen vorzunehmen. In der bekannten Dresdener Rede von 2017 heißt es: «Weder ihr erstarrter Habitus noch ihre floskelhafte Phraseologie unterscheidet Angela Merkel von Erich Honecker.» Und nach einer durch «Merkel muss weg»-Rufe entstandenen kurzen Pause geht es dann weiter mit den Worten: «Diese Regierung ist keine Regierung mehr, diese Regierung ist zu einem Regime mutiert!»⁸ Bereits bei der ersten Aussage wird

deutlich, dass es Höcke nicht um eine Kritik an Merkel als Politikerin geht. Er setzt sie mit einem Diktator gleich und beschreibt sie als Feindbild. Dass dies nicht nur auf die Bundeskanzlerin gemünzt ist, zeigt dann der folgende Satz. Die Bezeichnung «Regime» wird hier im alltäglichen Sprachgebrauch und nicht im wissenschaftlichen Sinne genutzt. Demnach handele es sich um eine Art Diktatur, die durch Unvermögen und Versagen geprägt sei und überwunden gehöre.

Forderungen nach einem Systemwechsel

Insofern können viertens deutliche Forderungen nach einem politischen Systemwechsel nicht verwundern. Gauland bekannte sich 2018 in einem Interview zwar zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wollte aber ein anderes politisches System. Deutlich formulierte er, «dass dieses politische System wegmuss». Doch dafür bildet die freiheitliche demokratische Grundordnung die inhaltliche Legitimationsbasis, man kann nicht das eine bejahen und das andere verneinen. Er formulierte deutlich: «Ja, gegen das politische System», womit auch die Angehörigen anderer Parteien gemeint sein sollen, welche die Merkel-Politik stützten. Es handelt sich dabei aber um die gewählte Bundeskanzlerin, die auch wieder abgewählt werden kann. Gauland formulierte indessen für einen Machtwechsel eine andere Perspektive: «Diejenigen, die die Politik Merkels mittragen, das sind auch Leute aus anderen Parteien und leider auch aus den Medien. Die möchte ich aus der Verantwortung vertreiben. Das kann man eine friedliche Revolution nennen.»⁹

6 Gauland, zit. nach: Gauland nennt Merkel «Kanzler-Diktatorin» (5. Juni 2016), in: www.faz.net (gelesen am 25. September 2018).

7 Gauland, zit. nach: Kordula Doerfler, Gauland vergleicht Merkel mit Honecker (30. Jun 2018), in: www.fr.de (gelesen am 25. September 2018).

8 «Gemütszustand eines total besiegten Volkes». Höcke-Rede im Wortlaut (19. Januar 2017), in: www.tagesspiegel.de (gelesen am 21. September 2018).

9 «Friedliche Revolutionen machen mir nie Sorgen». Im Gespräch: Alexander Gauland, Bundesvorsitzen-

Auch Höcke äußerte sich in ähnlicher Weise. In seiner bekannten Dresdener Rede heißt es: «Die AfD ist die letzte evolutionäre, sie ist die letzte friedliche Chance für unser Vaterland.»¹⁰ Diese Formulierung klingt zunächst wie eine bloße Selbstbeweihräucherung. Doch was meint Höcke, wenn man ihn beim Wort nimmt? Gelingen mit der AfD und deren Wahlkandidatur kein evolutionärer und friedlicher Wandel, dann wäre die Folge und das Gegenteil davon ein revolutionärer und gewalttätiger Wandel. Eine derartige Eskalation von Handlungsoptionen ist in der Formulierung integriert, dies wäre die schlüssige Konsequenz. So darf dann wohl auch folgende Bekundung von Höcke in einem Interviewbuch verstanden werden: «Ein paar Korrekturen und Reförmchen werden nicht ausreichen. Aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich angehen. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen.»¹¹ Es soll nicht nur um Korrekturen, sondern einen Systemwechsel gehen.

Pauschalisierungen durch fremdenfeindliche Stereotype

Auch können fünftens Pauschalisierungen durch fremdenfeindliche Stereotype immer wieder konstatiert werden: Dafür stehen die Ausführungen des von Nicolaus Fest, dem ehemaligen Stellvertretenden Chefredak-

teur der «Bild am Sonntag» und erfolglosen Direktkandidaten seiner Partei zu den Bundestagswahlen. Er schrieb 2017 in einem Blogeintrag über «Gruppen von arabischen, türkischen und afrikanischen Jugendlichen»: «Alle sind laut, aggressiv, präpotent, ohne den Willen zu einfachster Höflichkeit, ohne jede soziale Intelligenz [...] Nicht einfach sind diese Leute, sondern primitiv und böseartig.» Und dann bemerkte er in Anspielung auf ein bekanntes Max-Frisch-Zitat, wonach man Gastarbeiter rief und Menschen kamen: «Wir riefen Gastarbeiter, bekamen aber Gesindel.»¹² Die genauen Formulierungen machen die Pauschalisierungen deutlich. Es heißt «alle» und «Gesindel», «böseartig» und «primitiv». Nachdem diese Äußerungen bekannt wurden, formulierte der zuständige Landesverband eine verhaltene Distanzierung nur aufgrund der Wortwahl.

Demgegenüber folgten den Ausführungen im folgenden Beispiel doch Konsequenzen. Anlässlich des politischen Aschermittwoch 2018 erklärte André Poggenburg, der damalige Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt, in einer Rede über Sprecher der «Türkischen Gemeinde in Deutschland»: «Diese Kümmelhändler haben selbst einen Völkermord an 1,5 Millionen Armeniern am Arsch ... und wollen uns irgendetwas über Geschichte und Heimat erzählen? Die spinnen wohl! Diese Kameltreiber sollen sich dahin scheren, wo sie hingehören.»¹³ Gegen

der der AfD, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. September 2018, S. 2.

10 Björn Höcke AfD zu Gast bei der Jungen Alternative in Dresden (Vortrag am 17. Juni 2017) (17. Juni 2017), in: www.youtube.com.

11 Höcke, zit. nach: Miriam Lau, Auftrag: Umsturz, in: *Die Zeit*, Nr. 39. vom 20. September 2018, S. 8–9, hier S. 8.

12 Fest, zit. nach: Sabine Beikler, Berliner AfD-Politiker Fest nennt Zuwanderer «Gesindel» (29. März 2017), in: www.tagesspiegel.de (gelesen am 25. September 2018).

13 Poggenburg zitiert nach: Politischer Aschermittwoch der AfD Sachsen – André Poggenburg Patriotismus pur!!!, in: www.youtube.com (gesehen am 25. September 2018).

die Aufnahme dieses Beispiels spricht wohl möglich, dass Poggenburg nach dieser Rede seine Ämter als Fraktions- und Landesvorsitzender aufgab. Dies war aber ohnehin absehbar, hatte er sich doch durch persönliches Gebaren – aber nicht durch seine politischen Positionen – unbeliebt gemacht. Beachtenswert sind nicht nur seine Aussagen selbst, sondern auch die Stimmung in dem Video.¹⁴ Es dokumentiert wie das AfD-Publikum gerade in diesem Moment mit hasserfüllter Stimmung reagierte.

Relativierung der NS-Vergangenheit

Fünftens lässt sich die Relativierung der NS-Vergangenheit ebenfalls immer wieder feststellen. Auch hier mag als Beispiel erneut Gauland dienen, äußerte er doch 2017: «Man muss uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten. Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr». Und weiter bemerkte er: Wenn Franzosen und Briten stolz auf ihren Kaiser oder Churchill seien, «haben wir das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen.»¹⁵ Die Anerkennung im letzten Fall bezieht sich aber auf ein Engagement für eine politische Führung von Kriegsverbrechern und Massenmördern, insofern bedeutet diese Denkperspektive auch eine Relativierung der NS-Vergangenheit. Sie zeigte sich bei Gauland auch in einer Rede vor der Parteijugend 2018 deutlich, wo er äußerte: «Ja, wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die zwölf Jahre. Hitler und

die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte.»¹⁶ Diese Auffassung verkennt die demokratietheoretische Bedeutung einer kritischen Sicht auf die NS-Vergangenheit.

Auch Höcke thematisiert immer wieder die NS-Zeit in einem geschichtspolitischen Sinne. Bekannt wurde seine Bezeichnung «Denkmal der Schande» für die Holocaust-Gedenkstätte in Berlin, wobei die Deutung dieser Formulierung hier nicht weiter thematisiert werden soll. Demgegenüber sei auf seine folgende Forderung verwiesen: «Und diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute ... Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.»¹⁷ Dabei kommt gleich drei Aspekten besondere Bedeutung zu: Der kritische Blick auf den Nationalsozialismus wird als Hindernis für die Praxis der eigenen Politik verstanden, es geht um ein politisches, weniger um ein wissenschaftliches Geschichtsbild, und eben dieses soll in sein grundlegendes Gegenteil verkehrt werden. Wenn man aber die Formulierung von einer «Wende um 180 Grad» wörtlich nimmt, dann bedeutet dies, dass eine angeblich einseitig negative Betrachtung des «Dritten Reiches» in ein doch eher positives Bild münden soll.

Kontakte zu anderen Rechtsextremisten

Es gibt sechstens immer wieder Kontakte zu anderen Rechtsextremisten, wofür hier folgendes Beispiel steht: Andreas Kalbitz ist AfD-Fraktions- und Landesvorsitzender

14 Vgl. ebenda.

15 Gauland zit. nach: Gauland will stolz sein «auf Leistungen deutscher Soldaten in Weltkriegen» (14. September 2017), in: www.fr.de (gelesen am 25. September 2018).

16 Gauland zit. nach: Gauland: Hitler nur «Vogelschiss in deutscher Geschichte» (2. Juni 2018), in: www.faz.net (gelesen am 25. September 2018).

17 Björn Höcke AfD zu Gast ... (Anm. 17).

in Brandenburg und einer der Beisitzer im Bundesvorstand. 2007 hatte er noch an einem Lager der neonazistischen «Heimattreuen Deutschen Jugend» teilgenommen. Kalbitz war zwischen 2010 und 2015 Vorsitzender des rechtsextremistischen Vereins «Kultur- und Zeitgeschichte. Archiv der Zeit» und legte dieses Amt erst nach kritischen Presseberichten nieder. 2016 wurde bekannt, dass er einen ehemaligen Neonazi-Aktivistin als Mitarbeiter im Landtag beschäftigte.¹⁸ Beachtenswert ist auch die AfD-Einstellung zur Pegida-Bewegung, gab es zu ihr doch einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Allerspätestens 2018 wurde er in der Praxis aufgehoben, demonstrierte man doch fortan zusammen. Dabei belegten Filmaufnahmen die direkte Nähe zu Lutz Bachmann, dem vorbestraften Pegida-Sprecher, der durch eindeutig rassistische Abwertungen von Flüchtlingen seine eigentlichen Positionen offenbart hatte.¹⁹

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Kontext, dass durch die AfD-Einzüge in die Parlamente auf Bundes- und Länderebene viele Mitarbeiterstellen für die Abgeordneten entstanden. Bei diesen konnte immer wieder eine Herkunft aus rechtsextremistischen Organisationen festgestellt

werden. Folgt man den Ergebnissen eines journalistischen Recherche-Projektes, so entstammten mindestens 27 von 297 dieser Mitarbeiter einschlägigen Organisationen, wozu die NPD, die verbotene neonazistische «Heimattreue Deutsche Jugend», darüber hinaus die «Identitäre Bewegung» und die Gruppe «Ein Prozent» und schließlich einschlägige Burschenschaftler und Ideologen der Neuen Rechten zählten. Auch Gauland selbst hatte zeitweise einen Mitarbeiter, der aus der Neonazi-Szene stammte.²⁰ Der AfD-Fraktionsvorsitzende sprach hier von einer bloßen «Jugendsünde». Unabhängig von der Frage, ob es sich um eine bewusste Einstellungspraxis oder eine gezielte Unterwanderung handelt, führt diese Entwicklung noch mehr zu einem «Rechtsruck».

Einstellung gegenüber den Identitären

Ein besonderer Aspekt der vorgenannten Thematik ist siebten die Einstellung gegenüber den «Identitären», wozu es eigentlich einen Abgrenzungsbeschluss aufgrund ihres Rechtsextremismus gibt. Bemerkenswert ist, wie dieser von Gauland 2016 in einem Interview kommentiert wurde: «Wir haben einen Beschluss im Bundesvorstand gefasst, dass es keine Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung gibt. ... Wir sind die AfD, wir sind das Original. Wer ähnliche Ziele verfolgt, kann zu uns kommen.» Und dann weiter: «Ich muss auch taktisch damit umgehen, dass die IB zum Teil vom Verfassungs-

18 Vgl. Brandenburger AfD-Chef gibt Teilnahme an rechtsextremem Lager zu, in: www.sueddeutsche.de (gelesen am 3. Oktober 2018); Obskurer Verein: AfD-Politiker unter Druck (15. Oktober 2015), in: www.maz-online.de (gelesen am 3. Oktober 2018); Alexander Fröhlich, Ex-NPD-Mann arbeitete für AfD-Landtagsabgeordneten (19. März 2016), in: www.pnn.de (gelesen am 3. Oktober 2018).

19 Vgl. Monnia Meiborg, AfD beschließt offenbar Zusammenarbeit mit Pegida (17. Februar 2018), in: www.zeit.de (gelesen am 25. September 2018); Malene Gürgen / Christian Jacob, «Wir sind keine Nazis» (2. September 2018), in: www.taz.de (gelesen am 25. September 2018).

20 Vgl. Kai Biermann u.a. AfD-Abgeordnete beschäftigen Rechtsextreme und Verfassungsfeinde (21. März 2018), in: www.zeit.de (gelesen am 23. September 2018), siehe auch: Rechercheprojekt Netzwerk AfD, 300 rechte Helfer im Bundestag (ohne Datum), in: www.taz.de (gelesen am 23. September 2018).

schutz beobachtet wird. [...] Deswegen sehe ich überhaupt nicht ein, warum wir mit der Identitären Bewegung zusammenarbeiten sollen, denn die können alle zu uns kommen.»²¹ Demnach distanziert sich Gauland hier nur aus strategischen Gründen von den «Identitären», da sie ihm als Konkurrenz für die eigene Partei erscheinen. Inhaltlich sieht er offenkundig keine Differenzen, formuliert er doch sogar eine Einladung zur Mitarbeit aufgrund dieser Übereinstimmung.

Dass die AfD und die «Identitären» eigentlich das Gleiche wollen bestätigte auch Hans-Thomas Tillschneider, Landtagsabgeordneter seiner Partei in Sachsen-Anhalt. Unter der gleichen Adresse wie ein Hausprojekt von diesen in Halle konnte man zeitweise sein Wahlkreisbüro erreichen. Angesichts von öffentlich bekannt gewordenen Absichten, die AfD oder Teile von ihr vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen, erklärte Tillschneider: «Wir müssen auch eine unglückliche Verquickung mit der Identitären Bewegung lösen». Gleichzeitig meinte er: «Die AfD will das Gleiche wie die Identitäre Bewegung, inhaltlich gibt es keinen Dissens.» Es gehe nur um eine «strukturelle Entflechtung», es werde ein «Angriffspunkt zugemacht».²² Auch hier wird ein ideologisch inhaltlicher Konsens deutlich, während Verbindungen nur als strategisch ungünstig gelten. Gleichwohl belegen diese Aussagen, dass sowohl Gauland wie Tillschneider politisch keinen Gegensatz sehen zwischen ihrer eigenen Partei und den vom Verfassungsschutz genannten «Identitären».

21 «Wir bleiben Fundamental-Opposition!». Fragen an Björn Höcke und Alexander Gauland, in: *Compact*, Nr. 10 vom Oktober 2016, S. 30 f., hier S. 31.

22 Tillschneider, zitiert nach: jbe, «AfD will das Gleiche wie die Identitäre Bewegung», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. September 2018, S.4.

Extremismusvorwürfe aus der Partei selbst

Extremismusvorwürfe gibt es achtens auch aus der Partei selbst: 2017 beantragte die damalige AfD-Spitze noch um Frauke Petry ein Parteiausschlussverfahren gegen Höcke, wofür eine Auswertung seiner Auftritte, Reden und Schriften mit einem sechzigseitigen Umfang vorgelegt wurde. Darin sprach man gar von einer «Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus». Bei dem Thüringer Landesvorsitzenden werde ein «Menschenbild sichtbar, welches der Würde des Menschen widerspricht». Darüber hinaus hieß es, dass sich Höcke «unmittelbar gegen die verfassungsgemäße Ordnung»²³ wende. Bei ihm fänden sich auch Aussagen, welche Adolf Hitler in Wahlkampfreden im Jahr 1932 genutzt habe. Eine derartige Verwandtschaft sei nicht zufällig. Demnach schätzte man Höcke gar als Nationalsozialisten und nicht nur als Rechtsextremisten ein. 2018 lehnte das Landesschiedsgericht in Thüringen indessen diesen Vorstoß ab. Höcke bleibt demnach AfD-Mitglied, wodurch sich die Partei seine Stellungnahmen auch zurechnen lassen muss.

Und dann sei hier noch auf die Aussagen von Jörn Kruse verwiesen. Der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete und frühere Landesvorsitzende kommentierte dabei öffentliche Veranstaltungen, wobei führende AfD-Politiker zusammen mit Neonazis an angeblichen «Trauermärschen» 2018 teilnahmen. Kruse bemerkte über seine Partei: «Sie macht jetzt – jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung – gemeinsame Sache mit Rechtsradikalen. Ohne energisches

23 Antrag zitiert nach: Kai Portmann, AfD-Spitze vergleicht Höcke mit Hitler (9. April 2017), in: www.tagesspiegel.de (gelesen am 23. September 2018).

Gegensteuern wird das die Partei an den rechtsradikalen Rand führen.» Über eine Rede des brandenburgischen AfD-Vorsitzenden Andreas Kalbitz beim «Kyffhäuser-Treffen» des rechten Parteiflügels schrieb Kruse: «Das war Nazi-Sprech.» Und ein Buch von Höcke kommentierte er mit den Worten: «Auch das ist Nazi-Jargon»,²⁴ Gauland und Meuthen forderte er zu einer Distanzierung auf, was aber nicht geschah. Einige Tage nach diesem Interview trat Kruse aus der Partei aus. Hier ist bedeutsam, dass er in der AfD nationalsozialistische Auffassungen bei hohen Funktionsträgern sah.

Gesamteinschätzung als rechtsextremistische Partei

Demnach hat man es bei der AfD in der Gesamtschau mittlerweile selbst mit einer rechtsextremistischen Partei zu tun. Ihre Extremismusintensität ist zwar geringer als die der NPD oder Neonazi-Szene, dies ändert aber am Sachverhalt selbst nichts. Diese Deutung ignoriert nicht, dass es in der AfD noch rechtsdemokratische Minderheiten gibt. Sie bemühen sich gelegentlich um Einflussgewinne, sind damit aber in Regelmäßigkeit gescheitert. Als solche bilden sie daher aktuell eher ein Feigenblatt, das den eigentlichen Charakter der Partei verdeckt. Da auch einschlägige Skandale nicht zum Rückgang von Umfragezustimmungen führen, schwindet bei Aussagen und Handlungen immer mehr die strategisch bedingte Zurückhaltung. Wenn selbst gemeinsame Demonstrationen mit Neonazis keine Stimmenrückgänge nahelegen, dann bedarf

es aus Akteurs-Perspektive immer weniger einer Mäßigung in der öffentlichen Wahrnehmung. Die Entwicklung in die rechtsextremistische Richtung dürfte sich daher weiter fortsetzen.

Anhang: Auseinandersetzung mit gegenteiligen Argumenten

Gegen die Einschätzung der Partei als rechtsextremistisch werden gelegentlich unterschiedliche Positionen vorgetragen. Damit folgt fortan eine argumentative Auseinandersetzung: Ein erstes Gegenargument lautet: «Die AfD bekennt sich zum Grundgesetz und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.» Diese Feststellung ist zwar für sich allein richtig, sagt aber nichts über die inhaltliche Glaubwürdigkeit. Denn angesichts einer gesellschaftlich breiten Akzeptanz des Grundgesetzes wäre eine offene Frontstellung gegen dieses ein taktischer Fehler. Insofern haben sich auch rechtsextremistische Parteien in der Vergangenheit offiziell sowohl zu ihm wie zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekannt. Die DVU und die REP wären Beispiele dafür. Selbst die neonazistisch dominierte Partei «Die Rechte» nahm eine entsprechende Bekundung in ihrem Programm vor. Derartige «Lippenbekenntnisse» müssen demnach gar nichts sagen, es kommt auf die jeweilige Einstellung zu den konstitutiven Normen und Regeln für eine moderne Demokratie und eine offene Gesellschaft an.

Ein zweites Gegenargument lautet: «Die AfD beruft sich nicht auf den historischen Nationalsozialismus und distanziert sich von der NPD und der Neonazi-Szene». Dem ist als politisches Bekenntnis in einem formalen Sinne durchaus so. Dabei gilt es aber zwei Gesichtspunkte zu berücksichti-

²⁴ Kruse, zit. nach: jbe, Seehofer wirft AfD «staatszer-setzende» Haltung vor, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. April 2018, S. 4.

gen: Der historische Nationalsozialismus ist gesamtgesellschaftlich weitgehend diskreditiert, was eben auch für dessen offene Anhänger im heutigen Rechtsextremismus zutrifft. Insofern wäre es ein taktischer Fehler, sich in diese Richtung offen politisch zu bekennen. Als weitaus bedeutsamer kann indessen gelten: Zwar ist jeder Nationalsozialist ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist ein Nationalsozialist. Es gibt durchaus auch andere ideologische Bezüge, womit politisch «Rechte» die Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft ablehnen können. Dafür stehen etwa die Anhänger eines extremistischen Deutschnationalismus und eines extremistischen Konservativismus.

Ein drittes Gegenargument lautet: «Die AfD-Führungskräfte kommen nicht aus bekannten rechtsextremistischen Organisationen». Dem ist tatsächlich so, lassen sich doch mit aber durchaus vorhandenen Ausnahmen für das eigentliche Spitzenpersonal der Partei keine einschlägigen politischen Vergangenheiten nachweisen. Mitunter entstammen deren Angehörige sogar demokratischen Organisationen. Indessen bedeutet eine solche frühere Angehörigkeit nicht auch noch eine entsprechende gegenwärtige politische Orientierung. Es kann sich sehr wohl ein Demokrat zu einem Extremisten wandeln wie ein Extremist zu einem Demokraten. Immerhin existieren genügend Fälle, wo frühere Bundesbeamte im Ruhestand auf einmal erstaunliche politische Nähen entwickelten. Darüber hinaus können auch als demokratische Konservative geltende Personen dubiose Verbindungen haben. Der AfD-Vorsitzende Gauland schrieb etwa während seiner CDU-Zeit in «Criticon» mit extremistischen Konservativen zusammen.

Ein viertes Gegenargument lautet: «Die AfD ist eine demokratisch legitimierte Partei, wurde sie doch in den Bundestag- und viele Landtage gewählt.» Dem ist tatsächlich so, nur hat das Eine nichts mit dem Anderen zu tun. Die demokratische Ausrichtung und die demokratische Legitimation eines politischen Protagonisten liegen auf unterschiedlichen Ebenen. So wurde beispielsweise auch die NSDAP sehr wohl demokratisch in den Reichstag gewählt, was sie aber nicht zu einer auch inhaltlich demokratischen Partei machte. Gleiches gilt für die NPD, konnte sie doch in den 2000er-Jahren zweimal hintereinander in zwei Landtage einziehen, wodurch sie aber ebenfalls keine demokratische Partei wurde. Es mag sein, dass es politisch oder sozial schwerer fällt eine Parlamentspartei als extremistisch anzusehen. Doch ist dies problemlos möglich: Die Aussagen zur inhaltlichen Ausrichtung der Partei bewegen sich auf einer anderen Ebene als die Aussagen zu ihrer politischen Legitimation. Beides sollte daher bei der Einschätzung auch nicht verwechselt werden.

Ein fünftes Gegenargument lautet: «Die AfD nimmt lediglich einen leer gewordenen Platz rechts von der Mitte ein und artikuliert legitime Kritik an den Folgen der Flüchtlingspolitik». An derartigen Aussagen ist richtig, dass es sehr wohl im Meinungs- wie im Parteienspektrum einen Platz für eine demokratische Rechte geben würde. Es muss ganz klar betont werden: Eine «rechte» Auffassung muss nicht immer extremistisch sein. Auch ist es legitim die bestehenden Probleme, die sowohl mit der Flüchtlingspolitik wie der multikulturellen Gesellschaft verbunden sind, klar zu benennen. Doch wenn dann über eine entsprechende Agitation eine Feindbildprojektion erfolgt, wobei

die Angehörigen von bestimmten ethnisch definierten Gruppen als gefährlich oder minderwertig wahrgenommen werden, geht es nicht mehr um konstruktive Hinweise auf soziale Probleme. Derartige Emotionalisierungen und Pauschalisierungen laufen auf eine extremistische Fremdenfeindlichkeit hinaus. Genau diese artikuliert sich in einschlägigen Abwertungen in der Wortwahl

Und ein sechstes Gegenargument lautet: «Die AfD wird sich im Laufe der Zeit als Partei mäßigen wie dies eben auch bei den Grünen in der Vergangenheit der Fall war». Tatsächlich hatten im Laufe der 1980er-Jahre in der Ökopartei noch einige frühere Angehörige maoistischer Kleinparteien viel zu sagen. Sie bekannten sich

aber fortan zu den Grundprinzipien eines demokratischen Rechtsstaates oder verließen aus Protest gegen die Mäßigung der «Grünen» die Partei. Bei der AfD lässt sich indessen ein genau umgekehrter Entwicklungsprozess beobachten: Die gemäßigten Kräfte um den Parteimitbegründer Bernd Lucke verließen die AfD und bezeichneten sie fortan sogar als «NPD-light» (Henkel). Währenddessen rückte die Partei immer weiter nach rechts. Gleichzeitig gewann der äußere rechte Flügel dabei an Bedeutung. Die als noch gemäßigt geltenden Führungsfiguren kooperieren mit eben diesem Flügel der «rechten» Partei problemlos. Kam es zu Austritten, dann wurden diese häufig genug eben auch mit einem «Rechtsruck» begründet.

Burkhard Jellonnek

Grundgesetz als Maßstab: Auch im Umgang mit Rechtspopulisten

Die 80. Wiederkehr des Gedenkens an die Pogromnacht vom 9. November 1938 brachte unlängst eine nicht für möglich gehaltene Zahl von Lesungen, Gottesdiensten in Synagogen, Stolpersteinverlegungen, Gedenkstunden im Deutschen Bundestag, in den Landtagen und an vielen Erinnerungsorten der damaligen Schandtaten. Im Deutschen Bundestag bei der zentralen Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag stieg der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland mit der Schilderung des Fluges eines Gullydeckels durch das Fenster einer Synagoge ein. Glas zersplitterte – freilich beschrieb der beklemmende

Vorgang nicht die Ereignisse im November 1938, sondern im Jahr 2014 in Gelsenkirchen.

Kein Einzelfall, denn das Deutschland unserer Tage ist alles andere als frei von Anschlägen auf Synagogen und Moscheen ebenso wie von Attacken gegen Angehörige jüdischer, muslimischer Religionsgemeinschaften. In einem unerträglichen Maße ereignen sich täglich derlei Vorfälle. Gewalt und Hetze gegen Ausländer sind an der Tagesordnung. Das ist zweifellos eine Schande für Deutschland!

Hinter all diesen ruchlosen Taten gegen Flüchtlinge, Muslime oder Juden, Homo-

sexuelle oder Obdachlose, stecken geistige Brandstifter. Es sind Rechtsextreme, Reichsbürger, Identitäre, es ist die AfD, die inzwischen in allen Landtagen sitzt und die Angst vor dem Fremden schürt. Und die davon profitiert, wenn sich selbst demokratische Politiker verkünden, die Migration sei die Mutter aller Probleme in Deutschland.

Noch sind wir Demokraten stark genug, diesem so nicht für möglich gehaltenen Rechtsruck in unserer Gesellschaft Paroli zu bieten. Diese Kräfte, die nichts als den Systemwechsel wollen, dürfen nicht weiter an Bedeutung gewinnen. Zivilcourage ist gefragt. «Heute sind wir genügend Demokraten», hielt der Zentralratsvorsitzende der deutschen Juden, Dr. Josef Schuster, in seiner beeindruckenden Rede zum Gedenken an den 9. November 1938 im Deutschen Bundestag dagegen. «Man riskiert nichts, wenn man sich für die Grundrechte einsetzt», so Josef Schuster, «für Antisemitismus und Rassismus darf es kein Verständnis geben!»¹

«Meine Generation hat Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie geschenkt bekommen», das mahnte Außenminister Heiko Maas nach den rechtsradikalen Ausschreitungen in Chemnitz unlängst an, sollte deshalb die Zuschauerhaltung aufgeben: «Da müssen wir dann auch mal vom Sofa hochkommen und den Mund aufmachen. Die Jahre des diskursiven Wachkomas müssen ein Ende haben.»² Auch der Chefredakteur der *Süddeutschen Zeitung*, Prof.

Heribert Prantl, übrigens ein ehemaliger Staatsanwalt, gab seiner Sorge Ausdruck, dass man nicht nur die zum Rechtspopulismus verharmlosten Exzesse der AfD zu fürchten habe, sondern gleichermaßen das Phlegma in unserer Gesellschaft, eben nicht einzuschreiten und dem respektlosen Treiben gerade der Partei-Eliten der AfD entschieden Einhalt zu gebieten.³

Es fehlt nicht an Beispielen: Im August 2018 hat im thüringischen Kirchheim bei Erfurt ein von den Behörden genehmigtes Neo-Nazi-Konzert stattgefunden, bei dem mehrere hundert Männer antisemitische Lieder skandierten: «Lasst die Messer flutschen in den Judenleib» und die den baldigen Weg vom «deutschen Staat ins deutsche Reich» prophezeiten: «Keine Türken werden mehr rumlaufen, (...) keine Nigger unser Pils saufen, keine Juden unser Volk verkaufen!» Das Ganze besiegelten sie mit «kräftigen Sieghail-Rufen» und Hitlergrüßen. Gezeigt im Filmbericht der «Tagesthemen» am 1. Oktober 2018. Solche Konzerte werden in Thüringen und Sachsen organisiert von einer rechtsextrem durchsetzten Kulturmafia als Veranstalter. Trotz Hitlergrüßen und antisemitischer Hetze gab es keine einzige Festnahme.⁴ Thüringen sei, so die Aussage des Rechtsrock-Experten Thomas Kuban, «für Neonazis hochattraktiv, weil dort der staatliche Verfolgungsdruck fehlt!»⁵

www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/chemnitz-heiko-maas-rassismus-deutschland-forderung.

- 1 Rede Dr. Josef Schuster, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland am 09.11.2018 im Deutschen Bundestag, zitiert nach: <https://www.zentralratderjuden.de/aktuelle-meldung/artikel/news/zentralen-gedenkveranstaltung-zum-80-jahrestag-der-reichspogromnacht/>.
- 2 Außenminister Heiko Maas zitiert nach *Zeit online* vom 2. September 2018, 06:22 Uhr, siehe: <https://>

- 3 Prantl, Heribert: *Gebrauchsanweisung für Populisten*, Salzburg 2017.
- 4 Tagesthemen-Sendung vom 01.10.2018, 22.15 Uhr, <https://www.ardmediathek.de/tv/Tagesthemen/tagesthemen/Das-Erste/Video?bcastId=3914&documentId=56610030>.
- 5 Der Journalist Thomas Kuban recherchiert seit 15 Jahren in der Rechtsrock-Szene, zitiert nach:

Grundsätzlich ist die Frage zu stellen, inwieweit Positionen des aktuellen AfD-Grundsatzprogrammes verfassungswidrig sind. Die Forderung nach einem Verbot von Minaretten und Moscheen ist sicherlich mit Blick auf die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit verfassungswidrig, gleiches gilt für die Forderung nach Sicherheitsverwahrung für psychisch kranke Straftäter, die einem biologistischen Gesellschaftsbild folgt und als Verstoß gegen das Grundgesetz anzusehen ist. Hier ist eine grundlegende Diskussion zu führen.

Niedrigschwelliger stellt sich die Frage, ob nicht die Beobachtung einzelner Abgeordneter durch den Verfassungsschutz, die beispielsweise durch volksverhetzende Kommentare aufgefallen sind, angemessen erscheint. Hier lohnt es sich, die Mitglieder der Parteiströmung «Der Flügel» in Augenschein nehmen. Dessen Nummer zwei nach Björn Höcke, Andreas Kalbitz, AfD-Fraktionsvorsitzender im Brandenburger Landtag, sprach sich auf dem Kyffhäusertreffen 2018 für eine «Never-Comeback-Airline [...] für politische Gegner wie [...] Roth, Özdemir» aus, deren Politik der Masseneinwanderung längst zu einer «Messereinwanderung» geführt habe. Die gegen das eigene Volk agierende Regierung mit ihren «Altparteienversagern» erlebe die «Götterdämmerung eines globalisierten Multikulturalismus», die AfD sei zum «Totengräber der fauligen Reste der 68er-Zersetzung» aufgestiegen. «Wir holen uns unser Land zurück», so das Credo von Andreas Kalbitz. Der Fraktionsvorsitzende reiste in der Vergangenheit zu Tref-

fen der «Heimattreuen Deutschen Jugend», die aufgrund ihres völkischen Gedankengutes verboten ist.⁶ Vor geraumer Zeit hat der bayerische Verfassungsschutz den heutigen AfD-Bundestagsabgeordneten und übrigens anerkannten Asylbewerber Petr Byston wegen seiner Nähe zur identitären Bewegung überwacht. Da Mitglieder der identitären Bewegung zwischenzeitlich von allen Landesämtern unter Beobachtung gestellt sind, könnte man in etlichen Fällen besagter Nähe von AfD-Mitgliedern dorthin tätig werden.

Sicherlich, das hat das NPD-Verbotsverfahren gezeigt, ist die Feststellung der fehlenden Verfassungstreue einer Partei, ein sehr aufwändiges Verfahren. Aber auch im Falle der NPD wurde am Ende die Verfassungsfeindlichkeit deutlich herausgearbeitet, allerdings verzichtete das Bundesverfassungsgericht wegen der fehlenden Durchschlagskraft der Partei auf diesen letzten Schritt. Was die Bedeutung der AfD angeht, sind die Gewichte zweifellos anders verteilt. Die Partei ist, anders als die NPD, im Bundestag wie in allen Landtagen angekommen. Sollte sich freilich der Nachweis der Verfassungsfeindlichkeit der Gesamtpartei als ein zu schwieriger Schritt herausstellen, sollte die Verfassungstreue des Einzelnen in Augenschein genommen werden. Bei der Durchsicht aller aktuell gewählten Funktionsträger im Deutschen Bundestag wie in allen Landtagen fällt auf, dass mehr als die Hälfte aller Abgeordneten vor ihrer Wahl in die entsprechende Parlamente im Staatsdienst gearbeitet haben und beim

<https://www.stern.de/tv/musikveranstaltungen-von-neonazis-wie-die-rechtsrock-szene-in-thuerin-gen-boomt-8373316.html>.

6 Rede von Andreas Kalbitz auf dem Kyffhäusertreffen 2018, s. <https://www.youtube.com/watch?v=PB2mWTMT2V4>; Beleg für Kalbitz-Verstrickung zur HDJ: <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1264795/>.

Antritt ihrer Beschäftigung einen Eid auf die Verfassung geleistet haben. Bei nicht eben wenigen dieser Staatsdiener fällt freilich auf, dass sie sich zwischenzeitlich volksverhetzend, fremdenfeindlich und minderheitendiskriminierend geäußert haben. Bei solchen bisweilen auch strafrechtlich relevanten Äußerungen ist zu prüfen, ob diese mit dem Verbleib im Staatsdienst kompatibel sind.

Beispiel Björn Höcke: Der beurlaubte hessische Gymnasiallehrer ist mit seinem Plädoyer für eine «erinnerungspolitische Wende um 180 Grad» mit Blick auf den Umgang mit der NS-Zeit und seiner Einordnung des Berliner Holocaust-Mahnmals als «Denkmal der Schande» schlichtweg künftig im Schulunterricht untragbar.

Gleiches gilt für den Abgeordneten im Deutschen Bundestag und ehemaligen Zivilrichter am Dresdener Landgericht, Jens Maier, der die vielfachen Morde des norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik verharmloste, indem er vorbrachte, Breivik sei aus «Verzweiflung» über Kulturfremde zum Massenmörder geworden. Ferner diffamierte er den dunkelhäutigen Sohn Noah des ehemaligen Tennisprofis Boris Becker als «kleinen Halbnegern». Im Richteramt untersagte er – bei angedrohtem Zwangsgeld in Höhe einer Viertelmillion Euro – dem vom Bundesverfassungsgericht im NPD-Verbotsverfahren bestellten Dresdener Politikwissenschaftler PD Dr. Steffen Kailitz, seine Forschungsthese über die Verfassungsfeindlichkeit der NPD öffentlich vorzutragen. Im Richteramt kannte er in einer Rede vor dem AfD-Parteinauwuchs keine Hemmungen, die Zeit des «Schuldskults in Deutschland für beendet» zu erklären.

Auch der beurlaubte, früher an der Universität Greifswald lehrende Jura-Profes-

sor Ralph Weber, aktuell AfD-Fraktionsgeschäftsführer im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, hat im Staatsdienst beispielsweise auf einem Lehrstuhl nichts mehr verloren. Wie steht es um seinen Amtseid auf die Verfassung, wenn er im szenebekanntem Outfit des «Thor-Steinar»-Labels Vorlesungen abhält, einen Reichsbürger zu einer Vorlesung als Redner einlädt und einen ehemaligen nationalsozialistisch und antisemitisch gesinnten Sänger («Hassgesang») und Juristen von der Fakultät promovieren ließ? Und wie ist seine mehrfach formulierte Forderung «Deutschland den Deutschen» mit dem Grundgesetz vereinbar?

Drei willkürlich ausgesuchte Beispiele einer langen Liste mit Übergriffigkeiten, zum Teil mit einer strafrechtlichen Dimension. Die Feinde der Demokratie haben bereits angekündigt, mit deren Protagonisten («alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur») abzurechnen, sobald sie an der Macht sind, so zum Beispiel der rheinland-pfälzische AfD-Fraktionschef Uwe Junge. Unsere Demokratie sollte so wehrhaft sein, ihre Feinde nicht zu nähren, sondern sie aus dem Staatsdienst zu entfernen. Hier ist die Entschlossenheit eines demokratischen Staates gefordert.

Hoffnungsschimmer: Vor dem Landgericht Stuttgart wurde in den letzten Wochen ein Verfahren gegen den heutigen AfD-Bundestagsabgeordneten und beurlaubten Freiburger Staatsanwalt Thomas Seitz wegen rassistischer Facebook-Posts («Quoteneger») und Verstößen gegen die Pflicht zur Neutralität geführt. Seitz habe nach dem Mordfall «Susanna» seine Redezeit für eine Schweigeminute im Deutschen Bundestag zweckentfremdet und bezeichnete

Merkels Flüchtlingspolitik auf Facebook als «Auftakt zur Vernichtung des Deutschen Volkes». ⁷ Mit Entscheid vom 19. September 2018 hat das Richterdienstgericht Stuttgart

7 <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/Verfahren-gegen-Bundestagsabgeordneten-aus-Lahr-Justizministerium->

den Juristen aus dem Beamtenverhältnis entfernt, das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. ⁸

[will-AfD-Mann-Seitz-Beamtenstatus-entziehen,disziplinarverfahren-thomas-seitz-afd-100.html](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/thomas-seitz-afd-abgeordneter-beamtenstatus-rassismus).

8 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/thomas-seitz-afd-abgeordneter-beamtenstatus-rassismus>.

HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Robert von Olberg

Promotionsrecht für Fachhochschulen: Es ist etwas in Bewegung Eine Erwiderung auf Ralf Ludwig

An dieser Stelle hat im letzten Heft Ralf Ludwig vor einem Promotionsrecht für Fachhochschulen gewarnt. Anlass zur Sorge bereitet ihm die Entwicklung in Hessen, wo CDU-Wissenschaftsminister Boris Rhein erstmals forschungstarken Fächern an Fachhochschulen das Promotionsrecht verliehen hat. FH-Professorinnen und -Professoren, die eine Promotion hauptverantwortlich betreuen wollen, müssen ihre Forschungsstärke durch eingeworbene Drittmittel nachweisen. Von einem allgemeinen Promotionsrecht für Fachhochschulen in Hessen kann keine Rede sein und ebenso wenig vom Ausschluss der Universitäten, muss doch in jedem Promotionsausschuss einer Fachhochschule ein Universitätsvertreter oder eine Universitätsvertreterin beteiligt sein. Über ein eigenständiges Promotionsrecht, wie es die Universitäten haben, verfügen Fachhochschulen also auch nach den Reformen der hessischen Wissenschaftspolitik nicht.

Hessen, Schleswig-Holstein und bald auch NRW?

Gleichwohl gibt es Bewegung in puncto Promotionen an Fachhochschulen. So hat kürzlich Schleswig-Holstein beschlossen, ein Promotionskolleg mit dem Promotions-

recht auszustatten, in dem Professorinnen und Professoren von Fachhochschulen und Universitäten gemeinsam Promotionsvorhaben betreuen. Und in Nordrhein-Westfalen fordern die Fachhochschulen anlässlich der aktuellen Novellierung des Hochschulgesetzes ein ähnliches Modell wie in Schleswig-Holstein mit dem konditionierten Promotionsrecht für das Graduierteninstitut für angewandte Forschung der Fachhochschulen in NRW. Konditioniert soll das Promotionsrecht sein, da auch hier die Beteiligung von Universitätsvertreterinnen und -vertretern weiterhin vorgesehen ist. Dass Universitäten um ihr bisheriges Promotionsprivileg fürchten, ist daher nicht ganz aus der Luft gegriffen. Auch das hochschulpolitische Rad dreht sich weiter und bewegt dabei auch die Promotionslandschaft. Sich mit dieser politischen Entwicklung kritisch argumentativ auseinander zu setzen, ist vollkommen legitim.

Schräge Argumentation

Doch setzt man sich mit Ludwigs Argumentation unter der Überschrift «Promotionsrecht für Fachhochschulen: Der falsche Weg!» näher auseinander, so regt sich Wider-

spruch gegen zentrale Grundannahmen und Behauptungen des Argumentationsganges.

Von bewährter Arbeitsteilung zwischen den unterschiedlichen Hochschultypen spricht Ludwig. Universitäten und Fachhochschulen hätten eigenständige Profile und ergänzten sich dadurch gut. Soweit so richtig. Doch geht es darum, diese Profile und Aufgaben zu beschreiben, wird das gezeichnete Bild dann mindestens schräg: Während Universitäten «eine Ausbildung durch Wissenschaft und exzellente Grundlagenforschung» garantierten, so Ludwig, gehe es an Fachhochschulen um «eine anwendungsorientierte und praxisnahe Ausbildung». Dass Grundlagenforschung das Kerngeschäft der Universitäten in der Leistungsdimension Forschung ist, ist unbestritten. Ebenso unbestritten ist, dass das Charakteristikum von Fachhochschulen bei der Lehre die Anwendungsorientierung ist. Jedoch verkennt diese Gegenüberstellung, dass sich der hochschulgesetzliche Auftrag von Fachhochschulen landauf und landab nicht in der Leistungsdimension Lehre erschöpft. Anwendungsorientierte Forschung gehört als weitere Leistungsdimension ganz genauso zum gesetzlichen Auftrag dieses Hochschultyps. Anwendungsorientierung in Lehre und Forschung ist neben dem Transfer der Markenkern der Fachhochschulen.

Markenkern: Anwendungsorientierung

Will man den Markenkern der Hochschultypen nicht «verwässern», wie es Ludwig fordert, so muss man den Markenkern in einer ständig in Bewegung befindlichen Hochschul Landschaft stärken. Bei den Fachhochschulen heißt das vor allem: Dem hochschulgesetzlichen Auftrag zur anwendungsorientierten Forschung auch starke Strukturen folgen

lassen, die die Einlösung des Gesetzauftrags möglich machen. Dazu gehört neben einer Grundfinanzierung für Forschung, die an Fachhochschulen bislang fehlt, auch die Eröffnung von Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs und vor allem für Forscherinnen und Forscher, die sich des Forschungsauftrags annehmen. Promotionsmöglichkeiten gehören zwingend dazu.

Förderung des eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses

Was Fachhochschulen fehlt, sind Strukturen zur Förderung des eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses. Wer als Professorin oder Professor an eine Fachhochschule berufen werden will, muss promoviert sein und mindestens fünf Jahre Berufserfahrung nachweisen, mindestens drei davon außerhalb des Hochschulbetriebs. Promoviert werden kann jedoch nur an Universitäten. Für FH-typische Fächer wie z.B. Soziale Arbeit oder Pflegewissenschaften gibt es jedoch an Universitäten keine Entsprechung. Die Promotion in diesen Fächern fällt daher schwer und muss in verwandten Bezugswissenschaften erfolgen. Im Übrigen sind dies häufig Fächer mit einer enormen Nachfrage nach hoch qualifizierten Kräften nicht nur auf dem akademischen Arbeitsmarkt.

Was ist Wissenschaft?

Besonders problematisch ist Ludwigs Begriff dessen, was er unter Wissenschaft versteht. Wissenschaft ist für ihn offensichtlich einzig und allein die Grundlagenforschung. Nun ist die Bedeutung der Grundlagenforschung für die Wissenschaft unbestritten, doch ist die Gleichsetzung von Wissenschaft und Grundlagenforschung ein sehr verengtes Verständ-

nis von Wissenschaft. Denn Wissenschaft ist auch der Prozess intersubjektiv nachvollziehbaren Forschens, also eine bestimmte regelgeleitete Vorgehensweise. Und damit ist Wissenschaft nicht allein auf die Erforschung von Grundlagen beschränkt, sondern umfasst genauso auch den Bereich der anwendungsorientierten Forschung. Wofür lassen sich Erkenntnisse der Theorie in der Praxis nutzen? Auch diese Fragestellung ist eine wissenschaftliche, sofern der Arbeitsprozess methodologisch sauber verläuft. Anwendungsorientierte Forschung, wie sie Fachhochschulen in besonderer Weise betreiben, ist ebenso wissenschaftliche Forschung. Selbstverständlich greift sie auf das zurück, was die Grundlagenforschung für sie an Erkenntnissen und Erfahrungen bereithält. Doch auch hierin liegt kein für die Wissenschaft untypisches Vorgehen. Im Gegenteil: Die Bezugnahme auf die Arbeit anderer Forscherinnen und Forscher und die Auseinandersetzung mit ihr ist in inhärenter Bestandteil wissenschaftlichen Arbeitens.

Hilfsargumente

Auch einige Hilfsargumente Ludwigs taugen kaum, um damit ein Promotionsrecht für Fachhochschulen rundheraus abzulehnen. Warum sollten Promotionen an Fachhochschulen etwa anderen Standards zum Beispiel in Bezug auf die Veröffentlichungspflicht unterworfen sein als sie für Universitätspromotionen gelten? Selbstverständlich müssen hier dieselben Regeln gelten. Denn jede Dissertation ist ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Wissenschaft, der sich auch der kritischen Auseinandersetzung stellen muss. Auch die Sorge vor einer Ausweitung des Promotionsrechts auf außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

sollte nicht zu groß sein. Der Aufschrei aus diesen Institutionen ist in Hessen bei den jüngsten Reformen ausgeblieben. Mit der Begründung, dass an ihnen die Lehre gänzlich fehlt, lässt sich zudem auch weiterhin begründen, warum nur Hochschulen promovieren können sollen. Der Hinweis auf die bestehenden Möglichkeiten kooperativer Promotionen zwischen Fachhochschulen und Universitäten ist berechtigt, wird von diesem Weg doch auch zahlreich Gebrauch gemacht. Dennoch scheitern viele Vorhaben promotionsbegeisterter Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler leider immer noch zu häufig an der fehlenden Bereitschaft zu solchen Verfahren auf Seiten der Universitäten. Das zur Stärkung der kooperativen Promotion in Nordrhein-Westfalen gegründete Graduierteninstitut kann ein Lied von solchen Fällen singen. Dabei mangelt es meistens nicht an der grundsätzlichen Unterstützung auf Ebene der Universitätsleitungen, sondern die Widerstände und Hürden liegen häufig auf Ebene der Fakultäten und einzelnen universitären Professorinnen und Professoren.

Gemeinsamer Kampf um solide Grundfinanzierung

Der Ruf nach einer «soliden Grundfinanzierung der Universitäten, damit sie ihre Daueraufgaben in Lehre und Forschung erledigen können» ist zweifellos richtig und berechtigt. Doch gilt er gleichermaßen auch für die Fachhochschulen. Die wachsende Abhängigkeit von Drittmitteln und zeitlich befristeten Projekt- und Programmfinanzierungen ist ein drängendes Problem der Hochschulen insgesamt. Planbarkeit und Berechenbarkeit kommen viel zu kurz. Stattdessen fördern Kurzfristigkeit und mangelnde Kon-

tinuität von Finanzierungsströmen das akademische Prekariat, indem Befristungen an der Tagesordnung und Arbeitsverhältnisse, die den Ansprüchen Guter Arbeit gerecht werden, eine Seltenheit sind. Für eine dauerhaft auskömmliche und verlässliche Grundfinanzierung aller Leistungsdimensionen sollten Universitäten und Fachhochschulen gemeinsam kämpfen. Beispielsweise, wenn es aktuell um die Fortführung und Verstärkung des Hochschulpaktes geht.

Reform statt Revolution

Es ist etwas in Bewegung beim Promotionsrecht für Fachhochschulen. Hessen hat den

Mut bewiesen, lange Zeit Unvorstellbares möglich zu machen. Die alles umstürzende wissenschaftspolitische Revolution ist dabei ausgeblieben. Dafür läuft auch in anderen Ländern die Diskussion um hochschulgesetzliche Reformen beim Promotionsrecht auf Hochtouren. Dass der Fortschritt oft eine Schnecke ist, ist in der Wissenschaft ein weithin bekanntes Phänomen. Und mit Blick auf hochschulpolitische Veränderungen wissen die vor bald 50 Jahren gegründeten Fachhochschulen dies nur allzu gut. Doch schon Einstein wies auf die Gefahr hin, dass jemand, der eine Sache für gänzlich undurchführbar erklärt, bisweilen von einem anderen unterbrochen wird, der sie schon realisiert hat.

Ralf Ludwig

Der perfekte Professor für Forschung und Lehre: «Elfenbeinturm» oder «Kooperation»

Angeregt zu diesem Beitrag hat mich ein Editorial im Magazin *Forschung & Lehre* des Deutschen Hochschulverbandes (Ausgabe 1|18). Ein emeritierter Physikprofessor beklagte sich über die Zunahme von Ko-Autorenschaften bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen. In den Umweltwissenschaften sei die mittlere Zahl pro Aufsatz inzwischen auf acht, in der Medizin sogar auf elf angewachsen. Diese Diskussion kam mir aus diversen Fakultätsratssitzungen bekannt vor. Aus kumulativ eingereichten Dissertationsschriften war aufgrund langer Autorenlisten die Eigenleistung des Doktoranden nicht mehr ersichtlich. Akri-

bisch muss nun der «Selbsteil» prozentual angegeben und vom Betreuer bestätigt werden. Beim Weiterlesen des Editorials wurde mir schnell klar, dass es um mehr geht als nur die Zunahme von Ko-Autorenschaften. Es geht eigentlich um eine ständig schwelende Debatte darüber, wie Lehre, Wissenschaft und Forschung an unseren Universitäten auszusehen haben. Denn die unüberschaubaren Autorenlisten werden den sogenannten «Projekt-Professoren» angelastet. In besagtem Editorial handelt es sich um eine Spezies von erfolgreichen Netzwerkern, Viel-Publizierern und Geldeintreibern, die zunehmend das Vertrauen in

unser Wissenschaftssystem aufs Spiel setzen. Provokant wird am Ende des Editorials gefragt, ob nicht auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) mit ihrer Förderpraxis den «Projekt-Professoren» längst aufgefressen sei. So sehr ich das zugespitzte Editorial mag und Argumente schlüssig finde, so sehr bin ich überzeugt davon, dass wir eine Diskussion mit dieser Stoßrichtung nicht führen sollten. Wissenschaft und Forschung befinden sich zu sehr in der Defensive als dass wir eine Einteilung in vermeintlich «gute» und «schlechte» Professoren vornehmen sollten. Eine solche Debatte führt in die Irre. Gemeinsames Ziel sollte es stattdessen sein, den Stellenwert von Lehre, Wissenschaft und Forschung in unserer Gesellschaft zu verbessern.

Zwei Grundtypen: «Professor Weiß» und «Professor Schwarz»

An den Universitäten lehren zwei Grundtypen, die hier einfach Professor Weiß und Professor Schwarz genannt und kurz charakterisiert werden sollen. Mir ist bewusst, dass die überwiegende Mehrheit der Professoren «in-between» anzusiedeln ist und die Zwischentöne überwiegen. Dennoch müssen wir uns immer wieder mit den Argumenten beider Extrempositionen auseinandersetzen. Die Namen Weiß und Schwarz sind frei erfunden. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen und realen Handlungen sind rein zufällig.

Profil von «Professor Weiß»

Bei dieser Spezies handelt es sich um einen überzeugten Hochschullehrer und akribischen Forscher, der sich häufig durch sein Umfeld ungerecht behandelt fühlt. Die wis-

senschaftlichen Veröffentlichungen werden in der Regel von wenigen Autoren verfasst, die maßgeblich zur Arbeit beigetragen haben. Nicht selten stehen in der Autorenzeile nur der Doktorand als Erstautor und der Betreuer als Letztautor. Die Verantwortlichkeiten sind klar geregelt, niemand kann sich z. B. bei wissenschaftlichem Fehlverhalten herausreden. Professor Weiß veröffentlicht nur in Zeitschriften, die in seinem Fach anerkannt sind («more specialized journals»). Der häufig nur moderate Impact-Faktor des Journals spielt dabei keine Rolle. Die Qualität von Beiträgen in interdisziplinären und breiter aufgestellten Zeitschriften wie *Science* und *Nature* und ihren Derivaten wird angezweifelt. Gerne werden sie als «Bild-Zeitung» des Wissenschaftsbetriebs diskreditiert.

Professor Weiß ist ein engagierter Hochschullehrer, dessen Engagement und Akribie nicht immer sofort, aber doch später von Studierenden sehr geschätzt wird. Die akademische Selbstverwaltung begreift Professor Weiß als eine unumgängliche Pflicht, die zum Hochschullehrerdasein dazugehört und ordentlich zu erledigen ist. Manchmal fühlt er sich im Kreise rhetorisch gewandterer Kollegen unwohl. Er hat recht, kann es aber nicht immer durchsetzen. In der Forschung gehört Prof. Weiß eher zu den Methodenentwicklern, die ausschließlich in der Grundlagenforschung beheimatet sind. Häufig geht es langsam voran, Rückschläge sind an der Tagesordnung, schließlich werden dicke Bretter gebohrt. Professor Weiß beruft sich gerne auf Albert Einstein: «Zwei Dinge sind zu unsrer Arbeit nötig: Unermüdlige Ausdauer und die Bereitschaft, etwas, in das man viel Zeit und Arbeit gesteckt hat, wieder wegzwerfen.» Seine Publikationsliste ist folglich kurz, was im Wettbewerb

um das Renommee innerhalb der Universität und um Forschungsgelder auf nationaler und europäischer Ebene ein ernsthaftes Problem darstellt.

Häufig fühlt er sich deshalb von Wissenschaftsverbänden wie der DFG im Stich gelassen, die (aus seiner Sicht) öffentlich gute wissenschaftliche Praxis und exzellente Grundlagenforschung predigen, aber die Forschungsgelder gerne an Netzwerker, Viel Publizierer und Geldeintreiber bewilligen, getreu dem Volksmund: «Wo viel ist, will auch viel hin». Die haben bisher geliefert, also ist unser Forschungsgeld dort sinnvoll und risikolos angelegt. Es fällt auf, das Professor Weiß in Wort- und Redebeiträgen auffallend viel Unterstützung von emeritierten Kollegen und nicht selten von älteren Nobelpreisträgern seines Faches erhält. Die meisten von ihnen kommen aus renommierten Universitäten und Forschungseinrichtungen, in denen sie sich umfänglich befreit von Lehre und akademischer Selbstverwaltung, ihrer exzellenten Forschung widmen konnten. Niemand dieser Gelehrten hat sich jemals um eine auskömmliche Finanzierung von Forschung und Lehre Gedanken machen müssen. Selbstverständlich beziehen sie sich auf das Harnack-Prinzip, die traditionelle Leitlinie für die Berufung der besten Köpfe als Wissenschaftliche Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft. Professor Weiß sieht seinen kompromisslosen, den «richtigen» Weg bestätigt.

Profil von «Professor Schwarz»

Bei dieser Spezies handelt es sich um einen begabten Netzwerker in der Grundlagen-, aber auch in der Anwendungsforschung. Professor Schwarz veröffentlicht viel und versucht immer wieder seine Arbeiten in

möglichst renommierten Zeitschriften mit hohem Impact-Faktor zu publizieren. Manchmal gehört er einer Wissenschaftseinrichtung an, die nur Publikationen in Zeitschriften mit einem Impact-Faktor ab bestimmter Größe zählt. Kollege Weiß würde in dieser Statistik nicht vorkommen. Professor Schwarz hingegen hat Mühe die Zahl der Doktoranden und erzielten Ergebnisse noch zu überblicken. Da ist es gut, dass er sich auf verlässliche Gruppenleiter stützen kann, die den wesentlichen Teil der Betreuung und des Manuskriptschreibens übernehmen. Professor Schwarz hält sich ebenfalls für einen guten Hochschullehrer, besonders, weil er seine reiche Erfahrung in der Grund- und Anwendungsforschung weitergeben könne. In der Praxis lässt er sich allerdings wegen seiner zahlreichen Verpflichtungen im Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb gerne vertreten. In der akademischen Selbstverwaltung haben ihn seine Kollegen schon lange nicht mehr aktiv gesehen. Vorsorglich lässt Professor Schwarz sich erst gar nicht in den Fakultätsrat, den Senat oder das Konzil wählen. Diese Aufgabe überlässt er gerne dem Kollegen Weiß, besonders nach Absprache, wenn Interessen seiner Sphäre berührt sind. In der Debatte «Grundlagenforschung versus Anwendungsforschung» zeigt sich Professor Schwarz gestählt. Mit dem Begriff «grundlagenorientierte Anwendungsforschung» verlässt er das Podium grundsätzlich als Sieger. Professor Schwarz wird häufig zu Vorträgen auf Konferenzen und an andere Forschungseinrichtungen eingeladen. Sein Netzwerk wird ständig größer, die Zahl der Kooperationen nimmt permanent zu. Auch dadurch gelingt eine erfolgreiche Beteiligung an großen Forschungsprojekten auf nationaler und sogar europäischer Ebene. Die Zusammenarbeit in den Projekten ziehen nicht nur

weitere Veröffentlichungen und Kooperationen nach sich, sondern führt auch zu Anregungen und Ideen. Auch Professor Schwarz ist sich des Renommées der Grundlagenforschung bewusst. Das Projekt-Portfolio muss schließlich stimmen. Wenn aber die finanziellen Zuwendungen aus anderen Quellen (Industrie, BMBF, EU etc.) fließen, warum soll man sich dann dem langwierigen und hoch kompetitiven Begutachtungsprozess der DFG unterziehen? Vielleicht gerät Professor Schwarz sogar an kleinkarierte (und eventuell missgünstige) Gutachter, womöglich sogar an Professor Weiß, der mit seinem kritischen Review ein Exempel statuieren möchte? Professor Schwarz ist überaus erfolgreich und glaubt keine Kompromisse eingehen zu müssen.

Welche Professoren brauchen wir, die «Grauen»?

Die Professoren Weiß und Schwarz sind einerseits für unser Wissenschaftssystem unverzichtbar, andererseits aber keine guten Vorbilder, besonders nicht für den wissenschaftlichen Nachwuchs, den zu Beginn der Karriere ganz andere Probleme plagten. Folgende Punkte wollen wir den Professoren Weiß und Schwarz deshalb gerne ins «Stammbuch Forschung & Lehre» schreiben:

Eine Karriere ohne frühzeitige und hochrangige Publikationen ist heute nicht mehr denkbar. Die Zeiten, in denen Professor Weiß sich erst nach abgeschlossener Promotion dazu bequemte, aus der Doktorarbeit seines Schützlings ein oder zwei Veröffentlichungen zu schreiben, sind vorbei. Für eine erfolgreiche Bewerbung um eine Stelle oder ein Stipendium als Postdoktorand werden hochwertige Publikationen benötigt, die ein eigenständiges Profil für eine wissenschaftliche Karriere absehen lassen. Arbei-

ten müssen also «on the fly» während der Promotion veröffentlicht werden, sobald die Qualität der erzielten Ergebnisse es erlaubt.

Auch wenn der Impact-Faktor eines Journals nicht das Maß aller Dinge sein darf, ist auf die Sichtbarkeit einer wissenschaftlichen Arbeit zu achten. Veröffentlichungen in Zeitschriften, die von der Community nicht gelesen und damit zur Kenntnis genommen werden, sind für Nachwuchswissenschaftler eine Nullnummer. Blind auf ein Journal mit hohem Impact-Faktor zu setzen, ist ebenso fatal. Die Auseinandersetzung mit eifersüchtigen «Big Shots» als Gutachter kostet viel Zeit und Nerven, die besser in fortgesetzter Forschungsarbeit und der Abfassung weiterer Manuskripte angelegt sind. Mit realistischer Einschätzung der Qualität der eigenen Arbeit sollte ein von der Community wohl anerkanntes Journal für die Einreichung gewählt werden.

Der *Hirsch-Index* (h-Index) ist nicht das Maß aller Dinge, und er kann es besonders bei Nachwuchswissenschaftlern auch nicht sein. Dennoch wird der h-Index verstärkt als ein Maß für das Ansehen eines Wissenschaftlers in Fachkreisen gesehen. Der h-Index basiert auf bibliometrischen Analysen der Zitationen von Publikationen in begutachteten Journalen. Ein hoher h-Index ergibt sich, wenn eine erhebliche Anzahl von Publikationen eines Wissenschaftlers häufig in anderen Veröffentlichungen zitiert ist. Bei der Bewertung der Maßzahl ist die Rollenverteilung klar: Professor Weiß erklärt den h-Index zum Nonplusultra, während Professor Schwarz kein gutes Haar daran lässt. Dabei geht es nur um eine vernünftige Einschätzung dieser Maßzahl. Bei Nachwuchswissenschaftlern kann der auf eigenen Arbeiten basierende h-Index wegen des Karrierealters naturgemäß nicht hoch sein.

Wenn er es doch ist, beruht der h-Index häufig auf gemeinsamen Arbeiten mit früheren Mentoren. Dann hängt der h-Index davon ab, aus welchem Stall man kommt. Andererseits weist ein hoher h-Index einen Wissenschaftler sehr wohl als aktiv und innovativ aus. Durch noch so viele Kooperationen und Selbstzitate ließe sich der h-Index nicht beliebig in die Höhe treiben.

Profil und Passfähigkeit spielen bei Berufungsverfahren eine zentrale Rolle. Publikationen und Drittmittelwerbung dürfen allerdings nicht außer Acht gelassen werden. Viele Professoren, die beides als «Sekundärtugenden» abtun, agieren in Berufungskommissionen nicht selten anders. Selbstverständlich spielen im Vergleich der Mitwerber die Zahl und Qualität der Veröffentlichungen ebenso eine zentrale Rolle wie die eingeworbenen Drittmittel. Eine Universität wünscht sich hochrangige Veröffentlichungen, Preise und Drittmittel. Das kann Professor Weiß zurecht kritisieren, wird sich aber wegen der unzureichenden Grundfinanzierung der Universitäten nicht ändern bzw. ändern lassen. Die Mittelvergabe bei der öffentlichen Forschungsförderung ist und bleibt hoch kompetitiv. Wichtig ist es darauf zu achten, dass Ideen, Innovation und Risikobereitschaft ausgezeichnet werden, und nicht «Gutes von gestern» oder die Arbeit von Kooperationspartnern.

Auch in der Wissenschaft ist es gut, ein Stand- und ein Spielbein zu haben. Das Standbein steht für die Kernkompetenz, das wissenschaftliche Profil und die Sichtbarkeit über Publikationen und Projekte, für die eines Tages der Ruf an eine Universität erfolgen soll. Das Spielbein setze ich in gemeinsamen Projekten und für die Erprobung neuer Forschungsfelder ein. Die Diffraktionierung von sogenannten Projekt-Profes-

soren ist nicht gerechtfertigt. Projekte, die aus belastbaren Kooperationen und nicht aus reinen Beutegemeinschaften erwachsen, sind zu begrüßen. Nur so können interdisziplinäre Fragestellungen adressiert werden. Nur gemeinsam kann ein komplexes Problem gelöst werden, mit unterschiedlichen Zugängen, Kompetenzen und Methoden. Vom gemeinsamen Antragschreiben, Forschen und Publizieren können Wissenschaftler viel lernen, vor allem den Respekt vor anderen Disziplinen und Fächerkulturen.

Netzwerke allein begründen in der Wissenschaft noch keine Exzellenz. Sie sind aber das Lebenselixier für junge Nachwuchswissenschaftler. Ob bei gemeinsamen Forschungsaktivitäten, öffentlichen Auftritten, Verfassen von Anträgen und Publikationen, Bewerbungen und Vorstellungsgesprächen, überall ist guter Rat von in ähnlicher Situation befindlichen Mitstreitern unverzichtbar. Manchen Forschungsanträgen junger Wissenschaftler merkt man leider an, dass sie von ihren Mentoren im Stich gelassen wurden. Professor Weiß würde hier kontern und argumentieren, dass Nachwuchswissenschaftler den gleichen steinigen Weg wie sie gehen und sich allein durchsetzen müssten. Mit dieser rigorosen Haltung gehen Wissenschaft und Forschung interessanter Nachwuchs verloren, besonders junge Frauen.

Tue Gutes und rede darüber. Öffentlichkeitsarbeit wird auch in der Wissenschaft immer wichtiger. Prof. Weiß hat damit Schwierigkeiten: Komplexe Sachverhalte können nicht populärwissenschaftlich dargestellt werden, lautet sein Argument. Dabei vergisst er häufig, wer ihn und seine Forschung finanziert: der Steuerzahler nämlich, der ein Anrecht darauf hat, dass ihm in einer verständlichen Sprache die Forschungsziele erläutert werden. Zu dieser

Öffentlichkeitsarbeit gehören auch anregende Vorträge, Poster und Diskussion auf Workshops, Tagungen und Konferenzen. Ungern erinnere ich mich an nicht enden wollende Vorträge der Altvorderen, bestritten mit einem Bündel vergilbter und verschmierter Folien. Mit zunehmendem Alter ging es immer mehr um die Präsentation des Lebenswerks als um die Vorstellung neuer Erkenntnisse. Heute müssen junge Wissenschaftler in der Lage sein, ihre Forschung kurz und prägnant darzustellen und dabei die Zuhörer für sich zu gewinnen.

Eine exzellente Forschung ist ohne ausgezeichnete Lehre undenkbar. Die Einheit von Forschung/Lehre muss gelebt und darf nicht nur Professor Weiß überlassen werden. Wir brauchen gut ausgebildete und betreute Bachelor, Master und Doktoranden, die bereits mit Fragestellungen in der Forschung vertraut sein sollten, bevor sie zukünftig selbst neue Erkenntnisse in die Welt setzen können. Hier ist Professor Schwarz persönlich gefragt, seine Erfahrungen in Forschung und Anwendung in die Lehre einfließen zu lassen. Diese Aufgabe sollte er möglichst selbst wahrnehmen, und sich nicht regelmäßig vertreten lassen. Nur so können wir die von der Politik gern gesehene Trennung in «universitärer Bildung» und «außeruniversitärer Forschung» entgegenwirken.

Bei jeder Berufung erklären die Professoren Schwarz und Weiß, sich angemessen an den Aufgaben der akademischen Selbstverwaltung zu beteiligen. Dieser Verpflichtung kommt besonders Professor Weiß entweder gar nicht oder nur unzureichend nach. Beklagt werden langwierige Sitzungen in Fakultätsräten oder Senatssitzungen ohne messbare Ergebnisse. Als Ausrede beliebt ist auch, «Wissenschaftler» und nicht «Politiker» zu sein. Zum schlechten Schluss sind

beide Professoren gleichermaßen unglücklich. Professor Schwarz konnte sich in den Gremien (auch mangels Renommées) nicht durchsetzen; Professor Weiß schüttelt den Kopf über Entscheidungen, denen er bei Anwesenheit eine andere Wendung hätte geben können. Ein Beispiel dafür ist das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, mit dem beide Professoren nicht zufrieden sind. Dennoch gibt es auf Bundesebene wenig Bemühungen um eine Reform dieses «einseitigen» Gesetzes. In Mecklenburg-Vorpommern soll das Landeshochschulgesetz (LHG) geändert werden. Ziel seien unter anderem bessere Arbeitsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, so die Ministerin. Hier soll das Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf Landesebene zementiert und sogar noch verschärft werden. Doch aus der «Akademia» hören wir dazu nichts. In der öffentlichen Debatte nehme ich nur die Gewerkschaften und Unternehmerverbände wahr.

Fazit

Anstatt sich gegenseitig zu verdächtigen, das Wissenschaftssystem zu «ruinieren», sollten sich auch diese Professoren gemeinsam für einen hohen Stellenwert von Wissenschaft und Forschung in der Gesellschaft stark machen. Die Einheit von Forschung und Lehre lebt von guten Lehrern ebenso wie von aktiven Forschern, in der Grundlagen- gleich wie in der angewandten Forschung. Dazu gehört auch die Stärkung von Forschungsinstitutionen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die «der Wissenschaft in allen ihren Zweigen durch die finanzielle Unterstützung von Forschungsaufgaben und durch die Förderung der Zusammenarbeit unter den Forschern dient».

Gegen die neue Wissenschaftsfeindlichkeit Wissenschaftspolitische Themen für die Sozialdemokratie

Deutschland ist ein extrem starker und angesehen Standort für exzellente Wissenschaft in Europa, ja weltweit. Für exzellente Wissenschaft ist es jedoch notwendig, dass eine Unabhängigkeit (bzw. eine klare Trennung) der Forschung von wirtschaftlichen und politischen Interessen besteht, um die Richtigkeit und Zuverlässigkeit von Forschungsergebnissen zu garantieren. Der Wissenschaftsstandort Deutschland lebt von einer solchen Garantie der Unabhängigkeit. Eine solche Unabhängigkeitsforderung bedeutet keineswegs, dass die Wissenschaft selbst und die Anwendung von wissenschaftlichem Wissen in Form von neuen Technologien nicht für die Gesellschaft, für die besseren Lebensbedingungen der vielen da sein kann. Gerade wenn es um Wissenschaft in einem gesellschaftlichen Kontext geht, gerade wenn um die Frage geht, ob mit wissenschaftlich-technologischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt einhergeht, gilt: die Gesellschaft muss sich auf eine unabhängige Forschung verlassen können.

Eine unabhängige Wissenschaft wird jedoch zunehmend von antidemokratischen Kräften, Rechtsradikalen und Rechtspopulisten, unter Beschuss genommen. Eine *neue Wissenschaftsfeindlichkeit* greift am rechten Rand der Gesellschaft um sich und droht von dort immer weiter in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen. Die SPD kann, ja sollte, dieses wichtige politische Thema aufgreifen, das gegenwärtig in der politischen Landschaft Deutschlands vernachlässigt wird.

Wodurch zeichnet sich die neue Wissenschaftsfeindlichkeit aus? Welche Strategien verfolgen Rechtsradikale und Rechtspopulisten, um eine unabhängige Wissenschaft zu unterhöhlen? Was sind konkrete Beispiele für dieses Phänomen? Es ist hilfreich mindestens drei Arten von Wissenschaftsfeindlichkeit (bzw. der Unterhöhung unabhängiger Wissenschaft) zu unterscheiden.

Die erste Art der Wissenschaftsfeindlichkeit könnte man als strategischen Wissenschaftsskeptizismus bezeichnen. Dieses Phänomen besteht darin, dass eine Gruppe von politischen und wirtschaftlichen Akteuren ausgewählte wissenschaftliche Ergebnisse öffentlich in Zweifel zieht oder einfach leugnet. Diese gezielt an bestimmten Themen ausgerichtete, wissenschaftsskeptische Haltung ist in der Regel durch politische und wirtschaftliche Interessen motiviert. Eine skeptische oder kritische Haltung mag zur guten Wissenschaft dazu gehören, aber im Falle des strategischen Wissenschaftsskeptizismus geht es weniger darum, einen fruchtbaren Beitrag zur Wissenschaft zu leisten, sondern es geht vielmehr um Public Relations, d. h. um die Verteidigung bestimmter außerwissenschaftlicher Interessen in der Öffentlichkeit. Das derzeit prominenteste und folgenreichste Beispiel: Rechtspopulisten und Rechtsradikale in den USA, aber auch zunehmend in Europa, – zum Teil finanziert von der Erdöl- und Kohleindustrie – ziehen elementare und empirisch gut bestätigte Forschungs-

ergebnisse der Klimawissenschaften gezielt öffentlich in Zweifel. Insbesondere die klimawissenschaftliche Erkenntnis, dass es menschengemachte Klimaerwärmung gibt, wird angezweifelt (Oreskes und Conway 2010; de Melo-Martín und Intemann 2018). Ein ähnlich brisantes und für heutige Klimaskeptiker als Vorbild fungierendes Beispiel bildete in der Mitte des 20. Jahrhunderts ein Public-Relations-Feldzug der Tabakindustrie und Rechtspopulisten gegen die unstrittige medizinische Erkenntnis, dass Zigarettenrauchen Lungenkrebs verursacht (Proctor 2011).

Die zweite Form der Unterhöhlung von unabhängiger Wissenschaft ist insofern dem rechten politischen Spektrum zuzuordnen, als dass sie durch eine Neoliberalisierung der wissenschaftlichen Forschung (und dem Zurückfahren staatlicher Forschungsförderung) möglich gemacht wurde und weiter intensiviert wird. Diese zweite Form wird häufig durch den Begriff des sogenannten «Sponsorship Bias» bezeichnet. Ein Sponsorship Bias liegt vor, wenn systematische Fehler und Verzerrungen in einem Forschungsprojekt auftreten, das (a) von einem Unternehmen finanziert wird und (b) dieses Unternehmen wirtschaftliche Interessen mit einem bestimmten Forschungsergebnis des Projekts verbindet. Ein typisches Beispiel: ein Pharmakonzern (oder ein Lebensmittelkonzern) finanziert eine wissenschaftliche Studie zu einem neuen Medikament (oder zu einem neuen Düngemittel), das der entsprechende Konzern auf den Markt bringen möchte. Solche industriefinanzierten Studien sind äußerst anfällig für systematische Fehler: z. B. werden Versuchsaufbau, statistische Methoden oder auch erhobene Daten so ausgewählt, dass ein wirtschaftlich erwünschtes Ergeb-

nis der Studie wahrscheinlicher wird. Fehler dieser Art fallen in der Regel zugunsten der wirtschaftlichen Interessen des Auftraggebers und zu Ungunsten von Konsument*innen aus, z. B. müssen letztere mit Nebenwirkungen und anderen gesundheitsgefährdenden Folgen der entwickelten Produkte leben, die im Rahmen der fehlerhaften Studien nicht entdeckt wurden (z. B. Resnik 2006, Radder 2010).

Eine dritte Art der Wissenschaftsfeindlichkeit besteht in der politisch aktiv gewollten Unterhöhlung unabhängiger wissenschaftlicher Institutionen. Eine solche Unterhöhlung kann auch wirtschaftlich motiviert sein, hat aber in der Regel einen vorwiegend politischen Charakter. Das derzeit vielleicht einschlägigste und tragischste Beispiel ist der Angriff auf die amerikanisch-ungarische Central European University (CEU) in Budapest. Seit Mai 2017 steht die CEU in Budapest unter hohem Druck, ja letztlich droht ihre Schließung. Grund für die Misere ist ein 2017 von der ungarischen Regierung verabschiedetes neues Gesetz («Lex CEU»), das die Bedingungen für ausländische Universitäten in Ungarn neu regelt. Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass die CEU einen Campus in den Vereinigten Staaten neu gründen müsste, weil – so wird im Gesetzestext argumentiert – es sich um eine *amerikanisch-ungarische* Institution handelt. Es fällt auf, dass die CEU als einzige Universität in Ungarn – als nichtstaatliche, amerikanisch-ungarische Einrichtung und als vermeintliche «Brutstätte» einer liberalen Opposition – alle Auflagen dieses neuen Gesetzes nicht erfüllt. Bislang wurden alle entgegenkommenden Versuche der CEU, mit dem neuen Gesetz konform zu gehen und darüber einen Dialog anzustoßen, vonseiten der ungarischen Regierung blockiert

oder ignoriert. Damit wird diese Universität zu einem kostspieligen, unter Umständen ruinösen Umzug ins Ausland gezwungen. Dieser Vorgang ist ein zumindest in der EU beispielloser Angriff auf eine Universität. Ähnlich gelagert ist die im Sommer 2018 bekanntgegebene, ebenfalls politisch motivierte Abschaffung des Studienfaches Gender Studies an der staatlichen ungarischen Universität ELTE und die sowohl finanzielle wie administrativ-ministeriale Gängelung dieser und weiterer Forschungseinrichtungen in Budapest (wie z. B. im Fall der Academy of Science).

Die SPD sollte den Themenkomplex «Verteidigung der unabhängigen Wissenschaft» und «Engagement gegen Wissenschaftsfeindlichkeit» aufgreifen, um zu einer neuen Profilbildung der SPD beizutragen, welche auch im Kontext von «SPD erneuern» und «Debattencamp» vorangetrieben wird. Mindestens vier gute Gründe sprechen für diese Anregung:

1. Das Thema Wissenschaftsfeindlichkeit knüpft direkt an weitere Großthemen an: Digitalisierung, Verbraucherschutz und Klimaschutz. Diesen Themen ist eine ursozialdemokratische Herausforderung gemein: Politisch darauf hinzuwirken, dass neue wissenschaftlich-technische Entwicklungen zu besseren Lebensbedingungen für alle in unserer Gesellschaft führen und dass Kräfte, die genau dies zu verhindern versuchen, politisch zu bekämpfen sind (Sandner 2014).
2. Mit diesem Thema hat die SPD die Gelegenheit, ein brandaktuelles Thema in der Wissenschafts- und Forschungspolitik zu besetzen, das eine große Gruppe von Wähler*innen ansprechen dürfte, die in wissenschaftlichen Forschungs- und Lehr-

einrichtungen oder der Technologiebranche arbeiten.

3. Das Thema Wissenschaftsfeindlichkeit ist ein zumindest in Deutschland neuer und ernstzunehmender Aspekt im politischen Kampf gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Auch hier könnte die SPD eigene, neue Akzente in Abgrenzung zu den Grünen und der Linken setzen.
4. Die SPD könnte sich hier ebenfalls klar gegen die CDU/CSU positionieren, innerhalb und außerhalb einer Groko. Denn man kann den Eindruck gewinnen, dass für die Union eine unabhängige Wissenschaft keine besondere Priorität zu haben scheint oder zumindest in dieser Frage keine Einigkeit bei den Unionsparteien besteht. Um nur ein vielsagendes Beispiel herauszugreifen: mit Kritik an Viktor Orbán hält sich die CSU auffallend zurück. Die CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament haben unlängst mehrheitlich gegen die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Ungarn gestimmt, wohlgermerkt anders als die Abgeordneten der CDU.

Sozialdemokrat*innen sollten die politische Diskussion zu zwei entscheidenden Großfragen anstoßen:

- Anhand welcher Kriterien kann man Wissenschaftsfeindlichkeit erkennen und dann als solche benennen und kritisieren?
- Welche Strukturen muss die Politik schaffen, um der neuen Wissenschaftsfeindlichkeit etwas entgegenzuhalten?

Die Beantwortung dieser beiden Fragen erfordert einen intensiven Austausch zwischen progressiven politischen Akteuren, ausgewiesenen Expert*innen aus verschie-

denen Wissenschaften und einflussreichen Wissenschaftsorganisationen (wie z. B. der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dem Deutschen Hochschulverband, der Leibniz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, dem Wissenschaftsrat, dem European Research Council und vielen mehr). Die Diskussion dieser Fragen steht erst am Anfang. Jetzt hat die deutsche und europäische Sozialdemokratie die Gelegenheit, Antworten aktiv mitzugestalten, ja in dieser Angelegenheit mit guten Ideen voranzugehen.

100 Jahre nach der Gründung der demokratisch verfassten Republik, zu der die SPD ihren Teil beigetragen hat, kann es nur im Interesse aller Demokrat*innen in Deutschland und Europa sein, dass die SPD und alle Sozialdemokrat*innen in Europa der neuen Wissenschaftsfeindlichkeit etwas entgegenzusetzen haben und für eine unabhängige Wissenschaft eintreten.

Literatur

- de Melo-Martín, Inmaculada und Intemann, Kristen (2018): *The Fight Against Doubt. How to Bridge the Gap Between Scientists and the Public*, Oxford: Oxford University Press.
- Oreskes, Naomi und Conway, Erik (2010): *Merchants of Doubt. How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming*, New York: Bloomsbury Press.
- Proctor, Robert (2011): *Golden Holocaust. Origins of the Cigarette Catastrophe and the Case for Abolition*, Berkeley und Los Angeles: University of California Press.
- Radder, Hans (2010): *The Commodification of Scientific Research: Science and the Modern University*, Pittsburgh: The University of Pittsburgh Press.
- Resnik, David (2006): *The Price of Truth: How Money Affects the Norms of Science*, Oxford: Oxford University Press.
- Sandner, Günther (2014): *Otto Neurath. Eine politische Biographie*, Wien: Paul Zsolnay Verlag.

JUNGE PERSPEKTIVEN

Hendrik Küpper

«Es kommt darauf an, die Welt zu verändern» oder: Was linke Theorie und kritische Wissenschaft heute leisten können

Vorüberlegungen zur neuen Ausgabe der *jungen perspektiven*

«Wenn die Philosophie ihr Grau in Grau malt, dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden, und mit Grau in Grau lässt sie sich nicht verjüngen, sondern nur erkennen; die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug.»

(Georg Wilhelm Friedrich Hegel, 1820)

Der Vergleich der Philosophie mit der dämmerungsaktiven Eule der Minerva durch den Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel am Ende seiner *Vorrede zur Rechtsphilosophie* vor fast 200 Jahren geht mit dem Gedanken einher, dass die Philosophie erst nach dem Bildungsprozess der Wirklichkeit einsetzt und die Erkenntnis dessen, was ist, für sie wesentlich ist. Doch folgt man Hegel und dem resignativen Charakter seines Gedankens, so würde die Philosophie zumindest nicht unmittelbar etwas zur politischen Praxis sowie zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beitragen können. Als Gegeninterpretation dessen, was Philosophie und ferner auch linke Theorie leisten können und sollen, lässt sich hingegen die elfte Feuerbachthese von Karl Marx, der in diesem Jahr seinen 200. Geburtstag gefeiert hätte, lesen: «Die Philosophen haben die Welt nur ver-

schieden interpretiert; es kommt drauf an, sie zu verändern.» Die Philosophie soll demnach nicht, wie bei Hegel, ausschließlich erkennen, was ist, sondern auch einen Beitrag zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse leisten. Letzteres wird besonders durch die später in die elfte Feuerbachthese eingefügte Ergänzung des Wortes *aber* durch Friedrich Engels deutlich, die auch im Foyer der Humboldt-Universität zu Berlin zu sehen ist: «Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt *aber* darauf an, sie zu verändern.» Zugleich wirkt die Ergänzung Engels und die damit einhergehende stärkere Kontrastierung beider Satzteile aber auch die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis sowie nach dem Leistungsvermögen von Philosophie, linker Theorie und kritischer Wissenschaft auf, was derzeit, im sogenannten Marx-Jahr, besondere Aufmerksamkeit

erfährt. Die *jungen Perspektiven* wollen dies in dieser Ausgabe zum Anlass nehmen und orientiert an der elften Feuerbachthese, aber dennoch offen, fragen, was linke Theorie und kritische Wissenschaft heute leisten können.

Welchen Beitrag zu einer besseren Welt und zur Bewältigung neuer sowie alter gesellschaftlicher Herausforderungen können linke Theorie und kritische Wissenschaft also leisten? Was lässt sich beispielsweise aus dem Streit um den richtigen Weg zur Überwindung des Kapitalismus für das 21. Jahrhundert lernen? Was haben uns Marx und der Marxismus heute noch zu sagen? Wie kommt man dem noch heute aktuellen humanistischem Imperativ Marx' – «alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes und verächtliches Wesen ist» – wieder ein Stück näher und was können auch unterschiedliche feministische Ansätze hierzu beitragen? Und kommt es vielleicht zunächst sogar vielmehr darauf an, die Welt neu zu interpretieren, als sie verändern zu wollen, um Marx überhaupt retten zu können?

Besonders in den vergangenen Monaten haben sich zahlreiche Intellektuelle sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anlässlich des 200. Geburtstages von Marx bereits intensiv mit vielen dieser Fragen auseinandergesetzt und Debatten- und Denkanstöße in den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs eingeführt. Und auch lässt sich über den 200. Geburtstag von Marx hinaus ein zunehmendes Interesse an einem theoriegeleiteten Beitrag zur Erneuerung der politischen Linken sowie insbesondere der Sozialdemokratie erkennen. An dieser Stelle sei als Beispiel vor allem das derzeitige Aufkommen eines Interesses an einer neuen Auseinandersetzung

mit dem sozialdemokratischen Denker Eduard Bernstein genannt, dessen Verdienst ein praxisorientiertes revisionistisch-reformistisches Sozialismuskonzept ist, das die Einheit von Theorie und Praxis bei Berücksichtigung der Empirie zur Modernisierung des Marxismus und der Sozialdemokratie beinhaltet und wozu auch die *jungen Perspektiven* in Zukunft beitragen werden.¹

Doch zurück zu dem Anliegen dieser Ausgabe und der Frage, was linke Theorie und kritische Wissenschaft heute also leisten können, um die Welt zu verändern: Die neue Ausgabe der *jungen Perspektiven* soll im Hinblick auf ihre Thematik und vor dem Hintergrund der angeführten Fragen an bestehende Debatten anknüpfen, sich mit diesen kritisch auseinandersetzen und einen Beitrag zu einem generationsübergreifenden Dialog, dessen Ziel konstruktive Schnittpunkte sind, leisten. Moritz Rudolph eröffnet hierzu die Debatte, indem er sich mit der elften Feuerbachthese und ihrer Blockade kritisch auseinandersetzt sowie den Zusammenschluss zu Interpretationsgemeinschaften fordert. Marvin Gamisch, Jan

¹ In den vergangenen Monaten zeichnete sich das Interesse an einer neuen Auseinandersetzung mit Bernstein auf unterschiedliche Weisen ab. So können hier exemplarisch besonders der Beitrag von Christian Krell in den *Perspektivends* 2/17 (Christian Krell: Was die moderne Sozialdemokratie von Bernstein lernen kann. In: *Perspektivends* 2/17, S.60–64), das Interview mit Susan Neiman, ebenfalls in den *Perspektivends* 2/17 erschienen (ebd. S.169–173), die Gründung der Eduard Bernstein Gesellschaft durch Tom Stroh Schneider (URL: <https://berstein-gesellschaft.com/2018/08/19/auffallende-und-unbestreitbare-affinitaet-berstein-und-der-prager-fruehling-1968/> – zuletzt aufgerufen am 20.11.2018) sowie ein in der *Zeit* erschienener Artikel von Robert Pausch (Robert Pausch: Was würde Willy sagen? In: *Die Zeit* 31/2018, S.10) genannt werden.

Dieren und Leon Billerbeck folgen mit Beiträgen zur Aktualität der marxischen Gesellschaftsanalyse und fragen danach, was wir heute überhaupt noch von Marx für das Überwinden der bestehenden Verhältnisse beziehungsweise eine sozialistische Programmatik lernen können. Eine soziologische Perspektive auf den Revolutionsbegriff von Philine Bickhardt sowie Gedanken zu Feminismus, Marxismus und Sehnsucht aus der Perspektive des materialistischen Feminismus von Merle Stöver sind zudem ebenso Bestandteil dieser Ausgabe wie auch der Beitrag von Silvia Feindt, die ausgehend von Donna Haraway nach einer zeitgenössischen feministischen Praxis fragt. Anschließend plädiert Mark Fischer für eine pluralis-

tische Position innerhalb der Wissenschaftstheorie im Zeitalter der Postfaktizität, während Mia Thiel die Wissenschaftsskepsis der politischen Praxis kritisiert. Jöran Klatt beschäftigt sich schließlich vor dem Hintergrund des sozialen Wandels und dem Aufkommen neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien, von denen zunehmend in der Wissenschaft gesprochen wird, mit Veränderungen und Herausforderungen für linke Parteien in Europa. Auch die Rezensionen von Charlotte Sonneborn und Leon Billerbeck, Laura Clarissa Loew und Dorian Baganz sind Teil dieser Ausgabe der *jungen Perspektiven*.

Vielleicht sind Philosophie, linke Theorie und kritische Wissenschaft also doch mehr als bloß ein Eulenflug in der Dämmerung...

Moritz Rudolph

Die elfte Feuerbachthese und ihre Blockade

heute |

Noch heute können wir im Foyer der Humboldt-Universität zu Berlin Marx' 11. Feuerbachthese lesen, die man dort 1953 angebracht und auch nach Mauerfall und Systemwechsel nicht angerührt hat, was den Schluss nahelegt, dass man sich auch in der Berliner Republik noch etwas von ihr erhofft. Entgegen ihrem Anschein ist sie jedoch nicht etwa ein, je nach politischer Haltung, hoffnungsbringender oder nervtötender Veränderungstachel im fahlen Fleisch der Gegenwart, sondern ihre größte vorstellbare Affirmation. Denn verändert sich in ihr nicht ständig etwas, ohne

dass sich wirklich etwas ändert? Wird nicht andauernd und auf jedem Gebiet eine Revolution – des Autofahrens, des Kinos, des Einzelhandels, des Fußballs, des Politikstils oder des Parteiensystems (unlängst soll es sogar eine «Revolution» bei «Bauer sucht Frau»¹ und eine «Revolution der Currywurst»² gegeben haben) – verkündet,

1 Christian Vock: «Bauer sucht Frau» 2018: Revolution bei den Bauern. In: *GMX.de*, 13. November 2018. In: <https://www.gmx.net/magazine/unterhaltung/tv-film/bauer-sucht-frau/bauer-sucht-frau-revolution-bauern-33288258> [13.11.2018],

2 RTL 2: Die Revolution der Currywurst, 22. August 2014. In: <https://www.facebook.com/rtl2.de/posts/702962659775823> [13.11.2018].

ohne dass sich an der Verfasstheit unserer Gesellschaft irgendetwas ändert? Bleiben bei all dem nicht Herr- und Knechtschaft an alter Stelle, vielleicht abgesehen davon, dass die eine oder andere Person ausgetauscht wird und ansonsten alles noch ein bisschen fester zementiert, also unbeweglicher wird? Der Veränderungswahn der Feuerbachthese scheint der verstockten Gegenwart geradewegs in die Hände zu spielen. Und von den Menschen wird auch noch verlangt, diesen rasenden Stillstand tatkräftig zu unterstützen. Überall wird zum fröhlichen Mitmachen aufgerufen. Stolz ist, wer sich ein Mann der Tat nennt, der meint, es gebe nichts Gutes, es sei denn, man tue es. «Anpacken, nicht meckern!», lautet der kernige Schlachtruf unserer Zeit, zu dem die falsche Feuerbachthese wunderbar passt.»

damals

All das müsste jedoch nicht sein, wenn man die Feuerbachthese im Humboldt-Foyer in der richtigen Fassung angebracht hätte. Sie lautet nämlich eigentlich: «Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kommt drauf an, sie zu *verändern*.»³ Die suggerierte Frontstellung von Theorie und Praxis ist in dieser marxischen Urfassung noch nicht so so unversöhnlich wie in der Umformulierung, die Engels für die Veröffentlichung nach Marx' Tod vorgenommen hatte. Engels schrieb, und das ist der Satz, den wir aus dem Foyer der Humboldt-Universität kennen: «Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt *aber* darauf an, sie zu ver-

ändern». Engels hatte also ein «aber» hinzugefügt und damit den Grundstein für die marxistische Marx-Verzerrung gelegt, die die Theorie zugunsten der Praxis suspendieren wollte, womit sie sich in schönstem Einklang mit unserer Gegenwart befindet.

In der frühen Bundesrepublik hatte man von Veränderungen erst einmal genug, von Theorie aber auch, weshalb man um beides einen Bogen machte. Auf den Begriff gebrachte hat diese Bonner Bräsigkeit Odo Marquard, der 1973 bekannte, seine «Schwierigkeiten mit der Geschichtsphilosophie»⁴ zu haben: «Die Geschichtsphilosophen haben die Welt nur verschieden verändert; es kommt darauf an, sie zu verschonen.»⁵ Max Horkheimer teilte die Auffassung, dass der Veränderungswahn zu kaum etwas führt außer Zerstörung. Das Problem mit der Welt war nur: Wer sie verschonen will, schone sie besser nicht. Denn die Weltgeschichte, die Horkheimer als eine «Fliege, die sich selbst verbrennt»⁶ beschrieb, schont sich selbst kaum, weshalb ihre Schonung mit ihrem Untergang gleichbedeutend wäre. Um sie tatsächlich zu schonen, müsste man sie stattdessen wirklich verändern. Aber die wirklichen Veränderungen sah Horkheimer, der an die Revolution nicht mehr glaubte, nicht kommen. Horkheimer nahm eine Aufspaltung von Marx vor. Er wandte sich von der marxischen Zukunftshoffnung ab, indem er eine marx-

3 Karl Marx: Thesen über Feuerbach. In: Karl Marx / Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 3, Berlin 1959, S. 5–7, hier S. 7.

4 Odo Marquard: *Schwierigkeiten mit der Geschichtsphilosophie. Aufsätze*, Frankfurt a.M. 1982.

5 Odo Marquard: *Abschied vom Prinzipiellen. Philosophische Studien*, Stuttgart 1981, S. 120.

6 Max Horkheimer / Theodor W. Adorno: Diskussion über Theorie und Praxis. In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften, Band 19: Nachträge, Verzeichnisse und Register*, Frankfurt a.M.: Fischer 1996, S. 32–72, hier, S. 47.

sche Krisentheorie anwandte, die nicht nur die ökonomischen Verhältnisse erfasst, sondern auch die Subjekte, die diese umwerfen sollen. Eine Revolution war von ihnen nicht mehr zu erwarten, höchstens eine barbarisch verzerrte Unrevolution in faschistischer Gestalt. Horkheimer deutete seine Gegenwart als «heraufziehende totalitäre Epoche der Welt»⁷ und alles, was von Fortschritt sprach, spielte diesem kommenden Unheil nur in die Hände.

Jürgen Habermas – und in dessen Folge auch Axel Honneth – gelangte zu einer Domestizierung der Feuerbachthese, sie wurde handzahn gemacht und für den bundesrepublikanischen Gebrauch abgerichtet. Aus ihr wurde nun eine Veränderung durch «zwanglosen Zwang des besseren Arguments»⁸, deliberatives Einvernehmen oder eine Welt, in der es von Anerkennungsverhältnissen nur so wimmelt⁹. Der Raum, in dem das geschehen soll, ist inzwischen Europa, die Avantgarde des Regierens in der «postnationalen Konstellation»¹⁰, aus der irgendwann einmal der «künftige kosmopolitischen Zustand»¹¹ erwachsen soll.

7 Max Horkheimer: *Notizen 1950 bis 1969 und Dämmerung. Notizen in Deutschland*, hg. v. Werner Brede, Frankfurt a.M. 1974, S. 196.

8 Jürgen Habermas: Vorbereitende Bemerkung zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: Jürgen Habermas / Niklas Luhmann (Hg.): *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Sozialforschung?* Frankfurt a.M. 1971, S. 101–141, hier S. 137.

9 Vgl. Axel Honneth: *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt a.M. 1992, S. 211.

10 Jürgen Habermas: *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt a.M. 1998.

11 Jürgen Habermas: Bestialität und Humanität. In: *Die Zeit*, 28. April 1999. In: https://www.zeit.de/1999/18/199918.krieg_.xml/komplettansicht [12.11.2018]

Die Form aber, in die das nach neufrankfurter Vorstellungen gebracht wird, ist der bürgerliche Rechtsstaat, der die Ausbeutungsverhältnisse abmildert und berechenbarer macht, indem er sie um soziale Bürgerrechte ergänzt. Ein Bruch mit dieser Form ist jedoch nicht mehr vorgesehen. Damit verliert die nicht genannte, aber nach wie vor gemeinte 11. Feuerbachthese jedoch ihre weltverändernde Sprengkraft, die das, was sie vorfindet, grundsätzlich infrage zu stellen versucht. Stattdessen wird nun munter reproduziert, was ohnehin schon ist.

Die wichtigste Hinterlassenschaft der Kritischen Theorie ist vielleicht der Aufschub der praktischen Seite der Feuerbachthese, ohne sie zu widerrufen. Bei Habermas wird sie widerrufen, oder, bequemer noch, vielleicht sogar verdrängt und in Ersatzhandlungen umgeleitet, bei Revolutionären jeglicher Couleur wird weitergemacht, als wäre nichts geschehen. Die Kritische Theorie wendet sich aber auch gegen konservative Stillstellungsversuche bis in alle Zeit. Denn wenn die Geschichte eine Fliege ist, die sich selbst verbrennt, dann ist das Chaos schon in ihr selbst angelegt, und muss gar nicht erst durch wilden Aktionismus in sie hineingebracht werden.

heute II

Und heute? Ähnelt unsere Situation nicht derjenigen Horkheimers? Sehen wir nicht auch gerade, dass an allen Ecken und Enden etwas aufbricht, nur eben nicht zum Besseren? Vernehmen wir nicht die lauteste Infragestellung des Status quo von rechten Kräften, die die Globalisierung rückabwickeln wollen, dabei an gleicher Freiheit jedoch nicht interessiert sind? Hierin ähneln sich der Rechtspopulismus

des Westens, Bewegungsgebilde wie der Islamische Staat und Putins neokonservatives Russland. Ihre partikularistische Revolte soll den Ausbruch aus dem Globalisierungsuniversalismus vorbereiten, doch die dadurch neu geschaffenen oder auch nur zementierten horizontalen (zwischen den staatlich verfassten Gemeinschaften) und vertikalen Hierarchien (innerhalb der staatlich verfassten Gemeinschaft) bereiten ihnen kein größeres Kopfzerbrechen. Das wiederum bedeutet, dass sich in ihrer Welt gar nicht so viel ändern wird, zumindest nichts zum Besseren. Sie werden zerstören, vernichten, separieren, aber retten werden sie uns nicht, denn das Herzstück, den globalen Kapitalismus, werden sie wie alle Rechten vor ihnen unangetastet lassen.

Und was ist mit der guten alten Revolution von links; müssen wir nicht auf sie hoffen, um das drohende Unheil abzuwenden? Jürgen Habermas fragte 1973 in seiner Studie über «Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus», der Mutter aller linksbundesrepublikanischen Zeitdiagnosen: «Kann es im Weltmaßstab einen revolutionären Klassenkampf geben? Wenn nein, wohin wird die ökonomische Krise verschoben?»¹² Byung-Chul Han Antwort darauf, fünfundvierzig Jahre später¹³: Nach innen. Jede Lohnarbeitsmonade ist zum sich selbst ausbeutenden Unternehmer geworden, weil der Neoliberalismus es geschafft hat, das Verantwortungsgefühl für eine prekäre Lage allein dem Einzelnen aufzuladen. Nach wie vor gibt es Herrschaft, nur fällt es ungleich

schwerer, sie zu verorten, also verschwindet sie hinter einem Schleier, den niemand mehr anrühren will. Uns ist der Feind abhandengekommen. Herr und Knecht fallen darum in unserem Bewusstsein zusammen und werden ins Innere des Individuums verlegt, das alle Kämpfe in sich selbst austrägt und darüber depressiv werden muss, oder, wenn es davon genug hat, in aggressivem Zorn ausbricht. Vielleicht ist darum die Rechte im Aufwind. Rechte sind Meister der Affekte, aber sie interessieren sich nicht für das Absolute. Deswegen sind sie obenauf, aber deshalb wird es mit ihnen auch keinen Ausbruch aus dem verruchten Kontinuum der Geschichte geben. Sie sind, bei allem aufgeregten Geschnatter, erschütternd unradikal.

heute III: wie sich verhalten?

Es ist darum nicht einzusehen, warum Horkheimers Diagnose von der ausgebliebenen und vorerst nicht nachholbaren Revolution revidiert werden sollte – bis wir verstanden haben, was um uns herum passiert, bis wir uns fürs Absolute zu interessieren beginnen und eine Möglichkeit sehen, es begrifflich zu fassen. Nach wie vor, und vielleicht mehr denn je, sind die Subjekte deformiert – unter anderem deshalb, weil wir pausenlos damit beschäftigt sind, mit etwas beschäftigt zu sein, aber eigentlich nicht so recht wissen, womit genau. Wenn das stimmt, dann leben wir heute eher in einem hegelschen (oder schellingschen) Zeitalter nach der Revolution und müssen zunächst einmal die Erbmasse der vergangenen Revolutionsperiode verwalten, uns den Stoff aneignen, ihn sorgfältig ausdeuten und die neue Revolution dadurch vorbereiten, dass wir uns ihr in ihrer alten Form verweigern und uns vor allen Dingen

12 Jürgen Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt a.M. 1973, S. 59.

13 Vgl. Byung-Chul Han: *Psychopolitik. Neoliberalismus und die neuen Machttechniken*, Berlin 2014.

der Begriffsarbeit widmen. Dazu gehört: Den heraufziehenden digitalen Kapitalismus auf einen Begriff zu bringen, der die geoökonomischen Verschiebungen ebenso wie die Mikrowanderungen der Macht einbezieht und schließlich zur Frage gelangt, wer denn nun das neue historische Subjekt sein soll, das den Umschwung herbeiführt, ohne dabei zu vergessen, was mit dem alten geschah. Der Schwerpunkt der Feuerbachthese verschöbe sich damit von der Veränderungs- zur Interpretationsseite, freilich ohne dabei die Veränderung aus den Augen zu verlieren, denn uns hindert ja kein engelssches «aber» mehr. In den Auslegungen der Feuerbachthese geht es schließlich nur darum, wie man am besten in den Interpretations-Veränderungskreislauf hineinkommt.

Die politischste aller Arbeiten bestünde dann darin, sich zu Interpretationsgemeinschaften zusammenzuschließen, in denen um die Deutung der Gegenwart gerungen wird, um dem Absoluten auf die Schliche zu kommen. Diese epistemologische Hybris im Anspruch sollte aber aufgefangen werden durch eine Bescheidenheit in der Gewissheit, ihn auch tatsächlich eingelöst zu haben. Und wenn nun die Schlaumeier und Praxispropheten daherkommen und diesen metaphysischen Durst als deutsch-verschrobene Hang zur Grübelei abtun und einen Beitrag zu irgendeinem Kampf einfordern, dann ist es vielleicht am besten, mit den Schultern zu zucken und sich weiter dem Absoluten zuwenden, still und fern dem Getöse der Gegenwartsschlachten.

Marvin Gamisch

Marx' Verständnis von gesellschaftlicher Arbeit oder: Der Schlüssel zu den Herausforderungen unserer Zeit

Die Begehung von Marxens 200. Geburtstag in diesem Jahr glich gemessen an den Feuilletons auflagenstarker Zeitungen einer Mischung aus Verdammung, Verabschiedung, Nostalgie oder versuchter Würdigung. Oftmals lies sich in den zahlreichen Auseinandersetzungen mit Marx zudem noch der Hinweis finden, dass die marxische Kritik der Politischen Ökonomie als Ganze so natürlich nicht mehr haltbar sei. Mit einer Äußerung im Deutschlandfunk fasste der CDU-Politiker Matthias Zimmer diese Hauptstoßrichtung prägnant zusammen:

«Ich glaube, wir haben ein bisschen mehr als ein historisches Interesse an Marx, aber ich glaube auch, dass die Instrumente der Gesellschaftsanalyse und der Wirtschaftsanalyse heute weit über Marx hinausgegangen sind, sodass er an der Stelle ein großes historisches Interesse mit sich führt, aber kein praktisches mehr.»¹ Unter den vielen Varianten der Auseinandersetzung domi-

1 www.deutschlandfunkkultur.de/zur-aktualitaet-von-karl-marx-1-wir-haben-ein-historisches.990.de.html?dram:article_id=413914 (23.10.2018).

nierte die Tendenz, Marx als «Philosophen» einer vergangenen Epoche in das Museumskabinett zu verweisen.

Eine informierte Auseinandersetzung mit Marxens Denken, besonders in den reichweitenstarken Medien, war eine Rarität. So oberflächlich und antiquiert die bestehenden Kenntnisse auch waren, jede/r Redakteur/in bekam noch einen Grund aufgezählt, warum die marxischen Ideen sich überlebt hatten. Die Weiterentwicklung der Kapitalinterpretation seit Ende der 1970er wurde, abgesehen von überschaubaren Fachöffentlichkeiten, überhaupt nicht debattiert. Dieser grobschlächlige Umgang mag nicht zuletzt in politischen Motiven wurzeln.

Jene Denkfaulheit reicht aber auch bis tief in die akademischen Institutionen in Deutschland hinein. Vielerorts ist es geradezu ein Konsens, dass Marx obsolet sei. Das gilt mitunter selbst für den Teil der Sozialwissenschaften, der sich selbst als kritisch bezeichnet. Einschlägig ist in diesem Zusammenhang wohl Habermas' Kritik. Für ihn hat sich Marx allein auf eine instrumentelle Beziehung zwischen Mensch und Natur fokussiert. So schreibt er in *Erkenntnis und Interesse*: «Gleichwohl kann auch die gesellschaftliche Produktion nach dem Muster instrumentalen Handelns aufgefaßt werden. Arbeit schiebt sich zwischen Trieb und Triebbefriedigung und vermittelt so den ›Stoffwechselprozeß‹, der sich auf animalischer Ebene als unmittelbarer Austausch des Organismus und seiner Umgebung vollzieht. Auch die Reproduktion der Gesellschaft im ganzen entspricht diesem Kreisprozeß, in dem Gegenstände produziert und angeeignet werden.»² Es handelt sich dabei

um eine der größten Fehlinterpretationen des Kapitals überhaupt. Mit der Reduktion von gesellschaftlicher Arbeit auf instrumentelles Handeln wird der Gegenstand des Kapitals völlig verkannt. Habermas zeichnet ein Bild, wonach sich gesellschaftliche Arbeit darin erschöpft, mit Hilfe von Techniken die Natur im Sinne äußerer Objekte zu formen, um sie in für den Menschen brauchbarer Form anzueignen. Damit eliminiert er gewissermaßen das Gesellschaftliche völlig aus dem marxischen Verständnis von Arbeit, indem er sich allein auf das fünfte Kapitel des ersten Kapitalbandes bezieht und das dortige Abstraktionsniveau nicht zur Kenntnis nimmt. Denn erst der Gesamtzusammenhang der Kapitalbände erschließt das Verständnis gesellschaftlicher Arbeit als Verhalten der Menschen zur Natur und zu sich selbst.

Das Hauptproblem bei Habermas wie auch teilweise anderer kritischer Ansätze ist, das Verhältnis zwischen Mensch (bzw. genauer: Geist) und Natur entweder überhaupt nicht zu adressieren oder nicht adäquat zu erfassen. Das Verhältnis zwischen erkennendem Subjekt und zu erkennenden Objekten beschäftigte die Erkenntnisphilosophie der Neuzeit bis hin zu Hegel, die bei jenem in der einseitigen Auflösung zu Gunsten des Denkens gipfelte. Es war dann Marxens Verdienst, die gesellschaftliche Arbeit als vermittelnde Tätigkeit des Menschen zur Natur hervorgehoben zu haben. Dieter Wolf arbeitete die Einheit von Natur- und Menschheitsgeschichte im marxischen Werk auf: Die Natur existierte bereits vor dem Menschen und funktioniert nach Gesetzen unabhängig von ihm, die körperliche Organisation des Menschen selbst ist Natur. Der Mensch ist insofern auch immer Naturwesen. Umgekehrt kann

2 Jürgen Habermas: *Erkenntnis und Interesse*. Frankfurt a. M. 1973, S. 72.

er durch seine Reflexionsfähigkeit auf die Natur zurückwirken, Dinge zwar nur innerhalb ihrer Gesetze umformen und schaffen, aber doch etwas schaffen, was sie von selbst nicht so hervorgebracht hätte. So entstehen Kultur und Gesellschaft, die wiederum auf die Natur als Äußere als auch auf die menschlichen Körper zurückwirken. Der aufrechte Gang, der Pinzettengriff, das leistungsstarke Gehirn, die Sprache, soziale Kooperationsformen – alles sind Resultate der Auseinandersetzung der Menschen mit der Natur durch gesellschaftliche Arbeit. Menschlicher Geist und Natur sind Ver selbstständigte in einer zusammengehörenden Einheit, die durch die gesellschaftliche Arbeit eine Bewegungsform erhalten: das ist die Grundlage der materialistischen Dialektik. So entwickeln sich Menschen in ihrer Geschichte als natürliche, gesellschaftliche, fühlende und denkende Lebewesen. Die gesellschaftliche Arbeit ist dabei nicht alles, was den Menschen ausmacht, aber ohne sie ist alles nichts. Seine Existenz ist essenziell an sie gebunden.³ Eine überzeugende Gesellschaftsanalyse muss diese zentrale Rolle zur Kenntnis nehmen. Die gesellschaftliche Arbeit verändert im Laufe der Geschichte stets ihren Charakter, aber sie betrifft immer das Verhältnis der Menschen zur Natur und zu sich selbst: Sie erschöpft sich nicht in Techniken, sondern umfasst immer auch gesellschaftliche Verhältnisse.

Den großen gegenwärtigen Herausforderungen kapitalistischer Gesellschaften

und des kapitalistischen Weltwirtschafts systems wird man ohne den Bezug auf die gesellschaftliche Arbeit daher kaum gerecht werden können. Eine Abtrennung einer «Lebenswelt» vom «System» übersieht die grundlegende Bedeutung von gesellschaftlicher Arbeit für die Vergesellschaftung der Menschen im Allgemeinen. Die vermeintlichen Rationalisierungspotenziale demokratischer Öffentlichkeiten erweisen sich nunmehr als Trugschluss, wenn es um die Durchsetzung rationaler Entscheidungen im allgemeinen Interesse geht. Trotz des Vorliegens erdrückender wissenschaftlicher Evidenz und einer breit geteilten Überzeugung zum menschlichen Klimawandel bleibt es bei Absichtserklärungen, die gerne wieder kassiert werden, wie jüngst von der Bundesregierung, von der aktuellen US-Administration und ganz zu schweigen von dem sich verbreitenden Autoritarismus. Das Zeitfenster zur Erhaltung des Klimaoptimums ist schon fast geschlossen. Und es sind nicht die Menschen an sich, sondern die historisch-spezifische kapitalistische Form ihrer gesellschaftlichen Arbeit, die hier die entscheidende Rolle spielt, weswegen die Charakterisierung Kapitalozän weit treffender ist als Anthropozän.⁴

Die Verwertung des Wertes als gesellschaftlicher Selbstzweck macht sich in den Lebensverhältnissen bis hin zu ihren politischen Diskursen geltend. Damit ist keineswegs einem simplizistischen Basis-Überbau-Determinismus das Wort zu reden, welcher zu Recht allerhöchstens das Attribut vulgärmarxistisch verdiente. Die marx-

3 Vgl. Dieter Wolf: *Jürgen Habermas' und Alfred Schmidts Kritik am «Marx'schen Produktionsparadigma» mit Ausführungen zur Einheit von Natur und Menschengeschichte. Kritik der politischen Ökonomie – interdisziplinär*. Online verfügbar: http://www.dieterwolf.net/pdf/Habermas_Schmidt_Produktionsparadigma.pdf (29.10.18).

4 Vgl. Elmar Altvater: *Kapitalozän. Warum die Rettung des Planeten keine technische Frage ist*. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* Berlin 2017, S. 108–117.

sche Theorie ist weit raffinierter. Das Vorurteil, es handle sich bei ihr um eine frühmoderne monokausale, lineare Theorie, müsste ebenfalls aufgegeben werden, wollte man ihr ganzes Potenzial voll ausschöpfen. Sie erkennt die wechselseitige Wirkung der einzelnen Komponenten an und muss daher den Vergleich mit den Systemtheorien des 20. Jahrhunderts keineswegs scheuen. Im marxischen Denken kann jedes Resultat wieder in Voraussetzung umschlagen.⁵ Immerhin ist in den kapitalistischen Gesellschaften auch der Raum für Kapitalismuskritik entstanden, der auf die Verhältnisse gesellschaftlicher Arbeit zurückreflektiert.

Diese Wechselseitigkeit sollte auch bei der Digitalisierung als weiterer Kernherausforderung beachtet werden. Während der erfolgreichen Jahre des fordistischen Nachkriegskapitalismus konnte man noch den Eindruck bekommen, eine Befriedung der inneren Gegensätze des Kapitalismus sei dauerhaft möglich. Heute ist dies in weite Ferne gerückt. Weit verbreitet sind wesentliche Annahmen marxischer Krisentheorie, sie sprechen von einer Konterrevolution des Kapitals nach dem Nachkriegsboom, in dessen Folge Löhne und Produktivität voneinander weg drifteten.⁶ Das Resultat waren enorme Kapitalüberschüsse, die sich mit hohem Risiko in Finanzanlagen oder die aufkommende *New Economy* stürzten, nur um in der Dot-Com-Blase und der später folgenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ein jähes Ende zu finden, ohne dass

eine nachhaltige Lösung für die Krisendynamik gefunden wäre. Dass nun wieder massenhaft Kapital in die Digtitech-Branche fließt, hat nicht nur mit dem vermeintlichen unermesslichen Potenzial dieser Konzerne zu tun, sondern auch mit den enormen Massen an Überschusskapital.⁷ Während die Digitalisierung der Industrie bisher eher Rhetorik ist und man auf Produktivitätssprünge bisher vergeblich wartet⁸, üben die Digitalkonzerne ihre Macht in der Zirkulation aus, indem sie den Zugang zum Endkunden bestimmen und einen immer größer werdenden Anteil der industriellen Mehrwertproduktion abschöpfen. Es sind die schwachen Renditeaussichten der Industrie selbst, die der Zirkulation diesen Bedeutungszuwachs bescherten und die jetzt, im Sinne des Umschlags von Resultat in Voraussetzung, die starke Rolle der (us-)amerikanischen Digitalkonzerne bewirken. Industrie 4.0 ist zunächst nur eine Reaktion auf diese drohende Dominanz zur Mobilisierung der deutschen Wirtschaft. Die Digitalisierung der Industrie hat Herausforderungen eigener Art, weil hier nicht nur Daten auf einer bestehenden digitalen Infrastruktur verknüpft werden sollen, sondern arbeitsorganisatorische, logistische und chemisch-physische Prozesse entlang einer gesamten Wertschöpfungskette gesteuert werden sollen. Allein der Traum von der kabellosen Fabrik, die ihre Produktionseinheiten je nach gewünschten Produkt in Windeseile entsprechend aufstellen kann, ist noch in weiter Ferne. Die Anfor-

5 Vgl. Dieter Wolf: *Zur Architektur der 3 Bände des Marxschen Kapitals*. Online verfügbar: http://dieterwolf.net/wp-content/uploads/2016/02/Zur-Architektur_Form_B_Beitraege_.pdf (29.10.18).

6 Vgl. Wolfgang Streeck: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin 2013.

7 Vgl. Nick Srnicek: *Plattform-Kapitalismus*. Hamburg 2018.

8 Vgl. etwa: Robert J. Gordon: *The Rise and Fall of American Growth – The U.S. Standard of Living since the Civil War*. Princeton 2016.

derungen an die Netzstabilität über Funk für eine störungsfreie Produktion sind kolossal höher als beim jetzt immer noch ärgerlich schwankenden W-LAN in Privathaushalten. Der Prozess der digitalen industriellen Transformation ist jedenfalls ein langfristiger, der nicht zu vorschnellen Analysen verleiten sollte. Die Musik wird momentan (noch) vornehmlich in der Zirkulationssphäre gemacht und die Produktivitätskrise des gegenwärtigen kapitalistischen Welt-systems ist keineswegs überwunden. Und

nicht zuletzt wird man auch bei tatsächlichen Produktivitätssprüngen durch eine zukünftige digitalisierte Industrie um die Energiefrage und die Frage nach den planetarischen Belastungsgrenzen allgemein nicht herumkommen. Obwohl Marxens Mensch-Natur-Verhältnis oft missverstanden wurde, wird man ohne sein Verständnis von gesellschaftlicher Arbeit letztlich keine Gesellschaftsanalyse vornehmen können, die den zentralen Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird.

Jan Dieren

Der Sozialismus als politisches Programm für unsere Gegenwart

Wer sich heute mit politischen Programmen auseinandersetzt, wird bald den Kommentar zu hören bekommen, dass die meisten von ihnen bloß kleinschrittige Reformen an den jetzigen Verhältnissen vorschlagen. Was wir bräuchten seien aber klar unterscheidbare Programme, die Alternativen formulieren, wohin unsere Gesellschaft sich entwickeln sollte. Als ein solches Alternativprogramm zu den bestehenden Verhältnissen ist einmal der Sozialismus angetreten, der häufig und nicht zu Unrecht mit Karl Marx in Verbindung gebracht wird. Der Begriff Sozialismus ist älter als Marx selbst und Marx hat ihn von den sogenannten FrühsozialistInnen wie Charles Fourier, Moses Hess oder den Saint-SimonistInnen aufgegriffen. In seiner Schrift *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wis-*

*senschaft*¹ beschreibt der jahrelange Freund von Marx, Friedrich Engels, wie Marx (mit ihm) diesen frühen Sozialismus, der noch vor allem ein utopischer Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft war, aufgegriffen und in ein politisches Programm weiterentwickelt hat, das für sich in Anspruch nehmen kann, nicht utopisch zu sein, sondern von der Wirklichkeit auszugehen. Der Zweck dieses Programmes ist es, die kapitalistischen Verhältnisse, in denen wir leben, zu überwinden und gesellschaftliche Verhältnisse zu erarbeiten, die wir gemeinsam und demokratisch gestalten. Ich will im Folgenden darlegen, warum ich glaube, dass dieses Programm des Sozialismus bis heute aktuell ist und sich sogar die daraus erge-

1 Vgl. Engels: *MEW 19*, S. 189 ff.

benden Aufgaben für uns mit neuer und besonderer Dringlichkeit stellen.

Die Marx'sche Geschichtsauffassung

Bevor ich aber auf den Sozialismus heute eingehe, lohnt sich ein Blick auf die Marx'sche Geschichtsauffassung. Marx entwickelt seine Auffassung der menschlichen Geschichte das erste Mal systematisch und sehr anschaulich gemeinsam mit Engels in der (zu ihren Lebzeiten unveröffentlicht gebliebenen) Schrift *Die Deutsche Ideologie*. Marx und Engels beginnen dort mit dem Unterschied von Mensch und Tier. Es lassen sich zwar die unterschiedlichsten Kriterien finden, an denen man einen Unterschied zwischen Mensch und Tier festmachen könnte, wie z. B. Denken, Sprache oder Religion. Bei den meisten dieser Unterscheidungsmerkmale ließe sich aber durchaus in Frage stellen, wie eindeutig sie zur Abgrenzung dienen – die wissenschaftliche Debatte um die Unterscheidung von menschlicher Sprache und tierischer Kommunikation ist kontrovers und ob Tiere denken oder Religion haben, lässt sich schwer zweifelsfrei nachweisen. Im Ergebnis aber, so Marx und Engels, kommt es darauf auch gar nicht an. Entscheidend ist, dass die Menschen irgendwann beginnen, sich tätlich von den Tieren zu unterscheiden, indem sie anfangen ihr Leben zu produzieren.² Die Menschen unter-

scheiden sich selbst von den Tieren, indem sie ihre Lebensgrundlagen und -verhältnisse selbst hervorbringen und sich dadurch nach und nach aus der Abhängigkeit von den natürlichen Lebensumständen herausarbeiten und befreien. Diese Tätigkeit der Menschen, dass sie nicht mehr bloß auf ihre natürliche Umwelt reagieren, sondern sich eine eigene Lebensumwelt hervorbringen, nennen Marx und Engels die Produktion. Sie umfasst die gesamte Hervorbringung unseres gesellschaftlichen Lebens und wir sind in der Lage, die Fähigkeiten, die uns das ermöglichen, weiterzuentwickeln und zu verbessern. Diese Fähigkeiten nennen Marx und Engels die menschliche Produktivkraft und ihre Weiterentwicklung und Verbesserung die Produktivkraftentwicklung.

Die Entwicklung unserer produktiven Fähigkeiten unterteilt sich nun wiederum in zwei Seiten. Zum einen bringen wir Gegenstände hervor, die uns als Mittel dienen, unsere Arbeit zu erleichtern, und dadurch die Hervorbringung unseres gesellschaftlichen Lebens weniger mühselig machen. Das sind die Produktionsmittel. Zum anderen entwickeln wir unsere Fähigkeit die Arbeit, die gesamtgesellschaftlich nötig ist, um unser gemeinsames Leben zu gestalten, bestmöglich zu verteilen. Das ist die Weiterentwicklung unserer Arbeitsteilung. Bei beiden Seiten der Weiterentwicklung unserer produktiven Fähigkeiten geht es letzten Endes darum, die Arbeit, die wir benötigen, um unser gesellschaftliches Leben hervorzubringen, möglichst produktiv zu machen, uns also mit möglichst wenig Zeit möglichst viel gesellschaftliches Vermögen hervorzubringen.³ Das gesellschaftliche Vermögen

2 «Man kann die Menschen durch das Bewußtsein, durch die Religion, durch was man sonst will, von den Tieren unterscheiden. Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu *produzieren*, ein Schritt, der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist. Indem die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, produzieren sie indirekt ihr materielles Leben selbst.» (Marx, Engels: *MEW* 3, S. 21).

3 «Die wirkliche Ökonomie – Ersparung – besteht in Ersparung von Arbeitszeit [...]. Diese Ersparung ist

meint dabei nicht unbedingt nur materielle Güter und Gegenstände, sondern alles, wodurch wir besser dazu in der Lage sind, uns aus der Abhängigkeit von den natürlichen Lebensumständen herauszuarbeiten und unser gesellschaftliches Leben frei zu gestalten.⁴ Angesichts zunehmender Dürre, verheererer Stürme und Überschwemmungen ist es also kein Rückschritt in der Produktion, wenn wir unsere Energieerzeugung auf Erneuerbare umstellen oder weniger Autos mit Verbrennungsmotoren herstellen; dadurch wirken wir vielmehr auf die Entwicklung des globalen Klimas ein und machen uns so den Auswirkungen der Wetterextreme gegenüber weniger verletzlich.

Marx und unsere Gegenwart

In unserer Gegenwart haben wir nun eine produktive Fähigkeit hervorgebracht, die einen wesentlichen Fortschritt in der Entwicklung unserer Arbeitsteilung bedeutet. In aller bisherigen Geschichte war unsere gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung dadurch bestimmt, dass Einzelne die Funktion übernommen haben, sich damit auseinanderzusetzen, was, wie und wo produziert werden soll – und wer welche Arbeiten übernehmen soll. Diejenigen, die die Organisation der Arbeit übernommen haben, setzten sie mit direkter oder indirekter Gewalt gegen diejenigen durch, denen die

Funktion der unmittelbaren Arbeit zukam – unsere Geschichte ist deswegen geprägt durch Gewalt, Unterdrückung und den Kampf darum, wer die Rolle der Organisation der Arbeit und wer die unmittelbare Arbeit übernimmt.⁵

In den letzten Jahrzehnten haben wir allerdings die Fähigkeit entwickelt, uns in unserer Arbeit selbstständig mit dem gesellschaftlichen Sinn unserer Arbeit auseinanderzusetzen.⁶ Dadurch sind wir nicht nur in der Lage, unsere Arbeit selbstständig zu organisieren, sondern können uns auch selbstständig damit auseinandersetzen, welche Arbeiten gesellschaftlich sinnvoll sind und welche nicht – weil es beispielsweise zeitsparendere, weniger mühsame oder ökologisch sinnvollere Möglichkeiten gäbe, dasselbe Ziel zu erreichen. Diese Fähigkeit steht offensichtlich in einem Widerspruch zu den derzeitigen kapitalistischen Verhältnissen. Im Kapitalismus stehen die Produktion und ihre Weiterentwicklung unter der Voraussetzung, dass sie Profit hervorbringen. Offensichtlich ist aber nicht alles, was produktiver ist, was uns also ermöglicht, unser Leben besser zu gestalten, auch profitabel. Wollen wir unsere neue Fähigkeit, uns in unserer Arbeit gemeinsam mit dem gesellschaftlichen Sinn unserer Arbeit auseinanderzusetzen, weiterentwickeln, müssen wir also über die Beschränkung unserer Produktion auf ihre Profitabilität hinaus. Damit stehen wir unmittelbar vor der Frage, warum der Sozialismus auch heute noch ein aktuelles politisches Programm ist.

aber identisch mit Entwicklung der Produktivkraft.» (Marx, *MEW* 42, S. 599).

4 Anders ist das im Kapitalismus; dort erscheint der Zugewinn von gesellschaftlichem Vermögen in erster Linie als ein Mehr von Waren, wie Marx zu Beginn des *Kapital* feststellt: «Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine „ungeheure Warensammlung“». (Marx: *MEW* 23, S. 49).

5 «Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.» (Marx, Engels: *MEW* 4, S. 462).

6 Vgl. Stephan Siemens, Martina Frenzel: *Das Unternehmerische Wir*, VSA 2014.

Sozialismus meint in erster Linie nicht mehr, als dass wir die bewusste Organisation unserer gemeinsamen Produktion auch gemeinsam demokratisch übernehmen. So genommen, war der Sozialismus schon immer eine Notwendigkeit. Wenn wir – wie ich das hier mit Marx tue – davon ausgehen, dass die Grundlage unseres gesellschaftlichen Lebens darin besteht, dass wir unsere Lebensumwelt gemeinsam hervorbringen und bearbeiten, dann ist es offensichtlich besser, wenn wir das auch tatsächlich gemeinsam unternehmen und nicht Einzelne die Organisation unserer Arbeitsteilung übernehmen und sie gegen die Mehrheit der Menschen durchsetzen. Gegenüber einer Gesellschaft, deren Produktion auf Sklaverei beruht, ist der Sozialismus natürlich eine Verbesserung, ebenso gegenüber einer Gesellschaft von FeudalherrInnen und Leibeigenen. Diese Notwendigkeit des Sozialismus ist aber eine abstrakte. Der Sozialismus ist insofern besser als alle bisherigen Weisen unsere gesellschaftlichen Verhältnisse zu organisieren, als er die Wahrheit der Voraussetzung unserer Produktion überhaupt ist: erst im Sozialismus nämlich beginnen wir wirklich, unsere gesellschaftlichen Verhältnisse gemeinsam zu gestalten. Diese abstrakte Notwendigkeit einer gemeinsamen Organisation unserer Gesellschaft findet ihren Niederschlag in Utopien, die zu beschreiben versuchen, wie eine Gesellschaft aussehen könnte, in der die Menschen ihr Leben wirklich gemeinsam gestalten; man denke nur an Platons Politeia, Thomas Morus' Utopia oder Charles Fouriers Phalanstères. Alle diese Utopien stehen unvermittelt neben der gesellschaftlichen, geschichtlichen Entwicklung und zeigen bloß abstrakt auf, wie man eine Gesellschaft vernünftig ein-

richten könnte, haben aber keinen Bezug zu der Entwicklung unserer tatsächlichen Fähigkeiten. Weder nach der Gesellschaft der SklavInnenhalterInnen noch nach dem Feudalismus entstand eine Gesellschaft, in der die Menschen ihre gesellschaftlichen Verhältnisse wirklich gemeinsam bearbeitet haben. Stattdessen haben sich Formen der Organisation der gesellschaftlichen Verhältnisse durchgesetzt, in denen zwar die Hervorbringung unseres Lebens produktiver gestaltet war, die aber immer auf der Organisation der Produktion durch Einzelne und Unterordnung Vieler beruhten und die jeweils wieder von noch produktiveren Organisationsformen unserer Gesellschaft abgelöst wurden.

Die Entwicklung unserer produktiven Fähigkeiten, die wir heute erleben, ist nun insofern eine besondere, als wir heute lernen, uns in unserer Arbeit mit dem gesellschaftlichen Sinn unserer Arbeit auseinanderzusetzen und sie so selbstständig zu organisieren. Wir brauchen also nicht mehr Einzelne, die sich damit auseinandersetzen, was produziert werden soll, und diese Organisation gegen uns durchsetzen. Die Auseinandersetzung damit, welche Arbeit sinnvoll ist und welche Zwecke wir mit unserer Arbeit verfolgen wollen, ist unter Bedingungen kapitalistischer Produktion aber nur beschränkt möglich. Kapitalistische Produktion steht unter der Voraussetzung, dass sie mit dem Zweck des Profits erfolgt – alle anderen Zwecke (soziale, ökologische, feministische, ...) müssen dem Profit untergeordnet werden. Die neue Fähigkeit, die wir entwickelt haben, können wir unter den Bedingungen kapitalistischer Produktion daher nicht voll verwirklichen. Um diese Fähigkeit völlig zu entwickeln und unsere Produktivität dadurch zu steigern, wären gesellschaft-

liche Verhältnisse notwendig, in denen wir uns tatsächlich selbstständig damit auseinandersetzen können, welche Zwecke wir mit unserer Produktion verfolgen und welche Arbeit gesellschaftlich sinnvoll ist. Es ist also notwendig, dass wir eine Organisation unserer Gesellschaft entwickeln, in der wir unsere gesellschaftlichen Verhältnisse gemeinsam bestimmen – also unsere Gesellschaft demokratisch und sozialistisch organisieren. Diese Notwendigkeit ist nicht bloß eine abstrakte Notwendigkeit, sondern eine konkrete: nur, wenn es uns gelingt, unsere Produktion und Gesellschaft überhaupt gemeinsam und demokratisch zu gestalten, können wir den nächsten Schritt in der Entwicklung unserer produktiven Fähigkeiten gehen.

Fazit oder: Ein sozialistisches Programm der Gegenwart

Dass wir diesen nächsten Schritt gehen, ist keine Naturnotwendigkeit. Allerdings sehen wir – und darin lässt sich eine geschichtliche Konstante wiedererkennen – heute zahlreiche Krisen, Umbrüche und Verwerfungen in unserer Gesellschaft, die sich unter anderem daraus ergeben, dass wir Fähigkeiten

entwickelt haben, die wir nicht verwirklichen können. Die Entwicklung unserer produktiven Fähigkeiten stößt an die Grenze dessen, was in unserer heutigen Gesellschaft möglich ist. Aus der Geschichte wissen wir auch, dass es in aller Regel zwei alternative Umgangsformen mit solchen gesellschaftlichen Krisen gibt: Eine Bewegung, die die neuen produktiven Fähigkeiten mit Gewalt in die alten Formen der gesellschaftlichen Verhältnisse zu zwängen versucht und dabei Autoritarismus, Krieg und Barbarei hervorbringt. Für diese Bewegung können wir auch heute viele anschauliche Beispiele finden. Es gibt aber noch eine zweite Bewegung, die die gesellschaftlichen Verhältnisse, die zu Krisen und Verwerfungen führt, zu überwinden sucht, um solche Verhältnisse hervorzubringen, die mit der Entwicklung und Verwirklichung der neuen produktiven Fähigkeiten vereinbar sind. Diese Bewegung ist heute der Sozialismus. Die Entwicklung sozialistischer Verhältnisse ist heute zwar nicht alternativlos. Aber sie ist die Alternative für alle, die der Barbarei entkommen und Verhältnisse erreichen wollen, in denen wir unsere gesellschaftlichen Verhältnisse produktiver und menschlicher gestalten.

Leon Billerbeck

Läuft bei dir, Karl. Auch nach 200 Jahren noch. Ein kurzes Plädoyer für mehr Marx anlässlich seines 200. Geburtstages

Welche*r deutsche Theoretiker*in kann von sich behaupten, dass er*sie gleichermaßen entweder geliebt oder gehasst wird? Welche*r Theoretiker*in kann von sich behaupten, zum einen bei jeder modernen Krise wieder aus der Schublade geholt zu werden und zum anderen zu seinem 200. Geburtsjahr eine selten da gewesene Medienpräsenz zu erhalten? Welche*r Theoretiker*in kann von sich behaupten, heutzutage noch so scharfe Analysen zu liefern wie kaum ein*e Zeitgenoss*in? Und das, obwohl er*sie bereits seit 135 Jahren tot ist? Auch im Jahr seines 200. Geburtsjahres lohnt sich eine Beschäftigung mit Karl Marx noch immer – vielleicht sogar mehr denn je.

Marx als historisch umstrittene Figur

Wie umstritten der Name Karl Marx ist, wie viel Aufmerksamkeit er immer wieder erfährt und wie weit die Geister bei seinem Namen auseinandergehen lässt sich immer wieder im politischen Diskurs beobachten. So auch kürzlich anlässlich seines 200. Geburtstages im Mai: Während Andrea Nahles, Parteivorsitzende der ehemals marxistischen SPD, am Geburtstag von Marx das neue Museum zum Leben von Marx und seiner Familie in Trier mit einem Festakt eröffnete, betitelten die Julis, der RCDS und die Junge Union Marx als kommunistischen Massenmörder. Viele Verlage rissen sich zudem um Autor*innen für Autobiografien von Marx jeglicher Art. Währenddessen

schrieben neurechte Tageszeitungen darüber, wie viel Leid er über die Welt gebracht habe. Doch was wohl am stärksten in Erinnerung geblieben ist: Dass selbst konservative Autor*innen von überregionalen Tageszeitungen Marx zitierten und seine Theorien für die modernen Krisen anzuwenden versuchten.

Doch wie kam es dazu? Das erste Mal, dass die Frage nach mehr Marx und Marxismus für meine Generation wahrnehmbar in den Medien diskutiert worden ist, war nach dem Crash der Börsen und dem Bankrott der Lehman-Brothers. Nun muss dazu gesagt werden, dass meine Generation die Teilung Deutschlands nur noch aus den Geschichtsbüchern kennt und demnach auch einen anderen und dadurch vielleicht sogar differenzierteren Blick auf Karl Marx und seine historische Bedeutung hat als die meisten anderen Generationen, insbesondere die älteren. Was Marx für mich jedenfalls immer bedeutete, war Emanzipation von unterdrückenden Verhältnissen und das Entkommen aus einem System, das eigentlich nie wirklich funktioniert hat – auf jeden Fall nicht für die unteren Klassen.

Marx verstehen

Die periodische Rückkehr von Krisen der gerade skizzierten Art als Grundeigenschaft des Kapitalismus ist nichts Neues. So konnte auch die Krise von 2008 bei aufmerksamer Lektüre vorausgeahnt wer-

den. Die ergriffenen Maßnahmen waren dennoch kurzfristig, die Regulierung des Bankensektors bei weitem unzureichend. Kapitalismus ist als System zu verstehen, weshalb sich Fragen wie diejenige nach Moralität oder ähnlichem erübrigen. Der*die Akteur*in innerhalb des kapitalistischen Systems handelt nur danach, was ihm*ihr die Regeln der Gewinnmaximierung oder der Politik vorschreiben. Es liegt allerdings an uns, die Regeln zu gestalten. Hieraus lässt sich die erste Erkenntnis der marx'schen Lehre ziehen: Die verkürzte Abscheu vieler linker Gruppierungen gegen die bösen «Banken» oder die «Unternehmen, die ihrer moralischen Verantwortung nicht nachkommen», «der Blutsauger» und «Heuschrecken» des «Raubtierkapitalismus aus den USA», katalysiert sich gegen eine komplett unzutreffende Gruppe und greift in den meisten Fällen zu kurz. Lange kann gehofft werden, dass die Unternehmen aus freien Stücken moralisch werden. Das ist allerdings nicht ihre Aufgabe im Kapitalismus. Es darf nicht verwundern, dass jegliche arbeitsrechtlichen Schlupflöcher ausgenutzt werden, die eine unzureichende Regulierung bieten. Aus diesem Grund sollte die Erkenntnis sein, dass wir den Wandel unserer Gesellschaft auch auf dem Arbeitsmarkt gestalten sollten, statt uns über die Missstände zu beschweren, die durch fehlende Regulierung entstanden sind.

Ergänzend muss hinzugefügt werden, dass diese Gestaltung des Arbeitsmarktes Marx' frühen Theorien der Revolution widerspricht. Ausgehend von der Theorie der Verelendung der Arbeiter*innen lässt sich eine klassenbewusste Mobilisierung und ein revolutionärer Umschwung der Gesellschaft nur erzwingen, wenn die Massen verelendet sind. Marx sagte mit einer fortschreiten-

den Monopolisierung auch eine fortschreitende Verelendung der Arbeiter*innen voraus. Das Kapital und damit die Bildung von Monopolen im Kapitalismus machen seinen Aussagen zufolge weder vor Grenzen noch vor Erkenntnissen halt. Jeder denkbare Bereich wird kapitalisiert – was sich momentan sehr gut an On-Demand-Diensten wie Foodora und Uber, aber auch am Internet erkennen lässt. So lassen sich auch die Fehleinschätzungen von vermeintlichen Marxist*innen erklären, die sich gegen freien Handel stellen und jegliche Erneuerungen ablehnen. Marx hingegen feierte ob der oben gelieferten Gründe jegliche technischen Errungenschaften und war darüber hinaus ein großer Fan des freien Handels zwischen den Nationen – schon allein seiner Abneigung der Nationalstaaten wegen.

Zu betonen ist dabei allerdings, dass Marx keineswegs aus purer Blindheit und Naivität die Globalisierung befürwortete. Nein, es war alles in allem reiner Pragmatismus. Versteht man Marx unter dem Verelendungsaspekt, so kommt man auch recht schnell zu dem Schluss, dass wahrscheinlich gerade diejenigen ihn zur Weißglut getrieben hätten, die sich für eine lange Zeit auf Marx berufen haben. Die SPD und die Gewerkschaften als Vertreter*innen der Arbeiter*innenbewegung handelten im engeren Sinne zuwider der marx'schen Theorie, indem sie den Kapitalismus gestalteten und ihn damit schlichtweg retteten. Die Frage, die sich hieraus nun ergibt, ist: Wäre der Kapitalismus ohne sein durch die Sozialdemokratie erkämpftes humaneres Antlitz noch am Leben? Beantworten lässt sich diese Frage nicht. Einiges deutet jedoch darauf hin, dass Marx die Frage negativ beantworten würde.

Marx und die SPD

Die Auseinandersetzung, die dem zugrunde liegt, wurde besonders in der Geschichte der SPD und der Jungsozialist*innen lang und breit diskutiert. Ebenjene Jusos, deren Linkswende sich 2019 zum 50. Mal jährt, haben Karl Marx vielleicht noch besser im Gedächtnis als die Mutterpartei, welche sich mit dem Godesberger Programm gerade von ihren marxistischen Grundlagen verabschiedete. Mit den «Herforder Thesen» sowie den «53 Thesen» schufen die Jusos in ihren Untergruppierungen, beziehungsweise in Form einer Projektgruppe, einen theoretischen Rahmen in welchem sich Marxist*innen innerhalb der SPD versammeln konnten. Marx wurde hierbei an prominente Stelle gesetzt – seine Theorie und der daraus entstehende Grundwiderspruch stehen bei den Abhandlungen im Mittelpunkt. Der Reformismus der Mutterpartei wird darüber hinaus zum Handlanger des Kapitals degradiert und gerügt. Zentral sei zudem, dass die SPD die systemverändernde beziehungsweise systemstürzende Perspektive aus dem Auge verloren habe. Viel zu lange konzentrierte sie sich darauf, es den Akteur*innen innerhalb des Systems angenehmer zu machen und bezweckte damit eine fortwährende Entfremdung der Arbeiter*innen von der Partei. Was nicht erkannt worden sei: Das System ist das Problem und das System ist nicht mehr zu retten.

Aus heutiger Sicht erscheinen die Zielvorstellungen dieser Gedanken weiter entfernt als je zuvor. Die SPD schwenkt immer weiter nach rechts und Stimmen, die den Kapitalismus in seinen Grundfesten attackieren, lassen sich nicht einmal mehr auf Sonntagsreden finden. Viel zu groß ist die Interdependenz, die das System geschaffen hat.

Auch die Idee einer «Solidarischen Marktwirtschaft», wie von Andrea Nahles bei ihrer Antrittsrede auf dem Bundesparteitag 2018 vorgeschlagen, greift zu kurz. Wieder einmal wird an die individuellen Akteur*innen innerhalb des kapitalistischen Systems appelliert, wobei vollkommen außer Acht gelassen wird, dass das System für Individualisierung und Konkurrenz sowie Leistungsdruck die Verantwortung trägt.

So fanden und finden SPD und realpolitisches Geschehen zueinander. Während bei den Bankenkrisen der vergangenen Jahre die Bücher von Marx wieder in die Hand genommen wurden und mit Fug und Recht bewundert wurde, wie das «Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate» modernste Phänomene anhand von theoretischen Abhandlungen über den Kapitalismus erfasst, begnügt sich die SPD mit reformerischen Versuchen. Neben der Tatsache, dass systemimmanente Fehler geschehen, hat sich durch die fortschreitende Globalisierung die Einflusszone auf die ganze Welt verbreitet, was die Problemlösung nicht gerade erleichtert.

Mehr Marx wagen

Für mich steht daher fest: Endlich wieder mehr Marx lesen und mehr Marx wagen! Es ist allein schon nicht hinnehmbar, dass es ein Theoretiker, der bereits im Frühkapitalismus Phänomene von beschriebener Relevanz entdeckte, trotz seiner Genialität nicht, kaum oder nur verzerrt in die Schulbücher schafft. Aus den aufgeführten Gründen erwächst zudem die Pflicht der SPD als einzig ernstzunehmende links-sozialistische Partei – durchaus auch in ihrem Interesse – einem negativen Bild von Marx entgegenzuwirken und den Namen positiv zu beset-

zen. Sowohl gegen die Verunglimpfung seiner Ideen durch die Sowjetdiktatur als auch gegen diejenigen, die seine Ideen nicht recht beachten oder schlichtweg nicht verstanden haben, muss dabei argumentativ vorgegan-

gen werden. Nur wenn die SPD wieder eine Alternative zum neoliberalen Mainstream darstellt, so wird sie wieder wählbar und interessant. Und hierfür ist eine Auseinandersetzung mit Karl Marx unerlässlich.

Philine Bickhardt

Die soziale Frage als Ursache von Revolutionen

Ein Beitrag zu den Herausforderungen der soziologischen Theorie der Revolution

Der Zucotti Park in New York, der Tahrir-Platz in Kairo, der Taksim-Platz in Istanbul sowie auch die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi in Tunesien – sie alle waren mediale Bilder, die zum Sinnbild großer Protestbewegungen und Regimestürze der letzten Jahre wurden. Darüber hinaus trugen auch das 100-jährige Jubiläum der Oktoberrevolution 2017 und der 200-jährige Geburtstag von Karl Marx 2018 dazu bei, dass die Aktualität und die Problematik von Revolutionen bzw. des Revolutionsbegriffs zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen wurden. Das von dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Yoshihiro Francis Fukuyama in den 1990er-Jahren diagnostizierte «Ende der Geschichte» hingegen, eingeleitet durch die endgültige Durchsetzung liberaler Herrschaftssysteme und Marktwirtschaften nach dem Zerfall der Sowjetunion, hat sich, so auch der politische Philosoph Dr. Florian Grosser, nicht bewahrheitet (Grosser 2013: 9): Politisch-soziale Bewegungen und Denker*innen, z. B. *Occupy*, der *Arabische Früh-*

ling, die *Indignados* und *¡Democracia Real Ya!* in Spanien sowie neue Schriften und Theorien von Stéphane Hessel, David Graeber, Slavoj Žižek und Étienne Balibar, stellen die gegenwärtige Politik und das Wirtschaftssystem auf Grund von sozialen Missständen und unzureichender politischer Partizipation und Repräsentation der Bürger*innen zunehmend in Frage; dabei schlagen die Bewegungen – als Reflex, Reaktion oder durchdachte Gegenaktion auf soziale Missstände – nach links und rechts aus¹. Der in den westlichen Industriestaaten zu beobachtende sogenannte *Rechtsruck* – von völkischen und identitären bis hin zu rechtsextremen Bewegungen – als Folge von und Reaktion auf soziale Missstände sowie in Gestalt einer abgehängten Wähler*innenschaft, unterrepräsentiert

1 In dem 2016 erschienenen Buch «Abstiegsgesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne» analysiert Oliver Nachtwey, Professor für Sozialstrukturanalyse, die konträren Protestbewegungen der letzten Jahre vor dem Hintergrund der ansteigenden sozialen Ungleichheit in westlichen Industriestaaten.

in ihren Prekarisierungslagen und in Rückbesinnung auf das «Alte» (Tradition) und «Natürliche» (Rassismus) als vermeintlicher Anker in einer modernen Welt, ist Ausdruck einer politischen Problemlage: die Entkopplung der demokratisch-politischen Ordnung von dem sie legitimierenden Organ, dem Volk². Die Auseinandersetzung mit dem Revolutionsbegriff im Allgemeinen sowie mit der sozialen Frage als Ursache von Revolutionen im Konkreten trägt den linken sozial-politischen Bewegungen Rechnung, die als Reaktion auf das strukturell freigesetzte revolutionäre Potenzial als Folge sozialer Ungleichheit verstanden werden können. Und auch ihre Gegenbewegungen von rechts sind für den Begriff der Revolution relevant. Man denke an die Konzepte der «Konservativen Revolution»³, die die Revolution in antimodernen Sprech- und Deutungsmustern als Flucht in eine «Ur-Vergangenheit» und ein imaginäres, natürlich-organisches «Ursprüngliche» konzeptualisieren.⁴

Herausforderungen für eine analytische (Re-)konstruktion von Revolutionen

Bereits an dieser Stelle wird einerseits der Charakter der Revolution als *politisch-wel-*

tanschaulicher Kampfbegriff und andererseits das die Revolution prägende Verhältnis von politischer Praxis und der sie beschreibenden Theorie deutlich, woraus sich Herausforderungen für die *wissenschaftliche, ex post durchgeführte (Re-)Konstruktion* von Revolutionen ergeben. Trotz der erkannten Problematik soll der Versuch einer Definition gewagt und der oben beschriebene Charakter der Revolution als Forschungsgegenstand und historisch-politisches Ereignis reflektiert werden. Revolution soll hier im Sinne eines ideengeschichtlichen und soziologischen Verständnisses als Neukonstituierung staatlicher Ordnung und/oder grundlegende Änderung der Sozialstruktur verstanden werden, die durch politische und soziale Ambitionen einzelner Akteure im Namen der Mehrheit angestoßen wird.⁵ Die Revolution ist eine von Menschen verursachte, einschneidende Umwälzung in der Geschichte. In einem revolutionären Ereignis treffen «Gewalt, Neuerung und totaler Wandel» aufeinander (Eisenstadt 1982: 14); sie ist die «intensivste, gewaltsamste und am klarsten sich artikulierende aller Sozialbewegungen» mit dem Ziel der Schaffung einer «neue[n] und bessere[n] Gesellschaftsordnung» (ebd. 15 f.). In einer Revolution treffen (1) «vielfältige Akteure», (2) «unterschiedliche Triebkräfte» (ideelle versus materielle Interessen), (3) «divergierende Zeit- und Geschichtskonzeptionen»

- 2 Der Diskurs über die Krise der Parteiendemokratie auf Bundesebene, mangelnde Repräsentanz der Parteien durch ihre schwindende Mitgliederanzahl sowie Parteienzersplitterung und damit einhergehend ihre positive Erscheinung, die Parteienvielfalt, können hier als Beleg dienen.
- 3 Die Wortkombination geht auf eine Schrift von Juri Fjodorovič Samarin und Fëdor Mihajlovič Dostoevskij mit dem Titel *Revolutionärer Konservatismus* (russ. Революционный консерватизм) von 1875 zurück.
- 4 Die vermeintlich wahren Kategorien der Gemeinschaft und des Volkes erinnern an die «totale Revolution», 1933 von den Nationalsozialisten bei ihrer Machtergreifung ausgerufen (Grosser 2013: 126).

- 5 Dieser Begriff ist abzugrenzen vom implizit «Revolutionären» im Sinne einer Neuentwicklung in Technik und Wissenschaft. Revolutionen auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik (geozentrisches vs. heliozentrisches Weltbild, Newtons vs. Einsteins Physik, analog vs. digital) sind hier insofern von politischen und sozialen Revolutionen abzugrenzen, als sie Modi technologischer Transformationen (z. B. «Digitale Revolution», «Industrielle Revolution») beschreiben.

(chronologisch, eschatologisch, kairologisch, messianisch), (4) «politisch-rechtliche Institutionen» und (5) «sozioökonomische Strukturen» zusammen (Grosser 2013: 20 f.).

Die meisten Revolutionstheoretiker*innen können sich auf Grundlage der oben skizzierten Definition auf das Verständnis von Revolution als erfolgreicher Neubeginn einigen. Jedoch ist die Landschaft einschlägiger Theorieangebote durchaus vielfältig; Konzeptualisierungen des Revolutionsbegriffs reichen von Trockijs *permanenter* und Marx' *proletarischer* Revolution, bis hin zu Bakunins *anarchistischem* Konzept, über *antikolonialistische* Ansätze von Frantz Fanon, dem *messianischen* Konzept von Walter Benjamin, den Ansätzen Foucaults, Sartres und Marcuses zur Befreiung der subaltern-Exkludierten bzw. Marginalisierten und der *politischen* Revolution Arendts. Die wissenschaftstheoretisch zu erklärende Heterogenität der Revolutionstheorien spiegelt sich in der Vieldeutigkeit ihres gemeinsamen zentralen Begriffs, seinem äquivokativen *Charakter* (vgl. Grosser 2013: 29). Verstärkt wird dieser Trend durch den Sprachgebrauch in der Presse: Revolutionen der Mode, des Tourismus, der Industrie und andere.

Es herrscht Uneinigkeit entlang folgender dichotomer Konfliktlinien, die weiterhin für wissenschaftliche Auseinandersetzungen sorgen: Revolution – Reform, Neubeginn (Anfang) – Restauration, Revolution – Konterrevolution, Freiheit – Gleichheit, Gesellschaft – Staat etc. Anhand dieser Themenkomplexe können Charakter, Ursprung und Verlauf sowie Resultate und historische Tragweite von Revolutionen analysiert werden. Die *soziale Frage als Ursache von Revolutionen* kann im Spannungsfeld von politischer Freiheit und sozialer Gleichheit gesehen werden, da sie als Begriff zur Beschreibung des

sozialen Elends breiter Bevölkerungsschichten im städtischen Raum ab Mitte des 19. Jahrhunderts die Relevanz nach politischer Artikulation und Repräsentation letzterer formuliert. Das von vielen als Widerspruch beurteilte Verhältnis von Freiheit der «juristisch-politischen und institutionellen Sphäre» und Gleichheit «in der wirtschaftlichen und sozialen Sphäre» bestehe darin, dass die Gleichheit mit Hilfe des «Eingriffs des Staats» auf Umverteilung abziele, die Freiheit hingegen für die «Begrenzung dieses Eingriffs» arbeite (Balibar 2012: 76). Der französische Philosoph und Soziologe Étienne Balibar nannte dieses gegenläufige und sich gegenseitig konstituierende Prinzip zwischen Freiheit und Gleichheit die *Proposition der Gleichfreiheit* (ebd. 72 ff).

Revolutionsforschung zwischen Deskription und Präskription

Was also können epistemologische und paradigmatische Grundlagen für die (soziologische) Revolutionsforschung sein? Während auf deskriptiver, vergleichend-historischer Ebene eine verblüffende Übereinstimmung in der verwendeten Terminologie zwischen verschiedenen Theoretiker*innen zu beobachten ist – so bei den ersten drei «großen» Revolutionstheoretikern Karl Marx, Lorenz v. Stein und Alexis de Tocqueville mit der Verwendung von «Klassenkampf» etc. – und das Ausmachen von «Schlüsselereignissen» im Revolutionsverlauf einer sich historisch vollzogenen Revolution tendenziell leicht fällt, so treten Unterschiede zwischen den Theorien besonders dann auf, wenn sie die Ebene der Empirie verlassen (Steinert, Treiber 1975: 62). Die *proletarische* Revolution ist bei Marx ein die kapitalistische Gesellschaftsordnung kennzeichnendes Ereignis

und Einleitung einer klassenlosen Gesellschaft; Lorenz v. Stein sieht in der proletarischen Revolution die Zuspitzung der Widersprüche, die in Gestalt der «sozialen Reform» durch staatliche Autorität aufgehoben werden können; Tocqueville sieht in der «sozialen Revolution» die Gefahr der Egalisierung und plädiert für eine «demokratische Bewegung» (Steinert, Treiber 1975: 63). Der Grad an Übereinstimmung zwischen den Revolutionsanalysen nimmt ab, je mehr die Ebene der Deskription einem höheren Abstraktionsniveau weicht. Das verweist auf das Verhältnis von Theorie und Empirie, im Konkreten auf die Ansätze der Erforschung von Revolutionen, die «analytisch, generalisierend, abstrakt» oder «deskriptiv, individualisierend, konkret» sind (Dahrendorf 1961: 67). Die Beschreibung einzelner Revolutionen kann den einzelnen historischen Ereignissen gerecht werden; dennoch solle das Ziel eine «Erklärung des Phänomens Revolution» sein (Dahrendorf 1961: 67). Revolution ist demnach als ein *essentially contested concept*, beschrieben von Walter Bryce Gallie im Jahr 1956, zu deuten: Revolution kann (oder muss zwangsläufig) als ein ihrem Wesen nach umstrittenes Konzept einem Kampf um Deutungshoheit unterliegen (vgl. Groszer 2013: 22). Meine These: Je theoretischer eine Revolutionsanalyse operiert, desto normativer argumentiert sie. So lässt sich für die Empirie sagen: Je stärker historisch-vergleichend eine Analyse verfährt, desto deskriptiver ist sie (und verliert an Erklärungskraft). Die soziologische Theorie der Revolution bewegt sich also zwischen Empirie und Theorie, Deskription und Präskription. Indem die reine Beobachter*innenperspektive einerseits mithilfe von Flugschriften und Manifesten der Revolutionär*innen selbst, andererseits mithilfe normativ und konzeptuell argu-

mentierender Theoretiker*innen verlassen wird, können viele Facetten des Revolutionären eingefangen werden.

Revolutionsanalyse als ex post angelegte Interpretation

Als politische Theoretikerin zieht Hannah Arendt in ihrer Revolutionstheorie (*On Revolution*, 1963) eine klare Grenze zwischen sozialer und politischer Revolution, konstatiert eine Absorbierung letzterer durch die soziale Frage in Bezugnahme auf die Französische Revolution: Bekämpfung der Armut sei apolitisch, die Befreiung von Elend nicht der *wahre* Charakter der Revolution; sie müsse für Freiheit kämpfen (kämpft sie für die Befreiung von sozialen Missständen, muss sie zwangsläufig in Terror umkippen).⁶ Die Revolutionsanalyse als ex post angelegte Interpretation eines singulären Ereignisses dient als «Beleg für eine jeweils ganz bestimmte normative, zukunftsweisende Idee» (Steinert, Treiber 1975: 63). Karl Marx, Lorenz von Stein, Alexis de Tocqueville, Hannah Arendt und viele Geringere haben sich die Frage gestellt, was Revolution *ist* und wie sie *sein sollte*. Wie schon mehrfach gezeigt, ist Revolution als etwas vom Menschen Gemachtes auch immer das, was das revolutionäre Subjekt, sei es das Volk, die Mehrheit, Berufsrevolutionär*innen oder die Marginalisierten dieser Welt, will. Somit muss alle Revolutionsforschung auch ontologisch verfahren. Folgendes ergibt sich aus einem Problembewusstsein über die damit einhergehende Normativität einiger Revolutionstheoreti-

⁶ Diese Unterscheidung wird in den Politikwissenschaften in der Opposition von «negativer» und «positiver» Freiheit ausgedrückt.

ker*innen: Anspruch aller (selbstreflektierten) ontologischen Revolutionsforschung sollte der Versuch der Erarbeitung einer Systematik von der die Revolution *tatsächlich* bestimmenden Entitäten sein. So steht auch Revolutionsforschung vor der Frage nach der Natur des Wissens über die Revolution und seiner Grenzen. Gleichzeitig aber legt die Tatsache der Grenzen der Wissensgenerierung dieser Entitäten nicht die Annahme nahe, dass diese Entitäten nicht existieren würden. Ein epistemologischer, ein sich nach dem Ursprung des *Möglichen* an Wissen über Revolution fragender Ansatz, kann nur dann als logisch erachtet werden, wenn die Möglichkeit, dass das zu Erforschende *ist*, eingestanden wird. Eine erkenntnistheoretisch geleitete Revolutionsforschung, die Wege zum Wissen über die Revolution erfragen will, setzt die Prämisse der Ontologie, des *tatsächlich* Wissbaren, voraus.

Der oben vorgestellte Vergleich zwischen Marx, v. Stein und Tocqueville zeigt auf, dass Revolutionsforschung besonders dann erklärungskräftig sein kann, wenn sie theoretisch argumentiert. Sie muss sich dennoch um eine intersubjektiv nachvollziehbare Beschreibung von Revolutionen bemühen. So ist die Forderung Dahrendorfs nach Erklärbarkeit von Revolutionen mithilfe der «Theorien des sozialen Wandels» als Vorhaben einer diesem Mangel abhelfenden «engagierten Soziologie» nachvollziehbar (Dahrendorf 1961: 66). Besonders die «soziale Frage» als ihr (zweifelloso nicht einziger) Gegenstand, ein Phänomen der Moderne, die mit der in England im 18. Jahrhundert in Gang gesetzten Industrialisierung als Prozess der technisch-wirtschaftlichen Produktionsweise das Ende der agrarischen Gesellschaft markiert, hat die sogenannten «Gründerväter» der Soziologie über die Modernisierung schrei-

ben lassen: Max Weber als verstehender und werturteilsfreier Soziologe über den Prozess der Rationalisierung, Emile Durkheim über zunehmende Arbeitsaufteilung und soziale Differenzierung und Georg Simmel über Individualisierung als Prozess gleichzeitiger Vermassung und Vereinsamung der Menschen in einer modernen Gesellschaft. So ist die Soziologie als moderne Wissenschaft, Dahrendorfs Auslegung zufolge, dem sozialen Wandel im Allgemeinen und der Erforschung der Revolution im Konkreten besonders verpflichtet. Die Soziologie als Disziplin ist neben der Untersuchung der Grundeinheit sozialer Ordnung (Synthesis) auch dem Wandel dieser (Dynamis) und der Möglichkeit der Beeinflussung eben dieses Wandels (Praxis) verpflichtet (vgl. Rosa, Strecker, Kottmann 2013).

Literatur

- Arendt, Hannah (1963): *On Revolution*. London: Faber & Faber Ltd.
- Dahrendorf, Ralf (1961): *Über einige Probleme der soziologischen Theorie der Revolution*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Grosser, Florian (2013): *Theorien der Revolution*. Hamburg: Junius Verlag GmbH.
- Eisenstadt, Samuel N. (1982): *Revolution und Transformation von Gesellschaften. Eine vergleichende Untersuchung verschiedener Kulturen*. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Etienne, Balibar (2012): *Gleichfreiheit*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Rosa, Hartmut; Strecker, David; Kottmann, Andrea (2013): *Soziologische Theorien*. Konstanz/München: UVK Verlagsgesellschaft.
- Steinert, Heinz; Treiber, Hubert (1975): *Die Revolution und ihre Theorien. Frankreich 1848: Marx, v. Stein, Tocqueville im aktuellen Vergleich*. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH.

Merle Stöver

Das andere Geschlecht und die andere Gesellschaft

Gedanken zu Feminismus, Marxismus und Sehnsucht

Das unerschöpfliche Verlangen nach feministischer Theoriearbeit und die Sehnsucht nach dem ganz Anderen fußen auf den Schultern von Riesinnen. Spätestens seit dem Aufbegehren Olympe de Gouges 1791 wird um die Befreiung der Frau gerungen und die Unterdrückung der Hälfte der Welt entlang des Geschlechterunterschiedes auf verschiedenste Art zu erklären versucht. Auch heute, nachdem in Europa schon lange keine Frau mehr für das Einsteigen für Gleichberechtigung auf das Schafott treten muss, jedes zweite Mädchen wie selbstverständlich bei H&M Shirts mit dem Aufdruck «Girl Power» kauft und gerade in diesem Jahr verschiedenste feministische Anliegen im Rückblick auf hundert Jahre Frauenwahlrecht diskutiert werden, bleibt die schmerzliche Erfahrung von Frauen, *trots alledem* das andere Geschlecht zu bleiben. Wir haben von Simone de Beauvoir gelernt, dass wir nicht als Frauen geboren, sondern dazu gemacht werden – und erfahren schmerzlich, was das bedeutet. Wir blicken auf die Errungenschaften und klugen Ideen unserer Vorkämpferinnen und das Unbehagen bleibt dennoch.

Zwischen Staat und einer neuen Bewegung

Aktuell sind in der immer diverser werden feministischen Landschaft vor allem zwei Phänomene zu beobachten. So sehen wir seit den 1990er-Jahren einen sich stetig entwickelnden Staatsfeminismus, der den Gang durch die Institutionen angetreten

hat und sich in Form von Gleichstellungsbeauftragten, Gender Mainstreaming und der Errichtung von Studiengängen niedergelassen hat und der institutionalisiert und sozial anerkannt das Erbe der Frauenbewegung der 1970er- und 1980er-Jahre verwaltet. Doch so sehr jene gesetzlich geregelte Gleichstellung Grund zur Freude ist und vor den Attacken von Rechtspopulist*innen verteidigt werden muss, so sehr hat jene Institutionalisierung zugleich der Frauenbewegung den Wind aus den Segeln genommen.

An die Stelle der Frauenbewegung ist eine neue feministische Bewegung getreten. Jedoch nicht, um die Befreiung der Frau wieder radikal zu fordern, sondern in erster Linie als Produkt poststrukturalistischer Theorie. Die den Unterschieden zum Trotz gebauten Brücken der Frauenbewegung wurden abgelöst durch eine Betonung der Unterschiede und das Dividieren des Partikularen und Spezifischen ins Unendliche. Jutta Sommerbauer resümierte schon 2003 ernüchtert, dass

an die Stelle der Herrschaft [...] die Macht getreten [ist], anstatt der Gesellschaft [...] der Diskurs analysiert [wird], und der Begriff Frauen [...] selten ohne Anführungszeichen verwendet [wird]. *Sommerbauer, 2003: 12*

Jenem Versuch, die Kategorie Frau klein zu machen, neben andere zu stellen oder gar abzuschaffen, scheint mehr noch als eine emanzipatorische Gesellschaftsanalyse die internalisierte

sierte Kränkung durch die eigene gesellschaftliche Position «Frau» ins Gesicht geschrieben.

Die Verhältnisse umzustürzen

Doch anstatt ehrfürchtig ob der verfahrenen Situation innezuhalten und das feministische Vorhaben anderen zu überlassen, richten wir den Blick noch einmal auf das Wesentliche: Denn wenn wir kein minderes Ziel verfolgen, als mit den Verhältnissen zu brechen, «in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist», dann gilt es, dies ohne zu zögern zum kategorischen Imperativ unserer Überlegungen zu machen. Die Anstrengungen, die feministische Analyse der Gesellschaft mit der marxistischen in Einklang oder zumindest in Austausch bringen zu wollen, haben fürwahr viele Theoretikerinnen vorgenommen, doch war es zumeist der Marxismus, der sich der Frauenfrage gegenüber zu starr und ignorant verhielt und sie neben der Klassenfrage zu einem untergeordneten Unterfangen erklärte.

Und dennoch: Es geht um nicht weniger, als den Menschen – jeden Menschen – aus seiner Unterjochung zu befreien. Dass Frigga Haug in Marxismus und Feminismus «ganz unterschiedliche Geschwister» erkannte und Heidi Hartmann das Verhältnis beider als unglückliche Ehe beschreibt, in der sie eins werden und dieses eine Marxismus sei, kann die Hoffnung, die der Marxistische Imperativ verheißt, nicht trüben.

Warum materialistischer Feminismus

Sowohl für das Kapital- als auch das Geschlechterverhältnis gilt, dass sie zuerst natürlich und oftmals übermächtig erscheinen. Sich innerhalb feministischer Theo-

rie auf den historischen Materialismus zu beziehen, bedeutet vor allem eines: Zu wissen, dass jene Umstände, die uns in die Knie zwingen und Frau-Sein überhaupt erst zu der Position des Anderen gemacht haben, nicht natürlich, sondern vielmehr durch Menschen gemacht sind. Der soziale Zusammenhang prägt den Menschen und wird durch ihn überhaupt erst hergestellt. Der Materialismus dechiffriert die Verhältnisse als Produkt menschlicher Praxis und ruft dadurch die Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse ins Bewusstsein.

Eine umfassende Kritik der Geschlechterordnung kann dementsprechend weder innerhalb der Institutionen stattfinden, indem Frauen ein Stück vom Kuchen gesichert wird, noch kann sie als bloße Dekonstruktion der symbolischen Repräsentation an den Manifesten der patriarchalen Ordnung rütteln. Materialistischer Feminismus hat nicht weniger sich zur Aufgabe gemacht, als die soziale Revolution, die der Marxismus begann, noch einmal zu revolutionieren: Sodass das Glücksversprechen der befreiten Gesellschaft tatsächlich allgemein gelte. Ohne eine grundsätzliche Veränderung im Sinne der 3. Feuerbachthese, dass das Ändern der Umstände und Selbstveränderung in revolutionärer Praxis ineinander fielen, scheitert der Versuch noch in den Kinderschuhen. Die Verschlingungen zwischen der Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit und der noch viel älteren Herrschaft der Männer über die Frauen wurden mehrfach versucht zu begreifen: die Idee, Kapitalismus und Patriarchat als Dualwirtschaft zu konzipieren, wurde ebenso verworfen wie der Versuch, Frauen als eigene Klasse zu verstehen oder die leidigen Haupt- und Nebenwiderspruchsansätze, nach denen das Patriarchat lediglich eine Auswirkung des kapitalistischen Systems sei.

Was tun

Versuchen wir, Lehren aus diesen Gedanken zu ziehen, so gilt zunächst, die Kategorie Frau, deren Zwangscharakter und Zuschreibungen menschengemacht sind, nicht in eine Abwendung von jener Kategorie zu übersetzen, sondern die Widersprüche des eigenen Unwohlseins, des Haderns und des Gefühls nicht verstanden zu werden, auf die Gesellschaft zurückzuführen. Die Kränkung, die Frauen vermittelt wird, ist kein individuelles Gefühl, sondern Anknüpfungspunkt, die Kategorie Frau zu besetzen.

Im Sammelband *Feministisch streiten*, 2018 im Querverlag erschienen, schreibt die Herausgeberin und Autorin Koschka Linkerhand von einer Dialektik von Gleichheit und Differenz als Anlysemoment des feministischen Wir. Jene Konstitution von einem Wir hat nicht zum Ziel, in der Bezeichnung «Frauen» Erfüllung und ein maßgeschneidertes Identitätskorsett zu bieten. Indem wir von einem «Wir» ausgehen, setzen wir uns selbst als Subjekt und verwandeln das warenproduzierende Patriarchat in das «Andere». Gehen wir den Weg der betonten Differenz, der sich im Lichte der Postmoderne heimischer anfühlt, und verabschieden uns von der Rehabilitierung des Subjektes Frau, gerät die tatsächliche Verschlingung von Kapitalismus und Patriarchat aus dem Sichtfeld.

Ni una menos! – Nicht eine weniger!

Zu verstehen, dass wir nicht als Frau geboren werden, sondern die gesellschaftliche Kategorie menschengemacht ist, ist wahrlich nur der erste Schritt. Denn es sind diese Verhältnisse, die Frauen das Leben schwer machen. Das Patriarchat ist längst zu einer globalen Herrschaft entlang der Linien des Kapita-

lismus geworden. In Bangladesch schufteten die Textilarbeiterinnen für einen Hungerlohn unter den widrigsten Bedingungen. Im Iran verschwinden Frauen, die sich vom Joch der patriarchal-religiösen Unterdrückung in Form eines Stück Stoffes auch nur für Minuten frei machen wollen, in den Knästen und Folterkellern des Regimes. In Mexiko wurden in einer Mordserie über 300 Frauen vergewaltigt und getötet und das Versagen der Behörden musste unter dem Titel «Ni una menos!» («Nicht eine weniger») von Frauenorganisationen aufgefangen werden.

Es ist an der Zeit zu begreifen, dass das Patriarchat tödlich ist. Überall auf der Welt sind Frauen benachteiligt, werden ihre Leben nicht für voll genommen und ihre Selbstbestimmung mit Füßen getreten. Die Ausbeutung von Frauen, ihrer Arbeitskraft, ihrer Körper und ihrer Sorgearbeit, kann behoben werden. Diese Welt ist veränderbar – sie ist es jedoch nur, wenn Partei ergriffen wird. Es muss gelten, dass die Grenzen nicht zwischen den Nationen verlaufen, sondern zwischen den Klassen. Wenn erneut Arbeiterinnen in Fabriken in Bangladesch zu Tode kommen, dann darf uns das nicht kalt lassen. Wenn Frauen in den Folterkellern des Irans verschwinden, dann ist es an der Zeit, sie zu unterstützen, wo es nur möglich ist. Und wenn erneut eine Frau ermordet wird, weil sie Frau ist, dann darf man die Augen nicht verschließen.

Eine andere Welt ist möglich. Eine, in der Mädchen ein Shirt mit der Aufschrift «Girl Power» tragen und werden können, was sie wollen. In der sie später den gleichen Lohn bekommen, in der sie laut sagen können, was sie wollen und was sie nicht wollen. Aber auch eine, in der sie zurückblicken und die Riesinnen sehen, auf deren Schultern sie stehen.

Die Vielzüngigkeit des Feminismus, Linke Praxis und Unangepasste Cyborgs

Warum gerade Feminismus und linke Praxis? Die Antwort ist einfach: Feministische Praktiken der Solidarität, beispielsweise beim *Women's March on Washington* am Tag nach der Amtseinführung Donald Trumps, bei den Protesten für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in Argentinien oder die vor der Wahl Jair Bolsanaros von Frauengruppen organisierten *Ele Não*-Proteste in Brasilien zeigen, dass der Feminismus eine Bindekraft besitzt, die dem Erstarren autoritärer Herrschaft entgegensteht.

In diesem Beitrag möchte ich daher im Ausgang von Donna Haraways *Cyborg Manifest*, einem Meilenstein neuerer feministischer Theorie, nach einer zeitgenössischen, auf eine solidarische Zukunft ausgerichteten feministischen Praxis fragen. Das *Cyborg Manifest*, zuerst erschienen 1985 unter dem Titel *Manifesto for Cyborgs: Science, Technology, and Socialist Feminism in the 1980's* in der englischsprachigen Fachzeitschrift *Socialist Review*, geht auf das Anliegen der Autorin zurück, einen kritisch-utopischen und zum praktischen Handeln anregenden Gegenentwurf zur Politik der Reagan-Ära in den USA zu entwerfen. Ihren Bezugspunkt bildet dabei der sozialistische Feminismus, dem sie, nach eigener Aussage, «die Treue hält»¹. Gleichzeitig ist diese «Treue» jedoch von «ironischer «Blas-

phemie»² durchzogen. Ironische Brechungen ließen dabei Widersprüchlichkeiten und Mehrdimensionalität zum Vorschein kommen, so die Autorin selbst.

Die Macht der Bilder oder die Allegorie der «Feministischen Cyborg»

Versinnbildlichung und Verkörperung einer widersprüchlichen Hybridität ist die zentrale Figur der «feministischen Cyborg». Die feministische Cyborg ist eine Erzählfigur, anhand derer sich eine spezifische Form des aktivistischen Schreibens und philosophisch-theoretischem Beschreibens entwickeln lässt. Denn mächtige Tropen und Erzählfiguren haben schon immer in Zeiten des Umbruchs Möglichkeiten des historischen Wandels eröffnet: «Figuration is about resetting the stage for possible pasts and futures. Figuration is the mode of theory when the more «normal» rhetorics of systematic critical analysis seem only to repeat and sustain our entrapment in the stories of the established disorders»³. Materielle Realität und Imagination vermischen sich in der Konstruktion eines Bewusstseins, das als fantasievolles Erkennen der Unterdrückung neue Handlungsmöglichkeiten

2 Ebd.

3 Haraway, Donna. *Ecce Homo, Ain't (Ar'n't) I A Woman, and Inappropriate/d Others: The Human in a Post-Humanist Landscape*. In: *The Haraway Reader*. Routledge New York 2003a, 47

1 Haraway, Donna. Ein Manifest für Cyborgs. In: *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Campus-Verlag Frankfurt 1995a, 33.

eröffnen kann. So verändert «die Cyborg als imaginäre Figur *und* als erlebte Erfahrung ..., was am Ende des 20. Jahrhunderts als Erfahrung der Frauen zu betrachten ist»⁴. Konkret bedeutet das für eine feministische Gesellschaftskritik: Erst Bruchstellen und Risse im Bestehenden legen die Dichotomien geschlechtlicher und rassistischer Ungleichbehandlung frei. Daher kann auch die Cyborg kein einheitliches «Wesen» sein, sondern nur eine monströse Kreatur der Zweideutigkeit. Nicht Zweigeschlechtlichkeit oder Identität, sondern die Pluralität innerhalb und zwischen den Geschlechtern ist Haraway in ihrer Version der feministischen Cyborg wichtig: «Dies ist kein Traum einer gemeinsamen Sprache, sondern einer mächtigen, ungläubigen Vielzüngigkeit»⁵. Genau diese «Vielzüngigkeit» macht den Weg frei für die spezifischen Perspektiven von schwarzen Frauen, Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen, aber auch Transgender-Personen. Der Plural ist ins Bewusstsein gerückt. Ein unabgeschlossenes Selbst, geprägt von Differenzen und Fragmentierung sind Voraussetzungen, damit politische und epistemische Beziehungen nicht von Unterwerfung und Aneignung geprägt sind. Genuin soziale und aktiv-relationale Beziehungen zwischen *heterogenen* Akteur_innen treten an die Stelle von patriarchaler, rassistischer sowie kolonialer Herrschaft und Kontrolle.

Widerstandsfähigkeit und Prekarität

Cyborgs sind zugleich Figuren der monströsen (Selbst-)entgrenzung als auch der erlittenen Ausgrenzung: Gemeinsam ist ihnen

die Hybridität ihrer Körper und ihr marginalisierter, häufig prekärer Status als *Andere*. Im Gegensatz zu den Weltbeherrschungsfantasien der männlichen Cyborgs in gängigen Science-Fiction-Erzählungen und Filmen soll Haraways Allegorie der feministischen Cyborg bestehende Macht-hierarchien in ein solidarisches und gemeinschaftliches Handeln transformieren. Das erfordert in einem ersten Schritt, prekäre Arbeitsbedingungen für Frauen sowie globale Betreuungs- und Abhängigkeitsketten zwischen Industrie- und Schwellenländer, sog. «Global Care Chains», in Frage zu stellen. Genau dies macht Haraway, indem sie Bezug auf *reale* Cyborg-Frauen in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen nimmt.⁶ So schildert sie beispielsweise das Outsourcing von Kommunikation in der «New Economy» und die Fertigung von mikroelektronischen Bauteilen in Billiglohnländern durch vornehmlich Frauen. All diese Entwicklungen gehen für sie mit einer «Feminisierung» von prekären Arbeitsverhältnissen und Armut einher: «Feminisiert zu werden bedeutet hier, eine extrem prekäre Position einzunehmen, zerlegt und neu zusammengesetzt werden zu können; als Reservearmee ausgebeutet werden zu können; ...ständige eine an der Grenze zum Obszönen, eine auf Sex reduzierte Existenz, immer bedroht von Arbeitslosigkeit und Deplatzierung»⁷. In der Fähigkeit, hiergegen zu rebellieren und Herrschaftsstrukturen in Frage zu stellen – Stichwort «International Women's Strike» – sieht Haraway das

4 Haraway 1995a: 34.

5 Ebd.: 72.

6 Zur breit geführten Debatte um die Hausarbeitsökonomie und die doppelte Belastung von Frauen durch Fürsorge- und Erwerbsarbeit vgl. die zahlreichen Arbeiten von Silvia Federici, Regina Becker-Schmidt oder Nancy Fraser.

7 Haraway 1995a: 55.

widerständige Cyborg-Potenzial der Frauen, die in den Fabriken Platinen löten. Zudem unterlaufen Frauen hierarchische Grenzziehungen in einer weiteren Hinsicht, da sie zwischen häuslicher und marktvermittelter Arbeit pendeln und so traditionell patriarchale Familienmodelle in Frage stellen.

Verantwortungsvolle Verbindungen

Grenzüberschreitungen erfordern die Neu-Definition und Verhandlung von Verbindungen untereinander: «Verantwortlichkeit hat für mich ... damit zu tun, wie wir unter uns Verbindungen aufbauen, wie wir uns selbst zusammenfügen, und wie wir zusammengefügt sind»⁸. In anderen Worten, Globalisierung in einer kapitalistischen Welt und die damit einhergehenden Hierarchien zwischen Menschen, Tieren, Umwelt und Maschinen sind *anders* zu denken und zu gestalten als unter dem Status quo. *Verbindungen*, beispielsweise in Form von Globalisierung, pauschal rückgängig machen zu wollen und somit aufzulösen, wäre hingegen keine Option. Dieses Unterfangen würde die Gefahr einer Re-Naturalisierung alter (patriarchaler) Ordnungsmuster bergen, wie sie sich aktuell in einen zunehmenden autoritären Nationalismus in westlichen Demokratien zeigt. Cyborg-Figuren können hingegen «Figuren für das Leben in Widersprüchen sein»⁹.

8 Haraway, Donna. «Wir sind immer mittendrin». Ein Interview mit Donna Haraway. In: *Die Neuentdeckung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Campus-Verlag Frankfurt 1995b, 111.

9 Haraway, Donna. *The Companion Species Manifesto: Dogs, People and Significant Otherness*. Paradigm Press Chicago 2003b, 11.

«But Ain't I A Woman?»

Abschließend möchte ich mich der Abolitionistin, ehemals Sklavin, und schwarzen Frauenrechtlerin Sojourner Truth (1798–1883) zuwenden, auf die Haraway allegorisch als Cyborg-Figur verweist. So schreibt Haraway: «I want to focus on the discourses of suffering and dismemberment. I want to stay with the disarticulated bodies of history as figures of possible connection and accountability»¹⁰. Sojourner Truth stellt durch die eigene Zerstückelung und Zerlegung des (weiblichen) Körpers wirkmächtige, kulturell-gesellschaftlich verankerte Grenzziehungen eines patriarchalen und kolonialen Denkens radikal in Frage. Aus dem Erleiden und der eigenen Vulnerabilität können sich wiederum wirkmächtige, kollektive Verbindungen ergeben, wie die Rede Sojourner Truths *Ain't I A Woman?* Auf eindrucksvolle Weise zeigt. Truth hielt die Rede 1851 anlässlich eines (vornehmlich weißen) Kongresses für Frauenrechte in Akron, Ohio. Als Antwort auf die Zwischenrufe eines Provokateurs, der den Kongress zu stören versuchte, antwortete sie wie folgt:

That man over there says that women need to be helped into carriages, and lifted over ditches, and to have the best places – And ain't I a woman? Look at me! Look at my arm! I have ploughed and planted, and gathered into barns, and no man could head me! – And ain't I a woman? I could work as much and eat as much as a man – when I could get it – and bear the lash as well! – And ain't I a woman? I have borne thirteen children, and seen most all sold off to slavery, and when I cried out with my

10 Haraway 2003a: 47.

mother's grief, none but Jesus heard me! –
And ain't I a woman?¹¹

Gegen ihren Willen deportiert, ohne ein Zuhause oder einen rechtmäßigen Geburtsnamen, ausgeschlossen aus dem Diskurs des (weißen) Frau-seins, vergewaltigt von ihrem Besitzer, gezwungen zum Geschlechtsverkehr und der Fortpflanzung mit einem anderen Sklaven, ihrer Kinder nach der Geburt beraubt, und nicht zuletzt in ihrer körperlichen Anatomie als (weibliches) Subjekt in Frage gestellt – all dies macht Sojourner Truth *gerade* zu einer wirkmächtigen Sprecherin des Feminismus. Ihr Körper, wahrgenommen als der eines «Monsters», durchkreuzt Grenzen rassischer und geschlechtlicher Reinheit und Identität. Sie stellt Dichotomien durch das *Aus-sprechen* ihrer Hybridität in Frage und reklamiert ein Frau-sein für sich, welches bestehenden Grenzziehungen zuwider läuft. Truth ist eine hybride Cyborg und un/an/gepasste Andere, die ihren ethischen Appell an anderen Cyborg-Feministinnen richtet. Im *Cyborg Manifest* heißt es: «Nachgewachsene Gliedmaßen können monströs, verdoppelt oder mächtig sein. Wir alle sind

zutiefst verletzt worden. Wir brauchen Reeneration, nicht Wiedergeburt, und die Möglichkeiten unserer Rekonstitution schließen den utopischen Traum, die Hoffnung auf eine monströse Welt ohne Gender, ein»¹². Die ausgestoßene Andere ist für Haraway nicht die «weiße «unschuldige» Frau, die auf eine Rückkehr in die Natur und das Paradies hofft, sondern die monströse Cyborg.

Quellen

- Haraway, Donna. Ein Manifest für Cyborgs. In: *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Campus-Verlag Frankfurt 1995a. 33–72.
- Haraway, Donna. «Wir sind immer mittendrin». Ein Interview mit Donna Haraway. In: *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Campus-Verlag Frankfurt 1995b. 98–122.
- Haraway, Donna. Ecce Homo, Ain't (Ar'n't) I A Woman, and Inappropriate/d Others: The Human in a Post-Humanist Landscape. In: *The Haraway Reader*. Routledge New York 2003a, 47–61.
- Haraway, Donna. *The Companion Species Manifesto: Dogs, People and Significant Otherness*. Paradigm Press Chicago 2003b.

11 Haraway 2005a: 50.

12 Haraway 1995a: 71.

Pluralismus statt Postfaktizität

Im folgenden Artikel werde ich die Frage nach der Stellung wissenschaftlicher Ergebnisse unter dem Eindruck «postfaktischer» Argumentation in Öffentlichkeit und Politik untersuchen. Eine zielführende Antwort auf diese Herausforderungen scheint mir *nicht* im Behaupten einer objektiv gerechtfertigten Wahrheit, zugänglich durch wissenschaftliche Ergebnisse, zu liegen. Im Gegenteil: Wissen, so die hier vertretene These, ist eine komplexe soziale Institution außerhalb einfacher wahr-falsch Dichotomie. Ein einfaches Postulieren von: «*Wissenschaft = Produktion von wahren Aussagen über die Welt*» erweckt Erwartungen, die faktisch nicht erfüllt werden können. Ein generell relativistischer oder gar wissenschaftsskeptischer Standpunkt erscheint in der Debatte aber ebenfalls nicht haltbar. Im Gegensatz zu einem skeptischen Bild gegenüber Wissenschaft bleibt innerhalb eines pluralistischen Wissenschaftsbildes die Option der gerechtfertigten individuellen und kollektiven Handlungen bestehen, basierend auf zumindest teilweise «richtigen» Annahmen über die Welt.

Probleme der Realismus/Antirealismus Debatte

Die Problematik einer wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung zu diesem Thema liegt insbesondere in der Frage nach dem möglichen Zugang zur Welt auf Basis unserer wissenschaftlichen Theorien. Während Wissenschaftsrealisten zumindest einen, wie auch immer ausgestalteten, kor-

respondierenden Zugang zur Welt durch wissenschaftliche Theorien annehmen, stehen eine Reihe antirealistischer Positionen einer solchen Vorstellung ablehnend gegenüber.

Diese Skepsis der Antirealist*innen kann auf folgenden zwei Säulen beruhen. Als erstes soll die empirisch-historische Argumentation angesprochen werden, die Larry Laudan (1981) mit der These der sogenannten «pessimistischen Induktion» berühmt machte. Laut dieser These wurden eine Reihe von Theorien, die historisch zu ihrer Zeit als «beste» wissenschaftliche Theorie firmierten, durch die weitere Forschungsentwicklung widerlegt. Es gibt laut Laudan keinen zwingenden Grund heute anzunehmen, dass unsere zum aktuellen Zeitpunkt besten wissenschaftlichen Theorien sich nicht auch in der Zukunft als falsch herausstellen könnten.

Die prinzipielle Underdeterminiertheit unserer Theorien unterstreicht zweitens vor allem W.V.O. Quine, u.a. in seinem bekannten Essay *Two Dogmas of Empiricism* (1951). Die Ableitung von Theorien aus Beobachtungen erscheint immer auf ad hoc Thesen basieren zu müssen, die in einem Netz von Überzeugungen eingebunden sind. Einzelne Aussagen über empirische Ereignisse können ohne dieses Netz an Überzeugungen nicht vorgenommen werden und haben an sich keinen Aussagewert. Erst die Verbindung in einem Gesamtsystem stellt sinnvolle Aussagen sicher. Dadurch werden unterschiedliche Systeme zum Erklären der gleichen empirischen Daten denkbar. Die prinzipielle empirische Underdeterminiert-

heit unserer Theorien muss daher akzeptiert werden. Zusätzlich betonen soziologisch-relativistische Positionen der Erkenntnistheorie und Wissenschaftstheorie die Bedeutung einer prinzipiell nicht zu überwindenden Eingebundenheit von Erkenntnis in sozial determinierten Erkenntnisssystemen (Barnes et al. 1996; Kusch 2002).

Ein populärer realistischer Einwand gegenüber solchen Argumenten bezieht sich vor allem auf den Erfolg wissenschaftlicher Theorien. Es wäre schon ein Wunder, so die Argumentation von Hilary Putnam (1975, S.75), würden unsere Theorien in der Breite erfolgreich Voraussagen über die Welt produzieren, ohne in irgendeiner Form Wahrheiten abzubilden. Doch dieses Argument kann auch mit einer Reihe von Gegenbeispielen angegriffen werden, in der eben auch heute als falsch eingestufte Theorien sehr erfolgreich Vorhersagen verlässlich machen konnten. (Einen guten Überblick hierzu, inkl. möglicher Gegenargumentationen, gibt Vickers 2017.)

Gegen den Einwand prinzipieller Underdeterminiertheit von Theorien kann auf das Etablieren einer besonders erfolgreichen wissenschaftlichen Methode auf Basis von ehemals ad hoc angenommenen Normen und Werten in der Wissenschaft verwiesen werden (Shapere 1986). Solche Methoden haben sich als besonders gut für den wissenschaftlichen Gebrauch erwiesen. Damit wird Wissenschaft ein objektiv richtiger Normen- und Wertekanon vorgeschrieben, nach dem auf der Suche nach der Wahrheit vorzugehen ist. Eine externe Bewertungsmöglichkeit dieser «Objektivität» zweifeln Relativist*innen freilich an. Offenbar steht beiden Seiten ein Repertoire an Argumenten und Fallbeispielen zur Verfügung, deren Gewicht schwer gegeneinander abzuwiegen ist.

Vermittlung durch Pluralismus

Ein Vorschlag für eine vermittelnde Position bietet die Akzeptanz eines erkenntnistheoretischen Pluralismus verbunden mit einer sehr moderaten Form von Realismus. Ähnliche Ansätze vertreten u.a. Helen Longino (2002) oder Hasok Chang (2012). Was ist der Vorteil ihrer Position? Offensichtlich können pluralistische Wissenschaftstheorien zweierlei: Akzeptieren, dass es eine Reihe von Beschreibungen der Welt gibt, die in irgendeiner Form einen Teil von Vorhersagen von Ereignissen zulassen. Diese sind nicht wörtlich wahr oder korrespondierend mit der Welt. Vielmehr bedarf es aus praktischen Gründen einer Reihe verschiedener Interpretationen der Welt. Diese wiederum sind ganz sicher abhängig von Geschichte, sozialen Bedingungen, politischen Hintergründen und angewandten, aber nicht explizit formulierten Praktiken. Das Verwerfen solcher Faktoren als unwissenschaftlich oder externer Störvariablen zugunsten einer übergeordneten wissenschaftlichen Methode oder Denkweise sollte vor diesem Hintergrund nicht überstürzt stattfinden. Im Gegenteil: Unterschiedliche Perspektiven können für den Fortgang des wissenschaftlichen Programmes unter Umständen sogar einen entscheidenden Vorteil besitzen (Longino 2002). Scheinbar widerlegte Theorien und Erklärungsansätze sollten darüber hinaus aufgrund ihrer praktischen und inhaltlichen Implikationen von Interesse für zukünftige Forschung bleiben (Chang 2012).

Ein Vorteil solcher Ansätze ist, dass die Akzeptanz der Einflussnahme sozialer Faktoren nicht mit einem Relativismus einhergeht, der einer wissenschaftsskeptischen Argumentation das Wort führt. Einerseits löst sich das Wissenschaftsbild von einer

erreichbaren allgemeingültigen Methodik und Rationalitätsvorstellung. Andererseits bekennt er sich zu Formen von Wahrheit und der Effektivität von Wissenschaft als System des Erkenntnisgewinns. Die Bewertung von wissenschaftlichen Theorien hebt sich nicht in einer wahr/falsch oder sozial/rational Dichotomie auf. Vielmehr akzeptiert ein pluralistischer Ansatz eine weit aus höhere Komplexität von Erkenntnis im Angesicht von Interaktion mit Realität.

Ein solch praktisch orientiertes Denken lässt Raum für das Ablehnen unwissenschaftlicher Vorgehensweisen zugunsten rein externer Motivationen. Beispiele wären hier das Erfinden von Ergebnissen zum eigenen Fortkommen von Forschenden oder bezahlten Studien zugunsten von Politik oder Industrie unter Verstoß von wissenschaftlicher Redlichkeit. Offensichtlich wären hier externe Einflüsse am Werk, die das generelle Prinzip von Wissenschaft in Frage stellen (siehe beispielhaft Oreskes 2010). Diesem Vorwurf wird sich ein Wissenschaftspluralismus bewusst nicht aussetzen, da er einen erkenntnistheoretischen Relativismus explizit ablehnt. Andererseits besteht eine Antwort auf Postfaktizität hier nicht in der einfachen (fehlbaren) Behauptung von Wahrheit auf Seiten der Wissenschaft. Gerade in diesem scheinbaren Widerspruch liegt eine Stärke, um ein realistisches Bild der Berechtigung von Wissenschaft in der Öffentlichkeit zu prägen.

Normativer Anspruch an Wissenschaftstheorie

Der Aufruf zur Veränderung des öffentlichen Wissenschaftsbildes ist selbstverständlich normativ. Die Vorteile in einer solchen Umsetzung liegen auf der Hand. Einerseits sind sie wissenschaftsintern, indem sie das Verständnis der eigenen Tätigkeit für den

Forschenden einer kritischen Selbstreflexion jenseits von Falsifizierung und Verifizierung bieten. Gleichzeitig lässt ein solches Bild der Öffentlichkeit Spielraum für Handlungsorientierung wie auch -kritik auf Basis wissenschaftlicher Ergebnisse. Das Ende des Denkens in einem dualen System von richtig und falsch bedeutet gerade nicht das Aufheben jeglicher Entscheidungsorientierung. Ein realistischer Pragmatismus bietet vielmehr einen Ansatz, der informierte Entscheidungen gerade aufgrund der Kenntnis ihrer Unsicherheiten ermöglicht. Damit einher geht das Bewusstsein des letztendlich notwendigen Treffens von Entscheidungen unter unsicheren Bedingungen. Dieses Bewusstsein wird nie frei von politischen und sozialen Überlegungen stattfinden können. Aber es wird weit diesseits von postfaktischer Wunschvorstellung bestehen.

Zusammenfassung

In diesem Artikel habe ich für eine pluralistische Position innerhalb der Wissenschaftstheorie Partei ergriffen. Sie stellt nach meiner Ansicht einen Kontrapunkt zu postfaktischem Handeln da, ohne selbst eine dogmatische und in der Praxis nichthaltbare wahr/falsch Dichotomie aufzubauen. Das Überwinden einer solchen Dichotomie hat sowohl einen Wert für interne Wissenschaftsreflexion als auch im politischen Handeln.

Bibliografie

- Barnes B. / Bloor D. / Henry J., *Scientific Knowledge: A Sociological Analysis*, 1st ed. Chicago [u.a.]: Univ. of Chicago Press; (1996).
- Chang, H., *Is Water H2O?: evidence, realism and pluralism* (Bd. 293). Dordrecht ; Heidelberg [u.a.]: Springer (2012).

Kusch M. *Knowledge by Agreement: The Programme of Communitarian Epistemology*. Oxford [u.a.]: Clarendon Press (2002).

Larry Laudan, «A Confutation of Convergent Realism», *Philosophy of Science* 48, no. 1 (Mar., 1981): 19–49.

Longino, H. E., *The fate of knowledge*, Princeton, NJ [u.a.]: Princeton Univ. Press (2002).

Orskes N./Conway E. M., *Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming*. 1st ed. New York ; Berlin ; London: Bloomsbury; 2010.

Putnam, Hilary, *Mathematics, Matter and Method*. Cambridge: Cambridge University Press (1975).

Shapere, D. External and Internal Factors in the Development of Science. *Science & Technology Studies* (1986), 4(1), 1–9. Retrieved from <http://www.jstor.org/stable/690394>. Van Orman Quine, Willard, «Two Dogmas of Empiricism», *The Philosophical Review* 60 (1951): 20–43.

Vickers, Peter (01 Dec 2017), «Historical Challenges to Realism» from: *The Routledge Handbook of Scientific Realism*, Routledge, S.48–59 (2018).

Mia Thiel

Kein Fass ohne Boden Politik in Zeiten des Bauchgefühls

Ein Europaparlamentsabgeordneter der Tories, Syed Kamall, erhebt sich vor dem Europäischen Parlament, um die nationalsozialistische Ideologie im Verhältnis zur Sozialdemokratie zu erklären: «Ich möchte daran erinnern, dass die Nazis, der Nationalsozialismus, ein Sozialismus ist. Eine linksgerichtete Ideologie, die wollen das gleiche wie Sie.» Die lautstarke Empörung der S&D-Fraktion erfolgt umgehend – waren es ja wohl die deutschen Sozialdemokraten, die sich gegen das Ermächtigungsgesetz gestellt hatten. Kamall zeigt sich verwirrt. Er habe niemanden persönlich beleidigen wollen. Es ginge ihm ausschließlich darum, dass der Nationalsozialismus nicht rechts sei. Für den EU-Parlamentspräsidenten Antonio Tajani (EVP) hat sich die Sache mit der Entschuldigung erledigt. Es wären weder Alt-Nazis, noch solche Leute, die sich mit Freuden an die Sowjet-Diktatur erinnern, im Raum.¹

Doch die Auseinandersetzung sollte alles andere als erledigt sein. Eine Ideologie, die auf Menschenfeindlichkeit, antisemitischer Vernichtungsfantasie, totalitärer Vermassung und Aufgabe des Individuums fußt, in die Nähe des emanzipatorischen und freiheitlichen Ansatzes der sozialdemokratischen und demokratisch-sozialistischen Ideengeschichte zu rücken, erschreckt. Es erschreckt, wie sowohl Kamall als auch Tajani daran scheitern, grundlegend entgegengesetzte Gesellschaftsbilder auf ihre Wurzel hin zu untersuchen. Es erschreckt die Perspektive, dass es sich um eine historisch reale, aber letztlich abgeschlossenen Periode handele, die an – nunmehr tote – Personengruppen knüpft und nicht etwa auf ihre ideellen Grundlagen zurückzuführen ist. Nicht zuletzt ernüchtert aber auch die Antwort der Sozialdemokratie, die es, unabhängig vom Vorfall im EU-Parlament, selten über den – selbstverständlich auch angemessene

1 Zur Debatte: <https://youtu.be/eHIk5qul5Js>

nen – Hinweis auf die im Widerstand organisierten Genoss*innen hinausschafft und es beispielsweise versäumt, die Rolle der Arbeiter*innen in und auf dem Weg zum Nationalsozialismus differenziert zu untersuchen.

Der deutsche Nationalsozialismus bis 1945 hat unbeschreiblich schreckliche Facetten der Menschheit, der Deutschen, aufgezeigt. Die Reihung mit dem sowjetischen Stalinismus ist weder notwendig, noch logisch in Zusammenhang stehend, um den Opfern und Schrecken zu gedenken. Zur Aufarbeitung unfassbarer historischer Realität gehört es zu verstehen, woher Gesellschaftsvorstellungen kommen, wie sie mit den grundlegenden Denkschulen zusammenhängen und darüber hinaus bis heute fortwirken. Kamall ist das nicht gelungen und auch Tajani fällt es in der Debatte vom 24.10.2018 sichtlich schwer, das über persönliche Befindlichkeiten der S&D-Abgeordneten hinausgehende Problem zu erfassen. Sie beide stehen exemplarisch für einen signifikanten deutschen und internationalen öffentlichen Diskurs, der nicht mehr in der Lage ist Ideale, Ideologien und Idioten auseinander zu dividieren und ideengeschichtlich einzuordnen. Udo Bullman (SPD) kommentiert im EU-Parlament wie folgt: «Es ist ein historischer Irrsinn, eine Demagogie der Rechten in diesem Haus. Sie demaskieren ihre Unfähigkeit politische Prozesse geschichtlich und aktuell zu begreifen.»

Latente Wissenschaftsskepsis als Gegenstück zur ideengeschichtlichen Hilflosigkeit

Der Unfähigkeit Diskurse einzuordnen steht die anwachsende Skepsis im Hinblick auf Wissenschaft und politischer Theorie im politischen Geschäft gegenüber. Zu intellektuell, zu akademisch. Das Schicksal der Intellektuellen war nie ein glorreiches.

Um «das Intellektuelle» rankt sich historisch betrachtet seit jeher eine standhafte Mischung aus Bewunderung auf der einen Seite und einem Gefühl der Fremdheit und des Misstrauens auf der anderen. Die Arbeit mit «dem Wissen», mit Literatur, Philosophie und der Wissenschaft im Allgemeinen gilt als ungreifbar und manipulativ; die Kommunikation als unverständlich und gesellschaftsfern. Selbstverständlich hat Wissenschaft nach wie vor großen Einfluss auf Politik und Gesellschaft. Die Argumentation und der politische Diskurs auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und nachweisbarer Fakten steht jedoch unter Beschuss – überwiegend, wenngleich nicht ausschließlich, von rechts. Vorgetäuschte Nachrichtenmeldungen, wie zum Beispiel Fake News, werden unter der Bezeichnung «alternativer Fakten» relativiert. Objektiven Gegendarstellungen, insbesondere zu den verkürzten und nicht fundierten Analysen der radikalen und populistischen Rechten, werden kaum Beachtung geschenkt. An die Stelle von kritischem Meinungs-austausch und wissenschaftlichen Erkenntnissen tritt die Argumentation mit «dem Gefühl» – etwas, womit sich jede*r identifizieren kann und nicht etwa nur eine vermeintlich kleine, angeblich zuweilen verschwörerische Elite.

Insbesondere neuere und neurechte Erscheinungen, wie etwa die AfD, referieren auf eine Art Bauchgefühl über Sicherheit und Ordnung, gegen das keine Polizeistatistik der Welt anzukommen scheint. Antiintellektuelle Tendenzen sind im rechten Diskurs keine Neuerscheinung, sondern fest verwurzelt. Doch auch in Teilen der Bewegungslinken bis in die Sozialdemokratie hinein wird zunehmend der Wunsch laut, sich doch endlich mal wieder mit dem zu beschäftigen, was die «kleinen Leute» umtreibt, endlich nicht mehr

so kompliziert zu schreiben, zu reden und zu denken. Wie schnell der politische Diskurs seinen Boden verlieren kann, zeigt nicht zuletzt der Verlauf der oben skizzierten Debatte im EU-Parlament. Inwiefern die Absage an ideengeschichtlicher Auseinandersetzung insbesondere rechter Strategie in die Hände spielt, verdeutlicht Bullmann in seinem Statement.

In der Theoriearbeit allein zu verharren entspräche einem materialistischen Anspruch selbstverständlich genauso wenig. Sind Worte und Gedanken zwar wichtig, so verändern sie allein die Gesellschaft noch nicht. Ein politischer Diskurs, der von jedem*jeder Diskussionspartner*in verlangt, zunächst ein philosophisches Grundstudium abgelegt zu haben, könnte auch kein emanzipatorisches Potenzial entfalten, sondern exkludiert. Vielmehr geht es darum, im Sinne arbeitsteiliger Politik, sowohl Theorie als auch Praxis in den Blick zu nehmen. Beides miteinander zu verbinden, anstatt sie als Gegensätze gegeneinander auszuspielen – darauf kommt es an. Die Gesellschaft, in der wir heute leben, ist eine von Menschen gemachte, genauso wie der dazugehörige politische Diskurs.

Wer sich vor jeder Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Diskurs verschließt, steht letztlich der Gefühlspolitik der politischen Rechten mit keinem anderen Instrument denn des linkspolitischen Bauchgefühls gegenüber. Antifa bleibt Handarbeit. Faschismus aber ist auch Kopfsache. Hier zeigt sich: Antifaschistische Arbeit muss im Zweiklang von Theorie und Praxis gedacht werden und die Sozialdemokratie gleich zweifach in die Pflicht nehmen.

Sozialdemokratisch fundiert analysieren

Der Aufschrei im EU-Parlament angesichts der Entgleisung Kamalls war notwendig

und der Verweis auf die Sozialdemokrat*innen, die sich 1933 dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialist*innen entgegengestellt haben, angebracht. Die Antwort der Sozialdemokratie, ihre Fähigkeit zur Analyse, sie darf an dieser Stelle jedoch keinesfalls enden. Ein Bollwerk gegen rechts – und ein solches will und muss die Sozialdemokratie sein – hat es zur Aufgabe, rechte Strategie zu entlarven und ihr das Argument zu nehmen. Das kann sie aber nur, soweit sie sich selbst mit politischer Ideengeschichte auseinandersetzt und die eigene Rolle in dieser differenziert zu betrachten bereit ist. Dann wäre die Antwort (vielleicht im Nachgang zur Debatte im EU-Parlament) auf Kamall gewesen: Nein. Die Grundlagen der nationalsozialistischen Ideologie und die freiheitlichen Werte des demokratischen Sozialismus und der Sozialdemokratie stehen einander so diametral gegenüber, dass jeder Vergleich scheitern muss. Denn die Vorstellungen von Gesellschaft, von Menschsein und vom Verhältnis zwischen Gemeinschaft und Individuum lassen keine Verbindung unter beidem zu. Mündigkeit und politische Teilhabe, das unumstößliche Bekenntnis zur Demokratie und die Verhaftung im Antifaschismus stehen nicht etwa *neben* dem germanisch-völkischen Ansatz, der Rassenideologie, dem vernichtenden Antisemitismus und der Demokratiefindlichkeit des Nationalsozialismus, sondern ihm gegenüber – frontal, als Erzfeind*innen.

Und dennoch trägt auch die deutsche Arbeiter*innenbewegung historische Last. Der Nationalsozialismus hätte sein vernichtendes Potenzial ohne die feste Verankerung als gesellschaftliche Massenbewegung nicht entfalten können. Wo sich Sozialdemokratie bzw. sozialistische Theorien mit dem Nationalsozialismus überschnei-

den, ist im politischen Subjekt: Beide adressieren (zumindest überdurchschnittlich) Arbeiter*innen. Ja, einige Narrative der nationalsozialistischen Ideologie sind mit denen der Arbeiter*innenbewegung verwandt – und nicht etwa aus strategischer Brillanz, sondern weil es neben den verfolgten bekennenden Sozialist*innen und Kommunist*innen auch Teile der Arbeiter*innen gab, die den Nationalsozialismus aktiv unterstützten und ihre Narrative einspeisten. Die Unterdrückung der Arbeiter*innen und Bäuer*innen lässt sich auch als völkisch-nationalistische Erzählung fassen: Das ehrliche Handwerk deutscher, fleißiger Arbeiter*innen in Gegenüberstellung zu den als geizig, unehrlich und faul diffamierten Jüdinnen und Juden. Die Vereinigung im gemeinschaftlichen Kampf gegen das Joch der «Eliten». Begleitet von arbeits-, sozial- und steuerpolitischen Maßnahmen – alle jedoch unter Umsetzung der Nürnberger Rassengesetze und mit der klar formulierten Prämisse des Erhalts eines deutschen, «arischen» Volkskörpers.

Mit dem aufklärerischen Ansatz des mündigen Individuums, mit dem Bestreben nach einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, mit dem Einsatz für Diversität und politische Teilhabe, sowie für die Demokratisierung aller Lebensbereiche sind der materialistische demokratische Sozialismus und die Sozialdemokratie mit den Grundannahmen der nationalsozialistischen Ideologie jedoch in keinster Weise vereinbar. Gerade diesen Gegensatz herauszuarbeiten, ihn zu argumentieren und rechtsextremes Gedankengut zu demaskieren, ist die historische Verantwortung der Arbeiter*innenbewegung und allen, die sich ihr verbunden fühlen.

Politik mit Verstand und Gefühl

Eine emanzipatorische Sozialdemokratie und das theoretische Spektrum um sie herum können sich ihres Standpunktes erst dann behaupten, wenn sie sich dem eigenen ideengeschichtlichen Hintergrund zuwenden, ihm ins Auge blicken und die Schlüsse für ihre Positionen jetzt, auch in Abgrenzung zum politischen Gegner, nutzen.

Ganz ohne Gefühl abseits der theoretischen und wissenschaftlichen Einbettung kommt Politik dennoch nicht aus. Politik hat mit Leidenschaft zu tun und die Sozialdemokratie muss die Menschen in ihrer Lebensrealität abholen. Der*die Wähler*in ist aber durchaus in der Lage, Gesellschaft grundsätzlicher (und vielleicht sogar unter Verwendung von Relativsatzkonstellationen und dem ein oder anderen erklärten Fremdwort!) zu diskutieren. Sich auf die Grundlagen zurückzubedenken und diese in die politische Debatte einfließen zu lassen hätte Konsequenz für die politische Debattenkultur insgesamt. Der Sozialdemokratie stünde es gut, sich dieser Aufgabe anzunehmen.

Diese Ausgabe des Magazins hat sich Marx' elfte These zu Feuerbach zum Referenzpunkt gemacht: «Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt drauf an, sie zu verändern.» Marx und Engels haben die Junghegelianer*innen für ihr Verweilen im leeren Wort kritisiert, anstatt die bestehenden Verhältnisse tatsächlich zu verändern. In diesem Fall scheint im Wort bereits eine erste Veränderung zu liegen, die dort aber nicht ihr Ende finden darf. So schließt sich der Kreis vom Plädoyer der Verbindung von Theorie und Praxis als Ebenbürtige.

Jöran Klatt

Auf dem Weg nach Frankreich?

Sozialer Wandel als Herausforderung für linke Parteien in Europa

Die Parteiensysteme der westlichen Welt befinden sich im Wandel. Vor allem Lagergrenzen werden dabei immer häufiger, sei es in öffentlichen Debatten oder in politikwissenschaftlicher Theorie, in Frage gestellt.¹ Jüngst diskutierte Frank Decker die Herausforderungen, die die scheinbaren Diffusionen politischer Lagermentalitäten für das klassische Links-Rechts-Schema nach sich ziehen.² Decker geht dabei auf den sozialen Wandel ein, der neben den von Seymour Lipset und Stein Rokkan beschriebenen Cleavages neue Dualismen im politisch-sozialen Gefüge erzeugt.³ Er erinnert an den inzwischen eingängig diskutierten Bedeutungsgewinn postmaterialistischer Themen, die neben den klassischen materiellen Verteilungsfragen seit den 1970er-Jahren verstärkt auftauchen. Der Konflikt zwischen Ökonomie und Kultur, also Verteilungs- und Wertefragen, bildet für ihn eine von zwei Achsen, die an

enormer Relevanz gewonnen haben, während eine zweite Achse für ihn zwischen liberalen/libertären und konservativ/autoritären Werten selbst besteht.⁴ Der Bonner Politologe verteidigt nun das Links/Rechts-Schema. Dieser klassische Dualismus sei zwar heute geprägt von weiteren Konflikten im gesellschaftlichen Gefüge, aber auch diese könnten darin eingeordnet werden.

Linke und Postsozialismus

Bedeutung haben diese Fragen dabei nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht, sondern auch aus parteipolitischer. Denn auch die gegenwärtigen Richtungsstreitigkeiten im linken Lager können durch sie erklärt werden, woraus sich wiederum Fragen nach Ausrichtung und Strategien stellen. Die scheinbaren Widersprüche, mit denen sich linke Parteien derzeit viel beschäftigen, lassen sich am Besten mit Nancy Frasers Modell des *Anerkennungs-Umverteilungs-Dilemmas* beschreiben. Fraser skizziert in ihrem Problemaufriss in Anlehnung an Lyotard einen historischen Zustand, den sie «postsocialist condition», also eine «postsozialistische Situation» nennt und meint damit, dass linke Alternativen, Visionen und Utopien (vor allem in Folge des Endes des Kalten Krieges) derzeit keine Wirkungskraft entfalten könnten und der sich postideologisch gebende Neoliberalismus eine hegemoniale Stellung eingenommen

- 1 Dabei sollte angemerkt sein, dass hier unter Theorien solche gemeint sind, die den Anspruch erheben analytisch zu sein und Erklärungen für sozialen Wandel anzubieten. Die Theorie in der Politikwissenschaft wird daneben immer noch häufig als eine Moralphilosophie über die Fragen nach guter und richtiger Herrschaft verstanden.
- 2 Frank Decker: «Jenseits von Links und Rechts. Lassen sich Parteien noch klassifizieren?», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 68 (2018), S. 21–26.
- 3 Seymour Martin Lipset; Stein Rokkan: *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction*, in: Dies. (Hrsg): *Party Systems and Voter Alignments*, New York 1967, S. 1–64.

4 Decker, S. 23.

habe. Der Linken fehle es dagegen nun an einer «fortschrittlichen Vision, die eine glaubwürdige Alternative zu der gegenwärtigen Ordnung darstellen könnte.»⁵ Dieser Legitimationsverlust betrifft dann insbesondere die Sprache und wünschenswerte Erzählungen, wie sie beispielsweise der Sozialismus einst geliefert hat.⁶ Wie viele zeitgenössische Interpreten gegenwärtiger Richtungsstreitigkeiten innerhalb des linken Lagers, deutet auch Fraser dieses im Ringen zwischen entweder einer materiell-ökonomisch orientierten Seite, die im linken Projekt vor allem einen Verteilungskampf sieht und auf der anderen Seite kulturpolitisch orientierten Anerkennungskämpfen, beispielsweise im Einsatz für marginalisierte Gruppen.

In der Tat deutet auch die Situation in Deutschland auf ein solches Muster hin. So kritisiert der Philosoph und ehemalige SPD-Grundsatzreferent des Landes Rheinland-Pfalz Nils Heisterhagen einen vermeintlichen Trend der Überbetonung kultureller und identitätspolitischer Themen bei linken Parteien. Heisterhagen hat mit *die Liberale Illusion* und *Kritik der Postmoderne* zwei Publikationen vorgelegt, in denen er sich intensiv mit dem angeführten Trend zu postmateriellen Schwerpunktsetzungen innerhalb des linken Lagers beschäftigt.⁷ Heisterhagen fordert anstelle dieser Themen eine Rückbesinnung auf die materielle

soziale Frage. Ähnlich positionieren sich die Anhänger/-innen von Sahra Wagenknechts Sammlungsbewegung Aufstehen, unter denen auffallend häufig Kritik am linken Liberalismus zu hören ist.

Elitenentkopplung von traditionellen Milieus

Mit den Neuen Sozialen Bewegungen haben postmaterialistische Kultur- und Anerkennungsfragen in der Tat einen Großteil der Aufmerksamkeit im linken Projekt des Zeitalters der Sozialen Moderne bekommen. Nun stehen sie auf dem Prüfstand, da sie traditionelle Wählerschichten abschrecken. Sowohl Heisterhagen als auch die Wagenknecht-Anhänger/-innen betonen, dass sehr wohl auch Traditionelle sich einst im linken Lager heimisch gefühlt hätten, dies aber zunehmend weniger würden. Im Zentrum dieser Kritik stand in den letzten Jahren vor allem das Buch des französischen Soziologen Didier Eribon *die Rückkehr nach Reims*.⁸ Eribon argumentiert, dass in Frankreich die sozialistische Partei und das linke Spektrum zunehmend von einer entkoppelten liberalen Eliten vereinnahmt wurde, die mehr und mehr den Kontakt zu traditionellen Wählerschichten verloren und diese damit in die Arme des Front National getrieben hätten.

Was wie ein reiner Konflikt zwischen Links und Rechts wirkt, wird so zunehmend auch zu Richtungsfragen innerhalb der Lager. Decker hält beispielsweise die gelegentlich aufkommende Vermutung, dass Wertepolitik aus dem Links-Rechts-Schema herausfalle, für ein Missverständnis.⁹ Durch die neu hinzugekommene Konfliktlinie würden

5 Nancy Fraser: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats (= edition suhrkamp, 1743 Gender studies), Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2016, S. 9.

6 Vgl. Axel Honneth: *Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung*, Berlin 2015

7 Nils Heisterhagen: *Die Liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen*, Bonn 2018.; Ders.: *Kritik der Postmoderne: Warum der Relativismus nicht das letzte Wort hat*, Wiesbaden 2017.

8 Didier Eribon: *Rückkehr nach Reims*, Berlin 2016.

9 Decker, S. 25.

sich Kulturthemen lediglich immer häufiger mit ökonomischen Themen «überlappen».¹⁰

Linke Heterogenität

Doch wie stellt sich dies für das linke Lager in Deutschland dar? Decker ordnet in dieses die Sozialdemokratie, die Linkspartei aber auch die Grünen ein. Unterscheiden würden sich diese demnach vor allem wie sie auf den Achsen Staat vs. Markt und liberal/libertär vs. Konservativ/autoritär einzuordnen seien. Wichtig ist hierbei, dass Decker auch diese beide Achsen entschieden als einen links/rechts-Dualismus versteht. «Die Grünen stehen danach auf der kulturellen Achsen am weitesten links, also in der Nähe des libertären Pols, während SPD und Linkspartei etwas gleichlautend eine Position knapp links von der Mitte einnehmen. Auf der ökonomischen Achse wiederum befinden sich die Grünen gleichlautend mit SPD ein gutes Stück jenseits der Mitte, während die Linkspartei ganz in der Nähe des Gerechtigkeitspols steht.»¹¹ Insofern lassen sich die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Akzentuierungen, die indes auch innerhalb der Parteien vorkommen, durchaus als Schwerpunktdiskussionen innerhalb eines linken Lagers verstehen.

Zudem kommt zu den beschriebenen Richtungsdiskussionen noch eine Konfliktlinie um die räumliche Ausrichtung linker Politik. So werden liberale Positionen auch zunehmend innerhalb des linken Lagers im Sinne einer europäisch-internationalen – also einer kosmopolitischen Ausrichtung – konnotiert. Traditionelle und konservative Werte werden dagegen wiederum häufig im Sinne nationa-

ler oder lokaler Narrationen kommuniziert, die als kommunitaristische Position bezeichnet werden. Hiermit ist nicht gemeint, dass internationale Solidarität oder weltweit ausgerichtete Kapitalismuskritik damit für derartig linke obsolet werden, sondern dass innerhalb des linken Lagers die Frage gestellt wird, auf welcher politischen Ebene vorrangig für linke Politik gekämpft wird – denn nach wie vor stellen die nationalstaatlichen Demokratien in Form der Sozialstaaten dafür einen bewährten Rahmen dar. Der Politologe Wolfgang Merkel hat vorgeschlagen, den Widerspruch zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus als einen der zentralen zeitgenössischen demokratietheoretischen Konflikte zu behandeln.¹²

Frankreich als warnendes Beispiel

Der Blick nach Frankreich zeigt, dass dieser Konflikt eine dilemmatische Situation für das linke Lager annehmen kann. Denn offenkundig hat sich das Parteiensystem hier vor allem entlang dieses Schemas gänzlich neu sortiert. Nach dem Wegfall der sozialistisch-sozialdemokratischen Partei, die nach der Präsidentschaft Francois Hollandes in die Bedeutungslosigkeit abgedriftet ist, blieben für Wähler/-innen im linken Spektrum in der Regel zwei Optionen. Entweder wandte man sich der kulturpolitisch liberalen Allianz La Republic En Marche des neoliberalen Proeuropäers Emanuel Macrons zu oder dem eurokritischen Tribun Jean-Luc Melancon und seiner erfolgreichen Bewegung La France insoumise.

¹² Wolfgang Merkel: «Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie», in: P. Harfst / I. Kubbe / Th. Pogutnke (Hg.), *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden 2017, S. 9–23.

¹⁰ Decker, S. 26.

¹¹ Decker, S. 24 f.

Diese Wahl muss vor allem für linksliberale eine schwere gewesen sein. Denn keine der Optionen bot eine politische Heimat, die sowohl auf der kulturellen Seite liberal als auch auf der verteilungspolitischen Frage sozial war. Macron bot indes eine Heimat für die Kosmopoliten und inszenierte sich als klare Alternative und Gegenteil des kommunitaristischen und rechtspopulistischen Front National und gewann damit die Sympathien der liberalen Mitte. Und Melenchons Bündnis wiederum stellte einen Versuch dar, eine kommunitaristische soziale Alternative für die Abgehängten oder von Abstiegsängsten bedrohten anzubieten, für die die Restaurations- und Rücknahmeversprechungen des Front National zunehmend attraktiv wirken.

So war der Preis, den Macron und das liberale Lager für seine Präsidentschaft zahlten, vor allem wohl aus linker Sicht ein hoher. Denn dieser zog mit seinem Programm zwar zunächst auch viele Linksliberale an, die sich mit den eurokritischen Positionen von Melenchon nicht identifizieren konnten. Doch es bleibt fraglich, ob die harten Wirtschaftsreformen, die Macron Frankreich diktiert, nicht doch letztendlich dazu führen werden, dass sich bei den nächsten Wahlen eine der kommunitaristisch ausgerichteten Parteien durchsetzen wird. Macrons Bündnis wurde zwar als Aufbruch für Europa gefeiert, doch geschieht dieser Aufbruch unter dem Diktat Verteilungsfragen auszuklammern respektive einer neoliberalen Hegemonie. Frankreich könnte in den nächsten Jahren ein warnendes Beispiel dafür sein, dass Bündnisse der linken Seite des kulturellen Spektrums mit der öko-

nomisch rechten Seite letztendlich doch durch ihre eigenen ökonomischen Widersprüche wieder eingeholt werden.

Denn für die Zukunft besteht die Gefahr, dass sich auch die Rechtspopulisten, auch in Deutschland, verstärkt als sozialpolitische Alternative inszenieren. Zwar vertreten die Rechtspopulisten bis heute nicht wirklich die Subalternen und real abgehängten der Gesellschaft. Doch anstelle einer rein quantitativen Betrachtung lohnt hier eine qualitative: Denn wenn auch Studien zeigen, dass in den Sphären von Pegida und AfD nicht die ärmsten der Bevölkerung zu finden sind, so finden sich hier durchaus die größten Abstiegsängste. Es ist daher zu erwarten, dass die AfD sich in Zukunft weiter vom Neoliberalismus entfernt und sich der vor allem durch Björn Höcke verkörperte Flügel der Autoritär/Konservativen durchsetzt, die das sozialpolitische Profil der Partei ausbauen möchten. Eine Linke, die ihre eigenen Widersprüche nicht mehr aushält, wird dem wenig entgegensetzen haben.

Und auch für das kosmopolitisch-liberale Lager innerhalb des linken Spektrums sollte das französische Beispiel eine Warnung sein. Denn Macrons Popularität schwindet und es zeigt sich mehr und mehr, dass das unter ihm zusammengerrückte liberale Lager keine gesellschaftliche Inklusion aller Milieus anstrebte. Macrons Zweckbündnis der Kosmopoliten und Liberalen stellt insofern kein Modell für eine neue Volkspartei dar und auf deutscher Ebene stellen es, trotz häufiger Betonung, weder die Grünen alleine noch eine mögliche Jamaika-Koalition. Sie bilden lediglich ein deutsches Pendant zu En Marche.

REZENSIONEN

Charlotte Sonneborn und Leon Billerbeck

Alles Gute an einen grandiosen Verband!

Rezension zu: Philipp Breder, Marieke Reiffs, Kerstin Rothe und Mareike Strauß (Hg.): *Studium, StuPa, Streik! – Die Juso-Hochschulgruppen und ihre Geschichte*, Marburg 2018, Schüren Verlag, 144 S., 12,90 €.

Die Juso-Hochschulgruppen sind in diesem Jahr 45 Jahre alt geworden. Und sie wären wohl nicht die, die sie sind, wenn sie zu diesem Anlass nur sich selbst etwas Gutes täten. So erschien anlässlich ihrer inzwischen 45 Jahre zählenden Verbandsgeschichte auch noch ein kurzweiliger Sammelband für die interessierte Öffentlichkeit.

Herausgegeben von (ehemaligen) Vorstandsmitgliedern des Vereins Demokratie und Hochschule, des Ehemaligenvereins der Juso-Hochschulgruppen, sowie der aktuellen Vereinsgeschäftsführerin und zugleich Bundesgeschäftsführerin der Juso-Hochschulgruppen Marieke Reiffs, bietet *Studium, StuPa, Streik* in insgesamt 15 Beiträgen von ehemals aktiven Hochschulgrüpler*innen eine Gesamtschau der bewegten Geschichte des Verbands in ganz individuellen Einblicken. Die einzelnen Beiträge sind ihrerseits in vier Kapiteln zusammengefasst und zeichnen anhand einer historischen Einordnung gleichsam die Entwicklung der Juso-Hochschulgruppen wie auch die Entwicklung der (hochschul-)politischen Landschaft im Ganzen nach. Die Unterteilung

der Kapitel gewährleistet dabei eine Orientierung an den bestimmenden Polit-Diskursen, im Kontext derer sich die Juso-Hochschulgruppen weiterentwickelten und welchen sie oftmals auch nicht unerheblich mit beeinflussten.

Kapitel 1 ist eine Berichtsammlung aus den turbulenten Gründungsjahren, schildert aber ebenfalls die ersten inhaltlichen Meilensteine, wie etwa das schwierige Verhältnis zu den Strömungen der 68er, die Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei und die strukturelle wie auch inhaltliche Verankerung des Feminismus in der Politik des Verbandes. Besonders herausstechend ist eine Herausforderung mit der sich die meisten Juso-Hochschulgrüpler*innen wohl heute noch auseinandersetzen müssen: Der Einordnung im linken Diskurs. Im Konflikt mit anderen linken Gruppen (bspw. DKP und SHB) und von der Partei als autonom wahrgenommen, verteten sich die Hochschulgruppen vor Ort immer wieder neu.

In hingegen weltpolitisch turbulente Zeiten fallen sodann die Berichte in Kapitel 2, die nicht nur die Geschichte der Juso-Hochschulgruppen in Zeiten der Wiedervereinigung darstellen, sondern auch einen Blick auf sozialdemokratische Studierendenverbände in Ost-Deutschland werfen. Hierin lässt sich die klare Vorreiter*innenrolle der Hochschulgruppen erkennen, welche sich in der schnellen und direkten Einbindung von Hochschulgrüpler*innen aus der ehemali-

gen DDR zeigt. Was hieraus ebenfalls klar wird ist, dass es sich dabei keineswegs um eine einfache Aufgabe handelte. Die hochschulpolitische Struktur war doch unterschiedlich und Strukturen sind bekanntermaßen nicht von heute auf morgen zu verändern.

Sodann schildert Holger Manns Beitrag im 3. Kapitel die Anfänge der Juso-Hochschulgruppen im Osten nach dem Fall der Mauer. Unter der Überschrift *Der rot-grüne Aufbruch* wird zudem die Rolle der Hochschulgruppen in Zeiten thematisiert, in denen die Mutterpartei zuletzt eine Regierung im Bund anführte – derzeit Aktive im Verband mögen sich dunkel erinnern. Dass den Juso-Hochschulgruppen auch damals und trotz der Gestaltungsfreiheiten der Mutterpartei einiges abverlangt wurde, stellt Alexandra Ortmann eindrucksvoll dar, wenn sie die Juso-Hochschulgrüpler*innen dieser Tage als «inhaltliche Überzeugungstäter*innen» beschreibt, die den inhaltlichen Konflikt mit der SPD weiterhin suchten und damit stellvertretend für das allgemeine Selbstverständnis der Juso-Hochschulgruppen als linkes Korrektiv und progressive Impulsgeberin der SPD stehen sollen, welches die Gesamtschau des Buches immer wieder aufgreift.

Das vorläufige Ende der Entwicklung beschreibt Kapitel 4 – jedoch nicht ohne Impulse und Ausblicke für die Hochschulpolitik der Zukunft zu geben. In der Rückschau lassen sich 45 Jahre erfolgreiche Arbeit innerhalb des Verbandes, aber auch in der Beeinflussung der SPD und der gesamtpolitischen Landschaft Deutschlands erkennen. Das Kapitel bietet aber auch einen Ausblick auf die zukünftige Arbeit einer Gruppe, die sich als eine von wenigen noch an den Grundwerten der Sozialdemokratie messen

lassen kann und dies auch weiterverfolgen will und wird.

Ebenfalls im Buch mit abgedruckt ist das «Gründungsprotokoll» vom 18. März 1973, dem Tag, als fünf dezentral gegründete Hochschulgruppen zu einem gemeinsamen Seminar in Saarbrücken zusammenkamen. Es enthält neben den inhaltlichen und organisatorischen Leitlinien zuvorderst das Bekenntnis zu den «Hannoveraner Thesen der Jungsozialisten» als gemeinsame Arbeitsgrundlage.

Dass es in der Praxis oft weniger eindeutig voranging als auf dem Papier, schildert unter anderem Richard Meng, Gründungsmitglied der Juso-Hochschulgruppen, in seinem Beitrag über den «Streit um das Linkssein», in dem auch die Konflikte mit den von den Hochschulgruppen als zu dogmatisch wahrgenommenen Jusos nicht verschwiegen werden.

Trotzdem, so zeigen die weiteren Beiträge in unterschiedlicher Art und Weise, scheuten sich die Juso-Hochschulgruppen nie, die Konflikte anzunehmen, mit denen sie konfrontiert waren, und nach Antworten auf die großen Fragen der Zeit zu suchen sowie diese auch deutlich nach außen zu vertreten.

Diese Bereitschaft zeigt sich auch darin, dass das Buch große Konfliktlinien nachzuzeichnen vermag – so etwa den Kampf gegen die Studiengebühren, der nach Jana Ertan als «identitätsstiftendes Element» mindestens einer Juso-Hochschulgruppen-generation dienen konnte und schließlich gewonnen wurde. Nicht nur dieses Beispiel verdeutlicht, dass die Juso-Hochschulgruppen immer wieder entscheidende Beiträge dazu geleistet haben, dass studentische Belange endlich ernst genommen wurden und Erfolge auf landes- und bundespoliti-

scher Ebene verzeichnet werden konnten – auch was die Einflussnahme auf die SPD und die Jusos betraf. Gerade was die Dynamiken zwischen diesen drei Akteur*innen angeht, schafft es die Beitragssammlung historische wie politische Entwicklungslinien und Meilensteine darzustellen – wenn auch manchmal der Überblick über Strömungen, Flügelstreitigkeiten und Partikularinteressen verloren gehen kann.

Überhaupt ist mit *Studium, StuPa, Streik* ein Werk entstanden, welchem es gelingt, historisch-politische und persönliche Perspektiven in einer kurzweiligen und spannenden Art und Weise zu verbinden. Eindrucksvoll ist besonders, dass die Berichte der Autor*innen, die in jedem Fall persönlich am politischen Geschehen beteiligt waren, in der Lage sind, auch teilweise Jahrzehnte später und auf wenigen Seiten verfasst, eine treffende und fundierte Darstellung politischer Auseinandersetzungen zu liefern und gleichzeitig ein Gefühl dafür vermitteln zu können, wie der Verband seine Mitglieder auch persönlich geprägt hat. Und so ist es auch verzeihlich, dass eine kritische Distanz zum Erlebten an mancher Stelle fehlen mag und dass die historische Einordnung teilweise zu kurz kommt.

In den aktuellen politischen Debatten, in die sich auch die Juso-Hochschulgruppen nach wie vor entschieden einbringen, ist der Blick in die Vergangenheit oftmals ein zweischneidiges Schwert. Das hat auch Alexandra Ortmann erkannt und in ihrem Beitrag treffend benannt. Gerade die Sozialdemokratie in ihrer aktuellen Verfassung droht, ihre eigene Geschichte als eine Verfallsgeschichte à la «früher war alles besser» zu reproduzieren und zu verklären. Hier knüpft die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen an: Der Gestaltungswille, welcher der

Partei manchmal zu fehlen scheint, die Entschlossenheit, für die Ideale der Sozialdemokratie einzustehen und Erneuerung zu leben – genau dafür stehen die Juso-Hochschulgruppen. Als junger Mensch bekommt man bei der SPD oft zu hören, dass man aufgrund des Alters noch viel zu lernen habe. Die Juso-Hochschulgruppen hingegen leben erfolgreich das Gegenteil vor.

Entstanden ist ein Werk, welches einmal mehr beweist, dass Hochschulen Teil der Gesellschaft sind und dass es sich lohnt, für ihre Mitgestaltung zu kämpfen. *Studium, StuPa, Streik* füllt dieses Selbstverständnis der Juso-Hochschulgruppen mit Leben und gibt dadurch wertvolle Impulse für die (hochschul-)politische und gesellschaftliche Zukunft sowie die Rolle sozialdemokratischer Kräfte in dieser. Ob elternunabhängiges BAföG, sozialer Wohnungsbau oder die Internationalisierung der Universität – die Liste der Aufgaben ist noch lang. Und genau deswegen ist *Studium, StuPa, Streik* nicht zuletzt auch ein Werk, das Lust macht auf mindestens weitere 45 Jahre Juso-Hochschulgruppen.

Laura Clarissa Loew

Ein starker Essayband zur feministischen Debatte

Rezension zu: Margarete Stokowski:

Die letzten Tage des Patriarchats,

Reinbek bei Hamburg 2018, Rowohlt Buchverlag, 320 S., 20 €.

«Für mich bedeutet Feminismus, sich dafür einzusetzen, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Freiheiten haben sollen [...] und damit es so weit kommt, müssen wir einiges umstürzen.» (S.60) – dieser Leitthese

folgen die zusammengestellten Kolumnen, die im September 2018 in dem Band «Die letzten Tage des Patriarchats» erschienen sind. Diese Zusammenstellung der journalistischen Tätigkeit Margarete Stokowskis der letzten 7 Jahre, zunächst erschienen in der *tageszeitung* und später bei *Spiegel Online*, umfasst diverse Themen – von der Rolle Elke Büdenbenders als «Präsidentengattin» bis zu den Protesten anlässlich der Einschläferung des Hundes Chico – doch in fast jeder der Kolumnen spielt die feministische Analyse eine große Rolle. Dass dies der Fall sei, sei nicht ihre Schuld, so Stokowski. «Die Welt ist so» (S.270), sexistische und patriarchale Strukturen fänden sich an jeder Ecke wieder. Damit schließt die Autorin an ihr Debütwerk an. «Untenrum frei», erschienen 2016, schlug als eines der ersten gesellschaftlich breiter rezipierten Werke des neueren deutschsprachigen Feminismus hohe Wellen. Auch in ihrem ersten Buch hatte Stokowski schon Sexismus in seinen vielen Facetten – im Alltag, in der Politik und im Berufsleben – aufgezeigt und kritisiert.

Nun ist also nach dem vom Verlag als «Standardwerk des modernen Feminismus»¹ beworbenen ersten Buches ein weiteres erschienen, das sich mit Fragen der Diskriminierung von Frauen und den diese bedingenden gesellschaftlichen Strukturen beschäftigt. Und dass dies immer noch notwendig ist, zeigen allein die auf dem Buchrücken abgedruckten Leseempfehlungen. Während *Die Welt* Stokowski als «eigen-sinnig» bezeichnet, eine Beschreibung, die eher an ein bockiges Schulmädchen erinnert und der kritischen Analyse und den feministischen Forderungen der Autorin

wohl kaum gerecht wird, hat der Rowohlt Verlag aus der Mottenkiste der B-Prominenz den Moderator Thomas Gottschalk ausgegraben, der Stokowski mit den Worten «Sie nervt, aber sie hat recht.» beschreibt. Diese despektierliche Abwertung der Autorin und des Themas zeigen nicht nur, wie gering-schätzig der Feminismus in der Gesellschaft weiterhin angesehen wird, sondern auch, dass die weitere Auseinandersetzung mit diesem Thema dringend notwendig ist.

Stokowski, deren Schreibstil angenehm an ein Gespräch unter Freund*innen in der Kneipe erinnert, und trotzdem scharfe Analysen und konkrete politische Handlungsempfehlungen nicht missen lässt, bemüht sich in dem Buch um einen sehr transparenten Umgang mit den Leser*innen. Sie erklärt ausführlich, wie ihre journalistische Arbeit aussieht, um dem Vorbehalt der «Zensur» in den Medien entgegenzuwirken. Auch das Thema der Hasskommentare spricht die Autorin im Vorwort an und druckt unter einige der Kolumnen sowohl positive als auch sehr negative Kommentare ab, die sie auf verschiedenen Wegen erreicht haben. Gerade bei letzteren erschreckt das Ausmaß an Gewaltfantasien, Sexismus und Rassismus, das Margarete Stokowski als Frau mit Migrationshintergrund, die gesellschaftliche Probleme offen anspricht, entgegenschlägt.

Ein wichtiges Thema in den Kolumnen ist immer wieder Bodyshaming, also die Diskriminierung von Menschen auf Grund ihres Körpers. Stokowski verteidigt die Relevanz dieses Themas vehement gegen den Vorwurf des «Wohlfühlfeminismus» und des fehlenden politischen Anspruchs und bedient sich dabei auch des alten Diktums der 2. Welle der Frauen*bewegung, «Das Private ist Politisch!». Politik habe sich schon immer auch mit Fragen von Körperlichkeit beschäftigt

1 <https://www.rowohlt.de/autorin/margarete-stokowski.html> [Zugriff: 22.10.2018].

und insbesondere auch Frauen*körper reguliert. Frauen* werden auf Grund ihres Körpers und Aussehens nicht als gleichwertige Verhandlungspartnerinnen* behandelt und sollen den männlichen Gesprächsteilnehmern am besten noch durch ein Dauerlächeln Zustimmung suggerieren und ein angenehmes Gefühl vermitteln. Sogenannte Mode- und Lifestylemagazine kommentieren jede Gewichtsschwankung von in der Öffentlichkeit stehenden Frauen* hämisch und stellen diese entweder als zu wenig «weiblich» und «kurvenreich» oder als kurz vor der Diagnose zur Fettleibigkeit dar. Und selbst Autor*innen «seriöser» Medien und Zeitungen sind sich nicht zu schade, sich jedes Mal wieder zu fragen, wie eine Frau* *trotz* ihres Aussehens oder ihres Körpers überhaupt erfolgreich sein konnte. All diese Beispiele sind exemplarisch für Situationen, in denen Frauen* auf Grund ihrer Körperlichkeit diskriminiert werden und sich gesellschaftlichen Normen anpassen müssen. Es sind, mit Margarete Stokowskis Worten, «Moment[e], wo Freiheit stattfindet oder eben nicht stattfindet.» (S.156)

Ganz abgesehen von der gesellschaftlichen Diskriminierung von Frauen* auf Grund ihrer Körperlichkeit weist Stokowski aber noch auf ganz konkrete juristische Gegebenheiten hin, die Einschnitte in die körperliche Selbstbestimmung von Frauen* bilden. Das «Werbeverbot» für Abtreibung (Paragraph 219a StGB), die Begrenzung des Schwangerschaftsabbruches oder das immer noch zu lasche Sexualstrafrecht² sind juristische Rahmenbedingungen, auf Grund derer

2 Das Sexualstrafrecht wurde zwar 2016 nach dem Prinzip «Nein heißt Nein» reformiert, feministische Gruppierungen und Aktivist*innen forderten jedoch eine weiter reichende Reform, dem «Nur Ja heißt Ja»-Prinzip folgend. Dies würde bedeuten, dass nicht erst die Ablehnung, sondern die aus-

Frauen* in Deutschland immer noch nicht frei über ihren Körper verfügen können.

Anhand des Beispiels der Diskriminierung von Frauen* auf Grund ihrer Körperlichkeit zeigt sich Stokowskis Anspruch, möglichst alle Facetten von Sexismus zu beleuchten; alltägliche Diskriminierungserfahrungen genauso, wie sozioökonomisch oder juristisch konkret erfahrbare. Sie beschränkt sich aber nicht nur auf die Analyse, sondern ruft auch ganz konkret zum Handeln auf. In Zeiten, in denen diskriminierendes Denken und Handeln wieder zum politischen Standard zurückzukehren scheinen, kritisiert sie die Entpolitisierung immer weiterer gesellschaftlicher Bereiche und die Tendenz zu einem «infantilen Eskapismus» (S.295), wie sie die populär gewordene Beschäftigungen der hippen urbanen Mittelklasse despektierlich bezeichnet. Sie versteht den aktiven Kampf gegen das Patriarchat nicht nur als einen Kampf auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen, sondern auch als einen gegen jegliche Unterdrückungsverhältnisse und beschäftigt sich in diesem Kontext auch mit den Zusammenhängen von Kapitalismus und Patriarchat oder Sexismus und anderen Diskriminierungsformen wie zum Beispiel Homophobie oder Rassismus. Dabei kritisiert sie nicht zwangsläufig die Popularisierung des Feminismus in den letzten Jahren. Eine Haltung gehe nicht dadurch kaputt, dass sie auf T-Shirts gedruckt werde. Stokowski sieht das Problem eher darin, was zur Zeit als feministisches Engagement durchgehe und nennt dabei als Beispiel Ivanka Trumps «Feminismus», der nur darauf ausgerichtet sei, das Leben von einigen bereits gut situierten

drückliche Zustimmung der Sexualpartner*innen zum Sexualverkehr notwendig ist.

Frauen* noch ein wenig zu verbessern. Feminismus sei nicht als solcher zu bezeichnen, wenn er nicht die Belange aller Frauen* beachte und sie auf Grund ihrer Herkunft oder ihrer ökonomischen Lage ausschließe.

So eng Stokowski den Begriff des Feminismus auslegt, so weit reichen für sie die Herrschaftsverhältnisse des Patriarchats. Auch Männer würden unter patriarchalen Zwängen leiden und nicht alle würden von sexistischen Gesellschaftsstrukturen profitieren. So wichtig diese Analyse ist, dass auch Männer durch patriarchale Verhältnisse gesellschaftlichen Normen und Zwängen ausgesetzt sind, so geht Margarete Stokowski manchmal zu weit, wenn sie schreibt, dass «Männer [...] es längst nicht besser [hätten] als Frauen». Sie verharmlost dabei (ob willentlich oder nicht), dass Sexismus uneingeschränkt alle Lebensbereiche von Frauen* umfasst und ein strukturelles Diskriminierungssystem bildet, von dessen Auswirkungen Männer zwar partiell betroffen sind, aber nicht in dem gleichen Ausmaß, wie Frauen*.

Stokowski begibt sich auch mit einigen weiteren in dem Sammelband geäußerten Thesen in kontroverse feministische Debatten und bezieht häufig klar Stellung, so zum Beispiel auch bei der Frage, ob Frauen* sexistisch sein könnten (was sie bejaht). Besonders mit der These vom baldigen Niedergang des Patriarchats provoziert die Autorin geradezu. Aussagen wie, dass sich in einigen Jahrzehnten darüber gewundert werden würde, wie langsam die feministische Entwicklung von staten gegangen sei oder, dass die Popularität offen sexistischer Bewegungen und Politiker(*inn)en nur ein «Backlash» und ein «letztes Aufbäumen» des Patriarchats (S. 9) sei, offenbaren Stokowskis Vertrauen in einen notwendigen positiven gesellschaftlichen Fortschritt

und eine Entwicklung, die schlussendlich in der Abschaffung jeglicher gesellschaftlicher Unterdrückungsverhältnisse resultiert. Dabei ist die Autorin zwar keinesfalls der Auffassung, dass dies ohne kontinuierlichen feministischen Einsatz möglich sei, doch suggeriert sie immer wieder, die «letzten Tage des Patriarchats» (vgl. Titel) seien nahe. Ein solcher Glaube an die Zwangsläufigkeit des positiven gesellschaftlichen Fortschritts in Richtung einer freieren Gesellschaft mag notwendig sein, um ein Ziel vor Augen zu haben, für das es sich zu kämpfen lohnt, eine solche Entwicklung ist aber keineswegs selbstverständlich. Gesellschaftlicher Fortschritt ist und war nie ein Äquivalent für die Entwicklung hin zu einer freieren Gesellschaft, was bereits durch Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in ihrer Schrift «Dialektik der Aufklärung» gezeigt wurde. Die These vom Niedergang des Patriarchats lässt sich sowohl durch historische Vergleiche als auch die aktuellen politische Situationen in vielen Ländern der Welt, in denen rechtsextreme und teilweise offen faschistische Parteien Mehrheiten erlangen, widerlegen. Gesellschaftliche Liberalisierung ist keine selbstverständliche Entwicklung und nur, weil die feministische Bewegung in den letzten Jahren einige Kämpfe hat gewinnen können, gibt es keine Garantie dafür, dass sie weiterhin erfolgreich sein wird.

Trotz oder gerade wegen dieser kontroversen These ist Margarete Stokowskis Essayband «Die letzten Tage des Patriarchats» ein wichtiger und starker Beitrag sowohl zur feministischen Debatte (nicht nur) im deutschsprachigen Raum, sondern hat durch seine breite Rezeption und seine Niedrigschwelligkeit durch die kurzen Essays auch die Chance, das Thema des Feminismus weiter zu etablieren und mehr Menschen zugänglich zu machen.

Dorian Baganz Reichtum und Moral

Rezension zu: Christian Neuhäuser:
Reichtum als moralisches Problem,
Berlin 2018, Suhrkamp Verlag, 281 S., 20 €.

Haben Sie schon einmal beobachtet, was passiert, wenn ein Ferrari oder Lamborghini über eine Straße fährt? Natürlich haben Sie das, Sie leben in einer Marktgesellschaft. Sie wissen also, dass sich die meisten Ihrer Mitmenschen umdrehen. Dass Kinder Ihren Vätern am Ärmel ziehen und mit den Worten «Guck mal, Papa» gen Auto deuten. 10 000 Luxuskarosserien dieser Marken werden jedes Jahr gebaut. Und jeder der 1000 reichsten Menschen könnte sich alle (!) diese Autos auf einmal kaufen. Unser Reichtum hat sich in den letzten 200 Jahren seit der Industrialisierung mehr als vierhundertfacht. Jedem Erdbewohner stünden jährlich knapp 10 000 US-Dollar zur Verfügung. Also im Konjunktiv. Praktisch klafft eine große Lücke zwischen Arm und Reich, Nord und Süd. Müssen wir vielleicht einfach noch reicher werden, um diese Probleme zu lösen? Im Gegenteil! Es sei gerade diese «ungeheure Macht des schnöden Mammons», die sich hier Bahn bricht, glaubt der Philosoph Christian Neuhäuser. In seinem neuesten Buch prangert er «neo-römische Tendenzen globalen Ausmaßes» an und stellt die These auf, Reichtum müsse komplett verboten werden.

Ein Hauch von Rawls

In einem Buch mit dem Titel *Reichtum als moralisches Problem* erwartet man ad hominem. Doch der Philosophieprofessor der TU Dortmund ist kein Dogmatiker und springt unerwartet für die Reichen in die Bresche. In Anlehnung an Bernard Williams weist

Neuhäuser darauf hin, auch sie hätten eine Vorstellung vom guten Leben, die zu respektieren sei. Doch da ihr Reichtum sowohl in wohlhabenden Gesellschaften als auch global ein Leben in Selbstachtung vieler Menschen verunmögliche, müsse er abgeschafft werden. Er folgt hier dem großen John Rawls, wenn er die Selbstachtung als das zentrale Gut betrachtet. Doch schnell löst er sich von Rawls und folgt den Pfaden des israelischen Philosophen Avishai Margalit, indem er das Konzept der Selbstachtung mit dem Begriff der Würde verknüpft. Zwei Grundprinzipien werden im Buch aufgestellt, die für die Selbstachtung eines jeden Menschen essenziell seien: Erstens müsse jeder in der Lage sein «auf sich selbst achtgeben zu können», zweitens habe jeder ein Recht darauf, «von anderen geachtet zu werden.» Und reich ist, wem deutlich mehr Geld zur Verfügung steht, als er üblicherweise benötigt, um diesen Bedingungen zu genügen. Da gruseln sich die philisterhaften Apologeten unseres kapitalistischen Systems. Ernsthaft: Es sind nicht nur die Superreichen, die sich da beschweren. Setzen Sie sich an den Abendbrotstisch einer Mittelstandsfamilie und propagieren Sie ein Reichtumsverbot; ein echter Harmonie-Killer! Doch ab wann gilt man in Neuhäusers Theorie als reich? In typisch philosophischer Manier gibt er sich zurückhaltend in Sachen Zahlen. Als Orientierungswert könnten aber 300 Prozent des Durchschnittseinkommens angenommen werden. Wem, angesichts der Kandidatur eines Black-Rock-Kapitalisten für den Vorsitz der CDU Deutschlands (die zumindest noch aktuell ist, als der Autor dieser Zeilen diese Rezension in den Computer tippt), das als Schwellenwert niedrig vorkommt, sei gewarnt. Eine Gesellschaft verkomme nicht nur durch Reichtumsstre-

ben seiner Mitglieder insgesamt zur «Reich-tumskultur». Es genüge bereits, wenn alle nach Wohlstand streben. Dann stellt «Wirt-schaftswachstum das oberste politische Ziel im Rahmen einer liberalen Grundordnung dar, weil nur ein allgemeines Wirtschaftswachstum dafür sorgen kann, dass zumin-dest einige Menschen reicher und niemand ärmer wird.» Verbände, Unternehmen und Ministerien intendieren dann eine immer neue Pareto-Superiorität und, so Neuhäuser, unterminieren damit die Würde vieler Menschen. Er unterscheidet dazu analytisch zwei Ebenen: Er betrachtet Reichtum ein-mal als «Problem anständiger Gesellschaf-ten». In Breiten wie Deutschland, Öster-reich oder der Schweiz Sorge er für rela-tive Armut, die verhindere, «dass man sich expressiv als gleichrangigen Menschen dar-stellen kann.» Außerdem führe die auf die Interessen des Marktes ausgerichtete Poli-tik zu unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und die demokratisch nicht legitimierte Macht der Reichen zu postdemokratischen Verhältni-sen, die die Idee der kollektiven Selbstbe-stimmung ad absurdum führen. Hier sieht Neuhäuser krasse Verletzungen der Selbst-achtung. Doch die Läsion der von ihm auf-gestellten Bedingungen wird auf globaler Ebene, wo man mit absoluter Armut, Kli-mawandel und fragilen Märkten zu kämp-fen hat, noch deutlicher. Hier haben viele bereits die Absenz der Migrationsfrage kriti-siert, die nirgendwo im Buch auftaucht. Es wäre wohlfeil, dies an dieser Stelle erneut zu tun. Ganz davon abgesehen, dass im Gespräch mit dem Autor, das ich vor einiger Zeit für eine Wochenzeitung geführt habe, deutlich wurde, wie bewusst er sich dieses Mangels ist.¹

1 Vgl. *der Freitag* Nr. 43 vom 25.10.2018.

Herr-Knecht-Dialektik?

Wir müssen also Abschied nehmen von der Opulenz. Neuhäuser wünscht sich einen «humanistischeren Wohlstand ohne Reich-tum» – und nennt Wege dorthin. Vor allem durch Steuerreformen solle der schädli-che Reichtum überwunden werden. Ein-kommens-, Vermögens- und Erbschaftssteu-ern seien «allmählich anzuheben, bis sie eine exponentielle Struktur annehmen und irgendwann nahezu 100 Prozent erreichen.» Der aufmerksame Leser wird hier die Unter-nehmenssteuer vermissen. Dieses Instru-ment lässt Neuhäuser lieber im wirtschafts-politischen Werkzeugkasten. Zu machtvoll sei das internationale Kapital, zu bitter sein Abzug für die betroffene Volkswirtschaft. Der state of play ist klar: Entweder vereini-gen sich die Proletarier aller Welt – oder sie sind erpressbar. «Seid entschlossen, nicht mehr zu dienen, und ihr seid frei», heißt es bei Étienne de La Boétie. Bis vor Kurzem glaubte man noch an starke Gewerkschaf-ten und Sozialstaaten, um die Freiheit der Massen zu garantieren. Doch der Umver-teilung sind die multinationalen Konzerne in den 1970er-Jahren entwischt, indem sie ihre Produktionsstätten auf die für sie billi-gere Südhalbkugel verlegten. Dann gibt es gute Gründe, die Standort-Drohkulisse zu fürchten? Auf hohe Besteuerung der Unter-nehmen zu verzichten? Vielleicht erwar-tet die Ausgebeuteten ja sogar die Erfah-rung einer sublimen Freiheit, die Erlangung eines «unglücklichen Bewusstseins» im Rah-men einer hegelianischen Herr-Knecht-Di-alektik? Irgendwie sind ja immer auch die Exploiteure von ihren Arbeitern abhängig. Dadurch werden die Ausgebeuteten frei – zumindest bei Hegel. Doch daraus wird nichts, fürchte ich. Nicht die Plackerei des Bürgertums für die aristokratischen Müßig-

gänger hat den Feudalismus beseitigt, sondern die Revolution. Und nicht unser angstvolles Wohlwollen wird den Reichtum auf lange Sicht abschaffen, sondern unsere Insurrektion. Neuhäuser ist sich der Zusammenhänge bewusst, doch glaubt er den Reichtum nicht über Unternehmenssteuern abschaffen zu müssen, denn diese «erscheinen ohnehin nicht mehr ganz so wichtig, wenn Unternehmen ihre Gewinne nicht mehr gut in Form von Reichtum an einen kleinen Kreis individueller Personen weitergeben können.» Doch bricht man so auch die Macht der reichen Konzerne?

Aber noch etwas fällt auf bei der Lektüre Neuhäusers: Es gibt einen Konsens im linken Lager. Er zielt auf die Ächtung der ungleichen Verteilung des Kapitals. Darauf kann man sich einigen. Von Gemäßigten wie dem Dortmunder Philosophen, der sich eine Art liberale Gleichheit wünscht, über neoklassische Kapitalismuskritiker wie Thomas Piketty, der uns auf dem Weg in einen von Familiendynastien kontrollierten «Patriomonialkapitalismus» sieht, bis hin zu Sozialistinnen wie Sahra Wagenknecht, die «leistungslose Einkommen und die Vererbbarkeit der Kontrolle über Unternehmen» als «Neofeudalismus» geißelt. Bis auf Wagenknecht wartet heute fast keiner mehr auf den Zusammenbruch des Kapitalismus. Eher wünscht man sich «die bestehende Gesellschaft mit Abzug der sie revolutionierenden Elemente» (Marx/ Engels). Dann muss man aber intervenieren, wenn sich etwas ändern soll. Neuhäuser liefert Anregungen. Vielleicht sollten wir uns bald alle einmal zusammensetzen, eine Gesellschaft gründen. Es muss ja nicht am Mont Pèlerin sein. Es gibt auch andere schöne Orte rund um den Genfersee. Dort könnten wir dann über linke Perspektiven diskutieren. Wer macht mit?

Nils Diederich

Geschichtspolitik nach 100 Jahren

Rezension zu: Uli Schöler, Thilo Scholle (Hg.): *Weltkrieg – Spaltung – Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922*, Bonn 2018 (Verlag J. H. W. Dietz Nachf.), 471 S., 30,- €.

Der erste Weltkrieg war das prägende Ereignis für das 20. Jahrhundert, so wie ein Jahrhundert zuvor die napoleonischen Kriege im Ergebnis die Vorgaben für das 19. Jahrhundert lieferten. Mit zahlreichen Veröffentlichungen wurden anlässlich des Endes dieses Krieges vor hundert Jahren die Ereignisse der damaligen Zeit analysiert, neu interpretiert, gewürdigt und Schlussfolgerungen gezogen. Auch die deutsche Sozialdemokratie hat damals in ihrer Geschichte einen Bruch erfahren. Uli Schöler und Thilo Scholle haben uns zu diesem Thema ein Werk «Weltkrieg – Spaltung – Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922» vorgelegt. Dies ist besonders dankenswert angesichts des Zeitpunkts, zu welchem der SPD-Parteivorstand die einst von Willy Brandt ins Leben gerufene »Historische Kommission der SPD« entsorgt hat.

Das vorgelegte Buch mit den 32 Beiträgen versucht ausdrücklich keine Neuinterpretation der damaligen Ereignisse, sondern dokumentiert in biografischen Skizzen das Denken und Handeln der vielen Akteure in ihrem Zeitbezug zwischen Kriegsbeginn und dem Zusammenschluss der MSPD mit dem verbliebenen Teil der USPD im Jahre 1922. Viele Personen sind uns noch als Protagonisten der damaligen Politik geläufig, allen voran Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, Hugo Haase, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, aber auch Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Carl Legien, Siegfried Aufhäuser, Otto Braun, Rudolf Hilferding, Paul

Löbe, Georg Ledebour, Ernst Däumig und auch einige der damals noch wenigen prominenten Frauen wie Luise Zietz, Antonie Pfülf, Clara Zetkin oder Marie Juchacz. Andere Akteure werden erst wieder durch die Beiträge des Buches ins Bewusstsein gehoben.

Die Sozialdemokratie war von Anfang an nicht frei vom Streit über die einzuschlagende Richtung zwischen Revolution und Reform. Dieser Streit ist schon in den zwei Teilen des Erfurter Programms dokumentiert. Mit der Bewilligung der Kriegskredite 1914, die letztlich die Zerrüttung der Partei auslöste, wurde ein Prozess ausgelöst, an dessen Ende die Spaltung der international orientierten sozialistischen Arbeiterbewegung in zwei sich von Grund auf bekämpfende Lager stand.

Obwohl wir uns vor der Besserwisserie von Nachgeborenen in Acht nehmen sollten, darf man von heute aus die Bewilligung der Kriegskredite wohl als den Kardinalfehler sozialdemokratischer Politik bezeichnen, der möglicherweise viele andere Fehler nach sich zog. Doch waren, wie Uli Schöler in seiner Einleitung konstatiert, die «Motive dafür, die Politik der Kreditbewilligung und des Burgfriedens mitzutragen ... sehr unterschiedlich gelagert...». Die Lektüre der biografischen Skizzen vermittelt die Vielfalt der Denkprozesse und Entwicklungen der Einzelnen und ihrer Entstehung. Kurz vor Kriegsausbruch hatte die Partei den Eindruck, sie könne früher oder später Veränderungen bewirken; waren nicht die letzten Reichstagswahlen 1912 ein Beweis dafür, dass die Sozialdemokratie in Stadt und Land als stärkste der Parteien – sie hatte rund ein Drittel der (damals lediglich männlichen) Wähler hinter sich – nicht mehr aufzuhalten sei? Ein Kaiser, der plötzlich keine Parteien mehr kannte, die Burgfriedenspolitik, mit der man hoffte, den Herrschenden schritt-

weise Reformen abringen zu können, der von vielen getragene Glaube, Deutschland sei wahrhaftig in einen Verteidigungskrieg verwickelt, ließ auch Kriegsgegner zunächst daran festhalten, dass die Solidarität mit der Partei der Arbeiterbewegung und die Bewahrung der Einheit oberstes Gebot sei. Die Abwehr der «Zarengeißel» (so der Titel einer im Jahre 1915 vom Vorwärtsredakteur Franz Diederich im Vorwärtsverlag veröffentlichten Gedichtanthologie) wurde zur Begründung der Verteidigungsbereitschaft (Haase: «In der Gefahr lassen wir das eigene Vaterland nicht im Stich»), obwohl es doch aus heutiger Sicht offenkundig lediglich eine Rechtfertigung vorsätzlichen Handelns und die Verschleierung eines auf Eroberungen ausgehenden Kriegsziels des preußisch-deutschen Militärstaats war.

Die Beiträge in diesem Buch belegen den Erkenntnisprozess, der schrittweise zur Abspaltung eines Teils der Reichstagsfraktion und zum wachsenden Protest in der Mitgliedschaft und unter Wählern der SPD führte und in die Gründung der USPD mündete, in dessen Vollzug auch die langjährigen Kontrahenten in der Partei, Karl Kautsky und Eduard Bernstein mit dem vormaligen Fraktionsvorsitzenden Hugo Haase in einem gemeinsamen Aufruf zusammenfanden. Aber auch die Entwicklung während des Kriegsendes und der Novemberrevolution zeigen, dass durchaus differenzierte Vorstellungen und Zielsetzungen bei den Akteuren vorlagen, dass Einzelne Einfluss ausüben konnten, zugleich aber selten den ganzen Prozess beherrschten. Das Ergebnis des Handelns entsprach dann selten dem, was ursprünglich angezielt war. Mit dem Waffenstillstand war ja der ursprüngliche Grund für die Spaltung der Partei entfallen, zugleich wirkten aber die

Erfahrung mit der Russischen Oktoberrevolution und der in ihr wirkenden Kräfte auf die Orientierung ein. Die Entstehung der kommunistischen Partei und die Überlagerung der traditionellen Orientierung auf Umgestaltung durch parlamentarische Verfahren durch eine «Diktatur des Proletariats», die nach der Vorstellung eines Teils der Agierenden durchaus von Minderheiten ausgehend («Vorhut») und gewaltsam mit den Resten der Bourgeoisie aufräumen sollte, führte letztlich zum Zerfall der USPD, deren traditionell sozialdemokratisch gesinnter Teil sich nach der Ermordung Rathenaus auf die SPD zubewegte und mit ihr wiedervereinte. Faszinierend, den einzelnen Biografien zu entnehmen, welche verschlungenen Pfade jeder und jede einschlugen: Hilferding etwa und andere, die zur VSPD zurückfanden, Ledebour, der weder den einen noch den anderen Weg gehen wollte und sich in Splittergruppen isolierte, andere die bei den Kommunisten landeten, von denen viele dann in den frühen Zwanzigern ausgeschlossen wurden, oder wie Levi zur Sozialdemokratie zurückfanden.

Peter Brandt hat in seinem Nachwort hilfreich den Versuch unternommen, dieses fast undurchschaubare Geflecht zu entwirren und die individuellen Entscheidungen in den Gesamtzusammenhang einzuordnen. Es ging den Protestierenden seit 1914 zuerst «allein um die Positionierung der organisierten Arbeiterbewegung im und zum Krieg: die Ablehnung des ‚Burgfriedens‘ und [...] der wiederholten Bewilligung der Kriegskredite.» (459) Die Beiträge dieses Bandes machten «deutlich, wie wenig hermetisch geschlossen die innerparteilichen Lager vor wie nach der USPD-Gründung waren». (460) Diese Partei sei eher Ausdruck der Massenbewegung gewesen,

als im Stande, auf diese einzuwirken. (462) Man muss Peter Brandt nicht in jeder Einzelheit folgen, aber sein Überblick ist außerordentlich hilfreich zur Erschließung dieser auch für die Gegenwart bedeutsamen Zeit.

Der Ost-West-Konflikt im 20. Jahrhundert hatte es mit sich gebracht, dass die damaligen Ereignisse in kräftigen Schwarz-Weiß-Bildern und für ideologisch-propagandistische Zwecke gezeichnet wurden; und manchmal hat man den Eindruck, dass manche immer noch die Auseinandersetzungen von damals führen wollen. Wer in einer politisch engagierten Familie aufgewachsen und an lebhaften Diskussionen teilgehabt hat, weiß, dass einem oft Bilder über historische Realitäten vermittelt werden, die sehr subjektiv gestaltet sind. Kritisches Hinterfragen ist also Voraussetzung für die Entschlüsselung historischer Ereignisse und ihrer richtigen Einordnung. Und es wohl an der Zeit mit einem nüchternen Blick Schlussfolgerungen aus den damaligen Abläufen zu ziehen.

Als Soziologen, deren Analysegegenstand Politik ist, haben wir gelernt, dass historischer Bezug eine Grundvoraussetzung für die Erkenntnis der Gegenwart ist; so haben wir es jedenfalls bei Otto Stammer gelernt. Allerdings muss vermieden werden, bei der Untersuchung der Gegenwart und des Werdens politischer Entscheidungen auf der Suche nach Ursachen Kausalitäten zu konstruieren, die es so nicht gab. Denn just das Studium der Geschichte der Spaltung der Sozialdemokratie zeigt, dass immer Handlungsoptionen bestanden, dass aber auch Entscheidungen zwangsläufig Folgen haben werden, die nicht immer intendiert sind. Die Verantwortung tragen die jeweiligen Amtsinhaber. Für die Gegenwart lernen können wir das aus der Lektüre dieses Buches allemal.

Ulrich Horb

Antikommunisten mit linkssozialistischen Wurzeln

Rezension zu: Tobias Kühne:

Das Netzwerk «Neu Beginnen» und die Berliner SPD nach 1945. Berliner Beiträge zur Ideen- und Zeitgeschichte, Band 2, Berlin 2018 (Verlag für Berlin-Brandenburg), 504 S., 35,00 €.

Ende der 1920er-Jahre begann der charismatische Walter Loewenheim damit, aktive und ehemalige Mitglieder aus KPD und SPD um sich zu sammeln. Sein geheimnisvolles und konspirativ agierendes Netzwerk, später unter dem Namen «Neu Beginnen» bekannt, sollte in den beiden Arbeiterparteien den Widerstand gegen den Nationalsozialismus organisieren. Der Berliner Historiker Tobias Kühne, jahrelang leitender Redakteur der *perspektivends*, beschreibt nun detailliert Ziele und Arbeitsweise von Neu Beginnen, das Wirken in der Weimarer Zeit und den Widerstandskampf. Und er geht der Frage nach, warum ausgerechnet die linkssozialistischen Netzwerker der 1930er-Jahre zu den entschiedensten Antikommunisten in der Nachkriegszeit wurden.

Walter Loewenheims Aktivitäten fielen in eine Zeit, in der die KPD mit ihrer Sozialfaschismusthese die SPD und nicht die NSDAP zum Hauptgegner erklärt hatte. Eine zersplitterte Linke war unfähig, den Aufstieg der Nationalsozialisten zu verhindern. Mit seiner konspirativ arbeitenden linkssozialistischen Gruppierung, zunächst «Leninistische Organisation» oder «Org» genannt, wollte der aus der KPD ausgetretene Loewenheim, Deckname Miles, das ändern. Von innen sollten die Org-Anhänger auf KPD und SPD einwirken, um den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu stärken. Die Demokratie sollte verteidigt werden.

Zunächst schlossen sich Loewenheim einige Mitglieder der KPD an, später gewann er auch Anhänger in der Berliner Sozialdemokratie. 1931 stieß der Berliner Vorstand der SPD-Jugendorganisation SAJ zur Org. Darunter waren Theo Thiele, Eberhard Hesse, später auch Kurt Mattick, die nach 1945 in der Berliner SPD wichtige Funktionen übernahmen, und der spätere Bundestagsfraktionsvorsitzende Fritz Erler.

Potenzielle ORG-Anhänger wurden von der Führungsebene begutachtet, ausgewählt und durchliefen dann Schulungen, sogenannte F-Kurse, in denen sie zunächst mit dem Loewenheimschen Konzept vertraut gemacht wurden. Tobias Kühne beschreibt das sektenartige Vorgehen: «Wer sich ohne Kenntnis der Organisation dieser mehrwöchigen Schulung und Begutachtung erfolgreich unterwarf, wurde schließlich in einem Initiationsritus als Kadermitglied inauguriert.» Es sind meist jüngere, intellektuelle und von ihren Parteien enttäuschte Mitglieder, die bei dem, so Kühne, «als eine Art Prophet» auftretenden Loewenheim die gesuchte Orientierung finden: «In keiner seiner Publikationen fehlt die Beschwörung existenzieller Krisen und die Prophezeiung des nahen und fast unumkehrbaren Untergangs, nur um dann den einzigen Weg zum Heil durch Umkehr oder Neubeginn zu weisen.» Nach dem Verständnis Loewenheims sollen Org-Anhänger zu Revolutionären erzogen werden, die ihr ganzes Leben völlig der revolutionären Arbeit verschreiben.

Am Beispiel der Berliner SAJ-Mitglieder zeigte sich die starke Bindung an die Org. Anfang April 1933, als die sozialdemokratische Jugendorganisation in einigen Teilen Deutschlands bereits verboten war und der nationalsozialistische Terror zunahm, setz-

ten die SAJ-Reichsführung um Erich Ollenhauer und der Berliner SPD-Bezirksvorstand um Franz Künstler noch immer auf ein strikt legales Auftreten. Der Berliner SAJ-Bezirksvorstand dagegen bereitete sich bereits seit 1932 unter dem Einfluss der Org auf ein Weiterbestehen des sozialistischen Jugendverbandes in der Illegalität vor. Dabei spielten die Erfahrungen der Berliner Vorstandsmitglieder mit konspirativen Regeln eine wichtige Rolle. «Das Jugendsekretariat», so beschreibt es der damalige Berliner SAJ-Vorsitzende Erich Schmidt in seinen Erinnerungen, «war nur noch eine Attrappe; alles wertvolle Material war sichergestellt, die der Jugend gehörenden Gelder in Höhe von 13000 Mark waren unter Decknamen auf einer Staatsbank deponiert.» Das wollte die Berliner SPD-Führung nicht dulden, am 11. April 1933 wurden Erich Schmidt, Fritz Erler, Kurt Mattick, Theo Thiele, Eberhard Hesse und einige andere wegen der Bildung «illegaler Einheiten» der Jugend aus der Partei ausgeschlossen. Es habe «sich gezeigt, dass in dieser außerordentlich prekären Situation die charismatische Legitimitätsgeltung innerhalb der Org wesentlich stärker war als jene an die Partei», so die Bewertung von Tobias Kühne.

Viele Einschätzungen und Vorhersagen Loewenheims bewahrheiteten sich, was seinen Ruf verstärkte und seine, wie Kühne immer wieder betont, «charismatische Wirkung». Im Frühsommer 1933 verfasste Loewenheim die Schrift «Neu Beginnen! Faschismus oder Sozialismus. Als Diskussionsgrundlage der Sozialisten Deutschlands», die der Gruppe ihren Namen gab. Gedruckt wurde sie im September 1933, 5000 Exemplare wurden getarnt aus der Tschechoslowakei nach Deutschland geschmuggelt und in linkssozialistischen

Kreisen intensiv diskutiert. Mutig wurde ein Führungsanspruch formuliert. «Mit diesem erstmaligen öffentlichen Auftritt einer selbstbewussten und kämpferischen Organisation und Ideologie gelang es, das Rekrutierungspotenzial noch einmal erheblich zu erhöhen», so Kühne.

1933 verband das Netzwerk rund 100 Mitglieder aus SPD, KPD und verschiedenen kleineren linken Splittergruppen. Eine Anbindung neuer Sympathisanten erfolgte nun eher an die jeweiligen Kontaktpersonen vor Ort und weniger an das Zentrum in Berlin. «Aus dem Blickwinkel der Peripherie war Neu Beginnen schon zu diesem Zeitpunkt mehr eine «Idee» oder ein «Netzwerk» und weniger die straff organisierte «Leninistische Organisation» der eigenen Selbstwahrnehmung», so die Einschätzung von Tobias Kühne. 1935 war Neu Beginnen auf etwa 500 Personen angewachsen. Allerdings stellt Tobias Kühne in seinem Buch auch fest: «Selbst gut informierten Mitgliedern von Neu Beginnen war zeitlebens nicht vollständig klar, wer vor und nach 1945 alles genau zum Netzwerk gehörte.»

Die Veränderungen führten 1934/35 zu einer Führungskrise und in der Folge zu einem Leitungswechsel innerhalb von Neu Beginnen von Loewenheim zu einer Gruppe um Richard Löwenthal. Die Ursache dafür sieht Kühne «vor allem in unterschiedlichen strategischen Erwägungen hinsichtlich einer Volksfrontpolitik; Fragen einer mehr elitären oder verbreiterten Binnenorganisation und nicht zuletzt in den unterschiedlichen psychosozialen Bedingungen von Exil und Illegalität, Führungs- und Basisarbeit». Während Loewenheim dafür votierte, künftig vor allem aus dem Exil heraus gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen und nur wenige Beobachter im Land zu belas-

sen, setzte sich eine Mehrheitsströmung um Richard Löwenthal und Karl Frank für eine aktivere Widerstandsarbeit in Deutschland ein. Der von ihnen für abgesetzt erklärte Loewenheim wehrte sich, indem er die Auflösung von Neu Beginnen verkündete und die Anhänger zum Eintritt in die SPD aufrief. Nach dem Leitungswechsel war die hierarchische Struktur nur schwer aufrechtzuerhalten, die Basis wurde eigenständiger.

Vor allem in der Anfangsphase der Widerstandstätigkeit kam Neu Beginnen die konspirative Organisationsstruktur zugute. Erst im Herbst 1935 gelang der Gestapo mit der Verhaftung einiger Führungsmitglieder ein erster Schlag gegen die Gruppierung.

Anhänger des Netzwerks engagierten sich in vielfältiger Weise im Widerstand, sie sorgten für Kurierdienste und verteilten Materialien. Werner Peuke, nach dem Abgang Loewenheims Mitglied der neuen Inlandsleitung von Neu Beginnen, initiierte nach seiner Verhaftung 1936 selbst im KZ Sachsenhausen eine Widerstandsgruppe, die nach seinen Angaben schließlich aus 60 bis 80 Personen bestand. SAJ-Funktionäre wie Eberhard Hesse hielten auch während ihres Einsatzes an der Ostfront Kontakt zu den in Berlin verbliebenen Netzwerkern. In Gefahr gerieten Anhänger von Neu Beginnen vor allem dann, wenn sie mit außenstehenden Widerstandsgruppen zusammenarbeiteten, die häufig von der Gestapo beobachtet wurden.

Auch wenn es vereinzelt im Widerstand zur Zusammenarbeit mit ehemaligen KPD-Funktionären kam, war die Haltung von Neu Beginnen eindeutig: Der KPD wurde die Schuld an der Spaltung der Arbeiterbewegung gegeben. Tobias Kühne zitiert aus einem Brief des ehemaligen KPD-Mitglieds Karl Elgaß, der zu Neu

Beginnen gefunden hatte, an Ernst Jegelka, geschrieben im Rückblick 1978: «Unsere Widerstandsarbeit (...) war (...) eine zweifache Widerstandsbewegung: Einmal der Widerstand gegen den Nazismus – und zum anderen gegen den Bolschewismus. Du und andere Freunde haben schon früher die Gefahr des Bolschewismus erkannt.» Die SPD war für Neu Beginnen die Partei, der die demokratische Erneuerung Deutschlands zugetraut wurde.

So gingen nach dem Kriegsende 1945 nur einige wenige Netzwerker wie Robert Havemann wieder in die KPD und später zur SED. Ganz überwiegend sammelten sich die in Deutschland verbliebenen oder zurückgekehrten Anhänger von Neu Beginnen in der SPD, in der sie größere Möglichkeiten sahen, politisch wirksam zu sein. Die sozialdemokratischen Berliner Netzwerker trafen sich zugleich in einer «Arbeitsgemeinschaft». «Die Gruppe von etwa dreißig Personen gliederte sich in einen inneren Leitungskreis, der aus Georg Müller, Ernst Jegelka, Kurt Schmidt (später Eberhard Hesse), Theo Thiele und dem Ehepaar Tinz bestand, sowie einer Peripherie», so Tobias Kühne. Aus dem Exil heraus wirkten Richard Löwenthal und Walter Loewenheim mit ihren Zuschriften auf die Gruppe ein. Die Schreiben in Gänze bekamen nur die zentralen Führungspersönlichkeiten zu Gesicht, allen anderen wurden Auszüge vorgelegt.

Während der Historiker Harold Hurwitz die Arbeitsgemeinschaft nach 1945 nicht mehr als «disziplinierte Geheimorganisation» einstufte, widerspricht Tobias Kühne. Die «Kontinuitäten des Netzwerks und seine prinzipiell flexible Struktur» seien nur verdeckt worden. Und er liefert Indizien dafür, wenn er etwa beschreibt, wie der schon vor 1933 gepflegte «therapeutische Diskurs»,

die Beeinflussung im Fall von abweichenden Positionen, fortgeführt wurde.

Berlin war ein wichtiger Sammelpunkt der Netzwerker. Zugleich fanden hier auch die wesentlichen politischen Auseinandersetzungen statt. Ende 1945 nahm die Debatte um eine Fusion von KPD und SPD an Fahrt auf, der Druck der KPD und der sowjetischen Militäradministration auf die Sozialdemokraten in der Viersektorenstadt wuchs. Das von den Netzworkern von Neu Beginnen einst verfolgte Ziel einer Einheit der Arbeiterbewegung wurde angesichts eines drohenden Verlusts an innerparteilicher Demokratie und Freiheit und der bisherigen Erfahrungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD nun entschieden abgelehnt. Die SPD-Mitglieder unter den Netzworkern engagierten sich auf der Seite der Fusionsgegner um Franz Neumann, den späteren linken SPD-Landesvorsitzenden, allerdings eher in der zweiten Reihe. Noch im Februar 1946 glaubte Kurt Schmidt nicht daran, dass der «Brückenkopf der Demokratie Berlin» noch zu halten sei, «aktive Genossen der O.» müssten sich dann nach dem Westen absetzen.

Mit zum Erfolg der Urabstimmung, in der sich die (West-Berliner) SPD-Mitglieder mit deutlicher Mehrheit gegen einen sofortigen Zusammenschluss mit der KPD aussprachen, dürfte auch die ihnen von Tobias Kühne attestierte «Rücksichtslosigkeit» der Netzwerker in der Auseinandersetzung beigetragen haben. Der Kampf gegen Totalitarismus blieb für Neu Beginnen ein bestimmendes Element. So war der zu Neu Beginnen gehörende Gewerkschafter Georg Müller wesentlich an der Spaltung des von der SED dominierten Gewerkschaftsbundes FDGB und am Aufbau der Gewerkschaftsopposition UGO beteiligt.

«Das Ineinandergreifen von weltanschaulichen und lebensweltlichen Elementen führte zu einer Verabsolutierung und Radikalisierung des Antikommunismus, den man als eine Besonderheit des Berliner Netzwerks und ihrer Londoner Vordenker bezeichnen muss», so Tobias Kühne. Der Antikommunismus der Berliner Netzwerker «blieb ideologisch verfestigt und damit regelrecht emotionslos, eben unbedingt». Je enger die Anbindung Einzelner an Walter Loewenheim war, desto stärker ausgeprägt war der Antikommunismus und, so Kühne, «desto geringer war die Bindung an eine Sozialdemokratie, die bei aller Abwehr kommunistischer und linksradikaler Tendenzen den Antikommunismus doch nie zu einer Weltanschauung erhob».

Rund ein Dutzend Anhänger von Neu Beginnen kam in maßgebliche Positionen in der Berliner SPD. Der jung verstorbene Kurt Schmidt war 1945 ein wichtiger Parteiorganisator, Kurt Mattick in den sechziger Jahren sogar Berliner SPD-Vorsitzender, Theo Thiele und Eberhard Hesse wirkten als SPD-Landessekretäre bzw. Landesgeschäftsführer. Mindestens drei Abgeordnete gehörten zwischen 1950 und 1963 zu Neu Beginnen. Mitunter ging es ruppig zu in der Berliner SPD der Nachkriegsjahre. So gibt es Berichte, nach denen Parteisekretär Theo Thiele in einer Vorstandssitzung dem linken Landesvorsitzenden Franz Neumann mit einer Bierflasche in der Hand drohte, ihm «den Schädel kaputtzumachen». Der rustikale Thiele blieb im Amt, sein Schwager Kurt Mattick, lange Jahre stellvertretender Landesvorsitzender, übernahm 1963 den Vorsitz von Willy Brandt. Thiele wurde 1961 durch seinen Freund Eberhard Hesse abgelöst.

In der innerparteilichen Auseinandersetzung der fünfziger Jahre standen die Netz-

werker zunächst an der Seite Willy Brandts – gegen den linken Landesvorsitzenden Franz Neumann. Sie waren Befürworter eines Reformprozesses, der dann zum Godesberger Programm führte. Die Abwendung zumindest eines Teils von Neu Beginnen von Willy Brandt erfolgte mit dessen neuer Ostpolitik und der Gesprächsbereitschaft gegenüber der Sowjetunion.

Die eigene Erfahrung des Parteiausschlusses hinderte die ehemals linken SAJ-Vorstandsmitglieder nicht, mit Parteiordnungsverfahren und dem Mittel des «Sofortausschlusses» gegen missliebige linke Berliner SPD-Mitglieder der Nachkriegszeit vorzugehen. Eine straffe Organisation schien ihnen nicht nur in den eigenen Reihen notwendig, sondern auch in der Partei. Mit Eifer und reichlich Unnachgiebigkeit verfolgten Thiele und Hesse Jusos, Falken und linke Sozialdemokraten, denen sie – zum Beispiel wegen der Teilnahme an Friedenskundgebungen – etwas kurzschlüssig eine Nähe zum Kommunismus und Totalitarismus unterstellten. Vor allem der Marxistische Arbeitskreis (MAK) in der Berliner SPD lieferte ein brauchbares Feindbild. «Es wurde nicht nur auf tatsächliche Verfehlungen reagiert und eine Folgenabschätzung vorgenommen, sondern vielmehr mögliche Gefahren bereits antizipiert und rücksichtslos eingedämmt», so Tobias Kühne über die «Parteisäuberungen».

Als Ideengeber traten die Netzwerker nicht hervor, ihre Ideologie, so formuliert es Kühne, war «ihre »Ideologielosigkeit und Unbedingtheit», womit sich Anknüpfungspunkte zu konservativen Strömungen ergaben – denen einige der Netzwerker später auch folgten. Die Organisation der Berliner SPD hatten sie allerdings einige Zeit fest im Griff. Eine »politische Verknöcherung» attes-

tiert Tobias Kühne den Anhängern von Neu Beginnen, auf die innerparteilichen Debatten wirkte das von ihnen geschaffene Klima in den fünfziger und sechziger Jahren lähmend. «Organisation, Macht und Beeinflussung um ihrer selbst willen oder doch nur als politisches »Anti« erwiesen sich als hohl und sogar destruktiv, als der Selbstzweck erfüllt war», so die Analyse von Tobias Kühne.

In den sechziger Jahren begann der Auflösungsprozess. Viele Netzwerker sahen ihre Aufgabe als erfüllt an, einige orientierten sich mit zunehmendem Alter auch beruflich neu. Aber auch die Art von Neu Beginnen, Politik zu betreiben, hatte sich überlebt. Neue Gruppen drängten in die Partei und brachen die verknöcherten Strukturen auf. Neu Beginnen hatte keine Nachfolger. Was blieb, waren persönliche Freundschaften der einst konspirativ wirkenden Netzwerker.

Armin Pfahl-Traugber

Eine neue linke Theoriezeitschrift aus den USA

Rezension zu: Loren Balhorn /

Bhaskar Sunkara (Hrsg.):

Jacobin. Die Anthologie,

Berlin 2018 (Suhrkamp-Verlag), 314 S., 18 €.

Im Schatten von Trump-Skandalen hat sich in den USA auch eine Renaissance der politischen Linken entwickelt, wobei deren intellektuelle Repräsentanten in der Zeitschrift *Jacobin* ein Forum finden. Jetzt gibt es auch eine Edition von wichtigen Beiträgen aus den letzten Jahren in deutscher Übersetzung.

Folgt man den Meinungsumfragen in den USA, so gilt dort Bernie Sanders als gegen-

wärtig beliebtester Politiker. Dabei handelt es sich aber um einen bekennenden demokratischen Sozialisten. Ein Sozialist – in den USA der beliebteste Politiker? Dies hätte man sich vor wenigen Jahren kaum vorstellen können. Gleichzeitig gibt es einen rapiden Anstieg der Mitglieder der *Democratic Socialists of America* (DSA), waren es bis vor kurzem nur 5 000 mit einem Altersdurchschnitt von über 60 Jahren, sind es jetzt 35 000 mit einem Altersdurchschnitt von Mitte 30. Das sind in einem so großen Land nicht viel, gleichwohl bewegt sich dort einiges im Schatten der vielen Trump-Skandale. Geahnt hat diese Entwicklung wohl schon früh der Publizist Bhaskar Sunkara, der 2010 die Online-Zeitschrift *Jacobin* gründete. Seit 2011 erscheint sie auch als gedruckte Vierteljahreszeitschrift und erreicht so insgesamt 700 000 Leser. Für deutsche Leser gibt es jetzt einen Reader, der zwölf Beiträge und Interviews aus den Jahren 2011 bis 2018 in Übersetzung enthält.

Bei der Lektüre sollte man vielleicht hinten beginnen: Dort findet sich ein Interview mit Sunkara, das der Leiter des ähnlich ausgerichteten deutschsprachigen Online-Magazins *Ada* Loren Balhorn ihm geführt hat. Sunkara macht darin seinen politischen Standort deutlich, definiert er sich doch einerseits als Marxist, andererseits aber als Verfechter eines demokratischen Sozialismus. Sunkara sieht hier keinen Gegensatz, macht er doch seine Ablehnung von allen autoritären Formen des Sozialismus deutlich. Die dokumentierten Beiträge sind meist inhaltlich marxistisch geprägt, aber nicht orthodox-dogmatisch ausgerichtet. Mike Beggs argumentiert etwa gegen einen «Zombie-Marxismus», mit der Analyse von über 100 Jahre alten Texten, die

auf eine «Scholastik» hinauslaufe. Derartige Denkungsarten drängten die Interpretation der Welt in den Hintergrund. Dafür soll der Blick in die Zukunft geworfen werden. So reflektiert Peter Frase etwa darüber, wie die fortschreitende Automatisierung für eine gleichere Gesellschaft genutzt werden könne.

Beachtenswert auch und gerade für die deutsche Diskussion ist das Interview mit Walter Benn Michaels, der gegenüber der Linken die Konzentration auf kulturelle Diversität bei gleichzeitiger Abwendung von dem Problem ökonomischer Ungleichheit kritisiert, habe diese Denkungsart doch nicht nur den Protest gegen den Neoliberalismus untergraben, sondern mit den Erfolg von Trump bei den Präsidentschaftswahlen ermöglicht. Andere Artikel wie der von Seth Ackerman beklagen, dass die Linke nicht über konkretere Zukunftsmodelle reflektiert. Er entwickelt dazu einige Gedanken einer «partizipativen Ökonomie» in klarer Negierung des früheren «real existierenden Sozialismus». Alyssa Battistoni betont demgegenüber die Bedeutung des Klimawandels, solle dessen Bekämpfung doch der Hintergrund der gesamten Politik der Linken sein. Und Sam Gindin benennt einige Grundprinzipien für die Kritik am Kapitalismus, der aus seiner Sicht nicht nur aufgrund partieller Probleme, sondern als ökonomische Struktur weltweit beseitigt gehören.

Darüber hinaus findet man in der Anthologie noch viele andere Beiträge mit unterschiedlichen Positionen: Sunkara beklagt etwa die mangelnde soziale Kompetenz vieler Linker, die nicht mit einem breiteren Publikum kommunizieren könnten. Es gibt auch ein längeres Interview mit Bernie Sanders, worin einerseits seine konfrontative Haltung gegenüber den «Superreichen», aber

auch seine gemäßigte Orientierung in Richtung der skandinavischen Wohlfahrtsstaatsmodelle deutlich wird. Demnach hat man es in der Gesamtschau mit einem guten Überblick zu Debatten und Positionen der US-amerikanischen Linken zu tun. Dabei sind die meisten Artikel eher wie ein Essay gehalten, d. h. ihnen fehlt es häufig an Stringenz und Struktur. Eher locker reflektierend nähert man sich Problemen und Positionen. Eine Ausnahme davon ist Peter Frases Erörterung von vier Zukunftsentwürfen. Es gibt auch kurze provokative Beiträge, welche Absonderlichkeiten und Schwächen der Linken thematisieren wie Sunkaras Text. Ähnliches kann die deutsche Linke aktuell nicht bieten.

Nicolas Dörr

Wichtiger Beitrag zur Geschichte der Sicherheitspolitik

Rezension zu: Lutz Unterseher: *Über die konzeptionelle Armut deutscher Sozialdemokraten. Sicherheitspolitische und andere Perspektiven*. Band 7 der Reihe «Politische Parteien in Europa», Berlin u.a. 2017, LIT Verlag, 120 S., 24,90 €.

Lutz Unterseher hat seinem Buch den Schriftzug eines Juso-Plakats aus dem Bundestagswahlkampf 2017 vorangestellt: «Martin, ich will eine Regierung von Dir.» Der Autor hätte wahrscheinlich selbst nicht erwartet, dass sich Teile seines Buches bereits knapp ein Jahr seiner Veröffentlichung wie ein zeithistorisches Dokument lesen. Allerdings lag zwischen Publikation (fertiggestellt im Sommer 2017) und dieser Rezension eine Bundestagswahl inklusive anschließender mühsamer Koalitions-

gespräche, die schließlich in die erneute Große Koalition unter Führung von Angela Merkel mündeten.

Dr. habil. Lutz Unterseher hat als Soziologe und Politologe sowie insbesondere als anerkannter Friedens- und Konfliktforscher an diversen Universitäten gelehrt und war als Politikberater in der Praxis tätig. Die kurze Monografie dreht sich um die vom Autor postulierte «Inkonsistenz und inhaltliche Verarmung» der SPD, die in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik besonders ausgeprägt sei (S. 9f). Als Quelle nutzt Unterseher primär seine eigenen Erfahrungen als sicherheitspolitischer Berater der Parteispitze und einzelner Parlamentarier. Er verschweigt nicht, dass er 45 Jahre Mitglied der SPD war (S. 11), bezeichnet sich nun aber als «Ex-Sozialdemokrat» (S. 10). Er betont, nicht wegen der Agenda 2010 aus der SPD ausgetreten zu sein, sondern aufgrund der deutschen Beteiligung an den NATO-Luftschlägen gegen das Rest-Jugoslawien Slobodan Miloševićs 1999.

Die Krise der Sozialdemokratie sieht der Autor als hausgemacht an. Strukturelle Ursachen für den Rückgang sozialdemokratischer Wählerstimmen (in ganz Europa) werden hingegen kaum genannt. Unterseher schreibt aus einer autobiografischen Perspektive heraus über seine Erfahrungen mit der SPD. Er beginnt mit einer Anekdote über sein Engagement in der hessischen Landtagswahl 1962 (absolute Mehrheit der SPD, 50,8 %, mit Spitzenkandidat Georg-August Zinn!), das ihn schließlich über den Sozialdemokratischen Hochschulbund in die SPD führte. In der südhessischen SPD traf er auch auf den dort tätigen spätere Kanzlerspion Günter Guillaume.

Unterseher weist zwar darauf hin, dass er keine Autobiografie vorlegen wolle. Das

vorliegende Buch ist jedoch in weiten Teilen eine politische und wissenschaftliche Autobiografie des Autors geworden, das vereinzelt mit aktuellen Analysen gespickt ist. Diese autobiografische Perspektive bietet interessante Insiderinformation zur Entwicklung der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition. Das Buch ist demnach primär eine Quelle für Zeithistoriker, die sich mit der Geschichte der Sicherheitspolitik beschäftigen.

So stellt Unterseher zum Beispiel die Gründung der «Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik» dar oder auch die Arbeit in der Kommission «Sicherheitspolitik» beim SPD-Parteivorstand inklusiver der Auswirkungen der Wechsel an deren Spitze von Hans Koschnick über Andreas von Bülow zu Egon Bahr. Auch zur Entstehung und Entwicklung von Konzepten wie «struktureller Nichtangriffsfähigkeit», dem Scheitern der MBFR-Verhandlungen, dem Zustandekommen der Weizsäcker-Kommission «Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr» oder der Aufstellung des Allied Rapid Reaction Corps der NATO sowie der EU Battlegroups bietet der Autor interessante Hintergrundinformationen.

Einen großen Raum nimmt die Darstellung des maßgeblich vom Autor entwickelten Konzepts einer defensiv-orientierten «Alternativen Verteidigung» ein. Im Gegensatz zur, aus Sicht des Autors, zwangsläufigen Aufrüstungslogik des NATO-Doppelbeschlusses wäre die «Alternative Verteidigung» eine Option gewesen, die ohne die Aufstellung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik ausgekommen wäre. Er kritisiert namentlich Helmut Schmidt für dessen sicherheitspolitische Gleichgewichts-Orientierung, die zwangsläufig, weil die Sowje-

tunion nicht nachgeben würde, zur Stationierung der Pershing 2 und Cruise-Missiles in der Bundesrepublik geführt habe.

Unterseher beschreibt die SPD nach der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses sicherheitspolitisch als «dreiflügeliges Tier» (S. 24), wobei der erste Flügel, der rechte, pro-NATO-Parteilügel sich zumeist gegen die linken Kritiker und die Masse an uninteressierten Parteimitgliedern durchgesetzt habe. Der dritte Flügel, zu dem sich auch Unterseher zählt, verfolgte die Alternative einer defensiven Verteidigungspolitik, konnte sich aber nicht gegen die anderen beiden Flügel durchsetzen. Auch im Bundestag, nun mit der SPD in der Opposition, seien die Ansätze einer realistischen alternativen Verteidigungspolitik zwischen den strikt an der NATO-Strategie orientierten CDU/CSU- und FDP-Fraktionen und der pazifistischen «illusorischen Position» (S. 28) der neueingezogenen Grünen zerrieben worden.

Auch an der rot-grünen Sicherheitspolitik ab 1998 übt Unterseher Kritik. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping hätte bei der Bundeswehrreform versagt. Ähnliches gilt für die Rüstungsbeschaffungspolitik der rot-grünen Bundesregierung, die er ebenfalls für weitgehend verfehlt hält und dafür auch nachvollziehbare Argumente vorbringt (S. 70–74). Harsche Kritik übt er am «Interventionismus» im Allgemeinen und der NATO-Operation «Allied Force» gegen Rest-Jugoslawien im Speziellen, die für die jugoslawische Bevölkerung zu einem «monatelangen Luft-Terror» (S. 69) geführt habe. Unterseher nennt drei Erklärungen für die sozialdemokratische Zustimmung zur Beteiligung an den Militärschlägen: a) fachliche Unkenntnis der verantwortlichen sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker,

b) der Wunsch, im Rahmen der NATO Bündnisfähigkeit zu demonstrieren und c) der rechten Mitte zu verdeutlichen, dass «Sozialdemokraten keine Weicheier sind» (S. 69). Kritisch anzumerken ist, dass der Autor kaum auf die Argumente für die NATO-Operation eingeht und somit die vorherige, auch innerparteiliche, Diskussion unzureichend wiedergibt. Die «Interventionitis» (S. 75) der rot-grünen Ära sieht er aktuell durch eine «pazifistische Stimmung» (S. 75) in der SPD abgelöst, die sicherheitspolitisch ebenso wenig Sinn mache.

Die Russlandfreundlichkeit deutscher Sozialdemokraten sieht er als schweren Fehler an – moralisch und strategisch. Die «Putin-verstehen» in der SPD bezeichnet er als «geostrategische Hobbytheoretiker» (S. 90). Allerdings sind die Vergleiche der Putinschen Herrschaft mit dem Nationalsozialismus übertrieben. Ähnliche Sichtweisen vertritt der Autor bereits in einem anderen Werk (Lutz Unterseher, *Hitlers System oder Die Zerstörung der Gesellschaft*, Berlin u.a. 2017).

Auf den am Anfang genannten Martin Schulz geht er erst ab Seite 101 ein. Diesem wirft er vor, die zentralen Wahlthemen «Nationale Identität» und «Innere Sicherheit» weitgehend ignoriert und stattdessen ein Potpourri von Familienentlastung bis Tierschutz präsentiert zu haben (S. 103). Im Anhang macht Unterseher auf elf Seiten selbst, zumeist kluge, Vorschläge für zentrale Politikfelder, insbesondere für die Verteidigungspolitik und die Innere Sicherheit. Neben vielen Vorschlägen spricht er sich u. a. für den begrenzten Einsatz der Bundeswehr im Innern im Falle spezieller Notlagen aus (S. 110). Äußerst aktuell wird das Buch im Abschnitt über eine potenzielle europäische Armee, die der Autor befürwortet. Untersehers Text erschien noch vor Emma-

nuel Macrons Vorstoß für ein solches Projekt und der anschließenden, grundsätzlichen Zustimmung Angela Merkels.

Kritisch muss man anmerken, dass die Übergänge zwischen den Abschnitten zu abrupt sind. In die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Sicherheitspolitik der SPD in den vergangenen 40 Jahren streut der Autor Exkurse ein, die sich zwar chronologisch aus seinem Lebenslauf ergeben. Diese Exkurse, v. a. zu seiner Beratungstätigkeit im Rahmen der Militärreform in Südafrika nach dem Ende der Apartheid und zur Schweizer Armeeform (im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz) sind nicht uninteressant, hätten jedoch besser in separaten Texten oder einer ausführlichen Autobiografie Untersehers publiziert werden sollen, da sie wenig mit dem Hauptthema des Buches zu tun haben. Eine stärkere Fokussierung hätte dem Werk daher gutgetan.

Unterseher hat mit dem Buch ein wichtiges und in der SPD weitgehend ungeliebtes Thema angeschnitten. Ihm ist zuzustimmen, dass das Thema «militärische Sicherheit» (auch «Innere Sicherheit») innerparteilich eine geringe Relevanz besitzt. Aus Sicht Untersehers liegt dies an der sozialdemokratischen Überbetonung von Sozial- und Arbeitspolitik («am deutschen Betriebsrätewesen solle die Welt genesen», S. 51) und der generellen Wahrnehmung, wonach Militär etwas für CDU und CSU sei. Er konstatiert daher aus eigener Erfahrung eine «Lernpathologie unserer Partei auf militärischem Gebiet» (S. 20). Auf die Gegenwart bezogen betont er, es ist «nicht zu erkennen, dass sich sozialdemokratische Politiker ernsthaft mit ihrer eigenen militärischen Programmatik befassen» (S. 80). Das bis auf wenige Ausnahmen grundsätzliche Desinteresse

der deutschen Sozialdemokratie an militärischer Sicherheit mag ein Grund dafür sein, dass der Partei in diesem Politikfeld kontinuierlich eine weitaus geringere Kompetenz als den Unionsparteien zugesprochen wird. Ebenso mag es eine Erklärung dafür sein, dass zwölf Verteidigungsminister/innen von CDU/CSU nur fünf der SPD gegenüberstehen (S. 41). Es sind sogar 13 Minister der CDU/CSU, wenn man das kurzlebige, eben-

falls mit Sicherheitsfragen betraute, Bundesministerium für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates hinzuzählt.

Untersehers Monografie ist daher zum einen ein Erfahrungsbericht sozialdemokratischer Sicherheitspolitik nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition. Zum anderen stellt das Werk ein Plädoyer für eine stärkere Beachtung sicherheitsrelevanter Themen innerhalb der SPD dar.

AUTORINNEN UND AUTOREN

Dorian Baganz (*1993) studiert Politikwissenschaft in Berlin und Oslo. Für die Wochenzeitung *Der Freitag* ist er als freier Autor tätig.

Philine Bickhardt (*1994) studiert derzeit im Master Kulturen und Literaturen Mittel- und Osteuropas, davor im Bachelor Slawischen Sprachen und Literaturen/Sozialwissenschaften an der HU Berlin. Sie ist zudem als studentische Mitarbeiterin am Institut für Slawistik tätig sowie Stipendiatin der FES.

Leon Billerbeck (*1996), Masterstudent der Politikwissenschaft an der Leibniz Universität Hannover, Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung und stellv. Bezirksvorsitzender des Juso Bezirks Hannover.

Nils Diederich (*1934), Prof. Dr. rer. pol., em. Professor für Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, 1976–87 und 1990–94 Berliner MdB.

Jan Dieren (*1991) ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos. Er lebt zwischen Ruhrgebiet und Niederrhein, wo er Philosophie und Rechtswissenschaften studiert.

Nikolas Dörr (*1979), Dr., M. A. (Geschichte, Psychologie, Rechtswissenschaft) und Diplom-Politikwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen am SOCIUM – Forschungszentrum

Ungleichheit und Sozialpolitik, Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand (bis 2018), ehem. Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mitglied des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Veröffentlichungen u. a.: *Die Rote Gefahr. Der italienische Eurokommunismus als sicherheitspolitische Herausforderung für die USA und Westdeutschland 1969–1979*, Köln u. a. 2017.

Klaus Faber (*1940), Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam; Vors. des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern; Vors. des Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus; Kuratoriumsmitglied des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam und des Zentrums für jüdische Studien Berlin-Brandenburg; Publikationen zu juristischen Themen, zur Föderalismus-, EU- und Bildungspolitik, zu Nahost-, Islam- und Antisemitismusfragen.

Bernd Faulenbach (*1943). Prof. Dr., Zeit- historiker an der Ruhr-Universität Bochum, war 1989–2018 Vorsitzender der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, seit 2015 Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie.

Silvia Feindt (*1993) studierte Philosophie, Deutsch und Englisch an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und am University College London (UCL). Sie legte kürzlich ihr Staatsexamen ab und beschäftigte sich mit dem politischen Handlungsbegriff bei Hannah Arendt und Judith Butler. Derzeit arbeitet sie als studentische Mitarbeiterin im Dt. Bundestag.

Mark Fischer (*1987), Doktorand an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Philosophisches Seminar, Dissertationsvorhaben im Bereich Wissenschaftstheorie, Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Marvin Gamisch (*1986), Diplom-Politologe, studierte Politologie, Volkswirtschaftslehre und Mittlere/Neuere Geschichte an der Universität Göttingen, der Freien Universität Berlin und dem King's College London. Gegenwärtig ist er Doktorand an der Uni Jena zum Thema «Digitale Arbeit und die marxische Kritik der Politischen Ökonomie».

Horst Heimann (*1933), Dr., Politikwissenschaftler, zahlreiche Veröffentlichungen zum Reformismus, zu Eduard Bernstein und zur Begründung des «Demokratischen Sozialismus». Regelmäßiger Autor der *perspektivends*.

Ulrich Horb (*1955), Journalist, jahrlanger verantwortlicher Redakteur der sozialdemokratischen Wochenzeitung Berliner Stimme.

Burkhard Jellonnek (*1957), Dr., Leiter des Landesinstituts für Pädagogik und Medien des Saarlandes, Vors. des Kulturforums der Sozialdemokratie Saarland.

Jöran Klatt (*1986) hat Geschichte und Germanistik in Göttingen studiert und promoviert in den Sprach- und Kommunikationswissenschaften. Er ist Redakteur von INDES – Zeitschrift für Politik und Gesellschaft.

Hendrik Küpper (*1997) studiert seit 2015 Politikwissenschaft und Philosophie mit Lehramtsoption an der Freien Universität Berlin und ist u.a. Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Berlin, kooptiertes Mitglied im Landesvorstand der SPD Berlin und Vorstandsmitglied der HDS e.V. Zudem ist er Stipendiat der FES.

Laura Clarissa Loew (*1999) studiert derzeit Geschichte in Leipzig, nachdem sie zuvor an der TU Darmstadt studiert hat. Sie ist Landeskoordinatorin der Juso-Hochschulgruppen Sachsen und aktive Jungsozialistin sowie Mitglied der SPD. Außerdem ist sie studentische Vertreterin im Vorstand des Zentrums für Frauen- und Geschlechterforschung der Uni Leipzig.

Kira Ludwig (*1965), Historikerin, Industriekauffrau, Projektmitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Rostock.

Ralf Ludwig (*1961), Prof. Dr. rer. nat., Professor für allgemeine physikalische und theoretische Chemie an der Universität Rostock. Von 1991 bis 1993 war er Juso-Bundesvorsitzender.

Robert von Olberg (*1988), Politikwissenschaftler, ist Vorsitzender der SPD Münster und arbeitet als Referent der Landesrekorenkonferenz der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen.

Armin Pfahl-Traugher (*1963), Prof. Dr., Politikwissenschaftler und Soziologe, hauptamtlich Lehrender an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl. Dort Herausgeber des «Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung».

Max Reinhardt (*1975), Dr., studierte Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie in Marburg und Hannover, ist Experte der SPD und hat u. a. über SPD-PolitikerInnen zweier Generationen (darunter Peter von Oertzen, Hans-Jochen Vogel, Inge Wettig-Danielmeier, Andrea Nahles, Thomas Oppermann, Olaf Scholz und Frank-Walter Steinmeier) publiziert: *Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei*, Baden-Baden 2011.

Sibylle Reinhardt (*1941), Prof. Dr., hatte den Lehrstuhl für Didaktik der Sozialkunde an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inne. Veröffentlichung zuletzt: *Fachdidaktik: Politik-Didaktik* (7. überarbeitete Auflage): Handbuch für die Sekundarstufe I. und II. Berlin 2018.

Lars Rensmann (*1970), Prof. Dr. ist Lehrstuhlinhaber für Europäische Politik und Gesellschaft am Centre for International Relations Research und Geschäftsführender Direktor des Fachbereichs Europäische Sprachen und Kulturen an der Rijksuniversiteit Groningen (Niederlande). Forschungsschwerpunkte u. a.: Theorien über Judenfeindschaft; Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus in Europa; populistische Parteien und Migration in Europa; internationale politische Theorie und europäisch-jüdische Ideengeschichte; europäische und deutsche Geschichtspolitik; internationale Politik und Sport. Er ist der Autor

zahlreicher Veröffentlichungen, u. a. jüngst *The Politics of Unreason* (SUNY Press, 2017).

Alexander Reutlinger, Dr. phil. habil., arbeitet als Akademischer Rat an der Ludwig-Maximilians-Universität München (Fakultät für Philosophie, Wissenschaftstheorie und Religionswissenschaft). Er forscht und lehrt im Bereich Wissenschaftsphilosophie.

Bernd Rother (*1954), Dr., Historiker, ist seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, war Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. Veröffentl. u. a.: (herausgg. mit Bernd Faulenbach: *Außenpolitik zur Eindämmung entgrenzter Gewalt. Historische Erfahrungen der Sozialdemokratie und gegenwärtige Herausforderungen*, Essen 2016.

Karsten Rudolph (*1962) Prof. Dr., Historiker, apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag, war Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. Letzte Veröffentlichungen: *Die Thüringer Arbeiterbewegung* (2018) und *Das Kriegstagebuch des Albert Quinkert* (1914–1919), zus. m. K. A. Reinartz (2018).

Moritz Rudolph (*1989) promoviert in politischer Ideengeschichte an der Universität Leipzig. Zuvor hat er Politikwissenschaft, Geschichte, politische Ökonomie und Philosophie in Leipzig, Berlin, Lyon, Paris, Brügge und Tübingen studiert.

Daniela Rütter (*1963), Dr., Historikerin und Journalistin, Assoziierte am Institut für Soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum und wissenschaftliche Mitarbeite-

rin im Landtag NRW. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, demnächst: *Beiträge in der Unternehmensgeschichte Tengelmann im Dritten Reich*, Essen 2019.

Richard Saage (*1941), Prof. Dr. (em.) Politikwissenschaften, Halle-Wittenberg. Schwerpunkte u. a. Politische Ideen und Sozialutopien, Demokratie- und Faschismustheorien, besonders die österreichische Sozialdemokratie.

Klaus-Jürgen Scherer (*1956), Dr. phil., Diplompolitologe FU Berlin, war u. a. Geschäftsführer des Wissenschafts- und Kulturforums der Sozialdemokratie beim SPD-Parteivorstand. Redakteur der Neuen Gesellschaft / Frankfurter Hefte. Verantwortl. Redakteur der *perspektivends*. Veröffentlichung zuletzt: (gem. mit Thomas Meyer, Christian Krell): *200 Jahre Karl Marx, herausgegeben vom SPD-Parteivorstand*, Berlin 2018.

Wolfgang Schroeder (*1960), Prof. Dr., Lehrstuhlinhaber Politisches System der Bundesrepublik Deutschland Universität Kassel; Fellow, Wissenschaftszentrum Berlin, Forschungsschwerpunkte: Parteien und Wohlfahrtsstaatsforschung, Arbeitsbeziehungen.

Charlotte Sonneborn (*1997) studiert Rechtswissenschaft an der Uni Münster und ist Landeskoordinatorin der Juso-Hochschulgruppen NRW.

Johannes Steizinger, Dr., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie der Universität Wien. Er forscht im Rahmen des ERC Projekts «The Emergence of Relativism» (PI: Martin Kusch) über moderne Relativismus-Debatten in historischen, politischen und ethischen Kontexten.

Merle Stöver (*1994) ist Studentin der interdisziplinären Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Davor studierte sie Soziale Arbeit B.A. an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin. Zwischenstationen in Budapest und Jerusalem. Schreibt, arbeitet und referiert zu feministischer Theorie und Praxis und zu Antisemitismus.

Jennifer Ten Elsen (*1992), Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Fachgebiet Politisches System der Bundesrepublik Deutschland; Universität Kassel (Forschungsschwerpunkte: Parteien- und Populismusforschung).

Mia Thiel (*1994) studiert Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin; ist aktive Jungsozialistin und Mitglied der SPD; war Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen 2015–2017, sowie kooptiertes Mitglied der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion 2015–2016 bzw. kooptiertes Mitglied im SPD-Parteivorstand 2016–2017; beschäftigt sich in ihrer politischen Arbeit schwerpunktmäßig mit sozialistischer und feministischer Theorie, Demokratisierung, Erinnerungs- und Aufarbeitungspolitik und Antidiskriminierungsansätzen.

Hagen Weiler (*1939), Dr.jur., Dr.rer.pol., em. Prof., Pädagogisches Seminar der Universität Göttingen. Veröffentl. u. a. *Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten*, Berlin 2008.

Wolfgang Wiemer (*1951), Politologe, war Büroleiter von Wolfgang Thierse im Bundestag, war Leiter des Pressezentrum des Deutschen Bundestages, 2006–2008 Büroleiter des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck.

2. korrigierte Auflage

Louis Althusser / Étienne Balibar /
Roger Establet / Pierre Macherey /
Jacques Rancière

Das Kapital lesen

Vollständige und ergänzte Ausgabe
mit Retraktionen zum Kapital

herausgegeben von Frieder Otto Wolf unter
Mitwirkung von Alexis Petrioli

übersetzt von Frieder Otto Wolf und
Eva Pfaffenberger

2018 – 764 Seiten – 49,90 €
ISBN 978-3-89691-952-6

ungebrochen aktuell
8. Auflage

Elmar Altvater

**Das Ende des Kapitalismus, wie
wir ihn kennen**

Eine radikale Kapitalismuskritik

ISBN 978-3-89691-627-3
2018 – 240 Seiten – 20,00 €

2., korrigierte und
erweiterte Auflage

Hans-Günter Thien

**Die verlorene Klasse –
ArbeiterInnen in Deutschland**

2018 – 235 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-782-9

6. Auflage

John Holloway

**Die Welt verändern, ohne die
Macht zu übernehmen**

aus dem Englischen übersetzt von Lars Stubbe

2018 – 255 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-514-6

